Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5786
23. 11. 89

Sachgebiet 700

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1989/90 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat sein 26. Jahresgutachten vor [2]).

2. Der Umbruch in der Deutschen Demokratischen Republik stand in den letzten Wochen wiederholt auf der Tagesordnung des Sachverständigenrates. War es zunächst allein der Zustrom von Übersiedlern aus der DDR, dessen ökonomische Auswirkungen uns beschäftigten, so kamen in den letzten Tagen die sich überstürzenden Ereignisse im Innern der DDR hinzu. Die Hoffnungen, die sich hieran innerhalb und außerhalb der DDR knüpfen, sind groß. Der Phantasie sind kaum Grenzen gesetzt, sich auszudenken, welche Aufgaben sich von hierher auch für die bundesdeutsche Wirtschaft ergeben können. Phantasie allein reicht aber nicht aus, um die weiteren Entwicklungen abzuschätzen und die sich daraus ergebenden Anforderungen an die Wirtschaftspolitik schon jetzt konkretisieren zu können. Zuvor müßte absehbar sein, welche neue Ordnung die politische Führung in der DDR auch für ihre

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/67 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 121 (42) — 600 06 — Gu 23/89 — vom 23. November 1989 gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Wirtschaft anstrebt, und welchen Raum sie dabei der Zusammenarbeit über die Grenze zum Westen eröffnen will. Eindeutige Hinweise hierauf gibt es noch nicht. Der Sachverständigenrat hält es nicht für ratsam, eigene Annahmen über Entscheidungen, die in der DDR erst getroffen werden müssen, hypothetisch zu setzen und auf dieser Basis die Aufgabenfelder für die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik abzugreifen. Sobald die neue Ordnung erkennbar wird und sich abzeichnet, wie die Bürger in der DDR ihr gegenüberstehen, ist die Zeit reif für eine erste umfassende Analyse.

Dieses aber sollte schon heute erkannt werden: Den tief im derzeitigen politischen und wirtschaftlichen System der DDR wurzelnden Mißständen und Unzulänglichkeiten ist mit bloßen Kapitalhilfen und Technologietransfers nicht beizukommen; erforderlich ist vielmehr ein Wandel im System. Uns steht es allerdings nicht an, hierfür konkrete Ratschläge zu geben.

In diesem Jahre sind bis Mitte November mehr als 200 000 Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik zugezogen. Ob sich ein Zuzug vergleichbaren Ausmaßes im nächsten Jahr fortsetzen wird — oder ob es auch Rückwanderungen geben wird —, wissen wir nicht. Nach Abwägung aller Gesichtspunkte hielten wir es nicht für vertretbar, die Anzahl der Übersiedler für das nächste Jahr zu prognostizieren. Wir haben deshalb ihre Anzahl mit Null angesetzt. Der Problematik dieser Setzung sind wir uns wohl bewußt.

3. Die deutsche Wirtschaft liegt nun im siebten Jahr auf Wachstumskurs. Die Dynamik der Aufwärtsentwicklung hat in den letzten beiden Jahren sogar noch zugenommen, und auch für 1990 erwarten wir keine spürbare Abschwächung. Das schlägt sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. Verglichen mit dem Tiefstand der Beschäftigung Ende 1983 werden Ende nächsten Jahres 1,7 Millionen Personen zusätzlich einen Arbeitsplatz haben. Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Jahr erstmals seit Beginn der Aufwärtsentwicklung kräftig zurückgegangen. Überschätzen darf man die der eigenen Kraft entspringende Wachstumsdynamik allerdings nicht; denn Produktion, Einkommen und Beschäftigung wären gewiß nicht so kräftig gewachsen, wenn nicht die von einer niedrigen D-Mark-Bewertung unterstützte Exportnachfrage des Auslands nochmals wesentlich stärker zugenommen hätte als im Vorjahr. Noch wachsen die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten nicht rasch genug, stellt man in Rechnung, was der Strukturwandel an zusätzlichem Anpassungsbedarf mit sich bringt. Gefährdet ist auch das Ziel der Preisniveaustabilität. Deshalb ist es mit Blick auf den Geldwert wie auf weitere Beschäftigungserfolge wichtig, den Kostenanstieg gering zu halten und die Angebotsbedingungen weiter zu verbessern.

Darauf bezieht sich der Titel des Jahresgutachtens 1989/90:
WEICHENSTELLUNGEN FÜR DIE NEUNZIGER JAHRE.
Wir wollen mit diesem Titel die Aufmerksamkeit auf die Aufgaben richten, denen sich die Wirtschaftspolitik stellen muß, um die Herausforderungen der neunziger Jahre mit Erfolg bewältigen zu können. Es geht zunächst um die Wiederherstellung und die Bewahrung der Geldwertstabilität sowie um die Festigung des steileren Wachstumspfades. Das ist eine Aufgabe, die keinen Bereich der

Wirtschaftspolitik ausspart. Darüber hinaus geht es aber auch um qualitative Verbesserungen unserer Lebensbedingungen durch effizienteren Umweltschutz. Die immer wieder geäußerte These, Wirtschaftswachstum sei mit Umweltschutz unvereinbar, ist falsch. Wirtschaftswachstum und Umweltschutz können dann harmonieren, wenn die staatlichen Regelungen für die Inanspruchnahme der natürlichen Umwelt das wirtschaftliche Interesse des einzelnen anregen, mit der Natur möglichst pfleglich umzugehen und sich hierfür auch Neues einfallen zu lassen.

In der Europäischen Gemeinschaft stehen noch in diesem und im nächsten Jahr zukunftsweisende Entscheidungen an. Die geplante Wirtschafts- und Währungsunion wird nur dann ein Erfolg werden, wenn die Weichen in der Währungspolitik, der Finanzpolitik und der Sozialpolitik jetzt richtig gestellt werden. Wir gehen hierauf in einem besonderen Teil dieses Gutachtens ein.

4. Professor Dr. Helmut Hesse, Göttingen, schied aufgrund seiner Berufung zum Präsidenten der Landeszentralbank in Niedersachsen am 30. November 1988 aus dem Sachverständigenrat aus. Herr Hesse hatte dem Sachverständigenrat seit dem 1. März 1985 angehört. Als sein Nachfolger wurde Professor Dr. Herbert Hax, Köln, für den Rest der Amtsperiode bis zum 28. Februar 1990 in den Sachverständigenrat berufen.

Die Amtsperiode von Professor Dr. Rüdiger Pohl, Hagen, war am 28. Februar 1989 abgelaufen. Der Bundespräsident berief ihn für weitere fünf Jahre zum Mitglied des Sachverständigenrates.

5. Anläßlich des 25jährigen Bestehens des Sachverständigenrates hat der Bundespräsident die Mitglieder des Rates und seine ehemaligen Vorsitzenden zu einem Gespräch empfangen. Die aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen und die bevorstehende europäische Integration standen im Mittelpunkt des Gesprächs.

6. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundeskanzler, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und mit Vertretern der Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie mit dem Vizepräsidenten und Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Ein ausführliches Gespräch führte der Sachverständigenrat mit dem Präsidenten und mit leitenden Mitarbeitern der Bundesanstalt für Arbeit über aktuelle Fragen des Arbeitsmarktes.

Wie in den früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Mit Vertretern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften diskutierte der Sachverständigenrat die konjunkturelle Situation in den Ländern der Gemeinschaft sowie Themen im Zusammenhang mit der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes 1992 und der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion.

7. Die aktuellen Fragen und Probleme, die sich aus der Anspannung auf dem Wohnungsmarkt für die Bauwirtschaft ergeben, erörterte der Sachverständigenrat mit dem Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie und Vertretern des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes.

8. Mit Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute hat der Sachverständigenrat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Anregungen vermittelt haben.

Mit dem Präsidenten des Bundesarbeitsgerichtes, Professor Dr. Otto Rudolf Kissel, Kassel, mit Professor Dr. Peter Hanau, Köln, und Professor Dr. Bernd Rüthers, Konstanz, führte der Sachverständigenrat Gespräche über Fragen des Arbeitsrechts, die ihm für die Einschätzung der Bedeutung des Arbeitsrechts bei der Bewältigung der drängenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt wichtige Hinweise gegeben haben.

Professor Dr. Michael C. Burda, Paris, hat den Sachverständigenrat zu Fragen des internationalen Arbeitsmarktes beraten.

Mit dem Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. h. c. Helmut Geiger, diskutierte der Sachverständigenrat Fragen im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Neuordnung des Sparkassenbereichs, auch im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt.

Professor Dr. Rolf Peffekoven, Mainz, stand dem Sachverständigenrat in einer Diskussion über Probleme des Finanzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung und hat ihm für die daraus entstehenden Folgerungen für die Finanzpolitik wichtige Anregungen vermittelt.

Professor Dr. Horst Tomann, Berlin, hat in einer Expertise zu Fragen der Wohnungspolitik Stellung genommen.

9. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat uns wieder die Ergebnisse seiner Herbstumfrage bei den Kammern zur Verfügung gestellt und dadurch unsere Urteilsbildung über die wirtschaftliche Situation der Unternehmen erleichtert.

10. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten fanden wir wertvolle Unterstützung durch Dr. Hans J. Barth, Basel, Dr. Hans Hagen Härtel, Hamburg, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt ein besonderer Dank des Sachverständigenrates.

11. Die volkswirtschaftliche Abteilung und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben den Sachverständigenrat auch in diesem Jahr bei seinen Arbeiten in vielfältiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten, empirisches Material aufbereitet und zur Verfügung gestellt.

Für seine Analysen der internationalen Wirtschaftslage hat der Sachverständigenrat auch durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften wertvolle Unterstützung erhalten.

12. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Wie wenn dies selbstverständlich wäre, haben sich viele Mitarbeiter des Amtes in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Ihr Leiter, Herr Leitender Regierungsdirektor Ulrich Maurer, und sein Stellvertreter, Herr Oberregierungsrat Wolfgang Glöckler, sowie die ständigen Mitarbeiter Frau Maria Carillo, Frau Monika Klebsattel, Herr Friedrich Egli, Herr Klaus-Peter Klein, Herr Peter Leonhardt und Herr Hans-Jürgen Schwab haben den Rat mit Tatkraft und Anregungen hervorragend unterstützt. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Sachverständigenrat ein besonderes Anliegen.

13. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an:

Diplom-Volkswirtin Roswitha Beck, Diplom-Volkswirt Dieter Bogai, Diplom-Volkswirt Heiner Brockmann, Dr. Ulrich Grosch, Diplom-Volkswirtin Ursula Kötter, Dr. Joachim Ragnitz und Diplom-Volkswirt Michael Schlesinger.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Mitarbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Michael Heise, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, 16. November 1989

Herbert Hax **Otmar Issing** **Rüdiger Pohl** **Dieter Pohmer** **Hans K. Schneider**

Inhalt

Anhang

Verzeichnis der Schaubilder

Verzeichnis der Tabellen im Text

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMBW	=	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EFTA	=	Europäische Freihandelszone
EG	=	Europäische Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg
ERP	=	Marshallplan
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EWGV	=	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	=	Europäisches Währungssystem
FE	=	Forschung und Entwicklung
GATT	=	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Genf
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IAO/ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation, Genf
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds, Washington
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation erdölexportierender Länder, Wien
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sonderziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen, New York
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

–	=	nichts
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
— oder |	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×	=	Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Der internationale Rahmen
(Ziffern 1 ff.)

1*. Die weltwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung hat sich in diesem Jahr mit nur leicht vermindertem Tempo fortgesetzt. Merklich schwächte sich die Dynamik lediglich in den Vereinigten Staaten ab, in Kanada und im Vereinigten Königreich — in den Industrieländern also, die in den Vorjahren überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnen konnten. In den asiatischen Industrieländern ließ das hohe Tempo der Aufwärtsentwicklung kaum nach, obwohl für einige dieser Länder der Export in die Vereinigten Staaten schwieriger wurde. Die Expansion in den kontinentaleuropäischen Ländern hat sich inzwischen soweit gekräftigt, daß diese ihren Wachstumsrückstand vollständig abgebaut haben.

Die konjunkturelle Entwicklung in den einzelnen Regionen verläuft nicht synchron. Dies vermindert die Wahrscheinlichkeit eines weltweiten Abgleitens in eine Rezession. Auch für das nächste Jahr besteht somit die Chance, daß sich die Aufwärtsentwicklung fortsetzen wird, wenngleich wohl nicht mit demselben Tempo. Die Abschwächung, insbesondere in den Ländern, deren Wirtschaft vorher besonders stark expandiert hatte, trägt dazu bei, daß Verspannungen vermieden werden können.

2*. Die Dynamik der Aufwärtsentwicklung wurde auch in diesem Jahr von den Investitionen bestimmt. Da die Kapazitäten in vielen Ländern so hoch ausgelastet waren wie seit Anfang der siebziger Jahre nicht mehr, sahen sich die Unternehmen verstärkt zu Erweiterungsinvestitionen veranlaßt. Dies verlieh der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zusätzliche Impulse und sorgte auch für mehr Arbeitsplätze. Die Arbeitslosenquote ging in fast allen Ländern weiter zurück. In einigen Ländern ergaben sich Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt.

3*. Seit Mitte vorigen Jahres hat sich der Preisniveauanstieg in den Industrieländern zeitweise merklich beschleunigt. Zu dem konjunkturbedingten Preisauftrieb kamen in diesem Jahr Sonderfaktoren hinzu, wie der Anstieg der Ölpreise sowie in einigen Ländern Verbrauchsteuererhöhungen. Die Zentralbanken fast aller Industrieländer haben schon im Jahre 1988 mit Zinserhöhungen auf das geänderte Preisklima reagiert; weitere Anhebungen der kurzfristigen Zinsen wurden in diesem Jahr vorgenommen. In den Vereinigten Staaten wurden die kurzfristigen Zinsen ab dem Frühjahr 1989 wieder gesenkt. Die langfristigen Zinsen sind nur wenig gestiegen, teilweise sogar gesunken und lagen in einigen Ländern im Spätsommer dieses Jahres unterhalb der kurzfristigen Zinsen.

Als Folge der strafferen Geldpolitik haben sich die Zuwachsraten der Geldmenge in vielen Ländern deutlich abgeschwächt. Es ist sicherlich auch dieser Politik der Notenbanken zuzuschreiben, daß eine gegenseitige Verstärkung von Preis- und Lohnanstieg nur in wenigen Ländern zu beobachten ist. Verschärft haben sich die von der Inflation ausgehenden Probleme in einigen Entwicklungsländern. Inflationsraten von mehr als 100 vH haben die Funktionsfähigkeit des Preismechanismus stark beeinträchtigt und sind mitverantwortlich für die Kapitalflucht aus diesen Ländern.

4*. Das Umfeld für die Wirtschaftspolitik hat sich nicht nur wegen der höheren Inflationsraten, sondern auch wegen der Entwicklungen an den Devisenmärkten verändert. Verminderte Abwertungserwartungen für Währungen von Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten führten zu einer Höherbewertung an den Devisenmärkten, während sich die Währungen von Überschußländern — wie die D-Mark oder der Yen — abschwächten. Hauptsächlich der Anstieg des Dollarkurses hat den Notenbanken der übrigen Länder einen zusätzlichen Anlaß gegeben, den Restriktionsdruck zu verstärken, um abwertungsbedingte Preissteigerungen zu vermeiden.

5*. Negative Auswirkungen hatten die steigenden Zinsen auf die Schuldendienstbelastung der hochverschuldeten Länder, deren Wachstum — nicht nur aus diesem Grund — auch im Jahre 1989 hinter dem der Industrieländer, aber auch hinter dem anderer Entwicklungsländer zurückblieb. Im Rahmen einer neuen Initiative zur Lösung der Verschuldungskrise wurden erste Abkommen mit Mexiko und den Philippinen ausgehandelt. Ein Schwerpunkt war dabei die Reduzierung der Schuldenlast.

Spannungen im Welthandel resultierten aus Tendenzen zum Bilateralismus, wie sie insbesondere in die Handelspolitik der Vereinigten Staaten eingegangen sind. An der Offenheit des EG-Binnenmarktes gegenüber Drittländern sind erneut Zweifel aufgekommen. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sind die Integrationsbemühungen dagegen weiter intensiviert worden.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland
(Ziffern 53 ff.)

6*. Seit über zwei Jahren steht die deutsche Wirtschaft im Zeichen einer kraftvollen Aufwärtsentwicklung. Die konjunkturelle Lage ist so gut wie seit langem nicht mehr, und in nahezu allen Branchen herrscht Optimismus. Hohe Auftragsbestände, steigende Gewinne und günstige Absatzperspektiven begründen dieses Urteil. Zur Vorbereitung weiterer Produktionssteigerungen haben die Unternehmen ihre Investitionen nochmals stark erhöht und in erheblichem Umfang zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt.

Damit haben sie die wirtschaftlichen Auftriebskräfte verstärkt und der Aufwärtsentwicklung mehr Eigendynamik verliehen. Die günstige Lage sollte aber nicht den Blick dafür verstellen, daß die Risiken für die konjunkturelle Entwicklung größer geworden sind. Die Preise sind wieder stärker in Bewegung geraten, die Nachfrage eilt den Produktionsmöglichkeiten voraus, und der Anstieg der Arbeitskräftenachfrage hat die strukturellen Diskrepanzen am Arbeitsmarkt noch deutlicher hervortreten lassen.

7*. Anders als 1988 gingen von der Geldpolitik und der Finanzpolitik in diesem Jahr keine expansiven Impulse auf die Nachfrageentwicklung aus. Den öffentlichen Haushalten flossen aufgrund der guten Konjunktur, der wieder voll wirksamen Progression des Einkommensteuertarifs und aufgrund der Verbrauchsteuererhöhung zu Beginn des Jahres beträchtliche Mehreinnahmen zu. Ein Teil der konjunkturbedingten Mehreinnahmen wurde zur Rückführung des Haushaltsdefizits und nicht zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben verwendet; der konjunkturelle Impuls der Finanzpolitik war leicht kontraktiv. Die Geldpolitik ist von dem expansiven Kurs der vergangenen Jahre abgekehrt. Sie hat die Zentralbankgeldbeschaffung für das Bankensystem erheblich verteuert und die Geldmengenexpansion auf einen potentialorientierten Pfad zurückgeführt. Nach nahezu drei Jahren einer expansiven Geldpolitik bedeutete das einen markanten Tempowechsel in der Expansion des Geldangebots.

8*. Wenn die wirtschaftliche Dynamik trotz der strafferen Geldpolitik und des geringfügig kontraktiven Impulses der Finanzpolitik unvermindert hoch blieb, so liegt das zu einem wesentlichen Teil an dem weiterhin florierenden Exportgeschäft, das die Produktion vor allem im Verarbeitenden Gewerbe außerordentlich stark stimulierte. Darüber hinaus sind aber auch die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte stärker geworden. Ausschlaggebend dafür war es, daß die Unternehmen nicht nur ihre realen Ausrüstungsinvestitionen und ihre Bauinvestitionen erheblich steigerten, sondern mehr und mehr auch bereit waren, ihren Personalbestand zu vergrößern. Die Investitionsdynamik erhöhte stärker noch als im Vorjahr die Expansion der Binnennachfrage. Das steigende Beschäftigungsvolumen hat den Anstieg der verfügbaren Einkommen beschleunigt und von daher die Grundlage für höhere nominale Konsumausgaben geschaffen. Der Anstieg von Nachfrage, Produktion und Einkommen hat sich somit wechselseitig verstärkt (Tabelle A).

9*. Die Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten ist mit einem wesentlich höheren Tempo gestiegen als der Welthandel. Erstmals seit 1985 haben deutsche Exporteure wieder Weltmarktanteile hinzugewonnen. Zugleich haben sie die Gewinnspannen im Exportgeschäft verbessern können. Ihnen kam zugute, daß das Wachstum auf den Hauptabsatzmärkten in Europa kräftig blieb und die Investitionskonjunktur dort anhielt. Darüber hinaus hat sich ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit nochmals verbessert, weil der raschere Preisanstieg im Ausland nicht durch eine höhere Bewertung der D-Mark wettgemacht wurde. Im Verarbeitenden Gewerbe traf der Nachfrageschub aus dem Ausland auf bereits hoch ausgelastete Kapazitäten und hohe Auftragsbestände; die Industrieunternehmen haben ihre Investitionen daher überdurchschnittlich stark erhöht.

Exporte und Investitionen haben soviel Schub erzeugt, daß sich die verhaltenere Entwicklung der realen Verbrauchsnachfrage in diesem Jahr nicht insgesamt in einer schwächeren Dynamik äußerte. Die privaten Haushalte haben zwar ihre Sparquote leicht vermindert und ihre Ausgaben für den Konsum mit mehr als 5 vH deutlich gesteigert. In realer Rechnung stand dem jedoch ein Anstieg des Privaten Verbrauchs von lediglich 1½ vH gegenüber, weil die Preise für die Lebenshaltung — unter anderem als Folge der Verbrauchsteuererhöhung — mit gut 3 vH beschleunigt angestiegen sind. Der reale Verbrauch des Staates lag 1989 sogar um ½ vH niedriger als 1988. Darin kommen vor allem die Leistungseinschränkungen der Gesetzlichen Krankenversicherungen zum Ausdruck, die im vergangenen Jahr zu erheblichen, zeitlich vorgezogenen Käufen von Gesundheitsleistungen geführt hatten.

Dagegen sind die öffentlichen Bauinvestitionen mit knapp 4 vH wieder etwas stärker angestiegen. Sie haben mit dazu beigetragen, daß sich die Aufwärtsentwicklung in der Bauwirtschaft gefestigt hat. Hauptantriebskräfte sind nach wie vor die Investitionen im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau, die seit über zwei Jahren deutlich aufwärts gerichtet sind.

Die Binnennachfrage lag 1989 um 2½ vH höher als im Vorjahr. Daran gemessen ist das Einfuhrvolumen der deutschen Wirtschaft mit bemerkenswert raschem Tempo gestiegen (7 vH). In diesem starken Einfuhranstieg kommt die hohe Nachfrage der Unternehmen nach Investitionsgütern und nach Vorleistungsprodukten zum Ausdruck. Ausländische Anbieter haben hiervon in beträchtlichem Umfange profitiert, obwohl ihre Preise, in D-Mark gerechnet, wieder etwas stärker gestiegen sind.

10*. Mit dem Investitionsschub im Unternehmensbereich hat sich das Wachstum des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials auf über 2 vH erhöht. Nur durch eine intensivere Nutzung vorhandener Sachkapazitäten war es den Unternehmen möglich, die Produktion mit dem wesentlich höheren Tempo von rund 3½ vH zu steigern. Dazu haben sie in beträchtlichem Umfang zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt und vermehrt auf Überstunden und Sonderschichten zurückgegriffen. Die Kurzarbeit wurde nochmals reduziert. Der Spielraum für eine weitere Produktionsausweitung ist allerdings geringer geworden als 1988. Auch sind Zeichen einer konjunkturellen Anspannung deutlich sichtbar:

— Das Tempo der Produktionsausweitung hat in weiten Teilen des Verarbeitenden Gewerbes nicht mit dem Anstieg der Nachfrage mithalten können, steigende Auftragsbestände und längere Lieferfristen waren die Folge. In besonderem Maße gilt das für die Unternehmen des Investitionsgüterbereichs, die einen schubartigen Anstieg der Nachfrage durch inländische und ausländische Investoren zu verzeichnen hatten. Inlandsunternehmen haben ihrerseits in zunehmendem Maße auf das Angebot ausländischer Investitionsgüterprodu-

Tabelle A

Wirtschaftliche Eckdaten

	Einheit	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987[1])	1988[1])	1989[2])	1982 bis 1989[3])
Bruttosozialprodukt	vH[4])	+ 1,5	+ 0,0	− 1,0	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,6	+ 4	+ 2,7
Inlandsnachfrage[5])	vH[4])	+ 1,1	− 2,7	− 2,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,8	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,7	+ 2 1/2	+ 2,5
Ausrüstungsinvestitionen	vH[4])	+ 2,6	− 4,3	− 6,7	+ 5,6	− 0,5	+ 9,4	+ 4,1	+ 5,6	+ 7,5	+ 10	+ 5,9
Bauinvestitionen	vH[4])	+ 2,9	− 5,1	− 4,3	+ 1,7	+ 1,6	− 5,6	+ 2,7	− 0,3	+ 4,7	+ 5 1/2	+ 1,4
Privater Verbrauch	vH[4])	+ 1,2	− 0,5	− 1,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 3,4	+ 3,5	+ 2,7	+ 1 1/2	+ 2,3
Staatsverbrauch	vH[4])	+ 2,6	+ 1,8	− 0,8	+ 0,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,6	+ 1,5	+ 2,2	− 1/2	+ 1,5
Ausfuhr[6])	vH[4])	+ 5,3	+ 8,2	+ 3,2	− 0,5	+ 9,0	+ 6,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 5,8	+ 11	+ 4,6
Einfuhr[6])	vH[4])	+ 3,7	− 1,2	− 0,1	+ 0,6	+ 5,3	+ 3,7	+ 3,5	+ 4,8	+ 6,3	+ 7	+ 4,4
Außenbeitrag[7])	Mrd DM	− 2,97	+ 36,64	+ 51,75	+ 46,92	+66,59	+ 84,63	+ 68,59	+ 50,35	+ 50,95	+ 78,5	+ 62,3
Nachrichtlich:												
Außenbeitrag[7]) (nominal)	Mrd DM	− 2,97	+ 15,25	+ 37,47	+ 38,01	+54,87	+ 80,20	+114,98	+112,63	+120,59	+148	+ 88,3
Erwerbstätige	1 000[8])	+283	−186	−441	−389	+21	+169	+258	+201	+168	+340	+768[a])
Arbeitslosenquote[9])	vH	3,7	5,3	7,6	9,3	9,3	9,4	9,0	9,0	8,9	8	8,8
Lohnstückkosten[10])	vH[11])	+ 6,6	+ 4,3	+ 3,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,1	+ 1	+ 1,2
Terms of Trade[12])	vH[11])	− 7,7	− 6,9	+ 1,9	+ 2,1	− 2,3	+ 1,2	+ 16,5	+ 4,7	+ 0,8	− 1 1/2	+ 2,9
Verbraucherpreise[13])	vH[11])	+ 5,5	+ 6,3	+ 5,2	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	− 0,1	+ 0,2	+ 1,3	+ 3	+ 1,7
Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere[14])	Prozent	8,6	10,6	9,1	8,0	7,8	6,9	6,0	5,8	6,0	7	7,1
Gewinn-Erlös-Relation[15])	vH[16])	− 2,0	− 1,6	− 0,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 0	+ 0,8
Realer Wechselkurs[17])	vH[11])	− 3,0	− 11,7	+ 1,2	− 0,7	− 5,5	+ 1,2	+ 17,4	+ 5,6	− 4,6	− 3 1/2	+ 1,2

[1]) Vorläufige Ergebnisse. — [2]) Eigene Schätzung. — [3]) Durchschnittlich jährliche Entwicklung errechnet aus den absoluten Werten des angegebenen Zeitraums; bei Veränderungsraten geometrisches Mittel, bei den übrigen Größen arithmetisches Mittel. — [4]) In Preisen von 1980; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — [5]) Letzte inländische Verwendung (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung). — [6]) Waren und Dienstleistungen (einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen). — [7]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr. — [8]) Veränderung in 1 000. — [9]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer plus Arbeitslose). — [10]) Berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Produktivität). — [11]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — [12]) Index der Ausfuhrpreise in Relation zum Index der Einfuhrpreise. — [13]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100). — [14]) Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Quelle: Deutsche Bundesbank. — [15]) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang IV, Abschnitt B. — [16]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten. — [17]) Auf Basis der Durchschnittswerte der Ausfuhr.

[a]) Veränderung im gesamten Zeitraum.

zenten zurückgegriffen, doch sind auch deren Kapazitätsreserven im Laufe der nahezu weltweiten Investitionskonjunktur der vergangenen zwei Jahre deutlich geringer geworden.

— Der beschleunigte Anstieg der Beschäftigung hat in einigen Segmenten des Arbeitsmarktes bereits zu Knappheitserscheinungen geführt. Facharbeiter und andere beruflich hochqualifizierte Arbeitskräfte werden von vielen Unternehmen gesucht. Die Zahl der offenen Stellen ist rasch gestiegen, und der Abstand zwischen tariflichen und effektiv gezahlten Löhnen ist größer geworden. Das lag zu einem guten Teil an der zunehmenden Anzahl an geleisteten Überstunden.

— Da die Expansion der Nachfrage das Wachstum des Angebotspotentials in den letzten zwei Jahren deutlich überschritten hat, haben die Unternehmen ihre Preise wieder stärker erhöhen können. Die Gewinnsituation hat sich im Durchschnitt der Wirtschaft nochmals verbessert, weil der Preisanstieg insgesamt stärker ausfiel als der Anstieg der Stückkosten.

11*. Die wieder höhere Geldentwertung hatte allerdings nur zum Teil konjunkturelle Ursachen. In den ersten Monaten des Jahres waren es vor allem die Überwälzung der höheren Mineralölsteuern sowie der außenwirtschaftliche Einfluß steigender Ölpreise, die die Verbraucherpreise hochtrieben. Deren sprunghafter Anstieg überzeichnete daher die Grundtendenz der Preisniveauentwicklung in diesem Jahr, die wir auf eine Rate von rund 2 vH veranschlagen. Diese Tendenz hat sich im Verlauf des Jahres nicht beschleunigt, und allem Anschein nach hat sich die Möglichkeit einer weiteren Inflationsbeschleunigung bisher nicht in den Erwartungen der Marktteilnehmer verfestigt. Dem wieder stärker am Geldmengenziel orientierten Kurs der Bundesbank kommt dabei ebenso Bedeutung zu wie der Tatsache, daß der Lohnkostendruck gering blieb. Die tariflichen Lohnsteigerungen für 1989 waren großteils schon in den vergangenen zwei Jahren im Rahmen mehrjähriger Tarifverträge festgelegt worden, und diejenigen Abschlüsse, die neu vereinbart wurden, lagen nicht wesentlich höher als im Vorjahr. Da sich die durchschnittliche Arbeitsproduktivität nochmals kräftig erhöhte, blieb der Anstieg der Lohnstückkosten knapp unter 1 vH.

12*. Der Arbeitsmarkt stand im Jahre 1989 ganz im Zeichen der nun schon seit zwei Jahren anhaltend kräftigen und die ganze Breite der Wirtschaft umfassenden Aufwärtsentwicklung. Die Erfahrung aus früheren Expansionsphasen hat sich bestätigt, daß die Beschleunigung in der Beschäftigungsentwicklung dem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion nur mit Verzögerung folgt. Mit rund 340 000 Personen stieg die Anzahl der Erwerbstätigen im Jahre 1989 etwa doppelt so stark wie im Vorjahr, obwohl sich die Zunahme der Produktion nicht beschleunigt hat. Damit war der Anstieg der Beschäftigung zum ersten Mal in dieser Aufwärtsentwicklung stark genug, um die Anzahl der Arbeitslosen deutlich zu vermindern, und dies, obwohl der Zugang an Erwerbspersonen nicht geringer geworden ist. Unerwartet viele Menschen sind aus Osteuropa und aus der DDR zugewandert; ein großer Teil unter ihnen ist im erwerbsfähigen Alter. Um den zahlreich zugewanderten Aussiedlern eine rasche Eingliederung in das Arbeitsleben zu erleichtern, wurden in großem Umfang Sprachkurse und Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt; zuletzt nahmen rund 140 000 Personen daran teil.

Die hohe Zuwanderung hat die Arbeitsmarktpolitik vor neue Aufgaben gestellt, aber es blieben auch alte Herausforderungen durch Strukturprobleme am Arbeitsmarkt bestehen. So hat sich trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung die Arbeitsmarktlage für bestimmte Gruppen, die in besonders hohem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, kaum verbessert. Das gilt insbesondere für ältere Arbeitsuchende sowie für Langzeitarbeitslose, deren Wiederbeschäftigungschancen nach wie vor äußerst schlecht sind.

Ein Rückblick auf die achtziger Jahre

(Ziffern 151 ff.)

13*. Das in diesem Jahr zu Ende gehende Jahrzehnt stellt wegen der langen Dauer der konjunkturellen Aufwärtsbewegung einen außergewöhnlichen Abschnitt in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland dar. Die günstige Entwicklung der letzten beiden Jahre hat nahezu vergessen lassen, daß sich zu Beginn der achtziger Jahre im Hinblick auf die Aussichten für das bevorstehende Jahrzehnt tiefer Pessimismus in der Wirtschaft ausgebreitet hatte. Nach der überraschend schnellen und kräftigen Erholung von dem Ölpreisschock 1973/74 war die westdeutsche Wirtschaft zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre in den Sog einer weltweiten Rezession geraten, die wiederum in einer absoluten Schrumpfung des Welthandelsvolumens kulminierte.

Der Pessimismus in der deutschen Wirtschaft wurde indessen weniger von den weltwirtschaftlichen als von den hausgemachten Problemen genährt. Er wurzelte auch nicht in erster Linie in der Inflationsfurcht, wenngleich die Geldentwertungsrate auch in der Bundesrepublik Deutschland deutlich gestiegen war. Im Zentrum stand vielmehr die Sorge, daß Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr die Flexibilität und Dynamik aufbringen könnten, die für einen raschen Wandel der Produktions- und Beschäftigungsstrukturen an Veränderungen der Nachfrage, der Faktorpreisrelationen, des technischen Wissens und der Wettbewerbsverhältnisse auf den Weltmärkten erforderlich waren.

14*. In der Bundesrepublik Deutschland wie in nahezu allen Industrieländern hatte man erkannt, daß die in den siebziger Jahren zeitweise betriebene geldpolitische und finanzpolitische Expansion nicht die erwarteten Wirkungen hatte, weil die Arbeitslosigkeit großenteils entweder strukturell bedingt war oder sich zu einem Strukturproblem verfestigt hatte. Als wirtschaftspolitische Alternative bot sich die Verbesserung der Angebotsbedingungen an, insbesondere der Investitionsbedingungen. In nahezu allen Industrieländern wurde ein wirtschaftspolitischer Richtungswechsel vollzogen, doch gab es im Hinblick auf den Zeitpunkt, die Dosierung und die Prioritäten der einzelnen Schritte zum Teil erhebliche Unterschiede.

15*. In der Bundesrepublik sah sich die Geldpolitik schon 1979 veranlaßt, der Sicherung der Geldwertstabilität wieder den Vorrang zu geben, zumal sich der Preisauftrieb nicht nur durch die Energieverteuerung beschleunigte, sondern auch durch eine konjunkturelle Nachfrageexpansion, zu der sie zuvor mit einer expansiven Politik selbst beigetragen hatte. Der Preisauftrieb wurde bis 1985 deutlich zurückgeführt. Danach wurde die Geldpolitik dann zunehmend durch währungspolitische Rücksichten mitbestimmt. In der Absicht, den Außenwert der Währung zu stabilisieren, nahm die Bundesbank eine starke Überschreitung der Geldmengenziele in Kauf. Da die rasche Ausweitung der Zentralbankgeldmenge zunächst nicht zu einer verstärkten Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage führte und ein starker Rückgang der Einfuhrpreise einsetzte, blieben die Verbraucherpreise stabil. Erst mit der Beschleunigung der konjunkturellen Expansion in den letzten beiden Jahren des Jahrzehnts verstärkte sich der Preisauftrieb.

16*. Ziel der Finanzpolitik in den achtziger Jahren war es, die Beanspruchung der volkswirtschaftlichen Ressourcen durch den Staat zurückzuführen, um mehr Raum für private Aktivitäten zu schaffen. Zunächst hatte dabei die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte über die Ausgabenseite Vorrang. Die Weichen für die Begrenzung des Ausgabenanstiegs wurden mit der sogenannten Operation '82 sowie mit den Haushaltsbegleitgesetzen 1983 und 1984 gestellt. Nach der Reduzierung der Neuverschuldung sollte die Begrenzung des Ausgabenanstiegs zur steuerlichen Entlastung der Einkommen genutzt werden. Die Senkung der Einkommensteuer wurde auf drei Stufen verteilt und für die Jahre 1986, 1988 und 1990 in Kraft gesetzt. Auf lange Sicht sollten die Konsolidierung der Haushalte und die Entlastung der Einkommen über die Verringerung der Zinslast und über die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums aber auch wieder mehr Spielraum für staatliche Leistungen eröffnen.

Die Bilanz der Finanzpolitik der achtziger Jahre ist im ganzen positiv. Das „Gesetz der wachsenden Staatsausgaben" verlor zumindest vorübergehend seine Gültigkeit; damit wurden das Kapitalangebot für produktive Investitionen vergrößert, eine nachhaltige Senkung der Abgabensätze begonnen und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates gestärkt. Negativ fällt dagegen die Bilanz hinsichtlich der qualitativen Konsolidierung aus, die eine wachstumsfreundliche Umgestaltung der Ausgabenstruktur zum Ziel haben sollte. Bei der Steuerreform wäre eine stärkere wachstums- und beschäftigungspolitische Orientierung wünschenswert gewesen.

17*. Nach der Rezession der Jahre 1981/82, die zu einem Einbruch der Beschäftigung geführt hatte, waren die Tarifparteien gefordert, das auf eklatante Weise verletzte Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes wieder zum zentralen Kriterium für die Lohnpolitik zu machen. Die tariflichen Lohnsteigerungen standen in den Jahren nach 1982 zwar nicht voll im Einklang mit den Vorstellungen des Sachverständigenrates, doch war der jährliche Anstieg der Lohnstückkosten im Zeitraum von 1982 bis 1989 mit durchschnittlich 1,2 vH wesentlich niedriger als in früheren Expansionsphasen. Das Nachlassen des Lohnkostendrucks trug ganz wesentlich dazu bei, daß der Anstieg des Preisniveaus zunächst deutlich vermindert und dann auf niedrigem Niveau gehalten werden konnte. Die Rentabilität der Unternehmen hat sich im Laufe der Aufwärtsentwicklung kontinuierlich verbessert. Dies war eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich die Investitionstätigkeit wieder belebte, die Beschäftigung kontinuierlich anstieg und langfristig auch der Zuwachs der Arbeitsproduktivität — und damit der Spielraum für Reallohnerhöhungen — wieder größer wurde.

Wenn darüber geklagt wird, daß die zurückhaltende Lohnpolitik zwar zu einem ansehnlichen Beschäftigungsanstieg beigetragen, aber noch keine nachhaltige Wende bei der Arbeitslosigkeit bewirkt habe, so ist zu bedenken, daß die Korrektur des Lohnniveaus nicht in der Lage ist, Arbeitsplätze für jeden Standort, für jeden Beruf und für jede Qualifikation rentabel zu machen. Durch den Strukturwandel sind vor allem Arbeitsplätze für relativ gering qualifizierte Arbeitnehmer weggefallen, weil die Standortvorteile für einfache Arbeit in Ländern mit niedrigem Entwicklungsstand liegen und weil infolge der Mechanisierung und Automatisierung einfache Arbeit durch qualifizierte Arbeit ersetzt wurde. Die auf dem Arbeitsmarkt angebotene Qualifikationsstruktur hat mit dieser Entwicklung nicht voll mitgehalten. Nimmt man in den Blick, daß sich die Beschäftigungsaussichten von Ungelernten und Personen mit einfachen Berufsabschlüssen weiterhin verschlechtert haben, so wäre eine stärkere Differenzierung der Löhne geboten gewesen.

18*. Ein Urteil darüber, inwieweit die stetige Aufwärtsentwicklung durch die Wirtschaftspolitik gefördert wurde und inwieweit Zielverfehlungen auf wirtschaftspolitische Versäumnisse zurückzuführen sind, muß die Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft in Rechnung stellen.

Die Ungleichzeitigkeit und Unterschiedlichkeit der Wirtschaftspolitik der großen Industrieländer sowie die Unsicherheit über den Erfolg führten dazu, daß die Einschätzung der Währungen durch die internationalen Anleger erheblich schwankte. Der dramatische Aufstieg und Verfall des Dollar waren hierfür das wichtigste, aber nicht das einzige Beispiel. Die Unsicherheit der Anleger auf den Finanzmärkten erfaßte auch die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen, deren Absatz- und Ertragserwartungen nach dem zweiten Konjunktureinbruch ohnehin beeinträchtigt waren. Die Unternehmen kalkulierten nicht nur eine höhere Risikoprämie ein, sondern zögerten auch ihre Investitionsvorhaben hinaus, und das selbst dann, wenn sie von der Absatz- und Kostenentwicklung begünstigt waren. Diese gewandelte Risikoeinschätzung ist eine wichtige Ursache dafür, daß in den ersten fünf Jahren nach Überwindung der Rezession die konjunkturelle Selbstverstärkung so schwach war und daß die deutschen Unternehmen auf die deutliche Verbesserung der Gewinn-Erlös-Relation nicht in gleichem Ausmaß wie in früheren Aufschwungsphasen mit einer Aufstockung ihrer Investitionen reagierten.

19*. Es wäre jedoch verfehlt, wenn man den Schluß zöge, die wirtschaftliche Expansion in der Bundesrepublik Deutschland sei insgesamt durch weltwirtschaftliche Einflüsse gebremst worden. Der traditionell hohe Grad der Offenheit nach außen hat es der deutschen Wirtschaft ermöglicht, die Chancen der Spezialisierung und Kostendegression zu nutzen, die die internationale Arbeitsteilung bietet. Die wachsende internationale Verflechtung machte zwar die deutsche Volkswirtschaft gegenüber Schwankungen in der Weltwirtschaft anfälliger, bot aber auch Chancen zur Verstetigung, weil die Unternehmen bei inländischem Nachfragemangel auf die Absatzmärkte und bei inländischen Lieferengpässen auf die Beschaffungsmärkte im Ausland ausweichen konnten.

20*. So wurde die starke Dämpfung der Inlandsnachfrage, die Anfang der achtziger Jahre durch den frühzeitigen Übergang auf einen geldpolitischen Restriktionskurs hervorgerufen wurde, durch einen beträchtlichen Anstieg des Außenbeitrags gemildert. Die Kräftigung des Privaten Verbrauchs und die Belebung der Investitionsnachfrage leiteten Ende 1982 die derzeitige Aufwärtsentwicklung ein; zu diesem Zeitpunkt stagnierte die Auslandsnachfrage, da die konjunkturelle Erholung vor allem in Europa nur allmählich vorankam. Zu einem Wechsel der Auftriebskräfte kam es in den Jahren 1984 und 1985. Während die Ausfuhr kräftig stieg, schwächte sich die Inlandsnachfrage ab. Das war vor allem darauf zurückzuführen, daß der Importsog aus den Vereinigten Staaten und die reale Abwertung der D-Mark die Exportfähigkeit verbesserten und den Import erschwerten, während die abwertungsbedingten Realeinkommenseinbußen den Konsum, und die durch die amerikanischen Budgetdefizite hoch gehaltenen Realzinsen die Investitionen bremsten.

In den Jahren 1986 und 1987 übernahmen wiederum die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte die Führung, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil durch die drastische Verbilligung der Energieimporte und den aufwertungsbedingten Preisdruck die Kaufkraft der inländischen Einkommen stark stieg und die Unternehmen auf der Kostenseite entlastet wurden. Gleichzeitig minderte der Verfall der Preise für Öl und Gas die Importfähigkeit der Förderländer und beeinträchtigte die reale Aufwertung der D-Mark die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft, so daß der Auslandsabsatz vorübergehend stagnierte.

21*. Solange die weltwirtschaftliche Entwicklung durch Faktoren geprägt war, die auf der einen Seite expansiv und auf der anderen Seite kontraktiv wirkten, konnten sich die binnenwirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Impulse nicht gegenseitig verstärken, sondern nur einander ablösen.

Erst als sich während der letzten beiden Jahre dieses Jahrzehnts in allen Ländern der Investitionsaufschwung durchsetzte und sich in den Vereinigten Staaten, in Japan und in Westeuropa gleichzeitig die binnenwirtschaftlichen Impulse gegenseitig verstärkten, übertrugen sich die Impulse über den Handel auch zwischen den Regionen. Hiervon profitierte die auf die Herstellung von Investitionsgütern spezialisierte deutsche Wirtschaft besonders stark.

Zur voraussichtlichen Entwicklung

Weltwirtschaft (Ziffern 195ff.)

22*. Die Weltwirtschaft wird im kommenden Jahr auf einem aufwärts gerichteten Pfad bleiben, der freilich etwas flacher sein wird als bisher. In den Industrieländern wird die Entwicklung nicht einheitlich sein. In den meisten europäischen Ländern dürfte sich die Dynamik nur wenig abschwächen; ähnliches gilt auch für Japan und die jungen Industrieländer in Asien. Dagegen wird es in den Vereinigten Staaten, in Kanada, im Vereinigten Königreich und in einigen skandinavischen Ländern vergleichsweise langsam aufwärtsgehen; dort haben die Auftriebskräfte schon in diesem Jahr deutlich nachgelassen.

In den Entwicklungsländern — das erwartet jedenfalls der Internationale Währungsfonds — wird sich hingegen das Expansionstempo etwas beschleunigen. Insbesondere in einigen lateinamerikanischen Ländern dürfte es nach der Stagnation in diesem Jahr wieder allmählich vorangehen, falls die eingeleiteten Anpassungsmaßnahmen wirken. Dies gilt allerdings nur unter der Annahme, daß die Belastungen aus dem Schuldendienst nicht weiter steigen. Denn das geringere Expansionstempo in den Industrieländern dämpft die Exportaussichten der Entwicklungsländer; zudem müssen die rohstoffexportierenden Länder vermutlich mit nachgebenden Preisen für Nahrungsmittel und Industrierohstoffe rechnen.

23*. Die Abschwächung im Expansionstempo in den Industrieländern ist in erster Linie einer nachlassenden Investitionsdynamik zuzuschreiben. Das gilt vor allem für den Wohnungsbau, da die gestiegenen Hypothekenzinsen das Bauen verteuert haben. Es gilt aber auch für die Investitionen der Unternehmen. Vor allem in den Ländern, in denen sich die Konjunktur abkühlt, werden die gewerblichen Investitionen wohl nur wenig aufgestockt.

In den EG-Ländern wird sich die Zunahme der Unternehmensinvestitionen nur wenig abschwächen, sieht man einmal vom Vereinigten Königreich ab. Die Kapazitätsauslastung wird in den meisten Ländern hoch bleiben, und das schafft Anreize, die Kapazitäten zu erweitern. Überdies rückt der Termin, zu dem der einheitliche Binnenmarkt vollendet sein soll, näher.

24*. Eine Stütze wird die Konjunktur erneut im Privaten Verbrauch finden. Die Einkommen der Arbeitnehmer werden wohl etwas rascher expandieren als in diesem Jahr; überdies stimulieren in einigen europäischen Ländern Steuersenkungen die Nachfrage. In den Industrieländern insgesamt wird der Private Verbrauch etwa mit der gleichen Rate zunehmen wie in diesem Jahr; diese Rate ist nur wenig niedriger als die für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

25*. Das insgesamt etwas schwächere Expansionstempo in den Industrieländern wird sich auch auf die grenzüberschreitenden Handelsströme leicht dämpfend auswirken. Wir rechnen damit, daß der Welthandel im Jahre 1990 um etwa 6 vH ausgeweitet wird. Die Leistungsbilanzsalden werden im nächsten Jahr eher größer als kleiner werden. Auch leichte Korrekturen bei den Wechselkursen, wie wir sie unterstellt haben,

ändern nichts daran, daß die hohen Überschüsse der Bundesrepublik und Japans weiter steigen und das Defizit der Vereinigten Staaten hoch bleibt. In einigen europäischen Ländern werden die Defizite sogar zunehmen; dem Vereinigten Königreich könnte es gerade gelingen, den Fehlbetrag auf dem jetzigen Stand zu halten.

26*. Die Preisentwicklung steht unter zwei gegenläufigen Tendenzen, dem Nachlassen des Nachfragesogs und der Zunahme des Kostendrucks. Wir rechnen damit, daß sich insgesamt der Preisauftrieb im nächsten Jahr konjunkturell etwas beschleunigt, in einigen Ländern mehr, in anderen weniger. Die konjunkturelle Beschleunigung wird allerdings im Anstieg der Preisindizes kaum sichtbar werden, weil die Weiterwälzung der starken Verteuerung von Rohstoffen zu Beginn dieses Jahres weitgehend abgeschlossen scheint. Die Unterschiede in den Steigerungsraten — sie sind derzeit nicht sehr hoch — werden sich noch etwas angleichen.

Prognose für die Bundesrepublik (Ziffern 202ff.)

27*. Mit der deutschen Wirtschaft geht es im nächsten Jahr weiter bergauf (Schaubild A). Der Schub kommt nicht mehr ganz so stark wie in diesem Jahr vom Export, dafür aber deutlich stärker vom Privaten Verbrauch. Es wird also eine Verlagerung der Auftriebskräfte von der Auslandsnachfrage zur Inlandsnachfrage geben — eine Voraussetzung für den dringlichen Abbau der hohen Außenhandelsüberschüsse. Denn die deutsche Wirtschaft produziert seit Jahren weitaus mehr als sie selbst verbraucht und investiert.

28*. In diesem Jahr haben die Investitionen weiter an Schwung gewonnen, und es sieht ganz danach aus, als ginge im nächsten Jahr davon kaum etwas verloren (Tabelle B). Die Angebotsbedingungen sind gut, und sie werden aller Voraussicht nach gut bleiben. Es lohnt sich für die Unternehmen, in Sachanlagen zu investieren, auch im Vergleich zu alternativen Finanzanlagen.

Zudem gibt es immer noch großen Nachholbedarf — bei der Modernisierung der Produktionsanlagen und nun auch bei deren Erweiterung. Trotz hoher Zuwachsraten in den letzten Jahren hat die Investitionstätigkeit, bezieht man sie auf den vorhandenen Kapitalstock, gerade erst wieder den Stand von Ende der siebziger Jahre erreicht:

— Der Modernisierungsdruck ist unvermindert groß. Denn der technische Wandel schreitet rasch fort, und in der internationalen Arbeitsteilung sind bedeutende Veränderungen im Gange. Die Unternehmen können den Herausforderungen nur durch eine Verstärkung ihrer Innovations- und Investitionsanstrengungen begegnen. Ganz oben auf der Agenda steht die beschleunigte Einführung moderner Techniken, nicht nur bei der Rationalisierung der Fertigungsprozesse, sondern auch bei der Reorganisation der gesamten Arbeitsabläufe in der Forschung, Produktion und Verwaltung sowie im Vertrieb.

Schaubild A

SOZIALPRODUKT UND WICHTIGE KOMPONENTEN
in Preisen von 1980

SCHÄTZUNG FÜR DAS 2. HALBJAHR 1989
FÜR 1990 PROGNOSE

Saisonbereinigter Verlauf

Log. Maßstab Mrd DM

Bruttosozialprodukt
Ausrüstungen
Bauten
Privater Verbrauch
Ausfuhr
Einfuhr

1979 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90

SR 89 0786

Tabelle B

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1989

Absolute Werte

	Einheit	1988	1989	1990	1989		1990	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 156,8	1 215,0	1 296,5	584,3	631,0	618,5	678,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	411,5	418,0	433,5	194,1	224,0	200,0	233,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	419,1	463,5	505,5	215,9	247,5	230,0	275,5
Ausrüstungen	Mrd DM	184,9	208,0	228,5	94,2	113,5	103,0	125,5
Bauten	Mrd DM	234,3	255,5	277,0	121,6	134,0	127,0	150,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 13,7	+ 15,0	+ 12,0	+ 18,0	− 3,0	+ 18,5	− 6,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+120,6	+148,0	+160,0	+ 72,6	+ 75,5	+ 79,0	+ 81,0
Ausfuhr	Mrd DM	687,8	786,0	857,5	385,4	400,5	416,0	441,5
Einfuhr	Mrd DM	567,2	638,0	697,5	312,8	325,5	337,0	360,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2 121,7	2 259,5	2 407,5	1 084,7	1 175,0	1 146,0	1 261,5
In Preisen von 1980:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	949,9	966,5	999,5	465,1	501,5	478,5	520,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	335,4	333,5	339,0	162,7	171,0	164,5	174,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	352,2	377,5	397,0	177,2	200,5	182,0	214,5
Ausrüstungen	Mrd DM	154,2	169,5	181,0	77,2	92,0	82,0	99,0
Bauten	Mrd DM	198,0	208,5	215,5	100,0	108,5	100,0	115,5
Ausfuhr	Mrd DM	582,4	646,5	685,5	319,8	326,5	335,5	350,0
Einfuhr	Mrd DM	531,5	568,0	606,5	279,8	288,5	295,5	311,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 701,8	1 770,0	1 824,5	862,0	908,0	882,5	942,0
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	Mrd DM	1 750,3	1 810,5	1 870,0	880,9	929,5	905,0	965,0
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1980 = 100	121,8	125,5	130,0	125,6	126,0	129,0	130,5
Bruttosozialprodukt	1980 = 100	124,7	127,5	132,0	125,8	129,5	130,0	134,0
Letzte inländische Verwendung	1980 = 100	121,2	125,0	128,5	123,1	126,5	126,5	130,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige (Inland)[2]	1 000	26 079	26 420	26 820	26 200	26 640	26 595	27 040
Arbeitszeit[3]	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd DM	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	Mrd DM	1 692,9	1 752,0	1 806,5	853,5	898,5	874,0	932,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	1 126,4	1 178,5	1 253,5	554,2	624,0	585,5	668,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	525,3	573,5	614,5	281,7	292,0	297,0	317,5
Volkseinkommen	Mrd DM	1 651,7	1 752,0	1 868,0	836,0	916,0	882,5	985,5
Reales Volkseinkommen[1]	Mrd DM	1 362,6	1 404,0	1 451,0	678,9	725,0	697,0	753,5
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit[4]	Mrd DM	604,8	627,5	687,5	297,8	330,0	323,5	364,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	451,3	485,0	528,0	239,9	245,5	258,0	270,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[5]	Mrd DM	1 323,3	1 383,0	1 487,5	667,8	715,0	711,5	776,0

[1]) Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Deflator der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).
[2]) Ergebnisse der Volkszählung und der Arbeitsstättenzählung 1987 sind noch nicht berücksichtigt.
[3]) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

Tabelle B

schaftlichen Gesamtrechnungen

und Vorausschau auf das Jahr 1990

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1988	1989	1990	1989		1990	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 4,0	+ 5	+ 6½	+ 5,2	+ 5	+ 6	+ 7½
Staatsverbrauch	+ 3,7	+ 1½	+ 3½	+ 2,4	+ 1	+ 3	+ 4
Anlageinvestitionen	+ 7,5	+10½	+ 9	+12,3	+ 9	+ 6½	+11½
Ausrüstungen	+ 8,4	+12½	+10	+13,1	+12	+ 9	+10½
Bauten	+ 6,7	+ 9	+ 8½	+11,7	+ 7	+ 4½	+12
Vorratsveränderung							
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+ 7,7	+14½	+ 9	+16,0	+12½	+ 8	+10
Einfuhr	+ 7,8	+12½	+ 9½	+14,1	+11	+ 7½	+11
Bruttosozialprodukt	+ 5,2	+ 6½	+ 6½	+ 7,0	+ 6	+ 5½	+ 7½
In Preisen von 1980:							
Privater Verbrauch	+ 2,7	+ 1½	+ 3½	+ 1,7	+ 1½	+ 3	+ 4
Staatsverbrauch	+ 2,2	− ½	+ 1½	+ 0,1	− 1	+ 1	+ 2
Anlageinvestitionen	+ 5,9	+ 7½	+ 5	+ 9,2	+ 5½	+ 3	+ 7
Ausrüstungen	+ 7,5	+10	+ 7	+10,6	+ 9	+ 6½	+ 7½
Bauten	+ 4,7	+ 5½	+ 3½	+ 8,2	+ 3	0	+ 6½
Ausfuhr	+ 5,8	+11	+ 6	+12,5	+ 9½	+ 5	+ 7
Einfuhr	+ 6,3	+ 7	+ 7	+ 7,6	+ 6	+ 5½	+ 8
Bruttosozialprodukt	+ 3,6	+ 4	+ 3	+ 4,6	+ 3½	+ 2½	+ 3½
Realwert des Bruttosozialprodukts 1)	+ 3,8	+ 3½	+ 3½	+ 3,8	+ 3	+ 3	+ 4
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 1,2	+ 3	+ 3	+ 3,4	+ 3	+ 3	+ 3½
Bruttosozialprodukt	+ 1,5	+ 2½	+ 3½	+ 2,3	+ 2½	+ 3	+ 3½
Letzte inländische Verwendung	+ 1,3	+ 3	+ 3	+ 3,1	+ 3	+ 3	+ 3½
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige (Inland) 2)	+ 0,6	+ 1½	+ 1½	+ 1,2	+ 1½	+ 1½	+ 1½
Arbeitszeit 3)	0	− 1	− 1	− 0,5	− 1½	− 1½	− ½
Arbeitsvolumen	+ 0,6	+ ½	+ ½	+ 0,7	0	0	+ 1
Produktivität	+ 3,1	+ 3	+ 2½	+ 3,2	+ 3	+ 2½	+ 3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	+ 3,7	+ 3½	+ 3	+ 4,0	+ 3	+ 2½	+ 3½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 3,9	+ 4½	+ 6½	+ 4,5	+ 4½	+ 5½	+ 7
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,7	+ 9	+ 7	+11,0	+ 7½	+ 5½	+ 8½
Volkseinkommen	+ 5,4	+ 6	+ 6½	+ 6,6	+ 5½	+ 5½	+ 7½
Reales Volkseinkommen 1)	+ 4,1	+ 3	+ 3½	+ 3,5	+ 2½	+ 2½	+ 4
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit 4)	+ 4,2	+ 4	+ 9½	+ 3,5	+ 4	+ 8½	+10½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,8	+ 7½	+ 9	+ 9,2	+ 6	+ 7½	+10
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 5)	+ 4,3	+ 4½	+ 7½	+ 4,8	+ 4	+ 6½	+ 8½

4) Nettolohn- und -gehaltssumme.
5) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

— Die Kapazitätsauslastung ist mittlerweile recht hoch. Viele Unternehmen müssen die Produktionsanlagen erweitern, um zusätzliche Aufträge in vertretbaren Lieferfristen abwickeln zu können.

Wie schon in diesem Jahr werden die Unternehmen somit kräftig in neue Ausrüstungen investieren. Allerdings wird die hohe Zuwachsrate von diesem Jahr (10 vH) wohl nicht mehr erreicht werden; vermutlich ist das auch wegen der länger werdenden Lieferfristen gar nicht mehr möglich. Wir veranschlagen die Rate auf 7 vH, sowohl für den Durchschnitt des Jahres 1990 als auch für den Jahresverlauf.

29*. Bei den Bauinvestitionen schätzen wir die Entwicklung ähnlich günstig ein. Die Nachfrage nach Bauleistungen hat sich nach der langen Phase des Rückgangs und der Stagnation wieder spürbar belebt. Die Spitze hatte zunächst der gewerbliche Bau, der von der hohen Investitionsbereitschaft der Unternehmen profitiert. Seit sich im Jahre 1987 der Wind auf dem Wohnungsmarkt gedreht hat, holt der Wohnungsbau jedoch mächtig auf.

— Der Wohnungsbau wird im nächsten Jahr bei der Zuwachsrate den gewerblichen Bau deutlich überflügeln. Die spürbare Verknappung von Wohnraum in den Ballungsgebieten wird den Neu-, Aus- und Umbau von Wohnungen anregen. Die kräftigen Mietpreissteigerungen vor allem bei der Neuvermietung von Wohnungen schaffen Anreize für den Bau nicht nur von Mietwohnungen, sondern auch von Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen. Hinzu kommt, daß der Bund in diesem Jahr eine Reihe von Förderungsprogrammen aufgelegt hat, die im nächsten Jahr ihre Wirkungen entfalten werden.

— Im gewerblichen Bau zeichnet sich — analog zur Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen — abermals ein kräftiger Anstieg ab. Dabei spielen auch Verschiebungen in der Struktur der Investitionsnachfrage eine Rolle. Investitionen zur Vergrößerung der Kapazitäten und Investitionen für den Umweltschutz gewinnen weiter an Bedeutung; in beiden Fällen haben Baumaßnahmen großes Gewicht.

— Im öffentlichen Bau dürften die Investitionen — nach dem vergleichsweise kräftigen Anstieg in diesem Jahr — nur wenig ausgeweitet werden. Der wichtigste Grund ist, daß wegen der Steuerreform die Einnahmen der Gemeinden langsamer zunehmen.

Insgesamt veranschlagen wir die Zuwachsrate bei den Bauinvestitionen für den Verlauf des Jahres 1990, Jahresende 1990 gegen Jahresende 1989 gerechnet, auf 6 vH; diese Rate ist doppelt so hoch wie die für den Verlauf des Jahres 1989. Die Zuwachsrate im Durchschnitt des Jahres 1990 wird mit 3½ vH allerdings deutlich niedriger sein als die Zuwachsrate im Durchschnitt des Jahres 1989 (5½ vH). Die Differenz erklärt sich mit dem witterungsbedingt stark überhöhten Produktionsniveau in den ersten Monaten dieses Jahres. Zu Beginn des nächsten Jahres wird deshalb die Bauproduktion — einen normalen Winter vorausgesetzt — den Vorjahresstand deutlich unterschreiten (Basiseffekt).

30*. Die kräftige Ausweitung der Investitionen schafft nicht nur zusätzliche Nachfrage und gibt damit der Produktion weiteren Schwung. Sie sorgt auch dafür, daß das Produktionspotential beschleunigt wächst. Die Schätzung der Wachstumsrate des Produktionspotentials ist zwar mit Unsicherheiten behaftet. Eine Rate von 2½ vH für den Durchschnitt des Jahres 1990 dürfte jedoch der Wirklichkeit nahekommen.

31*. Was im kommenden Jahr zusätzlich konsumiert und investiert werden kann, hängt allerdings nicht nur davon ab, wie groß der Produktionsspielraum im Inland ist. Bei der engen internationalen Verflechtung der Gütermärkte lassen sich auch die Importe steigern. Insgesamt veranschlagen wir den Anstieg der Einfuhren (Waren und Dienste) für den Verlauf und für den Durchschnitt des Jahres 1990 auf 7 vH und damit kaum niedriger als die Raten für 1989.

32*. Bei der Exportschätzung haben wir uns zunächst an der Rate orientiert, mit der im kommenden Jahr die Auslandsmärkte deutscher Unternehmen voraussichtlich wachsen. Diese Rate veranschlagen wir auf 6½ vH bis 7 vH, sie ist etwas höher als die Rate für den Welthandel insgesamt. Dem liegt die Annahme zugrunde, daß die Abflachung der konjunkturellen Expansion nur abgeschwächt auf den deutschen Export durchwirkt. Alles in allem zeichnet sich so auch für das nächste Jahr ein deutlicher Anstieg der Exporte ab. Wir rechnen mit Zuwachsraten von 6 vH bis 6½ vH sowohl für den Verlauf als auch für den Durchschnitt des Jahres.

33*. Obwohl sich nach der Prognose die Zunahme des Exportvolumens stärker verlangsamt als die Zunahme des Importvolumens, wird der Außenbeitrag wegen der unterschiedlichen Höhe beider Größen nicht kleiner. In nominaler Rechnung wird er sogar größer und mit rund 160 Mrd DM einen neuen Rekord erreichen. Diese Summe entspricht etwa der Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis.

34*. Soweit es die importierten Rohstoffe und Vorprodukte betrifft, werden die Unternehmen in der Kostenrechnung im nächsten Jahr eher eine Entlastung erfahren. Von daher steht einer kräftigen Ausweitung der Investitionen und der Beschäftigung nichts im Wege. Ungewiß ist dagegen, mit welchen Belastungen bei den Lohnkosten sie fertig werden müssen. Es ist aus heutiger Sicht fast unmöglich zu prognostizieren, auf was sich die Tarifparteien einigen werden. Denn neben einer Anhebung der Tariflöhne wird es auch um die Verkürzung der Arbeitszeit gehen. Bislang haben beide Seiten ihre Vorstellungen nur sehr allgemein formuliert.

Wir haben angenommen, daß es in denjenigen Bereichen, in denen die Lohntarife neu ausgehandelt werden, zu einer Anhebung der tariflichen Stundenlöhne um 5½ vH kommt. In den anderen Bereichen, in denen noch mehrjährige Tarifverträge gelten, bleibt es bei den getroffenen Vereinbarungen. In einigen dieser Bereiche wird es jedoch einmalige Sonderzahlungen geben; diese erhöhen nicht das Tariflohnniveau, sondern vergrößern nur im nächsten Jahr die Lohndrift, stellen also in der Kostenrechnung keine dauerhafte Belastung dar.

35*. Alles in allem ergibt sich bei diesen Annahmen, daß die Lohnstückkosten um rund 3 vH steigen werden. Wir verhehlen nicht, daß uns eine solche Entwicklung mit Sorgen erfüllt, vor allem wegen der Signalwirkungen, die davon ausgehen können. Dennoch meinen wir: Der Weg für eine weitere Ausweitung der Beschäftigung wird damit noch nicht verbaut. Es dürften deshalb im nächsten Jahr knapp 400 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Unternehmen haben inzwischen die Personalreserven weitgehend ausgeschöpft. Wenn sie die Produktion steigern wollen, müssen sie den Personalbestand weiter aufstocken. In jüngster Zeit hat sich freilich der Wind auf dem Arbeitsmarkt gedreht. In vielen Bereichen herrscht Mangel an Arbeitskräften. Die Entwicklung der Beschäftigung hängt also nicht mehr nur davon ab, wie stark die Produktion ausgeweitet werden kann, sondern der Spielraum für eine Produktionsausweitung bestimmt sich auch nach den verfügbaren — qualifizierten — Arbeitskräften.

36*. Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nahezu unmöglich, eine verläßliche Schätzung darüber anzugeben, wie groß das zusätzliche Arbeitsangebot im kommenden Jahr sein wird. Eine Zahl, die man heute noch plausibel finden mag, kann schon morgen überholt sein. Dennoch müssen wir, um die Prognose durchrechnen zu können, Annahmen treffen. Wir gehen davon aus, daß im Durchschnitt des Jahres etwa 310 000 Personen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängen werden. Darin eingeschlossen ist ein großer Teil derjenigen Aussiedler, die schon in diesem Jahr in die Bundesrepublik gekommen sind.

Wie viele Menschen aus der DDR zuwandern werden, läßt sich nicht prognostizieren. In diesem Jahr waren es nach Angaben der Bundesregierung bis zum 9. November 202 350 Personen, die das Aufnahmeverfahren durchlaufen haben, und der größte Teil von ihnen kam in der zweiten Jahreshälfte. Wir haben bei unserer Prognose der Erwerbspersonenzahl für 1990 bewußt davon Abstand genommen, den Zustrom von Übersiedlern aus der DDR abzuschätzen. Beim derzeitigen Informationsstand wäre die Nennung jeder Zahl rein willkürlich. Für das Rechenwerk unserer Prognose haben wir bei der Quantifizierung der Erwerbspersonenzahl die Setzung vorgenommen, daß keine weiteren Übersiedler zuwandern.

37*. Die kräftige Ausweitung der Beschäftigung schlägt sich in der Entwicklung der Einkommen nieder. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme wird im nächsten Jahr bei unseren Annahmen über die Beschäftigungsentwicklung um rund 6½ vH und damit rascher expandieren als die Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer. Die Einkommenssituation der Arbeitnehmer verbessert sich aber auch durch eine spürbare Verringerung der Steuerlast, denn mit Beginn des nächsten Jahres tritt das Steuerreformgesetz 1990 in Kraft. Die Tarifkorrekturen bringen bei der Lohnsteuer insgesamt eine Entlastung um 22 Mrd DM.

Nimmt man alles zusammen, die Zunahme bei den Lohneinkommen, den Sozialeinkommen sowie den Entnahmen und Vermögenseinkommen, dann ergibt das für das verfügbare Einkommen einen Zuwachs von 7½ vH. Das bedeutet, daß im kommenden Jahr ein Betrag von über 100 Mrd DM zusätzlich in die Kassen der privaten Haushalte fließen wird.

38*. Höhere Einkommen schaffen nicht nur Spielraum für höhere Verbrauchsausgaben. Sie vergrößern, namentlich bei guter Konjunkturlage, auch den Spielraum für Preiserhöhungen. Es fällt uns nicht leicht zu urteilen, wie akut die Gefahr eines Inflationsschubs ist:

— Einerseits: Die glänzende Auftragslage mag für viele Unternehmen eine willkommene Gelegenheit sein, um am Markt Preiserhöhungen durchzusetzen; für manche mögen Preisaufschläge auch ein Mittel sein, um weitere Aufträge, zu deren Abwicklung sie sich gar nicht in der Lage sehen, abzuwehren. Der Wettbewerb setzt dafür zwar Grenzen, aber diese Grenzen werden im nächsten Jahr zweifellos weiter gesteckt sein als in den letzten Jahren.

— Andererseits: Die guten Gewinnmargen mögen den Verzicht auf Preisanhebungen nahelegen. Die Unternehmen stehen derzeit nicht unter Kostendruck. Wenn die Lohnabschlüsse im nächsten Jahr nicht über das hinausgehen, was in der Prognose angenommen wurde, erscheint der Kostenanstieg noch verkraftbar. Es brauchen davon keine Anstöße zu einer Verstärkung des Preisauftriebs auszugehen. Für diejenigen Unternehmen, die sich einer preiselastischen Nachfrage gegenübersehen, kann es durchaus lohnend sein, auf Preiserhöhungen zu verzichten und statt dessen auf eine kräftige Ausweitung der Absatzmengen zu setzen.

Aus unseren Schätzungen ergibt sich ein Anstieg beim Preisindex für die Lebenshaltung von Dezember dieses Jahres bis Dezember nächsten Jahres um etwa 3½ vH. Diese Rate ist merklich höher als diejenige, die für den Zeitraum von Ende 1988 bis Ende 1989 zu verzeichnen ist (3 vH). Für den Jahresdurchschnitt 1990 bedeutet dies einen Anstieg um reichlich 3 vH.

39*. Auch wenn steigende Preise die Kaufkraft der Einkommen spürbar schmälern, so bleibt auch den privaten Haushalten ein kräftiger Zuwachs bei den Realeinkommen. Dieser wird mit 4 vH bis 4½ vH nicht niedriger ausfallen als in den Jahren 1986 und 1987; damals stiegen zwar die Nominaleinkommen langsamer, aber die Preise blieben stabil. Obwohl wir in unserer Rechnung einen deutlichen Anstieg der Sparquote zugrunde gelegt haben, verbleibt viel Raum für die Ausweitung des Privaten Verbrauchs; wir veranschlagen die Zuwachsrate, in jeweiligen Preisen gerechnet, auf 6½ vH und in konstanten Preisen auf 3½ vH.

40*. Auch von den öffentlichen Haushalten sind im nächsten Jahr, anders als in diesem Jahr, expansive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung zu erwarten. Diese werden insbesondere von der dritten Stufe der Steuerreform 1986/90 ausgelöst. Der Ausgabenzuwachs wird von uns auf knapp 4 vH veranschlagt. Zum beschleunigten Anstieg tragen neben höheren Sachausgaben der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (Staatsverbrauch und Investitionen)' vor allem höhere Ausgaben bei den Sozialleistungen bei. Daß sich das Defizit in den Haushalten der Ge-

bietskörperschaften — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — trotzdem nur etwa auf 28 Mrd DM erhöht, ist auf die erwartete günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen.

Ein Ausblick auf 1991

(Ziffern 226ff.)

41*. Entscheidend für die Beurteilung unserer Status-quo-Prognose muß sein, welche Perspektiven sie für die Zeit danach eröffnet. Die Entwicklung im Jahre 1990, so wie wir sie dort beschrieben haben, verdient nur dann gute Noten, wenn gesichert erscheint, daß sich die Aufwärtsentwicklung im Jahre 1991 fortsetzen kann. Zwei Simulationen sollen aufzeigen, mit welchen Entwicklungen bei alternativen Annahmen über den Kurs der Lohnpolitik und der Geldpolitik zu rechnen wäre. In beiden Fällen gehen wir davon aus, daß sich die Aufwärtsentwicklung in der Weltwirtschaft über 1990 hinaus fortsetzt, und daß es nicht zu größeren Wechselkursschwankungen kommt.

42*. Der ersten Simulation legen wir die Annahmen unserer Status-quo-Prognose für das Jahr 1990 zugrunde und führen diese weiter. Die wichtigste ist, daß sich der Kosten- und Preisauftrieb in Grenzen halten läßt und damit ein Konflikt mit der Geldpolitik vermieden werden kann. Die Steigerungsrate bei den effektiven Stundenverdiensten wird sich 1991 in der Nachbarschaft derjenigen Rate bewegen, die wir in die Status-quo-Prognose für das Jahr 1990 eingesetzt haben.

43*. Das Hauptergebnis dieser Simulation ist, daß die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1991 aufwärts gerichtet bleibt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird — im Durchschnitt des Jahres — um 2½ vH expandieren, die Rate für den Jahresverlauf ist nicht ganz so hoch. Der Expansionspfad ist zwar deutlich flacher als im Jahre 1990 (3½ vH), aber nicht viel flacher als der Wachstumspfad beim Produktionspotential (2½ vH). Auf den ersten Blick mag es sogar als vorteilhaft erscheinen, daß sich die Konjunktur nicht weiter aufheizt, sondern abkühlt.

Die Simulation macht jedoch sichtbar, daß die Verstärkung des inflatorischen Prozesses die Investitionsbereitschaft dämpft. Zwar können die Unternehmen ihre Gewinnmargen erneut verteidigen, aber nur dadurch, daß sie die Preise weiter erhöhen. Bei einer solchen Konstellation muß das Vertrauen in anhaltend gute Investitionsbedingungen früher oder später verlorengehen.

44*. Der Ausgangspunkt bei der zweiten Simulation ist, daß die Lohnabschlüsse des Jahres 1990 in ihrer Kostenwirkung deutlich über das hinausgehen, was in der Status-quo-Prognose als Annahme zugrunde gelegt wurde. Die Geldpolitik wäre damit gezwungen, die Zügel straff anzuziehen.

Der Konflikt zwischen Lohnpolitik und Geldpolitik wird vermutlich die wirtschaftliche Entwicklung nicht sofort beeinträchtigen. Die dämpfenden Einflüsse werden sich zunächst beim Privaten Verbrauch zeigen. Die Beschleunigung des Preisanstiegs wird die Kaufkraft der privaten Haushalte schmälern, vor allem die der Rentnerhaushalte, die im Jahre 1990 keine Kompensation für die Geldentwertung bekommen.

In ihren Absatz- und Gewinnerwartungen enttäuscht, korrigieren die Unternehmen ihre Produktions- und Investitionspläne schon in der zweiten Jahreshälfte 1990 nach unten. Sie weiten die Produktion weniger aus als vorgesehen, um sie an die veränderte Absatzlage anzupassen, aber auch, um überhöhte Fertigwarenläger abzubauen. Und sie stellen vorgesehene Investitionsprojekte zurück. Die Bereitschaft, den Personalbestand weiter aufzustocken, läßt spürbar nach, zumal sich der Arbeitseinsatz stark verteuert hat.

45*. Bei alledem bleibt es jedoch nicht. Der Ausfall von Nachfrage und Produktion ist zunächst nicht so stark, um den inflatorischen Prozeß spürbar abzubremsen; Preise und Löhne schaukeln sich im Gegenteil im Jahre 1991 weiter auf. Die Arbeitnehmerorganisationen versuchen, den Preisauftrieb durch höhere Löhne, und die Unternehmen, die Kostensteigerungen durch höhere Preise zu kompensieren, was die Geldpolitik zu verhindern trachtet. In einer solchen Konstellation ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Konjunktur umkippt. Denn die Erwartungen werden nun immer mehr von der Furcht vor einer Stabilisierungskrise überschattet. Die Unternehmen kürzen die Investitionsbudgets weiter, stellen kein zusätzliches Personal mehr ein und streichen Überstunden. Die Stabilisierungskrise nimmt ihren Lauf.

Wirtschaftspolitik für 1990 und danach

Ziele und Wirklichkeit

(Ziffern 241ff.)

46*. Die kraftvolle Aufwärtsentwicklung in den letzten beiden Jahren und der weitere Anstieg von Nachfrage und Produktion, der sich für das nächste Jahr abzeichnet, bestärken den Eindruck, daß der Expansionsprozeß eine neue Qualität gewonnen hat. War bis 1987 in vielen Wirtschaftsbereichen noch eine abwartende Haltung verbreitet, ist heute, durch volle Auftragsbücher und anhaltend gute Gewinne begünstigt, eher eine Aufbruchstimmung zu verzeichnen.

47*. Mehr Wachstumsdynamik ist daran erkennbar, daß die Unternehmen in verstärktem Maße Neues in Angriff nehmen, das heißt, mehr in die Modernisierung, Verbesserung und den Ausbau der vorhandenen Produktionsanlagen investieren, vermehrt neue Produkte auf den Markt bringen und neue Märkte erschließen, sich so für mehr gewinnbringenden Absatz in der Zukunft rüsten und dafür auch die personellen Voraussetzungen durch eine Aufstockung ihres Personalbestandes schaffen. Daß die Bereitschaft dazu deutlich zugenommen hat, ist zu einem großen Teil der Verbesserung der Angebotsbedingungen gutzuschreiben. Der Ertrag, den Neuerungsaktivitäten versprechen, steht heute wieder mehr im Einklang mit den Risiken, die sie bergen, und angesichts der gestiegenen Eigenkapitalausstattung ist auch die Fähigkeit vieler Unternehmen, Investitionsrisiken einzugehen, größer als zu Beginn der achtziger Jahre.

Überschätzen darf man die erreichte Wachstumsdynamik allerdings nicht; denn ohne den starken Zuwachs der Ausfuhr, der 1989 noch größer als im Vorjahr ausfiel, hätten Produktion, Beschäftigung, Investitionen und Einkommen zweifellos nicht so stark zugenommen. Der Exportboom hat gute und weniger gute Seiten. Zu den guten gehört, daß überall auf der Welt wieder mehr in die Erweiterung und Modernisierung der Produktionsanlagen investiert wird; bei dem hohen Gewicht, das Ausrüstungsgüter im Exportsortiment der Bundesrepublik haben, profitieren deutsche Hersteller davon im besonderen Maße. Zu den weniger guten Seiten zählt, daß eine niedrige reale Bewertung der D-Mark gegenüber den Währungen wichtiger Partnerländer, nicht zuletzt in der Europäischen Gemeinschaft, seit mehr als zweieinhalb Jahren der Expansion der Auslandsnachfrage Vorschub leistet und einen kräftigeren Anstieg der Einfuhr hemmt; dies birgt nicht nur das Risiko struktureller Verwerfungen, sondern macht es auch schwerer, Kosten und Preise stabil zu halten.

48*. Die Gefahr, daß sich Produktionsengpässe häufen, sehen wir zumindest für 1990 noch als gering an. In vielen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes hat der Auslastungsgrad der Produktionsanlagen die Normalmarke inzwischen zwar überschritten; neue Anlagen, die im Zuge der verstärkten Investitionstätigkeit angeschafft werden, erweitern jedoch die Kapazitätsspielräume, selbst dort, wo sie nur alte Anlagen ersetzen, weil sie in aller Regel erheblich leistungsfähiger sind als diese und nicht selten auch eine produktivitätssteigernde Neuorganisation der Arbeitsabläufe erlauben. Im Dienstleistungsbereich stellen die technischen Einrichtungen ohnehin seltener den Engpaß dar.

49*. Zusammengefaßt ergibt sich mit Blick auf die Ziele, die der Sachverständigenrat seiner Urteilsfindung zugrunde zu legen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, der folgende Befund:

— Der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion liegt jetzt deutlich über dem, was in den Jahren zuvor erreicht wurde. Die Zeichen stehen nicht auf Abschwächung. Wichtig ist vor allem, daß der Investitionsmotor weiter gut läuft. Dem Ziel eines stetigen und angemessenen Wachstums ist die deutsche Wirtschaft damit näher gekommen.

— Die Ausweitung der Beschäftigung hat sich beschleunigt; verglichen mit dem Tiefstand Ende 1983 werden Ende 1990 mehr als 1,7 Millionen Personen zusätzlich einen Arbeitsplatz haben. Der Zuwachs an Beschäftigten hat 1989 die Neuzugänge am Arbeitsmarkt überschritten, so daß die Arbeitslosigkeit erstmals seit 1983 deutlich zurückgegangen ist. Chancen für einen weiteren Abbau in den nächsten Jahren bestehen, wenn die Weichen, nicht zuletzt in der Lohnpolitik, auf ein beschäftigungsintensives Wachstum gestellt bleiben.

— Der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung, der schon im vorigen Jahr begann, hat sich 1989 fortgesetzt, im Jahresverlauf aber nicht beschleunigt. Bringt man in Abzug, was der Verbrauchsteuererhöhung zuzuschreiben ist, so verbleibt eine Geldentwertung, die sich noch nicht weit vom Ziel der Geldwertstabilität entfernt hat. Die Gefährdung des Stabilitätszieles hat sich jedoch verstärkt.

— Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist auch 1989 nicht erreicht worden; die Aussichten, daß sich dies 1990 ändern wird, sind nicht günstig. Anzeichen für einen Rückgang des großen Netto-Kapitalexports und der hohen Überschüsse in der Leistungsbilanz, die ihm entsprechen, sind nicht zu erkennen; im Gegenteil, es ist mit einer weiteren Zunahme zu rechnen.

Wirtschaftspolitik für stabilen Geldwert und wohlfahrtsförderndes Wachstum

Die Aufgaben der Stabilisierungspolitik und der Wachstumspolitik (Ziffern 262 ff.)

50*. Die Wirtschaft kann über das kommende Jahr hinaus nur auf dem steileren Pfad voranschreiten, wenn die Schubkräfte stark bleiben und keine Engpässe den Weg behindern. Am Schub von der Nachfrage fehlt es nicht; diese wird 1990 im ganzen gesehen unvermindert expandieren. Gleichwohl drohen einem weiteren störungsfreien Wachstum zunehmend Gefahren. Sie liegen darin, daß sich der Preisauftrieb beschleunigt, womit dann spätestens im übernächsten Jahr eine Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität programmiert wäre, weil dies zum einen Anlaß zu entsprechend scharfen Restriktionsmaßnahmen gäbe, und weil es zum anderen nicht ohne Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit bliebe. Mit am stärksten würde das die Investitionen treffen, auf die es für den weiteren Wachstumsprozeß besonders ankommt. Die Stabilisierungspolitik muß daher schon den Anfängen wehren.

51*. Wichtig ist vor allem, daß Kostendruck die Gefahr inflationärer Verspannungen nicht vergrößert. Damit sind in erster Linie die Tarifparteien angesprochen. In diesem Jahr haben sie sich noch stabilitätskonform verhalten; für 1990 zeichnet sich ein solches Verhalten nicht mehr ab. Im Gegenteil, schon bei einer Lohnentwicklung, wie wir sie in unserer Prognose für 1990 unterstellen, nimmt der Kostendruck deutlich zu. Der Anstieg von Produktion und Beschäftigung wird zwar im kommenden Jahr davon kaum beeinträchtigt, aber es wird eine Fehlentwicklung angelegt, die die Jahre nach 1990 vorbelastet. Die Einbußen an Produktion und Beschäftigung, die sich auf mittlere Sicht ergeben, werden um so stärker, je mehr die Löhne die Kosten treiben und je mehr an Geldwertstabilität damit verlorengeht. Bei Tariflohnsteigerungen, die über die Summe von Produktivitätsverbesserungen und Preisanstieg noch hinausgehen, wäre damit zu rechnen, daß die Aufwärtsentwicklung schon 1991 in eine Stabilisierungskrise mündet. Noch haben es die Tarifparteien in der Hand, dieses Risiko möglichst klein zu halten.

Für Besonnenheit und Augenmaß in der Lohnpolitik zu werben, heißt nicht, die stabilisierungspolitische

Aufgabe allein den Tarifparteien aufzubürden. Auch die Geldpolitik und die Währungspolitik sind gefordert, ebenso die Finanzpolitik und alle Bereiche der Wirtschaftspolitik, die dafür Sorge zu tragen haben, daß der Wettbewerb die Preiserhöhungsspielräume eng hält. Die Tarifparteien müssen darauf vertrauen können, daß alle ihren Beitrag leisten. Anderenfalls wäre der Erfolg einer stabilitätsgerechten Lohnpolitik — geringere Kaufkraftverluste und mehr Beschäftigung — unsicher; das Motiv für moderate Lohnerhöhungen entfiele. Vermeidung von Kostendruck ist somit Bestandteil einer Aufgabenverteilung, die zur Wahrung der Chance für eine anhaltende Wachstumsdynamik alle wirtschaftspolitischen Bereiche einbindet und sämtliche Quellen der Inflation verstopft.

52*. Der wachstumspolitischen Aufgabe ist durch die Verstärkung der wirtschaftlichen Auftriebskräfte in den letzten beiden Jahren nichts von ihrer Bedeutung genommen. Kurzfristig geht es darum zu verhindern, daß Produktionsengpässe die Fortsetzung der Expansion erschweren. Mittelfristig liegt die Aufgabe darin, einer Ausweitung der Wirtschaftsaktivitäten Raum zu geben, die zu den Wünschen der Menschen paßt, es besser zu haben.

53*. Im Hinblick auf die kurzfristige wachstumspolitische Aufgabe gilt es nicht nur, günstige Investitionsbedingungen zu gewährleisten, sondern auch, die vorhandenen Produktionsanlagen intensiver zu nutzen und personellen Engpässen entgegenzuwirken. Eine intensivere Nutzung der Anlagen erfordert vielfach die Entkoppelung von Arbeitszeit und Betriebszeit; die hier in den letzten Jahren erzielten Fortschritte gilt es zu bewahren und, wenn möglich, auszubauen. Die zu verzeichnenden personellen Engpässe sind überwiegend qualifikationsspezifischer Art; an Fachkräften mangelt es, nicht an Arbeitskräften allgemein. Dem läßt sich, wenn auch nicht in allen Fällen, begegnen, indem Fachkräfte, die unter ihrer Qualifikation eingesetzt sind, im Zuge einer Reorganisation intern aufrücken und in ihrer bisherigen Tätigkeit durch weniger qualifizierte Kräfte ersetzt werden, die sich am Arbeitsmarkt leichter finden lassen. Auf diese Weise kann auch die Eingliederung von Zuwanderern gefördert werden, die nicht gleich die nötige Qualifikation mitbringen.

54*. Angebotsengpässen kann auch durch vermehrte Importe begegnet werden. Die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen ist zwar in jüngster Zeit beschleunigt gestiegen; das heißt jedoch nicht, daß sie bei einem höheren Wechselkurs der D-Mark und bei einem ungehinderten Marktzugang für ausländische Anbieter, der längst nicht überall gegeben ist, nicht noch stärker hätte zunehmen können; die Bauwirtschaft bildet hier keine Ausnahme.

55*. Dem weiteren Wirtschaftswachstum Hindernisse aus dem Weg räumen, heißt dafür Sorge tragen, daß der Strukturwandel vorankommt. Eine verstärkte Ausweitung neuer Produktion wird nach wie vor nicht nur durch eine Vielzahl staatlicher Regulierungen behindert, sondern auch durch ein Zuviel an alter Produktion. Dieser Rückstand im Strukturwandel ist der Wirtschaftspolitik, und nicht einem Marktversagen anzulasten. Agrarpolitik, Kohlepolitik, Verkehrspolitik und andere Teile der Industriepolitik haben es durch die Aussperrung von Wettbewerb erst ermöglicht, daß wirtschaftlich überholte Strukturen erhalten geblieben sind. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten, die das verursacht, sind hoch: Kapital und Arbeit werden gebunden, Produktivkräfte, die an anderer Stelle der Volkswirtschaft ertragreicher und damit wachstumsfördernd genutzt werden könnten.

Gerade jetzt, wo es in der Breite der Wirtschaft nicht an konjunkturellem Auftrieb fehlt, sollte der Abbau von Protektionsmaßnahmen leichter fallen. Darauf zu setzen, daß der Strukturwandel von selbst rascher als bisher vorankommt, wäre keine vertretbare Strategie; denn die Erfahrung lehrt, daß sich dieser bei günstiger Wirtschaftslage eher verlangsamt als beschleunigt. Anzeichen dafür, daß es sich diesmal anders verhält, sind nicht zu erkennen. Bliebe alles beim alten, wäre das eine schwere Hypothek für die kommenden Jahre; es wäre die Chance für mehr Wachstum vertan, und auch die Anpassungsaufgabe wäre schwerer zu lösen.

56*. So wie die Wirtschaftspolitik den Strukturwandel nicht fördert, indem sie ihn lenkt, sondern indem sie ihm Hindernisse aus dem Weg räumt, so fördert sie das Wachstum der Wirtschaft nicht, indem sie es verordnet, sondern indem sie den Wachstumskräften, die aus den Präferenzen entstehen, Raum gibt, also günstige und verläßliche Rahmenbedingungen schafft und die Märkte offenhält. Wachstumspolitik ist damit vor allem anderen Ordnungspolitik.

Die Zeit drängt, hier Versäumtes bald nachzuholen. Das gilt um so mehr, als mit der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes und weiteren Schritten auf dem Weg zur Währungsunion eine zunehmende Verlagerung von wirtschaftspolitischen Kompetenzen auf die Organe der Europäischen Gemeinschaften einhergehen wird. Über die konkrete Ausgestaltung der in der Bundesrepublik geltenden Wirtschaftsordnung wird somit immer weniger von nationalen Instanzen entschieden werden können. Wie will die Bundesrepublik bei anstehenden gemeinschaftlichen Entscheidungen gegen dirigistische Begehren anderer Mitgliedsländer Front machen, wenn sie selbst in wichtigen Bereichen an Dirigismen festhält? Man muß nur die Schutzpolitik für die Kohle als besonders krasses Beispiel nehmen. Den Partnern Respekt vor den Interessen des deutschen Bergbaus abzuverlangen, hieße, sich in die Situation zu bringen, den gleichen Respekt den vielfältigen Schutzinteressen zollen zu müssen, die andere Länder für andere Wirtschaftsbereiche geltend machen. Das Ergebnis könnte man nur fürchten. Um so wichtiger ist es, daß sich die Bundesrepublik zu einem positiven Beispiel für die Liberalisierung entwickelt. Nur dann kann sie überzeugend für eine marktwirtschaftliche Ordnung in Europa eintreten.

Die Qualität des Wachstums durch Umweltschutz verbessern (Ziffern 278 ff.)

57*. Immer mehr Menschen fürchten, daß ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum die natürliche Lebensbasis zerstöre. Wirtschaftswachstum sei mit Umwelt-

schutz unvereinbar. Tatsächlich haben in vielen Ländern die Schadstoffeinleitungen in Luft, Wasser und Boden ein Ausmaß erreicht, das die Regenerationsfähigkeit des Naturhaushalts zum Teil schon überfordert und irreversible ökologische Schäden verursacht hat. Auch die Umgestaltung der Landschaften durch Bauten aller Art und sonstige Eingriffe entspricht vielerorts nicht den Vorstellungen der Menschen von einer intakten Umwelt. Gewachsen ist das Bewußtsein, daß Umweltschäden lange fortwirken; was heute beim Umweltschutz versäumt wird, belastet auch künftige Generationen. Es ist verständlich, daß die Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts der gewaltig angewachsenen Produktion und dem Konsum zugeschrieben werden, und es liegt von daher nahe, im bewußten Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum die Zauberformel für die Lösung der Umweltprobleme zu sehen.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, daß ein fester Zusammenhang zwischen Umweltschäden und Produktionsniveau nicht besteht, auch Entwicklungsländer und junge Industrieländer haben mit gravierenden Umweltproblemen zu kämpfen. Ein niedriges Produktionsniveau und eine stagnierende Wirtschaft schützen vor Umweltbelastungen nicht. Die wahren Ursachen der Umweltschäden sind ganz anderer Art. Die Umwelt wurde zu lange und in zu vielen Verwendungen als freies Gut behandelt, das jedermann scheinbar kostenlos zur Verfügung stand.

58*. Die wachstumspolitische und zugleich umweltpolitische Aufgabe lautet: Es ist dafür zu sorgen, daß das wirtschaftliche Wachstum in Bahnen verläuft, die mit der Schonung der natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen vereinbar sind. Die Umwelt muß als das begriffen werden, was sie in Wirklichkeit ist, nämlich als ein knappes Gut. Wo immer es möglich ist, muß ihre Nutzung mit einem Preis belegt sein, der hoch genug ist, um den verschwenderischen ökonomisch ineffizienten Umfang zu unterbinden. Das ist bisher nicht in hinreichendem Maße geschehen. Die umweltpolitischen Rahmenbedingungen sind noch lückenhaft und nicht rundum geeignet, die Knappheit der natürlichen Umweltgüter adäquat zur Geltung zu bringen und in umweltschonendes Handeln umzusetzen.

Der Umweltschutz gibt dem strukturellen Wandel neue Impulse und eine neue Richtung. Dazu bedarf es hinreichend starker Anreize, umweltschonende statt umweltbelastender Produktionsverfahren anzuwenden, den Konsum stärker auf umweltfreundliche Produkte hin zu verlagern und Standorte mit gravierenden ökologischen Problemen zu entlasten. Eine dynamische Wirtschaft, in der sich der strukturelle Wandel entfalten kann, das heißt, in der die Produktion rasch auf Änderungen in den Präferenzen oder in den Produktionsbedingungen reagiert und in der Anpassungsprozesse nicht unterdrückt werden, wird durch die Umstellungen und Anpassungen, die der ökologischen Gesundung dienen, nicht überfordert. Wo dagegen der strukturelle Wandel blockiert wird und alte Strukturen erstarren, kommt der Umweltschutz nur mühsam voran; er ist mehr Belastung als stimulierender Impuls. Deshalb bietet eine Wachstumspolitik, die Hemmnisse abbaut und so den strukturellen Wandel leichtgängiger macht, die besten Chancen für den Erhalt der natürlichen Umwelt.

59*. Eine effiziente Umweltschutzpolitik muß sich viel stärker als bisher marktwirtschaftlicher Steuerungsinstrumente bedienen, die Preissignale für die Umweltnutzung setzen. Dadurch werden die stärksten Anreize geschaffen, mit dem knappen Gut Umwelt sparsam umzugehen. Wo die Umweltnutzung ihren Preis hat, liegt es im eigenen Interesse aller Produzenten und Konsumenten, umweltschädliches Wirtschaften gegen die damit verbundenen Kosten abzuwägen. Außerdem entsteht ein Zugewinn an Effizienz, weil die wirtschaftenden Menschen individuell entscheiden können, inwieweit sie die Umwelt zum gegebenen Preis nutzen wollen oder nicht. Somit wird viel mehr als bei ordnungsrechtlichen Eingriffen dafür Sorge getragen, daß Nutzung der Umwelt und Nutzungsverzicht im Einklang mit den Präferenzen der Menschen und den recht unterschiedlichen betrieblichen Gegebenheiten der Umweltnutzer bleiben.

Das marktwirtschaftliche Instrumentarium der Umweltpolitik ist vielfältig.

— Bei Zertifikatslösungen werden übertragbare Lizenzen für Schadstoffeinleitungen im Rahmen vorgegebener Gesamtkontingente vergeben, wobei sich der Preis der Lizenzen marktmäßig bilden kann.

— Haftungsregeln, die bei einem Schadenseintritt den Verursacher zu Zahlungen verpflichten, führen zur Nachfrage nach entsprechenden Versicherungsleistungen. Die sich dabei herausbildenden Versicherungsprämien reflektieren zum einen das Schadensrisiko; zum anderen beeinflussen sie die Bereitschaft der Produzenten, eine mit einem Schadensrisiko behaftete Produktion aufzunehmen.

— In diesem Jahr stehen umweltpolitisch orientierte Abgaben und Steuern im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Mit Abgaben, etwa einer Abwasserabgabe oder einer Luftschadstoffabgabe, setzt der Staat Preise für die Inanspruchnahme der Umwelt durch Schadstoffeinleitungen. Die Abgabenlösung und ebenso die Besteuerung können zu einem wirkungsvollen Instrument der Umweltpolitik entwickelt werden. Wichtig ist dabei, das eigentliche Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Im Energiebereich vor allem kann das umweltpolitische Ziel nicht darin bestehen, den Energieverbrauch generell durch Besteuerung zurückzudrängen; denn dies hieße, einen universal anwendbaren, für Rationalisierung und technischen Fortschritt wichtigen Produktionsfaktor zu verteuern. Das umweltpolitische Ziel besteht vielmehr darin, den Ausstoß an Schadstoffen entsprechend deren Schädlichkeit preislich zu belasten.

Geldpolitik: Ein unmißverständliches Zeichen setzen

(Ziffern 292 ff.)

60*. Die Aufgabe der Geldpolitik besteht darin, die Wirtschaft nicht mit mehr Liquidität zu versorgen, als bei stabilitätsgerechtem Verhalten aller zu einer Aus-

schöpfung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten paßt. Die Bundesbank hat die Geldmengenausweitung durch mehrfache und zuletzt besonders deutliche Anhebungen der Notenbankzinsen auf die von ihr angekündigte Expansionsrate reduziert. Die aus der übermäßigen Geldmengenexpansion der vorangegangenen drei Jahre resultierende Inflationsgefahr ist damit allerdings keineswegs beseitigt. Die Ausgangsbasis für den Kurs der Geldpolitik im Jahre 1990 ist damit durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

— Der Wendepunkt 1986/87 markiert das Ende des Disinflationsprozesses, seitdem zeigen die Änderungsraten aller Preisindizes wieder nach oben.

— Die Gefahr einer Beschleunigung des Preisauftriebs, die Anfang des Jahres drohte, scheint zumindest vorerst gebannt.

— Die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik hängt ganz entscheidend vom Ausgang der anstehenden Tarifverhandlungen ab. Käme es zu stabilitätswidrigen Abschlüssen, wäre die Basis für eine Fortsetzung des Wachstumskurses bei stabilen Preisen auf Jahre hinaus gefährdet oder gar zerstört.

61*. Unter diesen Umständen ist es die zentrale Aufgabe der Geldpolitik, keinerlei Zweifel über ihren künftigen Kurs aufkommen zu lassen. Vor allem muß die Bundesbank klarstellen, daß sie zu einer monetären Alimentierung stabilitätswidriger Tarifabschlüsse nicht bereit ist. Zu diesem Zweck sollte sie eine für die Öffentlichkeit glaubhafte Selbstverpflichtung in Form der verbindlichen Ankündigung eines Geldmengenzieles eingehen. Um die Tarifparteien nicht der Versuchung auszusetzen, die obere Grenze eines etwaigen Zielkorridors auszureizen, sollte die Bundesbank wiederum ein Punktziel ankündigen. Bei dem üblichen Vorbehalt der Ausnahmesituation wäre ein Fehlverhalten der Tarifparteien ausdrücklich auszuschließen.

62*. Aus der Schätzung des mittelfristigen Wachstums des Produktionspotentials zu jeweiligen Preisen von 5 vH leiten wir den Vorschlag ab, die bereinigte Zentralbankgeldmenge, berechnet vom 4. Quartal 1989 zum 4. Quartal 1990, mit einer Rate von 5 vH wachsen zu lassen. Diese Vorgabe setzt einer Beschleunigung des Preisauftriebs Grenzen, läßt andererseits einen Spielraum für reales Wachstum, das um so kräftiger ausfallen kann, je mehr die Preissteigerungsrate zurückgeführt wird.

63*. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Rüdiger Pohl, vertritt zur Frage der geldpolitischen Konzeption eine abweichende Meinung. Die Konzeption konsequent einzuhaltender Geldmengenziele, die von der Mehrheit nach wie vor vertreten wird, käme nach Ansicht dieses Mitglieds unter den heutigen Bedingungen weitgehend internationalisierter Finanzmärkte einer Selbstfesselung der Geldpolitik gleich, die den geldpolitischen Anforderungen nicht gerecht wird. Daher tritt dieses Mitglied dafür ein, daß die Deutsche Bundesbank weiter an ihrer geldpolitischen Linie der Flexibilität festhält. Diese Linie bedeutet, daß internationale Einflüsse auf die nationalen Vermögensmärkte wie auch Änderungen im inländischen Geldnachfrageverhalten nicht nur durch Bewegungen der Zinsen und Wechselkurse, sondern auch durch Bewegungen der Geldmenge absorbiert werden können, was eine bindende Fixierung der Geldmenge an einen Zielpfad ausschließt.

Finanzpolitik: Den Wachstumskurs sichern
(Ziffern 312 ff.)

64*. Steigende öffentliche Ausgaben können nur von einem wachsenden Sozialprodukt getragen werden. In seiner Einnahmen- und Ausgabenpolitik muß der Staat immer die möglichen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum bedenken. Mittelfristig hat sich die Finanzpolitik daran zu orientieren, das Wachstum nicht zu beeinträchtigen, die private Aktivität möglichst wenig zu bremsen und Leistungsanreize freizusetzen. Der mittelfristige, wachstumspolitisch ausgerichtete Kurs kann zeitweise in Spannungen zu den kurzfristigen, konjunkturpolitischen Erfordernissen geraten. Tritt dieser Fall ein, ist zu prüfen, ob der konjunkturpolitisch gebotene Handlungsbedarf so groß ist, daß die Finanzpolitik vorübergehend von ihrer mittelfristigen Ausrichtung abweichen sollte. Die Auswirkungen der dritten Stufe der Steuerreform, die mit Beginn des nächsten Jahres in Kraft tritt, erfordern eine derartige Überprüfung.

65*. Für 1990 sind die finanzpolitischen Weichen gestellt. Was an Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden geplant und was an Einnahmen zu erwarten ist, wird im Ergebnis zu einem expansiven Impuls führen. Zu den Anforderungen, die sich von der stabilisierungspolitischen Aufgabe her stellen, paßt das schlecht. Zwar wird die Auslandsnachfrage im kommenden Jahr nicht mehr ganz so stark wie in diesem Jahr zunehmen, so daß ein beschleunigter Anstieg der Inlandsnachfrage nicht gänzlich zur Unzeit kommt; angesichts der hohen und aller Voraussicht nach weiter zunehmenden Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und der daraus entstehenden Gefahren für den Geldwert ist ein expansiver konjunktureller Impuls aber nicht unproblematisch. Sehen muß man freilich auch, daß dieser nicht von den Ausgaben des Staates, sondern davon ausgeht, daß 1990 die dritte Stufe der Einkommensteuerreform, wie seit langem festgelegt, in Kraft tritt. Sie nun aus stabilisierungspolitischen Gründen zu vertagen, hieße nicht nur die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik zu gefährden, sondern vor allem auch die Leistungsanreize hintanzustellen, die mit der Reform geweckt werden sollen.

66*. Mit Blick auf die wachstumspolitische Aufgabe ist und bleibt es wichtig, die Abgabenbelastung weiter zu senken. Darüber hinaus gilt es, den Anstieg der Staatsausgaben über das kommende Jahr hinaus in engen Grenzen zu halten, um so den staatlichen Kreditbedarf zu verringern und privater Wirtschaftsaktivität mehr Raum zu geben. Das bedeutet nicht, daß Bund, Länder und Gemeinden davon Abstand nehmen müßten, neue Aufgaben anzupacken. Notwendig ist es jedoch, die Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte zu bereinigen. Damit wird Spielraum gewonnen, dort zuzulegen, wo das geboten ist, und zugleich wird die Ressourcennutzung durch den Staat verbessert. Erforderlich ist es nicht zuletzt, Störungen

der wirtschaftlichen Anreizsysteme zu beseitigen, wie sie sich nicht zuletzt daraus ergeben, daß Sozialleistungen und Steuersystem nicht genügend aufeinander abgestimmt sind.

Fortsetzung der Steuerreform: Unternehmensbesteuerung

(Ziffern 330 ff.)

67*. Die dritte Stufe der Steuerreform bringt auch eine erhebliche Entlastung der Unternehmen, vor allem durch Absenkung der Grenzsteuersätze, die auf den Gewinnen lasten. Zugleich werden in ersten Ansätzen Steuervergünstigungen abgebaut; damit wird die Bemessungsgrundlage für die Gewinnbesteuerung verbreitert. Was bisher an Reformschritten vollzogen wurde, weist in die richtige Richtung. Eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung, die nicht nur die Höhe der Steuersätze, sondern auch die Struktur der Steuerlast einbezieht, steht jedoch noch aus.

Ziel einer Reform der Unternehmensbesteuerung muß sein, die Rahmenbedingungen für unternehmerische Betätigung zu verbessern. Es kommt wesentlich darauf an, Anreize für unternehmerische Tätigkeit zu verstärken und Fehlanreize, die in Höhe und Struktur der Steuerbelastung begründet sind, zu beseitigen. Dies zielt auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und bringt im Ergebnis mehr Arbeitsplätze und höhere Einkommen für alle.

68*. Der Sachverständigenrat sieht eine zieladäquate und realisierbare Konzeption für die Reform der Unternehmensbesteuerung in folgendem Maßnahmenpaket:

- Der Spitzensatz der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne werden in gleicher Höhe festgesetzt; der Satz soll 48 vH nicht überschreiten, nach Möglichkeit noch niedriger liegen.
- Die an Gewerbeertrag und Gewerbekapital bemessene Gewerbesteuer entfällt. An ihre Stelle tritt unter Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen eine Wertschöpfungsteuer.
- Die Vermögensteuer entfällt.
- Die Gesellschaftsteuer entfällt.

Die heute in der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer begründeten Verletzungen der Rechtsformneutralität und der Finanzierungsneutralität würden damit verschwinden. Bei Gleichheit des Spitzensatzes der Einkommensteuer und des Körperschaftsteuersatzes wäre man auch nahe an Gewinnverwendungsneutralität. Bei Absenkung dieser beiden Sätze und Wegfall der Gewerbeertragsteuer läge die Grenzbelastung des Gewinns unter 50 vH. Mit Wegfall der Vermögensteuer wäre ein wesentlicher Teil der gewinnunabhängigen Steuerlast von den Unternehmen genommen; es bliebe nur die neugestaltete Gewerbesteuer. Die Abschaffung der Gesellschaftsteuer, die ohnehin für 1991 in Aussicht gestellt ist, beseitigt die Diskriminierung des Eigenkapitals bei Finanzierungsvorgängen. Im übrigen gehen wir davon aus, daß auch die Börsenumsatzsteuer, wie angekündigt, 1991 abgeschafft wird.

Das zur Diskussion gestellte Maßnahmenpaket reicht wegen der Senkung des Spitzensatzes der Einkommensteuer und des Wegfalls der Vermögensteuer in seinen Wirkungen über den engeren Bereich der Unternehmen hinaus. Eine Minderung der Grenzbelastung des Unternehmensgewinns erfordert zwingend die Senkung des Spitzensatzes der Einkommensteuer, will man nicht durch Begünstigung thesaurierter Gewinne gegen das Prinzip der Gewinnverwendungsneutralität verstoßen. Im übrigen wirken hohe Grenzsteuersätze nicht nur beim Unternehmensgewinn leistungshemmend und demotivierend. Die Abschaffung der Vermögensteuer kann nicht auf das Betriebsvermögen beschränkt bleiben; dies wäre, falls Kapitalforderungen gegen Unternehmen weiter der Vermögensteuer unterlägen, ein Verstoß gegen die Finanzierungsneutralität. Die Vermögensteuer weist auch in anderer Hinsicht grundlegende Mängel auf, vor allem wegen der an Willkür grenzenden Bewertungsmethoden; auch deswegen sollte sie entfallen.

Die Reformkonzeption zielt insgesamt auf eine steuerliche Entlastung der Unternehmen; ebenso wichtig aber ist die strukturelle Bereinigung, die in manchen Bereichen auch die Steuerlast erhöht. Letzteres gilt vor allem für Steuerpflichtige, die bisher keine Gewerbesteuer zu zahlen hatten, von der neuen Wertschöpfungsteuer aber erfaßt würden; dies ist unter dem Gesichtspunkt des Entgelts für in Anspruch genommene kommunale Leistungen sinnvoll und vertretbar. Die zusätzliche Steuerbelastung durch die Wertschöpfungsteuer kann im Einzelfall höher sein als die Entlastung durch Senkung des Einkommensteuersatzes und Wegfall der Vermögensteuer. Es kommt also durchaus nicht zu einer generellen Umverteilung zugunsten von Empfängern höherer Einkommen.

Tarifpolitik: Besonnenheit bewahren — Erfolge nicht verspielen

(Ziffern 347 ff.)

69*. Wie in den Vorjahren hat die Tarifpolitik auch im Jahre 1989 maßgeblich zu der stabilen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft beigetragen. Moderate Lohnanhebungen, die größtenteils durch die mehrjährigen Tarifabschlüsse vorgegeben waren, haben die Kosten stabil gehalten. Damit wurde inflationären Anspannungen entgegengewirkt, und der Anstieg der Beschäftigung konnte an Tempo gewinnen. Doch gerade die unerwartet gute Konjunktur in diesem Jahr und davor bringt die Tarifpolitik nun in eine schwierige Lage. Die Lohnsteigerungsraten erwiesen sich, so das Urteil bei den Gewerkschaften, rückblickend betrachtet als zu niedrig, um die Arbeitnehmer voll an dem kräftigen Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Einkommens teilhaben zu lassen.

Es besteht die Gefahr, daß die bisherige Linie moderater Lohnanhebungen nicht fortgeführt wird. Mit überhöhten Lohnanhebungen würde die Tarifpolitik aber nur auf einen Konflikt mit der Geldpolitik zu-

steuern, aus dem letztlich nichts anderes herauskommen kann als die schlechteste Entwicklung: höhere Preissteigerungen und Einbußen bei der Beschäftigung. Besonnenheit in der Tarifpolitik ist 1990 in hohem Maße gefordert, auf beiden Seiten des Verhandlungstisches. Die Arbeitnehmer müssen sich bewußt sein, daß überhöhte Abschlüsse zunichte machen würden, was die Tarifpolitik in den letzten Jahren zur Stabilisierung des Preisniveaus und zur Verbesserung der Beschäftigung beigetragen hat. Die Arbeitgeber müssen erkennen, daß sie den Weg zu weiterhin stabilitätskonformen Lohnabschlüssen ebnen können, indem sie den Arbeitnehmern unter Anerkenntnis der unerwartet guten Gewinnentwicklung mit einmaligen Einkommensnachschlägen entgegenkommen.

70*. Der Sachverständigenrat stellt ein „tarifpolitisches Paket" zur Diskussion, welches den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen des nächsten Jahres und danach gerecht wird, ohne die verteilungspolitischen Implikationen der Tarifpolitik zu vernachlässigen. Das Paket besteht aus folgenden Elementen:

— Die Unternehmen leisten in Reaktion auf die unerwartet gute Gewinnentwicklung eine einmalige „Nachschlagzahlung" an die Arbeitnehmer. Der Nachschlag ist nicht als nachträgliche Gewinnbeteiligung, sondern als Bestandteil eines auf die Zukunft gerichteten tarifpolitischen Pakets zu betrachten. Seine Funktion besteht darin, den erneuten Abschluß mehrjähriger Tarifverträge mit produktivitätsorientierten Lohnanhebungen möglich zu machen.

— Die in den mehrjährigen Tarifverträgen vereinbarten Nominallohnanhebungen enthalten zusätzlich zum Produktivitätsanstieg einen Aufschlag für die Preisentwicklung, der unter der für 1990 prognostizierten Preissteigerungsrate liegt und der über die folgenden Jahre deutlich verringert wird.

— Neben einem in der herkömmlichen Weise fest vereinbarten Lohnsteigerungspfad wird in den Tarifverträgen eine Alternative zur Wahl gestellt, in der fest vereinbarte mit ertragsabhängigen Lohnsteigerungskomponenten kombiniert werden. Die konkrete Ausgestaltung der ertragsabhängigen Lohnkomponente sollte betriebsindividuell vorgenommen werden.

— Weitere Verkürzungen der Wochenarbeitszeit werden vorerst zugunsten von Einkommenssteigerungen ausgesetzt. Die tarifvertragliche Arbeitszeitpolitik sollte ein Höchstmaß an flexibler und differenzierter Arbeitszeit dadurch ermöglichen, daß in den Tarifverträgen nur noch Regelungen für die Jahresarbeitszeit vorgegeben werden.

71*. Im Vorfeld der nächstjährigen Tarifverhandlungen haben sich vor allem die Gewerkschaften gegen den erneuten Abschluß mehrjähriger Tarifverträge ausgesprochen. Dies muß nicht das letzte Wort sein. Wenn man die gesamtwirtschaftlichen Gründe zugunsten mehrjähriger Verträge würdigt und die Vorteile auch für die Arbeitnehmer in Rechnung stellt, sollte es möglich sein, daß Gewerkschaften und Arbeitgeber ernsthaft die Chancen ausloten, die sich für die Fortführung des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses über dieses und das nächste Jahr hinaus aus dem „tarifpolitischen Paket" ergeben.

Zur Anwendungspraxis von Regulierungen: der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz

(Ziffern 364 ff.)

72*. Regulierungen lassen sich nicht allein nach ihrem Wortlaut beurteilen. Um ihre ökonomischen Auswirkungen abschätzen zu können, ist vor allem ihre Anwendungspraxis zu berücksichtigen. Auch wenn eine Regulierung von ihrem gesetzlichen Wortlaut her mit ökonomischer Effizienz vereinbar scheint, kann gleichwohl die Art und Weise ihrer Umsetzung in die Praxis wirtschaftliche Fehlentwicklungen auslösen. Ein Beispiel hierfür liefert der Kündigungsschutz.

Die Handhabung des Kündigungsschutzes wirkt auf die Einstellungschancen ein. Je höher die Entlassungsbarrieren durch den Kündigungsschutz geschraubt werden, desto höher sind auch die Einstellungsbarrieren. Dies ist der Punkt, an dem der arbeitsrechtliche Schutzgedanke zugunsten des sozial Schwächeren, der auch dem Kündigungsschutzgesetz zugrunde liegt, in sein Gegenteil umschlagen kann. Ein umfassender Kündigungsschutz mag dem gerade beschäftigten Arbeitnehmer zugute kommen; gleichzeitig werden die Beschäftigungschancen der Arbeitsuchenden und insbesondere die der Arbeitslosen vermindert.

73*. Aus ökonomischer Sicht sind also Abwägungen notwendig. Gilt es einerseits, Effizienzvorteile aus dem Schutz vor willkürlichen Kündigungen zu bewahren, dürfen andererseits durch das Instrument der Kündigung nicht zu hohe Einstellungsbarrieren entstehen. Die Kündigungsschutzgesetzgebung leistet vom Wortlaut her diese Abwägung nicht. Entscheidend ist die gerichtliche Praxis bei der Umsetzung des Kündigungsschutzes.

Es liegt im Gesamtinteresse der Arbeitnehmer, daß die Arbeitsrechtsprechung, auch wenn sie naturgemäß immer nur über einen konkreten Einzelfall zu entscheiden hat, stärker als bisher die wirtschaftlichen Signalwirkungen ihrer Urteile bedenkt. Das Kündigungsschutzgesetz sollte solche Abwägungen zur Pflicht machen. Es ist sicherlich schwierig, hierfür allgemeine Kriterien zu finden; die Politik zeigt allerdings auch wenig Bereitschaft, entsprechende gesetzliche Änderungen vorzunehmen. Symptomatisch ist hierfür, daß der Gesetzgeber Mitte der achtziger Jahre nicht die Kündigungsschutzgesetzgebung modifizierte, sondern mit der Ausweitung der Möglichkeiten zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge Wege zur Umgehung des Kündigungsschutzes eröffnete. Die Konkretisierung des allgemeinen Kündigungsschutzes wird weiterhin Aufgabe der Gerichte bleiben. Es kann nicht dafür plädiert werden, den Kündigungsschutz je nach der Lage am Arbeitsmarkt streng oder lax zu handhaben. Doch muß der Blick dafür geschärft werden, daß ein zu weit getriebener Kündigungsschutz hohe Einstellungsbarrieren schafft und dadurch der Gesamtheit der Arbeitnehmer mehr schadet als nutzt.

Wohnungspolitik: Behebung der Wohnungsknappheit gegen den Markt ist aussichtslos
(Ziffern 372 ff.)

74*. Der Nachfrageschub auf dem Wohnungsmarkt, der mit der Zuwanderung aus der DDR und Osteuropa einhergeht, erfordert sicherlich besondere Maßnahmen der Wohnungspolitik. Die Möglichkeiten, das Wohnungsangebot ohne eine Überbeanspruchung der Bauwirtschaft — und das heißt: ohne starke Preissteigerungen im Wohnungsbau — schnell zu erhöhen, sind allerdings begrenzt.

Die Wohnungspolitik wird ihrem Auftrag, für einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt und eine tragbare Wohnkostenbelastung für alle Bürger zu sorgen, dann am besten gerecht, wenn sie die Kräfte des Marktes bestmöglich nutzt und die Marktergebnisse, dem Subsidiaritätsprinzip folgend, sozial flankiert. Das ist eine soziale Wohnungsmarktwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf der Ordnungspolitik. Die Wohnungspolitik hat daher vor allem für stabile, die Investitionsbereitschaft stützende Rahmenbedingungen zu sorgen, die den besonderen Bedingungen dieses Sektors Rechnung tragen. Die Investoren, die Vermieter und die Mieter müssen wissen, welchen Kurs die Wohnungspolitik auf mittlere und längere Sicht in der Wohnungsbauförderung, in der wohnungswirtschaftlich relevanten Steuerpolitik, in der Mietgesetzgebung und hinsichtlich des Kündigungsschutzes sowie der Verfügungsrechte von Vermietern und Mietern verfolgt. Sie müssen sich auch darauf verlassen können, daß die soziale Flankierung durch das Wohngeld erhalten bleibt.

75*. Eine Wohnungspolitik, die den akuten Anspannungen auf dem Wohnungsmarkt begegnen will, ohne dadurch schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Störungen auf mittlere Sicht hervorzurufen, sollte sich an die folgenden Grundgedanken und Leitlinien halten:

— Knappheit ist nur durch mehr Investitionen abzumildern, und die höheren Investitionen in den Wohnungsbau müssen von privaten Bauherren vorgenommen werden (Einzelbauherren, kleingewerbliche Unternehmen, Versicherungsunternehmen, gemeinnützige und freie Wohnungsunternehmen, Wohnungsbaugenossenschaften).

— Zu höheren Investitionen im Mietwohnungsbau kommt es nur bei verbesserten Renditeerwartungen. Deshalb sollten die Rahmenbedingungen für Bauherren und Vermieter, wo immer möglich, verbessert und keinesfalls verschlechtert werden.

  Die im derzeit schnelleren Anstieg der Mieten für Erst- und Neuvermietung angelegte Verbesserung der Renditeerwartungen sollte eine kräftige Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen bringen.

— Weitere Eingriffe in die freie Mietpreisvereinbarung und die Verfügungsrechte des Vermieters würden die angespannte Wohnungsversorgung nur verschärfen.

— Der „klassische" Sozialmietwohnungsbau sollte aus sozialen, wirtschaftlichen und fiskalischen Gründen nicht revitalisiert werden.

— Der „3. Förderungsweg" bietet eine begrenzt anzuwendende Möglichkeit, durch Neubau Wohnraum für der Hilfe bedürftige Familien zu schaffen.

  Da er viel schwieriger anzuwenden ist als die bisherigen Verfahren der Objektförderung, muß er erst einmal eingeübt werden.

— Die in jeder Hinsicht beste soziale Flankierung bietet das Wohngeld. Wo das Wohngeld nicht genügt, um Haushalte mit besonderen wirtschaftlichen oder sozialen Handicaps mit Wohnraum zu versorgen, ist eine Ergänzung durch den Erwerb von Belegungsrechten durch die Gemeinde erforderlich. Dies sollte von den Gemeinden vorzugsweise durch den Erwerb von Belegungsrechten geschehen.

— In den Gebieten einer erhöhten Wohnungsnachfrage — und entsprechend hoher Mieten — sind vor allem die Gemeinden gefordert. Ein hohes Mietenniveau zeigt die Wohnattraktivität, auch die Wirtschaftskraft eines Gebiets und damit die Finanzkraft seiner Gemeinden an. Es wäre raumordnungspolitisch verfehlt und finanzpolitisch nicht vertretbar, wenn Bund und Land den wirtschaftlich florierenden Gemeinden durch höhere Wohngeldzahlungen oder höhere Wohnungsbaumittel bei der Lösung ihrer Wohnprobleme eine besondere Hilfe gewähren würden.

— Wo es an ausgewiesenem Bauland fehlt, wo die Genehmigungsmühlen zu langsam mahlen, da liegt es an den Gemeinden beziehungsweise an den Bewilligungsstellen, daß der Wohnungsbau schneller vorankommt.

Wirtschaftspolitik für Europa

76*. Die Bemühungen um die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes in Europa wurden im Jahre 1989 verstärkt fortgesetzt. Der für die Vollendung des Binnenmarktes vorgesehene Zeitpunkt rückt näher; es gilt, den Weg für ein spannungsfreies Zusammenwachsen der Märkte weiter zu ebnen. Wesentliche neue Impulse haben sich aus dem Delors-Bericht und dem darauf beruhenden Beschluß des Europäischen Rates in Madrid zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ergeben. Hierbei geht es darum, die institutionellen Grundlagen des künftigen Europa zu gestalten. Dabei sind Grundsatzentscheidungen von großer Tragweite zu treffen; Fehler, die jetzt gemacht werden, können zu gravierenden Belastungen in der Zukunft führen, möglicherweise sogar schwere Rückschläge im Einigungsprozeß zur Folge haben.

Europäische Währungsintegration: Warnung vor übereilten Schritten (Ziffern 395 ff.)

77*. Gemessen an der Entwicklung in der Vergangenheit, aber auch an den Ergebnissen, die auf den meisten anderen Gebieten der wirtschaftlichen Integration erzielt wurden, haben die Europäischen Ge-

meinschaften inzwischen in der Währungspolitik ein geradezu atemberaubendes Tempo eingeschlagen. Die Forderung nach der Verwirklichung der Währungsunion wird mit den wirtschaftlichen Vorteilen begründet, die aus der letztlich beabsichtigten Abschaffung der nationalen Währungen und der Einführung einer gemeinsamen Währung resultieren. Diese Vorteile liegen auf der Hand: Die mit der Existenz verschiedener Währungen verbundenen Risiken im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr werden beseitigt, die Kosten der Kassenhaltung werden vermindert und die des Währungsumtauschs entfallen gänzlich.

Das Ziel einer Währungsunion verbreitet daher verständliche Faszination: ein einheitliches Geld in einem Europa, in dem nach der Vollendung des Binnenmarktes bereits vorher die Grenzen gefallen sind. Der Gedanke einer Währungsunion verliert jedoch sehr schnell seine Attraktivität, wenn die einheitliche Währung nicht auch eine stabile Währung ist. Dies ist keineswegs selbstverständlich. Der Delors-Bericht formuliert dafür wichtige Vorbedingungen; das ist nicht wenig, aber noch längst keine Garantie für die Stabilität der künftigen europäischen Währung.

Eine Inflationsgemeinschaft wandelt sich nicht einfach mit der Verwirklichung der Währungsunion zu einer Stabilitätsgemeinschaft. Die Mitgliedstaaten müssen vielmehr stabile nationale Währungen sozusagen als Mitgift in die Währungsunion einbringen.

Damit hängt alles vom Verlauf des Übergangsprozesses ab. Die Mitgliedstaaten haben in diesem den Nachweis zu erbringen, daß sie das Ziel der Geldwertstabilität erreichen und über längere Zeit bewahren können. Für einzelne Länder, die dazu nur bedingt aus eigener Kraft in der Lage sind, bleibt die Bindung an eine stabile andere Währung solange unentbehrlich. Erst in der Verbindung mit der Funktion des Stabilitätsankers entfaltet sich die Disziplin des Festkurssystems. Soweit die Spannungen zwischen einzelnen Währungen zu groß werden, bleibt das Instrument des Realignment unverzichtbar.

Die Verheißung der Geldwertstabilität in der künftigen Währungsunion muß bereits im politischen Alltag des Übergangsprozesses eingefordert werden. Alle Vorschläge für das weitere Vorgehen sind daran zu messen, inwieweit sie dieser Forderung Rechnung tragen.

Koordination der Budgetpolitik auf dem Weg in die Europäische Währungsunion (Ziffern 411 ff.)

78*. Mit einer Währungsunion — aber auch schon auf dem Weg dahin — entstehen neue Rahmenbedingungen für die Budgetpolitik in den Mitgliedstaaten. Bleibt es dabei, daß einige Länder hohe Budgetdefizite aufweisen und durch Kredite ihrer Notenbanken finanzieren, verstärkt sich die Gefahr, daß sich das Niveau der Geldentwertung in der Gemeinschaft erhöht. Deshalb sollte den Staaten schon auf dem Wege zur Währungsunion auferlegt werden, die monetäre Finanzierung von Budgetdefiziten zu unterlassen. Wenn ein Zugriff auf die Notenbanken ausgeschlossen ist, werden Grenzen für die Kreditfinanzierung öffentlicher Haushalte sichtbar, weil dann die steigende Zinsbelastung den Handlungsraum der Finanzpolitik spürbar einschränkt. In den Ländern, in denen eine solide Haushaltspolitik betrieben wird, werden die Zinsen steigen, ein Teil der Ersparnis ihrer Bürger wird zur Finanzierung fremder Haushaltsdefizite absorbiert. Die Investitionen und das Wachstum in den kapitalexportierenden Ländern werden dadurch gebremst. Es ist daher erforderlich, daß die Budgetpolitik in den Mitgliedstaaten — bei Wahrung ihrer finanzpolitischen Autonomie im übrigen — an Prinzipien gebunden wird, die die Defizitfinanzierung begrenzen.

Für ein begrenztes Realignment im Europäischen Währungssystem (Ziffern 419 ff.)

79*. Nach nahezu drei Jahren ist eine Überprüfung der Leitkurse im EWS überfällig. Wo die Höhe und Entwicklung in den Leistungsbilanzsalden mit Überbewertungen und Unterbewertungen der Währungen in Verbindung zu bringen sind, gilt es Korrekturen vorzunehmen. Die Überprüfung muß auch den Kapitalverkehr in Europa, vor allem die Einschätzung der Zinsdifferenzen, einschließen. Wo sich der Eindruck bestätigt, daß trotz hoher Zinsen die binnenwirtschaftlichen Anpassungsprozesse ins Stocken geraten und Kapitalimporte konsumtiv verwendet werden, ist eine Abwertung angebracht. Das wird nicht ohne Eindruck auf die Kapitalmärkte bleiben, sofern sich mit einer solchen Abwertung die Vorstellung verbindet, daß die Anpassung der Leitkurse künftig weniger rigide gehandhabt werden wird als in den letzten Jahren. Die Kapitalanleger werden wieder strengere Maßstäbe bei ihrer Kreditvergabe an Schuldner in solchen Ländern zugrunde legen, denen es an Stabilitätswillen mangelt und die im Übermaß Kapitalimporte konsumtiv verwenden. Indem diese Länder höhere Risikoprämien zahlen müssen, wird dort der Anpassungsdruck verstärkt. Dies ist im Interesse des EWS, und es ist im Hinblick auf die Schaffung eines einheitlichen Kapitalmarktes in Europa unverzichtbar. Die Überprüfung der Leitkurse wird zu dem Ergebnis führen, daß die Bundesrepublik zu den Ländern gehört, deren Währungen im Zuge eines Realignments aufgewertet werden sollten.

Verbrauchsteuern den Erfordernissen des Binnenmarktes anpassen (Ziffern 426 ff.)

80*. Mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes werden alle Hemmnisse für grenzüberschreitende Warenlieferungen und Dienstleistungen entfallen. Darauf richten sich Erwartungen, die schon heute den unternehmerischen Investitionen wesentliche Impulse vermitteln. Deswegen stellt sich mit besonderer Dringlichkeit die Aufgabe, eine Harmonisierung im Bereich der Verbrauchsteuern einzuleiten. Die Besteuerung muß in Erhebungsweise und Aufkommens-

verteilung den veränderten Bedingungen bei offenen Grenzen angepaßt werden; sie darf dabei den Wettbewerb weder verzerren noch seine freie Entfaltung behindern.

81*. Vorrangiges Ziel bei der Umgestaltung der indirekten Verbrauchsteuern muß sein, Hindernisse für die Integration der Märkte ohne Verzögerung abzubauen. Trotz grundsätzlicher Einigkeit über dieses Ziel fällt es den Mitgliedsländern wegen unterschiedlicher politischer Ausgangssituationen und Interessenlagen schwer, eine in allen wichtigen Regelungen aufeinander abgestimmte Gesamtlösung zu vereinbaren. Eine akzeptable Lösung, die der Zielsetzung offener Märkte gerecht wird, erscheint jedoch auf folgenden Grundlagen erreichbar:

— Es bedarf keiner Annäherung der Umsatzsteuersätze durch Vorgabe von Bandbreiten. Es wird sich im einzelnen erweisen, inwieweit der Wettbewerb Annäherungen erzwingt. Die Vorgabe von Mindestsätzen, die ermäßigte Sätze und auch Nullsätze für einzelne Güter nicht ausschließt, erscheint jedoch sinnvoll.

— Um die Akzeptanz zu fördern, erscheint es vertretbar, den wettbewerbsbedingten Anpassungsdruck auf die Steuersätze durch Sonderregelungen für bestimmte Bereiche (Versandhandel, Handel mit Kraftfahrzeugen, Lieferungen an den Staat) abzumildern. Man kann auch noch weiter gehen und die allgemeine Regel einführen, daß bei grenzüberschreitender Versendung und Auslieferung stets die Steuersätze des Bestimmungslandes anzuwenden sind, wobei jedoch für Steuererklärungen die Finanzbehörde des Ursprungslandes zuständig bleibt.

— Auf keinen Fall dürfen die administrativen Belastungen, die mit der Neuregelung entstehen, einseitig auf die mit grenzüberschreitenden Leistungen befaßten Unternehmen abgewälzt werden. Durch Einführung umfangreicher Steuererklärungsverpflichtungen in vielen Ländern würde der mit offenen Grenzen angestrebte Fortschritt der Marktintegration in Frage gestellt.

— Wenn es bei der Verteilung des Steueraufkommens gemäß dem Verbrauch in jedem Land bleiben soll, gibt es keine vertretbare Alternative zu einem Clearing mit Ausgleichszahlungen. Den zuverlässigsten Anhaltspunkt für die Bestimmung der erforderlichen Ausgleichszahlungen liefern die im Bestimmungsland in Steuererklärungen geltend gemachten Vorsteuerabzüge. Als Alternative kommt die Erfassung aufgrund von Steuererklärungen oder Meldungen für die Außenhandelsstatistik im Ursprungsland in Frage.

— Bei den speziellen Verbrauchsteuern wird zunächst ein umfassendes Kontrollsystem unumgänglich sein, das aber auf einen engen Kreis von Gütern beschränkt bleiben muß, die in allen Ländern der Besteuerung unterliegen. Auf längere Sicht ist eine grundlegende administrative Vereinfachung nur über Vereinheitlichung der Steuersätze zu erreichen.

Die Aufgabe der Umgestaltung der indirekten Verbrauchsteuern ist dringlich, und sie ist lösbar, wenn auch nicht auf einfache Weise. Der Wille zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums in Europa steht damit vor einer Bewährungsprobe.

Die Soziale Dimension Europas im Wettbewerb gestalten (Ziffern 454 ff.)

82*. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa kann dauerhaft und wirklich spürbar nur durch eine Stärkung der Leistungskraft der europäischen Volkswirtschaften, das heißt durch höhere Effizienz und wirtschaftlichen Fortschritt erreicht und gesichert werden. Daher kommt es entscheidend darauf an, daß mit der Gestaltung von Arbeitsbeziehungen und Sozialleistungskomponenten in Europa nicht die ökonomischen Antriebskräfte und Koordinationsmechanismen beeinträchtigt werden, die am künftigen europäischen Binnenmarkt zu mehr Wachstum und Wohlstand führen sollen. Umgekehrt sind ausgewogene soziale Bedingungen ihrerseits eine Voraussetzung für ökonomische Effizienz. Somit gilt es, die ökonomischen und sozialen Verhältnisse Europas in Einklang miteinander zu bringen und nicht in Widerspruch geraten zu lassen.

83*. Mit dem Übergang zum einheitlichen europäischen Binnenmarkt wird eine neue, der heutigen überlegene Arbeitsteilung in Europa angestrebt. Den Motor dafür bildet die Intensivierung des Wettbewerbs, die mit dem Abbau der vielfältigen Zugangsbeschränkungen zu den nationalen Güter- und Faktormärkten eintreten wird. Eine Angleichung der Arbeits- und Sozialleistungssysteme in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft wäre keineswegs wettbewerbsneutral. Begünstigt würden Länder, die aufgrund eines hohen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes die gemeinschaftlich gesetzten Standards leicht erreichen und überschreiten können; benachteiligt würden jene Länder, die aufgrund eines wirtschaftlichen Entwicklungsrückstandes Mühe hätten, diesen Standards gerecht zu werden.

84*. Das Votum zugunsten des Wettbewerbs bei der Umgestaltung der Arbeits- und Sozialleistungssysteme in Europa läßt nicht den Schluß zu, daß im Bereich der „Sozialen Dimension" kein gemeinschaftlicher Handlungsbedarf gegeben wäre.

— Wo Wettbewerb wirken soll, sind die Spielregeln festzulegen. Es gilt zu verhindern, daß einzelne Mitgliedstaaten mit der Ausgestaltung ihrer Arbeits- und Sozialbedingungen nicht-tarifäre Handelshemmnisse errichten.

— Wettbewerb kann sich um so besser entfalten, je mehr Gestaltungsmöglichkeiten den Ländern belassen werden. Es gilt insbesondere zu verhindern, daß als „soziales Dumping" diskriminiert wird, was in Wahrheit nur die gerechtfertigte Anwendung von Wettbewerbsparametern darstellt.

— Der Wettbewerb zwischen den Arbeits- und Sozialsystemen wird intensiver werden. Es gilt zu

verhindern, daß in einem Land arbeits- und sozialrechtliche Regelungen eines anderen Landes zur Anwendung kommen. Wenn die nationalen Arbeits- und Sozialsysteme im Wettbewerb der Mitgliedsländer miteinander weiterentwickelt werden sollen, muß sichergestellt bleiben, daß jedes Land innerhalb seiner Grenzen hierbei eigene Vorstellungen verwirklichen kann.

— Die nationalen Institutionen vor allem im Bereich der sozialen Sicherung müssen funktionsfähig bleiben und dürfen insbesondere nicht durch ungerechtfertigte Inanspruchnahme destabilisiert werden. Es gilt zu verhindern, daß die Systeme der sozialen Sicherung über die nationalen Grenzen hinweg zu einem Instrument der unkontrollierten Einkommensumverteilung in Europa werden.

ERSTES KAPITEL

Die wirtschaftliche Lage

Teil A
Die Weltwirtschaft im Jahre 1989

1. Die weltwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung hat sich in diesem Jahr mit nur leicht vermindertem Tempo fortgesetzt. Merklich schwächte sich die Dynamik lediglich in den Vereinigten Staaten ab, in Kanada und im Vereinigten Königreich — in den Industrieländern also, die in den Vorjahren überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnen konnten. In den asiatischen Industrieländern ließ das hohe Tempo der Aufwärtsentwicklung kaum nach, obwohl für einige dieser Länder der Export in die Vereinigten Staaten schwieriger wurde. Die Expansion in den kontinentaleuropäischen Ländern hat sich inzwischen soweit gekräftigt, daß diese ihren Wachstumsrückstand vollständig abgebaut haben.

Die konjunkturelle Entwicklung in den einzelnen Regionen verläuft nicht synchron. Dies vermindert die Wahrscheinlichkeit eines weltweiten Abgleitens in eine Rezession. Auch für das nächste Jahr besteht somit die Chance, daß sich die Aufwärtsentwicklung fortsetzen wird, wenngleich wohl nicht mit demselben Tempo. Die Abschwächung, insbesondere in den Ländern, deren Wirtschaft vorher besonders stark expandiert hatte, trägt dazu bei, daß Verspannungen vermieden werden können.

2. Die Dynamik der Aufwärtsentwicklung wurde auch in diesem Jahr von den Investitionen bestimmt. Da die Kapazitäten in vielen Ländern so hoch ausgelastet waren wie seit Anfang der siebziger Jahre nicht mehr, sahen sich die Unternehmen verstärkt zu Erweiterungsinvestitionen veranlaßt. Dies verlieh der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zusätzliche Impulse und sorgte auch für mehr Arbeitsplätze. Die Arbeitslosenquote ging in fast allen Ländern weiter zurück. In einigen Ländern ergaben sich Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt.

3. Seit Mitte vorigen Jahres hat sich der Preisniveauanstieg in den Industrieländern zeitweise merklich beschleunigt. Zu dem konjunkturbedingten Preisauftrieb kamen in diesem Jahr Sonderfaktoren hinzu, wie der Anstieg der Ölpreise sowie in einigen Ländern Verbrauchsteuererhöhungen. Die Zentralbanken fast aller Industrieländer haben schon im Jahre 1988 mit Zinserhöhungen auf das geänderte Preisklima reagiert; weitere Anhebungen der kurzfristigen Zinsen wurden in diesem Jahr vorgenommen. In den Vereinigten Staaten wurden die kurzfristigen Zinsen ab dem Frühjahr 1989 wieder gesenkt. Die langfristigen Zinsen sind nur wenig gestiegen, teilweise sogar gesunken und lagen in einigen Ländern im Spätsommer dieses Jahres unterhalb der kurzfristigen Zinsen (Schaubild 1).

Als Folge der strafferen Geldpolitik haben sich die Zuwachsraten der Geldmenge in vielen Ländern deutlich abgeschwächt. Es ist sicherlich auch dieser Politik der Notenbanken zuzuschreiben, daß eine gegenseitige Verstärkung von Preis- und Lohnanstieg nur in wenigen Ländern zu beobachten ist. Verschärft haben sich die von der Inflation ausgehenden Probleme in einigen Entwicklungsländern. Inflationsraten von mehr als 100 vH haben die Funktionsfähigkeit des Preismechanismus stark beeinträchtigt und sind mitverantwortlich für die Kapitalflucht aus diesen Ländern.

4. Das Umfeld für die Wirtschaftspolitik hat sich nicht nur wegen der höheren Inflationsraten, sondern auch wegen der Entwicklungen an den Devisenmärkten verändert. Verminderte Abwertungserwartungen für Währungen von Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten führten zu einer Höherbewertung an den Devisenmärkten, während sich die Währungen von Überschußländern — wie die D-Mark oder der Yen — abschwächten. Hauptsächlich der Anstieg des Dollarkurses hat den Notenbanken der übrigen Länder einen zusätzlichen Anlaß gegeben, den Restriktionsdruck zu verstärken, um abwertungsbedingte Preissteigerungen zu vermeiden.

5. Negative Auswirkungen hatten die steigenden Zinsen auf die Schuldendienstbelastung der hochverschuldeten Länder, deren Wachstum — nicht nur aus diesem Grund — auch im Jahre 1989 hinter dem der Industrieländer, aber auch hinter dem anderer Entwicklungsländer zurückblieb (Ziffer 36). Im Rahmen einer neuen Initiative zur Lösung der Verschuldungskrise wurden erste Abkommen mit Mexiko und den Philippinen ausgehandelt. Ein Schwerpunkt war dabei die Reduzierung der Schuldenlast.

Spannungen im Welthandel resultierten aus Tendenzen zum Bilateralismus, wie sie insbesondere in die Handelspolitik der Vereinigten Staaten eingegangen sind. An der Offenheit des EG-Binnenmarktes gegenüber Drittländern sind erneut Zweifel aufgekommen. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sind die Integrationsbemühungen dagegen weiter intensiviert worden.

I. Investitionsgetragenes Wachstum

6. Die leichte Abschwächung des durchschnittlichen Expansionstempos in den Industrieländern auf rund 3½ vH ist in erster Linie auf die gedämpfte Entwicklung in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten

Schaubild 1

ZUR ZINSENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN

Langfristige Zinsen[1] Kurzfristige Zinsen[2]

Arithm. Maßstab Prozent

Vereinigte Staaten

Frankreich

Vereinigtes Königreich

Italien

Japan

Bundesrepublik Deutschland

J A J O J A J O
1988 1989

1) Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren. — 2) Überwiegend für Dreimonatsschatzwechsel.

Quelle: OECD, Deutsche Bundesbank

SR 89 0792

Königreich zurückzuführen. Beide Länder hatten bis in das Jahr 1988 hinein eine stürmische Nachfrageausweitung erlebt, die teilweise boomartige Züge angenommen hatte (Tabelle 1). Zur Dämpfung der Nachfrageexpansion und zur Abwehr inflationärer Verspannungen haben die Notenbanken die kurzfristigen Zinsen kräftig erhöht und damit die Zuwachsraten der Geldmengen reduziert. Der dadurch in Gang gesetzte Anstieg der Hypothekenzinsen führte in beiden Ländern zu einem Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen.

7. Die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts in den Vereinigten Staaten schwächte sich von 4,4 vH im Vorjahr auf knapp 3 vH ab. Die Abschwächung erklärt sich durch die nachlassende Investitionsdynamik. Diese ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Absatzchancen von den Unternehmen pessimistischer eingeschätzt wurden. Überdies expandierten die Unternehmensgewinne nicht mehr mit dem Tempo der vergangenen Jahre. Ein stabilisierender Einfluß auf die Nachfrageentwicklung ging vom Privaten Verbrauch aus. Der Zuwachs der verfügbaren Einkommen ließ nicht nur Raum für eine Ausweitung des realen Konsums um 3 vH, sondern auch für eine weitere leichte Erhöhung der Sparquote.

Deutlich vermindert hat sich der Beitrag des Außenhandels, da die positiven Effekte der Dollarkursabwertung in den Jahren 1985 bis 1988 mittlerweile auslaufen und durch die Wechselkursentwicklung des Jahres 1989 teilweise kompensiert werden. Der Export stieg mit 11 vH erheblich schwächer als im Vorjahr, dagegen expandierte der Import trotz der geringeren Zuwachsrate der Inlandsnachfrage mit praktisch unverändertem Tempo (7 vH).

8. Im Vereinigten Königreich war die konjunkturelle Abschwächung noch deutlicher ausgeprägt als in den Vereinigten Staaten. Im Vorjahresvergleich lag die Zuwachsrate des Sozialprodukts nur noch bei gut 2 vH. Obwohl die Beschäftigung noch immer kräftig ausgeweitet wurde und die Lohnsteigerungen mit rund 9 vH weit über dem Produktivitätsanstieg lagen, hat sich die Zuwachsrate des Privaten Verbrauchs von 6,9 vH auf 4 vH abgeschwächt. Dies lag zum einen daran, daß die verfügbaren Einkommen langsamer expandierten als im Vorjahr; zum anderen sparten die privaten Haushalte einen höheren Anteil ihres laufenden Einkommens. Schließlich hatte die Beschleunigung des Preisniveauanstiegs, wesentlich mitbedingt durch die deutliche Erhöhung der Hypothekenzinsen, die Kaufkraft der Einkommen geschmälert.

Die Wohnungsbauinvestitionen waren 1989 rückläufig. Die höheren Hypothekenzinsen hielten viele Bauwillige von ihren Bauvorhaben ab. Außerdem hat die Abschwächung des Preisanstiegs für Immobilien die Erwartungen auf weitere hohe Wertsteigerungen gedämpft. Die Unternehmensinvestitionen expandierten auch in diesem Jahr überdurchschnittlich, allerdings schwächte sich der Zuwachs im Jahresverlauf deutlich ab. Das verminderte Expansionstempo der Wirtschaft scheint die britischen Unternehmen zu vorsichtigeren Dispositionen veranlaßt zu haben. Umfrageergebnissen zufolge war dabei eine Umorientierung von Erweiterungs- zu Rationalisierungsinvestitionen festzustellen.

Ein beträchtlicher Teil der zusätzlichen Investitionsnachfrage kam ausländischen Unternehmen zugute, da der zeitweilig hohe Kurs des Pfund Sterling, stärker als in den Konkurrenzländern steigende Lohnstückkosten und die immer noch hohe Kapazitätsauslastung die Wettbewerbsfähigkeit und die Lieferfähigkeit der inländischen Anbieter verminderten. Daß diese Faktoren nicht nur die Investitionsgüterproduzenten betrafen, zeigt die britische Außenhandelsstatistik: Die Zuwachsrate des Imports lag trotz der Abschwächung der Binnennachfrage mit 10 vH nur wenig unter dem Vorjahreswert. Der Export konnte nach der Stagnation im Vorjahr noch nicht wieder Anschluß an die Welthandelsentwicklung gewinnen. Dies lag nicht nur an der beeinträchtigten Wettbewerbsfähigkeit der britischen Unternehmen, sondern auch an den Produktionsausfällen bei der Ölförderung. Per saldo dämpfte die reale Außenhandelsentwicklung den Anstieg des Sozialprodukts.

9. Das durchschnittliche Expansionstempo in Westeuropa hat sich — ungeachtet der Abschwächung im Vereinigten Königreich — 1989 nicht verlangsamt. Gerade die Länder, die im bisherigen Aufschwung eher geringe Wachstumsraten aufwiesen — wie die Bundesrepublik und Frankreich, aber auch Belgien, die Niederlande oder Österreich —, haben in den letzten beiden Jahren aufgeholt; mittlerweile führen sie die Expansion in Europa an und ziehen die anderen Länder mit. In den iberischen Ländern hielt die durch den EG-Beitritt ausgelöste kräftige Aufwärtsentwicklung mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten an.

Die gegenseitige Nachfragestimulierung der europäischen Volkswirtschaften wurde von der gegenwärtigen Investitionskonjunktur bewirkt. Die weiter verbesserte Ertragslage, die anhaltend günstige Nachfragesituation und die sehr hohe Kapazitätsauslastung regten die Investitionstätigkeit stark an. Eine nicht zu unterschätzende Rolle dürften auch die Vorbereitungen der Unternehmen auf den Binnenmarkt gespielt haben. Die Beschlüsse zur Binnenmarktliberalisierung haben die Perspektiven der Unternehmen innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft grundlegend verändert: Der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse durch die gegenseitige Anerkennung nationaler Normen und Standards, die angekündigte Beseitigung steuerlich bedingter Hindernisse für den Güteraustausch, die Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens und die Realisierung der Dienstleistungsfreiheit werden die nationalen Märkte noch enger zusammenwachsen lassen. Die Aussicht auf Größenvorteile und der zunehmende Wettbewerbsdruck — vor allem in Bereichen, die bisher internationaler Konkurrenz nur in geringem Maße ausgesetzt sind — lassen die Unternehmen Investitionen auch mit Blick auf das Jahr 1993 vornehmen.

Wenngleich die Unternehmensinvestitionen in den letzten beiden Jahren eine besonders hohe Dynamik entfalteten, so stellte doch die Expansion der Konsumnachfrage — wegen des hohen Gewichts des Privaten Verbrauchs im Sozialprodukt — die eigentliche Basis der Aufwärtsentwicklung dar. In diesem Jahr gilt dies vor allem für die Niederlande, Italien und Spanien. Die kontinuierlich steigende Beschäftigung und höhere Löhne erhöhten die verfügbaren Einkommen

Tabelle 1

Wirtschaftsdaten aus

Land	Bruttoinlandsprodukt [1]) [2])				Inlandsnachfrage [1]) [3])				Privater Verbrauch [1])			
	1975–1988 [a])	1987	1988	1989 [18])	1975–1988 [a])	1987	1988	1989 [18])	1975–1988 [a])	1987	1988	1989 [18])
Bundesrepublik Deutschland	+ 2,4	+ 1,7	+ 3,6	+4	+ 2,2	+ 2,9	+ 3,7	+2½	+ 2,2	+ 3,5	+ 2,7	+ 1½
Frankreich	+ 2,4	+ 1,9	+ 3,4	+3½	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,8	+3½	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 3
Vereinigtes Königreich	+ 2,4	+ 4,7	+ 4,2	+2	+ 2,6	+ 5,2	+ 7,3	+4	+ 2,9	+ 5,4	+ 6,9	+ 4
Italien	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,9	+3½	+ 3,0	+ 4,6	+ 4,3	+4	+ 2,9	+ 3,9	+ 3,8	+ 4
Belgien	+ 2,1	+ 2,0	+ 4,3	+4½	+ 1,8	+ 3,3	+ 4,2	+5	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,4	+ 3
Niederlande	+ 1,8	+ 1,1	+ 2,9	+4½	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,2	+4½	+ 1,9	+ 3,0	+ 1,2	+ 3½
Spanien	+ 2,3	+ 5,5	+ 5,0	+4½	+ 2,3	+ 8,5	+ 7,0	+6½	+ 1,9	+ 5,5	+ 4,5	+ 5
Schweiz	+ 1,8	+ 2,0	+ 3,2	+3	+ 2,7	+ 4,2	+ 4,4	+3½	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 2½
Österreich	+ 2,4	+ 1,5	+ 4,2	+4	+ 2,6	+ 2,7	+ 5,0	+4	+ 2,4	+ 2,4	+ 3,4	+ 4
Vereinigte Staaten	+ 3,2	+ 3,7	+ 4,4	+3	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,3	+2½	+ 3,3	+ 2,7	+ 3,4	+ 3
Japan	+ 4,4	+ 4,5	+ 5,7	+5	+ 4,0	+ 5,2	+ 7,7	+5½	+ 3,6	+ 4,2	+ 5,0	+ 3

Land	Erwerbstätige [4]) [5])				Bruttostundenverdienste [5]) [6])				Arbeitslosenquote [7])			
	1975–1988 [a])	1987	1988	1989 [18])	1975–1988 [a])	1987	1988	1989 [18])	1975–1988 [a])	1987	1988	1989 [18])
Bundesrepublik Deutschland	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,6	+1½	+ 4,8	+ 3,9	+ 4,1	+4	5,2	6,2	6,2	5½
Frankreich	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,8	+1½	+10,1	+ 3,2	+ 2,7	+3½	7,5	10,5	10,1	9½
Vereinigtes Königreich	+ 0,3	+ 2,3	+ 3,0	+2	+11,4	+ 8,6	+ 8,4	+9	8,5	10,2	8,3	6½
Italien	+ 0,7	— 0,1	+ 1,2	+1	+15,3	+ 6,5	+ 6,1	+6	8,7	11,8	11,8	11½
Belgien	— 0,1	+ 0,5	+ 1,3	+1	+ 6,0	+ 1,9	+ 0,8	+3½	9,7	11,1	10,2	9
Niederlande	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,3	+1½	+ 4,1	+ 1,0	+ 1,0	+1	8,3	9,6	9,5	9
Spanien	— 0,7	+ 3,1	+ 2,9	+3½	+17,3	+ 8,7	+ 7,9	+8	13,5	20,1	19,1	17
Schweiz	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,3	+1	+ 5,0	+ 2,8	+ 3,6	+4	0,5	0,7	0,7	½
Österreich	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+1½	+ 5,8	+ 3,2	+ 3,6	+4	2,6	3,8	3,5	3½
Vereinigte Staaten	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,3	+2	+ 5,9	+ 1,9	+ 2,6	+3	7,2	6,1	5,4	5
Japan	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,7	+2	+ 5,3	+ 2,1	+ 3,7	+4	2,3	2,8	2,5	2½

Land	Kurzfristige [8])				Langfristige [9])				Geldmengen [5]) [10])			
	Zinssätze in Prozent p. a.											
	1975–1988 [a])	1987	1988	1989	1975–1988 [a])	1987	1988	1989	1975–1988 [a])	1987	1988	1989
Bundesrepublik Deutschland	6,04	3,99	4,28	6,72	7,42	5,84	6,11	6,88	+ 7,0	+ 5,9	+ 6,9	+ 5,1[b])
Frankreich	10,26	8,27	7,94	9,04	12,06	10,22	9,22	9,02	+13,4	+ 9,0	+ 7,3	+ 8,1
Vereinigtes Königreich	10,71	9,22	9,92	12,93	12,09	9,50	9,36	9,47	.	+16,4	+17,6	+18,5
Italien	14,38	10,74	11,06	12,24	14,19	10,58	10,54	11,41	+14,4	+ 8,3	+ 8,5	+10,4
Belgien	9,88	7,05	6,73	8,42	10,14	7,83	7,85	8,39	+ 7,9	+10,0	+ 7,0	...
Niederlande	6,39	5,18	4,34	6,51	8,34	6,38	6,29	7,06	+ 8,0	+ 4,4	+13,2	+12,5
Spanien	13,16	15,82	11,65	14,91	9,82	11,36	12,77	13,57	.	+13,6	+10,3	+14,3
Schweiz	3,37	3,22	2,58	6,09	4,54	4,03	4,02	5,08	+ 7,0	+11,1	+ 5,7	+ 6,6
Österreich	7,91	6,47	6,03	6,75	8,42	6,94	6,67	7,00	+ 9,4	+ 7,1	+ 4,4	+ 4,3
Vereinigte Staaten	8,10	5,78	6,67	8,26	9,48	8,63	8,98	8,76	+ 9,7	+ 5,2	+ 6,4	+ 4,1
Japan	6,16	3,87	3,96	4,43	7,07	4,21	4,27	4,85	+ 9,7	+10,8	+10,2	+ 9,4

[1]) In konstanten Preisen; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [2]) Bruttosozialprodukt für Bundesrepublik Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan. — [3]) Privater Verbrauch plus Staatsverbrauch plus Anlageinvestitionen plus Vorratsveränderung. — [4]) Civilian employment (außer Schweiz, Japan, Österreich). — [5]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [6]) Industrie, Quelle: IWF; für Frankreich, Quelle: OECD. — Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Vereinigtes Königreich, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste. — [7]) Arbeitslosenquoten. Von der OECD aus den nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition des ILO) an den gesamten Erwerbspersonen. — Schweiz, Österreich: nicht standardisiert. — [8]) Überwiegend für Dreimonatsschatzwechsel. Für 1989 Durchschnitt der Monate Januar bis September. — [9]) Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren. Für 1989 Durchschnitt der Monate Januar bis September. — [10]) M2 (Geldvolumen M1 plus Quasigeld) für Italien, Belgien, Niederlande, Schweiz, Österreich. M3 für Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Vereinigte Staaten. M2 + CD für Japan. ALP (Gesamte Zahlungsmittelbestände) für Spanien. Für 1989 1. Halbjahr 1989 gegenüber 1. Halbjahr 1988 in vH (Endstände). — [11]) Waren und Dienstleistungen. — [12]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH, Schweiz: Verarbeitendes Gewerbe.

Tabelle 1

gewählter Länder

Ausrüstungsinvestitionen[1]				Ausfuhr[1][11]				Einfuhr[1][11]				Land
1975–1988[a]	1987	1988	1989[18]	1975–1988[a]	1987	1988	1989[18]	1975–1988[a]	1987	1988	1989[18]	
+ 4,1	+ 5,6	+ 7,5	+10	+ 4,6	+ 0,8	+ 5,8	+11	+ 4,3	+ 4,8	+ 6,3	+ 7	Bundesrepublik Deutschland
+ 2,9	+ 3,9	+ 9,1	+ 7	+ 4,2	+ 3,0	+ 6,7	+10	+ 4,6	+ 7,7	+ 8,1	+ 9½	Frankreich
+ 4,0	+ 7,4	+17,8	+ 9	+ 3,5	+ 5,4	+ 0,7	+ 4	+ 4,8	+ 7,4	+12,2	+10	Vereinigtes Königreich
+ 5,4	+11,5	+ 7,5	+ 7½	+ 5,1	+ 3,3	+ 5,9	+ 8	+ 5,8	+10,1	+ 7,2	+10	Italien
+ 4,8	+ 6,7	+14,0	+16	+ 5,6	+ 6,3	+ 8,2	+ 8	+ 5,2	+ 8,4	+ 8,3	+ 8½	Belgien
+ 3,9	+ 1,6	+ 8,7	+10	+ 3,9	+ 4,3	+ 7,8	+ 6	+ 3,9	+ 5,6	+ 6,8	+ 6	Niederlande
+ 3,0	+24,0	+14,1	+13	+ 6,7	+ 5,9	+ 6,3	+ 5½	+ 5,6	+20,4	+15,2	+14½	Spanien
+ 5,2	+11,3	+ 7,9	+ 6½	+ 4,2	+ 1,7	+ 5,4	+ 7½	+ 6,1	+ 5,4	+ 7,9	+ 7½	Schweiz
+ 3,5	+ 1,0	+ 5,6	+11	+ 5,1	+ 1,6	+ 8,3	+10	+ 5,6	+ 4,4	+10,0	+ 9	Österreich
+ 6,2	+ 5,2	+13,4	+ 5	+ 5,2	+13,1	+17,6	+11	+ 7,2	+ 7,9	+ 6,8	+ 7	Vereinigte Staaten
+ 8,4	+ 8,0	+15,8	+18	+ 7,6	+ 3,8	+ 8,1	+15	+ 4,9	+ 8,7	+21,3	+20	Japan

Industrieproduktion[12]				Erzeuger- bzw. Großhandelspreise[13]				Verbraucherpreise[14]				Land
1975–1988[a]	1987	1988	1989[18]	1975–1988[a]	1987	1988	1989[18]	1975–1988[a]	1987	1988	1989[18]	
+ 1,9	+ 0,5	+ 3,9	+ 4½	+ 3,1	− 2,5	+ 1,3	+ 3	+ 3,1	+ 0,6	+ 1,2	+ 3	Bundesrepublik Deutschland
+ 1,8	+ 2,0	+ 3,9	+ 5	+ 7,0	+ 0,5	+ 5,3	...	+ 8,3	+ 3,1	+ 2,7	+ 3½	Frankreich
+ 1,9	+ 3,5	+ 3,6	+ ½	+ 8,8	+ 3,8	+ 4,5	+ 5½	+ 9,0	+ 3,9	+ 5,0	+ 5½	Vereinigtes Königreich
+ 2,7	+ 4,0	+ 5,0	+ 3	+11,3	+ 2,6	+ 4,7	+ 6½	+13,0	+ 5,1	+ 4,9	+ 6½	Italien
+ 2,0	+ 2,6	+ 5,0	+ 4½	+ 2,4	− 5,0	+ 1,7	+ 6	+ 5,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 3	Belgien
+ 1,3	+ 1,0	+ 0,0	+ 4	+ 3,2	− 0,9	+ 0,6	...	+ 3,8	− 0,2	+ 0,8	+ 1½	Niederlande
+ 2,2	+ 4,3	+ 3,8	+ 5	+11,3	+ 0,9	+ 2,9	+ 4½	+13,1	+ 5,4	+ 5,1	+ 6½	Spanien
+ 2,0	+ 0,0	+ 6,7	+ 4½	+ 1,2	− 2,1	+ 2,2	+ 4½	+ 2,9	+ 1,5	+ 2,0	+ 3	Schweiz
+ 2,9	+ 1,0	+ 3,9	+ 5½	+ 2,5	− 1,9	− 0,3	+ 1½	+ 4,4	+ 0,9	+ 1,5	+ 2½	Österreich
+ 3,8	+ 4,9	+ 5,7	+ 3½	+ 4,8	+ 2,6	+ 4,0	+ 5	+ 5,9	+ 4,7	+ 3,9	+ 4½	Vereinigte Staaten
+ 4,9	+ 3,4	+ 9,4	+ 7	+ 1,0	− 3,7	− 1,0	+ 2½	+ 3,4	− 0,1	+ 0,0	+ 1½	Japan

Leistungsbilanz[15]				Staatsquote[16]				Staatsdefizit[17]				Land
1975–1988[a]	1987	1988	1989[18]	1975–1988[a]	1987	1988	1989[18]	1975–1988[a]	1987	1988	1989[18]	
+ 1,5	+ 4,0	+ 4,0	+ 5	51,5	46,7	46,4	44½	− 2,6	− 1,8	− 2,1	+ 0	Bundesrepublik Deutschland
− 0,2	− 0,5	− 0,4	− ½	48,1	51,3	50,2	49½	− 1,9	− 2,0	− 1,4	− 1	Frankreich
+ 0,2	− 0,7	− 3,1	− 4	43,2	41,4	38,7	37½	− 3,0	− 1,5	+ 0,9	+ 1½	Vereinigtes Königreich
− 0,3	− 0,2	− 0,7	− 1	45,6	50,5	50,4	51	−10,8	−11,2	−10,6	−10½	Italien
− 0,6	+ 2,0	+ 1,8	+ 2	51,2	53,1	51,8	...	− 8,3	− 7,2	− 6,8	− 6½	Belgien
+ 2,1	+ 1,3	+ 2,3	+ 2½	55,8	58,4	56,5	55	− 4,7	− 6,5	− 5,0	− 4½	Niederlande
− 0,9	+ 0,0	− 1,1	− 3	35,0	41,0	40,6	41	− 3,4	− 3,6	− 3,1	− 3	Spanien
+ 4,1	+ 4,2	+ 3,5	+ 3½	32,0	28,3	27,2	26	− 0,2	+ 0,4	+ 0,5	...	Schweiz
− 1,0	− 0,2	− 0,4	− ½	49,8	52,5	50,4	49	− 2,9	− 4,1	− 2,7	− 3½	Österreich
− 1,2	− 3,2	− 2,6	− 2½	33,6	34,8	34,2	34½	− 2,2	− 2,6	− 2,1	− 1½	Vereinigte Staaten
+ 1,6	+ 3,6	+ 2,8	+ 2½	31,8	33,0	33,0	33	− 2,7	+ 0,6	+ 1,3	+ 2	Japan

[13]) Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Spanien, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten; Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Japan; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [14]) Deflator des Privaten Verbrauchs; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [15]) Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. — [16]) Staatsausgaben abzüglich empfangene Vermögensübertragungen (für Schweiz und Vereinigte Staaten laufende Ausgaben) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. — [17]) Finanzierungssaldo (Überschuß: +; Defizit: −) der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. — [18]) Eigene Schätzung.

[a]) Für mehrjährigen Zeitraum: durchschnittlich jährliche Veränderung (geometrisches Mittel) in vH; für Quoten: durchschnittlich jährliche Quote (arithmetisches Mittel). — [b]) September 1989 gegenüber September 1988.

Quellen: EG, IWF, OECD und nationale Veröffentlichungen

und schufen so die Voraussetzungen für die Ausweitung der Konsumnachfrage.

10. Der Vorwärtsdrang der asiatischen Industrieländer — sowohl Japans als auch der „jungen Industrieländer" (Taiwan, Südkorea, Hongkong, Singapur) — war 1989 nur wenig gebremst. In den jungen Industrieländern kam der Prozeß der Umorientierung weg von der exportgetriebenen Expansion hin zur Kräftigung der Binnennachfrage ohne größere Stockungen voran. Die Ausfuhr dieser Länder wurde nicht nur durch die nachlassende Konjunktur in den Vereinigten Staaten gedämpft, auch ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit hatte sich durch die Höherbewertung der jeweiligen Landeswährung gegenüber dem Dollar und dem Yen verschlechtert. Kräftige Lohnerhöhungen, namentlich in Südkorea, stärkten die verfügbaren Einkommen, führten wegen der hohen Produktivitätszuwächse und der Terms of Trade-Verbesserungen aber nur zu einer leichten Beschleunigung des Preisauftriebs, so daß auch die Realeinkommen kräftig zulegten. Dies hat die Konsumnachfrage der privaten Haushalte stimuliert.

11. In Japan ist in erster Linie die Binnennachfrage bestimmend für die Konjunkturentwicklung gewesen. Die Unternehmen weiteten auch 1989 ihr Investitionsvolumen mit einer Zuwachsrate von 18 vH aus. Hierbei dürfte neben einer günstigen Ertragslage und optimistischen Absatzerwartungen das zunehmend knapper werdende Arbeitskräfteangebot eine Rolle gespielt haben, das die Unternehmen zu arbeitsparenden Investitionen veranlaßt hat. Kräftige Impulse erhielt die Nachfrage auch vom Export, der angesichts des schwächeren Yen wieder beschleunigt zunahm. Da gleichzeitig der Import an Schwung verlor, hat die Außenhandelsentwicklung die gesamtwirtschaftliche Expansion weniger stark belastet als in den Vorjahren.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte stiegen schneller als im Vorjahr; zu höheren Lohnsteigerungen kam die Entlastung bei den direkten Steuern hinzu. Die Zuwachsrate der realen Konsumnachfrage lag mit rund 3 vH jedoch niedriger als im Vorjahr, da sich der Preisniveauanstieg auf gut 1½ vH erhöht hat. Hierzu trugen neben steigenden Einfuhrpreisen infolge der Yen-Schwäche vor allem die Preiserhöhungen durch die Einführung einer Mehrwertsteuer bei. Außerdem haben die privaten Haushalte einen höheren Anteil ihres Einkommens gespart.

12. Der Welthandel stieg auch in diesem Jahr mit rund 8 vH etwa doppelt so rasch wie die Produktion. Die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung hat sich in den letzten drei Jahren merklich beschleunigt. Offenbar haben nicht nur die Produktionsausweitung, sondern vor allem die steigende Kapazitätsauslastung in vielen Ländern dem Güteraustausch über die Grenzen hinweg zusätzlichen Schwung verliehen. In diesem Jahr wurden vielfach Auslastungsgrade erreicht, die über denjenigen von 1979 lagen, dem letzten konjunkturellen Hochpunkt (Schaubild 2). Gerade bei hoher Kapazitätsauslastung sind die Unternehmen gezwungen, weltweit nach lieferbereiten Anbietern zu suchen. Die verstärkte Nutzung der Arbeitsteilung ermöglicht so das Ausschöpfen noch vorhandener Produktionsreserven.

13. Die Industrieländer und die Entwicklungsländer partizipierten ungefähr in demselben Maße an der Ausweitung des Welthandels, allerdings waren bei letzteren deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländergruppen festzustellen. So haben die asiatischen Entwicklungsländer ihr Exportvolumen und ihr Importvolumen wie in den Vorjahren im Durchschnitt stärker ausgeweitet als die übrigen Entwicklungsländer. Dagegen war die Expansion des Außenhandels der 15 hochverschuldeten Länder (Baker-Länder) sehr verhalten. Ihre Zahlungsbilanzprobleme wurden durch den Zinsanstieg noch verstärkt, und die flacher verlaufende Konjunktur in den Vereinigten Staaten dämpfte ihre Exportmöglichkeiten dorthin. Leicht erholen konnten sich die Importe der Erdöl exportierenden Länder, deren Einnahmensituation sich wegen höherer Liefermengen und gestiegener Weltmarktpreise verbessert hat.

14. Die anhaltend günstige Konjunkturlage in den Industrieländern wirkte sich auch auf deren Arbeitsmärkte aus. Im Jahre 1989 waren knapp 2 vH mehr Menschen erwerbstätig als ein Jahr zuvor. Die Beschäftigungsdynamik spiegelte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern wider. So schwächte sich die Zuwachsrate der Anzahl der Erwerbstätigen in den Vereinigten Staaten, in Kanada und im Vereinigten Königreich im Jahresverlauf deutlich ab. Die schwächer werdende Konjunktur hat die Unternehmen dort zu vorsichtigeren Personaldispositionen veranlaßt. Dagegen beschleunigte sich der Beschäftigungsanstieg in einigen der kräftig expandierenden Länder Europas, wie in der Bundesrepublik, in Österreich und in Irland. In Japan stieg die Anzahl der Erwerbstätigen trotz des angespannten Arbeitsmarktes etwa im Ausmaß des Vorjahres.

Das Arbeitskräfteangebot hat schwächer zugenommen als in den Vorjahren; insbesondere in den EG-Ländern hat sich die Zuwachsrate von knapp 1 vH auf etwa ½ vH verlangsamt. Nach Untersuchungen der OECD hat einerseits der demographisch bedingte Zustrom junger Menschen auf den Arbeitsmarkt abgenommen, andererseits scheint die Erwerbsbeteiligung von Frauen nicht mehr so schnell zu steigen. Anders verlief die Entwicklung in Japan, wo sich die Unternehmen angesichts des leergefegten Arbeitsmarktes verstärkt um die Einstellung von Frauen bemühten.

Da die Nachfrage nach Arbeitskräften stärker zunahm als das Angebot, ging die Arbeitslosenquote weiter zurück; sie erreichte im Durchschnitt der OECD-Länder mit rund 6 vH den niedrigsten Stand seit 1980. Besonders ausgeprägt war ihr Rückgang in den europäischen Ländern und hier vor allem in Spanien. Im Vereinigten Königreich verlangsamte sich der Abbau der Arbeitslosigkeit in der zweiten Jahreshälfte. Trotzdem lag die Arbeitslosenquote hier im Jahresdurchschnitt noch um knapp 2 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. In den EG-Ländern insgesamt nahm sie um fast einen vollen Prozentpunkt ab.

15. Die in den letzten Jahren beobachtete verstärkte Zunahme der Anzahl der Erwerbstätigen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft deutet darauf hin, daß der Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Sozialprodukts und der Beschäftigtenentwicklung enger geworden ist. Nahm die Anzahl der

Schaubild 2

KAPAZITÄTSAUSLASTUNG IM VERARBEITENDEN GEWERBE IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN[1)]

Bundesrepublik Deutschland[2)]

Frankreich[3)]

Vereinigtes Königreich[4)]

Italien[5)]

Japan[6)]

Vereinigte Staaten[1)]

1) Auslastungsgrad der Sachkapazitäten. Ergebnisse basieren auf Unternehmensbefragungen nationaler Stellen mit unterschiedlichen Fragestellungen und Antwortmöglichkeiten (business surveys). Für die Vereinigten Staaten nach Berechnungen des Federal Reserve Board.– 2) Normale betriebliche Vollauslastung = 100, ohne Chemische Industrie und ohne Nahrungs– und Genußmittelgewerbe (Quelle: Ifo – Institut für Wirtschaftsforschung).– 3) Bestehende Kapazitäten (=100) abzüglich des Prozentsatzes der nicht ausgelasteten Kapazitäten, die jedoch mit zusätzlichem Personal genutzt werden könnten, einschl. Bergbau, saisonbereinigt (Quelle: INSEE – Institut National de la Statistique et des Études.– 4) Prozentsatz der Unternehmen mit voll ausgelasteten Kapazitäten (Quelle: CBI – Confederation of British Industry).– 5) Betriebliche Vollauslastung = 100 (Quelle: INSC – Instituto Nazionale per lo Studio della Congiuntura).– 6) Index 1985 = 100, (Index of operating rate), saisonbereinigt (Quelle: MITI = Ministery of International Trade and Industry).

Quelle: OECD

SR 89 0779

Erwerbstätigen in der Aufschwungsphase Ende der siebziger Jahre je ein Prozent Anstieg des Bruttosozialprodukts nur um 0,1 vH zu, so waren es zwischen 1982 und 1989 etwa 0,3 vH. Wichtige Gründe für die gestiegene Beschäftigungswirksamkeit der Expansion sind:

- der tendenziell zunehmende Anteil des Dienstleistungssektors an der Wertschöpfung, mit seiner vergleichsweise geringen Zunahme der Arbeitsproduktivität;
- die Veränderung der Kapitalintensität, also der durchschnittlichen Ausstattung eines Arbeitsplatzes mit Kapitalgütern; diese nahm in der derzeitigen Aufschwungsphase weniger rasch zu als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre;
- das zunehmende Angebot an Teilzeitarbeit; dies steht in einem direkten Zusammenhang zur Ausweitung des Dienstleistungssektors, der einen großen Teil der Teilzeitarbeitsplätze anbietet.

II. Beschleunigter Preisanstieg in den Industrieländern

16. Der Preisanstieg im Bereich der OECD-Länder hat sich in diesem Jahr auf 4½ vH beschleunigt (Schaubild 3). Daß hiervon fast alle Länder betroffen waren, weist auf gemeinsame Ursachen hin. Nach der vorangegangenen kräftigen Geldmengenexpansion waren es der Anstieg der Ölpreise und die hohe, bis zuletzt noch zunehmende Kapazitätsauslastung. In den ersten neun Monaten dieses Jahres lagen die Preise für Energierohstoffe (Kohle und Rohöl) auf Dollarbasis um rund 11 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand. Da der Dollar im gleichen Zeitraum gegenüber den meisten anderen Währungen an Wert gewann, waren die Einfuhrpreissteigerungen in den Ländern außerhalb des Dollarraums noch ausgeprägter. Angesichts der hohen Kapazitätsauslastung und der reichlichen Liquiditätsausstattung gelang es den Unternehmen nicht nur, die Einfuhrpreissteigerungen auf ihre Kunden abzuwälzen; in vielen Ländern kam es darüber hinaus zu einer Erhöhung der Gewinnmargen. In der zweiten Jahreshälfte waren die Inflationsraten in den meisten Ländern leicht rückläufig, da sich der Preisanstieg bei Industrierohstoffen abflachte und die Preise für Nahrungs- und Genußmittel seit Juni nachgaben. Eine gewisse Entlastung kam auch durch die sich abschwächenden Preissteigerungsraten für einzelne Mineralölprodukte zustande.

17. In einigen Ländern bewirkten Sonderfaktoren zusätzliche Preissteigerungen. In Japan, der Bundesrepublik, Belgien und Italien wurden Verbrauchsteuern erhöht; in den Vereinigten Staaten stiegen die Nahrungsmittelpreise infolge der letztjährigen Dürre zunächst sehr rasch an, und im Vereinigten Königreich verstärkten höhere Hypothekenzinsen den Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung. Im Vereinigten Königreich gehen Zinszahlungen für Hypothekarkredite derzeit mit einem Gewicht von 6 vH in den Preisindex für die Lebenshaltung (retail price index) ein. Im Juli lagen die im Index berücksichtigten Zinszahlungen um 63,6 vH über dem Stand des entsprechenden Vorjahresmonats.

18. Preissteigerungen aufgrund einmalig auftretender Effekte sind anders zu bewerten als ein anhaltender Preisniveauanstieg. Steigen beispielsweise die Preise für Energie, so werden die Unternehmen auf den nachgelagerten Produktionsstufen ebenfalls versuchen, die Preise anzuheben. Der Grad der Überwälzbarkeit, aber auch das Bemühen, zusätzliche Aufschläge im Preis durchzusetzen, wird mit fortschreitender konjunktureller Anspannung zunehmen, so daß es in der Praxis schwierig ist, die Anstoßeffekte von den Folgewirkungen zu trennen. Ein exogen verursachter Preissprung (einschließlich seiner Überwälzung) ist systematisch von einem endogenen inflatorischen Prozeß zu unterscheiden. Ein solcher kann entstehen, wenn höhere Preissteigerungsraten Forderungen nach Lohnerhöhungen auslösen. Werden diese durchgesetzt, dann bleiben auch Sonderfaktoren nicht auf Einmaleffekte beschränkt, sondern sind der Beginn einer Preis-Lohn-Spirale.

19. Der Lohnkostendruck hat sich, bedenkt man die Konjunkturlage, bisher nur wenig verstärkt. Im Durchschnitt der OECD-Länder stiegen die Lohnstückkosten um gut 3½ vH und damit nur geringfügig schneller als ein Jahr zuvor. Besonders kräftig war der Lohnstückkostenanstieg in den Vereinigten Staaten (5 vH), im Vereinigten Königreich (7½ vH), in Italien (6 vH) und in einigen kleineren Ländern.

Diese Entwicklung der Lohnstückkosten war nur teilweise auf beschleunigt steigende Nominallöhne zurückzuführen. Vor allem in den Ländern, in denen die Expansionsdynamik nachließ, spiegelt der Anstieg der Lohnstückkosten die nur noch langsam steigende Arbeitsproduktivität; im Vereinigten Königreich kamen allerdings hohe Lohnsteigerungen hinzu. In den dynamisch expandierenden Ländern dämpften dagegen starke Produktivitätszuwächse die von den Lohnsteigerungen ausgehenden inflatorischen Impulse. Offenbar waren dort noch erhebliche Reserven für die Ausweitung der Produktivität vorhanden. Zusätzlich dürfte die verstärkte Investitionstätigkeit der letzten Jahre für eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität gesorgt haben.

20. Die monetären Spielräume der Unternehmen für Preiserhöhungen waren durch eine reichliche Liquiditätsausstattung gegeben. In den großen Industrieländern lag der Zuwachs der Geldmenge sowohl in enger als auch in weiter Abgrenzung in den letzten Jahren zumindest zeitweise über demjenigen des nominalen Produktionspotentials. Die inflatorischen Folgen wurden zum damaligen Zeitpunkt jedoch durch die rückläufigen Ölpreise überdeckt.

Auf die Verschlechterung des Preisklimas im Verlauf des Jahres 1988 reagierten die Notenbanken (zunächst mit Ausnahme der Bank von Japan) rasch mit Zinsanhebungen, denen weitere Zinserhöhungsrunden in diesem Jahr folgten. Die Zuwachsrate der Geldmenge schwächte sich infolge der restriktiven Geldpolitik weltweit deutlich ab und entsprach seit dem Frühjahr 1989 fast in allen Ländern den Zielvorstellungen der Notenbank (Schaubild 4).

21. Der leichte Rückgang der Inflationsraten und der insgesamt gesehen vergleichsweise moderate Anstieg der Lohnstückkosten sprechen dafür, daß es den No-

Schaubild 3

VERBRAUCHERPREISE IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

1) Letzter Monatswert: Schätzung der OECD.– a) April 0,0 vH; Mai −0,1 vH; Juni 0,0 vH.

Quelle: OECD

SR 89 0772

Schaubild 4

GELDMENGENENTWICKLUNG UND GELDMENGENZIELE IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN

Saisonbereinigt

Bundesrepublik Deutschland – Geldmenge M3 und Zentralbankgeldmenge

Frankreich – Geldmenge M2[4]

Vereinigtes Königreich – Geldmenge M0[6]

Italien – Geldmenge M2[8]

Japan – Geldmenge M2 + CD[10]

Vereinigte Staaten – Geldmenge M2[8]

1) Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute), Sicht-, Termin- und Spareinlagen (mit gesetzlicher Kündigungsfrist) inländischer Nichtbanken. Vierteljahresdurchschnitte aus Monatswerten. Monatswerte ermittelt aus den veröffentlichten Endständen des jeweiligen Monats und des vorangegangenen Monats. — 2) Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) plus Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu Reservesätzen von Januar 1974. Vierteljahresdurchschnitte aus Monatsdurchschnitten. — 3) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zunahme der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen bzw. der Geldmenge M3 jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres zum 4. Vierteljahr des jeweiligen Jahres. — 4) Vierteljahresdurchschnitte aus Monatsdurchschnitten. — 5) Zielvorgabe der Banque de France: 1985 Zunahme der Geldmenge M2 von Dezember (Durchschnitte der Monate November, Dezember, Januar) des vorangegangenen Jahres bis Dezember des jeweiligen Jahres; 1986 keine Zielvorgabe für M2; ab 1987 Zunahme der Geldmenge M2 vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres zum 4. Vierteljahr des jeweiligen Jahres. — 6) Bargeldumlauf und Bankers operational deposits with the Banking Department (freiwillige Bankreserven bei der Bank of England). Vierteljahresdurchschnitte aus Monatsdurchschnitten. — 7) Zielvorgabe der Regierung: Zielband über 12 Monate, ab März (hier 1. Vierteljahr) des jeweiligen Jahres bis März (hier 1. Vierteljahr) des folgenden Jahres. — 8) Bargeldumlauf, Sicht- und Termineinlagen. Stand am Ende des Vierteljahres. — 9) Quelle: Banca d'Italia; Berechnung des Ziels: Zunahme der Geldmenge M2 von Ende Dezember des vorangegangenen Jahres bis Ende Dezember des jeweiligen Jahres. — 10) Bargeldumlauf, Sicht- und Termineinlagen plus certificates of deposit (handelbare Termineinlagen). Nicht saisonbereinigt. Vierteljahresdurchschnitte aus Monatsdurchschnitten. — 11) Zunahme der Geldmenge M2 + CD vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres zum 4. Vierteljahr des jeweiligen Jahres; 1989 vom 2. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres zum 2. Vierteljahr des jeweiligen Jahres. — 12) Zielvorgabe der Notenbank: Zunahme der Geldmenge M2 vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres zum 4. Vierteljahr des jeweiligen Jahres.

Quellen: OECD, EG, BIZ, Deutsche Bundesbank und nationale Veröffentlichungen.

SR 89 0789

tenbanken zumindest vorerst gelungen ist, eine nachhaltige Beschleunigung des Preisniveauanstiegs zu verhindern. Die Tatsache, daß sich die langfristigen Zinsen an den Finanzmärkten binnen Jahresfrist kaum erhöht haben — ja in einigen Ländern sogar gesunken sind —, deutet auf im großen und ganzen unveränderte Inflationserwartungen hin.

22. Das Inflationsproblem in den Schwellenländern und in den Entwicklungsländern hat sich in diesem Jahr weiter verschärft. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds beträgt die durchschnittliche Inflationsrate in diesen Ländern 1989 rund 85 vH nach rund 70 vH im Vorjahr. Allerdings verläuft die Entwicklung in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich (Tabelle 2): Vor allem in einigen südamerikanischen Ländern, aber auch in Jugoslawien haben die Inflationsraten ein Ausmaß erreicht, das die Funktionsfähigkeit des Preismechanismus aufs schwerste beeinträchtigt hat; die Flucht in den Dollar war vielfach die Folge. Im Gegensatz zu diesen Ländern gelang es beispielsweise Mexiko, die Inflationsrate beträchtlich zu reduzieren, teilweise allerdings unter Einsatz dirigistischer Maßnahmen. Trotz der kräftigen Produktionsausweitung hat sich der Preisniveauanstieg in den asiatischen Entwicklungsländern nicht wesentlich beschleunigt. Eine vergleichsweise solide Geldpolitik und Finanzpolitik sowie hohe Produktivitätszuwächse brachten diesen Ländern Erfolge bei der Eindämmung der Inflationsrate.

Tabelle 2

Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in vH

Land	1988	März 1989	Juni 1989
Argentinien	343,0	383,2 [a]	...
Brasilien	682,3	984,4	869,8
Mexiko	114,2	21,1	17,6
Jugoslawien	194,1	327,9 [a]	590,5
Indonesien	8,0	6,7	7,3 [b]
Thailand	3,9	7,8	4,9
Philippinen	8,8	7,7	9,7

a) Februar 1989.
b) Mai 1989.

Quelle: IWF

In vielen Ländern, hauptsächlich Entwicklungsländern, sagen die ausgewiesenen Inflationsraten wenig über den tatsächlichen inflatorischen Druck aus. So werden die Inflationsraten vielfach durch staatliche Preisregulierungen künstlich niedrig gehalten. Außerdem beeinträchtigen Probleme bei der statistischen Erfassung die Aussagefähigkeit der ausgewiesenen Zahlen. Hierdurch ist nicht nur der zwischenstaatliche Vergleich beeinträchtigt, auch der Zeitvergleich je Land ist oftmals nur bedingt möglich.

III. Veränderte Wechselkurserwartungen

23. In den ersten neun Monaten dieses Jahres kam es zu überraschenden Wechselkursänderungen. Der US-Dollar gewann deutlich an Wert, nachdem er noch zum Jahresende 1988 schwächer notierte. Ebenfalls als stark erwiesen sich die Lira und die Peseta; hingegen mußten unter anderem die D-Mark und der Yen deutliche und teilweise unerwartete Wertverluste hinnehmen.

Diese Wechselkursveränderungen lassen sich größtenteils nicht durch sogenannte fundamentale Faktoren erklären; denn es waren gerade einige Länder mit Leistungsbilanzdefiziten und vergleichsweise hohen Inflationsraten, deren Währungen an Wert gewannen. Demgegenüber notierten die Währungen der großen Überschußländer Bundesrepublik und Japan ausgesprochen schwach, obwohl diese Länder weiterhin unterdurchschnittliche Inflationsraten zu verzeichnen hatten.

Die Entwicklung der Zinsdifferenzen bietet ebenfalls keine hinreichende Erklärung für die Wechselkursverschiebungen. Zwar mußten die genannten Defizitländer höhere Zinsen bieten als die Überschußländer, die Höherbewertung ihrer Währungen haben sie jedoch nicht durch eine steigende Zinsdifferenz bewirkt; vielmehr gelang es einigen Ländern, Kapital bei deutlich verminderten Zinsdifferenzen zu attrahieren. So schmolz beispielsweise der Zinsabstand der Vereinigten Staaten gegenüber der Bundesrepublik von Dezember 1988 bis September 1989 von 2,7 auf 0,4 Prozentpunkte im kurzfristigen und von 2,8 auf 1,2 Prozentpunkte im langfristigen Bereich.

24. Soweit der Kapitalverkehr nicht behindert oder verzerrt ist, kann die Höhe der Zinsdifferenz als Indikator für die Wechselkurserwartungen der international tätigen Anleger dienen. Eine positive Zinsdifferenz deutet auf eine Abwertungserwartung für die Währung des Landes hin, das höhere Zinsen bieten muß, sofern sonst keine Risikounterschiede zwischen den Wertpapieren der beiden Länder bestehen. In diesem Sinne können sinkende positive Zinsdifferenzen — bei unveränderter Risikoeinschätzung — als geringer werdende Abwertungserwartungen interpretiert werden. Die beobachtete Neubewertung der Währungen und die Zinsentwicklung wären demnach auf geänderte Wechselkurserwartungen zurückzuführen.

25. Für die Neueinschätzung des Dollar auf den Märkten waren verschiedene ökonomische und politische Vorgänge maßgeblich. Der Dollar wurde von dem weiteren Rückgang des Leistungsbilanzdefizits der Vereinigten Staaten begünstigt. Entscheidend für den Dollarkurs war die Entwicklungsrichtung des Leistungsbilanzdefizits, nicht die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten immer noch ein Defizit in beträchtlicher Höhe aufwiesen. Der Abbau des Defizits trug zu der erhöhten Bereitschaft der Kapitalanleger bei, Dollartitel — selbst bei verminderter Zinsdifferenz zum Ausland — zu erwerben.

Wichtig war auch, daß dem auf Stabilität gerichteten Kurs der amerikanischen Notenbank Vertrauen entgegengebracht wurde. Das Federal Reserve System hatte als erste Notenbank nach dem Börsenkrach die

geldpolitischen Zügel angezogen und auf die Beschleunigung des Preisauftriebs zu Jahresbeginn mit weiteren Zinsanhebungen reagiert. Dies erlaubte es der Notenbank im weiteren Jahresverlauf, als verschiedene Konjunkturindikatoren auf eine deutliche Abschwächung des Expansionstempos hinwiesen, den restriktiven Kurs etwas zu lockern. Allerdings erwies sich die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in diesem Jahr als so robust, daß die vielfach befürchtete Rezession nicht eintrat. Letztlich hat der Dollar auch hiervon profitiert.

Im übrigen wurde der Dollar durch politische Verunsicherungen außerhalb der Vereinigten Staaten gestärkt. Die Ereignisse in China erhöhten die Nachfrage nach Dollar; hierbei spielte das Sicherheitsargument eine entscheidende Rolle. Der Kurs des Yen litt unter den Regierungswechseln in Japan, und die erneute Diskussion um die deutsche Quellensteuer schwächte zumindest zeitweilig den Kurs der D-Mark.

26. Für die Erwartungen über die Kursentwicklung der EWS-Währungen gelten andere Bestimmungsgründe als für die frei schwankender Währungen wie Dollar oder Yen. Solange keine Leitkursänderungen vorgenommen werden, können die Wechselkurse nur innerhalb der festgelegten Bandbreiten schwanken. Dies stabilisiert die Wechselkurserwartungen, zumal die Inflationsdifferenzen zwischen den Ländern in den letzten Jahren zurückgeführt werden konnten und zumindest partiell eine Annäherung im Kurs der Geldpolitik erreicht wurde. Trotzdem bestehen für einige Währungen weiterhin Abwertungserwartungen, wie es die nicht unbeträchtlichen Zinsdifferenzen belegen. Zwischen der Bundesrepublik auf der einen und Italien sowie Spanien auf der anderen Seite waren es im August knapp 5 beziehungsweise über 7 Prozentpunkte im langfristigen Bereich. Ein derart hoher Zinsvorteil hat offensichtlich doch viele Kapitalanleger zu einem Engagement in diesen Ländern veranlaßt. Dies hat den Kurs der betreffenden Währungen stabilisiert, teilweise sogar ansteigen lassen. Durch die reale Höherbewertung ihrer Währungen verminderte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen dieser Länder. Zusammen mit der über dem europäischen Durchschnitt liegenden Zunahme der Binnennachfrage löste dies einen kräftigen Einfuhrsog aus; die Leistungsbilanzsituation dieser Länder verschlechterte sich.

27. Die steigenden Leistungsbilanzsalden einiger Mitgliedsländer des Europäischen Währungssystems und die immer noch bestehenden Unterschiede in den Inflationsraten sind Anlaß, Wechselkursanpassungen in Betracht zu ziehen. Aus der Sicht der Länder, deren Währungen als Abwertungskandidaten zu gelten haben, sprechen zwar gewichtige Gründe gegen ein Realignment. Früher haben diese Länder immer wieder versucht, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen durch Abwertungen zu verbessern; jedesmal hat sich aber gezeigt, daß damit die eigentlichen Ursachen des raschen Preis- und Kostenanstiegs nicht beseitigt waren: die zu expansive Geldpolitik verbunden mit unsolider Finanzpolitik und ausufernden Verteilungskonflikten. Hier gilt es anzusetzen. Notwendige reale Anpassungslasten dürften geringer zu veranschlagen sein, wenn zugleich realistische Wechselkursrelationen hergestellt sind. Dies gilt um so mehr, als einige Länder durch die völlige Liberalisierung des Kapitalverkehrs im Zuge der Verwirklichung der Europäischen Währungsunion ein Instrument zur Stützung ihrer Währungen verlieren werden.

28. Eine Sonderentwicklung wies das Pfund Sterling auf. Das Ausmaß und der ansteigende Trend der Geldentwertung sowie das steigende Leistungsbilanzdefizit minderten die Attraktivität von Anlagen in Pfund. In der ersten Jahreshälfte schwächte sich das Pfund deutlich ab. Danach gelang vorübergehend eine Stabilisierung des Wechselkurses auf dem niedrigeren Niveau, allerdings nur unter Inkaufnahme einer beträchtlichen Zinsdifferenz im kurzfristigen Bereich zu den übrigen europäischen Ländern. Im Oktober geriet das Pfund erneut in eine Krise und unterschritt die Grenze von 3 DM, obwohl das Vereinigte Königreich an der europäischen Zinserhöhungsrunde teilgenommen hatte. Offensichtlich schätzten die Anleger die weitere wirtschaftliche Entwicklung zunehmend pessimistischer ein. Die erwarteten realwirtschaftlichen Folgen der Hochzinspolitik — mit der der Wechselkurs stabilisiert werden sollte — erwiesen sich als so starke Belastung für die Wechselkurserwartungen, daß sie auch durch höhere Zinsen nicht kompensiert werden konnten.

IV. Einseitige Aufgabenverteilung in der Wirtschaftspolitik

29. Die kräftige Beschleunigung der Aufwärtsentwicklung in den letzten beiden Jahren stellte die Wirtschaftspolitik der Industrieländer vor neue Herausforderungen. In einigen Wirtschaftsbereichen kam es zu Kapazitätsengpässen, und die Inflationsraten zogen deutlich an. Die bisherigen Probleme des geringen Potentialwachstums in vielen Ländern und der immer noch hohen Arbeitslosigkeit, insbesondere in Europa, traten dabei in den Hintergrund.

30. Die wirtschaftspolitischen Instanzen reagierten in vielen Ländern in ähnlicher Weise auf die neue Problemlage:

— In den Vereinigten Staaten kam es bereits im Frühjahr 1988 zu einer geldpolitischen Restriktion, um einer drohenden Inflationsbeschleunigung entgegenzutreten. Die Notenbanken der anderen Industrieländer schwenkten in den Monaten danach ebenfalls auf diese zunächst weniger expansive, später restriktive Linie ein. Hiermit verband sich auch die Absicht, abwertungsbedingte Preissteigerungen bei Importgütern zu vermeiden. Nur die japanische Notenbank schob eine Diskontsatzerhöhung bis zum Mai 1989 auf, zum einen, um nicht durch eine Schwächung der Binnennachfrage den außenwirtschaftlichen Anpassungsprozeß zu verzögern, zum anderen, weil sich das Inflationsproblem in Japan bis dahin als weniger gravierend darstellte.

— Die Finanzpolitik blieb mit wenigen Ausnahmen bei einem auf Konsolidierung ausgerichteten Kurs. Allerdings gelang es nicht in allen Ländern, die konjunktur- und inflationsbedingten Mehreinnah-

men in vollem Umfang zur Verringerung der Defizite zu nutzen. Vor allem in den Vereinigten Staaten konnte das Defizit trotz der günstigen Einnahmenentwicklung nicht nennenswert reduziert werden.

31. Abstimmungsprobleme zwischen den verschiedenen Politikbereichen entstanden in den Ländern, in denen es der Finanzpolitik nicht gelang, das Budgetdefizit entscheidend zurückzuführen. Insbesondere die Neigung, konjunkturbedingt höhere Steuereinnahmen auszugeben, erhöhte vielerorts den ohnehin vorhandenen Nachfragesog und erschwerte damit die Stabilisierungsaufgabe der Geldpolitik. Überdies hat die Kreditaufnahme des Staates, für sich genommen, das Zinsniveau erhöht. Die geldpolitische Steuerung wäre möglicherweise bei niedrigerem Zinsniveau leichter gefallen; in jedem Fall hätten die künftigen Zinsbelastungen für die öffentlichen Haushalte niedriger gehalten werden können. Schließlich ist zu bedenken, daß die staatliche Kreditnachfrage möglicherweise private Kreditnehmer verdrängt hat und daß dadurch Investitionen unterblieben sind.

32. Besonders problematisch erscheint das Zusammenfallen von Budgetdefiziten und Netto-Kapitalimporten, da hierbei ein Land zur Finanzierung seines Staatskonsums auf die Ersparnisse der anderen Länder zurückgreift. Durch die tendenziell niedrigere Bewertung der Währungen der Kapitalexportländer wurden nicht nur konjunkturelle Impulse dorthin übertragen, vielmehr kam es gleichzeitig zu einer Verteuerung der Einfuhren. Beides war in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation nicht erwünscht und erschwerte die stabilitätspolitische Aufgabe der Geldpolitik.

33. Maßnahmen der Geldpolitik und der Finanzpolitik reichen nicht aus, um Verspannungen zu vermeiden, wenn eine Volkswirtschaft bei hoher Kapazitätsauslastung rasch expandiert. Handelspolitische und wettbewerbspolitische Maßnahmen, wie die Öffnung und die Deregulierung von Märkten, müssen hinzukommen. Sie ermöglichen ebenso wie der flexible Einsatz von Arbeitskräften und Sachkapital eine höhere Expansionsrate und vermeiden inflatorischen Druck.

In den letzten Jahren wurden in vielen Ländern Maßnahmen in dieser Richtung ergriffen, die sich nun auszuwirken beginnen. In einigen Ländern scheint sich das Potentialwachstum wieder zu beschleunigen, sowohl wegen der verstärkten Investitionstätigkeit als auch aufgrund eines rascheren Produktivitätsanstiegs. Außerdem hat der Lohnkostendruck trotz des hohen Expansionstempos der letzten beiden Jahre und der Anspannungen auf den Arbeitsmärkten in den meisten Industrieländern nicht wesentlich zugenommen.

Vor allem in den Überschußländern sollte eine derartige Wachstumsstrategie fortgesetzt und intensiviert werden. Sie bietet einerseits den Kapitalanlegern vermehrt inländische Investitionsmöglichkeiten und schafft andererseits über ein kräftiges Binnenwachstum und freie Einfuhrmöglichkeiten die Voraussetzung für einen Abbau der Überschüsse.

V. Ein ungelöstes Problem: Die internationale Verschuldungskrise

34. Nach einem in der Vergangenheit rapiden Anstieg hat die Auslandsverschuldung der Entwicklungs- und Schwellenländer in den letzten Jahren erstmals nicht mehr zugenommen; sie lag Anfang 1989 bei knapp 1,2 Billionen Dollar. In diesem Stillstand äußern sich ganz verschiedene Einflüsse: das Zögern oder schlicht die Weigerung der Gläubiger, weitere Kredite zu geben, das Bemühen vieler Entwicklungsländer, ihre Schulden nicht weiter wachsen zu lassen und möglichst zu verringern, sowie Schuldenerlasse und Zahlungseinstellungen. Generell gesehen bedeutet der unveränderte Schuldenstand nicht zuletzt, daß die Entwicklungsländer in Höhe ihrer Zinszahlungen Handelsbilanzüberschüsse erwirtschaften müssen; in diesem Umfange findet ein Ressourcentransfer aus den Entwicklungsländern in die Gläubigerländer statt.

35. Die Angabe eines globalen Schuldenstandes verdeckt den Blick auf die erheblichen Unterschiede, die zwischen den einzelnen Ländern oder Ländergruppen bestehen. Nicht wenige Schuldnerländer sind ihren Zins- und Tilgungsverpflichtungen unter größten Anstrengungen nachgekommen. Für manche Länder, insbesondere in Afrika, scheint die Lage dagegen fast ausweglos. Hier geht es auf absehbare Zeit nur noch um die Frage, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen die überwiegend staatlichen Gläubiger bereit sind, weitere Hilfe zu gewähren.

36. Die besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gilt den 15 hochverschuldeten Ländern, von denen zehn in Lateinamerika liegen und deren Schuldenstand sich Ende letzten Jahres auf etwa 470 Mrd Dollar belief. Unter diesen stehen Brasilien und Mexiko in der Verschuldung an der Spitze.

Während die Entwicklungsländer insgesamt in den letzten Jahren am kräftigen Wachstum der Weltwirtschaft partizipieren konnten, trifft dies für die Gruppe der 15 hochverschuldeten Länder nicht zu (Schaubild 5).

Im Gegensatz zu diesem düsteren Gesamtbild haben einige Länder, so etwa Chile und die Philippinen, in den beiden letzten Jahren hohe Wachstumsraten erzielen können, während die niedrige durchschnittliche Wachstumsrate vor allem durch die schlechte wirtschaftliche Entwicklung in den großen Ländern Argentinien und Brasilien bestimmt wird.

37. Die 15 hochverschuldeten Länder sind überwiegend gegenüber privaten Gläubigern, insbesondere ausländischen Kreditinstituten verschuldet. Seit Ausbruch der Verschuldungskrise im Jahre 1982 haben sie nur noch in geringem Umfang neue Kredite erhalten. Da der Großteil ihrer Schulden mit flexiblen Sätzen zu verzinsen ist, hat der Zinsanstieg auf den internationalen Finanzmärkten die Situation dieser Länder noch verschlechtert. Ihre Belastung durch Schuldendienstzahlungen ist sehr hoch, sie beträgt, gemessen in Relation zu den Exporterlösen, im Durchschnitt knapp 40 vH, für einige Länder liegt sie wesentlich höher. Einige Staaten haben ihre Zinsverpflichtungen nur teilweise erfüllt; Brasilien und Argentinien haben

Schaubild 5

WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN DEN INDUSTRIELÄNDERN UND ENTWICKLUNGSLÄNDERN[1]

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH[2]

1) Gemessen an der Entwicklung des realen Bruttosozialprodukts/Bruttoinlandsprodukts. — 2) Für die jeweilige Ländergruppe: Veränderungsraten der einzelnen Länder, zusammengewogen mit den jeweiligen Anteilen des in US-Dollar bewerteten Bruttosozialprodukts/Bruttoinlandsprodukts im Durchschnitt der vorhergehenden drei Jahre. — 3) Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Elfenbeinküste, Jugoslawien, Kolumbien, Marokko, Mexiko, Nigeria, Peru, Philippinen, Uruguay, Venezuela.

Quelle: IWF

SR 89 0806

ihren Schuldendienst eingestellt, Venezuela hat ihn erst vor kurzem wieder aufgenommen.

Seit einigen Jahren richten sich besondere Anstrengungen zur Lösung — oder zumindest Linderung — der Verschuldungskrise auf die hochverschuldeten Länder. Der sogenannte Baker-Plan, der dieser Gruppe von 15 Ländern galt, erwies sich weitgehend als Fehlschlag.

38. Einen neuen Vorschlag zur Überwindung der Schuldenkrise unterbreitete der amerikanische Finanzminister Brady im Frühjahr dieses Jahres. Die Brady-Initiative ist darauf angelegt, die Verbindlichkeiten hochverschuldeter Entwicklungsländer gegenüber ausländischen Geschäftsbanken zu reduzieren und die Vergabe neuer Kredite zu bewirken. Um Vereinbarungen zwischen den Schuldnerländern und den Gläubigerbanken zur Reduzierung der Schuldenbestände und der Schuldendienstverpflichtungen zu unterstützen, werden erstmalig Mittel durch den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank eingesetzt. Die Inanspruchnahme von Krediten der beiden Institutionen ist allerdings nur solchen Entwicklungsländern möglich, die sich zur Durchführung längerfristiger Anpassungsprogramme verpflichten.

Die Brady-Initiative enthält keine Detailregelungen, wie die gesteckten Ziele — Reduktion der Schuldenlast und neue Kredite — erreicht werden sollen. Die Umsetzung ist vielmehr Gegenstand von Verhandlungen zwischen den einzelnen Schuldnerländern und Vertretern der Gläubigerbanken, denen somit ermöglicht wird, Vereinbarungen zu treffen, die den spezifischen Interessen beider Seiten am ehesten gerecht werden. Entsprechend sind auch die Mittel des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank nicht zweckgebunden, sondern können — abhängig von der finanziellen Situation des betreffenden Landes — auf unterschiedliche Art und Weise zur Reduktion der Schuldenlast verwendet werden: für Schuldenrückkäufe, für Schuldenumwandlungen (in Beteiligungen, in Anleihen mit geringerem Nennwert oder geringerem, festen Zinssatz) und zur Zinsbesicherung.

Inzwischen haben Internationaler Währungsfonds und Weltbank verschiedenen Ländern unter der Auflage, daß diese Anpassungsprogramme durchführen, Mittel zur Verfügung gestellt. Die betroffenen Länder haben Verhandlungen mit den Kreditinstituten zur Reduktion der Schuldenlast begonnen. Erstmalig wurde für Mexiko ein Paket ausgehandelt, das den einzelnen Gläubigerbanken drei Möglichkeiten zur Wahl stellt: Sie können alte Forderungen um 35 vH des Nennwertes reduzieren und in 30jährige Anleihen umwandeln, die zum Marktsatz verzinst werden, oder alte Forderungen zum Nennwert in Anleihen mit gleicher Laufzeit umwandeln, die mit einem festen Satz von 6,25% verzinst werden. Mittel des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank werden dazu verwendet, die Anleihen mit Sicherheiten und befristeten Zinsgarantien zu decken. Als dritte Möglichkeit und Alternative zum Forderungsverzicht ist die Vergabe neuer Kredite in Höhe von maximal 25 vH der bestehenden Forderungen vorgesehen. Der Vorteil für die Banken, einen Teil ihrer Forderungen zu erlassen, besteht darin, daß die Qualität der umgewandelten — dann verbrieften — Forderungen deutlich höher ist.

39. Von der Brady-Initiative kann man bestenfalls eine Entlastung einiger hochverschuldeter Länder erwarten, eine generelle Lösung der internationalen Verschuldungskrise ist davon nicht zu erhoffen.

Die Bereitschaft der Banken, dieser Initiative zu folgen, wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit sie bisher bereits durch Bildung von Wertberichtigungen für Problemkredite Vorsorge getroffen haben. Soweit dies möglich war und erfolgt ist, sind Schuldenerlasse nur mit vergleichsweise geringen bilanziellen Verlusten verbunden. Deutsche Banken haben bereits früh begonnen, Wertberichtigungen zu bilden, im Falle von Mexiko in Höhe von über 3 Mrd DM bei Forderungen von insgesamt 6,5 Mrd DM; allerdings haben die einzelnen Banken in unterschiedlichem Maße von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Wie in den beiden Jahren zuvor haben einige US-amerikanische und britische Banken wiederum erhebliche Wertberichtigungen vorgenommen. Damit ist das Risiko negativer Auswirkungen der Verschuldungskrise für einzelne Banken wie für das internationale Finanzsystem insgesamt weiter gemindert, und es sind bessere Voraussetzungen für Schuldenreduzierungen geschaffen worden.

40. Vorbedingung für eine wirkliche Lösung der internationalen Verschuldungskrise ist eine bessere Wirtschaftspolitik in den Schuldnerländern. Es gilt vorrangig, die Fehler der Vergangenheit abzustellen und für die Zukunft zu vermeiden. Hohe Defizite der öffentlichen Haushalte und grassierende Inflation neben zahlreichen anderen Maßnahmen, die Investoren abschrecken, zerstören jede Grundlage für eine bessere Wirtschaftsentwicklung. Solange heimische Anleger kein Vertrauen in die Investitionsbedingungen besitzen und ihr Geld außer Landes bringen, kann man nicht erwarten, daß private ausländische Anleger neues Kapital ins Land bringen. Alle Appelle nach „frischem Geld" sind unter diesen Umständen wenig erfolgversprechend und im Kern verfehlt, da sie letztlich nur der Fortsetzung der falschen Politik Vorschub leisten und einen weiteren Anstieg der Verschuldung bewirken.

Mit grundlegenden Reformen müssen der wirtschaftliche Niedergang aufgehalten und die Basis für einen anhaltenden Aufschwung geschaffen werden. Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Nicht wenige Länder haben schon bewiesen, daß auf diesem Wege eine raschere Genesung zu erreichen ist, als dies anfangs für möglich gehalten wurde.

41. Aufgabe der Industrieländer ist es, solche Bemühungen zu unterstützen. Ihr wichtigster Beitrag liegt darin, die bestehenden Handelsbeschränkungen allgemein und verstärkt auf den Gebieten abzubauen, auf denen die hochverschuldeten Länder komparative Vorteile besitzen. Man kann von den Schuldnerländern nicht auf der einen Seite Zinszahlungen und Schuldentilgung erwarten, die eigenen Märkte aber gegen Exporte dieser Länder abschirmen. Stehen den Schuldnerländern die Weltmärkte offen, werden sich die Voraussetzungen für einen Erfolg von Reformbemühungen deutlich verbessern. Ein wirtschaftlicher

Aufschwung wird möglich, der wiederum die Grundlage für Investitionen und damit auch für Kapitalimporte darstellt, deren Schuldendienst aus volkswirtschaftlich rentablen Anlagen geleistet werden kann.

VI. Bilateralismus in der Handelspolitik

42. Die Handelspolitik wird zunehmend von Tendenzen zum Bilateralismus geprägt. Als jeweilige Verhandlungsparteien stehen sich einzelne Länder oder Ländergruppen gegenüber; darin kommt auch die verstärkte Regionalisierung der Weltwirtschaft zum Ausdruck mit den drei großen Regionen, nämlich einer weitgehend von den Vereinigten Staaten dominierten Zone, dem südostpazifischen Raum und der Europäischen Gemeinschaft.

Ausgangspunkt handelspolitischer Forderungen sind meist Handelsbilanzsalden zwischen einzelnen Ländern und Ländergruppen, in vielen Fällen reicht das gegenseitige Vorrechnen von Überschüssen und Defiziten bis hin zu einzelnen Produkten. Hinter diesem Bilateralismus stehen in aller Regel die Interessen einzelner Branchen, die von der Politik Schutzmaßnahmen verlangen und mit diesen Forderungen oft nur allzu leicht Gehör finden. Protektion nach außen soll vor dem Anpassungsdruck schützen, der vom Wandel auf den Weltmärkten ausgeht. Zunehmend sieht man im Außenschutz aber auch die Grundlage für eine spätere offensive Strategie bei Produkten, die als zukunftsträchtig angesehen werden.

43. In dieser Entwicklung hin zum Bilateralismus droht die Aushöhlung der auf Multilateralismus ausgerichteten Welthandelsordnung im Rahmen des GATT. Im schlimmsten Fall wäre ein Auseinanderdriften der Weltwirtschaft in Wirtschaftsblöcke zu befürchten.

Es wird vor allem vom Verhalten der Vereinigten Staaten, Japans und der Europäischen Gemeinschaften abhängen, welchen Weg die Weltwirtschaft gehen wird. Die entschiedene Öffnung des großen japanischen Binnenmarktes läßt immer noch auf sich warten, die Vereinigten Staaten und die Europäischen Gemeinschaften haben in letzter Zeit erneut Zweifel an ihrer Bereitschaft zu einer liberalen Handelspolitik aufkommen lassen.

44. Erstmals haben die Vereinigten Staaten den Artikel 301 des Handelsgesetzes angewandt und Brasilien, Indien sowie Japan unfaire Handelspraktiken vorgeworfen und für den Fall, daß in bilateralen Gesprächen keine Einigung zu erzielen ist, Vergeltungsmaßnahmen angedroht.

Mit ihrem Vorgehen unterlaufen die Vereinigten Staaten die Ordnung des GATT und befördern den Bilateralismus. Dies geschieht auch über die sogenannten freiwilligen Selbstbeschränkungsabkommen auf den verschiedenen Gebieten. Diese Abkommen spielen nach wie vor eine große Rolle und werden immer wieder verlängert, so etwa in diesem Jahr für Stahl gegenüber der Europäischen Gemeinschaft.

45. Auch die Europäischen Gemeinschaften setzten ihre starke Position in Verhandlungen mit Drittländern ein. Die wenig durchsichtige Art der Ermittlung der Anti-Dumping-Margen eröffnet die Möglichkeit, über das GATT-konforme Maß hinauszugehen und ausländische Anbieter zu diskriminieren. Die zahlreichen Anti-Dumping-Verfahren, die in letzter Zeit eingeleitet wurden, bewirken vor allem eine Verunsicherung ausländischer Anbieter.

Zu den Befürchtungen, die Europäischen Gemeinschaften wollten den Binnenmarkt zu einer „Festung" ausbauen, tragen weiter die Bestimmungen über den „local content" bei. Danach müssen Produkte einen bestimmten, sehr hohen europäischen Wertschöpfungsanteil aufweisen, wenn sie als „europäische" und damit von allen Handelsbeschränkungen freigestellte Erzeugnisse gelten sollen. Diese Bestimmungen richten sich vor allem gegen Direktinvestitionen im Binnenmarkt, über die insbesondere japanische Unternehmen nicht zuletzt einem möglichen Außenprotektionismus der Gemeinschaft nach der Vollendung des einheitlichen Binnenmarktes zuvorkommen wollen.

Schließlich verheißt eine Handelspolitik, die das Instrument der Reziprozität in bilateralen Verhandlungen bis hin zu sektoralen Aufrechnungen strapaziert, nichts Gutes. Während die Gemeinschaft sich auf diesem Felde in letzter Zeit auf ihre Verantwortung für einen multilateralen, freien Welthandel zu besinnen scheint, ist dies für die bestehenden Selbstbeschränkungsabkommen und mengenmäßigen Beschränkungen noch nicht zu erkennen. So bleibt vor allem ungeklärt, wie sich die Europäischen Gemeinschaften beziehungsweise die einzelnen Länder zu verhalten gedenken, wenn sogenannte Selbstbeschränkungsabkommen gegenüber Dritten, die nur für einzelne europäische Länder gelten, nach der Vollendung des Binnenmarktes eigentlich obsolet werden.

46. Die anhaltend starke Neigung zu protektionistischen bilateralen Maßnahmen unterstreicht die Bedeutung der laufenden achten Verhandlungsrunde zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT). Die Bemühungen um Handelsliberalisierungen gehen in dieser Runde über die herkömmlichen Bereiche (Zölle) hinaus. Wichtige, bislang ungelöste Probleme, wie vor allem im Bereich der Landwirtschaft, werden aufgegriffen. Das GATT-Regelwerk soll nunmehr auch auf Bereiche ausgedehnt werden, die bislang durch andere Abkommen geregelt (Textilien und Bekleidung) oder gar nicht erfaßt werden (Dienstleistungen, Schutz geistiger Eigentumsrechte). Die Verhandlungen sollen im Dezember nächsten Jahres abgeschlossen werden.

Inwieweit in alten und neuen Bereichen die internationalen Handelsbeziehungen durch Multilateralität und Nichtdiskriminierung gekennzeichnet sein werden, hängt vor allem auch von dem Erfolg der Bestrebungen ab, nicht-tarifäre Handelshemmnisse GATT-Regeln zu unterwerfen. In den letzten Jahren finden insbesondere sogenannte freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen zunehmend Anwendung. Sie ermöglichen den Ländern, heimische Sektoren zu schützen, ohne gegen die GATT-Regeln zu verstoßen. Ihr Einsatz kompensiert zu einem beträchtlichen Teil die Vorteile, die durch die Zollsenkungen der vergangenen GATT-Runden erzielt wurden. Andere Maßnahmen, beispielsweise gegen Dumping-Verkäufe

ausländischer Anbieter, werden zwar durch GATT-Regelungen erfaßt; unklare Formulierungen ermöglichen aber, daß sie diskriminierend gegen kostengünstigere ausländische Anbieter eingesetzt werden, um den heimischen Sektor zu schützen.

Erste Erfolge wurden in den laufenden Verhandlungen beim Abbau von Zöllen auf tropische Erzeugnisse erzielt. Am schwierigsten gestalten sich die Verhandlungen im Bereich „Schutz geistiger Eigentumsrechte". Die Industrieländer wollen eine gesicherte Rechtslage für Produkte mit Markennamen und Patenten schaffen. Die Entwicklungsländer fordern dagegen, jegliche Schutzbestimmungen in diesem Bereich abzuschaffen, und begründen dies mit den für sie vergleichsweise schlechten Ausgangsbedingungen. In einem weiteren wichtigen Bereich, der Landwirtschaft, drohen die Verhandlungen am Widerstand der Europäischen Gemeinschaften zu scheitern. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten und einer Gruppe von Agrarexporteuren, darunter zum Großteil Entwicklungsländer, sind die Europäischen Gemeinschaften nicht bereit, einen vollständigen Abbau von Stützungspreisen und Subventionen zu vereinbaren.

47. Die Bekundungen der Industrieländer, den Entwicklungsländern Hilfe zu leisten, verlieren um so mehr an Glaubwürdigkeit, je mehr die reichen Nationen ihre Märkte abschließen, statt sie für die Exporte der Entwicklungsländer zu öffnen. Beschränkungen gibt es auf vielen Gebieten, sie reichen von Textilien bis zum Stahl. Gefordert sind speziell die Europäischen Gemeinschaften, vor allem in der Agrarpolitik. Wegen ihres Agrarprotektionismus fällt die Gemeinschaft in vielen Bereichen weitgehend als Nachfrager aus, über subventionierte Exporte drückt sie darüber hinaus die Agrarpreise auf den Weltmärkten und verschlechtert die Absatzchancen der Länder, die auf diesem Sektor über komparative Vorteile verfügen. Auf das fortdauernde Ärgernis des EG-Agrarprotektionismus hat der Sachverständigenrat immer wieder hingewiesen (JG 86 Ziffern 342ff.).

48. *In der handelspolitischen Diskussion beruft man sich gelegentlich auf neuere Forschungsergebnisse, die das Freihandelspostulat nicht mehr uneingeschränkt als die Maxime der Außenhandelspolitik akzeptieren. Aufbauend auf teilweise bereits länger existierenden Ansätzen werden verschiedene Fälle dargestellt, nach denen modelltheoretisch die nationale Wohlfahrt durch protektionistische Maßnahmen gesteigert werden kann.*

Dies sei vor allem dann möglich, wenn auf den Weltmärkten kein vollkommener Wettbewerb herrsche. Erfordere beispielsweise die Produktion eines Gutes einen hohen Fixkosteneinsatz, so könne nur mit entsprechend großen Absatzmengen rentabel produziert werden. Für nachfolgende Unternehmen sei es dann nur schwer möglich, auf einem derartigen Markt als Neuanbieter Fuß zu fassen, denn die etablierten Konkurrenten könnten ihre Größenvorteile bereits ausnutzen. Existierende Unternehmen könnten ihre Position insbesondere dann lange halten, wenn im Laufe der Zeit Lerneffekte weitere Kostenersparnisse erbrächten, die potentiellen Neuanbietern fehlten.

Diese Überlegungen scheinen die theoretische Basis für bestimmte handelspolitische Maßnahmen im Rahmen der Konzeption der strategischen Handelspolitik zu liefern. Werden derartige Märkte bereits durch ausländische Anbieter dominiert, könne es durch Abschottung der inländischen Märkte oder durch Subventionierung den heimischen Anbietern ermöglicht werden, ihre Konkurrenzfähigkeit zu entwickeln. Über die Erhebung von Zöllen könne eine Verteilung der Monopolrente beziehungsweise der damit verbundenen Wohlfahrtsgewinne zugunsten des Inlandes erreicht werden. Darüber hinaus sollten heimische Exportindustrien durch staatliche Unterstützung motiviert werden, auf neuen Märkten solche Monopolsituationen aufzubauen beziehungsweise zu halten. Als vorteilhaft werden die Förderung oder der Schutz heimischer Unternehmen auch dann angesehen, wenn Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung für andere heimische Sektoren ebenfalls von Bedeutung sind.

Die Konzeption einer „strategischen" Handelspolitik ist selbst dann äußerst problematisch, wenn eine protektionistische Maßnahme in einer bestimmten Situation für das betreffende Land vorteilhaft sein könnte. In der Regel sind die für die Analyse von bestimmten Marktkonstellationen erforderlichen Informationen nicht ausreichend vorhanden. Die theoretischen Modelle liefern nur scheinbar fundierte Gründe für handelspolitische Interventionen. Es besteht jedoch die Gefahr, daß sich Interessengruppen dieser als zusätzliche Argumente bedienen, um verstärkten Druck auf die politischen Entscheidungsträger auszuüben. Geben diese dem Druck nach, dann ist zu befürchten, daß die Unternehmen ihre Anstrengungen zunehmend auf die Erlangung staatlicher Hilfen und nicht auf die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit aus eigener Kraft konzentrieren. Auch muß bezweifelt werden, daß ein Abbau von protektionistischen Maßnahmen erfolgt, wenn ihre ursprüngliche Begründung obsolet geworden ist.

Die Ergebnisse der theoretischen Analyse protektionistischer Maßnahmen variieren zudem erheblich mit den zugrunde liegenden Annahmen über das Verhalten von Unternehmen und Regierungen konkurrierender Länder. So ist die Vorteilhaftigkeit von Maßnahmen deutlich geringer, wenn Abwehrreaktionen oder Vergeltungsaktionen betroffener Länder in der Analyse berücksichtigt werden. Das Bestreben, durch protektionistische Maßnahmen in einzelnen Bereichen die nationale Wohlfahrt zu steigern, kann so einen Protektionswettlauf auslösen und die Wohlfahrt der handeltreibenden Nationen insgesamt verringern.

Vor einer Abkehr vom Postulat des Freihandels, dessen Spielregeln im internationalen Rahmen ausgestaltet und überwacht werden, zugunsten einer „strategischen" Handelspolitik mit unsicherer Grundlage und schwer kalkulierbaren Folgen ist somit entschieden zu warnen.

VII. Integrationsbemühungen der Europäischen Gemeinschaften intensiviert

49. Im April dieses Jahres hat der vom Europäischen Rat beauftragte Ausschuß zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion seinen Bericht vorgelegt (Delors-Bericht). Danach soll eine Union mit weitreichenden Kompetenzen für die Institutionen der Gemeinschaft im wirtschafts- und währungspolitischen Bereich geschaffen werden. Zur Verwirklichung der Union schlägt der Ausschuß einen dreistufigen Prozeß vor (Tabelle 3).

Im währungspolitischen Bereich ist für die Endstufe eine vollständige Übertragung der nationalen Kompetenzen auf ein neu zu schaffendes Europäisches Zentralbankensystem vorgesehen, das im wesentlichen auf folgenden Elementen basieren soll:

- Ausrichtung auf das Ziel der Preisniveaustabilität
- Weisungsunabhängigkeit von nationalen und gemeinschaftlichen Organen
- föderative Struktur
- Verbot der Kreditgewährung an öffentliche Stellen.

Tabelle 3

Die drei Phasen zum Aufbau der Wirtschafts- und Währungsunion

Delors-Bericht [1])

<table>
<tr><th>Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftspolitik</th><th>Maßnahmen im Bereich der Währungspolitik</th></tr>
<tr><td colspan="2">Phase 1: Stärkere Abstimmung der nationalen Wirtschafts- und Währungspolitiken innerhalb des bestehenden institutionellen Rahmens</td></tr>
<tr><td>* Vollendung des Binnenmarktes
* Verstärkung der gemeinschaftlichen Wettbewerbspolitik
* Verringerung bestehender Disparitäten durch Haushaltskonsolidierung in den betreffenden Ländern sowie eine wirksamere Struktur- und Regionalpolitik (Reform der Strukturfonds und Verdoppelung der verfügbaren Mittel)
* Revision der Konvergenzentscheidung von 1974 zur Verbesserung der wirtschaftlichen Koordinierung:
— Schaffung eines Systems der multilateralen Überwachung auf der Basis von Indikatoren
— Koordinierung der Haushaltspolitik durch unverbindliche Richtlinien
* Empfehlung des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin) zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik</td><td>* Vollständige Liberalisierung des grenzüberschreitenden Handels mit Finanzdienstleistungen sowie des Kapitalverkehrs innerhalb der Europäischen Gemeinschaft
* Intensivierung der Kooperation und Koordinierung
* Größere Autonomie der nationalen Notenbanken soll in Erwägung gezogen werden
* Teilnahme aller EG-Währungen am Wechselkursmechanismus des EWS zu gleichen Bedingungen
* Vermeidung von Paritätsänderungen im EWS durch Rückgriff auf andere Anpassungsmechanismen
* Beseitigung aller Hindernisse für die private Verwendung der ECU
* Größere Kompetenz für den Ausschuß der Zentralbankpräsidenten durch Änderung der Ratsentschließung von 1964: Formulierung von Empfehlungen zur Geld- und Wechselkurspolitik; Konsultationen vor nationalen geldpolitischen Entscheidungen, zum Beispiel bei der Festlegung von Geld- und Kreditmengenzielen
* Möglicherweise: Errichtung eines Europäischen Reservefonds zur Kontrolle der Wechselkursentwicklung im EWS sowie zur stärkeren Abstimmung der nationalen Geldpolitiken</td></tr>
<tr><td colspan="2">Phase 2: Einrichtung grundlegender Gemeinschaftsorgane für die Wirtschafts- und Währungsunion; schrittweise Übertragung von Aufgaben und Kompetenzen auf diese Institutionen</td></tr>
<tr><td>* Überprüfung und Ergänzung der in Phase 1 durchgeführten Maßnahmen in den Bereichen:
Binnenmarkt, gemeinschaftliche Wettbewerbspolitik, Struktur- und Regionalpolitik
* Erhöhung der Mittel für Strukturpolitik sowie für Forschungs- und Infrastrukturinvestitionen
* Intensivierung der in Phase 1 begonnenen Koordination makroökonomischer Politiken:
1. Mittelfristige Rahmenplanung für wirtschaftliche Schlüsselziele
2. Ausarbeitung von Verfahren zur Überwachung und Korrektur der wirtschaftlichen Entwicklung
3. Festlegung von unverbindlichen Regeln über Umfang und Finanzierung staatlicher Budgetdefizite
4. Einheitliches Auftreten bei internationalen Organisationen
* Entscheidungsfindung durch Mehrheitsvotum bei bestimmten Fragen
* Verstärkung der Aktivitäten bestehender Gemeinschaftsorgane (Europäisches Parlament, Ministerrat, Währungsausschuß und Kommission)</td><td>* Einrichtung des Europäischen Zentralbankensystems (EZBS); Übernahme der Funktionen des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit, des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten und der in Phase 1 geschaffenen Institutionen
* Intensivierung der Koordination der Geldpolitiken durch Leitlinien des Rates des Europäischen Zentralbankensystems
* Schrittweiser Übergang von Entscheidungsbefugnissen von den nationalen Instanzen auf den Rat des EZBS; Zusammenlegung eines Teils der nationalen Währungsreserven für Devisenmarktinterventionen entsprechend den Leitlinien des EZBS-Rats; Wahrnehmung von Regulierungsfunktionen im Bereich der Bankenaufsicht durch das EZBS, um die für eine gemeinsame Geldpolitik erforderliche Mindestharmonisierung des geldpolitischen Instrumentariums zu erreichen
* Verengung der Bandbreiten im EWS; Leitkursanpassungen sollen als Anpassungsmechanismus nur noch in Ausnahmefällen verwendet werden</td></tr>
<tr><td colspan="2">Phase 3: Vollständige Übertragung nationaler Kompetenzen im wirtschaftspolitischen und währungspolitischen Bereich auf die Gemeinschaftsorgane</td></tr>
<tr><td>* Weiterer Ausbau der gemeinschaftlichen Struktur- und Regionalpolitik bei noch bestehenden Disparitäten
* Gemeinschaftliche Wettbewerbspolitik
* Einführung bindender Regeln und Verfahren im makroökonomischen und haushaltspolitischen Bereich; Übertragung der Entscheidungsbefugnisse auf den Ministerrat
* In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament entscheidet der Ministerrat:
1. über erforderliche Vorgaben für die Planung der nationalen öffentlichen Haushalte
2. über Änderungen der Finanzausstattung der Gemeinschaft zur Aufstockung von Strukturhilfen an Mitgliedstaaten
3. über die Bindung der Strukturhilfen an Auflagen, die intensive Anpassungsbemühungen bei betreffenden Ländern gewährleisten sollen
* Repräsentation der EG-Staaten in internationalen Wirtschaftsorganisationen durch Organe der Gemeinschaft</td><td>* Unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse im EWS
* Einheitliche Geld- und Währungspolitik durch das Europäische Zentralbankensystem
* Zusammenlegung der nationalen Währungsreserven beim Europäischen Zentralbankensystem; Devisenmarktinterventionen in alleiniger Verantwortung des EZBS-Rates
* Abschließend: Übergang zu einer einheitlichen Gemeinschaftswährung</td></tr>
</table>

[1]) Bericht zur Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft, vorgelegt vom Ausschuß zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion am 17. April 1989.

Im nicht-monetären Bereich wird eine ähnlich weitreichende institutionelle Integration nicht angestrebt. Eine intensivere Koordination der nationalen makroökonomischen Politiken soll negative Auswirkungen des gemeinsamen Marktes auf die interne und externe gesamtwirtschaftliche Situation der Gemeinschaft vermeiden. Darüber hinaus sollen strukturpolitische und regionalpolitische Maßnahmen ergriffen werden, um eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

Der Delors-Bericht hat die Diskussion um die europäische Integration intensiviert. Die vorgesehene erste Phase umfaßt im wesentlichen bereits beschlossene Maßnahmen wie die Vollendung des Binnenmarktes und die Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Der Eintritt in diese Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion erfolgt nach dem Beschluß des Europäischen Rates vom 26./27. Juni dieses Jahres am 1. Juli 1990. Die EG-Kommission hat in diesem Zusammenhang im September zwei Vorschläge unterbreitet, die im Dezember von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet werden sollen. Sie sehen die Einführung eines Indikatorensystems für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und eine intensivierte Abstimmung der Geldpolitik durch Konsultationen der Zentralbankpräsidenten vor.

Für die weiteren Stufen des Delors-Berichts ist bislang kein Zeitplan festgelegt worden. Voraussetzung dafür wäre eine gemeinsame Perspektive über die europäischen Institutionen und ihre Kompetenzen. Die bisherige Diskussion offenbart deutliche Differenzen. Während einige Länder auf weitere rasche Schritte drängen, ist das Vereinigte Königreich nicht bereit, Maßnahmen zuzustimmen, die mit der Aufgabe nationaler Souveränität verbunden sind. Entsprechend wird die Konzeption des Europäischen Zentralbankensystems abgelehnt. Bei den anderen Mitgliedern gibt es unterschiedliche Vorstellungen über das Tempo beim Einstieg in die Währungsunion. Die Bundesrepublik und die Niederlande plädieren für eine längere Übergangsdauer, in der eine Angleichung der nationalen Geldpolitiken auf einen gemeinschaftlichen, stabilitätsorientierten Kurs erfolgen soll.

Im nicht-monetären Bereich ist insbesondere klärungsbedürftig, wie bestehende oder neu auftretende Divergenzen der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den einzelnen Ländern nach der endgültigen Fixierung der Wechselkurse ausgeglichen werden können. Hier bestehen unterschiedliche Ansichten über die Rolle, die der Strukturpolitik zukommt, und wieviel dem Marktmechanismus zu überlassen ist.

50. Am 19. Juni 1989 ist Spanien als neuntes Land dem Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems beigetreten. Es wurde vereinbart, für eine Übergangszeit die Schwankungsbreite der Peseta gegenüber den anderen am Wechselkursmechanismus des EWS beteiligten Währungen auf ±6 vH festzulegen. Nach dem Beitritt Spaniens nehmen nun nur noch drei EG-Mitgliedstaaten (Griechenland, Portugal und das Vereinigte Königreich) nicht am Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems teil.

Am 21. September 1989 wurden zudem die Peseta und der Escudo in den ECU-Währungskorb aufgenommen. Entsprechend der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Länder wurde ihr Gewicht im Korb auf 5,1 vH beziehungsweise 0,8 vH festgelegt. Gleichzeitig wurden die Gewichte der bisherigen ECU-Währungen neu ermittelt (Schaubild 6).

51. Einen wichtigen Prüfstein für die Bereitschaft zur weiteren Integration stellen die Bemühungen dar, die

Schaubild 6

NEUE ZUSAMMENSETZUNG DES ECU - WÄHRUNGSKORBS 1)

Dänische Krone (2,5 vH)
Irisches Pfund (1,1 vH)
Griechische Drachme (1,0 vH)
Portugiesischer Escudo (0,8 vH)
Spanische Peseta (5,1 vH)
Belgischer und Luxemburgischer Franc (8,1 vH)
Holländischer Gulden (9,5 vH)
Italienische Lira (10,2 vH)
Pfund Sterling (12,1 vH)
Französischer Franc (19,3 vH)
Deutsche Mark (30,3 vH)

Veränderung der Gewichte im ECU - Währungskorb 2)
Prozentpunkte

+6,0 +4,0 +2,0 0 -2,5 -5,0

DM FF £ Lit hfl bfr/lfr Pta dkr Ir £ Dr Esc

1) Durch die Neuaufnahme der Spanischen Peseta und des Portugiesischen Escudo; Zahlen in Klammern: Gewichte im ECU-Korb, berechnet auf Basis des jeweiligen ECU-Leitkurses. - 2) Gegenüber dem Stand vor der Korbrevision vom 21.9.1989

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 89 0777

Verbrauchsteuern den Erfordernissen des Binnenmarktes anzupassen. Die Kommission strebt eine sukzessive Annäherung der unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze an und hat zu diesem Zweck Bandbreiten von 14 vH bis 20 vH für den Normalsatz und von 4 vH bis 9 vH für den ermäßigten Satz vorgeschlagen. Ein inzwischen vorliegender Alternativvorschlag sieht eine Bandbreite nur noch für den ermäßigten Satz vor, im übrigen einen Mindestsatz. Unabhängig von der Ausgestaltung des Normalsatzes sollen für bestimmte Güter Nullsätze zulässig sein. Sonderregelungen werden für Bereiche wie den Versandhandel erörtert. Ein Clearing-Verfahren ist zur Verteilung des Steueraufkommens vorgesehen (Ziffern 426 ff.).

Bei der Mehrheit der Mitgliedstaaten stoßen diese Vorschläge auf Ablehnung. Die Kritik bezieht sich dabei hauptsächlich auf das vorgesehene Clearing-Verfahren. Auf ihrem Treffen im Oktober erzielten die Finanzminister der Mitgliedstaaten grundsätzlich Übereinkunft darüber, die Umsätze wie bisher im Bestimmungsland zu den dort geltenden Sätzen zu versteuern und Exporte von den inländischen Steuern zu befreien. Bei Wegfall der Binnengrenzen sollen die Umsätze aus Geschäften mit Unternehmen in Mitgliedstaaten sowohl vom Exporteur als auch vom Importeur jeweils bei nationalen Behörden gemeldet werden. Eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen ist vorgesehen, damit eine Umgehung der Steuer nicht möglich ist.

Die EG-Kommission ist von ihrem ursprünglichen Vorschlag, einheitliche Verbrauchsteuersätze für bestimmte Produkte festzulegen, inzwischen abgerückt und empfiehlt statt dessen die Einführung differenzierter Mindestsätze für Alkohol und Tabakwaren sowie von Spannen für Mineralölerzeugnisse. Verschiedene administrative Maßnahmen (Steuerlager, Kontrollen) wären zudem erforderlich, um Steuerhinterziehungen zu vermeiden.

52. Soziale Gesichtspunkte der ökonomischen Integration werden seit einiger Zeit besonders intensiv diskutiert. Unter dem Begriff „Soziale Dimension" wird eine Vielzahl von Aspekten wie soziale Grundrechte, Arbeitsschutz, Mitbestimmung, Arbeitsmarkt, Sozialleistungen zusammengefaßt (Ziffern 454 ff.).

Im Mittelpunkt der Diskussion standen in diesem Jahr folgende Aspekte:

— Ende September legte die Kommission ihren zweiten Entwurf einer Sozialcharta vor, der Grundrechte für Arbeitnehmer beschreibt. Diese umfassen Freizügigkeit, gerechte Entlohnung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sozialen Schutz, Koalitionsfreiheit und Tarifverhandlungen, Berufsausbildung und Mitwirkung bei betrieblichen Veränderungen. Die Charta soll im Dezember von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten verabschiedet werden. Der erste Entwurf war vom Vereinigten Königreich mit der Begründung abgelehnt worden, daß ein Regulierungsbedarf in diesem Bereich nicht bestehe. Auf einem Treffen der Sozialminister Ende Oktober wurde auch der zweite Entwurf von britischer Seite als nicht akzeptabel bezeichnet.

— Es wurde ein gemeinsamer Lenkungsausschuß eingerichtet, der den sozialen Dialog zwischen den Sozialpartnern fördern soll. Auf der ersten Tagung im März wurden Arbeitsgruppen zu den Themen „Bildung" und „Arbeitsmarkt" eingesetzt.

— Die Kommission erneuerte ihren Vorschlag, die Unternehmensform „Europäische Aktiengesellschaft" zu schaffen. Diese Rechtsform sieht drei Optionen für eine Arbeitnehmervertretung vor. Der Vorschlag wird von der Bundesrepublik abgelehnt, da nicht gewährleistet ist, daß das relativ hohe deutsche Niveau bei der Mitbestimmung gehalten werden kann.

— Im Juni wurde die Maschinenrichtlinie verabschiedet, die zum 1. Januar 1993 in Kraft treten soll. Entsprechend dem 1985 beschlossenen Richtlinienkonzept enthält sie Grundanforderungen an die Sicherheit von Maschinen, aber keine Detailregelungen. Diese sollen in harmonisierten Normen durch die Mitgliedstaaten festgelegt werden. Ist ein Mitgliedsland oder die Kommission der Auffassung, daß bestimmte nationale Regelungen nicht den EG-Grundanforderungen entsprechen, wird dies von einem Ausschuß geprüft. Außerdem kann jedes Mitgliedsland Maschinen aus dem Verkehr ziehen, die es als sicherheitsgefährdend erachtet. Dies ist der Kommission zu melden, die dann prüft, ob Mängel der Normen oder deren mangelhafte Anwendung die Maßnahme rechtfertigen.

  Solange harmonisierte Normen nicht vorliegen, ist die Ausfuhr einer Maschine grundsätzlich in jedes Mitgliedsland möglich, wenn die Maschine den Bestimmungen des Herkunftslandes entspricht. Die Verabschiedung der Maschinenrichtlinie erfolgte gegen die Stimme der Bundesrepublik, die für die Übergangszeit die Anwendung der Normen des Bestimmungslandes fortschreiben wollte, um die Aufrechterhaltung des hohen Sicherheitsniveaus in der Bundesrepublik zu garantieren.

Tabelle 4

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1988	
28. November	Die Mitgliedstaaten der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) beschließen, die Ölförderung in der ersten Jahreshälfte 1989 auf 18,5 Mio Barrel pro Tag zu beschränken, um so einen Preis von 18 US-Dollar erzielen zu können.
1989	
10. März	Der amerikanische Finanzminister Brady schlägt eine neue Initiative zur Lösung der internationalen Verschuldungskrise vor, die hauptsächlich auf eine Reduzierung der Bankschulden verschiedener hochverschuldeter Entwicklungsländer und Schwellenländer abzielt. Hierzu sollen der Internationale Währungsfonds und die Weltbank Mittel zur Verfügung stellen. Weiter ist vorgesehen, daß Länder, die im Rahmen dieser Initiative eine Reduzierung der Schuldenlast erreichen wollen, wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Strukturanpassung ergreifen.
8. April	Die Mitgliedstaaten des GATT haben zu den Bereichen Agrarpolitik, Urheberrechte, Schutzklauseln und Textilien Beschlüsse gefaßt, die den Fortgang dieser 8. Verhandlungsrunde ermöglichen. Bereits im Dezember des Vorjahres waren zu elf anderen Bereichen verschiedene Aktivitäten beschlossen worden, darunter ein verbessertes und beschleunigtes Verfahren zur Beilegung von Handelskonflikten, Verhandlungen über die Senkung von Zöllen um durchschnittlich 30 vH und die Eliminierung von nicht-tarifären Handelshemmnissen sowie über die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen.
23. Mai	Das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds verabschiedet Richtlinien zur Rolle des Fonds in der Verschuldungskrise. Darin ist zum einen vorgesehen, daß Länder, die vom Fonds Kredite aus „Bereitschafts- und Erweiterten Kreditvereinbarungen" erhalten, davon Mittel in Höhe von etwa 25 vH für Maßnahmen zur Schuldenreduzierung verwenden können. Zudem können zusätzliche Mittel bis zu 40 vH der Quote eines Landes zur Zinsbesicherung bewilligt werden. Die Vergabe von Mitteln ist abhängig von der Bereitschaft eines Schuldnerlandes, Strukturanpassungsprogramme durchzuführen.
1. Juni	Die Weltbank genehmigt die Verwendung von Mitteln aus langfristigen Kreditprogrammen zur Schulden(-dienst)reduzierung im Rahmen des Brady-Plans. Danach können Länder bis zu 25 vH eines Strukturanpassungskredits für die Reduzierung der Schuldenbestände verwenden. Weitere 15 vH können unter Umständen für Zinsbesicherungen verwendet werden.
7. Juni	Die Mitgliedstaaten der OPEC beschließen, die Ölförderung in der zweiten Jahreshälfte 1989 auf 19,5 Mio Barrel pro Tag zu steigern. Ausnahmeregelungen gelten für Ecuador, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate.
16. Juli	Die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen und der Präsident der Europäischen Gemeinschaften treffen sich in Paris zum 15. Weltwirtschaftsgipfel. In ihrer Abschlußerklärung sprechen sie sich unter anderem für eine intensivere wirtschaftspolitische Koordination und für verstärkte Bemühungen zur Lösung des internationalen Verschuldungsproblems aus, außerdem betonen sie die Dringlichkeit des Umweltschutzproblems.
23. Juli	Vertreter Mexikos, der US-Regierungsbehörden und internationaler Gläubigerbanken handeln auf der Grundlage des Brady-Plans ein Optionspaket aus, das 47 Mrd US-Dollar der Schulden Mexikos einbezieht. Die Reduzierung der Schuldenlast soll mit 7 Mrd US-Dollar von öffentlichen Kreditgebern unterstützt werden, unter anderem durch die Besicherung von Zinszahlungen auf Anleihen aus Schuldenumwandlungen für eine maximale Dauer von zwei Jahren.
15. August	Vertreter der philippinischen Regierung und internationaler Gläubigerbanken einigen sich über ein Finanzpaket im Rahmen des Brady-Plans; es bezieht 7,3 Mrd US-Dollar der Auslandsschulden ein: Öffentliche Kreditgeber stellen Mittel in Höhe von etwa 1,3 Mrd US-Dollar zur Verfügung, die hauptsächlich für Schuldenrückkäufe verwendet werden sollen.
25. September	Bei ihrem Treffen am Rande der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Washington bekräftigen die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der führenden sieben Industrienationen (G-7) den Willen zur Fortsetzung der währungspolitischen Zusammenarbeit, durch die in den letzten Jahren ein wesentlicher Beitrag zum Abbau der Handelsbilanzungleichgewichte erreicht wurde. Der derzeitge Dollarkurs wird als zu hoch bezeichnet. Nach Notenbankinterventionen am selben Tag verliert der Dollar gegenüber der D-Mark und dem Yen jeweils mehr als 2 vH seines Wertes.
13. Oktober	An der Wall Street kommt es zum schwersten Kurseinbruch seit dem Crash vom 19. Oktober 1987. Der Dow-Jones-Index fällt um knapp 7 vH auf 2 569 Punkte. Am darauffolgenden Börsentag kommt der Kurssturz jedoch bereits zum Stillstand; die Börse schließt mit einem wieder deutlich höheren Indexstand (2 657 Punkte). Im Gefolge der Ereignisse an der Wall Street kommt es auch an anderen internationalen Börsenplätzen zu teilweise drastischen Kurseinbrüchen, so erlebt die Frankfurter Börse den stärksten Kursrückgang der Nachkriegszeit im Verlauf eines Tages; der Deutsche Aktienindex (DAX) sinkt um 12,8 Prozent auf 1 385,7 Punkte.

noch Tabelle 4

Datum	
	Europäische Gemeinschaften
1988	
15. Dezember	Der Präsident des Europäischen Parlaments unterzeichnet den EG-Haushalt für 1989, der einen Anstieg der Zahlungsermächtigungen gegenüber dem Vorjahr um 2,32 vH auf 44,8 Mrd ECU vorsieht.
1989	
17. April	Entsprechend dem Auftrag des Europäischen Rats vom Juni 1988 legt der Ausschuß zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion seinen Bericht vor (Delors-Bericht). Danach soll sich der weitere Integrationsprozeß in drei Stufen vollziehen (siehe Tabelle 3, Seite 40).
	In Anlehnung an die Empfehlung des Ausschusses für Bankenbestimmungen und -überwachung bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) verabschiedet der Ministerrat die Richtlinie über die Eigenmittel von Kreditinstituten, um die Wettbewerbsbedingungen im Hinblick auf den Binnenmarkt 1992 anzugleichen.
22. April	Die Agrarminister einigen sich für das Jahr 1989/90 darauf, die Agrarpreise auf ECU-Basis einzufrieren. Die damit verbundenen Kosten gehen über den Vorschlag der Kommission um 74 Mio ECU in 1989 und 365 Mio ECU in 1990 hinaus. Infolge des geringen Anstiegs der Weltmarktpreise können allerdings Mittel bei den Exportsubventionen eingespart werden, so daß die Ausgaben in 1989 (2 Mrd ECU) und 1990 (4,5 Mrd ECU) unter den Haushaltsansätzen bleiben.
19. Juni	Spanien tritt als neuntes Land dem Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems bei. Es wird vereinbart, für eine Übergangszeit die Schwankungsbreite der Peseta gegenüber den anderen am Europäischen Währungssystem beteiligten Währungen auf ±6 vH festzulegen.
27. Juni	Der Europäische Rat beschließt in Madrid, daß die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, wie sie im Delors-Bericht vorgesehen ist, zum 1. Juli 1990 beginnen soll. Eine Einigung über die weiteren Stufen scheitert an der Ablehnung des Vereinigten Königreichs.
18. September	Die Wirtschaftsminister der Mitgliedstaaten beraten über die europäische Fusionskontrolle. Uneinigkeit besteht insbesondere zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. Während die Bundesrepublik Unternehmenszusammenschlüsse allein nach Wettbewerbskriterien beurteilt sehen möchte, liegt Frankreich daran, daß auch andere — industriepolitische — Argumente geprüft werden und gegebenenfalls überwiegen können. Außerdem bestehen unter den Mitgliedstaaten kontroverse Ansichten über die Kompetenzverteilung zwischen den europäischen und nationalen Behörden.
21. September	Die Spanische Peseta und der Portugiesische Escudo werden in den ECU-Währungskorb aufgenommen. Entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit wird ihr Gewicht im Korb auf 5,1 vH bzw. 0,8 vH festgelegt. Gleichzeitig werden die Gewichte der bisherigen zehn ECU-Währungen neu ermittelt.
27. September	Die Kommission verabschiedet den Entwurf einer Sozialcharta, der nun von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten beschlossen werden soll. Ein Vorentwurf war im Mai vom Vereinigten Königreich abgelehnt worden.
9. Oktober	Die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaften einigen sich, daß nach dem Wegfall der Binnengrenzen bei den indirekten Steuern zunächst am Bestimmungslandprinzip festgehalten und die Steuerkontrollen in die Unternehmen verlagert werden sollen. Der Vorschlag der Kommission, auf das Ursprungslandprinzip überzugehen und über ein „Clearing-Verfahren" das Steueraufkommen zu verteilen, findet keine Zustimmung.
6. November	Dem Anliegen der Vereinigten Staaten entsprechend, beschließen die EG-Außenminister, das Selbstbeschränkungsabkommen für Stahlexporte in die Vereinigten Staaten bis zum Frühjahr 1992 zu verlängern.
	Belgien
1988	
19. Dezember	Nachdem sie bereits kurz zuvor den Diskontsatz und den Lombardsatz angehoben hatte, erhöht die Zentralbank in Abstimmung mit anderen europäischen Notenbanken die Sätze nochmals auf nunmehr 7,75 % und 8 %.
1989	
23. Januar	Die Zentralbank erhöht in einer europäischen Zinsrunde den Diskontsatz und den Lombardsatz um je einen halben Prozentpunkt.
20. März	Die Regierung beschließt zusätzliche Haushaltseinsparungen für 1989 in Höhe von 14,4 Mrd Franken, um dadurch die Nettokreditaufnahme in Relation zum Bruttosozialprodukt auf 6,9 vH zu begrenzen.
24. April	Die Nationalbank erhöht in Abstimmung mit anderen europäischen Notenbanken erneut ihre Leitzinsen: den Diskontsatz auf 8,75 % und den Lombardsatz auf 9 %.
30. Juni	Im Zuge einer neuerlichen europäischen Zinsrunde erhöht die Notenbank den Diskontsatz auf 9,25 % und den Lombardsatz auf 9,5 %.
27. Juli	Für das Haushaltsjahr 1990 beschließt die Regierung, das Haushaltsdefizit weiter zu senken; es soll im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt von 6,9 vH auf 6,5 vH zurückgehen. Dabei geht sie von einer Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von etwa 3 vH aus.
6. Oktober	Die Notenbank erhöht im Rahmen einer europäischen Zinsrunde den Diskontsatz auf 10,25 % und den Lombardsatz auf 10,75 %.

noch Tabelle 4

Datum	
	Dänemark
1988	
15. Dezember	Das Parlament bewilligt den Haushaltsentwurf der Regierung für 1989. Anstelle eines Haushaltsüberschusses von 7,8 Mrd Kronen ist nun mit einem Defizit in Höhe von 1,2 Mrd Kronen zu rechnen; das entspricht einer Defizitquote von 0,2 vH. Das Haushaltsdefizit für 1988 wird auf 11,5 Mrd Kronen statt bisher 3,5 Mrd Kronen beziffert.
1989	
24. April	In Abstimmung mit anderen europäischen Notenbanken erhöht die Zentralbank den Satz für Notenbankkredite auf 9%, den Pensionssatz auf 9,5% und den Satz für Bankeinlagen auf 8,5%.
30. Juni	Im Zuge einer neuen europäischen Zinsrunde erhöht die Notenbank den Satz für Notenbankkredite, den Pensionssatz und den Satz für Bankeinlagen um je einen halben Prozentpunkt.
23. August	Der Finanzminister legt seinen Haushaltsplan für 1990 vor. Das Haushaltsdefizit soll reduziert werden und in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 0,4 vH betragen. Die Einnahmen steigen voraussichtlich schneller (3,3 vH) als die Ausgaben (2,4 vH). Erwartet wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 vH, eine Arbeitslosenquote von 9,7 vH, ein Leistungsbilanzdefizit von 13 Mrd Kronen und eine Inflationsrate von 3 vH.
1989	
6. Oktober	Wie andere europäische Zentralbanken beschließt auch Dänemark, die Leitzinsen erneut zu erhöhen. Der Satz für Notenbankkredite wird um einen Prozentpunkt auf 10,5% heraufgesetzt. Der Pensionssatz wird von 10% auf 11% angehoben. Der Satz für Bankeinlagen wird ebenfalls um einen Prozentpunkt angehoben (10%).
	Frankreich
1988	
6. Dezember	Die Zentralbank legt ihr Geldmengenziel für 1989 fest. Die Geldmenge M2 soll, wie in den beiden Jahren zuvor, um 4 vH bis 6 vH zunehmen.
16. Dezember	Wie andere europäische Zentralbanken erhöht die Notenbank die Leitzinsen: den Pensionssatz von 7,75% auf 8,5% und den Interventionssatz von 7,25% auf 7,75%.
22. Dezember	Das Parlament verabschiedet einen Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 1988 in Höhe von 42 Mrd Franc. Außerdem billigt es den Haushalt für 1989, der einen Anstieg der Einnahmen von 3,8 vH und der Ausgaben von 2,8 vH vorsieht. Damit wird das Haushaltsdefizit auf etwa 100 Mrd Franc gesenkt, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt beträgt es etwa 1,7 vH. Für 1989 sind auch verschiedene Steuersenkungen vorgesehen, für den Mehrwertsteuersatz für Automobile von 33 vH auf 28 vH und für den Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne von 42 vH auf 39 vH. Außerdem verabschiedet das Parlament ein Gesetz zur Harmonisierung der nationalen Regelungen für Kapitalanlagegesellschaften entsprechend der EG-Richtlinie vom Dezember 1985.
1989	
20. Januar	In Abstimmung mit anderen europäischen Notenbanken erhöht die Zentralbank den Interventionssatz von 7,75% auf 8,25% und den Satz für 5- bis 10tägige Pensionsgeschäfte von 8,5% auf 9%.
30. Juni	Im Zuge einer neuen europäischen Zinsrunde erhöht die Notenbank den Interventionssatz auf 8,75% und den Pensionssatz auf 9,5%.
12. Juli	Für den Haushalt 1990 sieht die Regierung einen Anstieg der Ausgaben um 5,4 vH vor. Das Defizit wird voraussichtlich auf 90 Mrd Franc oder 1,4 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zurückgehen. Dabei wird von einem Wirtschaftswachstum von 2,8 vH und einer Inflationsrate von 2,6 vH ausgegangen.
6. Oktober	Die Banque de France beschließt in Abstimmung mit anderen europäischen Nationalbanken, die für die Refinanzierung des Bankensystems wichtigen Zinssätze um je ¾ Prozentpunkte zu erhöhen. Der Geldmarktinterventionssatz beträgt nun 9,5%, der Satz für 5- bis 10tägige Pensionsgeschäfte 10,25%. Zum 16. Oktober werden darüber hinaus einige wichtige Reservesätze erhöht.
	Griechenland
1988	
14. Dezember	Die Regierung legt den Haushaltsplan für 1989 vor, der einen Ausgabenanstieg von 18,7 vH und ein Defizit von 16,2 vH gemessen am Bruttoinlandsprodukt vorsieht.
1989	
1. März	Die Zentralbank gibt ihr Wachstumsziel für die Geldmenge M3 von 18 vH bis 20 vH und für Kredite an den privaten Sektor von 13 vH bis 15 vH bekannt.
18. April	Als Teil einer Konzeption, die die Bestimmung von Zinsen und Geldmenge den Marktkräften überläßt, beabsichtigt die Notenbank zunehmend Wertpapierpensionsgeschäfte durchzuführen. Bislang war die Geldmengensteuerung hauptsächlich über die Mindestreservepolitik erfolgt.
5. Juni	Die Zentralbank gibt die Bankzinsen auf Sichteinlagen frei.

noch Tabelle 4

Datum	
	Italien
1989	
1. März	Die Regierung beschließt verschiedene steuerliche Maßnahmen, darunter die Senkung des Eingangssteuersatzes (von 12 vH auf 10 vH) und des Spitzensteuersatzes (von 62 vH auf 50 vH) bei der Einkommensteuer.
6. März	Der Finanzminister erhöht auf Empfehlung der Zentralbank den Diskontsatz von 12,5% auf 13,5%.
23. März	Die Regierung beschließt Maßnahmen zur Reduzierung der für 1989 erwarteten Neuverschuldung. Dadurch soll das Haushaltsdefizit um 12 Billionen Lire auf 122,5 Billionen Lire gesenkt werden.
29. Juni	Unternehmerverbände und Gewerkschaften der Industrie vereinbaren, das System zur Lohnindexierung („scala mobile") um ein weiteres Jahr zu verlängern.
1. Oktober	Die Regierung verabschiedet den Haushaltsentwurf für 1990. Durch einen geringeren Ausgabenanstieg und höhere Einnahmen soll das Budgetdefizit auf 133 Billionen Lire oder 10,4 vH (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) begrenzt werden. Dabei wird angenommen, daß das reale Wirtschaftswachstum in 1990 etwa 3 vH (1989: 3,4 vH), die Inflationsrate 4,5 vH (6,0 vH) und die Beschäftigungszunahme um 1,1 vH betragen werden.
	Japan
1989	
24. Januar	Der Haushalt der Regierung für das Fiskaljahr 1989/90 sieht vor, das Defizit in Relation zum Bruttosozialprodukt von 2,4 vH auf 1,8 vH zu verringern. Dabei werden für diesen Zeitraum eine Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 4 vH, eine Inflationsrate von 1,2 vH und ein um 7 Mrd US-Dollar auf 71 Mrd US-Dollar gesunkener Leistungsbilanzüberschuß unterstellt, bei einer gegenüber dem Vorjahr um etwa 3 vH geringeren Bewertung des Dollar.
7. März	Das Parlament verabschiedet einen Nachtragshaushalt für das Fiskaljahr 1988/89 in Höhe von 5,152 Billionen Yen, damit ergibt sich ein um 9,1 vH höheres Haushaltsvolumen als vorgesehen.
1. April	Die Steuerreform tritt in Kraft. Darin ist u. a. vorgesehen, eine allgemeine indirekte Steuer in Höhe von 3 vH einzuführen, künftig Gewinne aus Wertpapiertransaktionen zu besteuern, die Sätze bei der Körperschaftsteuer auf einbehaltene Gewinne (derzeit 42 vH) und ausgeschüttete Gewinne (derzeit 32 vH) innerhalb von 2 Jahren auf 37,5 vH zu vereinheitlichen und den Einkommensteuertarif zu vereinfachen, indem die 12 Tarifstufen mit Steuersätzen von 10,5 vH bis 60 vH auf 5 Stufen mit Sätzen von 10 vH bis 50 vH verringert werden.
3. April	Die Regierung stellt über ihre Export-Import Bank 4,5 Mrd US-Dollar zur Unterstützung der Brady-Initiative zur Verfügung.
31. Mai	Die Notenbank gibt die Anhebung des Diskontsatzes von 2,5% auf 3,25% bekannt.
29. Juni	Der Finanzminister erklärt, die steuerlichen Regelungen flexibel handhaben zu wollen, wenn Banken im Rahmen der Brady-Initiative Schuldenreduktionen mit Schuldnerländern vereinbaren.
11. Oktober	Die Zentralbank erhöht den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 3,75%.
	Kanada
1988	
30. Dezember	Als letzte Instanz stimmt das Kanadische Parlament dem Abkommen über die Errichtung einer Freihandelszone mit den Vereinigten Staaten zu. Danach sollen ab 1. Januar 1989 die Zölle und nichttarifäre Handelsbeschränkungen innerhalb von 10 Jahren vollständig abgebaut und für zukünftige Handelskonflikte ein neues Beilegungsverfahren festgelegt werden.
1989	
26. April	Die Regierung stellt ihren Haushaltsentwurf für das Fiskaljahr 1989/90 vor mit einem Anstieg der Einnahmen um 8 vH und der Ausgaben um 7,4 vH. Das Haushaltsdefizit verringert sich im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt leicht von 4,8 vH auf 4,7 vH. Dabei geht die Regierung von einem Wirtschaftswachstum von 3 vH für 1989 und 1,7 vH für 1990, einer Inflationsrate von 4,8 vH bzw. 4,4 vH sowie einer Arbeitslosenquote von 8,2 vH bzw. 8,5 vH aus.
	Die Regierung beabsichtigt, im Rahmen der 2. Stufe der Steuerreform eine mehrwertsteuerähnliche allgemeine Umsatzsteuer mit einem Satz von 9 vH einzuführen. Dafür soll die bisherige auf der Herstellerstufe erhobene Steuer (13,5 vH) abgeschafft werden.

noch Tabelle 4

Datum	
	Niederlande
1988	
16. Dezember	In Abstimmung mit anderen europäischen Notenbanken erhöht die Zentralbank den Diskontsatz von 4% auf 4,5% und den Lombardsatz von 4,75% auf 5,25%.
1989	
20. Januar	Im Zuge einer weiteren europäischen Zinsrunde erhöht die Notenbank den Diskontsatz und den Lombardsatz um je einen halben Prozentpunkt.
2. Februar	Das Parlament verabschiedet eine Einkommensteuerreform mit einem Entlastungsvolumen für das Jahr 1990 von 4,3 Mrd Gulden. Bei einer Reduzierung der Tarifstufen von 9 auf 3 soll der Spitzensteuersatz von 72 vH auf 60 vH (einschließlich Sozialabgaben) gesenkt werden, der Eingangssteuersatz beträgt 35 vH. Die Mindereinnahmen sollen durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (Verringerung der Steuerabzugsfähigkeit verschiedener Ausgaben) teilweise kompensiert werden.
28. März	Die Notenbank beschließt die Wiederaufnahme von Offenmarktgeschäften über einen Interventionsfonds für Staatsanleihen. Dies ist eine von mehreren Maßnahmen zur Begrenzung des Geldmengenwachstums, das für die Geldmenge M1 im Vorjahr 14 vH betragen hatte.
21. April	In Abstimmung mit anderen europäischen Notenbanken beschließt die Notenbank, den Diskontsatz auf 5,5% und den Lombardsatz auf 6,25% anzuheben.
9. Juni	Die Zentralbank beschließt die Einführung eines weiteren geldpolitischen Instrumentes zur Inflationsbekämpfung. Jede Geschäftsbank, deren inländische Nettoausleihungen in der Zeit zwischen Juli 1989 und Juni 1990 die durchschnittlichen Nettoausleihungen des ersten Quartals 1989 um mehr als 5 vH (auf Jahresbasis) übersteigen, muß zwischen 10 vH und 25 vH als Bargeldreserve bei der Notenbank hinterlegen.
30. Juni	Im Zuge einer neuen europäischen Zinsrunde erhöht die Notenbank den Diskontsatz und den Lombardsatz um je einen halben Prozentpunkt.
6. Oktober	Parallel zu anderen europäischen Notenbanken erhöht die Zentralbank die Leitzinsen um einen Prozentpunkt: Der Diskontsatz beträgt nun 7% und der Lombardsatz 7,75%.
	Portugal
1988	
21. Dezember	Die Zentralbank veröffentlicht neue Kapitalverkehrsbestimmungen, die zum einen Ausländern erlauben, Escudo-Konten in Portugal zu halten, und zum zweiten die Eröffnung von Konten in Fremdwährungen ermöglichen.
1989	
17. März	Die Regierung beschließt ein Maßnahmenpaket zur Dämpfung der überhitzten Konjunktur. Unter anderem sollen der Zinsunterschied zwischen Sichteinlagen und Termingeldern vergrößert, der Hypothekenzins freigegeben und der Mindestreservesatz von bisher 1 vH auf 17 vH angehoben werden. Des weiteren erhöht die Zentralbank zum 21. März den Diskontsatz von 13,5% auf 14,5%.
	Schweden
1988	
23. November	Die Regierung beschließt eine in etwa „aufkommensneutrale" Steuerreform für 1991. Die Entlastungen bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sollen durch höhere Steuern auf Finanzvermögen und Kapitalerträge, durch breitere Steuerbemessungsgrundlagen für die Mehrwertsteuer und die Körperschaftsteuer sowie durch den Wegfall bestimmter Steuerbefreiungen ausgeglichen werden.
1989	
10. Januar	Die Regierung legt den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1989/90 vor. Danach sollen die Ausgaben um 0,9 vH auf 374,9 Mrd Kronen zunehmen. Erstmalig seit 1962 ist darin ein Haushaltsüberschuß von 0,4 Mrd Kronen vorgesehen, nachdem noch im vorhergehenden Haushaltsjahr ein Defizit in Höhe von 11,9 Mrd Kronen oder 1 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt zu verzeichnen war. Dabei wird von einem realen Wirtschaftswachstum von 1,7 vH, einer Inflationsrate von etwa 6 vH, einer Arbeitslosenquote von 1,6 vH und einem Leistungsbilanzdefizit von 14,1 Mrd Kronen ausgegangen. Im Haushalt ist zudem die Aufhebung diverser Kapitalverkehrsbeschränkungen vorgesehen.
19. Januar	Entsprechend den Ankündigungen im Haushaltsentwurf beseitigt die Zentralbank sämtliche Beschränkungen für den Aktienbesitz schwedischer Investoren im Ausland und ausländischer Investoren im Inland. Auch Beschränkungen für den Grunderwerb durch inländische Unternehmen und die Genehmigungspflicht für Direktinvestitionen im Ausland entfallen.

noch Tabelle 4

Datum	
noch 1989	noch Schweden
25. April	In einem revidierten Haushaltsentwurf für 1989/90 sieht die Regierung verschiedene Maßnahmen gegen die überhitzte Konjunktur vor. Unter anderem soll der Mehrwertsteuersatz für 18 Monate 21 vH betragen (vorher: 19 vH) und der Anstieg der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für 16 Monate 2,3 vH (0,3 vH). Damit würde die Abgabenquote (Anteil der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge am Bruttosozialprodukt) von 55,4 vH auf 56,1 vH im Jahre 1990 steigen. Dem Haushaltsentwurf liegt ein Wirtschaftswachstum für 1990 von 1 vH (1989: 1,5 vH), eine Inflationsrate von 4 vH (8,3 vH) und ein Leistungsbilanzdefizit von 22 (17) Mrd Schwedischen Kronen zugrunde.
28. April	Die Zentralbank erhöht den Diskontsatz von 8,5% auf 9,5%.
1. Juni	Die Zentralbank beschließt, mit Wirkung vom 1. Juli den Kapitalverkehr mit dem Ausland weiter zu liberalisieren. Inländer können in Zukunft in jeder Währung Investitionen in ausländische Anleihen und Immobilien vornehmen, ihren Devisenbedarf über schwedische Privatbanken decken, Währungstermin- und -optionsgeschäfte abschließen und sowohl Banknoten als auch Wertpapiere im- und exportieren. Ausländern wird der Zugang zum Geldmarkt und Kapitalmarkt und die Eröffnung von Kronen-Konten bei schwedischen Banken ermöglicht. Beschränkungen bleiben noch für die Guthaben von Inländern bei ausländischen Banken, grenzüberschreitende Zahlungen sowie den Handel mit Wertpapieren bestehen.
8. Juni	Das Parlament verabschiedet ein Maßnahmenpaket gegen die Überhitzung der Konjunktur. Neben vorübergehenden Erhöhungen einiger Gebühren und Steuersätze werden Haushalte und Unternehmen vom 1. September 1989 bis Ende 1990 mit einem rückzahlbaren Konjunkturzuschlag belastet, der 3 vH ihrer Einkommensteuerschuld beträgt. Die Rückzahlung der verzinsten Beiträge soll in den Jahren 1992 und 1993 erfolgen.
7. November	Die drei großen schwedischen Parteien einigen sich auf eine umfangreiche Reform des Steuersystems. Ab Ende Januar 1991 soll danach kein Schwede mehr als die Hälfte seines Einkommens an den Fiskus abführen müssen. Derzeit beträgt der höchste Steuersatz 72 vH. Der Großteil der schwedischen Steuerzahler (85 vH) soll zukünftig nur noch bis zu maximal 30 vH Einkommensteuer an die lokalen Steuerbehörden zahlen. Insgesamt ist vorgesehen, die Steuerzahler durch Senkungen der direkten Steuern um etwa 75 Mrd Kronen zu entlasten. Gleichzeitig sollen allerdings die Basis der Einkommensteuer erweitert und verschiedene indirekte Steuern erhöht werden. Der Belastungseffekt dieser Maßnahmen wird nach den Berechnungen der Regierung etwa 61 Mrd Kronen betragen.
	Schweiz
1988	
16. Dezember	Die Notenbank erhöht im Rahmen einer europäischen Zinsrunde den Diskontsatz von 3% auf 3,5% und den Lombardsatz von 5% auf 5,5%.
	In Übereinstimmung mit der Regierung legt die Nationalbank ihr Geldmengenziel für 1989 mit einem Anstieg der bereinigten Notenbankgeldmenge von 2 vH fest. Im Jahr zuvor war nach einer Zielvorgabe von +3 vH eine Abnahme um −3,8 vH zu verzeichnen gewesen. Als Erklärung dafür wird im wesentlichen die veränderte Struktur der Nachfrage nach Zentralbankgeld gesehen, die aus der Einführung veränderter Liquiditätsanforderungen und des „Swiss Interbank Clearing" resultiert.
1989	
20. Januar	In Abstimmung mit anderen europäischen Zentralbanken erhöht die Notenbank den Diskontsatz und den Lombardsatz um je einen halben Prozentpunkt.
14. Februar	Die Bundesregierung veröffentlicht ihren mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 1990 bis 1993. Sie unterstellt darin ein Wachstum von 2,2 vH in 1990 und von jeweils 2 vH in den Jahren 1991 bis 1993, eine Inflationsrate in 1990 von 2,8 vH und in den folgenden Jahren von 2,5 vH. Die Ausgaben in Relation zum Bruttosozialprodukt sollen von 10 vH auf 9,5 vH zurückgeführt werden.
14. April	Die Notenbank erhöht den Diskontsatz auf 4,5% und den Lombardsatz auf 7%.
30. Juni	Im Zuge einer neuen europäischen Zinsrunde erhöht die Notenbank den Diskontsatz um einen Prozentpunkt.
6. Oktober	Die Nationalbank erhöht nach Abstimmung mit anderen europäischen Zentralbanken den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 6%.
	Spanien
1988	
22. Dezember	In Übereinstimmung mit einer EG-Richtlinie vom Juni trifft die Zentralbank Maßnahmen zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

noch Tabelle 4

Datum	
noch 1988	noch Spanien
28. Dezember	Das Parlament bewilligt den Haushalt für 1989. Die Einnahmen sollen um 12,4 vH erhöht werden; der Ausgabenanstieg soll etwa 15 vH betragen, dies ist vor allem durch einen Anstieg der Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen von etwa 60 vH bedingt. Das Haushaltsdefizit in Relation zum Bruttosozialprodukt soll auf 2,8 vH gesenkt werden.
1989	
1. Februar	Angesichts der Überhitzungserscheinungen der konjunkturellen Entwicklung beschließt die Zentralbank die Erhöhung des Interventionssatzes um einen Prozentpunkt auf 13,375 % sowie verschiedene andere Maßnahmen, die auf die Verknappung der Liquidität abzielen.
12. Mai	Um den Sog der weiterhin boomartigen Konjunkturentwicklung zu mindern, beschließt die Regierung Ausgabenkürzungen in Höhe von 115 Mrd Pesetas und verpflichtet die Unternehmen, für das laufende Jahr beträchtlich höhere Vorauszahlungen auf ihre geschätzte Steuerschuld zu leisten.
7. Juli	Nachdem einen Tag zuvor die Zentralbank den Interventionssatz auf 14,5 % angehoben hatte, verkündet der Finanzminister weitere Maßnahmen, um der überhitzten Wirtschaft etwa 560 Mrd Peseten zu entziehen.
	Vereinigtes Königreich
1989	
6. Februar	Die Regierung verkündet einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes folgend die schrittweise Einführung einer Mehrwertsteuer in Höhe von 15 vH für Bauleistungen, für den Verbrauch von Wasser, Benzin und Elektrizität im gewerblichen Bereich sowie für Dienstleistungen der Nachrichtenagenturen. Die Einführung soll bis zum 1. Juli 1990 abgeschlossen sein.
14. März	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 1989/90 sowie die Projektionen für die folgenden drei Jahre vor und gibt die Geldmengenziele bekannt. Der Haushaltsüberschuß soll danach weiter zur Reduktion der öffentlichen Verschuldung verwendet werden und den Vorjahresumfang von 14 Mrd Pfund Sterling erreichen, dies entspricht in Relation zum Bruttoinlandsprodukt etwa 3 vH. Für die folgenden Jahre sind Rückzahlungen in Höhe von 10, 6 und 3 Mrd Pfund Sterling vorgesehen. Die Abgabenquote (Anteil der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) soll im nächsten Jahr unverändert 37,5 vH betragen, die Geldmenge M0 um 1 vH bis 5 vH ausgeweitet werden. Den Ankündigungen liegen ein erwartetes reales Wachstum von 2 vH (nach 3,5 vH in 1988/89) und eine Inflationsrate von 5,5 vH (7,25 vH) zugrunde.
26. Mai	Die Bank of England erhöht den Interventionssatz von 12,875 % auf 13,75 %.
6. Oktober	Im Zuge einer europäischen Zinsrunde erhöht die Notenbank den Interventionssatz auf 14,875 %.
	Vereinigte Staaten
1989	
6. Februar	Der Präsident schlägt ein Programm zur Sanierung der Spar- und Darlehensbanken (Savings and Loan Associations) vor, die sich seit Anfang der achtziger Jahre in einer Krise befinden. Das Programm zielt im wesentlichen darauf ab, die Finanzierung der Verbindlichkeiten sicherzustellen, Institute zu schließen oder zu veräußern und die bankaufsichtlichen Regelungen zu verschärfen. Dazu ist ein Refinanzierungspaket in Höhe von 90 Mrd Dollar vorgesehen.
9. Februar	Die Regierung präsentiert ihren Haushaltsentwurf für 1989/90. Danach sollen die Einnahmen um 8,8 vH und die Ausgaben um 1,2 vH steigen, bei einem Defizit von 91,1 Mrd Dollar (1,7 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt). Für das Haushaltsjahr 1992/93 wird umgekehrt dann ein Überschuß von 3,8 Mrd Dollar unterstellt. Dazu ist ein flexibler Ausgabenstop vorgesehen, von dem nur wenige Haushaltspositionen ausgenommen werden. Außerdem schlägt die Regierung vor, das Haushaltsverfahren zu reformieren. Insbesondere ist vorgesehen, die Verpflichtung zum Haushaltsausgleich gesetzlich zu verankern.
21. Februar	In seinem halbjährlichen Bericht gibt das Federal Reserve Board die Geldmengenziele für das Jahr bis zum vierten Quartal 1989 bekannt: Für M2 von 3 vH bis 7 vH und für M3 von 3,5 vH bis 7,5 vH. Der Korridor für die inländische Verschuldung der nicht-finanziellen Sektoren wird auf 6,5 vH bis 10,5 vH festgesetzt. Dem zugrunde liegen Schätzungen für das Wachstum des Bruttosozialprodukts von 2,5 vH bis 3 vH, eine Inflationsrate (BSP-Deflator) von 4 vH bis 4,5 vH und eine Arbeitslosenquote von 5,25 vH bis 5,5 vH.
24. Februar	Die Zentralbank erhöht den Diskontsatz von 6,5 % auf 7 %.
25. Mai	Die Regierung wirft Japan, Brasilien und Indien vor, unfaire Handelspraktiken anzuwenden. Sollte mit diesen Ländern innerhalb von 18 Monaten keine Einigung erreicht werden können, drohen ihnen nach Paragraph 301 des US-Handelsgesetzes Vergeltungsmaßnahmen.

noch Tabelle 4

Datum	
noch 1989	noch Vereinigte Staaten
20. Juli	Das Federal Reserve Board bestätigt die im Februar festgelegten Geldmengenziele und beschließt deren Beibehaltung bis zum vierten Quartal 1990. Für 1990 wird dabei ein Wachstum des Bruttosozialprodukts zwischen 1,5 vH und 2 vH, eine Inflationsrate zwischen 4,5 vH und 5 vH und eine Arbeitslosenquote zwischen 5,5 vH und 6 vH erwartet.
25. Juli	Der Präsident veranlaßt Verhandlungen über die Verlängerung der freiwilligen Beschränkungen ausländischer Stahlanbieter (29 Länder, geplante Verlängerung 30 Monate).
5. August	Der Kongreß verabschiedet das gegenüber dem Entwurf vom Februar leicht veränderte Gesetz zur Sanierung der Spar- und Darlehensbanken. In den nächsten zehn Jahren wird mit Belastungen in Höhe von 166 Mrd Dollar gerechnet, davon gehen etwa zwei Drittel zu Lasten der Steuerzahler. Allein im laufenden Jahr entstehen zusätzliche Belastungen für den öffentlichen Haushalt in Höhe von 20 Mrd Dollar. Außerdem sollen zur Finanzierung des Sanierungsprogramms Mittel in Höhe von 30 Mrd Dollar am Kapitalmarkt aufgenommen werden.
16. Oktober	Nachdem sich Regierung und Kongreß nicht auf das im Gramm-Rudman-Gesetz vorgeschriebene Haushaltsdefizit von maximal 110 Mrd Dollar für das ab 1. Oktober laufende Haushaltsjahr 1989/90 einigen konnten, treten Zwangskürzungen in Kraft, die zur Hälfte den Verteidigungshaushalt betreffen. Der Senat hat inzwischen einen Gesetzesentwurf zur Haushaltskonsolidierung verabschiedet, der Ausgabenkürzungen um 14,1 Mrd Dollar vorsieht. Bei einer Zustimmung durch das Repräsentantenhaus werden die Zwangskürzungen hinfällig.

Teil B
Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik

I. Überblick

53. Seit über zwei Jahren steht die deutsche Wirtschaft im Zeichen einer kraftvollen Aufwärtsentwicklung. Die konjunkturelle Lage ist so gut wie seit langem nicht mehr, und in nahezu allen Branchen herrscht Optimismus. Hohe Auftragsbestände, steigende Gewinne und günstige Absatzperspektiven begründen dieses Urteil. Zur Vorbereitung weiterer Produktionssteigerungen haben die Unternehmen ihre Investitionen nochmals stark erhöht und in erheblichem Umfang zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt. Damit haben sie die wirtschaftlichen Auftriebskräfte verstärkt und der Aufwärtsentwicklung mehr Eigendynamik verliehen. Die günstige Lage sollte aber nicht den Blick dafür verstellen, daß die Risiken für die konjunkturelle Entwicklung größer geworden sind. Die Preise sind wieder stärker in Bewegung geraten, die Nachfrage eilt den Produktionsmöglichkeiten voraus, und der Anstieg der Arbeitskräftenachfrage hat die strukturellen Diskrepanzen am Arbeitsmarkt noch deutlicher hervortreten lassen.

54. Anders als 1988 gingen von der Geldpolitik und der Finanzpolitik in diesem Jahr keine expansiven Impulse auf die Nachfrageentwicklung aus. Den öffentlichen Haushalten flossen aufgrund der guten Konjunktur, der wieder voll wirksamen Progression des Einkommensteuertarifs und aufgrund der Verbrauchsteuererhöhung zu Beginn des Jahres beträchtliche Mehreinnahmen zu. Ein Teil der konjunkturbedingten Mehreinnahmen wurde zur Rückführung des Haushaltsdefizits und nicht zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben verwendet; der konjunkturelle Impuls der Finanzpolitik war leicht kontraktiv. Die Geldpolitik ist von dem expansiven Kurs der vergangenen Jahre abgekehrt. Sie hat die Zentralbankgeldbeschaffung für das Bankensystem erheblich verteuert und die Geldmengenexpansion auf einen potentialorientierten Pfad zurückgeführt. Nach nahezu drei Jahren einer expansiven Geldpolitik bedeutete das einen markanten Tempowechsel in der Expansion des Geldangebots.

55. Wenn die wirtschaftliche Dynamik trotz der strafferen Geldpolitik und des geringfügig kontraktiven Impulses der Finanzpolitik unvermindert hoch blieb, so liegt das zu einem wesentlichen Teil an dem weiterhin florierenden Exportgeschäft, das die Produktion vor allem im Verarbeitenden Gewerbe außerordentlich stark stimulierte. Darüber hinaus sind aber auch die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte stärker geworden. Ausschlaggebend dafür war es, daß die Unternehmen nicht nur ihre realen Ausrüstungsinvestitionen und ihre Bauinvestitionen erheblich steigerten, sondern mehr und mehr auch bereit waren, ihren Personalbestand zu vergrößern. Die Investitionsdynamik erhöhte stärker noch als im Vorjahr die Expansion der Binnennachfrage. Das steigende Beschäftigungsvolumen hat den Anstieg der verfügbaren Einkommen beschleunigt und von daher die Grundlage für höhere nominale Konsumausgaben geschaffen. Der Anstieg von Nachfrage, Produktion und Einkommen hat sich somit wechselseitig verstärkt (Tabelle 5).

56. Die Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten ist mit einem wesentlich höheren Tempo gestiegen als der Welthandel. Erstmals seit 1985 haben deutsche Exporteure wieder Weltmarktanteile hinzugewonnen. Zugleich haben sie die Gewinnspannen im Exportgeschäft verbessern können. Ihnen kam zugute, daß das Wachstum auf den Hauptabsatzmärkten in Europa kräftig blieb und die Investitionskonjunktur dort anhielt. Darüber hinaus hat sich ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit nochmals verbessert, weil der raschere Preisanstieg im Ausland nicht durch eine höhere Bewertung der D-Mark wettgemacht wurde. Im Verarbeitenden Gewerbe traf der Nachfrageschub aus dem Ausland auf bereits hoch ausgelastete Kapazitäten und hohe Auftragsbestände; die Industrieunternehmen haben ihre Investitionen daher überdurchschnittlich stark erhöht.

Exporte und Investitionen haben soviel Schub erzeugt, daß sich die verhaltenere Entwicklung der realen Verbrauchsnachfrage in diesem Jahr nicht insgesamt in einer schwächeren Dynamik äußerte. Die privaten Haushalte haben zwar ihre Sparquote leicht vermindert und ihre Ausgaben für den Konsum mit mehr als 5 vH deutlich gesteigert. In realer Rechnung stand dem jedoch ein Anstieg des Privaten Verbrauchs von lediglich 1½ vH gegenüber, weil die Preise für die Lebenshaltung — unter anderem als Folge der Verbrauchsteuererhöhung — mit gut 3 vH beschleunigt angestiegen sind. Der reale Verbrauch des Staates lag 1989 sogar um ½ vH niedriger als 1988. Darin kommen vor allem die Leistungseinschränkungen der Gesetzlichen Krankenversicherungen zum Ausdruck, die im vergangenen Jahr zu erheblichen, zeitlich vorgezogenen Käufen von Gesundheitsleistungen geführt hatten.

Dagegen sind die öffentlichen Bauinvestitionen mit knapp 4 vH wieder etwas stärker angestiegen. Sie haben mit dazu beigetragen, daß sich die Aufwärtsentwicklung in der Bauwirtschaft gefestigt hat. Hauptantriebskräfte sind nach wie vor die Investitionen im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau, die seit über zwei Jahren deutlich aufwärtsgerichtet sind.

Die Binnennachfrage lag 1989 um 2½ vH höher als im Vorjahr. Daran gemessen ist das Einfuhrvolumen der deutschen Wirtschaft mit bemerkenswert raschem Tempo gestiegen (7 vH). In diesem starken Einfuhranstieg kommt die hohe Nachfrage der Unternehmen nach Investitionsgütern und nach Vorleistungsprodukten zum Ausdruck. Ausländische Anbieter haben

Tabelle 5

Wirtschaftliche Eckdaten

	Einheit	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987[1])	1988[1])	1989[2])	1982 bis 1989[3])
Bruttosozialprodukt	vH[4])	+ 1,5	+ 0,0	− 1,0	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,6	+ 4	+ 2,7
Inlandsnachfrage[5])	vH[4]	+ 1,1	− 2,7	− 2,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,8	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,7	+ 2½	+ 2,5
Ausrüstungsinvestitionen	vH[4])	+ 2,6	− 4,3	− 6,7	+ 5,6	− 0,5	+ 9,4	+ 4,1	+ 5,6	+ 7,5	+ 10	+ 5,9
Bauinvestitionen	vH[4])	+ 2,9	− 5,1	− 4,3	+ 1,7	+ 1,6	− 5,6	+ 2,7	− 0,3	+ 4,7	+ 5½	+ 1,4
Privater Verbrauch	vH[4])	+ 1,2	− 0,5	− 1,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 3,4	+ 3,5	+ 2,7	+ 1½	+ 2,3
Staatsverbrauch	vH[4])	+ 2,6	+ 1,8	− 0,8	+ 0,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,6	+ 1,5	+ 2,2	− ½	+ 1,5
Ausfuhr[6])	vH[4])	+ 5,3	+ 8,2	+ 3,2	− 0,5	+ 9,0	+ 6,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 5,8	+ 11	+ 4,6
Einfuhr[6])	vH[4])	+ 3,7	− 1,2	− 0,1	+ 0,6	+ 5,3	+ 3,7	+ 3,5	+ 4,8	+ 6,3	+ 7	+ 4,4
Außenbeitrag[7])	Mrd DM	− 2,97	+ 36,64	+ 51,75	+ 46,92	+66,59	+ 84,63	+ 68,59	+ 50,35	+ 50,95	+ 78,5	+ 62,3
Nachrichtlich:												
Außenbeitrag[7]) (nominal)	Mrd DM	− 2,97	+ 15,25	+ 37,47	+ 38,01	+54,87	+ 80,20	+114,98	+112,63	+120,59	+148	+ 88,3
Erwerbstätige	1 000[8])	+283	−186	−441	−389	+21	+169	+258	+201	+168	+340	+768[a])
Arbeitslosenquote[9])	vH	3,7	5,3	7,6	9,3	9,3	9,4	9,0	9,0	8,9	8	8,8
Lohnstückkosten[10])	vH[11])	+ 6,6	+ 4,3	+ 3,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,1	+ 1	+ 1,2
Terms of Trade[12])	vH[11])	− 7,7	− 6,9	+ 1,9	+ 2,1	− 2,3	+ 1,2	+ 16,5	+ 4,7	+ 0,8	− 1½	+ 2,9
Verbraucherpreise[13])	vH[11])	+ 5,5	+ 6,3	+ 5,2	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	− 0,1	+ 0,2	+ 1,3	+ 3	+ 1,7
Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere[14])	Prozent	8,6	10,6	9,1	8,0	7,8	6,9	6,0	5,8	6,0	7	7,1
Gewinn-Erlös-Relation[15])	vH[16])	− 2,0	− 1,6	− 0,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 0	+ 0,8
Realer Wechselkurs[17])	vH[11])	− 3,0	− 11,7	+ 1,2	− 0,7	− 5,5	+ 1,2	+ 17,4	+ 5,6	− 4,6	− 3½	+ 1,2

1) Vorläufige Ergebnisse. — 2) Eigene Schätzung. — 3) Durchschnittlich jährliche Entwicklung errechnet aus den absoluten Werten des angegebenen Zeitraums; bei Veränderungsraten geometrisches Mittel, bei den übrigen Größen arithmetisches Mittel. — 4) In Preisen von 1980; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — 5) Letzte inländische Verwendung (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung). — 6) Waren und Dienstleistungen (einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen). — 7) Ausfuhr abzüglich Einfuhr. — 8) Veränderung in 1 000. — 9) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer plus Arbeitslose). — 10) Berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Produktivität). — 11) Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — 12) Index der Ausfuhrpreise in Relation zum Index der Einfuhrpreise. — 13) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100). — 14) Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Quelle: Deutsche Bundesbank. — 15) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang IV, Abschnitt B. — 16) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten. — 17) Auf Basis der Durchschnittswerte der Ausfuhr.

a) Veränderung im gesamten Zeitraum.

hiervon in beträchtlichem Umfange profitiert, obwohl ihre Preise, in D-Mark gerechnet, wieder etwas stärker gestiegen sind.

57. Mit dem Investitionsschub im Unternehmensbereich hat sich das Wachstum des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials auf über 2 vH erhöht. Nur durch eine intensivere Nutzung vorhandener Sachkapazitäten war es den Unternehmen möglich, die Produktion mit dem wesentlich höheren Tempo von rund 3½ vH zu steigern. Dazu haben sie in beträchtlichem Umfang zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt und vermehrt auf Überstunden und Sonderschichten zurückgegriffen. Die Kurzarbeit wurde nochmals reduziert.

Der Spielraum für eine weitere Produktionsausweitung ist allerdings geringer geworden als 1988. Auch sind Zeichen einer konjunkturellen Anspannung deutlich sichtbar:

— Das Tempo der Produktionsausweitung hat in weiten Teilen des Verarbeitenden Gewerbes nicht mit dem Anstieg der Nachfrage mithalten können, steigende Auftragsbestände und längere Lieferfristen waren die Folge. In besonderem Maße gilt das für die Unternehmen des Investitionsgüterbereichs, die einen schubartigen Anstieg der Nachfrage durch inländische und ausländische Investoren zu verzeichnen hatten. Inlandsunternehmen haben ihrerseits in zunehmendem Maße auf das Angebot ausländischer Investitionsgüterproduzenten zurückgegriffen, doch sind auch deren Kapazitätsreserven im Laufe der nahezu weltweiten Investitionskonjunktur der vergangenen zwei Jahre deutlich geringer geworden.

— Der beschleunigte Anstieg der Beschäftigung hat in einigen Segmenten des Arbeitsmarktes bereits zu Knappheitserscheinungen geführt. Facharbeiter und andere beruflich hoch qualifizierte Arbeitskräfte werden von vielen Unternehmen gesucht. Die Zahl der offenen Stellen ist rasch gestiegen, und der Abstand zwischen tariflichen und effektiv gezahlten Löhnen ist größer geworden. Das lag zu einem guten Teil an der zunehmenden Anzahl an geleisteten Überstunden.

— Da die Expansion der Nachfrage das Wachstum des Angebotspotentials in den letzten zwei Jahren deutlich überschritten hat, haben die Unternehmen ihre Preise wieder stärker erhöhen können. Die Gewinnsituation hat sich im Durchschnitt der Wirtschaft nochmals verbessert, weil der Preisanstieg insgesamt stärker ausfiel als der Anstieg der Stückkosten.

58. Die wieder höhere Geldentwertung hatte allerdings nur zum Teil konjunkturelle Ursachen. In den ersten Monaten des Jahres waren es vor allem die Überwälzung der höheren Mineralölsteuern sowie der außenwirtschaftliche Einfluß steigender Ölpreise, die die Verbraucherpreise hochtrieben. Deren sprunghafter Anstieg überzeichnete daher die Grundtendenz der Preisniveauentwicklung in diesem Jahr, die wir auf eine Rate von rund 2 vH veranschlagen. Diese Tendenz hat sich im Verlauf des Jahres nicht beschleunigt, und allem Anschein nach hat sich die Möglichkeit einer weiteren Inflationsbeschleunigung bisher nicht in den Erwartungen der Marktteilnehmer verfestigt. Dem wieder stärker am Geldmengenziel orientierten Kurs der Bundesbank kommt dabei ebenso Bedeutung zu, wie der Tatsache, daß der Lohnkostendruck gering blieb. Die tariflichen Lohnsteigerungen für 1989 waren großteils schon in den vergangenen zwei Jahren im Rahmen mehrjähriger Tarifverträge festgelegt worden, und diejenigen Abschlüsse, die neu vereinbart wurden, lagen nicht wesentlich höher als im Vorjahr. Da sich die durchschnittliche Arbeitsproduktivität nochmals kräftig erhöhte, blieb der Anstieg der Lohnstückkosten knapp unter 1 vH.

59. Der Arbeitsmarkt stand im Jahre 1989 ganz im Zeichen der nun schon seit zwei Jahren anhaltend kräftigen und die ganze Breite der Wirtschaft umfassenden Aufwärtsentwicklung. Die Erfahrung aus früheren Expansionsphasen hat sich bestätigt, daß die Beschleunigung in der Beschäftigungsentwicklung dem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion nur mit Verzögerung folgt. Mit rund 340 000 Personen stieg die Anzahl der Erwerbstätigen im Jahre 1989 etwa doppelt so stark wie im Vorjahr, obwohl sich die Zunahme der Produktion nicht beschleunigt hat. Damit war der Anstieg der Beschäftigung zum ersten Mal in dieser Aufwärtsentwicklung stark genug, um die Anzahl der Arbeitslosen deutlich zu vermindern, und dies, obwohl der Zugang an Erwerbspersonen nicht geringer geworden ist. Unerwartet viele Menschen sind aus Osteuropa und aus der DDR zugewandert; ein großer Teil unter ihnen ist im erwerbsfähigen Alter. Um den zahlreich zugewanderten Aussiedlern eine rasche Eingliederung in das Arbeitsleben zu erleichtern, wurden in großem Umfang Sprachkurse und Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt; zuletzt nahmen rund 140 000 Personen daran teil.

Die hohe Zuwanderung hat die Arbeitsmarktpolitik vor neue Aufgaben gestellt, aber es blieben auch alte Herausforderungen durch Strukturprobleme am Arbeitsmarkt bestehen. So hat sich trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung die Arbeitsmarktlage für bestimmte Gruppen, die in besonders hohem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, nur wenig verbessert. Das gilt insbesondere für ältere Arbeitsuchende sowie für Langzeitarbeitslose, deren Wiederbeschäftigungschancen nach wie vor äußerst schlecht sind.

II. Anhaltend hohe Nachfragedynamik

Erneut Schub von der Ausfuhr und den Investitionen

60. Hohe Zuwachsraten bei der Ausfuhr und bei den Investitionen prägten die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1989. Der kräftige Anstieg der Nachfrage aus dem Ausland und die deutliche Belebung der Investitionstätigkeit hängen dabei eng miteinander zusammen. Die bereits seit dem Frühjahr 1987 außerordentlich rasch expandierende Auslandsnachfrage hat maßgeblich dazu beigetragen, daß die Kapazitätsauslastung im Inland in einen Bereich kam, in dem Investitionen in neue Ausrüstungen und Bauten immer dringlicher wurden. Zudem scheinen die verbesserten Absatzerwartungen im Export einen Stimmungsum-

schwung bei den Investoren ausgelöst und den lange Zeit vorherrschenden Attentismus gebrochen zu haben. Getragen von der Ausfuhr und von der Investitionsnachfrage hat die Gesamtnachfrage kräftig zugenommen, obwohl der Private Verbrauch nur wenig anstieg und der Staatsverbrauch sogar leicht zurückging. Zwar hat die expandierende Gesamtnachfrage auch die Importtätigkeit stimuliert. Gleichwohl nahm der reale Außenbeitrag um den Rekordbetrag von gut 27 Mrd DM zu; dies machte 40 vH des Zuwachses des Bruttosozialprodukts aus.

61. Erstmals seit 1985 hat die deutsche Ausfuhr wieder stärker zugenommen als der Welthandel. Die Lieferungen von Waren an das Ausland konnten dem Wert nach um 14 vH, dem Volumen nach um 11 vH gesteigert werden. Dahinter standen vor allem ein ungebrochen kräftiges Wirtschaftswachstum bei wichtigen Handelspartnern der Bundesrepublik und die Tatsache, daß sich die Auslandsnachfrage vor allem auf Investitionsgüter richtete, bei denen deutsche Anbieter traditionell Spezialisierungsvorteile besitzen. Nicht zuletzt profitierten die deutschen Exporteure von der tendenziell schwächeren Bewertung der D-Mark, da sich dadurch ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit weiter verbesserte (Ziffern 84 ff.).

Das bis zuletzt hohe Niveau der Auslandsnachfrage und hohe Auftragsbestände lassen einen weiteren Anstieg der Ausfuhr erwarten. Die Bestellungen aus dem Ausland lagen im Verarbeitenden Gewerbe dem Volumen nach in den ersten neun Monaten um knapp 9 vH über ihrem Vorjahresniveau. Wegen der anhaltend guten Investitionskonjunktur in den wichtigsten europäischen Ländern kam der Schub bei den Exportaufträgen auch in diesem Jahr vor allem dem Investitionsgüter produzierenden Gewerbe zugute, auf das der größte Teil der Auftragseingänge aus dem Ausland entfällt (Schaubild 7).

62. Im Gefolge der lebhaften Nachfrage hat sich die Investitionstätigkeit in der Industrie in diesem Jahr deutlich beschleunigt. Im Verarbeitenden Gewerbe, das einen großen Teil seiner Produkte auf den Weltmärkten absetzt, reichten die vorhandenen Kapazitäten nicht aus, die Produktion im Gleichschritt mit der expandierenden Nachfrage auszudehnen. Steigende Auftragsbestände waren die Folge. Vor allem im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, das sich bisher eher abwartend verhalten hatte, hat das die Investitionsbereitschaft erhöht. Nach den Ergebnissen der Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages und denen des Ifo-Investitionstests gewann das Erweiterungsmotiv in allen Industriezweigen an Bedeutung.

In der Gesamtwirtschaft nahmen die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr um knapp 10 vH und die gewerblichen Bauinvestitionen um 5½ vH zu. Die wiederum kräftige Bautätigkeit der Unternehmen zeigt, daß die Ertragschancen nicht nur auf kurze Frist optimistischer eingeschätzt werden; denn wegen der langen Nutzungsdauer von neuen und modernisierten Gebäuden spielen für die Entscheidung über Bauinvestitionen weit in die Zukunft reichende Erwartungen eine wichtige Rolle.

Gemessen am weiterhin kräftigen Zuwachs der Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude — sie über-

Schaubild 7

AUFTRAGSEINGANG AUS DEM AUSLAND IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Volumenindex, saisonbereinigt[1]

Log. Maßstab 1985 = 100

Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe 29,2[2]

Investitionsgüter produzierendes Gewerbe 61,5[2]

Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe 9,3[2]

1986 1987 1988 1989

1) Auftragseingang in Preisen von 1985; gleitende 3-Monatsdurchschnitte der saisonbereinigten Zahlen, für 1989 außerdem saisonbereinigte Monatswerte: Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.–
2) Die Angaben geben das Gewicht in vH am Index des Verarbeitenden Gewerbes (Ausland) an.

SR 89 0780

trafen in den ersten acht Monaten ihr Vorjahresniveau um knapp 13 vH — ist eine Abschwächung der gewerblichen Bautätigkeit nicht in Sicht. Die Nachfrage am Wohnungsbau gewann an Schwung (Ziffern 65 ff.). Beides zusammen hat die Investitionsbereitschaft in der Bauwirtschaft erhöht; so sind die Inlandsbestellungen von Bau- und Baustoffmaschinen von Januar bis September um 17 vH gestiegen.

In allen übrigen Wirtschaftsbereichen, in denen die Investitionstätigkeit nicht so stark auf Nachfrageschwankungen reagiert wie im Produzierenden Gewerbe, nahm die Investitionsnachfrage im ganzen zwar ebenfalls zu, doch mit geringeren Zuwachsraten als im Vorjahr. Vor allem die Investitionstätigkeit im Einzelhandel verlor — den Ergebnissen des Ifo-Investitionstests zufolge — an Dynamik; die zweistelligen Zuwachsraten der Jahre 1986 bis 1988 konnten nicht gehalten werden.

63. Anregend auf die Investitionstätigkeit wirkten auch die verstärkten Anstrengungen der Unternehmen, sich für die Erfordernisse des Europäischen Binnenmarktes zu rüsten. Zwar läßt sich die Bedeutung dieses Investitionsmotivs kaum quantifizieren; Unternehmensumfragen deuten aber darauf hin, daß die Schaffung des einheitlichen Marktes eine wesentliche Rolle im Investitionskalkül der Unternehmen gespielt hat und noch spielt.

Trotz optimistischer Absatzerwartungen wäre die Bereitschaft, in neue Ausrüstungen und Bauten zu investieren, wohl geringer gewesen, wenn sich die Angebotsbedingungen nicht weiter verbessert hätten. Die Gewinn-Erlös-Relation ist nochmals leicht angestiegen (Ziffern 93 ff.), und auch die Finanzierungssituation der Unternehmen war günstig (Schaubild 8).

64. Auch ausländische Anbieter haben von der verstärkten Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik in erheblichem Maße profitiert. Die realen Investitionsgütereinfuhren sind mit einer Rate von gut 20 vH doppelt so schnell gestiegen wie die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt.

Mehr als in früheren Jahren hat das Ausland damit dazu beigetragen, Lieferengpässe zu umgehen und so möglichen Verspannungen in der Bundesrepublik entgegenzuwirken. Zwar stieg auch in den Jahren 1979 und 1985, in denen die Unternehmen kräftig investierten, die Einfuhr von Investitionsgütern beschleunigt an; die in diesen beiden Jahren erreichten Zuwachsraten wurden jedoch durch die des laufenden Jahres noch deutlich übertroffen. Der schwungvolle Anstieg der Einfuhr von Investitionsgütern ist ein Anzeichen dafür, daß sich die internationale Arbeitsteilung intensiviert hat (Ziffer 12). Angesichts hoch ausgelasteter Kapazitäten und teilweise langer Lieferzeiten wichen die Investoren zunehmend auf ausländische Anbieter aus. Ähnliche Entwicklungen vollzogen sich im Ausland. So konnten inländische Anbieter zwar Marktanteile im Ausland hinzugewinnen, gleichzeitig konnten aber auch ausländische Anbieter ihre Marktanteile in der Bundesrepublik vergrößern.

Die vergleichsweise kräftige Steigerung der gesamten Einfuhr von Waren um 8 vH ist aber nicht allein auf den zunehmenden Import von Investitionsgütern zurückzuführen. Vor allem die Einfuhr von industriel-

Schaubild 8

MITTELVERWENDUNG UND MITTELAUFKOMMEN DER PRODUKTIONSUNTERNEHMEN

Bruttoinvestitionen und eigene Finanzierungsmittel (Log. Maßstab, Mrd DM): Bruttoinvestitionen 1), Eigene Finanzierungsmittel 2)

Geldvermögensbildung und Finanzierung (Arithm. Maßstab, Mrd DM): Finanzierung 3), Geldvermögensbildung insgesamt, Finanzierungsdefizit

Selbstfinanzierungsquote 4) (vH)

1974 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 5)

1) Sachanlagen und Vorräte. – 2) Ersparnis (nichtentnommene Gewinne), Vermögensübertragungen (netto) und Abschreibungen. – 3) Kreditaufnahme und Aktienemissionen. – 4) Eigene Finanzierungsmittel in vH der Bruttoinvestitionen. – 5) Eigene Schätzung.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 89 0770

len Zwischenprodukten hat ebenfalls deutlich zugenommen. Im Zuge der Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung und der Verlagerung von Produktionsstätten in das Ausland waren in den letzten Jahren immer mehr Zwischenprodukte aus dem Ausland bezogen worden. Der kräftige Anstieg der Einfuhr industrieller Zwischenprodukte um gut 12 vH in diesem Jahr geht denn auch vor allem auf die Produktionsausweitung im Verarbeitenden Gewerbe zurück.

Belebung im Wohnungsbau hält an

65. Die Aufwärtsentwicklung im Wohnungsbau hat 1989 an Dynamik gewonnen. Vor allem im Bereich des Wohnungsneubaus setzte sich der Nachfrageanstieg beschleunigt fort. Die Baugenehmigungen für neu zu errichtende Wohnungen sind mit einem Zuwachs von 50 000 deutlich schneller gestiegen als 1988 (24 000 Genehmigungen). Die 1973 einsetzende Talfahrt des Wohnungsneubaus, die 1984 insbesondere als Folge der Wohnungsbauförderung durch die Bundesregierung vorübergehend unterbrochen worden war, ist 1987 zu Ende gegangen. Seitdem nahmen die Baugenehmigungen wieder zu. Für Mehrfamilienhäuser lagen sie bis August um rund 60 vH über dem Vorjahreswert. Insgesamt war die Anzahl der Baugenehmigungen 1989 mit gut 264 000 aber noch um 30 vH niedriger als 1980.

66. Insgesamt wurde in den Neubau und in den Ausbau von Wohnungen 5½ vH mehr investiert als im Vorjahr. Zum erstenmal seit 1984 ist dabei die Anzahl der neu fertiggestellten Wohnungen wieder angestiegen; es wurden schätzungsweise 240 000 Wohnungen gebaut gegenüber 208 000 Wohnungen im Vorjahr. Um die Ausweitung des Wohnungsangebotes zu ermitteln, sind von den Fertigstellungen die Abgänge an Wohnungen abzuziehen. Die jährlichen Erhebungen über den Wohnungsabgang, den die amtliche Statistik ausweist, erfassen nur die physischen Abgänge durch Abriß von Gebäuden; diese Abgänge beliefen sich in den letzten vier Jahren auf jährlich rund 15 000 Wohnungen. Wohnungen entfallen aber auch durch Zusammenlegung oder Umwidmung für andere Verwendungen. Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sind diese Abgänge mit jährlich 50 000 bis 60 000 Wohnungen zu veranschlagen. Demzufolge umfaßte der Nettozugang an Wohnungen in diesem Jahr 165 000 bis 175 000 Wohnungen. Dieses zusätzliche Angebot an Wohnraum reichte nicht aus, um mit der gestiegenen Nachfrage Schritt zu halten. Die Knappheit an Wohnungen ist zu einem großen Teil Folge des realen Einkommensanstiegs der letzten Jahre. Die höheren Einkommen haben bei vielen Haushalten den Wunsch nach einer eigenen oder nach einer größeren und besser ausgestatteten Wohnung geweckt. Zudem begünstigten sie den Trend zu Einpersonenhaushalten mit dem daraus resultierenden Anstieg der Anzahl aller Haushalte. Der Zustrom von Aussiedlern und Übersiedlern hat die Nachfrage nach Wohnungen weiter erhöht.

67. Ein Zeichen für die neuerliche Anspannung des Wohnungsmarktes sind die wieder steigenden Preise für Immobilien und der beschleunigte Anstieg des Mietpreisniveaus. Der Preisverfall bei Immobilien in den achtziger Jahren konnte mittlerweile zumindest bei Einfamilienhäusern wieder wettgemacht werden. Dagegen sind Eigentumswohnungen immer noch billiger als zu Beginn des Jahrzehnts.

Der Preisindex für Wohnungsmieten lag von Januar bis September um durchschnittlich 3,0 vH über seinem Vorjahresniveau, 1988 waren die Mieten durchschnittlich nur um 2,2 vH gestiegen. Die Beschleunigung des Mietanstiegs bei bestehenden Mietverhältnissen ist aber nur ein unzureichender Indikator für die Anspannung in der Versorgung mit Mietwohnungen. Aufschlußreicher sind hierfür die bei Neuvermietung erzielten Mieten, bei denen ein beträchtlich stärkerer Anstieg zu verzeichnen ist. Hier kam es Schätzungen zufolge vor allem in den Ballungsgebieten teilweise zu Mietpreiserhöhungen von über 10 vH.

68. Auf der Kostenseite waren die Bedingungen im Wohnungsbau weniger günstig als im Vorjahr. Die Hypothekenzinsen lagen um mehr als einen Prozentpunkt über ihrem Vorjahresniveau, und die Baupreise stiegen beschleunigt an. Im August lag der Preisindex für Neubauleistungen um 3,8 vH über seinem Vorjahresniveau; 1988 waren die Preise noch mit einer Rate von nur 2,2 vH gestiegen. Negativ zu Buche schlug im Investitionskalkül vieler Bauherren, daß auch die Grundstückspreise verstärkt angezogen haben. Vor allem in den Ballungsgebieten, in denen das Angebot an Bauland besonders knapp ist, sind die Preise deutlich angestiegen. Die Anspannung auf dem Grundstücksmarkt lag nicht zuletzt daran, daß ein großer Teil der von den Kommunen ausgewiesenen Wohnbauflächen kurzfristig nicht zur Verfügung steht. Es fehlen zum einen notwendige Infrastruktureinrichtungen, zum anderen behindert eine Vielzahl baurechtlicher Vorschriften hinsichtlich der Flächennutzung die schnelle Bereitstellung der ausgewiesenen Flächen. Die gestiegenen Grundstückspreise bedeuteten auf der einen Seite zwar eine Verschlechterung der aktuellen Kostensituation, sie waren auf der anderen Seite jedoch Anlaß zu hohen Wertsteigerungserwartungen, die die Renditeaussichten der Investoren weiter verbesserten.

69. Der Staat hat die Anpassungsprozesse am Wohnungsmarkt durch steuerliche Anreize und eine Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau unterstützt. So zielen die Verkürzung des Abschreibungszeitraumes von 50 auf 40 Jahre und die Erhöhung der degressiv gestaffelten Abschreibungssätze für Wohngebäude, für die der Bauantrag nach dem 28. Februar 1989 gestellt worden ist, auf eine Stimulierung des Mietwohnungsbaus hin. Um den Bau von preiswerten Wohnungen zu forcieren, hat der Bund den Verpflichtungsrahmen für seine Finanzhilfen an die Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus im Frühjahr um 550 Mio DM auf 1,6 Mrd DM aufgestockt. Im Rahmen der vertraglich vereinbarten Förderung (sogenannter 3. Förderungsweg) wurde außerdem die Möglichkeit geschaffen, daß Investor und Staat Mietbindungen und Belegungsbindungen selbst aushandeln können. Von dieser flexibleren Handhabung der Auflagen im sozialen Wohnungsbau erwartet man Vorteile sowohl für die Investoren als auch für die Wohnungsuchenden. So soll auf der einen

Seite durch die Bereitstellung der Mittel dem akuten Wohnungsmangel schnell Abhilfe geschaffen werden; auf der anderen Seite erhöhen kürzere Mietbindungen und Belegungsbindungen die Rentabilität für die Investoren.

In die Richtung, die Wohnungsengpässe schnell zu beheben, dabei aber weitgehend auf die Marktkräfte zu vertrauen, zielt auch der Kabinettsbeschluß vom 3. Oktober 1989. Durch Zinsverbilligung und günstigere Abschreibungsmöglichkeiten soll die Schaffung neuer Wohnungen aus dem Gebäudebestand gefördert werden, insbesondere durch den Umbau bislang gewerblich oder landwirtschaftlich genutzter Gebäude und den Ausbau von Dachgeschossen. Vorgesehen ist hierfür ein neues Wohnungsbauprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Mrd DM bis 1992. Am 7. November hat die Regierungskoalition neue wohnungsbaupolitische Beschlüsse gefaßt, die sowohl an den zuvor beschlossenen Maßnahmen hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus und günstigerer Abschreibungsregelungen ansetzen als auch neue und unkonventionelle Wege zur Überwindung der Wohnungsknappheit beschreiten (Ziffern 376ff.).

Geringe Impulse vom Privaten Verbrauch und der Staatsnachfrage

70. Die private Verbrauchsnachfrage gehörte 1989 nicht zu den treibenden Kräften der Aufwärtsentwicklung. In konstanten Preisen lag der Private Verbrauch nur um 1½ vH über seinem Vorjahresniveau, nach einem Anstieg um 2,7 vH im letzten Jahr. Die Nominaleinkommen sind infolge der guten Konjunktur kräftig angestiegen. Höhere Preise schmälerten den Anstieg der Realeinkommen jedoch beträchtlich.

Insgesamt gaben die Verbraucher für den Kauf von Waren und Dienstleistungen 5 vH mehr aus als im Vorjahr. Die Konsumausgaben stiegen damit stärker als die verfügbaren Einkommen; die durchschnittliche Sparquote sank gegenüber dem Vorjahr um ½ Prozentpunkt (Schaubild 9).

71. Die Verbraucher schränkten vor allem in der ersten Jahreshälfte ihre Käufe von Heizöl erheblich ein; der Verbrauch lag in konstanten Preisen um 36 vH unter dem Niveau des vergleichbaren Zeitraumes in 1988. Dieser Kaufzurückhaltung lag jedoch weniger eine dauerhafte Änderung der Verbrauchsstruktur infolge höherer Heizölpreise zugrunde; es wirkte sich vielmehr aus, daß wegen der Verbrauchsteuererhöhung zum 1. Januar 1989 Käufe in das Jahr 1988 vorgezogen worden waren und daß wegen des milden Winters der Heizölverbrauch vergleichsweise niedrig lag. Die Ausgaben für Heizöl waren damit auch in diesem Jahr trotz höherer Heizölpreise rückläufig. Bei Kraftstoffen hatten die höheren Verbrauchsteuern und die gestiegenen Einfuhrpreise dagegen zur Folge, daß die Verbraucher für diese Produkte erheblich mehr ausgaben als im Vorjahr.

Steigende Mieten und höhere Ansprüche der privaten Haushalte an die Wohnraumqualität führten dazu, daß die Ausgaben für Wohnungsnutzung rascher expandierten als die Konsumausgaben insgesamt. Der

Schaubild 9

VERFÜGBARES EINKOMMEN UND PRIVATER VERBRAUCH

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Verfügbares Einkommen 1)

Sparquote 1)
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens

Privater Verbrauch

Deflator des Privaten Verbrauchs

Privater Verbrauch in Preisen von 1980

1980 81 82 83 84 85 86 87 88 89 2)

1) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — 2) Eigene Schätzung.

SR 89 0795

anhaltende Trend zu höherem Wohnkomfort spiegelte sich auch in der unverändert lebhaften Nachfrage nach Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen wider. Unterdurchschnittlich ausgeweitet haben die privaten Haushalte dagegen die Ausgaben für Textilien und Bekleidung sowie für Nahrungs- und Genußmittel. Dies entspricht dem Trend bei steigendem Einkommen. Nachdem im ersten Halbjahr 1989 bei den Neuzulassungen von Personenkraftwagen noch ein Anstieg zu verzeichnen gewesen war, konnte in der zweiten Jahreshälfte das Niveau des Vorjahres nicht gehalten werden.

72. Die verfügbaren Einkommen sind mit einer Rate von 4½ vH ebenso rasch gestiegen wie im Vorjahr. Annähernd die Hälfte des Einkommenszuwachses war auf den kräftigen Anstieg der Gewinneinkommen und der Vermögenseinkommen zurückzuführen. Hierbei spielte eine Rolle, daß sowohl die Vermögenseinkommen aus in Dollar gehaltenen Kapitalanlagen wegen der niedrigeren Bewertung der D-Mark als auch die Einkünfte aus inländischen Kapitalanlagen infolge höherer Zinsen und höherer Dividendenzahlungen kräftig anstiegen. Die gute Gewinnentwicklung scheint zudem die Selbständigenhaushalte veranlaßt zu haben, ihre Privatentnahmen deutlich auszuweiten.

Dem beschleunigten Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit lagen vor allem konjunkturelle Faktoren zugrunde. Der kräftige Beschäftigungsaufbau bewirkte, daß das Arbeitsvolumen trotz weiterer Arbeitszeitverkürzungen schneller stieg als im Vorjahr. Außerdem führten der verstärkte Einsatz von Überstunden und Sonderschichten und die zunehmende Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften zu einem verstärkten Zuwachs der Effektivverdienste. Die Tariflohnsteigerungen lagen dagegen für die Mehrzahl der Beschäftigten infolge längerfristiger Tarifverträge fest. Der Anstieg der Nettolohn- und -gehaltssumme blieb mit 4 vH gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert; hier schlug zu Buche, daß der Progressionseffekt des Einkommensteuertarifs wieder voll wirksam wurde.

Vor allem wegen des Rückgangs der Anzahl der Arbeitslosen war der Zuwachs der staatlichen Einkommensübertragungen mit lediglich 3½ vH vergleichsweise niedrig. Die Zahlungen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe waren rückläufig. Das gleiche galt für Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld. Die Renten der Gesetzlichen Rentenversicherung wurden zum 1. Juli 1989 um brutto 3,0 vH erhöht. Infolge höherer Eigenleistungen der Rentner zur Gesetzlichen Krankenversicherung bedeutete dies netto einen Zuwachs von 2,4 vH.

73. Der Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommens, das sich aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und dem kalkulatorischen Arbeitseinkommen der selbständig Erwerbstätigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen zusammensetzt, blieb auch in diesem Jahr hinter dem Anstieg des Volkseinkommens zurück. Die Arbeitseinkommensquote sank um mehr als einen Prozentpunkt auf 76,7 vH und lag damit unter dem Niveau von 1960 (Ziffer 180).

Verschiedene Effekte bestimmten die Veränderung der Arbeitseinkommensquote (Anhang IV, Abschnitt B). Hinter dem Zuwachs des Volkseinkommens stand auf der einen Seite, daß die Produktivität je Erwerbstätigen nochmals kräftig anstieg und höhere Preise für im Inland abgesetzte Waren und Dienstleistungen erzielt werden konnten. Auf der anderen Seite schmälerten ein negativer Terms of Trade-Effekt sowie ein durch die Anhebung bestimmter Verbrauchsteuern verursachter negativer Steuer- und Subventionseffekt den Einkommenszuwachs der Privaten im Inland. Insgesamt weitete sich der Verteilungsspielraum damit um rund 4½ vH aus. Dem stand ein Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer von lediglich knapp 3½ vH gegenüber.

74. Die Endnachfrage des Staates, die den Staatsverbrauch und die staatlichen Investitionen umfaßt, stagnierte. Vor allem die Strukturreform im Gesundheitswesen bewirkte den Rückgang des Staatsverbrauchs um ½ vH; die Leistungseinschränkungen der Gesetzlichen Krankenversicherungen und die Auswirkungen der ins Jahr 1988 vorgezogenen Käufe von Gesundheitsleistungen sorgten in diesem Jahr für einen Rückgang des Staatsverbrauchs der Sozialversicherungen. Hinzu kam, daß Bund, Länder und Gemeinden den Anstieg ihrer Ausgaben für Personal- und Sachaufwand auf 1½ vH begrenzten.

Die öffentlichen Investitionen waren 1989 um 3½ vH höher als im Vorjahr, ihr Anteil an der staatlichen Endnachfrage stieg auf 12 vH. Die kräftige Aufstockung der Bauinvestitionen des Staates um 4 vH, die in erster Linie von den Gemeinden durchgeführt werden, ist durch die günstige Entwicklung der Einnahmen, das Gemeinden-Investitionsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau und das Strukturhilfeprogramm des Bundes ermöglicht worden. Offen bleibt dabei, inwieweit die Gemeinden die im Rahmen des Strukturhilfegesetzes bereitgestellten Mittel für neue Investitionsprojekte verwendeten oder damit ohnehin geplante Vorhaben finanzierten.

III. Weniger Spielraum für mehr Produktion

75. Der kräftige Anstieg der Nachfrage hat die Produktionstätigkeit in nahezu allen Wirtschaftsbereichen gesteigert. Das Verarbeitende Gewerbe, das von der Exportnachfrage und der starken Investitionstätigkeit besonders profitierte, hat nochmals etwas stärker zum gesamtwirtschaftlichen Produktionszuwachs beigetragen als die Dienstleistungsunternehmen. In der Bauwirtschaft hat sich die Aufwärtsentwicklung gefestigt; die Abschwächung der saisonbereinigten Bauproduktion, die im Verlauf des Jahres zu beobachten war, geht vor allem darauf zurück, daß die jahreszeitlich üblichen Produktionsausfälle im ersten Quartal aufgrund des milden Winterwetters außerordentlich gering blieben. Insgesamt lag das Bruttoinlandsprodukt in realer Rechnung um rund 3½ vH über dem Stand des Vorjahres. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist damit erneut deutlich schneller gestiegen als das Produktionspotential, dessen Wachstum wir auf eine Größenordnung von reichlich 2 vH veranschlagen. Die Nutzung der vorhandenen Kapazitäten

hat sich demzufolge nochmals erhöht; der Auslastungsgrad lag mit etwas mehr als 98 vH um 1½ Prozentpunkte über seinem langfristigen Durchschnitt. Damit stellt sich die Frage, in welchem Umfang noch Kapazitätsreserven in der Wirtschaft vorhanden sind, die bei weiterhin steigender Nachfrage genutzt werden könnten.

76. Das Produktionspotential gibt die potentielle Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors sowie der anderen Wirtschaftsbereiche an (Anhang IV, Abschnitt A). Es ist eine Größe, die nicht direkt gemessen, sondern nur geschätzt werden kann. Für den Unternehmenssektor wird das Produktionspotential in der Rechnung des Sachverständigenrates aus dem Bestand der Produktionsanlagen und aus deren Produktivität bestimmt.

Bei der Schätzung der Kapitalproduktivität, die bei voller Auslastung der Sachkapazitäten erreichbar wäre, ist zweierlei zu beachten. Zum einen unterliegt die Kapitalproduktivität einem abnehmenden Trend, das heißt, die Produktion je Kapitaleinheit ist heute niedriger als vor zehn oder zwanzig Jahren. Zum anderen ist die Entwicklung der Kapitalproduktivität von konjunkturellen Einflüssen abhängig. Steigen Produktion und Beschäftigung im Aufschwung an, so wird das die Kapitalproduktivität erhöhen oder zumindest weniger stark sinken lassen, als es ihrem längerfristigen Trend entspricht. Trendmäßige und konjunkturelle Bestimmungsfaktoren sind zu trennen, um die potentielle Kapitalproduktivität zu ermitteln. Zu diesem Zweck legen wir der Schätzung des Produktivitätstrends den vollen Konjunkturzyklus der Jahre von 1975 bis 1982 zugrunde. Man mag gegen diese Methode einwenden, daß mögliche Veränderungen im Trend der Kapitalproduktivität seit 1982 nicht berücksichtigt werden. Die Argumente, die für einen langsameren Rückgang der Kapitalproduktivität sprechen könnten, haben wir wiederholt erörtert (zuletzt JG 88 Ziffern 87f.). Wichtig ist vor allem, daß die Relation von Kapitaleinsatz zu Arbeitseinsatz in den achtziger Jahren langsamer gestiegen ist als im langjährigen Durchschnitt, daß die Automatisierung in Produktion und Verwaltung sich beschleunigt hat und daß Arbeitszeiten flexibler und Maschinenlaufzeiten länger geworden sind.

Um einen sich daraus möglicherweise ergebenden Revisionsbedarf unserer Potentialberechnung zu prüfen, haben wir eine Schätzung der Veränderungsrate der Kapitalproduktivität für den Zeitraum von 1979 bis 1989 durchgeführt. Dieser 11-Jahres-Zeitraum dürfte einer zyklengerechten Stützperiode recht nahe kommen, obwohl sich die Aufwärtsentwicklung nach unserer Prognose auch im kommenden Jahr fortsetzen wird. Die für diesen Zeitraum ermittelte jährliche Abnahmerate der Kapitalproduktivität beträgt rund 1,3 vH, sie entspricht damit fast genau dem Wert, der sich auf der Grundlage des Zyklus von 1975 bis 1982 ergibt. Wir haben uns daher entschieden, vorerst beim bisherigen Zeitraum für die Schätzung zu bleiben.

77. In früheren Aufschwungsphasen ist das Produktionspotential mitunter noch stärker beansprucht worden, als es derzeit der Fall ist. So lag die Kapazitätsauslastung in den Jahren von 1969 bis 1973 und im Jahre 1979 teilweise noch deutlich über ihrem derzeitigen Stand (Schaubild 10). Der Spielraum für eine Ausweitung der Produktion ist zwar im Jahre 1989 geringer als 1988 geworden, aber die Sorge, daß sich die Aufwärtsentwicklung schon bald an kurzfristig nicht verrückbaren Kapazitätsgrenzen brechen könnte, teilen wir nicht.

Für die Höhe des Expansionstempos, das die Wirtschaft mittelfristig ohne gravierende Verspannungen auf den Gütermärkten und Arbeitsmärkten erreichen kann, sind Art und Umfang der Investitionen entscheidend. Zum einen spielt eine Rolle, wieviel die Unter-

Schaubild 10

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENTIAL 1)

Log. Maßstab Mrd DM

Produktionspotential bei gleicher Auslastung der Sachkapazitäten wie 1970

Bruttoinlandsprodukt 2)

Auslastungsgrad des Produktionspotentials 3)

Arithm. Maßstab vH

Normaler Auslastungsgrad (96 1/2 vH)

Kapitalproduktivität 4)

Arithm. Maßstab Relation

Potentiell

Empirisch

1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1980. Methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt A.– 2) 1989: Eigene Schätzung.– 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.– 4) Bruttowertschöpfung in Relation zum Kapitalstock.

SR 89 0771

nehmen zusätzlich investieren und wie rasch ihr Produktivkapital infolgedessen wächst. Zum anderen ist wichtig, ob die Investitionen vornehmlich dem Ersatz alter Anlagen, der Rationalisierung oder der Erweiterung der Kapazitäten dienen und inwieweit sie mit der Einführung von Produktinnovationen oder Verfahrensinnovationen verbunden sind.

Das Wachstum des Realkapitalbestands wird auch durch eine verstärkte Investitionstätigkeit nur allmählich erhöht; denn in Relation zum Kapitalstock bleiben die realen Nettoinvestitionen gering. Darauf ist es zurückzuführen, daß der Investitionsschub der vergangenen zwei Jahre die Zuwachsrate des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks (Unternehmen ohne Wohnungsvermietung und Landwirtschaft) nach unseren Berechnungen lediglich von 3,1 vH im Jahre 1987 auf 3½ vH im Jahre 1989 erhöht hat. Stellt man den rückläufigen Trend der Kapitalproduktivität zunächst einmal als gegeben in Rechnung, so wäre ein weiterer Anstieg der Zuwachsrate des Kapitalstocks auf rund 4½ vH bis 5 vH notwendig, um den Wachstumspfad der Wirtschaft auf etwa 3½ vH anzuheben, was dem gegenwärtigen Tempo der Nachfrageexpansion entspräche. Dafür wiederum müßten die Netto-Zugänge zum Kapitalstock — das sind die Anlageinvestitionen abzüglich der Abgänge — um mehr als 30 vH über ihrem derzeitigen Niveau liegen. Mit einem derart starken Anstieg der Investitionstätigkeit ist innerhalb kurzer Zeit kaum zu rechnen. Von daher müssen die Aussichten für eine Beibehaltung des derzeit hohen Expansionstempos über das nächste Jahr hinaus eher skeptisch eingeschätzt werden.

Allerdings läßt sich der bisherige Trend der Kapitalproduktivität nicht ohne weiteres fortschreiben. Wichtig ist zum einen die sektorale Streuung der Investitionstätigkeit. In den Jahren 1988 und 1989 wurde vor allem im Verarbeitenden Gewerbe, das eine verhältnismäßig hohe Kapitalproduktivität aufweist, wieder erheblich mehr investiert. Der tertiäre Sektor der Wirtschaft, in dem die Kapazitätsgrenzen ohnehin recht flexibel sind, hat dagegen erstmals seit langem einen etwas geringer werdenden Anteil der Investitionen bestritten. Diese Entwicklung hat zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Kapitalproduktivität in den letzten beiden Jahren beigetragen. Zum anderen ist zu sehen, daß technologische Neuerungen, die den Produktivitätsfortschritt erhöhen, zumeist nur über einen gesteigerten Kapitaleinsatz zur Anwendung gelangen. Gerade in den vergangenen zwei Jahren haben die Unternehmen ihre Investitionsausgaben für elektronisch gesteuerte Produktionsanlagen sowie für die Kommunikationstechnik und Informationstechnik erheblich gesteigert. In diesem Bereich hat es in der jüngeren Zeit eine Vielzahl ökonomisch bedeutsamer Innovationen gegeben, die technischen und organisatorischen Fortschritt in sich vereinen. Sie steigern nicht nur die Effizienz der dispositiven und administrativen Tätigkeiten in den Unternehmen, sie erleichtern auch Produktionsumstellungen, die Veränderungen der Betriebszeiten und die Verkürzung von Rüstzeiten. All dies macht es möglich, das Niveau der Produktion und das Produktsortiment rascher an Veränderungen der Nachfrage anzupassen. Allerdings setzt die effiziente Nutzung der neuen Technologien nicht allein eine Erneuerung des Kapitalbestandes, sondern vielfach auch neue Arbeitszeitformen und weitreichende technische und organisatorische Änderungen in den Unternehmen voraus. Diese sind in aller Regel nicht schnell zu realisieren; der Zeitbedarf dürfte um so höher sein, je weniger Arbeitskräfte mit der erforderlichen Qualifikation zur Verfügung stehen, um die mit der Nutzung der neuen Technologien verbundene Umgestaltung in Produktion und Organisation durchzuführen. Aus diesen Gründen ist zu erwarten, daß sich der technologische Fortschritt im Bereich der Mikroelektronik erst mit einiger Verzögerung voll in der Entwicklung der Kapitalproduktivität niederschlagen wird.

78. Die verstärkte Investitionstätigkeit der vergangenen zwei Jahre hat somit eine wichtige Voraussetzung für ein anhaltend höheres Wachstum der Volkswirtschaft geschaffen. Vermehrte Investitionen allein haben den raschen Produktionsanstieg freilich nicht ermöglicht. Der Investitionsschub hat neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, bislang noch freie Arbeitsplätze wurden besetzt, die Zahl der Überstunden erhöht und die Kurzarbeit weiter vermindert. Mit zweistelligen Zuwachsraten steigende Einfuhren von Zwischenprodukten und Investitionsgütern haben Engpässe behoben und damit den raschen Produktionsanstieg im Inland erst ermöglicht.

Trotz hoher Kapazitätsauslastung ist das gesamtwirtschaftliche Angebot nochmals kräftig ausgeweitet worden. Auf Teilen des Gütermarktes und des Arbeitsmarktes sind konjunkturelle Anspannungen deutlich sichtbar geworden:

— Aus der Entwicklung von Produktion und Auftragseingängen läßt sich schließen, daß die Lieferfristen im Verarbeitenden Gewerbe deutlich länger geworden sind. Verzögerungen bei der Lieferung von Vorprodukten und von Investitionsgütern haben einer noch rascheren Ausweitung der Produktionstätigkeit entgegengestanden. Vor allem im Bereich der Investitionsgüterproduktion haben sich Kapazitätsauslastung und Lieferfristen im Jahre 1989 rapide erhöht. Für die Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs brachte die starke Kapitalgüternachfrage des Auslands zusammen mit der schwungvollen Investitionstätigkeit im Inland eine regelrechte Auftragsflut. Inländische Investoren haben ihrerseits in erheblichem Umfang auf das Angebot ausländischer Investitionsgüterhersteller zurückgegriffen. Auch den ausländischen Anbietern dürfte eine schnelle Lieferung von Investitionsgütern aufgrund geringer Kapazitätsreserven und hoher Auftragsbestände allerdings zunehmend schwerfallen.

— Die Nachfrage nach Arbeitskräften mit hoher beruflicher Qualifikation hat sich weiter verstärkt. In einzelnen Segmenten des Arbeitsmarktes wird es für die Unternehmen immer schwieriger, die gesuchten Fachkräfte zu finden (Ziffern 108ff.). Die Lohndrift ist kräftig angestiegen. Zusätzliche Kostensteigerungen bringt die rasch zunehmende Anzahl von Überstunden mit sich.

— Das hohe Tempo der Nachfrageexpansion hat es den Unternehmen ermöglicht, die Preise wieder stärker zu erhöhen, ohne dabei Absatzeinbußen zu

riskieren. In der Gesamtwirtschaft gingen die Preisanhebungen über das Maß hinaus, das dem Anstieg der Stückkosten entsprochen hätte (Ziffern 79ff.).

IV. Sprunghafter Anstieg des Preisniveaus

79. Nach drei Jahren annähernder Preisniveaustabilität hat sich die Inflationsrate in diesem Jahr deutlich erhöht. Mit knapp 3 vH stiegen die Verbraucherpreise merklich rascher als in den Jahren 1986 bis 1988. Dahinter stand allerdings weniger eine allgemeine Beschleunigung des Preisanstiegs (Schaubild 11); vielmehr waren es einzelne Waren und Dienstleistungen, für die spürbar höhere Preise bezahlt werden mußten als im Vorjahr. Vor allem der Umschwung in der Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln und bei Mineralölerzeugnissen führte dazu, daß sich die Lebenshaltung der privaten Haushalte kräftig verteuerte. In den vergangenen drei Jahren hatten vor allem die rückläufigen Preise für Mineralölerzeugnisse dämpfend auf die allgemeine Preisniveauentwicklung gewirkt. Die hohe Kapazitätsauslastung und die steigenden Auftragsbestände im Inland haben sich noch nicht in größerem Ausmaß in einer Beschleunigung des Preisniveauanstiegs niedergeschlagen; vielmehr ist der kräftige Zuwachs in diesem Jahr das Ergebnis des Zusammentreffens verschiedener preistreibender Einflüsse. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die gute konjunkturelle Entwicklung und die hohe Liquiditätsausstattung der Wirtschaft Preiserhöhungen am Markt erleichtert haben.

80. Kennzeichnend für den Verlauf der Verbraucherpreise im Jahre 1989 war die Entwicklung der Preise für Heizöl und Benzin. Der Anstieg der Weltmarktpreise für Rohöl und Mineralölerzeugnisse und die niedrigere Bewertung der D-Mark bewirkten zusammen mit der Erhöhung der Verbrauchsteuern auf Heizöl und Benzin einen Preisschub zu Jahresbeginn. Die Unternehmen haben die gestiegenen Einfuhrpreise und die höheren Verbrauchsteuern allerdings nicht vollständig in ihren Absatzpreisen weiterwälzen können. Bei Benzin verhinderte dies der intensive Preiswettbewerb zwischen den Anbietern; bei Heizöl war die Nachfrage aufgrund hoher Lagerbestände und eines witterungsbedingt niedrigen Bedarfs gering. Mit der Preisberuhigung an den Weltmärkten kam es im weiteren Verlauf des Jahres wieder zu einer Abflachung im Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung.

81. Neben der Erhöhung der Verbrauchsteuern auf Heizöl und Benzin wurden auch staatlich administrierte Preise teilweise beträchtlich angehoben. Fahrten mit der Bundesbahn wurden teurer, und die kommunalen Gebühren für Wasser, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr und Straßenreinigung stiegen. Auch mußten die Verbraucher höhere Gebühren für Briefe und Pakete bezahlen, entlastend wirkte dagegen die Senkung der Telefontarife für Ferngespräche.

82. Der überraschend kräftige Anstieg der Preise für Nahrungsmittel ist hauptsächlich auf Preiserhöhungen bei tierischen Produkten zurückzuführen. Hinzu kam eine deutliche Verteuerung von Saisonwaren in den Monaten Mai und Juni. Der kräftige Anstieg der Preise für Schweinefleisch dürfte zu einem großen Teil zyklisch bedingt sein. Die Erzeugung von Schweinefleisch lag in diesem Jahr, wohl auch wegen stärker rückläufiger Preise in den Jahren 1987 und 1988, um 4 vH unter dem Niveau des Vorjahres. Als Folge steigender Schweinefleischpreise zogen auch die Preise für Rindfleisch an. Hinzu kam, daß sich im Zusammenhang mit dem sogenannten Hormonskandal das Angebot an Kalbfleisch verknappte und sich die Kalbfleischpreise erhöhten. Beim kräftigen Anstieg der Milchpreise wirkte sich die Garantiemengenregelung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft aus.

Bei den Wohnungsmieten, den Dienstleistungen und den anderen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern ohne Energie und Kraftstoffe mit einem Anteil von 76,2 vH am Warenkorb des Preisindex für die Lebenshaltung hat sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf nicht weiter beschleunigt.

83. Welche Bedeutung für den Preisniveauanstieg den Sondereffekten wie dem Anstieg der Weltmarktpreise für Mineralölerzeugnisse und der Erhöhung der Verbrauchsteuern und welche Bedeutung den konjunkturellen Faktoren beizumessen ist, ist nicht eindeutig zu beantworten. Versucht man gleichwohl diese Sondereffekte herauszurechnen, so erhält man eine Grundtendenz der Preisniveauentwicklung von rund 2 vH. Der damit insgesamt mäßigen Beschleunigung des Preisniveauanstiegs lag ein moderater Preisauftrieb auf der Erzeugerstufe zugrunde (Schaubild 12). Lediglich bei Grundstoffen und Produktionsgütern kam es im Zusammenhang mit dem kräftigen Anstieg der Einfuhrpreise für Mineralölerzeugnisse zu einem Preisschub vor allem in den ersten vier Monaten dieses Jahres.

Daß sich der Preisauftrieb auf der Erzeugerstufe angesichts hoher Auslastungsgrade und steigender Auftragsbestände in nahezu allen Wirtschaftsbereichen nicht stärker beschleunigte, überrascht angesichts der Tatsache, daß der kräftige Nachfrageanstieg den Unternehmen Spielraum für Preiserhöhungen verschaffte. Dieser Spielraum wurde noch erweitert, weil durch die reale Abwertung der D-Mark der Wettbewerbsdruck von außen geringer war und durch die reichliche Geldversorgung der letzten Jahre die Liquiditätsausstattung der Wirtschaft trotz des nun wieder restriktiveren Kurses der Notenbank hoch blieb. Dennoch haben die Unternehmen die vorhandenen Preiserhöhungsspielräume in weit geringerem Maße genutzt als in vergleichbaren früheren Phasen konjunktureller Anspannung; dies dürfte zu einem großen Teil darauf zurückzuführen sein, daß der Kostendruck im Inland weiterhin moderat blieb. Trotz der kräftigen Verteuerung ausländischer Vorleistungen und der Erhöhung der Verbrauchsteuern auf Mineralölprodukte blieb im Unternehmenssektor (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung) der Anstieg der gesamten Stückkosten auf knapp 3 vH begrenzt. Hierbei wirkte sich aus, daß die Lohnstückkosten infolge einer kräftigen Zunahme der Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe nur leicht anstiegen.

Schaubild 11

PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG[1]

Veränderung gegenüber Vormonat auf Jahresrate umgerechnet[2]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Arithm. Maßstab vH

Gesamtlebenshaltung (100)

Nahrungsmittel[3] (13,4)

Wohnungsnutzung[4] (18,4)

Dienstleistungen[5] (25,0)

Sonstige Waren ohne Energie und Kraftstoffe[6] (32,9)

Energie und Kraftstoffe[7] (10,4)

+12 · +8 · +4 · 0 · −4

O 1988 · J[8] · A[8] · J 1989

1) Aller privaten Haushalte (1985 = 100). Die Angaben in Klammern geben das Gewicht in vH am Gesamtindex an.– 2) Errechnet aus saisonbereinigten Zahlen. Saisonbereinigung nach dem Census – Verfahren II, Version X – 11.– 3) Ohne Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.– 4) Einschl. Garagennutzung.– 5) Einschl. Reparaturen sowie Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.– 6) "Andere Verbrauchs– und Gebrauchsgüter": Genußmittel (5,2); Bekleidung und Schuhe (6,8); Möbel, Haushaltsgeräte und Güter für die Haushaltsführung (6,2); Güter für die Gesundheits– und Körperpflege (1,7); Kraftfahrzeuge und Fahrräder (6,3); Güter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit (6,0); Güter für die persönliche Ausstattung (0,7).– 7) Elektrizität (2,7); Gas (1,2); leichtes Heizöl (1,6); feste Brennstoffe (0,3); Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (1,4); bleifreies Normalbenzin (0,7); Superbenzin (1,7); Dieselkraftstoff (0,6); Benzingutscheine (0,1). Von einer Darstellung der auf Jahresrate umgerechneten Veränderungen gegenüber dem Vormonat wurde abgesehen.– 8) Durch Verbrauchsteuererhöhungen beeinflußt.

SR 89 0784

Schaubild 12

ENTWICKLUNG DER ERZEUGERPREISE GEWERBLICHER PRODUKTE[1)]

Januar 1988 = 100[2)]

Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes

Log. Maßstab

1) Inlandsabsatz, ohne Mehrwertsteuer. — 2) Umgerechnet von Originalbasis 1985 = 100.

SR 89 0794

V. Zunehmende Überschüsse im Handel mit den westeuropäischen Ländern

84. Der außenwirtschaftliche Überschuß der Bundesrepublik ist 1989 weiter gewachsen. Von Januar bis September übertrafen die Einnahmen im Leistungsverkehr mit dem Ausland die Ausgaben um 76,0 Mrd DM, das waren 18,8 Mrd DM mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch in realer Rechnung hat sich der Ausfuhrüberschuß in diesem Jahr kräftig erhöht. Insgesamt stieg er im Jahre 1989 auf 78½ Mrd DM — im Vorjahr waren es 51 Mrd DM gewesen.

Die neuerliche Zunahme des deutschen Leistungsbilanzüberschusses ist im wesentlichen Folge einer weiteren Aktivierung der Handelsbilanz. In den ersten neun Monaten dieses Jahres übertraf die Ausfuhr die Einfuhr um beinahe 105 Mrd DM. Die Dienstleistungsbilanz, die vor allem wegen der traditionell defizitären Reiseverkehrsbilanz in der Vergangenheit oftmals einen hohen Passivsaldo aufwies, war in diesem Jahr nahezu ausgeglichen. Ursache hierfür waren die gestiegenen Erträge aus deutschen Kapitalanlagen im Ausland; bis zum September erhöhte sich der Überschuß der Kapitalertragsbilanz auf knapp 15 Mrd DM. Lediglich die Übertragungsbilanz, in der der unentgeltliche Leistungsverkehr zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland verbucht wird, war auch in diesem Jahr durch einen Ausgabenüberschuß (Januar bis September: 25,7 Mrd DM) gekennzeichnet; hierin spiegeln sich vor allem die Nettozahlungen der Bundesrepublik an internationale Organisationen sowie die Heimatüberweisungen von Gastarbeitern wider.

85. Für die Bundesrepublik hat traditionell der Außenhandel mit den westeuropäischen Ländern besonderes Gewicht; denn räumliche Nähe, ein weitgehend liberalisierter Außenwirtschaftsverkehr und eine ähnliche Präferenzstruktur der Nachfrager begünstigen auch eine enge ökonomische Verflechtung (Tabelle 6). Im letzten Jahr wurden 73,0 vH der deutschen Ausfuhr in diesen Ländern abgesetzt; auf der anderen Seite stammten 67,7 vH der deutschen Importe aus den westeuropäischen Staaten. Besonders intensive Handelsbeziehungen bestehen dabei zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die 54,3 vH der deutschen Exportgüter abnehmen und mit einem Anteil von 51,7 vH auch wichtigste Lieferanten der Bundesrepublik sind. Demgegenüber erscheinen die Anteile der Vereinigten Staaten mit 8,0 vH an der Ausfuhr und 6,6 vH an der Einfuhr vergleichsweise gering. Ähnlich niedrig sind diese Anteile für den Außenhandel mit Japan. Die Bundesrepublik bezieht 6,5 vH ihrer Einfuhren aus Japan, und sie liefert 2,3 vH ihrer Gesamtausfuhr dorthin. Die Bedeutung der EG-Staaten für den Außenhandel der Bundesrepublik wird in den nächsten Jahren noch weiter wachsen, wenn mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes, wie geplant, die noch verbliebenen Handelsschranken im Inneren der Europäischen Gemeinschaft fallen.

86. In den letzten Jahren haben sich erhebliche Verschiebungen in der regionalen Struktur der Leistungsbilanzsalden ergeben. Der Aktivsaldo im Handel mit Waren und Dienstleistungen mit den Vereinigten Staaten hat sich seit 1986 deutlich verringert. Gestiegen sind hingegen der Handelsbilanzüberschuß und der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik gegenüber den westeuropäischen Ländern, insbesondere gegenüber den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Im Jahre 1989 dürfte der Überschuß der Bundesrepublik im Handel mit Waren und Dienstleistungen mit den westeuropäischen Staaten einen Wert von gut 100 Mrd DM erreichen — 1986 waren es erst 58,1 Mrd DM gewesen. Relativ hohe Überschüsse wurden dabei gegenüber dem Vereinigten Königreich und Frankreich erzielt, die zugleich Haupthandelspartner der Bundesrepublik sind. Gegenüber den Niederlanden, Irland und Griechenland sowie Norwegen übertrafen hingegen in den vergangenen Jahren die Ausgaben die Einnahmen, wobei im Falle Griechenlands das Defizit vor allem auf den Dienstleistungsverkehr, im Falle der übrigen Länder hingegen im überwiegenden Maße auf den Waren-

Tabelle 6

Handels- und Leistungsbilanzsalden der Bundesrepublik Deutschland gegenüber ausgewählten Ländern

Land	Saldo der Handelsbilanz[1]					Saldo der Leistungsbilanz[2]					Nachrichtlich	
											Anteil an der deutschen	
	1985	1986	1987	1988	1989[3]	1985	1986	1987	1988	1989[3]	Ausfuhr	Einfuhr
											1988	
	Mrd DM										vH	
Welt	73,4	112,6	117,7	128,0	148	48,3	85,1	81,2	85,3	111	*100*	*100*
darunter:												
EG-Mitgliedsländer	31,6	51,4	62,3	80,8	100	2,1	24,8	33,7	44,7	65	*54,3*	*51,7*
darunter:												
Belgien/Luxemburg	7,9	7,9	9,7	10,9	11	3,8	5,2	6,9	7,4	9	*7,4*	*7,1*
Frankreich	14,7	15,2	16,1	18,2	24	10,3	12,9	14,3	15,9	21	*12,6*	*12,1*
Vereinigtes Königreich	8,8	14,8	17,2	22,4	27	10,0	16,9	18,9	24,6	33	*9,3*	*6,9*
Italien	4,6	4,8	6,8	11,4	16	− 2,7	− 2,5	− 0,4	2,9	8	*9,1*	*9,1*
Niederlande	−12,0	− 2,3	1,2	3,8	2	−16,3	− 5,7	− 2,2	− 1,7	− 2	*8,7*	*10,3*
Spanien	2,1	4,7	6,5	8,5	12	− 2,0	0,3	1,6	3,2	6	*3,1*	*2,0*
Europa[4]	59,2	85,2	96,7	117,1	141	10,1	40,2	48,4	61,5	83	*73,0*	*67,7*
darunter:												
Österreich	12,0	11,7	11,1	13,0	15	6,1	6,0	5,3	7,2	8	*5,6*	*4,3*
Schweden	3,9	4,8	5,9	5,9	6	4,6	5,4	6,4	7,1	7	*2,9*	*2,4*
Schweiz	11,7	12,5	13,2	14,8	18	3,5	4,2	4,3	5,9	9	*6,1*	*4,5*
Vereinigte Staaten	23,2	28,3	24,3	16,6	10	45,9	48,3	40,1	32,3	25	*8,0*	*6,6*
Japan	−12,8	−15,3	−14,7	−15,3	−16	−13,0	−16,1	−15,6	−16,6	−17	*2,3*	*6,5*

[1]) Ausfuhr (fob) abzüglich Einfuhr (cif); Spezialhandel. — [2]) Handelsbilanzsaldo, Ergänzungen zum Warenverkehr und Transithandel, Dienstleistungsbilanzsaldo und Übertragungsbilanzsaldo. — Quelle: Deutsche Bundesbank. — [3]) Eigene Schätzung. — [4]) EG, EFTA und übrige westeuropäische Industrieländer.

verkehr zurückgeht. Auch im Handel mit Japan und der Gruppe der Entwicklungsländer (ohne die OPEC-Staaten) überstiegen die Ausgaben die Einnahmen. Es ist also keineswegs so, daß die Bundesrepublik gegenüber allen Ländern hohe Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse erzielt. Der deutsche Ausfuhrüberschuß geht vielmehr ganz überwiegend auf den Handel mit den anderen westeuropäischen Staaten zurück, denn der Handel mit der übrigen Welt war in den ersten neun Monaten dieses Jahres mit einem Aktivsaldo von 2,2 Mrd DM nahezu ausgeglichen.

Die Tatsache, daß sich die Handelsströme zwischen einzelnen Ländern nicht ausgleichen, wird zuweilen zum Anlaß genommen, Forderungen nach staatlichen Maßnahmen zum Abbau dieser Salden zu erheben. Tatsächlich stellen bilaterale Handels- und Leistungsbilanzsalden aber grundsätzlich kein wirtschaftspolitisches Problem dar, sondern sind Folge der internationalen Arbeitsteilung. Forderungen nach einem Ausgleich bilateraler Salden sind daher verfehlt; sie sind meist nichts weiter als Rufe der von Auslandskonkurrenz bedrängten Branchen nach verstärktem Importschutz. Einem solchen Verlangen nachzugeben, hieße die wohlstandsmehrenden Wirkungen des multilateralen Handels zunichte zu machen.

87. Die kräftige Zunahme des deutschen Ausfuhrüberschusses gegenüber den europäischen Handelspartnern in den vergangenen drei Jahren hat mehrere Gründe. Zumindest teilweise beruht diese Entwicklung auf Unterschiede in der Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Da nämlich zwischen der D-Mark und den wichtigsten europäischen Währungen grundsätzlich feste Wechselkurse vereinbart sind, führen Unterschiede in der Nachfragedynamik zu entsprechenden Außenhandelssalden.

In den vergangenen Jahren weitete sich die Nachfrage in wichtigen europäischen Ländern deutlich rascher aus als in der Bundesrepublik. Gemessen an der letzten inländischen Verwendung expandierte die reale Inlandsnachfrage bei den acht wichtigsten europäischen Handelspartnern der Bundesrepublik in den Jahren 1986 bis 1989 mit durchschnittlich knapp 4 vH um reichlich einen halben Prozentpunkt schneller als die deutsche Inlandsnachfrage. Die Einfuhren dieser Länder aus der Bundesrepublik nahmen schon allein deswegen stärker zu als die Importe der Bundesrepublik aus jenen Staaten.

In besonderem Maße profitierten deutsche Anbieter von der stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung in Spanien und Portugal seit dem EG-Beitritt dieser Länder am 1. Januar 1986. So hat sich der Anteil Spaniens an der deutschen Ausfuhr von 1,8 vH im Jahre 1985 auf nunmehr 3,4 vH nahezu verdoppelt. In den ersten neun Monaten dieses Jahres lag die deutsche Ausfuhr in die beiden iberischen Staaten um nahezu 30 vH über dem Stand des gleichen Vorjahreszeitraums.

88. Die Steigerung des deutschen Exportüberschusses gegenüber den Staaten Westeuropas ist durch

Wachstumsdifferenzen allein jedoch nicht zu erklären. Wichtig war auch, daß die Aufwärtsentwicklung in den meisten europäischen Ländern von der Investitionsnachfrage getragen wurde; denn mit fortschreitender internationaler Arbeitsteilung haben sich deutsche Anbieter mehr und mehr auf die Herstellung von Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes spezialisiert, die mittlerweile an der gesamten deutschen Ausfuhr einen Anteil von mehr als 55 vH haben. Insbesondere Produkte der Maschinenbauindustrie und des metallverarbeitenden Gewerbes sind im Ausland gefragt. Demgegenüber machen Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes nur 24,7 vH und Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes sogar nur 12,2 vH der deutschen Ausfuhr aus. Zwar wurde auch die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik zu einem guten Teil von der Investitionstätigkeit vorangetrieben, und der Import von Investitionsgütern nahm in diesem Jahr kräftig zu. Wegen seines geringen Gewichts — 1989 hatten Investitionsgüter an der deutschen Einfuhr nur einen Anteil von rund 11 vH — hat dies aber nicht zu einer Verminderung des deutschen Exportüberschusses geführt.

Die Spezialisierung deutscher Exporteure auf Investitionsgüter birgt aber auch Risiken. Eine Abschwächung der konjunkturellen Dynamik im Ausland könnte schnell zu einem Einbruch der Investitionstätigkeit führen, und dies würde die deutsche Exportindustrie in besonders hohem Maße treffen. In diesem Sinne hat die Spezialisierung die Bundesrepublik anfälliger gegenüber Störungen von außen gemacht.

89. Ein weiterer Grund für die rasche Zunahme des deutschen Ausfuhrüberschusses liegt in der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter auf den internationalen Märkten. Der gewogene Außenwert der D-Mark, bereinigt um Veränderungen der Verbraucherpreise, hat sich gegenüber den Währungen aller westeuropäischen Handelspartner seit Anfang 1987 um 7,0 vH vermindert. Besonders ausgeprägt war der reale Wertverlust der D-Mark dabei gegenüber einigen Währungen, die nicht am Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems teilnehmen. So verlor die D-Mark gegenüber dem Pfund Sterling von Anfang 1987 bis zum dritten Quartal 1989 preisbereinigt um 16,5 vH an Wert; gegenüber der Spanischen Peseta, die erst seit Juni dieses Jahres in den Wechselkursmechanismus einbezogen ist, betrug der Wertverlust im gleichen Zeitraum sogar beinahe 19 vH. Gegenüber den meisten anderen Währungen des Europäischen Währungssystems hat sich der reale Außenwert der D-Mark hingegen in den vergangenen drei Jahren nur geringfügig verringert (Schaubild 13).

90. Neben den genannten Faktoren spiegeln sich im deutschen Leistungsbilanzüberschuß schließlich auch Sonderentwicklungen wider. Die Energieeinfuhren haben sich in den Jahren 1985 und 1986 stark verbilligt, was im wesentlichen eine Folge des Verfalls der Erdölpreise um beinahe 60 vH gewesen ist. Dies hat sich deutlich in den bilateralen Leistungsbilanzsalden gegenüber den erdöl- und erdgasexportierenden Ländern Europas, also vor allem den Niederlanden, Norwegen und dem Vereinigten Königreich niedergeschlagen. Umgekehrt wurde in jüngster Vergangenheit die Leistungsbilanzentwicklung gegenüber diesen drei Ländern aber auch durch wieder höhere Ölpreise beeinflußt.

Insbesondere für den Ausweis der Salden im Handel der Bundesrepublik mit Frankreich spielt auch die enge Zusammenarbeit deutscher und französischer Firmen im Rahmen der Airbus-Kooperation eine bedeutsame Rolle. Der Umfang des bilateralen Handels wird hier durch Lieferungen im Rahmen des Veredlungsverkehrs ausgeweitet, da Hin- und Herlieferungen zwischen den Produktionsstätten in Frankreich und der Bundesrepublik jeweils in vollem Umfang als Ausfuhr oder Einfuhr erfaßt werden. Zudem kann diese Art der Erfassung zu einer vorübergehenden Verzerrung der ausgewiesenen Handelsbilanzsalden führen, denn die Periodenabgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik führt zu einer willkürlichen Verteilung der Zahlungen auf die einzelnen Jahre. In den ersten acht Monaten betrug die Ausfuhr von Verkehrsflugzeugen im Veredlungsverkehr nach Frankreich 5,8 Mrd DM; die Einfuhren beliefen sich auf 4,9 Mrd DM.

91. Die Höhe der Leistungsbilanzsalden innerhalb der Europäischen Gemeinschaft hat in jüngster Zeit zu Forderungen nach einer Änderung der im Europäischen Währungssystem vereinbarten Währungsparitäten geführt. Aus der Existenz von Leistungsbilanzsalden allein kann jedoch nicht auf die Notwendigkeit von Wechselkursänderungen geschlossen werden. Vielmehr ist auch die Finanzierungsseite zu berücksichtigen. Stehen den Leistungsbilanzsalden entsprechende freiwillige Kapitalbewegungen gegenüber, so ist dies mit Hinblick auf das Erfordernis von Leitkursanpassungen gänzlich anders zu beurteilen, als wenn der Zahlungsbilanzausgleich nur über Interventionen der Währungsbehörden an den Devisenmärkten herbeigeführt werden könnte.

Spannungen im Europäischen Währungssystem sind seit dem letzten Realignment im Januar 1987 weitgehend ausgeblieben. Nur selten stießen die Wechselkurse an die Interventionsgrenzen, so daß obligatorische Interventionen der Währungsbehörden kaum notwendig wurden; sich anbahnende Anspannungen wurden auch durch intramarginale Devisenmarktinterventionen abgewendet. Die um Veränderungen der Verbraucherpreise bereinigte Bewertung der einzelnen EWS-Währungen blieb lange Zeit überraschend stabil (Schaubild 14). Erst seit Herbst 1988 kam es zu größeren Veränderungen des realen Außenwertes der Italienischen Lira (+7,2 vH) sowie, seit Beginn dieses Jahres, des Holländischen Gulden (−3,5 vH).

Schaubild 13

REALER AUSSENWERT DER D-MARK IM EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSSYSTEM[1]

Auf Basis der Verbraucherpreise

Log. Maßstab
1. Vj. 1987 = 100

Währungen der EWS-Länder, insgesamt[2]

Am Wechselkursmechanismus des EWS beteiligte Währungen[3]

Alle EWS-Währungen

105
100
90
80

1987 1988 1989

EWS-Währungen (I)[4]

Belgischer/Luxemburgischer Franc

Holländischer Gulden

Französischer Franc

Irisches Pfund

Dänische Krone

1987 1988 1989

EWS-Währungen (II)[5]

Italienische Lira

Spanische Peseta

1987 1988 1989

EWS-Währungen (III)[6]

Portugiesischer Escudo

Griechische Drachme

Pfund Sterling

1987 1988 1989

1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber den am EWS beteiligten Währungen. — 2) Zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr. — 3) Ohne Spanien. — 4) Die am Wechselkursmechanismus des EWS mit einer Bandbreite von 2,25 vH teilnehmen. - 5) Die am Wechselkursmechanismus des EWS mit einer erweiterten Bandbreite von 6 vH teilnehmen; Spanien ab 19. Juni 1989. — 6) Die am Wechselkursmechanismus des EWS nicht teilnehmen.

Quelle für Grundzahlen: EG, IWF, OECD, UN

SR 89 0807

Schaubild 14

REALER AUSSENWERT DER AM WECHSELKURSMECHANISMUS DES EWS BETEILIGTEN WÄHRUNGEN [1]

Auf Basis der Verbraucherpreise

Log. Maßstab 1. Vj. 1985 = 100

Dänische Krone

Italienische Lira

Belgischer und Luxemburgischer Franc

Deutsche Mark

Französischer Franc

Holländischer Gulden

Irisches Pfund

A) B) C) D)

1985 1986 1987 1988 1989

1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber den am EWS beteiligten Währungen (EG-Länder ohne Griechenland, Vereinigtes Königreich, Portugal und Spanien), zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr.
A) 22. Juli 1985: Abwertung der Italienischen Lira gegenüber allen anderen Währungen um 8 vH. — B) 7. April 1986: Abwertung des Französischen Franc um 3 vH sowie des Belgischen und des Luxemburgischen Franc und der Dänischen Krone um 1 vH; Aufwertung der D-Mark und des Holländischen Gulden um 3 vH. — C) 4. August 1986: Abwertung des Irischen Pfund gegenüber allen anderen Währungen um 8 vH. — D) 12. Januar 1987: Aufwertung der D-Mark und des Holländischen Gulden um 3 vH sowie des Belgischen und des Luxemburgischen Franc um 2 vH.

Quelle für Grundzahlen: EG, IWF, OECD, UN

SR 89 0805

92. Voraussetzung für die weitgehende Stabilität der im Europäischen Währungssystem vereinbarten Paritäten war allerdings der Fortbestand von Zinsdifferenzen zwischen den einzelnen Währungen (Tabelle 7). Die Defizitländer mit hohen Inflationsraten mußten vergleichsweise hohe Zinssätze bieten, um ihre Währungen für die internationalen Kapitalanleger attraktiv zu machen und so eine Finanzierung ihrer Leistungsbilanzdefizite ohne Rückgriff auf die Währungsreserven zu ermöglichen. Dauerhaft hohe Zinsdifferenzen deuten jedoch bei festen Wechselkursen und freiem Kapitalverkehr darauf hin, daß die festgesetzten Kursrelationen nicht in Einklang mit den Fundamentalfaktoren stehen. Soweit dies der Fall ist, ergibt sich die Notwendigkeit für ein Realignment (Ziffern 419ff.).

Tabelle 7

Zinssätze in ausgewählten europäischen Ländern

September 1989

Land	Kurzfristige Zinsen[1]		Langfristige Zinsen[2]		Nachrichtlich
	Prozent	Zinsdifferenz zur Bundesrepublik Deutschland in Prozentpunkten	Prozent	Zinsdifferenz zur Bundesrepublik Deutschland in Prozentpunkten	Verbraucherpreise Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH
Bundesrepublik Deutschland	7,36	X	7,10	X	+ 3,1
Frankreich	9,35	+ 1,99	9,18	+ 2,08	+ 3,4
Vereinigtes Königreich	13,43	+ 6,07	9,62	+ 2,52	+ 7,6
Italien	12,99	+ 5,63	11,84	+ 4,74	+ 6,3
Niederlande	6,98	− 0,38	7,23	+ 0,13	+ 1,3
Belgien/Luxemburg	9,20	+ 1,84	8,60	+ 1,50	+ 3,5
Spanien	15,06	+ 7,70	13,73	+ 6,63	+ 6,8

1) Überwiegend für Dreimonats-Schatzwechsel.
2) Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren.

Quellen: EG, OECD; Bundesrepublik Deutschland nationale Veröffentlichungen

VI. Zur Gewinn-Erlös-Relation

93. Der Sachverständigenrat benutzt die Kosten-Erlös-Relation als Maßgröße für die Ertragssituation im Unternehmenssektor. Als Komplement zur Kosten-Erlös-Relation ergibt sich die Gewinn-Erlös-Relation, auf die im folgenden stets Bezug genommen wird. Die Gewinn-Erlös-Relation soll Aufschluß darüber geben, wie die gesamtwirtschaftlichen Investitionsbedingungen von der Ertragsentwicklung her zu beurteilen sind. Ein enger Zusammenhang zwischen der Gewinn-Erlös-Relation und der Investitionstätigkeit ist vor allem dann gegeben, wenn die aktuelle Ertragslage die Gewinnerwartungen der Unternehmen prägt. Allerdings kommt es für das Investieren in Sachkapital nicht allein auf hohe erwartete Erträge an, stimmen muß auch das Verhältnis des Ertrages zum Risiko, das sich mit langfristigen Investitionsentscheidungen verbindet.

94. Wir haben die Berechnungsweise der Gewinn-Erlös-Relation in diesem Jahr in einigen Punkten geändert, um das Meßkonzept weiter zu präzisieren und seine Aussagekraft zu schärfen (Schaubild 15, Tabelle 8). Die Grundkonstruktion wird aber beibehalten. Nach wie vor dient die Konzeption dazu, die gesamtwirtschaftliche Ertragslage nachzuzeichnen und nicht etwa die funktionale Verteilung der Einkommen zu analysieren. Hierfür ist die Gewinn-Erlös-Relation vor allem auch deswegen ungeeignet, weil zur Berechnung des Gewinns auch kalkulatorische Kosten von den Erlösen abgezogen werden (Anhang IV, Abschnitt B). Für die Analyse der Einkommensverteilung verwenden wir die Arbeitseinkommensquote (Ziffer 180).

95. Während die bisherige Berechnung sämtliche Vorleistungen des Unternehmenssektors einerseits als Kostenkomponente und andererseits als Erlöskomponente berücksichtigte, werden nun nur noch die vom Ausland bezogenen Vorleistungen in die Rechnung einbezogen. Hierfür sprechen zunächst konzeptionelle Gründe. So kann sich die Höhe der inländischen Vorleistungen und damit auch die Höhe der Erlöse allein aufgrund eines vertikalen Zusammenschlusses von Unternehmen vermindern oder aufgrund einer Auslagerung von Fertigungsstufen erhöhen. Da die gesamtwirtschaftliche Gewinnsumme von der Höhe der Zwischenlieferungen in der Wirtschaft unabhängig ist, würde die Gewinn-Erlös-Relation im einen Fall rechnerisch erhöht, im anderen gesenkt. Tatsächlich läge aber in beiden Fällen keine gesamtwirtschaftlich relevante Änderung der Ertragssituation vor. Für die Vernachlässigung inländischer Vorleistungen sprechen auch statistische Gründe. In der hier benötigten Abgrenzung stehen die Vorleistungen nur mit beträchtlicher Verzögerung zur Verfügung. Der Verzicht auf ihre Einbeziehung macht Schätzungen entbehrlich und erlaubt es so, eine Fehlerquelle bei der Prognose der Gewinn-Erlös-Relation auszuschalten.

Die Herausnahme inländischer Vorleistungen wirkt sich auf das Niveau der Gewinn-Erlös-Relation stärker, auf den Verlauf jedoch nur geringfügig aus. Allerdings verbindet sich mit dieser methodischen Änderung ein Wandel in der Betrachtungsweise. Die bisherige Gewinn-Erlös-Relation stellte auf ein durchschnittliches Unternehmen in der Privatwirtschaft ab, das bei seiner Rentabilitätskalkulation den Gewinn auf den gesamten Umsatz bezieht, der neben der Wertschöpfung auch die von inländischen Unternehmen empfangenen Vorleistungen enthält. Bei der neuen Berechnungsart wird der gesamte Unternehmenssektor gleichsam als ein Unternehmen angesehen. Bei dieser Sichtweise spielen nur die aus dem Ausland empfangenen Vorleistungen eine Rolle.

96. Die zweite Änderung bei der Berechnung der Gewinn-Erlös-Relation besteht in der Hinzunahme eines kalkulatorischen Unternehmerlohns als Kostenkomponente. Dahinter steht die These, daß die Inve-

Schaubild 15

GEWINN - ERLÖS - RELATION 1)

Produktionsunternehmen

Arithm. Maßstab vH

15

10

5

0

Neue Berechnung 2)

Alte Berechnung 3)

1960 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88

1) Gewinne in vH der Erlöse.– 2) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. Zur Methode siehe Anhang IV, Abschnitt B.– 3) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. Zur Methode siehe JG 88 Anhang IV, Abschnitt B.

SR 89 0782

stitionsbereitschaft der Selbständigen weniger von der Gesamthöhe ihres Einkommens, als vielmehr von dem Teil abhängt, der über das alternativ in einer abhängigen Beschäftigung erzielbare Einkommen hinausgeht und insofern eine Risikoprämie enthält. Den zu veranschlagenden Unternehmerlohn setzen wir in gleicher Höhe an wie das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten in der Privatwirtschaft.

Die Art und Weise, in der wir den kalkulatorischen Unternehmerlohn einbeziehen, kann allerdings nur als Annäherung gelten. Einerseits nehmen wir in Kauf, daß alle mithelfenden Familienangehörigen mit dem durchschnittlichen Lohn der abhängig Beschäftigten berücksichtigt werden, obwohl ihr tatsächliches Entgelt im allgemeinen deutlich geringer sein dürfte. Diese Unschärfe ergibt sich daraus, daß die amtliche Statistik die mithelfenden Familienangehörigen den Selbständigen zurechnet. Andererseits umfassen die selbständigen Tätigkeiten auch Berufe mit überdurchschnittlich hohem Verdienst. Es ist somit nicht eindeutig, ob das durchschnittliche Arbeitseinkommen der Selbständigen in unserer Rechnung eher zu hoch oder zu niedrig angesetzt ist.

Wir haben nun den Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft aus der Berechnung der Gewinn-Erlös-Relation herausgenommen. Staatliche Regulierungen beeinflussen die Gewinnhöhe und haben in diesem Bereich eine besondere Bedeutung für den Investitionskalkül. Ausschlaggebend war es aber, daß die Anzahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen, die kurzfristig nicht ohne weiteres in eine abhängige Beschäftigung wechseln können, im Agrarsektor besonders hoch ist. Für diese Erwerbstätigen ist die Berechnung eines kalkulatorischen Unternehmerlohns in Höhe des Durchschnittslohnes eines abhängig Beschäftigten nicht aussagekräftig.

Tabelle 8

Zur Gewinn-Erlös-Relation [1]

Jahr	Brutto-lohn- und -gehalts-summe (1)	Arbeit-geber-beiträge (2)	Kalku-latorischer Unterneh-merlohn [2] (3)	Zins-kosten [3] (4)	Abschrei-bungen (5)	Indirekte Steuern abzüg-lich Subven-tionen [4] (6)	Vorlei-stungen Ausland [5] (7)	Gewinn-Erlös-Relation [6] (8)	Nachrichtlich: Kapitalrendite [7] ohne Zinskosten	Nachrichtlich: Kapitalrendite [7] mit Zinskosten
	In vH der Erlöse [8]								vH	
1960	34,19	5,23	6,99	7,45	5,61	13,38	13,37	13,78	18,02	11,70
1961	35,55	5,43	7,01	7,53	5,94	13,67	12,54	12,34	16,41	10,19
1962	36,37	5,50	6,83	7,62	6,29	13,71	12,55	11,11	15,16	8,99
1963	36,66	5,50	6,76	7,86	6,68	13,63	12,92	9,98	13,97	7,82
1964	36,74	5,12	6,44	7,80	6,76	13,36	12,93	10,84	14,73	8,56
1965	36,67	5,26	6,29	7,95	6,82	12,84	13,91	10,26	14,41	8,12
1966	37,12	5,46	6,36	8,64	7,18	12,90	13,61	8,74	13,27	6,67
1967	36,65	5,31	6,52	9,42	7,67	13,37	12,98	8,09	12,43	5,75
1968	36,11	5,42	6,36	9,27	7,48	12,36	14,00	9,00	13,19	6,50
1969	35,82	5,45	6,00	8,98	7,10	13,30	14,83	8,52	13,15	6,40
1970	37,35	5,98	6,03	9,09	7,21	12,15	14,38	7,80	13,09	6,04
1971	37,89	6,19	5,83	9,48	7,47	12,23	14,16	6,74	12,49	5,19
1972	37,76	6,49	5,89	9,83	7,52	12,23	14,20	6,08	12,13	4,64
1973	38,03	6,90	5,90	10,21	7,48	11,88	14,65	4,96	11,77	3,85
1974	37,26	7,05	5,89	10,70	7,70	11,12	17,47	2,81	10,72	2,23
1975	36,99	7,34	5,96	11,16	8,24	11,23	17,39	1,69	9,88	1,30
1976	35,44	7,43	5,67	10,58	7,84	10,95	18,67	3,42	11,26	2,75
1977	35,84	7,39	5,60	10,24	7,85	10,88	18,29	3,91	11,21	3,10
1978	35,80	7,54	5,51	9,82	7,90	11,04	17,47	4,92	11,59	3,87
1979	34,68	7,43	5,31	9,55	7,70	10,96	19,01	5,36	12,03	4,32
1980	34,72	7,52	5,20	9,81	7,83	10,82	20,74	3,36	10,61	2,71
1981	34,53	7,59	5,20	10,80	8,14	10,72	21,24	1,78	9,86	1,40
1982	34,19	7,54	5,34	11,31	8,47	10,58	20,87	1,69	9,87	1,28
1983	32,86	7,50	5,34	11,29	8,51	10,66	20,38	3,46	11,08	2,60
1984	31,93	7,49	5,25	11,12	8,36	10,51	21,50	3,84	11,24	2,89
1985	31,57	7,45	5,21	10,83	8,35	10,22	21,82	4,54	11,41	3,37
1986	32,46	7,64	5,34	10,59	8,51	10,17	18,93	6,36	12,15	4,56
1987 [9]	32,74	7,80	5,39	10,34	8,57	10,20	17,98	6,98	12,07	4,87
1988 [9]	32,21	7,67	5,34	10,03	8,50	10,01	18,30	7,93	12,45	5,50
1989 [10]	31,44	7,40	5,11	10,00	8,31	10,19	19,50	8,04	12,58	5,61
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten									
1961	+ 1,36	+ 0,20	+ 0,01	+ 0,08	+ 0,32	+ 0,30	− 0,83	− 1,45	− 1,61	− 1,51
1962	+ 0,82	+ 0,08	− 0,17	+ 0,09	+ 0,36	+ 0,03	+ 0,02	− 1,23	− 1,25	− 1,20
1963	+ 0,29	− 0,00	− 0,07	+ 0,24	+ 0,39	− 0,08	+ 0,37	− 1,13	− 1,19	− 1,17
1964	+ 0,08	− 0,38	− 0,32	− 0,06	+ 0,08	− 0,27	+ 0,01	+ 0,85	+ 0,75	+ 0,74
1965	− 0,07	+ 0,14	− 0,15	+ 0,15	+ 0,06	− 0,52	+ 0,97	− 0,58	− 0,32	− 0,45
1966	+ 0,44	+ 0,20	+ 0,08	+ 0,68	+ 0,35	+ 0,06	− 0,30	− 1,52	− 1,14	− 1,44
1967	− 0,47	− 0,15	+ 0,16	+ 0,78	+ 0,49	+ 0,47	− 0,63	− 0,65	− 0,84	− 0,93
1968	− 0,54	+ 0,11	− 0,16	− 0,14	− 0,19	− 1,02	+ 1,02	+ 0,91	+ 0,76	+ 0,75
1969	− 0,29	+ 0,03	− 0,37	− 0,30	− 0,37	+ 0,94	+ 0,83	− 0,48	− 0,04	− 0,09
1970	+ 1,53	+ 0,52	+ 0,04	+ 0,11	+ 0,11	− 1,15	− 0,45	− 0,72	− 0,06	− 0,36
1971	+ 0,54	+ 0,22	− 0,20	+ 0,39	+ 0,26	+ 0,08	− 0,22	− 1,06	− 0,60	− 0,85
1972	− 0,13	+ 0,29	+ 0,06	+ 0,36	+ 0,04	− 0,00	+ 0,04	− 0,66	− 0,36	− 0,56
1973	+ 0,27	+ 0,41	+ 0,01	+ 0,37	− 0,04	− 0,36	+ 0,45	− 1,13	− 0,36	− 0,79
1974	− 0,77	+ 0,15	− 0,00	+ 0,49	+ 0,22	− 0,76	+ 2,82	− 2,15	− 1,05	− 1,62
1975	− 0,27	+ 0,29	+ 0,07	+ 0,46	+ 0,54	+ 0,11	− 0,08	− 1,12	− 0,85	− 0,93
1976	− 1,55	+ 0,09	− 0,30	− 0,58	− 0,40	− 0,28	+ 1,28	+ 1,73	+ 1,38	+ 1,45
1977	+ 0,40	− 0,04	− 0,07	− 0,34	+ 0,01	− 0,07	− 0,38	+ 0,49	− 0,04	+ 0,35
1978	− 0,03	+ 0,15	− 0,09	− 0,42	+ 0,05	+ 0,16	− 0,83	+ 1,01	+ 0,37	+ 0,77
1979	− 1,12	− 0,11	− 0,20	− 0,26	− 0,20	− 0,08	+ 1,54	+ 0,44	+ 0,44	+ 0,45
1980	+ 0,04	+ 0,09	− 0,11	+ 0,26	+ 0,13	− 0,14	+ 1,73	− 1,99	− 1,41	− 1,61
1981	− 0,19	+ 0,07	+ 0,01	+ 0,99	+ 0,31	− 0,10	+ 0,50	− 1,58	− 0,76	− 1,31
1982	− 0,34	− 0,05	+ 0,14	+ 0,51	+ 0,34	− 0,14	− 0,37	− 0,09	+ 0,02	− 0,11
1983	− 1,33	− 0,04	− 0,01	− 0,02	+ 0,04	+ 0,08	− 0,49	+ 1,77	+ 1,20	+ 1,32
1984	− 0,93	− 0,01	− 0,09	− 0,17	− 0,15	− 0,15	+ 1,12	+ 0,39	+ 0,16	+ 0,29
1985	− 0,36	− 0,04	− 0,04	− 0,29	− 0,01	− 0,29	+ 0,32	+ 0,69	+ 0,17	+ 0,48
1986	+ 0,88	+ 0,19	+ 0,12	− 0,25	+ 0,16	− 0,05	− 2,90	+ 1,83	+ 0,74	+ 1,19
1987 [9]	+ 0,28	+ 0,16	+ 0,05	− 0,24	+ 0,06	+ 0,03	− 0,95	+ 0,62	− 0,07	+ 0,31
1988 [9]	− 0,53	− 0,13	− 0,05	− 0,32	− 0,07	− 0,18	+ 0,32	+ 0,95	+ 0,38	+ 0,64
1989 [10]	− 0,77	− 0,26	− 0,23	− 0,03	− 0,19	+ 0,18	+ 1,20	+ 0,11	+ 0,12	+ 0,10

[1] Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. — [2] Dabei wird unterstellt, daß jeder Selbständige bzw. mithelfende Familienangehörige das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers erhält. — [3] Auf Anlage-, Vorrats- und Geldvermögen der Unternehmen. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang IV, Abschnitt B. — [4] Wegen der fehlenden Aufgliederung sind für die nicht berücksichtigten Wirtschaftsbereiche (siehe Fußnote 1) von den indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) nur die Produktionssteuern (abzüglich Subventionen), nicht jedoch die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, die Einfuhrabgaben und die Verwaltungsgebühren abgesetzt. — [5] Einfuhr von Waren (VGR-Abgrenzung) abzüglich Einfuhr von Investitionsgütern (Spezialhandel). — [6] 100 vH abzüglich Summe (1) bis (7). — [7] Gewinne [Bruttoinlandsprodukt und Vorleistungen Ausland nach Abzug der Kosten (1) bis (3) + (5) bis (7) bzw. (1) bis (7)] in vH des der Berechnung der Zinskosten zugrundeliegenden Vermögensbestandes (Anlage- und Vorratsvermögen jeweils zu Anschaffungspreisen sowie Geldvermögen ohne Aktien). — [8] Bruttoinlandsprodukt und Vorleistungen Ausland. — [9] Vorläufige Ergebnisse. — [10] Eigene Schätzung.

Quelle für Geldvermögen und Umlaufsrendite: Deutsche Bundesbank

97. Die Berücksichtigung des kalkulatorischen Unternehmerlohnes als Kostenkomponente hat zur Folge, daß die Höhe der Gewinn-Erlös-Relation vermindert wird. Dies wirkt sich im Endergebnis der Berechnung für die meisten Jahre allerdings weniger stark aus als die Vernachlässigung inländischer Vorleistungen, die das Niveau der Gewinn-Erlös-Relation für sich genommen erhöht. Wichtiger als das Niveau der Gewinn-Erlös-Relation, das vor allem von der gewählten Bezugsgröße, der Art der kalkulatorischen Kostenberechnung und der sektoralen Abgrenzung abhängt, sind ihre Veränderungen im Zeitablauf. Nach der neuen Berechnungsmethode sind die jährlichen Veränderungen der Gewinn-Erlös-Relation wesentlich größer als nach der alten, aber sie haben mit einer Ausnahme das gleiche Vorzeichen. Im langfristigen Vergleich liegt die Gewinn-Erlös-Relation nach neuer Berechnungsmethode im Jahre 1989 in etwa so hoch wie nach der alten Methode, sie erreicht die Werte der späten sechziger Jahre.

98. Zusätzlich zur Gewinn-Erlös-Relation weisen wir auch eine Kapitalrendite aus (Schaubild 16). Zur Berechnung dieser Größe werden die Gewinne auf den Kapitalstock zu Anschaffungspreisen bezogen. Die Kapitalrendite stellt somit eine Ergänzung zur Gewinn-Erlös-Relation dar, die die Rentabilität des volkswirtschaftlichen Kapitalbestandes mißt. Wird die Kapitalrendite unter Einschluß kalkulatorischer Kapitalkosten berechnet, so bedeutet ein Anstieg dieser

Schaubild 16

GEWINN - ERLÖS - RELATION UND KAPITALRENDITE 1)

Produktionsunternehmen 2)

Arithm. Maßstab vH

Gewinn - Erlös - Relation 3)

Kapitalrendite 4)

1960 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 5)

1) Zur Methode siehe Anhang IV, Abschnitt B.– 2) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung.– 3) Gewinne in vH der Erlöse.– 4) Gewinne in vH des der Berechnung der Zinskosten zugrundeliegenden Vermögensbestandes (Anlage- und Vorratsvermögen jeweils zu Anschaffungspreisen sowie Geldvermögen ohne Aktien).– 5) Eigene Schätzung.

SR 89 0781

Größe, daß die Erträge einer Sachinvestition in Relation zu den Erträgen einer Finanzinvestition steigen. Unter sonst gleichen Bedingungen wird das Investieren in Sachkapital attraktiver. Beim Vergleich mit der Entwicklung der Gewinn-Erlös-Relation fällt auf, daß die Kapitalrendite seit Beginn der sechziger Jahre schwächer zurückgegangen ist und daß sie in Phasen steigender Gewinne langsamer zunimmt. Darin kommt zum Ausdruck, daß die Kapitalintensität der Produktion dem Trend nach zunimmt und der Kapitaleinsatz je Outputeinheit heute wesentlich höher ist als vor zehn oder zwanzig Jahren. Den Zusammenhang zwischen Kapitalrendite und Gewinn-Erlös-Relation auf der einen sowie der Investitionstätigkeit auf der anderen Seite haben wir an anderer Stelle erörtert (Ziffer 161).

VII. Arbeitsmarkt im Zeichen beschleunigten Wirtschaftswachstums

99. Die dynamische Wirtschaftsentwicklung hat den Arbeitsmarkt in voller Breite erfaßt. Der Beschäftigungsanstieg war stark genug, um die seit 1983 nahezu unveränderte Arbeitslosigkeit erstmals deutlich zu senken. Dies war möglich, obwohl das Arbeitsangebot auch in diesem Jahr kräftig zugenommen hat. Der Neuzugang auf dem Arbeitsmarkt ging zum überwiegenden Teil auf eine erhöhte Zuwanderung zurück.

Die Dynamik am Arbeitsmarkt hat bereits zu Verknappungen geführt. Insbesondere bei der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte zeichnen sich in zunehmendem Maße Engpässe ab. Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit hat sich hingegen nicht entschärft. Es ist nicht zu erwarten, daß es allein durch verstärktes wirtschaftliches Wachstum gelöst werden kann.

Stärkster Beschäftigungsanstieg seit 1979

100. Die Anzahl der Erwerbstätigen lag im dritten Quartal des Jahres 1989 um mehr als 350 000 über Vorjahresstand; im Jahresdurchschnitt dürfte der Zuwachs rund 340 000 Personen betragen (Tabelle 9). Dieser stärkste Beschäftigungsanstieg seit 1979 geht vor allem auf die dynamischere Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik zurück. Im Verlauf der siebenjährigen Aufwärtsentwicklung hat die Anzahl der Erwerbstätigen um nunmehr 1,3 Millionen Personen zugenommen. Damit wird der Beschäftigungsstand des Jahres 1980, der den Höchstwert des letzten Aufschwungs darstellte, erstmals deutlich übertroffen. Die gute Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre ging also keineswegs am Arbeitsmarkt vorbei; sie war im Gegenteil Ursache und Voraussetzung für eine nachhaltige Ausweitung der Beschäftigung.

Beim Vergleich des Beschäftigungsstandes im Jahre 1989 mit dem von 1980 ist zu berücksichtigen, daß die Volkszählung von 1987 eine um rund eine Million höhere Anzahl an Erwerbstätigen ausweist als die Statistik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Diese Differenz der Erwerbstätigenzahl blieb bei dem hier vorgenommenen Vergleich unberücksichtigt. Eine Rückrechnung der Erwerbstätigenzahl für den Zeitraum 1970 bis 1987 auf der Grundlage detaillierter Ergebnisse von Volkszählung und Arbeitsstättenzählung ist vom Statistischen Bundesamt für das Frühjahr 1990 angekündigt.

101. Bereits im Jahre 1988 hatte sich abgezeichnet, daß die Beschäftigungszunahme nicht mehr auf wenige Wirtschaftsbereiche beschränkt blieb. Sie gewann an Breite. Diese Tendenz hat sich 1989 fortgesetzt. Zwar trägt der tertiäre Bereich — Dienstleistungsunternehmen, Handel und Verkehr, Staat und private Haushalte — nach wie vor kräftig zum Beschäftigungsaufbau bei; die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer lag dort im dritten Quartal um schätzungsweise gut 250 000 über Vorjahresstand. Doch haben die Unternehmen im Warenproduzierenden Gewerbe ihren Personalbestand in diesem Jahr so stark aufgestockt wie seit zehn Jahren nicht mehr; der Vorjahresabstand betrug nach unseren Schätzungen im dritten Quartal reichlich 100 000 Beschäftigte.

Vor allem im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe haben die Unternehmen ihren Personalbestand beträchtlich erhöht. Die Anzahl der Beschäftigten lag dort im August um 95 600 oder 2,5 vH über Vorjahresstand; dies war ein weit stärkerer Beschäftigungsanstieg als im gesamten Verarbeitenden Gewerbe mit 1,8 vH.

Die aktuelle Beschäftigungsentwicklung im Warenproduzierenden Gewerbe unterbricht den dort seit vielen Jahren zu beobachtenden Trend rückläufiger Beschäftigtenzahlen. Der strukturelle Wandel in der Beschäftigung hin zum tertiären Sektor und zu Lasten des Warenproduzierenden Gewerbes scheint gebremst. Allerdings ist hierin kein neuer Trend zu sehen; denn die Ursache für die besonders gute Beschäftigungsentwicklung im Warenproduzierenden Gewerbe — der überdurchschnittlich starke Anstieg der Ausfuhr und der Investitionen — wird in dieser Form kaum dauerhaft erhalten bleiben.

102. Die Beschäftigungsdynamik ist auch in regionaler Sicht ausgeglichener geworden. In der Rezession Anfang der achtziger Jahre war die Beschäftigung in allen Bundesländern geschrumpft, überdurchschnittlich stark aber in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, sowie in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland; hier schlugen sich die besonderen Anpassungslasten altindustrieller Problemgebiete nieder. Ab 1984 nahm die Anzahl der Beschäftigten zwar in den meisten Ländern wieder zu. Die Beschäftigungsdynamik blieb aber lange Zeit in den Ländern schwach, die zuvor überdurchschnittliche Beschäftigungsverluste hinzunehmen hatten. Von den genannten Ländern gelang es lediglich Niedersachsen, mit der Beschäftigungsentwicklung im gesamten Bundesgebiet mitzuhalten. In diesem Jahr hat sich eine Entwicklung fortgesetzt, die schon 1988 begann: Der Anstieg der Beschäftigung war — gemessen an der Zunahmerate der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten — gleichmäßiger auf das Bundesgebiet verteilt. Insbesondere haben jetzt auch Bremen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland Anschluß an das Tempo gewonnen, mit dem sich in der Bundesrepublik insgesamt die Beschäftigung ausweitet. Nur der Stadtstaat Hamburg bleibt zurück. Die Angleichung der Zuwachsraten in der Beschäftigung bedeutet allerdings nicht, daß in den genannten Län-

Tabelle 9

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbspersonen[1])	Erwerbstätige[2])				Arbeitslose[4])	Kurzarbeiter[4])	Offene Stellen[4])	Arbeitslosenquote[6])
		insgesamt	beschäftigte Arbeitnehmer zusammen	beschäftigte Arbeitnehmer darunter Ausländer[3])[4])	Selbständige[5])				
	1 000								vH
1960	26 518	26 247	20 257	279	5 990	271	3	465	1,3
1961	26 772	26 591	20 730	507	5 861	181	3	552	0,9
1962	26 845	26 690	21 032	629	5 658	155	4	574	0,7
1963	26 930	26 744	21 261	773	5 483	186	11	555	0,9
1964	26 922	26 753	21 484	902	5 269	169	2	609	0,8
1965	27 034	26 887	21 757	1 119	5 130	147	1	649	0,7
1966	26 962	26 801	21 765	1 244	5 036	161	16	540	0,7
1967	26 409	25 950	21 054	1 014	4 896	459	143	302	2,1
1968	26 291	25 968	21 183	1 019	4 785	323	10	488	1,5
1969	26 535	26 356	21 752	1 366	4 604	179	1	747	0,8
1970	26 817	26 668	22 246	1 807	4 422	149	10	795	0,7
1971	27 002	26 817	22 606	2 128	4 211	185	86	648	0,8
1972	26 990	26 744	22 633	2 285	4 111	246	76	546	1,1
1973	27 195	26 922	22 906	2 498	4 016	273	44	572	1,2
1974	27 147	26 565	22 640	2 381	3 925	582	292	315	2,5
1975	26 884	25 810	22 014	2 061	3 796	1 074	773	236	4,7
1976	26 651	25 591	21 939	1 925	3 652	1 060	277	235	4,6
1977	26 577	25 547	22 029	1 872	3 518	1 030	231	231	4,5
1978	26 692	25 699	22 264	1 857	3 435	993	191	246	4,3
1979	26 923	26 047	22 663	1 924	3 384	876	88	304	3,7
1980	27 217	26 328	23 009	2 018	3 319	889	137	308	3,7
1981	27 416	26 144	22 869	1 912	3 275	1 272	347	208	5,3
1982	27 542	25 709	22 436	1 787	3 273	1 833	606	105	7,6
1983	27 589	25 331	22 057	1 694	3 274	2 258	675	76	9,3
1984	27 629	25 363	22 097	1 609	3 266	2 266	384	88	9,3
1985	27 844	25 540	22 274	1 568	3 266	2 304	235	110	9,4
1986	28 032	25 804	22 543	1 570	3 261	2 228	197	154	9,0
1987	28 236	26 007	22 757	1 577	3 250	2 229	278	171	8,9
1988	28 416	26 174	22 925	1 610	3 249	2 242	208	189	8,9
1989[7])	28 550	26 515	23 260	1 655	3 255	2 035	115	245	8,0

[1]) Erwerbstätige und Arbeitslose.
[2]) Nach dem Inländerkonzept (ständiger Wohnsitz im Bundesgebiet) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Jahresdurchschnitte. Die Ergebnisse der Volkszählung und Arbeitsstättenzählung vom Mai 1987 sind noch nicht berücksichtigt.
[3]) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.
[4]) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Jahresdurchschnitte.
[5]) Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.
[6]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose).
[7]) Eigene Schätzung.

dern die hier besonders starken Beschäftigungsverluste aus der Rezession wieder ausgeglichen wären. Wollten sie diesen Rückstand aufholen, müßten sie ihre Beschäftigung überdurchschnittlich stark ausdehnen. Dies zeichnet sich aber nicht ab. Die Beschäftigungsdynamik zeigt sich auch darin, daß sich die regionalen Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt, gemessen an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken, zuletzt wieder verringert haben (Tabelle 10).

Arbeitsvolumen erneut gestiegen

103. In der Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens — dem Produkt aus der Anzahl der Erwerbstätigen und der durchschnittlichen Arbeitszeit — vollzieht sich seit einigen Jahren eine markante Änderung. Der über Jahrzehnte anhaltende Trend eines sinkenden Arbeitsvolumens ist seit mehreren Jahren unterbrochen. Seit 1986 steigt die Anzahl an geleisteten Arbeitsstunden wieder an (Schaubild 17). Damit ist das Arbeitsvolumen im vierten Jahr hintereinander gestiegen — eine Entwicklung, die es in den 25 Jahren zuvor nicht gegeben hat.

Die Zunahme des Arbeitsvolumens ist vor allem auf die dynamischere Entwicklung in der Anzahl der Erwerbstätigen zurückzuführen. Diese Zahl wuchs im Durchschnitt der Jahre 1986 bis 1989 um 0,9 vH gegenüber 0,4 vH in den Jahren 1975 bis 1980, als ein

Tabelle 10

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken

Arbeitslosenquoten in vH[1])

Landesarbeitsamtsbezirk	Einheit[2])	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989[3])
Schleswig-Holstein–Hamburg	I	4,6	4,8	4,6	4,0	3,6	5,8	8,4	10,3	10,9	11,6	11,7	11,8	11,1	10,3
	II	3,9	4,1	3,4	2,9	2,6	4,0	6,5	8,0	8,3	9,1	8,4	8,0	8,0	6,7
	III	5,9	6,2	5,6	5,5	5,7	8,9	13,1	14,5	14,9	16,4	16,5	16,1	15,0	12,6
Niedersachsen–Bremen	I	5,4	5,5	5,2	4,7	4,7	6,8	9,5	11,4	12,1	12,5	11,9	11,8	11,5	10,5
	II	3,9	4,1	3,9	3,6	3,6	5,6	7,4	9,4	10,4	11,1	9,6	8,5	9,2	8,1
	III	9,5	9,5	8,8	8,2	7,5	12,6	17,8	20,9	23,1	23,0	21,6	21,3	19,6	14,9
Nordrhein-Westfalen	I	4,9	5,0	5,0	4,6	4,6	6,4	8,6	10,6	10,7	11,0	10,9	11,0	11,0	10,0
	II	3,3	3,1	2,9	2,6	2,9	4,1	5,7	6,9	7,2	7,7	8,0	8,5	8,8	7,1
	III	6,8	7,1	7,8	7,3	6,6	8,5	11,9	15,0	16,3	16,7	16,7	17,1	17,4	14,9
Hessen	I	4,4	4,0	3,6	2,9	2,8	4,3	6,2	7,6	7,4	7,2	6,8	6,7	6,4	6,0
	II	3,1	2,9	2,3	2,2	2,3	3,5	4,9	6,3	6,2	6,1	6,0	5,9	6,1	5,0
	III	5,8	5,5	5,0	4,2	4,1	6,4	9,7	12,2	12,3	12,4	11,5	10,9	10,8	9,6
Rheinland-Pfalz–Saarland	I	5,2	5,2	5,1	4,3	4,4	6,0	7,7	9,2	9,3	9,7	9,4	9,2	8,5	7,8
	II	3,6	3,7	3,4	2,9	3,0	4,8	6,5	8,3	8,2	8,2	8,3	7,7	7,5	5,8
	III	7,7	8,4	8,6	7,6	7,5	9,3	11,6	14,6	15,9	16,2	16,2	16,1	15,5	13,0
Baden-Württemberg	I	3,4	2,9	2,6	2,1	2,3	3,3	4,8	5,9	5,6	5,4	5,1	5,1	5,0	4,5
	II	2,1	1,8	1,7	1,4	1,4	2,1	3,6	4,6	4,0	3,5	3,4	3,6	3,8	3,4
	III	4,6	3,9	4,0	3,4	3,4	4,6	6,3	7,9	7,7	7,9	8,1	7,9	8,2	7,7
Nordbayern[4])	I	5,7	5,2	4,8	4,1	4,0	6,0	8,2	9,4	8,9	8,7	7,8	7,3	7,0	6,3
	II	4,2	3,7	3,5	2,7	2,7	4,9	7,3	8,7	7,8	7,4	6,4	6,0	5,9	4,5
	III	10,1	9,6	9,5	8,0	7,4	10,4	13,5	15,5	15,1	15,0	13,6	13,2	12,7	9,8
Südbayern[4])	I	4,5	4,1	3,7	3,2	3,1	4,4	5,9	7,1	6,9	6,9	6,4	6,1	5,8	5,1
	II	3,1	3,0	2,8	2,2	2,4	3,3	4,8	6,1	6,2	6,2	6,0	5,3	5,0	3,8
	III	10,5	9,6	9,1	7,9	8,3	11,4	14,6	15,7	14,3	14,8	13,6	13,1	12,5	9,5
Berlin	I	3,9	4,5	4,6	4,0	4,3	5,8	8,7	10,4	10,2	10,0	10,5	10,5	10,8	9,8
Bundesgebiet	I	4,6	4,5	4,3	3,8	3,8	5,5	7,5	9,1	9,1	9,3	9,0	8,9	8,7	7,9
Mittlere Abweichung[5])		1,08	1,19	1,25	1,21	1,16	1,53	2,02	2,32	2,59	2,89	2,95	2,98	2,93	2,47

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in vH.
Für Bundesgebiet und Landesarbeitsamtsbezirke: Berechnet mit den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Mikrozensus-Ergebnissen.
Für Arbeitsamtsbezirke: Berechnet aufgrund geschätzter Arbeitnehmeranteile an der Wohnbevölkerung. — [2]) I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote. II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk. III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk. — [3]) Januar bis einschließlich Oktober. — [4]) Wegen Gebietsänderungen einiger Arbeitsamtsbezirke sind die Ergebnisse ab 1977 mit denen für frühere Jahre nur bedingt vergleichbar. — [5]) Mittlere Abweichung der Arbeitslosenquote in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt im jeweiligen Jahr.

Quelle für Grundzahlen: BA

Schaubild 17

PRODUKTION, PRODUKTIVITÄT UND ARBEITSEINSATZ

Produktion und Produktivität

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980
Produktivität je Erwerbstätigenstunde 1)

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Arithm. Maßstab vH

Arbeitseinsatz

Log. Maßstab 1970 = 100

Erwerbstätige 2)
Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen 3)
Arbeitsvolumen 4)

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 im Verhältnis zu den Erwerbstätigenstunden im Kalenderjahr. — 2) Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Ergebnisse der Volks- und Arbeitsstättenzählung vom Mai 1987 sind noch nicht berücksichtigt. — 3) Erwerbstätigenstunden im Kalenderjahr im Verhältnis zur Anzahl der Erwerbstätigen. — 4) Erwerbstätigenstunden im Kalenderjahr. Quelle: DIW.— 5) Eigene Schätzung.

SR 89 0796

etwa gleich starkes Wachstum erzielt wurde wie in den letzten drei Jahren. Dagegen hat sich das Tempo im Rückgang der Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen nur unwesentlich verändert (Tabelle 11).

Tabelle 11

Beschäftigung, Arbeitsvolumen, Produktion

Durchschnittlich jährliche Veränderung in vH

	1970 bis 1980	1980 bis 1989[1])	1975 bis 1980	1982 bis 1989[1])	1986 bis 1989[1])
Erwerbstätige[2])	− 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,9
Arbeitsvolumen[3])	− 1,2	− 0,5	− 0,2	− 0,2	+ 0,4
Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen[4])	− 1,1	− 0,5	− 0,6	− 0,6	− 0,5
Produktivität je Erwerbstätigenstunde[5])	+ 3,9	+ 2,4	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,6
Bruttoinlandsprodukt, real[6])	+ 2,7	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,5	+ 3,0

1) 1989 eigene Schätzung. — 2) Inlandskonzept; in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Ergebnisse der Volks- und Arbeitsstättenzählung vom Mai 1987 sind noch nicht berücksichtigt. — 3) Erwerbstätigenstunden im Kalenderjahr. Quelle: DIW. — 4) Arbeitsvolumen im Verhältnis zur Anzahl der Erwerbstätigen. — 5) Reales Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zum Arbeitsvolumen. — 6) In Preisen von 1980.

104. Die Beschäftigungselastizität des Wirtschaftswachstums, also das Verhältnis der Zuwachsraten von Erwerbstätigkeit und gesamtwirtschaftlicher Produktion, hat zugenommen. In den Jahren 1986 bis 1989 war der durchschnittliche jährliche Zuwachs der Erwerbstätigkeit mehr als doppelt so hoch wie in den Jahren 1975 bis 1980, obwohl die Wirtschaft in etwa gleich stark expandierte. Das Wachstum ist arbeitsintensiver geworden. Die Zunahme der Beschäftigungsintensität spiegelt den tendenziellen Rückgang im Produktivitätsfortschritt wider; während die Produktivität je Erwerbstätigenstunde in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre noch mit durchschnittlich 3,6 vH gestiegen war, lag der Anstieg in den Jahren 1986 bis 1989 bei nur 2,6 vH. Das heißt aber nicht, daß die Senkung der Produktivität Ursache für die Erhöhung der Beschäftigung war. Vielmehr haben ein flexiblerer Arbeitseinsatz und weniger Anlaß zur Substitution von Arbeit durch Kapital zu einer erhöhten Beschäftigung bei gegebenem Wachstum geführt und damit zum schwächeren Produktivitätsanstieg in den letzten drei Jahren beigetragen.

Spürbare Verringerung der Arbeitslosigkeit

105. Nachdem die Arbeitslosigkeit bis zum Vorjahr auf dem hohen Niveau von über 2,2 Millionen Personen verharrte, ist sie in diesem Jahr erstmals kräftig gesunken, im Jahresverlauf um knapp 200 000 Perso-

Schaubild 18

BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSMARKT

1) Saisonbereinigt nach dem Census – Verfahren II, Version X–11. Quelle für Arbeitslose und offene Stellen: BA.– 2) Bei den Arbeitsämtern gemeldete offene Stellen für eine Beschäftigung von voraussichtlich mehr als 7 Kalendertagen.– 3) Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen nach dem Mikrozensus (ohne Soldaten), ab 2. Vierteljahr 1989 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen nach der Volkszählung vom Mai 1987. Quelle: BA.– 4) 4. Quartal 1989: Eigene Schätzung. A) Vorläufige Ergebnisse, nach Anpassung an die Volks- und Arbeitsstättenzählung vom Mai 1987.

SR 89 0775

nen (Schaubild 18). Im Jahresdurchschnitt waren aber noch 2 Millionen Personen arbeitslos gemeldet.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit beruht nicht allein auf konjunkturellen Faktoren. Eine Rolle hat auch gespielt, daß seit dem letzten Jahr veränderte Bestimmungen bei der statistischen Erfassung der Arbeitslosigkeit gelten, deren Umsetzung sich auch in diesem Jahr noch auswirkt. Arbeitsuchende, die weder Anspruch auf Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe haben, werden nur dann als Arbeitslose gezählt, wenn sie ihr Vermittlungsgesuch alle drei Monate erneuern. Außerdem werden seit Beginn des Jahres ausländische Arbeitskräfte, die eine Arbeitserlaubnis benötigen, vor einer erstmaligen Beschäftigung im Bundesgebiet nicht mehr als arbeitslos erfaßt. Diese Effekte dürften im Vergleich zum konjunkturellen Rückgang der Arbeitslosigkeit aber eher gering sein.

Die Bestandszahl der Arbeitslosen läßt nicht die beträchtlichen Bewegungen am Arbeitsmarkt erkennen. Zugänge in die Arbeitslosigkeit und Abgänge aus der Arbeitslosigkeit machen jeweils knapp 4 Millionen Fälle aus (Schaubild 19). In diesem Jahr haben sich die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit kräftig erhöht, Zeichen dafür, daß sich die Wiederbeschäftigungschancen gebessert haben.

Auch sind die Zugänge in die Arbeitslosigkeit leicht gestiegen. Insbesondere haben sich in diesem Jahr zunehmend Personen bei den Arbeitsämtern gemeldet, die zuvor nicht beziehungsweise nicht im Bundesgebiet erwerbstätig waren. Seit Jahresbeginn bis Oktober waren dies rund 200 000 Personen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Eine Rolle hat

Schaubild 19

BEWEGUNGSVORGÄNGE AM ARBEITSMARKT
Jahressummen

1) Eigene Schätzung.

Quelle: BA

SR 89 0774

hierbei auch die verstärkte Zuwanderung von Übersiedlern und Aussiedlern gespielt, die nicht sofort eine Stelle finden konnten.

Die Kurzarbeit hat sich im Durchschnitt der Monate seit Jahresbeginn bis Oktober gegenüber dem Vorjahr fast halbiert (Tabelle 9, Seite 73). Konjunkturell bedingte Kurzarbeit spielt kaum eine Rolle mehr. In nennenswertem Umfang gab es nur noch im Steinkohlenbergbau Kurzarbeit; ohne diesen Wirtschaftszweig lag zuletzt die Anzahl der Kurzarbeiter im Durchschnitt nur noch bei rund 93 000 Personen.

106. Die gute Konjunktur im Warenproduzierenden Gewerbe spiegelt sich erneut in einer geringeren Anzahl arbeitsloser Arbeiter. Vor allem im Bereich der Bauberufe ist die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich zurückgegangen.

Die Chancen für Jugendliche, nach betrieblicher Ausbildung eine Beschäftigung zu finden, sind gegenüber dem Vorjahr nochmals besser geworden. Hier wird der erhöhte Bedarf der Wirtschaft an neu ausgebildeten Arbeitskräften spürbar. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich weiter deutlich verringert. Im Oktober waren 3,6 vH der Arbeitslosen Jugendliche unter 20 Jahren; dies waren knapp 24 000 oder 26 vH weniger Personen als im Vorjahresmonat. Neben der starken Arbeitskräftenachfrage wurde diese Entwicklung durch schwächer besetzte Jahrgänge begünstigt.

107. Trotz der guten konjunkturellen Entwicklung stieg die Arbeitslosigkeit von Personen im Alter ab 59 Jahren gegenüber dem Vorjahr leicht an; sie lag im Durchschnitt der ersten zehn Monate des Jahres bei etwa 106 000 Personen. Darin nicht enthalten sind weitere gut 64 000 Personen der Altersgruppe 58 Jahre und älter, die durch Inanspruchnahme des § 105 c Arbeitsförderungsgesetz Arbeitslosengeld beziehen, auch wenn sie nicht mehr bereit sind, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen. Da sie in der Regel dem Arbeitsmarkt aufgrund eines beantragten Altersruhegeldes nicht vollständig zur Verfügung stehen, werden sie nicht als arbeitslos geführt.

Aufkommende Verspannungen am Arbeitsmarkt

108. So günstig sich die Bewegungen am Arbeitsmarkt in diesem Jahr darstellen — die Beschäftigung nimmt auf breiter Front zu, das Arbeitsvolumen steigt nachhaltig an, die Arbeitslosigkeit geht zurück —, ist doch nicht zu übersehen, daß es Anzeichen für beginnende Verspannungen auf dem Arbeitsmarkt gibt. Auf der einen Seite werden Arbeitskräfte besonders in südlichen Regionen der Bundesrepublik immer knapper; andererseits sind kaum Verbesserungen, eher Verfestigungen im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit festzustellen.

109. Die kräftige Expansion in der Beschäftigung stößt in manchen Bereichen an Grenzen. Auf regionalen Arbeitsmärkten, insbesondere in Bayern und in Baden-Württemberg, finden die Unternehmen nur noch schwer Arbeitskräfte. Klein- und Mittelbetriebe können vielfach kaum noch Fachkräfte für sich gewinnen. Nach der Ifo-Umfrage sind vor allem das Verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft betroffen; im Verarbeitenden Gewerbe meldeten im Juli doppelt so viele Unternehmen eine Produktionsbehinderung durch Arbeitskräftemangel wie im Vorjahr. Überdurchschnittliche Meldungen über Produktionsbehinderungen waren in den Bereichen Stahlverarbeitung und Maschinenbau zu verzeichnen.

110. Auf einen zunehmend ungedeckten Arbeitskräftebedarf deutet die steigende Zahl der offenen Stellen hin. Sie ist seit Jahresbeginn saisonbereinigt um 95 000 auf 306 000 im Oktober gestiegen. Die von der Bundesanstalt für Arbeit ausgewiesenen offenen Stellen erfassen dabei nur einen Teil des Arbeitskräftebedarfs der Wirtschaft. Kontrovers ist die Größenordnung. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit schätzt für das Jahr 1988 rund 550 000 offene Stellen. Die konjunkturelle Anspannung am Arbeitsmarkt zeigt sich aber weniger im Niveau als vielmehr in der Zunahme der Zahl der offenen Stellen. Sie zeigt sich auch daran, daß der Zeitraum, der im Durchschnitt erforderlich ist, um eine dem Arbeitsamt gemeldete Stelle zu besetzen, kontinuierlich zunimmt. Er betrug im Zeitraum von November 1988 bis Oktober 1989 durchschnittlich 5,9 Wochen und war um knapp 16 vH höher als im Vorjahreszeitraum. Im längerfristigen Vergleich ist das aber noch nicht hoch zu nennen. Ein Höchstwert wurde 1980 erreicht, als die Durchschnittszeit von der Meldung bis zur Besetzung fast zehn Wochen betrug.

111. Auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich das Bild grundlegend verändert. Insgesamt vollzieht sich ein Wandel vom Stellenanbietermarkt zum Bewerbermarkt. Die Zahl der Ausbildungsstellen betrug im Jahre 1989 rund 650 000; Ende September waren knapp 85 000 Ausbildungsstellen nicht besetzt, gut ein Drittel mehr als im Vorjahr (Tabelle 12). Geprägt wird diese Entwicklung von einem demographisch bedingten Rückgang in der Anzahl von Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen. Allerdings ist die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt nach Berufen unterschiedlich. In den Fertigungsberufen (insbesondere in der Bauwirtschaft und in Ernährungs- und Metallberufen) wurde die Zahl der Ausbildungsplätze gegenüber dem allgemeinen Trend erhöht. Hier liegt ein besonders hohes Überangebot an Ausbildungsplätzen vor, weil sich weniger Jugendliche als im Vorjahr um solche Ausbildungsstellen bewerben. Anders ist die Lage bei den meisten Dienstleistungsberufen. Erstmals seit Anfang der siebziger Jahre übersteigt die Anzahl der Bewerber die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen. Nur im Bereich der Verwaltungs- und Büroberufe übersteigt noch die Nachfrage das Angebot. Größere Besetzungsschwierigkeiten sind im Hotel- und Gaststättenbereich und in Reinigungsberufen zu verzeichnen.

Da die Jugendlichen gewerbliche Berufe weniger attraktiv finden und stattdessen Verwaltungstätigkeiten vorziehen, ist vom Berufsnachwuchs kaum eine Entlastung als vielmehr eine Verschärfung des Mangels an Facharbeitern zu erwarten.

112. Die Langzeitarbeitslosigkeit stellt nach wie vor ein gravierendes Problem dar. Ihr Umfang hat sich im Zuge der guten Konjunktur und des kräftigen Beschäftigungsanstiegs nur wenig geändert. Von Lang-

Tabelle 12

Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Anzahl in 1000

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge[1]	Unbesetzte Ausbildungsstellen	Nicht vermittelte Bewerber	Angebot an Ausbildungsstellen (1) + (2)	Nachfrage nach Ausbildungsstellen (1) + (3)
		30. September[2]			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1973	450	102	.	552	.
1974	450	29	21	479	471
1975	462	18	24	480	486
1976	496	18	28	514	524
1977	558	26	27	584	585
1978	602	22	24	624	626
1979	640	37	20	677	660
1980	650	45	17	695	667
1981	606	37	22	643	628
1982	631	20	34	651	665
1983	677	20	47	696	724
1984	706	21	58	727	764
1985	697	22	59	719	756
1986	685	31	46	716	731
1987	646	45	34	690	680
1988	604	62	25	666	629
1989	563[a])	85	18	648[a])	581[a])

[1]) Für 1973 bis 1975 aufgrund der Auszubildendenstatistik zum 31. Dezember ermittelt, danach Erhebung zum 30. September.
[2]) Der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen und Bewerber.
[a]) Eigene Schätzung.

Quellen: BA, BMBW

zeitarbeitslosigkeit waren 1988 (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) 685 000 Personen betroffen. Sorge bereitet vor allem, daß unter den Langzeitarbeitslosen die Anzahl derjenigen steigt, die vier Jahre und länger beschäftigungslos sind (Tabelle 13). Ein großer Teil der Langzeitarbeitslosen war zwischen 50 und 65 Jahre alt. In dieser Altersgruppe sind Männer überproportional vertreten. Dagegen befinden sich die meisten längerfristig arbeitslosen Frauen (32,5 vH) in den Altersgruppen bis zu 34 Jahren (24 vH bei den Männern). Ausschlaggebend dürften die Probleme sein, die Frauen nach der Geburt eines Kindes bei der Rückkehr ins Berufsleben haben.

Besonders ausgeprägt ist die Langzeitarbeitslosigkeit unter denjenigen Arbeitslosen, die entweder keinen Berufsabschluß haben, gesundheitliche Einschränkungen aufweisen oder älter als 45 Jahre sind. Vor allem die Kumulation dieser Faktoren beeinträchtigt die Wiederbeschäftigungschancen der Betroffenen erheblich. Während im Jahre 1988 rund 7,5 vH der Gesamtzahl der Arbeitslosen alle diese Merkmale aufwiesen, waren es 14 vH der längerfristig Arbeitslosen. Auf der anderen Seite gibt es viele Langzeitarbeitslose, deren Arbeitsmarktchancen durch keines dieser Merkmale eingeschränkt sind. Im Jahre 1988 waren 126 500 Langzeitarbeitslose mit abgeschlossener Berufsausbildung jünger als 45 Jahre und wiesen keine gesundheitlichen Einschränkungen auf. Wenn auch Personen mit formal günstigen Vermittlungsaussichten seit längerem keine Stelle finden, so könnte dies an einer fehlenden Bereitschaft liegen, etwa wegen familiärer Bindungen den angestammten Wohnort zu verlassen. Darüber hinaus könnte eine Diskrepanz zwischen angebotener und nachgefragter Qualifikationsstruktur eine Rolle spielen.

113. Die gegenläufigen Tendenzen — einerseits die immer spürbarer werdende Verknappung von Arbeitskräften, andererseits die sich verhärtende Langzeitarbeitslosigkeit und die hohe Arbeitslosigkeit in den Problemregionen — weisen auf wachsende Disparitäten am Arbeitsmarkt hin. Dies bedeutet aber nicht, daß die Fortsetzung des Wachstumsprozesses alsbald an einem akuten Arbeitskräftemangel scheitern müßte. Wenn Unternehmen die Nachfrage nach fachlich hochqualifizierten Arbeitskräften am Arbeitsmarkt nicht befriedigen können, gehen sie verstärkt dazu über, geeignete Arbeitnehmer aus dem Bestand der Beschäftigten entsprechend zu qualifizieren. Für die frei werdenden Stellen können Arbeitskräfte in der Regel leichter gefunden werden, weil nunmehr geringere Qualifikationen ausreichen und geringer qualifizierte Arbeitskräfte unter den Arbeitslosen einen größeren Anteil haben als höher qualifizierte. Die so ausgelösten Anpassungsprozesse führen also bei anhaltendem Wachstum dazu, daß allmählich auch auf Arbeitskräfte mit immer geringeren Qualifikationen zurückgegriffen werden wird. Das wirkt einer weiteren strukturellen Verhärtung am Arbeitsmarkt entgegen.

Tabelle 13

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose	September									
	1984		1985		1986		1987		1988	
	1 000	Anteil in vH	1 000	Anteil in vH	1 000	Anteil in vH	1 000	Anteil in vH	1 000	Anteil in vH
Insgesamt	2 143	*100*	2 151	*100*	2 046	*100*	2 107	*100*	2 100	*100*
nach Geschlecht										
Männer	1 155	*53,9*	1 132	*52,6*	1 040	*50,8*	1 082	*51,4*	1 074	*51,1*
Frauen	988	*46,1*	1 019	*47,4*	1 006	*49,2*	1 025	*48,6*	1 026	*48,9*
nach Nationalität										
Deutsche	1 896	*88,5*	1 907	*88,6*	1 803	*88,1*	1 843	*87,5*	1 837	*87,5*
Ausländer	247	*11,5*	244	*11,4*	243	*11,9*	264	*12,5*	262	*12,5*
nach Berufsausbildung										
mit Abschluß	1 085	*50,6*	1 082	*50,3*	1 006	*49,2*	1 042	*49,5*	1 075	*51,2*
ohne Abschluß	1 058	*49,4*	1 069	*49,7*	1 040	*50,8*	1 065	*50,5*	1 024	*48,8*
nach Stellung im Beruf										
Facharbeiter	405	*18,9*	387	*18,0*	351	*17,2*	362	*17,2*	364	*17,4*
Nichtfacharbeiter	954	*44,5*	967	*45,0*	928	*45,3*	949	*45,1*	922	*43,9*
Angestellte										
mit gehobener Tätigkeit	520	*24,3*	496	*23,1*	470	*23,0*	442	*21,0*	449	*21,4*
mit einfacher Tätigkeit	264	*12,3*	301	*14,0*	297	*14,5*	354	*16,8*	364	*17,4*
nach gewünschter Arbeitszeit										
Vollzeitarbeit	1 915	*89,4*	1 915	*89,0*	1 815	*88,7*	1 875	*89,0*	1 860	*88,6*
Teilzeitarbeit	228	*10,6*	236	*11,0*	230	*11,3*	232	*11,0*	240	*11,4*
mit gesundheitlichen Einschränkungen	417	*19,5*	410	*19,0*	406	*19,9*	421	*20,0*	466	*22,2*
darunter: Schwerbehinderte	139	*6,5*	133	*6,2*	122	*6,0*	129	*6,1*	130	*6,2*
nach Dauer der Arbeitslosigkeit[1]										
unter 1 Monat	249	*11,6*	265	*12,3*	249	*12,2*	256	*12,1*	246	*11,7*
1 bis unter 3 Monate	464	*21,7*	434	*20,2*	409	*20,0*	427	*20,3*	421	*20,1*
3 bis unter 6 Monate	348	*16,2*	341	*15,8*	320	*15,6*	336	*16,0*	337	*16,0*
6 bis unter 12 Monate	464	*21,7*	446	*20,7*	414	*20,2*	418	*19,8*	411	*19,6*
1 bis unter 2 Jahre	371	*17,3*	363	*16,9*	334	*16,3*	332	*15,8*	337	*16,1*
2 Jahre und länger	247	*11,5*	303	*14,1*	320	*15,6*	338	*16,1*	347	*16,5*
davon:										
2 bis unter 3 Jahre	.	.	.	.	144	*7,0*	141	*6,7*	140	*6,6*
3 bis unter 4 Jahre	.	.	.	.	81	*4,0*	80	*3,8*	76	*3,6*
4 Jahre und länger	.	.	.	.	95	*4,7*	117	*5,6*	132	*6,3*
nach Altersgruppen										
unter 20 Jahre	177	*8,3*	174	*8,1*	149	*7,3*	132	*6,2*	102	*4,8*
20 bis unter 25 Jahre	406	*18,9*	389	*18,1*	354	*17,3*	347	*16,5*	313	*14,9*
25 bis unter 35 Jahre	584	*27,2*	584	*27,2*	562	*27,5*	582	*27,6*	596	*28,4*
35 bis unter 45 Jahre	375	*17,5*	367	*17,1*	357	*17,4*	371	*17,6*	374	*17,8*
45 bis unter 55 Jahre	333	*15,5*	357	*16,6*	368	*18,0*	390	*18,5*	403	*19,2*
55 Jahre und älter	268	*12,5*	279	*13,0*	256	*12,5*	285	*13,5*	312	*14,9*
darunter: 59 Jahre und älter	104	*4,9*	104	*4,8*	80	*3,9*	93	*4,4*	107	*5,1*
Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz										
Bezieher von Arbeitslosengeld	730	*34,0*	679	*31,6*	647	*31,6*	809	*38,4*	820	*39,1*
Bezieher von Arbeitslosenhilfe	565	*26,3*	568	*26,4*	528	*25,8*	476	*22,6*	467	*22,2*
Leistungen beantragt	228	*10,7*	224	*10,4*	218	*10,7*	193	*9,1*	153	*7,3*
keine Leistungen	620	*28,9*	680	*31,6*	653	*31,9*	630	*29,9*	659	*31,4*
Nachrichtlich:										
Vor der Arbeitslosigkeit in schulischer Ausbildung	135	*6,3*	141	*6,6*	139	*6,8*	130	*6,2*	111	*5,3*

[1] Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Erhebung.

Quelle: BA

Freilich: auch nach zwei Jahren mit Wachstumsraten von über 3 vH unterschreitet die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt noch nicht die Grenze von zwei Millionen. Dies belegt einmal mehr, daß der Weg zur Vollbeschäftigung weit ist. Und er würde nicht ans Ziel führen, wenn die Wachstumsdynamik der Wirtschaft deutlich nachließe. Selbst wenn man das fortschreitende Wachstum optimistisch einschätzt, muß man sehen, daß auf diese Weise der „harte Kern" der Arbeitslosigkeit, die Langzeitarbeitslosigkeit, kaum spürbar verringert werden kann.

Entlastung durch Zuwanderung?

114. Sowohl in quantitativer als auch in struktureller Hinsicht ist die Ausweitung des Erwerbspersonenpotentials in diesem Jahr durch eine starke Zuwanderung von Arbeitskräften geprägt worden. Im Jahre 1989 werden Schätzungen zufolge 350 000 Aussiedler in die Bundesrepublik kommen. Bis zum 9. November hatten 202 350 Übersiedler das Aufnahmeverfahren durchlaufen. Bei den Aussiedlern sind rund die Hälfte Erwerbspersonen, bei den Übersiedlern liegt die Quote höher. Während die Erwerbspersonen unter den Übersiedlern durchweg schnell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, ist bei den Aussiedlern in der Regel erst eine Teilnahme an Deutsch-Sprachlehrgängen und eine anschließende Weiterbildungsmaßnahme erforderlich.

In ihrer Altersstruktur und der Art der Berufsausbildung weisen die Aussiedler und Übersiedler markante Unterschiede zur Gesamtbevölkerung auf. Unter den Übersiedlern gehörten 1988 im Vergleich zur Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet relativ viele Personen der mittleren Altersgruppe an, in diesem Jahr dürfte das Durchschnittsalter noch niedriger sein. Noch stärker unterscheidet sich die Altersstruktur der Aussiedler von derjenigen der Gesamtbevölkerung. Im Jahre 1988 waren 21 vH der Gesamtbevölkerung älter als 60 Jahre, hingegen nur 7 vH der Aussiedler. Jünger als 20 Jahre waren 21 vH der Gesamtbevölkerung, jedoch ein Drittel der Aussiedler.

115. Unter den Aussiedlern ist ein größerer Anteil als bei den Beschäftigten insgesamt in Fertigungsberufen ausgebildet. Bei der derzeit günstigen Lage im Verarbeitenden Gewerbe und dem hohen Bedarf an Fachkräften begünstigt dies ihre Einstellungschancen. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die fachlichen Kenntnisse in vielen Fällen nicht den hiesigen Anforderungen entsprechen und daß häufig Sprachdefizite vorhanden sind. Die Qualifikationsunterschiede scheinen in modernen Dienstleistungsberufen größer zu sein als in Fertigungsberufen und bei letzteren wiederum ausgeprägter in Industrieberufen als im Handwerk. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß ihr Anteil an allen Arbeitslosen im Bereich der Organisations-, Büro- und Verwaltungsberufe besonders hoch ist. Ende Oktober dieses Jahres waren rund 115 000 Aussiedler arbeitslos gemeldet. Insgesamt ist von einem starken Weiterbildungsbedarf auszugehen, um eine dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Inwieweit jugendliche Aussiedler die Lücken des Ausbildungsstellenmarktes auffüllen, läßt sich noch nicht abschätzen. Von Beginn des Jahres bis Ende September haben sich erst 2 900 junge Aussiedler um eine Ausbildungsstelle beworben.

Auch die Übersiedler sind häufiger in gewerblichtechnischen Berufen ausgebildet als die Gesamtbevölkerung. In diesem Bereich sind ihre Chancen, relativ rasch eine Beschäftigung zu finden, besonders günstig. Aufgrund ihrer Jugend und einer im allgemeinen hohen Mobilität kann von diesen Arbeitskräften ein Beitrag zum Abbau sektoraler und regionaler Disparitäten erwartet werden. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß Anpassungsschwierigkeiten an die Anforderungen der hiesigen Arbeitswelt auftreten können. Ende Oktober waren knapp 62 000 Übersiedler arbeitslos gemeldet. Wahrscheinlich ist hiervon ein nennenswerter Anteil noch auf der Suche nach einer geeigneten Beschäftigung.

Sparmaßnahmen bei der Arbeitsförderung

116. Mit dem neunten Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes wurden insbesondere die Höchstförderungssätze bei der Eingliederungsbeihilfe und beim Einarbeitungszuschuß verringert und die Zuschüsse bei allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abgesenkt. Die Mittel für berufliche Fortbildung und Umschulung sollten stärker auf Arbeitslose konzentriert werden. Als Konsequenz der Einsparungen hat sich die Anzahl der durch arbeitsmarktpolitische Instrumente unterstützten Personen in der ersten Jahreshälfte deutlich verringert.

117. Dies zeigte sich insbesondere bei der Förderung der beruflichen Fortbildung, Umschulung und beruflichen Einarbeitung, als im ersten Halbjahr 1989 mit 220 200 Personen 24 vH weniger ein solches Angebot in Anspruch nehmen konnten als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei verringertem Anteil derjenigen, die zuvor arbeitslos waren, wurden 119 300 Arbeitslose oder 30 vH weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres gefördert.

Im Verlauf des Jahres wurde der rückläufige Trend bei der Arbeitsförderung gestoppt. Von Juli bis Oktober begannen annähernd genauso viele Personen wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum eine Förderungsmaßnahme. Von insgesamt knapp 159 000 waren gut 94 000 Personen vorher arbeitslos, ein um 6 vH höherer Anteil als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt wird der Rückgang bei der beruflichen Umschulung, Weiterbildung und Einarbeitung jedoch nicht aufzuholen sein.

Die Beteiligung von Arbeitslosen an Qualifizierungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz variiert stark zwischen den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken. Nach einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung ist der Anteil der Erwerbstätigen, die ein Weiterbildungsangebot der Arbeitsverwaltung in Anspruch nehmen, im Norden höher als im Süden. Dagegen nehmen, in Relation zur Gesamtzahl der Arbeitslosen, im Süden mehr Arbeitslose eine berufliche Qualifizierung auf als in dem stärker von Arbeitslosigkeit betroffenen Norden. Ein Grund ist darin zu sehen, daß die ungünstigere Arbeitsmarktlage im Norden die Qualifizierungsbereitschaft der Arbeitslosen verringert.

118. Eingeschränkt wurden die allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, die in den Jahren 1986 und 1987 erheblich ausgeweitet worden waren. Im Jahresdurchschnitt wurden 1988 hierdurch 115 000 Personen beschäftigt, in diesem Jahr werden es schätzungsweise 18 000 weniger sein. Wegen der geringeren Fördersätze der Bundesanstalt für Arbeit mußten andere Träger — insbesondere die Kommunen und die Länder — einen höheren Beitrag zur Finanzierung leisten. Dies hat zu einem Rückgang von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor allem in den Regionen geführt, deren Finanzsituation ohnehin angespannt ist.

119. In den letzten Jahren wurde angestrebt, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente stärker auf die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen auszurichten. Insgesamt vermittelt die Politik zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit jedoch ein widersprüchliches Bild. Bei allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, die vor allem für die Problemgruppen des Arbeitsmarktes vorgesehen sind, ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht worden und lag 1988 bei knapp 50 vH.

Nach den Zielsetzungen des Arbeitsförderungsgesetzes ist bei der Verteilung der Mittel der regionale Anteil der Langzeitarbeitslosen zu berücksichtigen. Die tatsächliche Verteilung trägt dem jedoch nicht hinreichend Rechnung. Dadurch sind die Chancen für Langzeitarbeitslose, durch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme gefördert zu werden, in denjenigen Regionen besonders schlecht, die, wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, einen überdurchschnittlichen Anteil an Langzeitarbeitslosen aufweisen.

Im letzten Jahr begannen 59 000 Langzeitarbeitslose eine berufliche Qualifizierung, rund ein Viertel weniger als im Vorjahr. Dagegen leistete die Bundesanstalt für Arbeit an etwa doppelt soviele Personen wie im Vorjahr Lohnkostenzuschüsse. Hierdurch konnten knapp 17 000 Personen, die zuvor länger als ein Jahr arbeitslos waren, eine Stelle finden. Eingliederungsbeihilfen, die ebenfalls durch Verringerung der betrieblichen Lohnkosten die berufliche Eingliederung von Problemgruppen des Arbeitsmarktes erleichtern sollen, wurden zwar verstärkt Langzeitarbeitslosen gewährt, doch lag die Anzahl der geförderten Personen im Jahre 1988 mit rund 13 000 knapp unter dem Stand des Vorjahres. Bei stark rückläufiger Gesamtzahl der begünstigten Personen wird sich in diesem Jahr der Rückgang fortsetzen.

120. Die Bundesregierung gewährt seit dem 1. Juli 1989 bis zum 31. Dezember 1991 mit ihrer „Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose" Lohnkostenzuschüsse in Höhe von 1,5 Mrd DM. Der Lohnkostenzuschuß wird für zwölf Monate geleistet und ist nach der Dauer der Arbeitslosigkeit gestaffelt. Bei einer Dauer der Arbeitslosigkeit von drei Jahren und länger beträgt der Zuschuß in den ersten sechs Monaten 80 vH, danach 60 vH des tariflichen oder ortsüblichen Arbeitsentgelts. War der Neueingestellte zuvor zwei bis drei Jahre beschäftigungslos, beträgt der Zuschuß 70 vH beziehungsweise 50 vH, und bei einer Arbeitslosigkeit von ein bis zwei Jahren 60 vH beziehungsweise 40 vH. Voraussetzung ist, daß der Langzeitarbeitslose mindestens 18 Stunden pro Woche beschäftigt ist und nach Ablauf des Förderungszeitraums noch mindestens sechs Monate weiterbeschäftigt wird. Zusätzlich werden von der Bundesregierung finanzielle Hilfen in Höhe von 250 Mio DM für „besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose und weitere schwerstvermittelbare Arbeitslose" geleistet. Hierdurch werden Ausgaben für Investitionen, Betriebsmittel und Personal sozialer Trägereinrichtungen bezuschußt, die für diese Arbeitslosen Betreuungs- und Qualifizierungsmaßnahmen durchführen. Für dieses Jahr wird damit gerechnet, daß 17 000 Personen durch die Lohnkostenzuschüsse aus Bundesmitteln eine Beschäftigung finden werden. Es zeichnet sich bisher ab, daß das Programm bei größeren Unternehmen auf Zurückhaltung stößt, während Klein- und Mittelbetriebe in größerem Umfang hiervon Gebrauch machen.

Beschäftigungsförderungsgesetz verlängert

121. Der Gesetzgeber hat 1989 die mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz aus dem Jahre 1985 eingeräumten Erleichterungen zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge um weitere fünf Jahre verlängert. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz haben ergeben, daß von der Möglichkeit von Befristungen in nicht unbeträchtlichem Umfang Gebrauch gemacht worden ist. Allerdings läßt es sich nur schwer abschätzen, inwieweit damit eine wesentliche Ausweitung der Beschäftigung erzielt wurde.

Nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 können befristete Arbeitsverträge ohne Angabe eines sachlichen Grundes und über die Dauer der Probezeit von sechs Monaten hinausgehend abgeschlossen werden. Voraussetzung für die Gesetzesanwendung ist die Neueinstellung eines Arbeitnehmers oder die Weiterbeschäftigung eines Auszubildenden nach der Lehre, für den kein Dauerarbeitsplatz verfügbar ist. Die Befristung ist einmalig bis zu 18 Monaten, in neu gegründeten Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten bis zu zwei Jahren zulässig.

122. Nach einer vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in Auftrag gegebenen Studie des Wissenschaftszentrums Berlin, die den Zeitraum der Jahre 1985 bis 1987 umfaßt, wurden jährlich in der Privatwirtschaft knapp 1,7 Millionen Arbeitsverträge befristet. Dies waren rund ein Drittel aller pro Jahr vorgenommenen Neueinstellungen in der gesamten Wirtschaft. Annähernd die Hälfte der in der Privatwirtschaft abgeschlossenen befristeten Arbeitsverträge wurde im Verarbeitenden Gewerbe überwiegend für ungelernte und angelernte Arbeitskräfte abgeschlossen. Gut zwei Drittel der Verträge hatten eine Dauer von unter sechs Monaten.

Nach den Ergebnissen einer in diesem Zusammenhang durchgeführten Repräsentativbefragung von 2 392 Unternehmen wurden jährlich von allen befristeten Neueinstellungen insgesamt ein Viertel formal auf der Grundlage des Beschäftigungsförderungsgesetzes abgeschlossen. Bezogen auf alle Neueinstellungen in der Privatwirtschaft beträgt der Anteil knapp 9 vH oder hochgerechnet etwa 425 000. Dieser Studie zufolge waren hierunter nur rund 115 000 befristete Arbeitsverträge, die ohne das Gesetz rechtlich nicht zulässig gewesen wären. Nur ein Teil (23 vH)

dieser Verträge wurde in Betrieben abgeschlossen, die aufgrund des Gesetzes mehr Einstellungen vorgenommen hatten als ursprünglich geplant war. Diese dem Gesetz direkt zuzuschreibenden zusätzlichen Einstellungswirkungen werden auf jährlich 25 000 beziffert. Hinzu kommen mehr als doppelt so hohe indirekte Effekte, da nach Angaben der Personalleiter die Unternehmen aufgrund der mit dem Gesetz verbundenen rechtstechnischen Vereinfachung mehr befristete Neueinstellungen vorgenommen haben. Bei einer Übernahmequote von 56 vH, die deutlich höher ist als bei den bisherigen befristet abgeschlossenen Arbeitsverträgen, ergibt sich nach der Studie ein jährlicher Beschäftigungseffekt von gut 40 000 längerfristigen Arbeitsverhältnissen. Dabei ist allerdings nicht berücksichtigt, daß sich dort gegenläufige Effekte ergeben haben, wo befristete an die Stelle unbefristeter Verträge getreten sind.

VIII. Geldpolitik: Bundesbank geht auf Stabilitätskurs

123. Die Geldpolitik wurde in diesem Jahr mit wieder höheren Preissteigerungsraten konfrontiert. Nach der expansiven Geldpolitik der vergangenen drei Jahre hat die Bundesbank nunmehr keinen Zweifel daran gelassen, daß sie ein erneutes Überschreiten des Geldmengenziels in diesem Jahr nicht zulassen werde. Folgerichtig setzte sie ihre bereits im Sommer 1988 eingeleitete Politik der allmählichen Zinsanhebungen fort. Dennoch blieb das Tempo der Geldmengenexpansion bis zum Frühjahr weiterhin hoch; es schwächte sich erst im weiteren Verlauf des Jahres deutlich ab.

Die äußeren Rahmenbedingungen für eine solche Politik waren freilich günstig, da die übrigen Länder ihre Geldpolitik gleichfalls am Ziel der Geldwertstabilität ausrichteten. Mögliche Konflikte zwischen einer Stabilisierung der inneren und der äußeren Kaufkraft der D-Mark blieben daher weitgehend aus. Hinzu kam, daß die wirtschaftliche Entwicklung eine Dynamik erreichte, die eine Dämpfung der Geldmengenexpansion erlaubte, ohne erkennbare Einbußen bei Produktion und Beschäftigung hervorzurufen.

Geldmengenwachstum am Zielpfad

124. Wie bereits im Vorjahr hat die Bundesbank auch ihr diesjähriges Geldmengenziel anhand der Geldmenge M3 festgelegt. Der Zielvorgabe für 1989 legte sie die Annahme zugrunde, daß das Produktionspotential in jeweiligen Preisen um 4 vH bis 4½ vH zunehmen werde, wobei sie den Anstieg des Preisniveaus mit 2 vH veranschlagte. In Verbindung mit einem Zuschlag in Höhe eines halben Prozentpunkts für die trendmäßige Zunahme der Relation der Geldmenge M3 zum Produktionspotential in jeweiligen Preisen ergab sich hieraus eine Expansionsrate für M3 von rund 5 vH. Im Hinblick auf die Unwägbarkeiten eines sich wandelnden gesamtwirtschaftlichen Umfeldes legte die Bundesbank ihr Ziel in der Art fest, daß im Jahresverlauf 1989 eine Zunahme von M3 um „etwa 5 vH" anzustreben sei. Damit verzichtete die Bundesbank auf ihre seit 1979 geübte Praxis, das Geldmengenziel in Form eines Zieltrichters vorzugeben.

125. Das Expansionstempo der Geldmenge M3 hat sich im Verlauf des Jahres deutlich abgeschwächt (Schaubild 20). Berechnet auf Grundlage von Monatsendständen, übertraf das Geldvolumen in dieser Abgrenzung im September seinen Stand vom vierten Quartal 1988 — auf Jahresrate umgerechnet und um Saisoneinflüsse bereinigt — um 4,8 vH. Damit hat die Bundesbank ihr Geldmengenziel erreicht.

Die Bundesbank ist in diesem Jahr dazu übergegangen, zur Kontrolle des Geldmengenziels die Geldmenge M3 als Durchschnitt aus fünf Wochenstichtagen zu ermitteln. Dieses Verfahren löst die bisherige Vorgehensweise ab, nach der die Geldmenge als Durchschnitt aus den Monatsendständen des laufenden und des Vormonats berechnet wurde. Wenngleich sich beide Reihen längerfristig in etwa parallel zueinander entwikkeln, können sich die Expansionsraten der „stichtagsgemittelten" und der „endstandsgemittelten" Geldmenge M3 in einzelnen Monaten durchaus voneinander unterscheiden. Auf Jahresrate umgerechnet und um Saisoneinflüsse bereinigt übertraf die nach dem neuen Verfahren ermittelte Geldmenge im September ihr Niveau vom vierten Quartal 1988 um 4,6 vH.

Das neue Verfahren hat nach Ansicht der Bundesbank den Vorzug, Zufallsschwankungen besser auszuschalten und daher ein genaueres Bild der monetären Situation zu vermitteln. Außerdem seien bereits relativ frühzeitig erste Informationen über die Entwicklung der „stichtagsgemittelten" Geldmenge verfügbar. Dennoch ist der Übergang zur stichtagsbezogenen Ermittlung des Geldvolumens nicht ganz unproblematisch. Die Höhe des Einlagenbestandes ist nur zum Monatsende hin bekannt; für die übrigen Stichtage ist man hingegen auf Schätzungen auf Grundlage der monatlichen Mindestreservemeldungen der Geschäftsbanken angewiesen.

126. Anders als die Bundesbank legt der Sachverständigenrat seiner Beurteilung des geldpolitischen Kurses nicht das Aggregat M3 zugrunde, sondern die bereinigte Zentralbankgeldmenge. In seinem letzten Jahresgutachten hat sich der Sachverständigenrat dafür ausgesprochen, das Wachstum der bereinigten Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1989 auf höchstens 4,5 vH zu begrenzen, wobei als Basis das vierte Quartal 1988 gewählt wurde.

Auf Jahresrate umgerechnet und nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen übertraf die bereinigte Zentralbankgeldmenge ihren Stand vom vierten Quartal 1988 im Oktober immer noch um 5,6 vH und lag damit über der Zielvorstellung des Sachverständigenrates (Schaubild 21). Die schon seit Mitte des vergangenen Jahres stärker auf Stabilität gerichtete Politik der Bundesbank hat sich gleichwohl deutlich in der bereinigten Zentralbankgeldmenge niedergeschlagen, wenn auch nur mit erheblicher Verzögerung. Nach der reichlichen Ausweitung der Geldversorgung zu Jahresbeginn kam die Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge im Februar praktisch zum Stillstand; im Oktober übertraf sie ihren Wert vom Februar nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen lediglich um 1,1 vH.

Die überaus rasche Zunahme der bereinigten Zentralbankgeldmenge zur Jahreswende war durch eine starke Ausweitung des Bargeldumlaufs bedingt. Die entscheidende Ursache hierfür ist in der Verunsicherung zu sehen, die viele Kapitalanleger im Zuge der

Schaubild 20

GELDPOLITISCHE VORSTELLUNGEN DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

Log. Maßstab Mrd DM

Saisonbereinigt[1]

1250
1200
1150
1100
1050
1000
240
230
220
210

Ziel: Zuwachs etwa 5 vH[2]

Zieltrichter der Bundesbank[2]

6,0 vH

3,0 vH

Geldmenge M3[3]

Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen[4]

Log. Maßstab Mrd DM

1250
1200
1150
280
270
260
250
240
230
220
210

O J A J O J A J O J A J O

1986 1987 1988 1989

Veränderung in vH[5]

Arithm. Maßstab

Geldmenge M3

Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

15
10
5
0

O J A J O J A J O J A J O

1986 1987 1988 1989

1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X—1 1. — 2) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zunahme der Geldmenge M3 bzw. der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen (bis 1987) jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres bis zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres. — 3) Gemittelt aus den veröffentlichten Endständen des jeweiligen und des vorangegangenen Monats. — 4) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute plus Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu Reservesätzen von Januar 1974. — 5) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 89 0797

Schaubild 21

BEREINIGTE ZENTRALBANKGELDMENGE [1]

Log. Maßstab
Mrd DM

Saisonbereinigt[2]

260
255
250
245
240
235
230
225
220
215
210
205
200
195
190

Zielvorstellung des Sachverständigenrates[3] (4,5 vH)

Mittelfristige Zielvorstellung des Sachverständigenrates[3] (4,5 vH)

J A J O J A J O J A J O
1987 1988 1989

Arithm. Maßstab

Veränderung in vH [4]

15
10
5
0

J A J O J A J O J A J O
1987 1988 1989

1) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Bankreserven, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. — 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X—11.— 3) Jährliche Zunahme des Angebots an Zentralbankgeld: Berechnet für die Jahre 1985 bis 1988 ab Anfang Januar 1985 bis zum vierten Quartal 1988 (siehe JG 84 Ziffer 361), für das Jahr 1989 vom vierten Quartal 1988 bis zum vierten Quartal 1989 (siehe JG 88 Ziffern 305 ff.).— 4) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 89 0798

Diskussion um die Einführung einer Quellensteuer auf Zinseinkünfte ergriffen hatte. Viele Sparer sahen in der Bargeldhaltung offenbar die einfachste und kostengünstigste Möglichkeit, der Besteuerung sowie einer befürchteten Erfassung ihres Vermögens durch die Finanzbehörden zu entgehen. Mit steigenden Zinsen und der Ankündigung des Verzichts auf die Quellensteuer normalisierten sich die Kassenhaltungsgewohnheiten allerdings wieder; der Bargeldumlauf blieb saisonbereinigt bis in den Sommer hinein nahezu unverändert.

127. Die zeitweilige Veränderung der Kassenhaltungsgewohnheiten der Privaten hat dazu geführt, daß die bereinigte Zentralbankgeldmenge in den ersten Monaten dieses Jahres ein anderes Bild der monetären Expansion zeichnete als die Geldmenge M3. Die Zuwachsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge lag deutlich über der der Geldmenge M3. Der Grund hierfür liegt in der unterschiedlichen Gewichtung, die den einzelnen Komponenten des Geldvolumens in beiden Aggregaten zukommt. Während der Bargeldumlauf an der Geldmenge M3 nur einen Anteil von 11,6 vH hat, geht er in die bereinigte Zentralbankgeldmenge mit einem Gewicht von 66,3 vH ein (Schaubild 22).

Die kräftige Zunahme der Bargeldnachfrage zur Jahreswende war jedoch nur zu einem geringen Maße durch den Wunsch nach vermehrten Güterkäufen bedingt; angesichts der Unsicherheit über die künftige steuerliche Behandlung von Zinseinkünften wurde die Kassenhaltung vielmehr als eine durchaus attraktive Art der Vermögenshaltung angesehen. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge hat daher zu Jahresbeginn den monetären Impuls sicherlich überzeichnet.

Sieht man von diesen Verzerrungen ab, so stellt die bereinigte Zentralbankgeldmenge nach wie vor einen geeigneten Indikator für die von der Bundesbank betriebene Politik dar. Die Geldmenge M3 vermag zwar die Liquiditätssituation der Wirtschaft annähernd genau zu beschreiben. Da sie jedoch letztlich durch das Zusammenwirken von Notenbank, Geschäftsbanken und Nichtbanken bestimmt ist und sich somit einer direkten Kontrolle durch die Bundesbank entzieht, ist sie zur Beurteilung des unmittelbaren geldpolitischen Impulses nur bedingt geeignet.

128. Die Geldmenge M3 wäre als Indikator und als Zwischenzielgröße dann unproblematisch, wenn die Relation von M3 und bereinigter Zentralbankgeldmenge im Zeitablauf konstant wäre oder sich wenigstens in vorhersehbarer Weise verändern würde. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge expandierte zwar in den achtziger Jahren im Trend schneller als die Geldmenge M3, jedoch mit nicht unbeträchtlichen Schwankungen.

Ursache hierfür können Veränderungen im Anlageverhalten der Nichtbanken sein. Vermögensumschichtungen zwischen den einzelnen Komponenten der Geldmenge lassen zwar das Aggregat M3 zunächst unberührt; da sich infolge der damit verbundenen Variation des Reservesolls aber der Kreditschöpfungsspielraum der Geschäftsbanken verändert, kann in der Folgezeit das gesamte Geldvolumen auch bei konstanter Geldbasis zu- oder abnehmen. Bei einer Steuerung der Geldmenge M3, wie sie die Bundesbank betreibt, müssen derartige Veränderungen der Geldnachfrage durch eine entsprechende Anpassung der Geldbasis kompensiert werden.

Da die Entscheidungen der Nichtbanken hinsichtlich der Aufteilung ihres Geldvermögens prinzipiell zinsabhängig sind, werden monetäre Impulse der Bundesbank in ihrer Wirkung auf die Geldmenge M3 durch induzierte Änderungen der Kassenhaltungsgewohn-

Schaubild 22

ZUR STRUKTUR DER GELDMENGE M3 UND DER BEREINIGTEN ZENTRALBANKGELDMENGE 1988[1]

Geldmenge M3[2]

Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist[4] (42,6 vH)
Bargeldumlauf[3] (11,6 vH)
Sichteinlagen[4] (23,1 vH)
1119,6 Mrd DM
Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren[4] (22,7 vH)

Bereinigte Zentralbankgeldmenge[5]

Mindestreservesoll auf ...
... Spareinlagen[6] (12,5 vH)
... befristete Verbindlichkeiten[6] (7,0 vH)
228,5 Mrd DM
... Sichtverbindlichkeiten[6] (14,2 vH)
Bargeldumlauf[3) 7] (66,3 vH)

1) Jahresdurchschnitte aus Monatswerten.– 2) Monatswerte gemittelt aus den Endständen des jeweiligen und des vorangegangenen Monats.– 3) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute.– 4) Inländischer Nichtbanken.– 5) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Bankreserven, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen (siehe Anhang IV, Abschnitt C).– 6) Inlandsverbindlichkeiten und Auslandsverbindlichkeiten.– 7) Einschl. Überschußreserve (0,3 Mrd DM).

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 89 0804

Schaubild 23

ZUR ENTWICKLUNG DER GELDMENGE

Saisonbereinigt[1)]

Log. Maßstab
Mrd DM

Geldmenge M1[2)]

Veränderung in vH[5)]

Geldmenge M2[3)]

Veränderung in vH[5)]

Geldmenge M3[4)]

Veränderung in vH[5)]

J A J O J A J O J A J O
1987 1988 1989

1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11; Stand am Monatsende. — 2) Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken bei inländischen Kreditinstituten. — 3) M1 zuzüglich Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren. — 4) M2 zuzüglich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. — 5) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 89 0790

heiten der Nichtbanken abgeschwächt. Beispielsweise wird eine Politik, die auf Verknappung des Geldangebots gerichtet ist, die Privaten wegen der damit verbundenen Zinssteigerungen zu einer vermehrten Nachfrage nach höher verzinslichen Bankeinlagen veranlassen, so daß mit einem gegebenen Angebot an Zentralbankgeld unter sonst gleichen Umständen eine größere Geldmenge geschaffen werden kann. Will die Bundesbank dem entgegenwirken, so muß sie die Geldbasis zusätzlich verknappen.

129. Der Anteil hochliquider Anlageformen am gesamten Geldvolumen ist in diesem Jahr erstmals seit längerem wieder gesunken (Schaubild 23). Bargeld und Sichteinlagen verloren angesichts steigender Zinssätze und höherer Inflationsraten im Jahresverlauf zunehmend an Attraktivität, so daß die Geldmenge M1, in der diese beiden Komponenten des Geldvolumens zusammengefaßt sind, im September nur noch um 5,0 vH über dem Vorjahresstand lag.

Eine deutlich stärkere Expansion war demgegenüber bei der Geldmenge M2 zu verzeichnen, die neben den Komponenten von M1 zusätzlich die Termingelder mit einer Befristung von weniger als vier Jahren umfaßt. Im September lag M2 um 9,4 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand. Hierin spiegelt sich die zunehmende Attraktivität kurzfristiger Termineinlagen bei steigenden Zinsen.

Demgegenüber war der Bestand der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist in diesem Jahr leicht rückläufig, da die Entwicklung der Spareinlagenzinsen den allgemeinen Zinserhöhungen nicht gefolgt ist. Die vergleichsweise geringe Zunahme der Geldmenge M3 — im September lag sie um 5,1 vH höher als vor Jahresfrist — ist daher auch auf die schwache Expansion dieser Einlagenkomponente zurückzuführen. Kontraktive Impulse auf die Geldmengenentwicklung gingen aber auch von der Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus. Insbesondere langlaufende Termingelder sowie Bankschuldverschreibungen fanden stärkere Beachtung. Auf der anderen Seite stockten Unternehmen und Haushalte in diesem Jahre ihre Einlagen am Euromarkt kräftig auf. In den ersten neun Monaten dieses Jahres nahmen die Verbindlichkeiten der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Kreditinstitute gegenüber inländischen Nichtbanken um knapp 50 vH zu. Offenbar hat die Diskussion um die Besteuerung von Kapitalerträgen den Euromarktanlagen zu steigender Attraktivität verholfen. Zwar zählen diese Anlageformen nicht zur Inlandsgeldmenge, doch können sie als enges Substitut insbesondere zu kürzerfristigen Termineinlagen gelten. Die traditionell abgegrenzten Geldmengenaggregate dürften daher die monetäre Expansion im Jahre 1989 tendenziell unterzeichnet haben; die um die Euromarkteinlagen erweiterte Geldmenge M3 überstieg ihren Vorjahresstand im September um 7,3 vH.

Zur Stabilität der Geldnachfrage

130. Die Bundesbank hat über mehrere Jahre hinweg ein Geldmengenwachstum zugelassen, das deutlich über die Ausweitung der Produktionskapazitäten

hinausging. Die Relation von Produktionspotential zu jeweiligen Preisen und bereinigter Zentralbankgeldmenge, die ein von konjunkturellen Schwankungen freies Maß für die Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld darstellt, hat sich von 1986 bis heute um 1,2 Punkte vermindert (Schaubild 24). Die Geldumlaufsgeschwindigkeit, also die Relation von Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen und bereinigter Zentralbankgeldmenge, die in den vergangenen drei Jahren ebenfalls stark abgenommen hatte, ist demgegenüber im Verlauf dieses Jahres geringfügig gestiegen.

Der Sachverständigenrat hat mehrfach auf die Inflationsgefahr hingewiesen, die von einer am Potentialwachstum gemessen übermäßigen Ausdehnung der Geldversorgung her droht, was früher oder später eine abrupte und schmerzhafte Kurskorrektur der Geldpolitik notwendig macht (JG 88 Ziffern 302ff.). Von verschiedener Seite wird nun allerdings eingewandt, daß die Geldmengenexpansion der letzten Jahre vornehmlich auf nachfrageseitigen Druck hin entstanden sei, dem sich die Bundesbank nicht habe entziehen können. Wegen dieses Wandels in der Liquiditätsvorliebe seien mit der Geldmengenexpansion keine Inflationsgefahren verbunden.

Eine Geldpolitik, die jedweder Änderung der Geldnachfrage nachgäbe, wäre mit einer potentialorientierten Konzeption, wie sie vom Sachverständigenrat und auch von der Bundesbank vertreten wird, nicht zu vereinbaren. Nach dieser Konzeption sind Geldnachfrageänderungen vielmehr nur dann zu berücksichtigen, wenn es sich bei ihnen um dauerhafte Veränderungen der Liquiditätsneigung handelt. Temporäre Schwankungen im Geldnachfrageverhalten, wie sie beispielsweise im Konjunkturzyklus auftreten, sollen hingegen die Währungsbehörden grundsätzlich nicht zu einer Abkehr vom potentialgerechten Pfad des Geldmengenwachstums verleiten. Im Rahmen einer streng potentialorientierten Konzeption wäre die anhaltend reichliche Geldversorgung der Jahre 1986 bis 1988 daher nur dann zu rechtfertigen, wenn die Nachfrage nach Geld tatsächlich dauerhaft zugenommen hätte.

131. Zwar gibt es Indizien dafür, daß die Geldnachfrage im Trend rascher wächst, als es der Bedarf an Kassenhaltung für Güterkäufe im Inland allein nahelegt. Der Sachverständigenrat hat hierauf mehrfach hingewiesen und diesen trendmäßigen Rückgang der Geldumlaufsgeschwindigkeit bei seinen Vorschlägen für ein potentialgerechtes Geldmengenwachstum zum Teil auch explizit berücksichtigt (JG 84 Ziffer 361). Es sind jedoch keine gesicherten Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß in den vergangenen drei Jahren Veränderungen des Geldnachfrageverhaltens

Schaubild 24

ZUR ENTWICKLUNG DER UMLAUFSGESCHWINDIGKEIT DES GELDES

1) Relation Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen zur bereinigten Zentralbankgeldmenge.– 2) Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Bankreserven, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank.– 3) Produktionspotential bei Normalauslastung in jeweiligen Preisen. Eigene Schätzung.– 4) Umlaufsgeschwindigkeit, berechnet aus saisonbereinigten Zahlen.– 5) Jahr sowie drittes und viertes Vierteljahr: Eigene Schätzung.

SR 89 0773

eingetreten wären, die auch auf Dauer eine stärkere Expansionsrate des Geldangebots gerechtfertigt erscheinen ließen. Die niedrigen Zinssätze der vergangenen Jahre ließen die Kosten der Geldhaltung in den Augen vieler Anleger gering erscheinen, so daß sich ihre Bereitschaft erhöhte, einen zunehmenden Teil ihres Vermögens in liquider Form zu halten. Die Befriedigung einer zinsbedingt hohen Nachfrage nach Geld ist jedoch mit der Konzeption einer potentialorientierten Geldpolitik nur insoweit vereinbar, wie das Zinsniveau infolge eines Disinflationsprozesses dauerhaft niedriger ist. Zwar dürften die außergewöhnlich niedrigen Inflationsraten der letzten Jahre dazu geführt haben, daß auch der Inflationszuschlag im Zins gering blieb. Letzten Endes waren die niedrigeren Geldmarktzinsen jedoch auch Ergebnis der expansiven Politik der Bundesbank. Der Rückgang der Geldumlaufsgeschwindigkeit ist deshalb weniger Ursache als Folge der raschen Geldmengenexpansion. Es spiegelt sich darin die Verzögerung, mit der geldpolitische Maßnahmen auf realwirtschaftliche Aktivität und Preisniveauentwicklung einwirken. Dieser insoweit endogene Teil des Rückgangs der Geldumlaufsgeschwindigkeit rechtfertigt die Annahme einer dauerhaft höheren Liquiditätsneigung nicht.

Gemessen an den Vorstellungen des Sachverständigenrates waren die von der Geldpolitik der vergangenen Jahre ausgehenden Impulse als zu expansiv zu beurteilen. Zwar gab es zeitweilig Situationen, in denen im Interesse einer konfliktfreien Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung ein Abweichen vom potentialgerechten Pfad gerechtfertigt erschien (JG 85 Ziffer 239; JG 87 Ziffer 317). Die Krise an den Aktienmärkten nach dem Kurssturz im Oktober 1987 und der nachfolgende Verfall des Dollarkurses gehörten sicherlich dazu. Eine auf mittelfristige Verstetigung angelegte Konzeption hätte es jedoch erfordert, nach Überwindung der Krisensituation die Geldmengenexpansion auf einen potentialgerechten Pfad zurückzuführen. Angesichts der Zielüberschreitungen der letzten Jahre war die in diesem Jahr vollzogene Dämpfung des Geldmengenwachstums daher dringend geboten.

Zur Geldmarktsteuerung

132. Die Bundesbank setzte in diesem Jahr ihre Politik fort, durch eine schrittweise Verteuerung der Refinanzierungsmöglichkeiten der Geschäftsbanken die Geldmengenexpansion auf ein stabilitätsgerechtes Maß zurückzuführen. Nachdem sie bereits im Dezember 1988 den Lombardsatz von 5% auf 5,5% erhöht hatte, um so die Beanspruchung des Lombardkredites auf den Spitzenbedarf an Zentralbankgeld zu beschränken, erhöhte sie bis zum Oktober in vier Schritten den Diskontsatz und den Lombardsatz um je 2,5 Prozentpunkte. Zur Begründung verwies die Bundesbank auf die weiterhin bestehende Gefährdung der Preisniveaustabilität, bedingt durch die nach wie vor reichliche Liquiditätsausstattung und die anhaltend lebhafte Nachfrageexpansion. Außerdem sollten die Zinserhöhungen zu einer Stärkung des Außenwertes der D-Mark beitragen, um auch auf diese Weise einer konjunkturellen Überhitzung sowie importierten Preissteigerungen entgegenzuwirken. Da sich jedoch andere Länder den Zinserhöhungsschritten der Bundesbank anschlossen, blieben die erhofften Wirkungen auf den Wechselkurs bis zuletzt aus.

133. Neben den herkömmlichen Mitteln der Refinanzierungspolitik griff die Bundesbank auch in diesem Jahr in weiter steigendem Umfang auf Instrumente der Offenmarktpolitik zurück. Der ausstehende Betrag an Wertpapierpensionsgeschäften wuchs kräftig an und erreichte im Juli vorübergehend einen Stand von mehr als 100 Mrd DM (Schaubild 25). Damit haben sich die Wertpapierpensionsgeschäfte zum wichtigsten Instrument der Zentralbankgeldschöpfung entwickelt.

Die Bereitstellung von Zentralbankgeld erfolgte dabei zum überwiegenden Teil nach dem „amerikanischen" Verfahren, bei dem die Zuteilung gemäß den individuellen Bietungssätzen der Geschäftsbanken vorgenommen wird (JG 88 Ziffer 114). Seither sind die Pensionssätze noch enger an die Geldmarktsätze angelehnt; Zentralbankgeld wird damit zu marktgerechten Preisen bereitgestellt. Zusätzlich hat die Bundesbank Ende November 1988 zur Glättung kurzfristiger Anspannungen am Geldmarkt erstmals einen sogenannten Schnelltender eingesetzt, der eine Laufzeit von nur wenigen Tagen aufwies. Die Wirksamkeit der Offenmarktpolitik im Hinblick auf die Feinsteuerung am Geldmarkt ist dadurch um einiges erhöht worden.

134. Im Vergleich zu den Vorjahren hat die Bundesbank 1989 nur in geringem Maße auf den Devisenmärkten interveniert. Bis zum Juni blieb der Bestand an Devisen und Sorten in ihrem Besitz nahezu unverändert; erst in der zweiten Jahreshälfte erhöhte er sich dann um etwa 5,3 Mrd DM. Die Nettowährungsreserven haben sich dennoch deutlich vermindert. Dies ist in erster Linie auf den kräftigen Anstieg der Verbindlichkeiten der Bundesbank gegenüber ausländischen Einlegern zurückzuführen, die sich seit Jahresbeginn um 23,5 Mrd DM erhöht haben. Hierin spiegelt sich die Interventionstätigkeit der Währungsbehörden des Auslands an den Devisenmärkten wider, denn teilweise werden die von fremden Notenbanken erworbenen D-Mark zinsbringend bei der Bundesbank angelegt.

Gleichwohl hat die Bundesbank auch in diesem Jahr bei allen ihren Maßnahmen mögliche Auswirkungen auf den Außenwert der D-Mark berücksichtigt. Wenn sie trotzdem ihr Geldmengenziel in etwa einhalten konnte, so liegt dies auch daran, daß die D-Mark an den Devisenmärkten zur Schwäche neigte. Die Dämpfung der Geldmengenexpansion stand daher nicht im Konflikt mit außenwirtschaftlichen Zielsetzungen. Eher wäre eine weitere Höherbewertung der D-Mark wünschenswert gewesen; hierzu kam es jedoch nicht, weil die Währungsbehörden vieler anderer Länder die Notenbankzinsen im Gleichschritt mit der Bundesbank anhoben. Im Europäischen Währungssystem scheiterte zudem eine Neufestsetzung der Währungsparitäten an politischen Widerständen.

135. Die Zeit der niedrigen Zinsen scheint aufs erste vorbei zu sein. Vor allem im kurzfristigen Bereich kam es in diesem Jahr zu deutlichen Zinssteigerungen

Schaubild 25

WICHTIGE KOMPONENTEN DER ZENTRALBANKGELDENTSTEHUNG[1]

Arithm. Maßstab
Mrd DM

110
100
75
50
25
0

Nettowährungsreserven[2]

Rediskontkredite[3]

Wertpapierpensionsgeschäfte[4]

Lombardforderungen

1985 1986 1987 1988 1989

1) Stand am Ende des Monats. — 2) Bruttowährungsreserven (Gold, Devisen und Sorten, Reserveposition im IWF und Sonderziehungsrechte sowie Forderungen an den „Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit" im Rahmen des EWS, netto) abzüglich Auslandsverbindlichkeiten (im wesentlichen Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft einschließlich der an Ausländer abgegebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere). — 3) Inlands- und Auslandswechsel. — 4) Im Offenmarktgeschäft mit Rücknahmevereinbarung angekaufte Wertpapiere.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 89 0801

(Schaubild 26). Parallel zu den Zinserhöhungsschritten der Bundesbank stiegen die Geldmarktsätze bis zum Juli auf etwa 7 % und hielten sich den ganzen Sommer über auf diesem Niveau. Nach der neuerlichen Zinsanhebung der Bundesbank im Oktober stiegen die Geldmarktzinsen sogar bis auf 8 %; derart hohe Zinsen waren zuletzt 1982 gezahlt worden. Demgegenüber blieb der Zinsanstieg am langen Ende des Marktes bis zum Herbst hin eher verhalten; festverzinsliche Wertpapiere erbrachten zuletzt eine Rendite von etwa 7½ %, etwa einen Prozentpunkt mehr als im Januar. Hierzu hat auch beigetragen, daß ausländische Anleger nach dem Verzicht auf die Quellenbesteuerung den deutschen Kapitalmarkt erneut für sich entdeckten (Ziffer 136).

Die Zinsstrukturkurve verlief in diesem Jahr dementsprechend flach; zeitweilig lagen die kurzfristigen Zinsen sogar über den langfristigen Sätzen (Schaubild 27). Hierin zeigt sich zum einen der von der Geldpolitik ausgehende Restriktionsdruck; zum anderen deutet eine flache oder gar inverse Zinsstrukturkurve aber auch darauf hin, daß die Marktteilnehmer längerfristig mit wieder sinkenden Zinsen rechnen. Die

Schaubild 26

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER ZINSEN

Prozent

Diskontsatz
Lombardsatz
Kontokorrentkredite[1) 2)]
Pensionssatz[3)]
Tagesgeldzins[1)]
Termingeldeinlagen[1) 4)]
Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere
Spareckzins

13 12 11 10 9 8 7 6 5 4 3 2 1 0

J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O

1985 1986 1987 1988 1989

1) Die Durchschnittssätze sind als ungewichtetes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen errechnet. Die Streubreite wird ermittelt, indem jeweils 5 vH der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. — 2) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM. — 3) Ungewichteter monatlicher Durchschnitt aus den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen für Wertpapierpensionsgeschäfte (Zinstender beziehungsweise Mengentender). — 4) Festgelder unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 3 Monaten. Ab Juni 1986 Festgelder von 100000 DM bis unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 1 Monat bis 3 Monate.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 89 0800

Schaubild 27

ZINSSTRUKTUR AM RENTENMARKT[1]

1) Rendite der umlaufenden Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von ... Jahren. Schätzwerte; zur Methode der Berechnung siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 2: Wertpapierstatistik. In die Berechnung einbezogen sind alle teil- und gesamtfälligen tarifbesteuerten Anleihen von Bund, Bahn und Post mit einer Restlaufzeit von mindestens einem Jahr.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 89 0783

derzeitige Zinsstruktur kann daher als Zeichen dafür gewertet werden, daß sich die neuerliche Beschleunigung des Preisanstiegs nicht auch in den Inflationserwartungen niedergeschlagen hat. Die stabilitätsorientierte Politik der Bundesbank hat offensichtlich zu einer Dämpfung der Preissteigerungserwartungen beigetragen.

136. Die Emissionstätigkeit an den Wertpapiermärkten hat im Jahresverlauf deutlich zugenommen. In den ersten neun Monaten des Jahres betrug der Nettoabsatz an Rentenwerten 81,3 Mrd DM. Hierin spiegelt sich vor allem der hohe Refinanzierungsbedarf der Kreditinstitute als Folge einer weiterhin überaus kräftigen Kreditnachfrage von Unternehmen und Privatpersonen wider. Ausländische Emittenten nahmen in den ersten drei Quartalen an den deutschen Anleihemärkten netto 36,7 Mrd DM auf.

Auf der Käuferseite stach im laufenden Jahr vor allem das wieder zunehmende Interesse ausländischer Anleger an deutschen Rententiteln hervor. In den ersten drei Monaten des Jahres hatten Ausländer per saldo Wertpapiere im Wert von 7,5 Mrd DM abgegeben, was zu einem nicht geringen Teil Folge der Quellenbesteuerung von Zinserträgen gewesen sein dürfte. Nach Bekanntgabe des Verzichts auf die Quellensteuer kehrten die ausländischen Anleger an den deutschen Markt zurück; von April bis September erwarben sie deutsche Rentenpapiere im Wert von 17,9 Mrd DM. Begünstigt wurde die Kaufbereitschaft ausländischer Anleger auch dadurch, daß das Zinsgefälle zu wichtigen Auslandswährungen in diesem Jahr tendenziell nachließ. Zudem dürfte die weniger expansive Geldpolitik der Bundesbank Hoffnungen auf eine höhere Bewertung der D-Mark geweckt haben.

Auf zunehmendes Interesse stieß bei in- und ausländischen Anlegern auch der Aktienmarkt. Angesichts der anhaltend guten Gewinnaussichten für die deutschen Unternehmen erreichten die Aktienkurse im Sommer vorübergehend wieder das Niveau, das vor dem Börsenkrach im Oktober 1987 bestanden hatte. Ausgehend von Vorgängen in den Vereinigten Staaten kam es dann im Oktober jedoch zu einem deutlichen Kurseinbruch; die Aktienkurse fielen innerhalb eines Tages um mehr als 12 vH. Der Kurssturz verunsicherte die Anleger nur kurze Zeit; bis Mitte November konnten die Kursverluste teilweise wieder wettgemacht werden.

137. Das gestiegene Auslandsinteresse am deutschen Kapitalmarkt schlug sich in der Kapitalverkehrsbilanz bislang nur abgeschwächt nieder. Zwar flossen im langfristigen Kapitalverkehr nach den hohen Netto-Kapitalexporten zu Jahresbeginn von Mai

an zunächst mehr Mittel zu als ab. Hierbei dürfte es sich zu einem nicht unerheblichen Teil um die Repatriierung von Geldern gehandelt haben, die im Zuge der Quellensteuerdiskussion vorübergehend im Ausland angelegt worden waren. Schon bald aber wendete sich das Blatt wieder, so daß der Netto-Kapitalexport im langfristigen Bereich bis zum September auf 38,1 Mrd DM anschwoll. Die Bilanz der Direktinvestitionen wies in den ersten neun Monaten ein Defizit von 11,3 Mrd DM auf.

Auch im kurzfristigen Kapitalverkehr mit dem Ausland überwogen weiterhin die Mittelabflüsse. Von Januar bis September stiegen die kurzfristigen Nettoforderungen gegenüber dem Ausland trotz der auf Zinssteigerungen gerichteten Politik der Bundesbank um 40,4 Mrd DM. Während in den ersten Monaten die Unsicherheit über die Besteuerung von Zinseinkünften hierfür ausschlaggebend gewesen sein dürfte, war der Mittelabfluß im weiteren Jahresverlauf vermutlich auch durch die vergleichsweise attraktive Verzinsung von kurzfristigen Anlagen in den übrigen EWS-Währungen bedingt. Zusätzlich scheint die lebhafte Exportentwicklung zu einer verstärkten Kreditaufnahme ausländischer Unternehmen in der Bundesrepublik geführt zu haben.

Bis zum September hat sich der Abfluß an kurzfristigem und langfristigem Kapital damit auf insgesamt 78,5 Mrd DM erhöht. Nimmt man den Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen hinzu — hierbei dürfte es sich vornehmlich um nicht registrierte Kapitalbewegungen handeln —, so beträgt der Kapitalabstrom in den ersten neun Monaten des Jahres sogar 95,5 Mrd DM. Damit hat der Kapitalabfluß das bereits sehr hohe Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums nochmals knapp übertroffen.

Tabelle 14

Geldpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1988	
15. Dezember	Der Zentralbankrat beschließt ein Geldmengenziel für 1989. Die Geldmenge in der weiten Abgrenzung M3 soll vom vierten Quartal 1988 bis zum vierten Quartal 1989 um etwa 5 vH ausgeweitet werden, um auf diese Weise das erreichte Maß an Preisniveaustabilität bei weiterhin befriedigendem Wirtschaftswachstum zu erhalten. Außerdem beschließt der Zentralbankrat, mit Wirkung vom 16. Dezember den Lombardsatz von 5 % auf 5 1/2 % heraufzusetzen. Diese Maßnahme der Bundesbank soll die Inanspruchnahme des Lombardkredits durch die Geschäftsbanken vermindern und der Bundesbank einen größeren Spielraum bei der Geldmarktsteuerung verschaffen.
1989	
19. Januar	Der Zentralbankrat beschließt, mit Wirkung vom 20. Januar den Diskontsatz auf 4 % und den Lombardsatz auf 6 % zu erhöhen, um das Geldmengenwachstum zu dämpfen und so preissteigernden Tendenzen sowie einer weiteren Verringerung des Außenwerts der D-Mark entgegenzuwirken.
6. April	Im Jahresabschluß der Deutschen Bundesbank wird für 1988 ein Gewinn von 11,5 Mrd DM festgestellt. Die Abführung an den Bund beläuft sich auf 10,04 Mrd DM.
20. April	Diskontsatz und Lombardsatz werden mit Wirkung vom 21. April um je einen halben Prozentpunkt auf 4 1/2 % beziehungsweise 6 1/2 % heraufgesetzt. Ziel dieser Maßnahme ist eine weitere Dämpfung des Geldmengenwachstums.
20. Juni	Die Bundesbank gibt bekannt, daß sie mit Wirkung vom 1. Juli an die Mindestlaufzeit von auf D-Mark denominierten Schuldverschreibungen ausländischer Emittenten auf 2 Jahre herabsetzen wird. Gleichzeitig verzichtet sie auf die bis dahin für Neuemissionen vorgeschriebene Anzeigepflicht von 2 Tagen. Diese Maßnahmen sollen die Möglichkeiten für die Verwendung der D-Mark im internationalen Emissionsgeschäft erweitern.
29. Juni	Der Zentralbankrat bestätigt das für das Jahr 1989 festgelegte Geldmengenziel. Um für den Rest des Jahres ein möglichst mäßiges Wachstum der Geldbestände zu erreichen, werden Diskontsatz beziehungsweise Lombardsatz mit Wirkung vom 30. Juni auf 5 % beziehungsweise 7 % angehoben.
7. September	Der Zentralbankrat beschließt, im Wege einer Strukturbereinigung der Refinanzierungslinien bestimmte Sonderlinien im Bereich der Außenhandelsfinanzierung bis 1991 abzubauen. Zur Kompensation der damit verbundenen Einschränkung der Refinanzierungsmöglichkeiten des Bankensystems in Höhe von 6 Mrd DM wird eine Erhöhung der Rediskont-Kontingente um 5 Mrd DM angekündigt.
5. Oktober	Der Zentralbankrat beschließt, den Diskontsatz und den Lombardsatz mit Wirkung vom 6. Oktober um jeweils einen Prozentpunkt auf 6 % beziehungsweise 8 % anzuheben. Hiermit soll zum einen eine Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und zum anderen eine Stärkung des Außenwerts der D-Mark erreicht werden, um drohenden Preis- und Kostensteigerungen entgegenzuwirken.
2. November	Die Rediskont-Kontingente werden gemäß dem Beschluß des Zentralbankrats vom 7. September 1989 um 5 Mrd DM angehoben.

IX. Finanzpolitik: Niedrigere Defizite trotz expansiver Ausgabenpolitik

138. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wurde 1989 deutlich zurückgeführt. Bezogen auf das Produktionspotential in jeweiligen Preisen betrug es rund ½ vH. Diese quantitative Konsolidierung ist das Ergebnis einer erheblich angestiegenen Steuerquote sowie einer deutlich verringerten Staatsquote. Insgesamt nahmen die Einnahmen mehr als doppelt so schnell zu wie die Ausgaben. Neben konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen von rund 15 Mrd DM trugen hierzu die Erhöhung von Verbrauchsteuern, die wieder voll wirksame Einkommensteuerprogression und die Gewinnüberweisung der Bundesbank bei.

Wenngleich der Rückgang des Defizits für sich genommen beachtlich erscheint, so ist er doch angesichts des günstigen konjunkturellen Umfeldes nicht erstaunlich. So kam auch 1989 der Konsolidierungsbeitrag überwiegend von der Einnahmenseite des Budgets, die Ausgaben wurden dagegen mit reichlich 3½ vH stärker ausgeweitet, als es der mittelfristigen Zielvorstellung des Finanzplanungsrates entspricht. Der Haushaltsfehlbetrag belief sich auf rund 27 Mrd DM in der Abgrenzung der Finanzstatistik und auf 12½ Mrd DM nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Tabelle 15).

Der Haushaltsfehlbetrag in der Abgrenzung der Finanzstatistik ist in der Regel größer als in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (JG 79 Anhang V, Abschnitt D). Der Unterschied ist in diesem Jahr besonders groß, weil der Bundesbankgewinn von 10 Mrd DM in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in voller Höhe defizitmindernd als Einnahme gebucht wird. Die Finanzstatistik berücksichtigt dagegen nur den Teil, der auch im Bundeshaushalt bei der Ermittlung des Finanzierungssaldos Eingang findet; 1989 waren es 5 Mrd DM.

Will die Finanzpolitik auf mittlere und längere Sicht wieder mehr Raum für eine gestaltende Ausgabenpolitik gewinnen, muß der Anteil der Zinszahlungen an den Gesamtausgaben, der zur Zeit bei etwa 9 vH liegt, zukünftig reduziert werden. Nimmt man den Zinssatz als konstant an und unterstellt man, daß die Gewinnüberweisung der Bundesbank in voller Höhe defizitwirksam verwendet wird, dann dürfte das von der Finanzstatistik für den öffentlichen Gesamthaushalt ausgewiesene Defizit in den kommenden Jahren eine Größenordnung von etwa 30 Mrd DM nicht überschreiten. Der Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden, der rund 930 Mrd DM beträgt, würde dann mit einer geringeren Rate zunehmen als derjenigen, die in der mittelfristigen Finanzplanung mit 3 vH für die Ausgabenexpansion unterstellt ist. Die Zinslastquote ginge zurück.

Insoweit ist das Haushaltsdefizit des Jahres 1989 nicht zu hoch, zumal 5 Mrd DM der Gewinnüberweisung der Bundesbank dazu verwendet wurden, den Schuldenstand zu verringern. Bei der Bewertung des Haushaltsergebnisses 1989 als Basis für die weitere Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist aber zu bedenken, daß angesichts der guten Konjunktur ein noch stärkerer Abbau des Defizits angezeigt gewesen wäre; denn es kann wohl kaum davon ausgegangen werden, daß das Expansionstempo der Wirtschaft und damit die Dynamik des Steueraufkommens auf Dauer unvermindert anhalten. Außerdem ist bei abgeschwächter Wirtschaftsentwicklung mit stärker steigenden Ausgaben für soziale Leistungen zu rechnen. Die Haushaltsdefizite werden dann deutlich höher sein. Zu berücksichtigen ist auch die Steuerreform 1990, die zumindest auf kürzere Sicht zu erheblichen Steuermindereinnahmen führen wird. Unter diesen Aspekten erscheint der Konsolidierungsschritt 1989 in einem weniger hellen Licht; denn es ist fraglich, ob in den nächsten Jahren Defizite realisiert werden können, die den künftigen Gestaltungsspielraum der Finanzpolitik nicht weiter einengen.

Kräftige Zunahme des Steueraufkommens

139. Die Steuereinnahmen waren 1989 um 9 vH höher als im Vorjahr. Das kassenmäßige Steueraufkommen betrug 532½ Mrd DM und entsprach 23,6 vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen. Die Steuerquote stieg damit nahezu wieder auf das Niveau von 1985 (Tabelle 16).

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer, die zu jeweils 42,5 vH Bund und Ländern und zu 15 vH den Kommunen zufließen, nahmen 1989 um 8½ vH zu. Dahinter stand zum einen die in diesem Jahr nach der Tarifreform 1988 wieder voll wirksame Progression des Einkommensteuertarifs. Zum anderen führte die gute Beschäftigungsentwicklung in Verbindung mit den Entgeltsteigerungen zu einer Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme um knapp 5 vH. Kräftig erhöht haben sich auch das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer mit 9½ vH und das aus der Körperschaftsteuer mit 15 vH. Dies ist um so bemerkenswerter, als vor allem bei der Körperschaftsteuer nur mit einem geringen Zuwachs gerechnet worden war. Denn ein Teil der Steuerschuld ist in Form der Quellensteuer geleistet worden, und die Unternehmen haben ihre Körperschaftsteuervorauszahlungen entsprechend gekürzt. Die Einnahmensteigerung bei der veranlagten Einkommensteuer ist gleichfalls beachtlich. Allerdings ist sie überzeichnet, weil die Erstattungen, die die Finanzämter 1989 im Rahmen des § 46 EStG an die Steuerzahler leisteten, als Folge der Steuerreform 1988 im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert blieben. Letztlich zeigt sich in diesen Entwicklungen aber die anhaltend gute Gewinnsituation der Unternehmen.

Die Quellensteuer auf Zinserträge, die zum 1. Januar 1989 eingeführt und schon zum 30. Juni wieder abgeschafft worden war und die brutto rund 4½ Mrd DM an Einnahmen erbrachte, hinterließ ihre Spuren in den Aufkommen verschiedener Steuern. Direkt betroffen waren die nichtveranlagten Steuern vom Ertrag, zu denen die „kleine Kapitalertragsteuer" zählt. Hier gab es in den Monaten Februar bis Juli einen Zuwachs von annähernd 100 vH. Im weiteren Verlauf von 1989 ist im Vorjahresvergleich mit rückläufigen Ergebnissen zu rechnen; denn dann wird die Quellensteuer auf Zinserträge aus Lebensversicherungsverträgen zurückerstattet.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer wurden 1989 durch die Quellensteuer vermindert, weil die Abgaben bei den Einkommensteuervorauszahlungen berücksichtigt wurden. Das Aufkommen 1990 wird ebenfalls geringer sein; denn diejenigen Steuerzahler, die ihre Zinserträge auch bisher schon versteuert haben, zahlen dann — entsprechend der bereits 1989 geleisteten Quellensteuer — weniger Einkommensteuer. Dagegen gibt es Mehreinnahmen von den „neuen Steuerehrlichen",

Tabelle 15

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1986	1987	1988[2])	1989[3])	1987	1988[2])	1989[3])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
In der Abgrenzung der Finanzstatistik							
Ausgaben (ohne Schuldentilgung)	628,6	650,0	670,6	695	+ 3,4	+ 3,2	+ 3 1/2
Laufende Rechnung	531,2	551,3	571,0	590 1/2	+ 3,8	+ 3,6	+ 3 1/2
davon:							
Personalausgaben	200,5	209,1	214,4	219 1/2	+ 4,3	+ 2,5	+ 2 1/2
Sachaufwand[4])	102,2	104,5	106,2	110 1/2	+ 2,2	+ 1,7	+ 4
Laufende Übertragungen	170,8	179,2	190,0	198 1/2	+ 4,9	+ 6,0	+ 4 1/2
Zinszahlungen	57,6	58,4	60,3	61 1/2	+ 1,4	+ 3,2	+ 1 1/2
Kapitalrechnung	96,8	97,8	99,2	104 1/2	+ 1,0	+ 1,4	+ 5 1/2
davon:							
Sachinvestitionen	53,8	54,2	55,3	59	+ 0,8	+ 2,0	+ 7
Vermögensübertragungen	23,6	24,6	23,9	25	+ 4,3	− 2,7	+ 4
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	19,5	19,0	20,0	20 1/2	− 2,4	+ 5,1	+ 3
Saldo im Verrechnungsverkehr[5])	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,5	—	x	x	x
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel)[6])	586,3	599,4	618,4	668	+ 2,2	+ 3,2	+ 8
Laufende Rechnung[6])	566,8	577,9	596,0	648	+ 2,0	+ 3,1	+ 9
darunter: Steuern	452,4	468,3	488,1	532 1/2	+ 3,5	+ 4,2	+ 9
Kapitalrechnung[6])	19,5	21,5	22,4	19 1/2	+ 10,2	+ 4,3	− 13
Saldo der durchlaufenden Mittel	0,0	0,0	0,0	—	x	x	x
Finanzierungssaldo[6])	− 42,3	− 50,6	− 52,2	− 27	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote[7])	31,0	30,9	30,8	30,5	x	x	x
Steuerquote[8])	23,3	23,2	23,0	23,6	x	x	x
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen							
Ausgaben	600,8	622,8	644,1	666 1/2	+ 3,7	+ 3,4	+ 3 1/2
Einnahmen	566,2	579,0	597,5	654	+ 2,3	+ 3,2	+ 9 1/2
davon:							
Steuern	473,4	491,6	512,4	558 1/2	+ 3,8	+ 4,2	+ 9
Sonstige Einnahmen	92,8	87,4	85,1	95 1/2	− 5,9	− 2,6	+ 12
Finanzierungssaldo	− 34,6	− 43,8	− 46,6	− 12 1/2	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote[9])	29,7	29,6	29,6	29,3	x	x	x
Steuerquote[10])	24,3	24,4	24,2	24,7	x	x	x

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände; einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[5]) Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.
[6]) Im Jahre 1989 ist von der gesamten Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank nur der Teil enthalten, der defizitmindernd im Bundeshaushalt eingestellt ist: 5 Mrd DM von 10,04 Mrd DM.
[7]) Ausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[8]) Kassenmäßige Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts.
[9]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[10]) Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

Tabelle 16

Aufkommen wichtiger Einzelsteuern [1])

Steuerart	1985	1986	1987	1988	1989 [2])	1985	1986	1987	1988	1989 [2])
	Mrd DM					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH				
Gesamtsteueraufkommen	437,2	452,4	468,7	488,1	532 1/2	+ 5,4	+ 3,5	+ 3,6	+ 4,1	+ 9
Lohnsteuer	147,6	152,2	164,2	167,5	182	+ 8,3	+ 3,1	+ 7,8	+ 2,0	+ 8 1/2
Veranlagte Einkommensteuer	28,6	29,9	30,7	33,2	36 1/2	+ 8,3	+ 4,6	+ 2,7	+ 8,1	+ 9 1/2
Körperschaftsteuer	31,8	32,3	27,3	30,0	34 1/2	+ 21,0	+ 1,5	− 15,5	+ 9,9	+ 15
Steuern vom Umsatz	109,8	111,1	118,8	123,3	130 1/2	− 0,6	+ 1,2	+ 6,9	+ 3,8	+ 6
Mineralölsteuer	24,5	25,6	26,1	27,0	32 1/2	+ 2,0	+ 4,6	+ 1,9	+ 3,4	+ 20 1/2
Tabaksteuer	14,5	14,5	14,5	14,6	15	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 2 1/2
Branntweinabgaben	4,2	4,1	4,1	4,0	4	− 2,0	− 2,1	+ 0,2	− 1,8	0
Vermögensteuer	4,3	4,4	5,4	5,6	6	− 4,6	+ 2,5	+ 23,3	+ 2,4	+ 3
Kraftfahrzeugsteuer	7,3	9,4	8,4	8,2	9	+ 0,9	+ 27,3	− 10,6	− 2,3	+ 11
Gewerbesteuer [3])	30,8	32,0	31,4	34,5	36	+ 8,6	+ 4,0	− 1,7	+ 9,6	+ 4 1/2
Grundsteuern A und B	7,4	7,6	7,9	8,2	8 1/2	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,6	+ 4,2	+ 3 1/2
Nachrichtlich: Steuerquote [4])	23,7	23,3	23,2	23,0	23,6	x	x	x	x	x

[1]) Kassenmäßige Steuereinnahmen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Nach Ertrag und Kapital (einschließlich Gewerbesteuerumlage).
[4]) Kassenmäßige Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle: BMF

von denjenigen also, die ihre Zinseinkünfte erstmalig im Zusammenhang mit der Einführung der Quellensteuer in ihrer Einkommensteuererklärung angaben. Diese zusätzlichen Einnahmen sind auch in den Folgejahren zu erwarten.

Ein einmaliges Mehraufkommen resultiert dagegen aus den Quellensteuerzahlungen der nach wie vor Steuerunehrlichen; sie werden ihre Zinseinkünfte auch weiterhin nicht angeben, können sich infolgedessen keine Quellensteuervorauszahlungen anrechnen lassen und beschränken ihre Steuerlast auf die im ersten Halbjahr 1989 geleisteten Beträge.

Die tatsächlichen Mehreinnahmen durch die Quellensteuer belaufen sich somit auf die dauerhaften Mehreinnahmen von „neuen Steuerehrlichen" und auf die Einmalzahlungen der Steuerunehrlichen im ersten Halbjahr 1989. Diesen Mehreinnahmen stehen erhöhte staatliche Zinszahlungen gegenüber; denn die Umlaufsrendite der Staatspapiere ist im Zuge der Diskussion um die Einführung der Quellensteuer um etwa einen halben Prozentpunkt angestiegen. In dieser Zeit von öffentlichen Schuldnern neu emittierte Papiere mußten dementsprechend besser ausgestattet werden. Mit der Abschaffung der Quellensteuer verschwand der durch ihre Einführung bedingte Zinszuschlag wieder.

140. Weniger deutlich sichtbar wird die günstige Gewinnentwicklung in den Gewerbesteuereinnahmen, die mit 4½ vH im Zuwachs weit hinter den anderen Veranlagungssteuern zurückblieben. Das liegt zum Teil daran, daß 1989 die Gewerbesteuerzahlungen für Vorjahre niedriger waren als im Jahre 1988. Grundsätzlich ist zu bedenken, daß die Bemessungsgrundlagen und auch die zeitliche Zahlungsstruktur bei Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer unterschiedlich sind, so daß es in einzelnen Jahren erhebliche Abweichungen in den Zuwachsraten der verschiedenen gewinnabhängigen Steuern geben kann (JG 88 Ziffer 123). Dabei mag 1989 der kräftige Zuwachs der Kapitalerträge aus dem Ausland eine Rolle gespielt haben, weil diese zwar prinzipiell der Einkommensteuer oder der Körperschaftsteuer, nicht aber der Gewerbesteuer unterliegen.

141. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer einschließlich Einfuhrumsatzsteuer stiegen 1989 mit 6 vH um etwa einen Prozentpunkt schneller an als der Teil der Binnennachfrage, der umsatzsteuerpflichtig ist. Ursache für diese Divergenz ist in erster Linie der Abbau der Mehrwertsteuerpauschale für Landwirte um zwei Prozentpunkte, das entspricht zusätzlichen Einnahmen von etwa 1 Mrd DM. Das Aufkommensplus beruhte ausschließlich auf den höheren Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer (+14 vH), dagegen erbrachte die übrige Umsatzsteuer etwas weniger als 1988. Dies liegt insbesondere daran, daß importierte Vorleistungen einschließlich der Investitionsgüter zunächst mit Einfuhrumsatzsteuer belegt werden, diese Zahlungen dann aber bei der Berechnung der Umsatzsteuerschuld abgezogen werden.

Die auffallend hohen Steigerungsraten bei der Mineralölsteuer, der Versicherungsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer sind vor allem durch die Erhöhung der Steuersätze zum 1. Januar 1989 zu erklären.

Günstige Entwicklung auf allen Haushaltsebenen

142. Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden expandierten in diesem Jahr mit einer Rate von reichlich 3½ vH. Ausschlaggebend für den hohen Zuwachs waren in erster Linie Sondereinflüsse. Dazu zählten Ausgaben im Rahmen des Strukturhilfeprogramms, Ausgaben für Aussiedler und Übersiedler, ein hoher Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit und Finanzhilfen für die Landwirtschaft an Stelle bis-

her gewährter Steuervergünstigungen. Zum überwiegenden Teil sind diese jetzt aufgetretenen Mehrausgaben aber die Folgen finanzpolitischer Entscheidungen vorangegangener Jahre. So wurde das Strukturhilfeprogramm aufgelegt, um in wirtschaftlich benachteiligten Ländern die kommunalen Investitionen anzuregen; der Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung war deshalb notwendig, weil in den vergangenen Jahren Ausgaben vom Bund zur Bundesanstalt für Arbeit verlagert worden waren. Ein Teil des bislang als Vergünstigung bei der Umsatzbesteuerung gewährten Einkommensausgleichs für Landwirte wurde 1989 durch Finanzhilfen ersetzt, deren Höhe sich nicht mehr am Umsatz, sondern an der Produktionsfläche orientiert. Diese Subventionen sind Bestandteil einer seit Jahren gegen den Markt betriebenen Agrarpolitik.

Von diesen Sondereinflüssen war insbesondere der Bundeshaushalt betroffen, der — einschließlich Nachtragshaushalt — 1989 sein Vorjahresvolumen um 5½ vH überstieg; bei einer Bereinigung um die genannten Einflußfaktoren halbiert sich diese Rate etwa. Das Haushaltsdefizit des Bundes ging von 36 Mrd DM 1988 auf 23 Mrd DM in diesem Jahr zurück. Es war damit niedriger als veranschlagt, was darauf zurückzuführen ist, daß Steuermehreinnahmen in Höhe von 4½ Mrd DM gegenüber dem Haushaltsansatz zur Verringerung des Fehlbetrages verwendet wurden. Verglichen mit dem Entwurf des Haushalts 1989 beliefen sich die zusätzlichen Steuereinnahmen allerdings auf etwa 12 Mrd DM, was einerseits durch das kräftige Expansionstempo der Wirtschaft, andererseits durch geringere Abführungen von Steuermitteln an die Europäischen Gemeinschaften bedingt ist. Wären mit diesen Mehreinnahmen nicht zum Teil zusätzliche Ausgaben finanziert worden, hätte das Defizit im Bundeshaushalt um weitere 2 Mrd DM zurückgeführt werden können.

Mit dem zur Jahresmitte verabschiedeten Nachtragshaushalt für 1989 wurde neben den Mehrausgaben für Kindergeld und Erziehungsgeld, dem Hochschulsonderprogramm und dem Programm zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser vor allem der verstärkten Zuwanderung von Aussiedlern und Übersiedlern Rechnung getragen. Allerdings war im Nachtrag eine leichte Verringerung (70 Mio DM) der Nettokreditaufnahme vorgesehen, weil die Mehrausgaben durch Einsparungen insbesondere bei der Arbeitslosenhilfe und durch konjunkturell bedingt höhere Steuereinnahmen mehr als ausgeglichen werden sollten (Tabelle 17).

143. Die schnell zunehmende Anzahl von Aussiedlern und Übersiedlern bedeutete für die öffentlichen Haushalte zunächst höhere Ausgaben. So sind die entsprechenden Ansätze im Bundeshaushalt 1989 durch den Nachtrag um rund 760 Mio DM nach oben korrigiert worden, als deutlich wurde, daß statt der für dieses Jahr erwarteten 200 000 Aussiedler und Übersiedler mehr als die doppelte Anzahl kommen würde. Ausgaben für diese Personengruppen fallen durch Programme für die Eingliederung an. Daneben steigen die Ausgaben im Rahmen der Sozialleistungsgesetze wie beispielsweise für Kindergeld, Erziehungsgeld oder Sozialhilfe, aber auch für Arbeitslosengeld. Ein spezielles Wohnungsbauprogramm für Aussiedler, an dem sich Bund und Länder mit jeweils 750 Mio DM beteiligen und das ursprünglich auf drei Jahre angelegt war, geht ab 1990 in der stark aufgestockten Förderung des sozialen Wohnungsbaus auf. Der Verpflichtungsrahmen für 1990 wurde durch mehrere Regierungsbeschlüsse auf 2 Mrd DM ausgeweitet, in der Finanzplanung waren ursprünglich 300 Mio DM vorgesehen. Mit den neuen Programmen nahm der Bund die Objektförderung im sozialen Mietwohnungsbau wieder auf, aus der er sich 1986 zurückgezogen hatte, als von einer Normalisierung der Wohnungsmarktlage ausgegangen worden war. Daneben wurden — wohl auch unter dem Eindruck der verstärkten Zuwanderung und den damit auftretenden Engpässen in der Wohnraumversorgung — mit Wirkung vom März 1989 die Abschreibungsbedingungen für Mietwohnungsneubauten verbessert. Mit zinsverbilligten Krediten fördert die Kreditanstalt für Wiederaufbau die Schaffung von Wohnraum in bestehenden Gebäuden sowie im Rahmen ihres Gemeindeprogramms die Aufschließung von Bauland und den Bau von Übergangswohnheimen (Tabelle 28, Seite 175).

Indirekt ist der Bund durch seine Defizithaftung für die Bundesanstalt für Arbeit auch von deren drastisch ansteigenden Ausgaben für die Aussiedlersprachkurse betroffen; dafür sind 1989 rund 2 Mrd DM erforderlich nach 700 Mio DM im Vorjahr.

144. Der Fehlbetrag in den Haushalten der Bundesländer verringerte sich 1989 auf rund 7 Mrd DM, im Vorjahr hatte er 16,5 Mrd DM betragen. Ausschlaggebend für diese Verbesserung der Haushaltslage war auch bei den Ländern die günstige Entwicklung des Steueraufkommens. Die Länder profitierten zwar nur zum kleineren Teil von den Verbrauchsteuererhöhungen. Die ihnen zufließende Kraftfahrzeugsteuer ist für Diesel-Pkw zum Jahresanfang heraufgesetzt worden, um Wettbewerbsverzerrungen gegenüber Benzin-Pkw gering zu halten; dies brachte Mehreinnahmen von etwa 800 Mio DM. Daneben waren die Umsatzsteuereinnahmen der Länder höher, weil die Mehrwertsteuer auf den Benzinpreis inklusive der erhöhten Mineralölsteuer aufgeschlagen wird. Die kräftigen Aufkommensteigerungen bei den einkommensabhängigen Steuern — Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer und Körperschaftsteuer — kamen jedoch auch den Länderhaushalten zugute; insgesamt lagen die Steuereinnahmen der Länder um 8½ vH über dem Vorjahresergebnis. Der Zuwachs der sonstigen Einnahmen war überwiegend durch die Finanzhilfen aus dem Strukturfonds bedingt, die der Bund 1989 an die Länder überwies. Insgesamt waren ihre Einnahmen um 7½ vH höher als im Vorjahr.

Die Strukturhilfemittel in Höhe von 2,45 Mrd DM jährlich werden von den Ländern — soweit es sich um Flächenländer handelt — größtenteils an Gemeinden oder auch an Dritte weitergeleitet, um so deren Investitionstätigkeit zu fördern. Zur Gesamtexpansion der Länderhaushalte von reichlich 3½ vH trug die Verwendung der Strukturhilfemittel mit etwa einem halben Prozentpunkt bei, und zwar über die Investitionen (+5 vH) und über die Investitionszuschüsse an Gemeinden und an andere Bereiche (+10 vH). Die Zinsausgaben nahmen um rund 3 vH zu. Niedriger als in den Vorjahren war 1989 der Anstieg der Personalausgaben, die mehr als 40 vH der Länderhaushalte aus-

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Tabelle 17

Datum	
1988	
24. November	Der Bundestag beschließt den Bundeshaushalt 1989 sowie zur Verbesserung der Haushaltsstruktur das Haushaltsbegleitgesetz 1989 und das Verbrauchsteueränderungsgesetz 1988. Mit 290,3 Mrd DM liegt das Ausgabenvolumen um 5,4 vH über dem Haushaltssoll von 1988, das Haushaltsdefizit soll 28,7 Mrd DM betragen. Die Gesetze sehen unter anderem vor, die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer und die Versicherungsteuer zu erhöhen und eine Steuer auf den Verbrauch von Erdgas und Flüssiggas einzuführen.
25. November	Der Bundestag verabschiedet das Gesundheits-Reformgesetz.
1989	
1. Januar	Das Verbrauchsteueränderungsgesetz 1988 tritt in Kraft (Ausnahme: Die Tabaksteuererhöhung wird zum 1. Mai wirksam). Die kleine Kapitalertragsteuer in Höhe von 10 vH der Zinseinkünfte wird im Quellenabzugsverfahren erhoben. Das Gesetz zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Ländern tritt in Kraft. Die Länder — mit Ausnahme von Baden-Württemberg und Hessen — erhalten vom Bund demzufolge über einen Zeitraum von 10 Jahren ab 1989 Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden in Höhe von jährlich insgesamt 2,45 Mrd DM. Der „Kohlepfennig" wird von durchschnittlich 7,25 vH des Strompreises auf 8,5 vH erhöht.
24. Januar	Die Bundesregierung legt den Jahreswirtschaftsbericht vor.
16. Februar	Der endgültige Abschluß des Bundeshaushalts 1988 wird festgestellt. Die Ausgaben waren um 2,35 vH (Soll 2,4 vH) höher als im Vorjahr, die Steuereinnahmen stiegen um 1,5 vH (Soll 0,4 vH). Die Nettokreditaufnahme blieb mit 35,4 Mrd DM um 3,2 Mrd DM unter dem Soll.
3. März	Der vorläufige Abschluß der Länderhaushalte für 1988 weist ein Defizit von 16,5 Mrd DM aus, es ist damit um 5,2 Mrd DM geringer als in den Haushaltsplanungen vorgesehen. Die Ausgaben der Länder nahmen 1988 planungsgemäß um 2,2 vH auf 257,8 Mrd DM zu, die Steuereinnahmen stiegen um 3,9 vH.
16. März	Die Regierungskoalition beschließt eine stufenweise verlängerte Gewährung des einkommensabhängig gezahlten Teils des Erziehungsgeldes sowie eine Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind um 30 DM ab dem 1. Juli 1990. Die daraus resultierenden Mehrausgaben werden 1990 mit 850 Mio DM veranschlagt.
10. Mai	Das Bundeskabinett beschließt die Abschaffung der zum 1. Januar eingeführten Quellensteuer auf Zinseinkünfte zum 1. Juli. Der Sparer-Freibetrag wird rückwirkend ab dem 1. Januar 1989 auf 600 DM/ 1 200 DM für Alleinstehende/Zusammenveranlagte verdoppelt. Darüber hinaus sieht derselbe Gesetzentwurf vor, die Besteuerung betrieblicher Veräußerungsgewinne bis zu einem Höchstbetrag von 30 Mio DM zu mildern, die Abschreibungsfrist für Mietwohnungsneubauten von 50 auf 40 Jahre bei degressiven Abschreibungssätzen zu verkürzen und einen auf 12 000 DM begrenzten Sonderausgabenabzug für vollwertige sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten einzuführen. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" legt Schätzungen der Steuereinnahmen für die Jahre 1989 bis 1993 vor, in denen erstmals die Auswirkungen des Steuerreformgesetzes 1990 berücksichtigt werden. Für 1989 werden Steuereinnahmen in Höhe von 525,3 Mrd DM erwartet, das entspricht einem Zuwachs von 7,6 vH; die Steuerquote liegt demnach bei 23,59 vH.
24. Mai	Der Finanzplanungsrat erörtert die Haushaltsentwicklung 1989 angesichts der aktuellen Konjunkturlage sowie die grundlegenden Annahmen für die Haushaltsentwürfe 1990 und die Finanzplanung bis 1993. Der Ausgabenzuwachs der öffentlichen Haushalte soll weiterhin auf insgesamt 3 vH begrenzt werden.
2. Juni	Der Bundestag verabschiedet den Nachtragshaushalt 1989. Die höheren Ausgaben (+1,059 Mrd DM) sollen durch Steuermehreinnahmen (+1,13 Mrd DM) mehr als ausgeglichen werden. Die Nettokreditaufnahme soll leicht auf 27,83 Mrd DM sinken.
30. Juni	Der Bundesrat stimmt den vom Bundeskabinett am 10. Mai beschlossenen Gesetzesentwürfen zu.
5. Juli	Die Bundesregierung beschließt den Haushaltsentwurf 1990 und den Finanzplan bis 1993. Die Ausgaben sollen 1990 um 3,4 vH auf 301,35 Mrd DM steigen, die Nettokreditaufnahme 33,67 Mrd DM betragen. Im Finanzplan bis 1993 ist ein jährlicher Anstieg der Bundesausgaben um durchschnittlich 3 vH vorgesehen. Die Nettokreditaufnahme soll in den kommenden Jahren auf 25,6 Mrd DM im Jahre 1993 zurückgeführt werden.
14. November	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" überprüft seine Schätzungen vom Mai für die Jahre 1989 und 1990. Bei einer angenommenen Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts von 6½ vH 1989 und 5½ vH 1990 wird 1989 mit Steuereinnahmen in Höhe von 533,6 Mrd DM, 1990 in Höhe von 536,7 Mrd DM gerechnet. Gegenüber den Schätzungen vom Mai sind das für 1989 8,3 Mrd DM mehr, für 1990 11,4 Mrd DM.

machen; er lag bei knapp 2½ vH. Dies ist auf die Entgelterhöhung von 1,4 vH vom 1. Januar zurückzuführen, die in Verbindung mit einer Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde für 1989 vereinbart worden war. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bezüge im Durchschnitt des Jahres 1989 um 1,8 vH höher waren als 1988; denn damals erfolgte die Anhebung um 2,4 vH erst zum 1. März.

145. Die kommunalen Haushalte erzielten 1989 einen Überschuß von rund 2½ Mrd DM, nachdem bereits im Vorjahr ein ausgeglichenes Ergebnis (+0,35 Mrd DM) zu verzeichnen gewesen war. Zur günstigen Entwicklung der Einnahmen trugen nahezu alle Einnahmearten bei. Dabei zeigte sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik 1989 weniger in den Gewerbesteuereinnahmen der Städte und Gemeinden als vielmehr in deren Anteil am Aufkommen von Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer.

Die Gebühren, die mit etwa 13 vH zu den Gesamteinnahmen der Kommunen beitragen, übertrafen ihr Vorjahresniveau um mehr als 5 vH. Die Ursachen für diese Steigerung liegen zum einen in höheren Standards für öffentliche Leistungen, beispielsweise bei der Abwasserbeseitigung. Zum anderen verwenden die Kommunen nach Angaben des Deutschen Städtetages inzwischen verstärkt Wiederbeschaffungspreise statt wie bisher Anschaffungskosten für die Kalkulation von Abschreibungen und Zinsen auf das Anlagevermögen, um so die Substanzerhaltung zu sichern. Dies führt zu Anhebungen der Gebührensätze.

Die Ausgaben der Kommunen wurden 1989 um rund 3½ vH ausgeweitet. Dämpfend wirkte sich, wie beim Bund und insbesondere bei den Ländern, die geringe Anhebung der Tarifverdienste im öffentlichen Dienst aus. Dagegen stiegen die Ausgaben für soziale Leistungen wiederum überproportional an. Schneller als die Ausgaben insgesamt wurden auch die Investitionen und hier insbesondere die Bauinvestitionen mit 7 vH aufgestockt. Unterstützt wurde die rege Investitionsnachfrage der Kommunen durch das Gemeinde-Investitionsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau, deren Mittel vermehrt in Anspruch genommen wurden. Darüber hinaus könnten auch die Strukturhilfemittel des Bundes, die zum Großteil den Städten und Gemeinden zufließen, die Investitionen gestärkt haben. Allerdings dürften 1989 damit in geringem Umfang völlig neue Projekte finanziert worden sein; denn diese benötigen eine entsprechende Vorlaufzeit. Vielmehr haben die Bundesmittel wohl eher dazu beigetragen, daß nun auch solche Vorhaben umgesetzt werden konnten, deren Planung bereits weitgehend abgeschlossen war, die aber aufgrund begrenzter Eigenmittel der Kommunen sonst nicht oder zumindest nicht in diesem Jahr nachfragewirksam geworden wären. Zum Teil sind wohl auch solche Investitionsvorhaben finanziert worden, die ohnehin — dann aber allein zu Lasten der Haushalte von Ländern oder Gemeinden — durchgeführt worden wären.

Keine Entwarnung bei den Subventionen

146. Die Subventionen, wie sie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesen werden, waren in diesem Jahr erstmals seit 1981 rückläufig; sie unterschritten den Vorjahreswert um 4 vH. Ursächlich hierfür waren die Entwicklungen auf den Märkten für Agrarprodukte und der wieder höher bewertete Dollar. Noch als Folge der letztjährigen schlechten Ernte in den Vereinigten Staaten waren die Getreidepreise 1989 vergleichsweise hoch. Die subventionierten Interventionskäufe von Getreide im Rahmen der EG-Agrarmarktordnung, die Lagerbestände und damit die Lagerhaltungskosten waren niedriger als 1988. Gleichzeitig lagen die Exporterstattungen für Getreide, mit denen die Preise für ausgeführte Marktordnungsprodukte auf Weltmarktniveau heruntergeschleust werden, niedriger als im Vorjahr.

Die Lagerhaltungskosten für Milchprodukte waren gleichfalls geringer als im Vorjahr. Zu dem drastischen Rückgang der Lagerbestände an Milchprodukten hat neben einem Sonderabsatzprogramm 1988 auch beigetragen, daß das Niveau der Milchproduktion durch mengenbeschränkende Maßnahmen, die im Zuge der Agrarmarktordnung bereits seit mehreren Jahren angewandt werden, abgesenkt wurde.

Tendenziell ausgabenmindernd wirkt sich der 1988 vergleichsweise hohe Dollarkurs auf die Subventionierung des Steinkohlenbergbaus aus. Die Aufwendungen des sogenannten Kohlepfennigfonds, über den die Stromverbraucher den Einsatz heimischer Steinkohle bei der Energieerzeugung subventionieren, sind bei hohem Dollarkurs und dementsprechend hohen Preisen für Schweröl tendenziell niedriger; denn die für die Höhe der Subventionen ausschlaggebenden Mehrkosten, die den Stromerzeugern durch die Verfeuerung von Kohle anstelle von Schweröl entstehen, sind dann geringer. Ähnliches gilt für die Kokskohlenbeihilfe, mit der die Preisdifferenz zwischen importierter und heimischer Steinkohle weitgehend ausgeglichen wird, wenn letztere bei der Stahlherstellung eingesetzt wird. Allerdings zeigen sich bei diesen Subventionen die Auswirkungen des höheren Dollarkurses infolge der Berechnungsmethode für die relevante Preisdifferenz erst mit einjähriger Verspätung.

Ein ausgabenmindernder Effekt geht vom hohen Dollarkurs darüber hinaus auf die Absatzhilfen aus, die der Bund im Rahmen des Projekts Airbus leistet. Die Kalkulation für diese Flugzeuge basiert auf einem Wechselkurs von 2 DM je Dollar; ist der tatsächliche Kurs niedriger und sind die Verkaufserlöse somit geringer, beteiligt sich der Bund an den Verlusten. Diese werden kleiner, wenn sich der Dollarkurs der Grenze von 2 DM nähert.

Inwieweit die Entwicklung der Subventionen dieses Jahres in die Zukunft fortgeschrieben werden kann, ist sehr ungewiß. Die durch die Höherbewertung des Dollar verursachten Einsparungen können kaum als dauerhaft erachtet werden. Wenngleich die Maßnahmen zur Produktionsbegrenzung bei einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnissen sich als wirksam erweisen, sind die Entwicklungen auf den Agrarmärkten doch mit großer Unsicherheit behaftet.

Insofern kann in dem Rückgang der Subventionen 1989 kein entscheidender Schritt auf dem Weg zum Subventionsabbau gesehen werden. Auf Dauer kann

die Hoffnung auf eine günstige Entwicklung der für die Höhe der Subventionen ausschlaggebenden Leitgrößen nicht eine Politik ersetzen, die die Subventionen in den Griff bekommt.

Kontraktiver konjunktureller Impuls gering

147. Von den öffentlichen Haushalten ging 1989 ein kontraktiver Impuls in Höhe von 5 Mrd DM aus. Der konjunkturelle Impuls läßt sich als Differenz von tatsächlichen Ausgaben und konjunkturneutralem Haushalt errechnen. Nach der Definition des Sachverständigenrates gilt ein Haushalt dann als konjunkturneutral, wenn er denselben Anteil des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials beansprucht wie im Basisjahr 1985. Dabei sind neben den Staatsausgaben die Staatseinnahmen zu berücksichtigen; denn sie entziehen den Privaten Kaufkraft und mindern damit deren Möglichkeiten, ihrerseits das Produktionspotential in Anspruch zu nehmen (Tabelle 18).

Für sich genommen waren die tatsächlichen Staatsausgaben 1989 um 13 Mrd DM niedriger als der Wert, den man erhält, wenn man die Staatsquote des Jahres 1985 auf das Produktionspotential von 1989 anwendet. Daß der kontraktive Impuls nur 5 Mrd DM beträgt, liegt daran, daß die Privaten 1989 durch relativ geringere Abgaben gegenüber dem Basisjahr um insgesamt 8 Mrd DM entlastet wurden. In erster Linie ist diese Entlastung noch auf die Steuerreformschritte 1986 und 1988 zurückzuführen; daß sie wesentlich niedriger war als im Vorjahr, liegt vor allem an den Verbrauchsteuererhöhungen 1989.

Tabelle 18

Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht[1])

Mrd DM

		1983	1984	1985	1986	1987[2])	1988[2])	1989[3])
(1)	Produktionspotential in jeweiligen Preisen[4])	1 795,6	1 862,1	1 927,3	2 025,4	2 105,0	2 179,0	2 277½
(2)	Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr[5])	1 791,8	1 871,9	1 927,3	2 025,4	2 105,0	2 179,0	2 277½
(3)	Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1985[6])	534,5	558,4	575,0	604,2	628,0	650,1	679½
(4)	Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials[7])	1 729,0	1 806,4	1 859,9	1 954,5	2 031,3	2 102,8	2 197½
(5)	Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1985[6])	431,2	450,5	463,8	487,4	506,6	524,4	548
(6)	Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr[7])	426,9	448,3	463,8	475,6	494,9	507,9	543
(6a)	Tatsächliche Steuereinnahmen[1])	414,9	439,2	459,9	473,4	491,6	512,4	558½
(7)	Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ⁄ (5)	– 4,3	– 2,2	–	– 11,8	– 11,7	– 16,5	– 5
(8)	Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Dekkungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen"[8])	– 0,5	– 0,9	–	+ 0,0	– 3,9	– 0,9	– 3½
(9)	Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7) + (8)	529,7	555,3	575,0	592,5	612,5	632,7	671½
(10)	Tatsächliche Staatsausgaben[1])	538,8	557,4	575,0	600,8	622,8	644,1	666½
(11)	Konjunktureller Impuls[9]) (10) ⁄ (9)	+ 9,1	+ 2,1	–	+ 8,3	+ 10,3	+ 11,4	– 5
(12)	Veränderungen des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	– 22,6	– 7,0	– 2,1	+ 8,3	+ 2,0	+ 1,1	– 16

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang IV, Abschnitt D. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Deflator des Bruttosozialprodukts.
[5]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Deflator des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr; ab 1985 wird die „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts gleich der tatsächlichen im jeweiligen Jahr gesetzt.
[6]) Normalauslastungsgrad (96,5 vH); zur Definition siehe Anhang IV, Abschnitt A.
[7]) Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe hierzu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralem" Preisanstieg ergäbe.
[8]) Ohne die Einnahmen aus der anomal hohen Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank.
[9]) Expansiv: +; kontraktiv: –.

noch Tabelle 18

Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht[1]

vH

		1983	1984	1985	1986	1987[2]	1988[2]	1989[3]
Zum Vorjahresvergleich								
Steigerungsrate								
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (10) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr		*+ 1,5*	*+ 3,4*	*+ 3,2*	*+ 4,5*	*+ 3,7*	*+ 3,4*	*+ 3½*
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (9) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (10)		*− 0,2*	*+ 3,1*	*+ 3,2*	*+ 3,0*	*+ 1,9*	*+ 1,6*	*+ 4*
Bestimmungsfaktoren von (b)[10]								
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1980		*+ 1,4*	*+ 1,7*	*+ 1,2*	*+ 1,9*	*+ 1,9*	*+ 2,0*	*+ 2*
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts[11]		*+ 3,0*	*+ 2,5*	*+ 2,3*	*+ 3,1*	*+ 2,0*	*+ 1,5*	*+ 2½*
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (14) von der des jeweiligen Vorjahres		*− 0,2*	*+ 0,4*	*+ 0,4*	*− 2,0*	*+ 0,1*	*− 0,7*	*+ 2*
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen" von dem des jeweiligen Vorjahres		*+ 0,4*	*− 0,1*	*+ 0,2*	*+ 0,0*	*− 0,6*	*+ 0,5*	*− ½*
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (18) von der konjunkturneutralen (15) im jeweiligen Vorjahr		*− 4,9*	*− 1,5*	*− 0,9*	*− 0,0*	*− 1,4*	*− 1,7*	*− 2*
(14) Volkswirtschaftliche Steuerquote:	$\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	*24,69*	*24,82*	*24,94*	*24,34*	*24,36*	*24,15*	*24,71*
(15) Konjunkturneutrale Staatsquote:	$\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	*29,57*	*29,67*	*29,83*	*29,25*	*29,10*	*29,03*	*29,47*
(16) Beanspruchte Staatsquote:	$\frac{(10)}{(2)} \cdot 100$	*30,07*	*29,78*	*29,83*	*29,66*	*29,58*	*29,56*	*29,27*
(17) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2):	(16) ⁒ (15)	*+ 0,51*	*+ 0,11*	–	*+ 0,41*	*+ 0,49*	*+ 0,52*	*− 0,20*
(18) Realisierte Staatsquote:	$\frac{(10)}{(1)} \cdot 100$	*30,01*	*29,93*	*29,83*	*29,66*	*29,58*	*29,56*	*29,27*

Fußnote 1 siehe Seite 99.

[10]) (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (g). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (g) (siehe hierzu Anhang IV, Abschnitt D).

[11]) Ab 1985 identisch mit der tatsächlichen Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts.

148. Der konjunkturelle Impuls läßt sich auch mit Hilfe des konjunkturneutralen Haushaltsdefizits bestimmen. Um dieses zu ermitteln, wird die potentialorientierte Kreditaufnahme — sie richtet sich nach der Kreditfinanzierungsquote des Basisjahres 1985 und entspricht 1½ vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen — in Höhe von 32½ Mrd DM um auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen (15 Mrd DM) vermindert. Gegebenenfalls wird der als anomal hoch zu betrachtende Teil der Gewinnüberweisung der Deutschen Bundesbank abgezogen. Die hieraus resultierenden 17½ Mrd DM sind dann mit dem tatsächlichen Haushaltsdefizit von 12½ Mrd DM zu vergleichen. Die Differenz (−5 Mrd DM) bildet den kontraktiven konjunkturellen Impuls ab (Tabelle 19).

Bei der Berechnung des konjunkturellen Impulses wird die Gewinnüberweisung der Bundesbank an den Bund in einen normalen und einen anomalen Teil aufgespalten. Als Normalgewinn wird dabei ein Betrag in Höhe von 4 vH der Zentralbankgeldmenge (in der Abgrenzung des Sachverständigenrates) angesetzt. Dieses Vorgehen beruht auf der Vorstellung, „daß die Notenbank (unverzinsliches) Geld gegen verzinsliche Aktiva ausgibt. Die Zinserträge für das von der Notenbank emittierte Geld werden ermittelt, indem der Jahresüberschuß der Bundesbank ohne laufende Wertberichtigung ins Verhältnis gesetzt wird zur bereinigten Zentralbankgeldmenge" (JG 84 Ziffer 242). In Höhe des normalen Bundesbankgewinns ist ein

Tabelle 19

Haushaltsdefizit und konjunktureller Impuls der Gebietskörperschaften[1])

Mrd DM

	1983	1984	1985	1986	1987[2])	1988[2])	1989[3])
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Haushaltsdefizits							
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme[4]) ...	25,7	26,8	27,6	29,0	30,2	31,2	32½
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen (−)/Steuermindereinnahmen (+)[5]) ..	+12,9	+ 6,7	+ 3,9	+ 2,3	+ 3,3	− 4,6	−15
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen (−)[6]) ...	− 0,9	+ 2,3	—	—	—	—	—
(d) Mehreinnahmen (−)/Mindereinnahmen (+) in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne	− 4,5	− 4,5	− 5,5	− 5,0	—	+ 8,5	—
I. (a) bis (d) Konjunkturneutrales Haushaltsdefizit[7]) (= Defizit des konjunkturneutralen Haushalts) ...	33,2	31,4	26,0	26,3	33,5	35,2	17½
II. Tatsächliches Haushaltsdefizit[8])	42,3	33,5	26,0	34,6	43,8	46,6	12½
II. ⁒ I. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	+ 9,1	+ 2,1	—	+ 8,3	+10,3	+11,4	− 5

[1]) Haushalte der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt D.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Errechnet aus den Finanzierungssalden im Basisjahr 1985, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen, mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben.
[5]) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (96,5 vH) zuzurechnen ist. Dabei ist angenommen, daß die Elastizität des Steueraufkommens bezüglich des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen gleich eins ist; die jeweilige Steuerquote und die „konjunkturneutrale" Vollbeschäftigungsquote sind dadurch identisch.
[6]) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Ab 1985 wird die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate des Preisniveaus gleich der tatsächlichen gesetzt; inflationsbedingte Steuereinnahmen entfallen somit.
[7]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[8]) Einschließlich der Mehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne.

Kaufkraftentzug der Privaten anzusetzen, der bei der Ermittlung des konjunkturellen Impulses zu berücksichtigen ist. Anders verhält es sich bei dem anomalen Teil des Bundesbankgewinns, der in erster Linie aus Umbewertung der Devisenreserven der Bundesbank oder Änderungen ihrer Zinserträge aus dem Ausland, bewertet in D-Mark, resultiert. Diese Einflüsse, die unmittelbar nicht die Möglichkeiten der Privaten, das heimische Produktionspotential zu beanspruchen, verändern, werden bei der Berechnung des konjunkturellen Impulses ausgeschaltet.

Die Aufspaltung des Bundesbankgewinns in einen normalen und einen anomalen Teil ist unabhängig von der Art der Gewinnverwendung. Ob mit dem Gewinn laufende Ausgaben finanziert oder Schulden getilgt werden — das heißt, die Nettokreditaufnahme höher ausgewiesen wird —, die Entzugseffekte für die Privaten sind davon unberührt. Insofern ändert die seit 1989 im Haushaltsgesetz des Bundes vorgesehene Verwendung eines Teils des Bundesbankgewinns zur Schuldentilgung nichts an seiner Behandlung in der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts. Ebensowenig trifft die Kritik zu, die Berechnung eines Normalgewinnes leiste einer zusätzlichen Verschuldung des Bundes Vorschub. Die Aufspaltung des Bundesbankgewinns erfolgt aus analytischen Gründen, um die konjunkturellen Anstoßeffekte des Budgets zu isolieren; der Ansatz eines unbereinigten Bundesbankgewinns würde dabei ebenso zu falschen Ergebnissen führen, wie seine vollständige Eliminierung.

149. Der konjunkturelle Impuls wird ermittelt, um einen Indikator für die Anstoßwirkung des Budgets zu gewinnen, der seinerseits nicht von konjunkturellen Effekten verzerrt ist. Er gibt nicht an, welche — oftmals erst verzögert eintretende — Nachfragewirkung letztlich vom öffentlichen Haushalt ausgeht; denn deren Ausmaß hängt entscheidend vom gesamtwirtschaftlichen Umfeld ab, auf das der Impuls trifft (JG 85 Ziffer 254). Der Impuls des Jahres 1989 erscheint angesichts des hohen Auslastungsgrades des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials und der höheren Inflationsrate von seinem Vorzeichen her geeignet, einer Überhitzung der Wirtschaft entgegenzuwirken. Ob das Ausmaß allerdings genügt, ist dagegen weniger sicher. Es wäre 1989 eher angemessen gewesen, die auslastungsbedingten Steuermehreinnahmen in größerem Umfang zur Verringerung der Haushaltsfehlbeträge einzusetzen, als es tatsächlich geschehen ist.

Sozialversicherungshaushalte mit hohen Überschüssen

150. Die Haushalte der Sozialversicherungen standen 1989 im Zeichen der guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die mit der kräftigen Beschäftigungsausweitung verbundene Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme ließ die Beitragseinnahmen um 4½ vH ansteigen, der Haushaltsüberschuß betrug 13½ Mrd DM nach 1,4 Mrd DM im Vorjahr.

Bei der Bundesanstalt für Arbeit zeigte sich die wirtschaftliche Dynamik auf der Ausgabenseite des Haushalts. Die Aufwendungen für Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld und Konkursausfallgeld lagen unter

dem Niveau von 1988. Daneben wurde die Arbeitslosenversicherung durch Einsparungen im Bereich der Qualifizierung, die mit der neunten Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz beschlossen worden waren, entlastet. Höher als erwartet waren dagegen die Ausgaben für die Sprachförderung und die berufliche Bildung der Aussiedler. Insgesamt mußte der Bund knapp 3 Mrd DM für den Haushaltsausgleich bei der Bundesanstalt für Arbeit aufwenden; das war eine Mrd DM weniger als ursprünglich erwartet.

Die Ausgaben der Gesetzlichen Rentenversicherungen nahmen 1989 um 5 vH zu. Neben der Rentenanpassung um 3,0 vH zum 1. Juli des Jahres trug dazu die steigende Anzahl von Rentenbeziehern bei. Im Juli war der Rentenbestand etwa ein vH höher als vor Jahresfrist. Um mehr als 60 vH auf knapp 3 Mrd DM erhöhten sich die — letztlich vom Bund getragenen — Leistungen, die sich aus der Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rentenversicherung ergeben. Dies ist insbesondere auf die Einbeziehung weiterer Jahrgänge älterer Mütter in diese Regelung zurückzuführen. Die Anpassung des Beitragssatzes zur Krankenversicherung der Rentner von bisher 11,8 vH zur Jahresmitte an den durchschnittlichen Beitragssatz zu den Gesetzlichen Krankenversicherungen, der zum 1. Januar des Jahres mit 12,9 vH ermittelt worden war, belastete die Rentenversicherungen zusätzlich mit rund 450 Mio DM. Den gleichen Mehrbetrag hatten die Rentenempfänger aufzubringen, die wie die Rentenversicherungsträger jeweils die Hälfte der Beiträge zu ihrer Krankenversicherung leisten. Entsprechend weniger, nämlich um 2,4 vH, erhöhten sich die Nettobezüge der Altersruhegeldempfänger (Tabelle 20).

Als Saldo von Ausgaben und Einnahmen ergab sich 1989 bei den Gesetzlichen Rentenversicherungen ein Überschuß, der die Schwankungsreserve auf zwei Monatsausgaben ansteigen ließ. Zum Ausgleich des Defizits der knappschaftlichen Rentenversicherung mußte der Bund im Jahre 1989 mehr als 9½ Mrd DM überweisen.

Die Gesetzlichen Krankenversicherungen gaben 1989 etwa 1½ vH weniger aus als im Vorjahr, was auf die Auswirkungen der zum 1. Januar in Kraft getretenen Strukturreform im Gesundheitswesen zurückzuführen ist. Die Aufwendungen für soziale Sachleistungen, wozu beispielsweise Arzneimittel sowie die ärztliche und zahnärztliche Behandlung zählen und die rund 85 vH der Gesamtausgaben der Krankenkassen ausmachen, waren etwas niedriger als im Vorjahr. Dies liegt zum einen daran, daß im Jahr 1988 von den Versicherten noch verstärkt solche Leistungen nachgefragt wurden, für die ab 1989 eine höhere Direktbeteiligung gilt; entsprechend geringer fielen die Ausgaben für derartige Leistungen in diesem Jahr aus. Zum anderen führten im Reformgesetz vorgesehene Maßnahmen zu Einsparungen. So wurden 1989 für bislang zehn Wirkstoffe Festbeträge eingeführt, die die Ausgaben für Arzneimittel verringern. Daneben waren infolge des gekürzten Sterbegeldes auch die Aufwendungen für soziale Geldleistungen um knapp 5 vH geringer als 1988.

Zusammen mit dem Einnahmenanstieg führte die rückläufige Entwicklung der Ausgaben dazu, daß der durchschnittliche Beitragssatz zu den Gesetzlichen Krankenversicherungen erstmals seit 1984 nicht höher war als im Vorjahr; einige Kassen konnten ihre Beitragssätze angesichts ihrer günstigen Finanzlage senken.

Unsicherheit darüber, ob die günstige Entwicklung des Jahres 1989 in die Zukunft fortzuschreiben ist, hat wohl verhindert, daß es in der Breite zu Beitragssatzsenkungen kam. Eine Rolle hat dabei auch gespielt, daß 1988 in den Haushalten der Gesetzlichen Krankenversicherungen entstandene Defizite abzudecken und gesetzlich vorgeschriebene Rücklagen aufzufüllen waren.

Rentenniveau Tabelle 20

Jahr	Monatliche Rente [1][2]	Altersruhegeld [1][3] gemessen am	
		Bruttoarbeitsentgelt [4]	Nettoarbeitsentgelt [5]
	DM	vH	
1960	240,60	47,3	56,2
1961	253,60	45,3	54,2
1962	266,30	43,6	52,5
1963	283,90	43,8	53,0
1964	307,10	43,5	52,9
1965	335,90	43,7	52,7
1966	363,80	44,1	53,9
1967	392,90	46,1	56,7
1968	424,50	47,0	57,3
1969	459,80	46,6	57,7
1970	489,00	44,0	56,8
1971	515,90	41,5	54,4
1972	600,40	42,2	57,0
1973	668,60	41,6	56,3
1974	743,50	41,6	57,0
1975	826,00	43,2	59,0
1976	916,90	44,8	62,8
1977	1 008,10	46,3	65,6
1978	1 008,10	46,1	64,6
1979	1 053,40	45,7	63,8
1980	1 095,60	44,6	63,2
1981	1 139,40	44,2	62,9
1982	1 205,00	44,9	64,6
1983	1 272,30	44,6	64,5
1984	1 315,50	45,3	65,2
1985	1 355,00	45,4	65,1
1986	1 394,30	45,0	63,6
1987	1 447,30	45,2	64,1
1988	1 490,70	45,3	63,8
1989 [6]	1 535,50	45,2	64,2

[1]) Für Bestandsrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 vH (Durchschnittsverdienst) und 40 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren.
[2]) Rentenbetrag am Stichtag 1. Juli des jeweiligen Jahres.
[3]) Für Bruttorentenniveau: Bruttorente; für Nettorentenniveau: Rentenzahlbetrag (nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrags) im Kalenderjahr.
[4]) Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten.
[5]) Das Nettoarbeitsentgelt ist aus dem Bruttojahresarbeitsentgelt durch Abzug der durchschnittlichen Belastung aller beschäftigten Arbeitnehmer mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen berechnet.
[6]) Schätzung des BMA.

Quelle: BMA

Teil C
Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in den achtziger Jahren

151. Das in diesem Jahr zu Ende gehende Jahrzehnt stellt wegen der langen Dauer der konjunkturellen Aufwärtsbewegung einen außergewöhnlichen Abschnitt in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland dar. Die günstige Entwicklung der letzten beiden Jahre hat nahezu vergessen lassen, daß sich zu Beginn der achtziger Jahre im Hinblick auf die Aussichten für das bevorstehende Jahrzehnt tiefer Pessimismus in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft ausgebreitet hatte. Nach der überraschend schnellen und kräftigen Erholung von dem Ölpreisschock 1973/74 war die westdeutsche Wirtschaft zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre in den Sog einer weltweiten Rezession geraten, die wiederum in einer absoluten Schrumpfung des Welthandelsvolumens kulminierte. Die Rezession wurde zwar auch diesmal von einem sprunghaften Anstieg der Rohölpreise ausgelöst, doch war die Schockwirkung geringer als 1973/74 und wäre auch leichter als damals verkraftet worden, wenn die konjunkturelle Abschwächung in Verbindung mit einer restriktiven Geldpolitik nicht in eine Stabilisierungskrise gemündet wäre. In den Vereinigten Staaten wie auch in anderen Industrieländern hatte man zuvor beim Versuch, die nach 1974 entstandene hohe Arbeitslosigkeit zu überwinden, die Wiedergewinnung von Geldwertstabilität vernachlässigt und die öffentlichen Haushalte überfordert. Nun drohte mit der zweiten Welle von Energiepreissteigerungen die Inflation außer Kontrolle zu geraten und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates nachhaltig Schaden zu nehmen. Anders als nach dem ersten Ölpreisschock reagierten deshalb die wirtschaftspolitischen Instanzen in den westlichen Industrieländern diesmal nicht mit einem Umschalten auf Expansion, sondern schlugen zunächst einen restriktiven Kurs ein, am markantesten die Notenbank der Vereinigten Staaten.

152. Der Pessimismus in der deutschen Wirtschaft wurde indessen weniger von den weltwirtschaftlichen als von den hausgemachten Problemen genährt. Er wurzelte auch nicht in erster Linie in der Inflationsfurcht, wenngleich die Geldentwertungsrate auch in der Bundesrepublik deutlich gestiegen war, und zwar auf über 6 vH. Im Zentrum stand vielmehr die Sorge, daß Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr die Flexibilität und Dynamik aufbringen könnten, die für einen raschen Wandel der Produktions- und Beschäftigungsstrukturen an Veränderungen der Nachfrage, der Faktorpreisrelationen, des technischen Wissens und der Wettbewerbsverhältnisse auf den Weltmärkten erforderlich waren. Zudem schien es, als habe die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft infolge der vorangegangenen Höherbewertung der D-Mark doch nachhaltig gelitten. Als Ausdruck für die Schwäche der deutschen Wirtschaft galt das Defizit, in das die deutsche Leistungsbilanz im Verlauf des Jahres 1979 geraten war und das im Jahre 1980 rund 25 Mrd DM erreichte. Für den vorherrschenden Pessimismus war auch kennzeichnend, daß die notwendig gewordene Verschärfung der Umweltschutzauflagen eher als Begrenzung denn als Chance für wirtschaftliches Wachstum gesehen wurde. Da kaum jemand an die Wiederholung des Beschäftigungsanstiegs der Jahre 1976 bis 1980 glaubte, schien es angesichts der absehbaren demographisch bedingten Zunahme des Arbeitskräfteangebots unausweichlich, daß es nicht bei der Anzahl von 2 Millionen Arbeitslosen bleiben werde, die im Jahre 1982 erreicht worden war. Prognosen, die bis zum Ende des Jahrzehnts an die 3 Millionen Arbeitslose voraussagten, fanden große Beachtung.

153. Auch nach Überwindung des konjunkturellen Tiefpunktes im Jahre 1982 überwog noch lange Zeit Skepsis hinsichtlich der längerfristigen Aussichten, denn die anschließende Erholung blieb an den Maßstäben früherer Aufschwungsphasen gemessen gering (Schaubild 28). Auf der Grundlage des traditionellen Konjunkturzyklus mit einer Dauer von vier bis fünf Jahren hätte das Expansionstempo in der Tat nicht ausgereicht, um bei der Lösung der gravierenden Beschäftigungsprobleme deutlich voranzukommen. Die konjunkturellen Auftriebskräfte wechselten sich tatsächlich aber mehrfach ab — mal waren es vor allem Impulse aus dem Ausland, mal vorwiegend Kräfte im Innern —, zu einer Selbstverstärkung, die einer konjunkturellen Erholung erst die Dynamik eines Aufschwungs verleiht, kam es jedoch erst in den letzten beiden Jahren.

Der Sachverständigenrat betonte schon 1984 die „Chancen für einen langen Aufschwung" — so der Titel unseres damaligen Jahresgutachtens — und nannte die dafür notwendigen Bedingungen. Er vertrat die Auffassung, daß nach grundlegenden Weichenstellungen in der Wirtschaftspolitik die allmähliche Korrektur früherer Ungleichgewichte neue Wachstumskräfte freisetzen würde, die den zyklischen Abschwächungstendenzen entgegenwirken und der Aufwärtsbewegung eine längere Dauer geben würden, als dies dem Muster der Vergangenheit entsprach. So sehr er das Expansionstempo im Hinblick auf die Lösung der Beschäftigungsprobleme als unzureichend beklagte, so betonte er auch, daß ein verhaltener Nachfrageanstieg zusammen mit einer Verbesserung der Angebotsbedingungen die Chancen auf stetiges und spannungsfreies Wachstum erhöhe. Zwar werde der Zeitpunkt hinausgeschoben, zu dem die Nachfrage die Kapazitäten voll auslaste und die Beschäftigungszunahme auch einen Rückgang der Arbeitslosigkeit bewirke, doch werde zugleich das Risiko vermindert, daß Engpässe auf den Gütermärkten und auf dem Arbeitsmarkt das Expansionstempo drosseln und einen Preis- und Kostenauftrieb in Gang setzen würden, der die Stimmung von Investo-

Schaubild 28

WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1960 BIS 1989[1])

Log. Maßstab Mrd DM

1980 bis 1989[2]) (2,0 vH)

1970 bis 1979 (2,9 vH)

1960 bis 1969 (4,4 vH)

2000 1600 1300 1000 800 700

1960/70/80 1 2 3 4 5 6 7 8 9

1) Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980. Die Angaben in Klammern: Durchschnittlich jährliche Veränderung im jeweiligen Jahrzehnt.— 2) 1989 eigene Schätzung.

SR 89 0788

ren und Konsumenten in Rezessionsfurcht umschlagen ließe. Diese Erwartung hat sich bestätigt. Die Aufwärtsbewegung blieb selbst nach dem Kurssturz an den Aktienbörsen im Herbst 1987 ungebrochen und verstärkte sich im sechsten und siebenten Jahr zu dem Aufschwung, in dem sich die binnen- und außenwirtschaftlichen Impulse wechselseitig stimulierten. Nun waren die Unternehmen auch in der Breite bereit, in ihren Investitionsplänen auf eine Fortsetzung der Absatzexpansion zu setzen. Damit war am Ende des Jahrzehnts der langanhaltende Pessimismus überwunden.

Starke Beschäftigungszunahme, aber nur zögernder Rückgang der Arbeitslosigkeit

154. Beurteilt man die achtziger Jahre im Lichte der vier gesamtwirtschaftlichen Ziele, die dem Sachverständigenrat für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgegeben sind, so wird die Zuversicht allerdings von der hohen Arbeitslosigkeit überschattet. Erst zum Ende des Jahrzehnts waren die Auftriebskräfte so stark, daß die Anzahl der angebotenen Arbeitsplätze rascher als die der Erwerbspersonen zunahm und die Anzahl der Arbeitslosen sank, seit dem Sommer sogar unter zwei Millionen. Die Enttäuschung darüber, daß der Bestand an Arbeitslosen bis dahin so lange auf seinem hohen Niveau verharrt hatte, leistete der These Vorschub, der Arbeitsmarkt sei von dem Wirtschaftswachstum abgekoppelt worden. Übersehen wurde dabei, daß die Unternehmen ab Ende 1983, ein Jahr nach Überwindung des konjunkturellen Tiefpunktes, ihren Personalstand wieder aufstockten, und dies — gemessen am Tempo der Produktionssteigerung — in bemerkenswert starkem Ausmaß. Von 1983 bis 1989 ist die Anzahl der Erwerbstätigen um 1,2 Millionen gestiegen, das sind 0,4 Millionen mehr als während des kräftigeren, aber auch kürzeren Aufschwungs zwischen 1976 und 1980 (Schaubild 29).

Die Erfahrung der achtziger Jahre lehrt aber auch, daß eine Zunahme der Beschäftigung selbst bei hoher Arbeitslosigkeit nur gewährleistet ist, wenn Strukturwandel möglich ist und der Arbeitsmarkt seine Aufgabe erfüllt, Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot regional, nach Wirtschaftsbereichen und nach Qualifikationen in Einklang zu bringen. Wie schon in den sechziger und siebziger Jahren wurde die Beschäftigung in diesem Jahrzehnt vor allem im Dienstleistungssektor ausgeweitet, doch verlagerte sich der Schwerpunkt der Expansion immer mehr von den staatlichen zu den privaten Dienstleistungsanbietern. In der Landwirtschaft, im Bergbau und in anderen warenproduzierenden Bereichen wurden weiterhin Arbeitskräfte freigesetzt; während sich im Verarbeitenden Gewerbe der Beschäftigungsrückgang gegenüber den siebziger Jahren deutlich verlangsamte, beschleunigte er sich in der Bauwirtschaft noch einmal beträchtlich. Der sektorale Strukturwandel vergrößerte auch die regionalen Unterschiede in der Arbeitsmarktentwicklung. Während die Arbeitslosenquoten in den norddeutschen Regionen, in denen Wirtschaftszweige mit stagnierender oder rückläufiger Beschäftigung überwiegend ihren Standort haben, im September 1989 zwischen 9 vH und 14 vH

Schaubild 29

ZUR MITTELFRISTIGEN WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Arbeitsmarkt

Arithm. Maßstab Millionen

Erwerbstätige[1]

Arbeitslose[2]

1970 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89[7]

Preisentwicklung

Arithm. Maßstab vH

Deflator: Bruttosozialprodukt

Deflator: Privater Verbrauch

1970 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89[7]

Wachstum

Log. Maßstab Mrd DM

Produktionspotential[3][4]

Bruttoinlandsprodukt[3]

1970 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89[7]

Außenwirtschaft

Arithm. Maßstab Mrd DM

Leistungsbilanzsaldo[5]

Saldo der Kapitalbilanz[6]

1970 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89[7]

1) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Erwerbstätige, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept). Nach den vorläufigen Ergebnissen auf der Grundlage der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1987 ergeben sich für die Jahre 1987: 27,1 Millionen und 1988: 27,3 Millionen Erwerbstätige. Die Rückrechnung für die Jahre vor 1987 wird erst Anfang 1990 vorliegen.– 2) Quelle: BA.– 3) In Preisen von 1980.– 4) Eigene Schätzung. Zur Berechnung siehe Anhang IV, Abschnitt A.– 5) Saldo der Handelsbilanz, Ergänzungen zum Warenverkehr und Transithandel, Dienstleistungsbilanz und Übertragungsbilanz. Quelle: Deutsche Bundesbank.– 6) Saldo des langfristigen und kurzfristigen Kapitalverkehrs. Quelle: Deutsche Bundesbank.– 7) Eigene Schätzung.

SR 89 0776

betrugen, unterschritten sie in Süddeutschland 5 vH.

Zu dem wichtigsten Strukturmerkmal der Arbeitslosigkeit ist indessen die Qualifikation geworden. Das zusätzliche Angebot an Arbeitsplätzen kam überwiegend Arbeitskräften mit höherer Qualifikation zugute, während Arbeitsuchende ohne berufliche Ausbildung — zu den geforderten Löhnen — wesentlich geringere Beschäftigungschancen hatten. Die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe stieg kontinuierlich an und war 1987 mit über 18 vH dreimal so hoch wie die der übrigen Qualifikationsgruppen. Die Aussichten von Arbeitslosen mit geringer Qualifikation werden nicht allein dadurch beeinträchtigt, daß im Strukturwandel einfache durch qualifizierte Arbeit substituiert wird; hinzu kommt, daß sich die Phase der Arbeitslosigkeit wegen der Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, verlängert, so daß der Qualifikationsrückstand noch zunimmt.

155. Ist das Beschäftigungsziel so stark wie in den achtziger Jahren verletzt, kann auch das erzielte wirtschaftliche Wachstum noch nicht als angemessen gelten, denn mehr Produktion und Einkommen entsteht nicht nur dadurch, daß die Produktivität der bestehenden Arbeitsplätze gesteigert wird, sondern auch dadurch, daß mehr Arbeitsplätze besetzt und daß obsolet gewordene Produktionsstätten modernisiert oder ersetzt werden. Zwischen 1983 und 1989 wuchsen die volkswirtschaftlichen Produktionskapazitäten nur noch um durchschnittlich knapp 2 vH pro Jahr. Über eine stärkere Nutzung der Sachkapazitäten war es möglich, das Produktionsvolumen um durchschnittlich 2,7 vH pro Jahr zu erhöhen. Inzwischen lastet die Nachfrage die Kapazitäten jedoch so stark aus, daß das Expansionstempo der letzten beiden Jahre ohne Gefährdung der Geldwertstabilität nur dann aufrechterhalten werden kann, wenn sich das Wachstum der Angebotsmöglichkeiten merklich beschleunigt.

Neben der Mobilität und den Fähigkeiten der Arbeitskräfte sowie der Nutzung von Wissen ist der Ausbau und die Erneuerung der Produktionsanlagen der wichtigste Beitrag für die Erweiterung des gesamtwirtschaftlichen Expansionsspielraums. Die geringe Investitionsdynamik während der ersten fünf Jahre nach Überwindung der Rezession erklärt nicht nur, warum die konjunkturelle Selbstverstärkung ausblieb, sondern ist auch dafür verantwortlich, daß der Wachstumspfad am Ende der achtziger Jahre trotz eines kräftigen Investitionsanstiegs bisher erst wenig steiler geworden ist. Dieser Mangel an Investitionsdynamik rief vor allem deshalb Enttäuschung und Irritation hervor, weil sich die Investitionsbedingungen in zwei wesentlichen Punkten deutlich verbesserten. Zum einen erholte sich die Ertragslage der Unternehmen nach dem rezessionsbedingten Einbruch nachhaltig und im ganzen recht kräftig. Zum anderen wurde der inländische Kapitalmarkt nicht zuletzt infolge der Rückführung der Budgetdefizite deutlich entlastet. Die inländischen Investoren reagierten auf diese Verbesserung indessen mit Verzögerung, weil sich ihr Vertrauen in die Nachhaltigkeit der Absatzexpansion nur langsam festigte. Sie nutzten einen Teil der Erträge zur finanziellen Konsolidierung und führten insbesondere ihre zuvor stark angestiegene kurzfristige Verschuldung zurück. Mangels ausreichender heimischer Kapitalnachfrage suchten und fanden die inländischen Kapitalgeber Anlagemöglichkeiten im Ausland.

156. Der wachsende Überschuß der inländischen Ersparnis über die Sachinvestitionen führte dazu, daß sich die außenwirtschaftliche Position der Bundesrepublik Deutschland im Verlauf der achtziger Jahre grundlegend änderte. Nach drei Jahren mit einem Leistungsbilanzdefizit stellte sich im Jahre 1982 erneut ein Überschuß ein, der bis zum Jahre 1989 auf rund 110 Mrd DM anstieg.

Die Anlage des inländischen Sparüberschusses in ausländisches Kapital war, wenn man den gesamten Zeitraum in den Blick nimmt, ohne eine reale Abwertung der D-Mark möglich, weil sich die Sorgen um eine akute internationale Wettbewerbsschwäche als unbegründet erwiesen. Die Exporteure von Waren und Diensten konnten von 1980 bis 1989 ihr Absatzvolumen auf den Auslandsmärkten um mehr als die Hälfte steigern; dagegen stieg das Importvolumen nur um gut ein Drittel. In den Jahren von 1986 bis 1988 nahmen zwar die Importmengen rascher als die Exportmengen zu, doch verbilligten sich gleichzeitig die Importgüter gegenüber den Exportgütern in einem Ausmaß, daß die Überschüsse in der Handels- und Leistungsbilanz weiter anstiegen. Zuletzt trieb erneut ein Exportboom die Überschüsse in die Höhe.

Der hohe Kapitalexport, den der Leistungsbilanzüberschuß widerspiegelt, hat zum Teil die gleiche Ursache wie das Defizit an Arbeitsplätzen und Produktionskapazitäten, nämlich den Mangel an rentablen Investitionsobjekten im Inland. Zum Teil ist er aber auch die Folge einer Kapitalnachfrage des Auslands, die auf Defiziten in den Staatshaushalten beruht, insbesondere in den Vereinigten Staaten, aber auch in einer Reihe europäischer Länder.

157. Die größten Fortschritte wurden in den achtziger Jahren bei der Rückgewinnung von Geldwertstabilität erzielt. Für die wirtschaftliche Entwicklung war dabei bedeutsam, daß der Rückgang der Geldentwertungsrate nach Überwindung der Stabilisierungskrise nicht mehr durch geldpolitische Dämpfung der Nachfrage erzwungen werden mußte, sondern seine Grundlage in der Stabilisierung der Kostenentwicklung hatte. Hilfreich war dabei, daß nach dem Zusammenbruch des OPEC-Kartells die Energiepreise und andere Rohstoffpreise zunächst langsam und dann rapide sanken. Entscheidend war aber, daß die Lohnstückkosten seit 1982 nur noch um durchschnittlich 1 vH bis 1½ vH pro Jahr stiegen. Wenngleich die Unternehmen einen Teil der Kostenentlastung zur Verbesserung ihrer Gewinnmargen nutzen konnten, war der außenwirtschaftliche und binnenwirtschaftliche Wettbewerb stark genug, um auch die Abnehmer an der Kostenentlastung teilhaben zu lassen.

Wandel im weltwirtschaftlichen Umfeld

158. Es stellt sich die Frage, inwieweit die stetige Aufwärtsentwicklung durch die Wirtschaftspolitik gefördert wurde und inwieweit die Zielverfehlungen auf wirtschaftspolitische Versäumnisse zurückzuführen

sind. Bei der Suche nach den Ursachen für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist es zweckmäßig, zunächst die weltwirtschaftlich bedingten Veränderungen herauszuarbeiten und den Verantwortungsbereich der nationalen Wirtschaftspolitik auf die binnenwirtschaftlichen Bestimmungsfaktoren einzugrenzen. Dabei muß jedoch im Blick behalten werden, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen in den anderen westlichen Industrieländern zu Beginn der achtziger Jahre vor ähnlichen Aufgaben standen und auf ähnliche Weise reagierten wie die in der Bundesrepublik und daß die nationale Wirtschaftspolitik zunehmend als Teil eines international abgestimmten Handelns begriffen wurde.

159. Allenthalben hatte man erkannt, daß die in den siebziger Jahren zeitweise betriebene geldpolitische und finanzpolitische Expansion nicht die erwarteten Wirkungen hatte, weil die Arbeitslosigkeit großenteils entweder strukturell bedingt war oder sich zu einem Strukturproblem verfestigt hatte. Als wirtschaftspolitische Alternative bot sich die Verbesserung der Angebotsbedingungen an, insbesondere der Investitionsbedingungen. Diese Konzeption umfaßt im Kern drei Teile:

— Eindämmung der Inflation und Reduzierung der Budgetdefizite zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Staates und zur Wiedergewinnung des Vertrauens von Investoren und Konsumenten;

— Abbau von Hemmnissen und Regelungen, die die wirtschaftliche Aktivität erschweren, verteuern oder in eine unproduktive Richtung führen; hierzu gehören die Senkung der Besteuerung sowie der Abbau von staatlichen Eingriffen und Regulierungen auf den Gütermärkten;

— Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes; insbesondere durch die Rückführung der Lohnsteigerungsrate auf die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung und die Differenzierung der Lohnrelationen, soweit Maßnahmen zur Förderung der Mobilität, Flexibilität und Qualifikation des Arbeitskräfteangebots nicht ausreichen.

Dieser wirtschaftspolitische Richtungswechsel wurde in nahezu allen Industrieländern vollzogen, doch gab es im Hinblick auf den Zeitpunkt, die Dosierung und die Prioritäten der einzelnen Schritte zum Teil erhebliche Unterschiede.

160. In der Bundesrepublik wurden die Preis- und Lohnsteigerungen schon in den siebziger Jahren zurückgeführt. Die in den Jahren 1974/75 stark ausgeweiteten Budgetdefizite wurden vorübergehend verringert, und es wurde auch die Verbesserung der Investitionsbedingungen in Angriff genommen. Bundesbank und Bundesregierung hatten sich jedoch im Jahre 1978 nicht zuletzt unter äußerem Druck zu einer expansiven Geldpolitik und Finanzpolitik drängen lassen. Die Bundesrepublik gehörte dann aber wieder zu den Ländern, in denen dieser expansive Kurs schon früh korrigiert wurde. Hingegen kam die Verbesserung der Angebotsbedingungen durch Steuersenkungen erst mit Verzögerung und schrittweise voran. Regulierungen wurden nur vereinzelt gelockert, die Subventionen sogar noch gesteigert. In den Vereinigten Staaten fiel der monetäre Kurswechsel besonders drastisch aus. Der plötzliche Übergang von einer expansiven zu einer restriktiven Geldpolitik löste nicht nur auf dem amerikanischen, sondern auch auf den internationalen Finanzmärkten einen Schock aus. Positive Wirkungen für die übrigen Industrieländer gingen von den Deregulierungen und insbesondere von den drastischen Steuersenkungen seit 1981 aus. Allerdings wurden diese in Kraft gesetzt, noch ehe hierfür durch Ausgabenkürzungen Spielraum geschaffen wurde, so daß der Kapitalbedarf die inländische Kapitalbildung überstieg und ausländische Ersparnisse beanspruchte.

161. Diese Ungleichzeitigkeit und Unterschiedlichkeit der Wirtschaftspolitik sowie die Unsicherheit über den Erfolg führten dazu, daß die Einschätzung der Währungen durch die internationalen Anleger erheblich schwankte. Der dramatische Aufstieg und Verfall des Dollar waren hierfür das wichtigste, aber nicht das einzige Beispiel. Die Unsicherheit der Anleger auf den Finanzmärkten erfaßte auch die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen, deren Absatz- und Ertragserwartungen nach dem zweiten Konjunktureinbruch ohnehin beeinträchtigt waren. Die Unternehmen kalkulierten nicht nur eine höhere Risikoprämie ein, sondern zögerten auch ihre Investitionsvorhaben hinaus, und das selbst dann, wenn sie von der Absatz- und Kostenentwicklung begünstigt waren. Diese gewandelte Risikoeinschätzung ist eine wichtige Ursache dafür, daß in den ersten fünf Jahren nach Überwindung der Rezession die konjunkturelle Selbstverstärkung so schwach war und daß die deutschen Unternehmen auf die deutliche Verbesserung der Gewinn-Erlös-Relation nicht in gleichem Ausmaß wie in früheren Aufschwungsphasen mit einer Aufstockung ihrer Investitionen reagierten (Schaubild 30).

Es wäre jedoch verfehlt, wenn man den Schluß zöge, die wirtschaftliche Expansion in der Bundesrepublik sei insgesamt durch weltwirtschaftliche Einflüsse gebremst worden. Der traditionell hohe Grad der Offenheit nach außen hat es der deutschen Wirtschaft ermöglicht, die Chancen der Spezialisierung und Kostendegression zu nutzen, die eine zunehmende Integration auf den Weltmärkten bietet. Das Verhältnis der Ausfuhr von Waren und Diensten zum Bruttoinlandsprodukt stieg in den achtziger Jahren noch schneller als in den siebziger Jahren, nämlich um 8½ Prozentpunkte auf rund 37 vH. Die wachsende internationale Verflechtung machte zwar die deutsche Volkswirtschaft gegenüber Schwankungen in der Weltwirtschaft anfälliger, bot aber auch Chancen zur Verstetigung, weil die Unternehmen bei inländischem Nachfragemangel auf die Absatzmärkte und bei inländischen Lieferengpässen auf die Beschaffungsmärkte im Ausland ausweichen konnten. Die Internationalisierung der Produktion und die Globalisierung der Gütermärkte erleichterte es den Unternehmen zudem, die Absatz- und Beschaffungsrisiken auf den regionalen Teilmärkten zu diversifizieren.

So wurde die starke Dämpfung der Inlandsnachfrage, die Anfang der achtziger Jahre durch den frühzeitigen Übergang auf einen geldpolitischen Restriktionskurs hervorgerufen wurde, durch einen beträchtlichen An-

Schaubild 30

INVESTITIONSQUOTE UND GEWINN - ERLÖS - RELATION

Produktionsunternehmen 1)

Arithm. Maßstab vH

Investitionsquote 2)

Gewinn - Erlös - Relation 3)

1960 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 4)

1) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung.– 2) Anlageinvestitionen plus Vorratsveränderung in jeweiligen Preisen in vH des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen.– 3) Gewinne (Erlöse abzüglich Kosten) in vH der Erlöse. Zur Methode siehe Anhang IV, Abschnitt B. – 4) Eigene Schätzung.

SR 89 0785

stieg des Außenbeitrags gemildert. Die Kräftigung des Privaten Verbrauchs und die Belebung der Investitionsnachfrage leiteten Ende 1982 die derzeitige Aufwärtsentwicklung ein; zu diesem Zeitpunkt stagnierte die Auslandsnachfrage, da die konjunkturelle Erholung vor allem in Europa nur allmählich vorankam. Zu einem Wechsel der Auftriebskräfte kam es in den Jahren 1984 und 1985. Während die Ausfuhr kräftig stieg, schwächte sich die Inlandsnachfrage unter anderem deshalb ab, weil ein Überangebot auf dem Wohnungsmarkt die Baunachfrage schrumpfen ließ. Der Wechsel der Auftriebskräfte ist jedoch auch darauf zurückzuführen, daß der hohe Kapitalbedarf der Vereinigten Staaten und der Anstieg des Dollar-Kurses auf die deutsche Binnennachfrage einerseits und auf die Auslandsnachfrage und das Importangebot andererseits mit unterschiedlichen Vorzeichen wirkten. Während der Importsog aus den Vereinigten Staaten und die reale Abwertung der D-Mark die Exportfähigkeit verbesserten und den Import erschwerten, dämpften die abwertungsbedingten Realeinkommenseinbußen den Konsum, und die durch die amerikanischen Budgetdefizite hoch gehaltenen Realzinsen bremsten die Investitionen.

In den Jahren 1986 und 1987 übernahmen wiederum die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte die Füh-

rung, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil durch die drastische Verbilligung der Energieimporte und den aufwertungsbedingten Preisdruck die Kaufkraft der inländischen Einkommen stark stieg und die Unternehmen auf der Kostenseite entlastet wurden. Gleichzeitig minderte der Verfall der Preise für Öl und Gas die Importfähigkeit der Förderländer und beeinträchtigte die reale Aufwertung der D-Mark die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft, so daß der Auslandsabsatz vorübergehend stagnierte.

Solange die weltwirtschaftliche Entwicklung durch Faktoren geprägt war, die auf der einen Seite expansiv und auf der anderen Seite kontraktiv wirkten, konnten sich die binnenwirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Impulse nicht gegenseitig verstärken, sondern nur einander ablösen. In den achtziger Jahren wurde die Weltkonjunktur zunächst durch die Kumulation von drei derartigen Faktoren geprägt:

- durch die drastischen Energiepreisschwankungen mit ihren gegensätzlichen Auswirkungen auf die Importfähigkeit der Energieexporteure und auf die Kaufkraft der Energieverbraucher;
- durch die hohen Budgetdefizite der Vereinigten Staaten, die auf die übrigen Industrieländer über den Importsog expansiv und über den Zinssteigerungseffekt restriktiv wirkten;
- durch die Schwankungen der realen Wechselkurse mit ihren gegensätzlichen Wirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Terms of Trade (Schaubild 31).

Schaubild 31

REALE AUSSENWERTE AUSGEWÄHLTER WÄHRUNGEN

Auf Basis der Durchschnittswerte der Ausfuhr[1)]

1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr gegenüber der Gruppe der 16 wichtigsten westlichen Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen dieser Länder an der Weltausfuhr.– 2) Eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: OECD, IWF, UN

SR 89 0793

Erst als sich während der letzten beiden Jahre dieses Jahrzehnts in allen Ländern der Investitionsaufschwung durchsetzte und sich in den Vereinigten Staaten, in Japan und in Westeuropa gleichzeitig die binnenwirtschaftlichen Impulse gegenseitig verstärkten, übertrugen sich die Impulse über den Handel auch zwischen den Regionen. Hiervon profitierte die auf die Herstellung von Investitionsgütern spezialisierte deutsche Wirtschaft besonders stark.

162. Noch augenfälliger als die Integration der Gütermärkte war in den achtziger Jahren die Globalisierung der Finanzmärkte. So sind die grenzüberschreitenden Wertpapiertransaktionen beträchtlich gestiegen, und der Bestand an Fremdwährungsguthaben in den Portefeuilles deutscher Unternehmen und privater Haushalte hat sich zwischen 1980 und 1988 etwa verdreifacht. Dieses Zusammenwachsen erhöht zwar die gegenseitige Abhängigkeit der nationalen Finanzmärkte und beschränkt die Einflußmöglichkeiten der nationalen Instanzen. Die Integration der Finanzmärkte verstärkt möglicherweise spekulationsbedingte Kursschwankungen an den Devisenmärkten und Wertpapierbörsen, doch fördert und stabilisiert es auch den Güteraustausch, daß die Finanzierung des Außenhandels und die Absicherung der Währungsrisiken erleichtert werden. Vor allem aber verbessert die Integration der Finanzmärkte die Möglichkeiten, bei Kapitalknappheit auf ausländisches Kapital auszuweichen und Sparüberschüsse im Ausland anzulegen.

Geldpolitik: Im Zwiespalt zwischen Binnenwert- und Außenwertstabilisierung

163. Die Deutsche Bundesbank sah sich schon 1979 veranlaßt, der Sicherung der Geldwertstabilität wieder Vorrang zu geben, zumal sich der Preisauftrieb nicht nur durch die Energieverteuerung beschleunigte, sondern auch durch eine konjunkturelle Nachfrageexpansion, zu der sie zuvor mit einer expansiven, stark am Außenwert orientierten Politik selbst beigetragen hatte. Sie behielt ihren Kurs auch bei, als die deutsche Wirtschaft in den Sog der weltweiten Rezession geriet. Im Frühjahr 1981 zog sie die monetären Zügel sogar noch einmal schockartig an und ließ die Geldmarktzinsen kräftig steigen. Durch die Anhebung der Zinsen versuchte die Bundesbank zum einen, dem Rückgang des Außenwertes der D-Mark und damit einem zusätzlichen Inflationsimport entgegenzuwirken. Zum anderen wollte sie die Attraktivität von D-Mark-Anlagen erhöhen, damit der zur marktmäßigen Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits erforderliche Kapitalimport gewährleistet blieb.

164. Im Oktober 1981 erreichte die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe mit 7,3 vH ihren Höchststand und begann danach zu sinken. Bis in das Jahr 1985 hinein sah die Bundesbank das vorrangige Ziel ihrer Geldpolitik darin, die Inflationsrate schrittweise zurückzuführen. War die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die der Sachverständigenrat seiner Beurteilung des geldpolitischen Kurses zugrunde legt, zwischen 1974 und 1979 um durchschnittlich 9,4 vH pro Jahr gestiegen, so wurde sie im Zeitraum von 1979 bis 1985 nur noch um durchschnittlich 5 vH pro Jahr ausgeweitet (Schaubild 32). Die Stabilisierung der Geldmengenexpansion auf einem potentialgerechten Pfad wurde durch währungspolitische Rücksichten nicht behindert. Der Kurs des amerikanischen Dollar stieg bis Ende Februar 1985 noch an, und innerhalb des Europäischen Währungssystems wurden Spannungen, die aufgrund der unterschiedlichen Preisniveauentwicklungen aufkamen, durch Anpassungen der Leitkurse gelöst.

165. Der Preisauftrieb wurde auf diesem Wege deutlich zurückgeführt, im Jahresdurchschnitt 1985 betrug die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe nur noch 2 vH. Die scharfe Verlangsamung der Geldmengenexpansion war zunächst mit Produktions- und Beschäftigungseinbußen verbunden. Wenn der Kurs der Geldpolitik dennoch positiv zu bewerten ist, dann deshalb, weil ein Konjunktureinbruch unter den gegebenen Umständen kaum mehr vermeidbar war.

Mit der nach der Restriktion der Jahre 1981/82 zunächst eng am Wachstum des Produktionspotentials orientierten Geldpolitik wurde eine wichtige Vorbedingung für eine längere Zeit nahezu inflationsfreie Aufwärtsentwicklung geschaffen. Nicht allein, daß die Geldversorgung im Einklang mit der Nachfrageexpansion stand; es gelang, die Inflationserwartungen zu verringern. Dies hat zu moderaten Lohnsteigerungen Anlaß gegeben; zusammen mit nur mäßig steigenden, zuletzt sogar sinkenden Einfuhrpreisen konnte so das Kostenniveau nachhaltig stabilisiert werden. Das hat es den Unternehmen ermöglicht, ihre Ertragslage vor allem durch eine Steigerung der Absatzmengen und weniger durch Preisanhebungen zu verbessern.

166. Seit 1985 wurde die Geldpolitik zunehmend durch währungspolitische Rücksichten mitbestimmt. Sie erhielt auch dadurch eine neue Qualität, daß sich das Europäische Währungssystem zu einer Stabilitätsgemeinschaft entwickelte. In der Anfangsphase des Wechselkursverbundes hatten einige Länder noch verschiedentlich versucht, eine expansive Geldpolitik ohne Rücksicht auf die Restriktionen zu betreiben, die ein Festkurssystem auferlegt. Dies machte regelmäßig Neufestsetzungen der Leitkurse erforderlich. Mehr und mehr erhielt jedoch die Stabilisierung des Geldwertes in allen Partnerländern Vorrang, und es kam zu einem stärker gleichgerichteten Verhalten, mit der Bundesbank in der Führungsrolle. Die Inflationsraten konvergierten weitgehend, und zwar nach unten.

167. Zu einer ersten Belastungsprobe für den Zusammenhalt des EWS kam es, als der starke Anstieg des Dollar seit Mitte 1985 von einem noch tieferen Fall abgelöst wurde. Die Sorge vor einer Beeinträchtigung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen drängte die Bundesbank dazu, ihre Geldpolitik wieder stärker in den Dienst der Stabilisierung des Außenwertes zu stellen. Noch größer war der Druck in dieser Richtung aus den Mitgliedsländern des Europäischen Währungssystems. Vor allem in den Jahren 1986/87 intervenierte die Bundesbank mit umfangreichen Devisenkäufen zugunsten des Dollar; zu-

Schaubild 32

ENTWICKLUNG DER BEREINIGTEN ZENTRALBANKGELDMENGE IN DEN ACHTZIGER JAHREN1)

Saisonbereinigt2)

Log. Maßstab
Mrd DM
260
230
200
170
150
130

Log. Maßstab
Mrd DM
260
230
200
170
150
130

Zielvorstellung des Sachverständigenrates3) (4,5 vH)

Mittelfristige Zielvorstellung des Sachverständigenrates3) (4,5 vH)

Zielvorstellung des Sachverständigenrates4) 5) (4,5 vH)

Zielvorstellung des Sachverständigenrates4) 5) (5,0 vH)

Zielvorstellung des Sachverständigenrates4) 5) (5,5 vH)

Zielvorstellung des Sachverständigenrates5) (5,5 vH)

Zielvorstellung des Sachverständigenrates5) (6,0 vH)

J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O
1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989

1) Bereinigte Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Bankreserven, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. — 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. — 3) Jährliche Zunahme des Angebots an Zentralbankgeld: Berechnet für die Jahre 1985 bis 1988 ab Anfang Januar 1985 bis zum vierten Quartal 1988 (siehe JG 84 Ziffer 361), für das Jahr 1989 vom vierten Quartal 1988 bis zum vierten Quartal 1989 (siehe JG 88 Ziffern 305 ff.). — 4) Die Umstellung des Verfahrens zur Ermittlung der bereinigten Zentralbankgeldmenge (siehe JG 86 Ziffer 110 und Tabelle in Anhang IV, Abschnitt C) und die dadurch einhergehende starke Änderung der monatlichen Saisonfaktoren führt zu Abweichungen von der in JG 82 bis JG 85 dargestellten „angenommenen Basis". — 5) Jährliche Zunahme des Angebots an Zentralbankgeld: Berechnet für die Jahre 1980 bis 1984 jeweils auf Basis des geschätzten Bestandes zu Jahresbeginn (angenommene Basis).

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 89 0791

dem ließ sie sich bei ihren zinspolitischen Entscheidungen von außenwirtschaftlichen Erwägungen leiten.

In der Absicht, den Außenwert der Währung zu stabilisieren, nahm die Bundesbank eine starke Überschreitung der Geldmengenziele in Kauf; zwischen 1986 und 1988 wurde die bereinigte Zentralbankgeldmenge durchschnittlich um 8,8 vH ausgeweitet. Nach dem Kurssturz an den internationalen Aktienbörsen im Herbst 1987 stellte die Bundesbank aus Sorge vor einem kumulativen Abschwung zusätzliche Liquidität bereit. Da die übermäßige Ausweitung der Zentralbankgeldmenge zunächst nicht zu einer verstärkten Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage führte und die Verbraucherpreise infolge eines starken Rückgangs der Einfuhrpreise stabil blieben, wurde der Konflikt zwischen einer außenwertorientierten und einer binnenwertorientierten Geldpolitik nicht sofort offenkundig. Erst mit der Beschleunigung der konjunkturellen Expansion in den letzten beiden Jahren des Jahrzehnts verstärkte sich der Preisauftrieb. Seit Mitte 1988 verlangsamte die Bundesbank die monetäre Expansion und erhöhte die Geldmarktzinsen in mehreren Schritten von 3% auf 8%. Die Notenbanken der Mitgliedsländer des EWS zogen nach.

168. Inwieweit die Geldpolitik in den Jahren 1986 bis 1988 — ähnlich wie zwischen 1976 bis 1978 — als übermäßig expansiv einzuschätzen ist, wird im Sachverständigenrat unterschiedlich beurteilt. In seiner Mehrheit vertritt der Sachverständigenrat die Auffassung, daß die Bundesbank — gemessen an den Kriterien einer mittelfristigen Verstetigung der Geldmengenexpansion — in dieser Zeit eine übermäßige Ausweitung der Geldmenge betrieben und damit ein entsprechendes Inflationspotential geschaffen hat, das sich letztlich in einem Anstieg des Preisniveaus äußern mußte. In der Wende der Preisentwicklung und des Wiederauflebens inflationärer Tendenzen zeigen sich die zwangsläufigen Folgen einer über die Jahre hinweg zu expansiven Geldpolitik.

Nach der in Minderheitsvoten dazu geäußerten Auffassung hat die Bundesbank dagegen in den Jahren 1986 bis 1988 angemessen auf die außenwirtschaftlichen Entwicklungen und die binnenwirtschaftliche Lage reagiert; die Geldpolitik hat im wesentlichen der erhöhten Liquiditätsneigung Rechnung getragen. Die Preisentwicklung war in dieser Zeit entscheidend von außenwirtschaftlichen Einflüssen und von der disziplinierten Lohnentwicklung bestimmt, der Anstieg der Teuerungsrate von 1988 auf 1989 war nicht zuletzt eine Folge nicht-monetärer Vorgänge (Verbrauchsteuererhöhung, Energiepreissteigerung). Mit einer strafferen Politik hätte die Bundesbank nicht ein Mehr an Preisstabilität erreicht, sondern nur eine Erhöhung des Zinsniveaus, ein geringeres Wirtschaftswachstum und eine niedrigere Beschäftigung bewirkt.

Finanzpolitik: Quantitative Konsolidierung vorangekommen

169. Ziel der Finanzpolitik in den achtziger Jahren war es, die Beanspruchung der volkswirtschaftlichen Ressourcen durch den Staat zurückzuführen, um mehr Raum für private Aktivitäten zu schaffen. Zunächst hatte dabei die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte über die Ausgabenseite Vorrang. Die Weichen für die Begrenzung des Ausgabenanstiegs wurden mit der sogenannten Operation '82 sowie mit den Haushaltsbegleitgesetzen 1983 und 1984 gestellt. Nach der Reduzierung der Neuverschuldung sollte die Begrenzung des Ausgabenanstiegs zur steuerlichen Entlastung der Einkommen genutzt werden. Die Senkung der Einkommensteuer wurde auf drei Stufen verteilt und für die Jahre 1986, 1988 und 1990 in Kraft gesetzt. Auf lange Sicht sollten die Konsolidierung der Haushalte und die Entlastung der Einkommen über die Verringerung der Zinslast und über die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums aber auch wieder mehr Spielraum für staatliche Leistungen eröffnen.

170. Nach einem unaufhaltsam erscheinenden Anstieg während der ersten drei Jahrzehnte ist die Staatsquote in der Bundesrepublik während des letzten Jahrzehnts erstmals nachhaltig zurückgegangen. Gemessen als Verhältnis der Ausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung zum Produktionspotential in jeweiligen Preisen ist sie zwischen 1980 und 1989 von 47,5 vH auf 44,6 vH gesunken (Schaubild 33).

Die vom Finanzplanungsrat verwendete Ausgabenquote, die als Verhältnis der Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte zum Bruttosozialprodukt bestimmt wird, ist noch bis 1982 gestiegen und bis 1989 in rascherem Tempo zurückgegangen. Der unterschiedliche Verlauf ergibt sich vor allem daraus, daß das Sozialprodukt als Bezugsgröße stärkeren Schwankungen unterworfen ist als das Produktionspotential.

171. Die Begrenzung der Ausgabenexpansion wurde hauptsächlich zur Rückführung der Budgetdefizite und noch kaum zur Senkung der Abgabenlast genutzt. Das Finanzierungsdefizit von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, das im Jahre 1981 mit 56,7 Mrd DM, und mit 3,5 vH des Produktionspotentials seinen Höchststand erreicht hatte, ist im Verlauf des Jahrzehnts unter Schwankungen gesunken und kehrte sich im Jahre 1989 erstmals seit 1973 in einen Finanzierungsüberschuß um. Die Gebietskörperschaften allein genommen reduzierten ihr Defizit von 63 Mrd DM auf 12½ Mrd DM. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß ein Teil des Defizitabbaus nicht durch Konsolidierung, sondern durch konjunkturbedingte Mehreinnahmen sowie durch außergewöhnlich hohe Gewinnabführungen der Bundesbank zustande kam. Berechnet man den konjunkturbereinigten Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften, so hat sich die Konsolidierung in einem Rückgang des Defizits von 60 Mrd DM auf 28 Mrd DM oder von 3,7 vH auf 1,2 vH des Produktionspotentials niedergeschlagen.

172. Die Belastung der Einkommen mit Abgaben — gemessen als Verhältnis des Steueraufkommens und der Sozialbeiträge zum Bruttosozialprodukt — hat sich dagegen im Verlauf der achtziger Jahre noch wenig verringert, sie war höher als in der vorangegangenen Dekade. Dies ist zum einen auf die Anhebung der Sozialbeiträge zurückzuführen (Tabelle 21). Zum anderen haben die Entlastungen bei der Einkommensteuer, die in den Jahren 1986 und 1988 in Kraft getreten sind, weitgehend nur den Progressionseffekt des

Schaubild 33

FINANZPOLITISCHE QUOTEN

Arithm. Maßstab
vH

Staat 1)

Öffentlicher Gesamthaushalt 2)

Arithm. Maßstab
vH

+50

Staatsquote 3)

Abgabenquote 4)

Ausgabenquote 7)

+40

+30

Steuerquote 5)

Steuerquote 8)

+20

Finanzierungssaldo in vH des Produktionspotentials 6)

Finanzierungssaldo in vH des Bruttosozialprodukts 9)

+2

0

−2

−4

−6

1970 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 10)

1970 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 10)

1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — 2) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände (einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen) in der Abgrenzung der Finanzstatistik. — 3) Ausgaben in Relation zum Produktionspotential in jeweiligen Preisen. — 4) Steuereinnahmen und tatsächliche Sozialbeiträge zur Sozialversicherung in Relation zum Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen. — 5) Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in Relation zum Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen. — 6) Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum Produktionspotential in jeweiligen Preisen. — 7) Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum Bruttosozialprdukt in jeweiligen Preisen.— 8) Kassenmäßige Steuereinnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen.— 9) Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen.— 10) Eigene Schätzung.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

SR 89 0799

Tabelle 21

Zur Entwicklung der Beitragssätze der Sozialversicherungen

Jahr	Beitragssatz zur Sozialversicherung [1]			
	zusammen	davon		
		Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	Gesetzliche Krankenversicherung	Arbeitslosenversicherung
1970 bis 1979 [2]	29,8	17,7	9,9	2,2
1980 bis 1989 [2]	34,7	18,5	12,1	4,0
1970	26,5	17,0	8,2	1,3
1971	26,5	17,0	8,2	1,3
1972	27,1	17,0	8,4	1,7
1973	28,9	18,0	9,2	1,7
1974	29,2	18,0	9,5	1,7
1975	30,4	18,0	10,4	2,0
1976	32,3	18,0	11,3	3,0
1977	32,4	18,0	11,4	3,0
1978	32,4	18,0	11,4	3,0
1979	32,3	18,0	11,3	3,0
1980	32,4	18,0	11,4	3,0
1981	33,3	18,5	11,8	3,0
1982	34,0	18,0	12,0	4,0
1983	34,9 [a]	18,5 [a]	11,8	4,6
1984	34,5	18,5	11,4	4,6
1985	34,9/ 35,1 [b]	18,7/ 19,2 [b]	11,8	4,4/ 4,1 [b]
1986	35,4	19,2	12,2	4,0
1987	35,6	18,7	12,6	4,3
1988	35,9	18,7	12,9	4,3
1989	35,9	18,7	12,9	4,3

[1]) Beitragssätze in vH des Bruttoarbeitsentgelts, soweit es nicht die jeweilige Beitragsbemessungsgrenze überschreitet. — Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil.
[2]) Durchschnittlicher Beitragssatz im angegebenen Zeitraum.
[a]) Ab 1. September 1983.
[b]) Ab 1. Juni 1985.

Quelle: BMA

Einkommensteuertarifs kompensiert. Vor allem aufgrund der niedrigen Aufkommenselastizität der speziellen Verbrauchsteuern und der Mehrwertsteuer ist die Steuerquote Ende des Jahrzehnts um einen Prozentpunkt niedriger als zu Anfang.

173. Die Bilanz der Finanzpolitik der achtziger Jahre ist im ganzen positiv. Das „Gesetz der wachsenden Staatsausgaben" verlor zumindest vorübergehend seine Gültigkeit; damit wurden das Kapitalangebot für produktive Investitionen vergrößert, eine nachhaltige Senkung der Abgabensätze begonnen und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates gestärkt. Negativ fällt dagegen die Bilanz hinsichtlich der qualitativen Konsolidierung aus, die eine wachstumsfreundliche Umgestaltung der Ausgabenstruktur zum Ziel haben sollte. Bei der Steuerreform wäre eine stärkere wachstums- und beschäftigungspolitische Orientierung wünschenswert gewesen.

174. Eine wachstumsfördernde Ausrichtung der Staatsausgaben wurde in den achtziger Jahren dadurch erschwert, daß bis zum Schluß die Zinsausgaben weit überproportional stiegen (Schaubild 34); dies zeigt, auf wie lange Zeit künftige Haushalte durch eine ausgedehnte Defizitfinanzierung vorbelastet werden. Aus wachstums- und beschäftigungspolitischer Sicht ist es zu beklagen, daß die Konsolidierung in den ersten Jahren überwiegend zu Lasten der Investitionen ging. Zwar ist in einigen Investitionsschwerpunkten, so im Straßenbau, im Gesundheitswesen und im Bildungswesen der Investitionsbedarf gesunken, doch konnte in anderen Schwerpunkten, zum Beispiel im Umweltschutz, bei der Stadtsanierung oder im öffentlichen Personennahverkehr neuer Bedarf nur unzureichend gedeckt werden, weil die Expansion der Sach- und Personalausgaben sowie der Sozialtransfers nicht stärker eingeschränkt wurde. Einsparungen bei den Sach- und Personalausgaben wurden weitgehend durch Kostensteigerungen im Gesundheitswesen, bei den Sozialtransfers durch die Finanzierung der höheren Arbeitslosigkeit kompensiert. Sichtbarer Ausdruck für das Unvermögen des Staates, seine Mittel zur Förderung von Wachstum und Strukturwandel einzusetzen, ist der rapide Anstieg der Subventionen, insbesondere zur Erhaltung von unrentablen Arbeitsplätzen im Kohlebergbau oder in der Landwirtschaft. In diesem Anstieg kommt letztlich zum Ausdruck, wie stark die Strukturpolitik durch Verteilungsinteressen dominiert wird.

175. Verteilungspolitische Rücksichtnahme behinderte auch die Durchsetzung einer wachstumsfördernden Steuerreform. Diese sollte — im wesentlichen durch eine Absenkung der Grenzbelastung bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage — dazu beitragen, die Leistungsbereitschaft zu stärken, mehr Investitionen rentabel zu machen und den Anreiz zur unproduktiven Steuervermeidung zu mindern. In der Einkommensteuerreform hatten allerdings verteilungspolitische und familienpolitische Zielsetzungen großes Gewicht. So kam der erste Reformschritt vor allem den Beziehern von kleinen und mittleren Einkommen sowie den Familien mit Kindern zugute. Erst die zweite Stufe brachte spürbare Entlastungen auch für die Bezieher höherer Einkommen. Damit wurden allerdings im wesentlichen nur die Effekte der Einkommensteuerprogression ausgeglichen, die zuvor die Belastung höherer Einkommen hatte ansteigen lassen. Eine Absenkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer sowie des Körperschaftsteuersatzes tritt erst ab 1990 in Kraft.

176. Gerade die Kontroverse über die Senkung des Spitzensteuersatzes hat demonstriert, wie sehr in der Bundesrepublik wachstumsfördernde Steuerreformen durch verteilungspolitische Rücksichtnahme erschwert werden; in anderen Ländern war man viel mutiger. Die Besteuerung der Spitzeneinkommen hat in verteilungspolitischer Hinsicht eher optische Bedeutung, denn deren Aufkommen erbringt nur relativ wenig Umverteilungsmasse. Um so bedeutsamer sind die Spitzensteuersätze für die Wachstumspolitik, da sie vielfach die für unternehmerische Entscheidungen

Schaubild 34

ZUR STRUKTUR DER AUSGABEN DES STAATES [1]

1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — 2) Geleistete Einkommen des Staates aus unselbständiger Arbeit. — 3) Käufe von neuen Ausrüstungen und Bauten (einschließlich selbsterstellter Anlagen), Vorratsveränderung und Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. — 4) Eigene Schätzung. — 5) Sonstige geleistete laufende Übertragungen und geleistete Vermögensübertragungen.

SR 89 0803

relevanten Grenzsteuersätze sind und da der Verlauf der Grenzsteuersätze für mittlere Einkommen unter anderem von der Höhe der Spitzensteuersätze abhängt. Hohe Grenzsteuersätze mindern die Leistungsbereitschaft und verstärken die Anreize für steuervermindernde Aktivitäten.

Die Wirksamkeit der Steuerreform hätte dadurch gesteigert werden können, daß sowohl die entlastenden als auch die belastenden Maßnahmen als geschlossenes Paket verabschiedet worden wären. Die zum Teil heftig geführten öffentlichen Diskussionen um einzelne Finanzierungselemente — so beispielsweise die Quellensteuer, die Jahreswagenrabatte oder die Mineralölsteuerbefreiung für Privatflieger — haben die tatsächliche Entlastungswirkung in den Hintergrund treten lassen und die Verteidigung von Besitzständen erleichtert. Die psychologischen Anreizwirkungen der Reform dürften dadurch geschmälert worden sein.

177. Da die Wirtschaft nicht zuletzt aufgrund der erfolgreichen Inflationsbekämpfung, der wachstumspolitischen Anreize sowie aufgrund einer zurückhaltenden Lohnpolitik seit sieben Jahren keine ausgeprägten zyklischen Schwankungen aufwies, gab es auch keinen Bedarf für antizyklische Politik. Abgesehen davon, daß im Jahre 1983 durch eine befristete Investitionszulage ein konjunktureller Anstoß gegeben wurde, konnte sich der Staat damit begnügen, die expansiven Impulse allmählich abzubauen. Nach der Konzeption des konjunkturneutralen Haushaltes des Sachverständigenrates wurde dies bis 1985 erreicht; am Ende des Jahrzehnts ging vom Haushalt der Gebietskörperschaften ein kontraktiver Impuls aus. In den Jahren 1986 bis 1988 kam es vor allem infolge der Steuersenkungen vorübergehend zu expansiven Impulsen in Höhe von jeweils rund 10 Mrd DM. Der Sachverständigenrat hat dazu geraten, steuerreformbedingte Einnahmenschwankungen nicht mit entsprechenden Schwankungen der Ausgabenexpansion zu beantworten. Darin kommt die Auffassung zum Ausdruck, daß die konjunkturpolitische Aufgabe der Verstetigung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage weniger durch die vom Haushalt ausgehenden kurzfristigen Nachfrageimpulse verwirklicht wird als durch die Stabilisierung der Erwartungen.

Beschäftigungspolitik: Zurückhaltende Lohnsteigerungen — geringe Fortschritte bei der Flexibilität

178. Zu Beginn der achtziger Jahre stand die Lohnpolitik noch ganz unter dem Eindruck des konjunkturellen Aufschwungs von 1975 bis 1980, in dessen Verlauf Beschäftigung und Unternehmensgewinne deutlich angestiegen waren. Die tariflichen Stundenlöhne wurden im Jahre 1980 um 7 vH angehoben (nach 5 vH im Jahre 1979), und darin wurde im allgemeinen keine Abkehr von der lohnpolitischen Grundlinie der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gesehen, die für eine Verbesserung der Gewinn-Erlös-Relation Raum gelassen hatte. Allerdings hatten sich bei den Tarifvertragsparteien auch die Inflationserwartungen verfestigt. Tatsächlich geriet die Ertragslage der Unternehmen durch das Zusammenwirken der kräftigen Lohnsteigerungen mit hochschnellenden Energiekosten, steigenden Zinsen und niedrigen Produktivitätssteigerungen jedoch unerwartet stark unter Druck. Die Rezession der Jahre 1981/82 führte zu einem Einbruch der Beschäftigung. Von 1980 bis 1983, dem Jahr mit dem tiefsten Beschäftigungsstand der achtziger Jahre, nahm die Anzahl der Erwerbstätigen um über eine Million ab. Vor diesem Hintergrund waren die Tarifparteien gefordert, das auf eklatante Weise verletzte Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes wieder zum zentralen Kriterium für die Lohnpolitik zu machen. Der Zwang zu moderaten Tarifabschlüssen wurde noch dadurch verstärkt, daß angesichts der trendmäßigen Verlangsamung des Produktivitätsanstiegs nicht damit zu rechnen war, daß der Kostendruck durch Mobilisierung von Produktivitätsreserven nennenswert abgebaut werden konnte.

179. Die tariflichen Lohnsteigerungen standen in den Jahren nach 1982 zwar nicht voll im Einklang mit den Vorstellungen des Sachverständigenrates, doch war der jährliche Anstieg der Lohnstückkosten im Zeitraum von 1982 bis 1989 mit durchschnittlich 1,2 vH wesentlich niedriger als in früheren Expansionsphasen. Noch im letzten Aufschwung von 1975 bis 1979 hatte die Zunahme der Lohnstückkosten durchschnittlich 2,8 vH betragen.

Vieles von dem, was man sich von moderaten Lohnsteigerungen versprochen hatte, trat in den Jahren nach 1983 ein. Das Nachlassen des Lohnkostendrucks trug ganz wesentlich dazu bei, daß der Anstieg des Preisniveaus zunächst deutlich vermindert und dann auf niedrigem Niveau gehalten werden konnte. Die Rentabilität der Unternehmen hat sich im Laufe der Aufwärtsentwicklung kontinuierlich verbessert. Dies war eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich die Investitionstätigkeit wieder belebte, die Beschäftigung kontinuierlich anstieg und langfristig auch der Zuwachs der Arbeitsproduktivität — und damit der Spielraum für Reallohnerhöhungen — wieder größer wurde. Reallohneinbußen mußten die Arbeitnehmer nur in den Jahren 1981 und 1982 hinnehmen, als die Verbraucherpreise noch mit Raten von mehr als 5 vH stiegen. Im weiteren Verlauf des Jahrzehnts kam es dann aber zu kräftigen Reallohngewinnen: Im Zeitraum von 1982 bis 1989 war der Anstieg der realen Stundenlöhne mit durchschnittlich knapp 2 vH nur wenig geringer als der von 1975 bis 1980, obwohl die Nominallöhne nur noch halb so stark wie damals zunahmen.

180. Der kontinuierliche Anstieg der Beschäftigung erleichterte es den Gewerkschaften und Arbeitnehmern, den anhaltenden Rückgang der Arbeitseinkommensquote zu tolerieren. Der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen unterschritt Ende der achtziger Jahre sogar den Stand der sechziger Jahre (Tabelle 22). Die Arbeitnehmer konnten diese Änderung der funktionalen Einkommensverteilung hinnehmen, weil ihre Bruttoverdienste weniger als früher, in Phasen mit hohen Nominallohnsteigerungen, durch die Progression des Steuertarifs geschmälert wurden, weil die Beitragssätze zur Sozialversicherung weitaus weniger als in den siebziger Jahren angehoben wurden, weil sich die Terms of Trade und das Produktivitätswachstum verbesserten und weil ihre

Tabelle 22

Zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote[1]

Jahr	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2]	Effekt der Arbeitgeberbeiträge[3]	Produktivitätseffekt[4]	Terms-of-Trade-Effekt[5]	„Preiseffekt" der letzten inländischen Verwendung[6]	Abschreibungseffekt	Effekt von indirekten Steuern abzüglich Subventionen	Arbeitseinkommensquote (1) + (2) minus (3) bis (7)	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH								vH[7]
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1961	+10,2	−0,0	+3,0	+0,3	+4,5	−0,4	−0,3	+2,8	80,1
1962	+ 9,2	−0,1	+4,3	−0,1	+3,9	−0,5	−0,0	+1,2	81,0
1963	+ 6,1	−0,1	+2,5	−0,2	+3,3	−0,5	+0,1	+0,7	81,6
1964	+ 9,0	−0,7	+6,5	+0,2	+2,9	−0,1	+0,2	−1,5	80,4
1965	+ 9,1	+0,3	+4,8	−0,1	+3,8	−0,2	+0,5	+0,5	80,7
1966	+ 7,3	+0,3	+3,3	+0,3	+3,0	−0,4	−0,0	+1,2	81,7
1967	+ 3,3	−0,1	+3,2	+0,4	+0,9	−0,5	−0,6	−0,2	81,5
1968	+ 6,2	+0,5	+5,7	−0,1	+2,3	+0,2	+1,4	−2,8	79,3
1969	+ 9,2	+0,2	+5,9	+0,3	+3,8	+0,4	−1,5	+0,4	79,6
1970	+15,3	+0,6	+3,8	+0,9	+6,7	−0,4	+1,7	+2,4	81,5
1971	+11,3	+0,3	+2,4	+0,6	+7,3	−0,3	−0,1	+1,2	82,5
1972	+ 9,2	+0,7	+4,5	−0,0	+5,3	−0,0	+0,0	−0,1	82,4
1973	+11,2	+0,8	+4,0	−0,3	+6,7	+0,1	+0,4	+0,9	83,2
1974	+10,9	+0,6	+1,5	−1,0	+8,2	−0,6	+0,4	+2,8	85,5
1975	+ 6,4	+0,8	+1,4	+0,1	+5,9	−0,5	+0,1	+0,2	85,7
1976	+ 7,0	+0,8	+6,5	−0,2	+3,9	+0,3	+0,1	−2,6	83,5
1977	+ 6,9	−0,2	+2,8	−0,1	+3,8	−0,1	−0,0	+0,1	83,6
1978	+ 5,4	+0,2	+2,7	+0,8	+3,4	−0,0	−0,0	−1,3	82,5
1979	+ 5,7	+0,2	+2,6	−0,6	+4,7	−0,1	−0,3	−0,3	82,2
1980	+ 6,7	+0,2	+0,4	−1,4	+6,3	−0,5	−0,2	+2,4	84,1
1981	+ 4,9	+0,3	+0,7	−1,5	+5,6	−0,6	−0,1	+1,1	85,0
1982	+ 4,1	+0,1	+0,7	+0,3	+4,1	−0,4	+0,1	−0,6	84,5
1983	+ 3,2	+0,5	+3,4	+0,3	+2,9	+0,0	−0,1	−2,7	82,2
1984	+ 3,0	+0,4	+3,2	−0,4	+2,3	+0,0	+0,2	−1,9	80,6
1985	+ 2,9	+0,1	+1,2	+0,2	+2,0	−0,0	+0,4	−0,8	80,0
1986	+ 3,8	+0,1	+1,3	+2,9	+0,2	+0,2	+0,6	−1,3	79,0
1987[8]	+ 3,0	+0,1	+0,9	+0,9	+1,1	+0,0	+0,1	+0,1	79,1
1988[8]	+ 3,1	+0,0	+3,0	+0,2	+1,3	+0,1	+0,1	−1,5	77,9
1989[9]	+ 3,3	−0,2	+2,7	−0,6	+3,0	+0,0	−0,4	−1,5	76,7

[1] Gesamtwirtschaft. Berechnung der Spalte (8) durch multiplikative Verknüpfung. — Nähere Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt B.
[2] Inländerkonzept.
[3] Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[4] Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980 je Erbwerbstätigen (Bruttoerwerbstätigenproduktivität).
[5] Realwert des Sozialprodukts im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980.
[6] Deflator der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).
[7] Gesamtwirtschaftliches Arbeitseinkommen in vH des Volkseinkommens.
[8] Vorläufige Ergebnisse.
[9] Eigene Schätzung.

Kapitalerträge bei steigendem Geldvermögen und hohen Realzinsen kräftig zunahmen.

181. In den Tarifverhandlungen der achtziger Jahre hatte neben dem Ziel der Einkommenssteigerung die Arbeitszeitverkürzung für die Gewerkschaften große Bedeutung. Die Verwirklichung dieser beiden tarifpolitischen Forderungen wurde in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts durch den Abschluß mehrjähriger Tarifverträge erleichtert. Für die Unternehmen erhöhte sich dadurch — bei niedriger Geldentwertung — die Planungssicherheit über die zukünftige Kostenentwicklung. Den Gewerkschaften bot sich die Möglichkeit, den Arbeitnehmern neben der Arbeitszeitverkürzung auch eine Erhöhung der Stundenverdienste in Aussicht zu stellen. In zwei Tarifrunden 1984 und 1987 wurde in der Druckindustrie und in der Metallindustrie mit jeweils dreijährigen Tarifverträgen der Rahmen abgesteckt, die tarifliche Wochenarbeitszeit zunächst schrittweise auf 38,5 Stunden und dann auf 37 Stunden zu verkürzen. Es folgten weitere Wirtschaftszweige nach, so daß die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Gesamtwirtschaft im Zeitraum von 1984 bis 1989 um etwa 1,5 Stunden verringert wurde.

Anläßlich der Arbeitszeitverkürzung wurden auch die Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilisierung erweitert. Den Unternehmen war daran gelegen, die Kosten der Arbeitszeitverkürzung durch eine längere und effizientere Nutzung der Produktionsanlagen niedrig zu halten. Die Umsetzung der Arbeitszeitflexibilisierung fand zunächst in den Bereichen statt, wo der Zeitausgleich über mehrere Monate — etwa in Form von Brückentagen — relativ einfach gestaltet werden konnte. Die Differenzierung der Arbeitszeit nach Berufsgruppen, die ebenfalls in den Tarifverträgen als Möglichkeit vorgesehen war, hat sich dagegen nur in wenigen Unternehmen durchgesetzt.

182. In den achtziger Jahren stieg die Anzahl der Erwerbspersonen wesentlich stärker als im vorangegangenen Jahrzehnt. Insbesondere erhöhte sich das Arbeitskräfteangebot durch den Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in das Erwerbsleben und durch die wachsende Erwerbsbeteiligung der Frauen. Zum Ende des Jahrzehnts traten zwar weniger junge Menschen ins Erwerbsleben ein, doch kam es zu vermehrten Zuwanderungen, die einen deutlicheren Abbau der Arbeitslosigkeit erschwerten.

Die Bundesrepublik schneidet zwar beim internationalen Vergleich der Beschäftigungsentwicklung nicht sonderlich gut ab, sie hat jedoch eine positive Bilanz bei der Integration der Jugendlichen in das Erwerbsleben. In den meisten anderen Industrieländern lag die Jugendarbeitslosigkeit (Altersgruppe bis 25 Jahre) lange Zeit erheblich über dem Durchschnitt aller Altersgruppen. Zwar stieg sie in der Bundesrepublik bis zur Mitte des Jahrzehnts auch über den Durchschnitt der Gesamtarbeitslosigkeit an, aber nicht so stark wie im Ausland. Die Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik ging dann aber im weiteren Verlauf der achtziger Jahre schnell und anhaltend zurück, so daß sie schon 1988 den Durchschnitt der Gesamtarbeitslosigkeit unterschritt. Zuletzt machte sich bereits ein Mangel an Bewerbern um Lehrstellen bemerkbar. Diese positive Bilanz, die angesichts des hohen Zugangs geburtenstarker Jahrgänge keineswegs erwartet worden war, demonstriert einmal mehr die Leistungsfähigkeit des dualen Berufsbildungssystems.

183. Wenn darüber geklagt wird, daß die zurückhaltende Lohnpolitik zwar zu einem ansehnlichen Beschäftigungsanstieg beigetragen, aber noch keine nachhaltige Wende bei der Arbeitslosigkeit bewirkt habe, so ist zu bedenken, daß die Korrektur des Lohnniveaus nicht in der Lage ist, Arbeitsplätze für jeden Standort, für jeden Beruf und für jede Qualifikation rentabel zu machen. Durch den Strukturwandel sind vor allem Arbeitsplätze für relativ gering qualifizierte Arbeitnehmer weggefallen, weil die Standortvorteile für einfache Arbeit in Ländern mit niedrigem Entwicklungsstand liegen und weil infolge der Mechanisierung und Automatisierung einfache Arbeit durch qualifizierte Arbeit ersetzt wurde. Die auf dem Arbeitsmarkt angebotene Qualifikationsstruktur hat mit dieser Entwicklung nicht voll mitgehalten. Die Arbeitslosigkeit ist besonders stark für Personen ohne Ausbildung und für ältere Arbeitnehmer gestiegen, und diese Arbeitnehmer haben einen hohen Anteil an den Langzeitarbeitslosen. Inzwischen bilden die Langzeitarbeitslosen ein Drittel aller Arbeitslosen (Tabelle 23).

184. Für eine Verringerung der strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt ist auch die Differenzierung der Löhne nach sektoralen, regionalen und tätigkeitsbezogenen Merkmalen von Bedeutung. Zwar gibt es Belege dafür, daß sich im Laufe der achtziger Jahre die Differenzierung in den Tariflöhnen erhöht hat. Nimmt man jedoch in den Blick, daß sich die Beschäftigungsaussichten von Ungelernten und Personen mit einfachen Berufsabschlüssen weiterhin verschlechtert haben, so wäre eine stärkere Differenzierung der Löhne geboten gewesen. Auch eine verstärkte Spreizung nach Branchen und Regionen hätte, angesichts der großen regionalen Unterschiede in der Arbeitslosigkeit, die Anpassung an den Strukturwandel erleichtern können.

Tabelle 23

Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach der Dauer

Monatsende September	Arbeitslose insgesamt	Davon waren arbeitslos					
		unter 1 Jahr		1 bis unter 2 Jahren		2 Jahre und mehr	
	1 000	1 000	Anteil in vH	1 000	Anteil in vH	1 000	Anteil in vH
1977	911	781	*85,7*	90	*9,9*	40	*4,4*
1978	864	737	*85,3*	84	*9,8*	42	*4,9*
1979	737	622	*84,5*	72	*9,8*	42	*5,8*
1980	823	717	*87,1*	64	*7,8*	42	*5,1*
1981	1 256	1 094	*87,1*	114	*9,1*	49	*3,9*
1982	1 819	1 492	*82,0*	246	*13,5*	81	*4,4*
1983	2 134	1 602	*75,1*	377	*17,7*	155	*7,2*
1984	2 143	1 526	*71,2*	371	*17,3*	247	*11,5*
1985	2 151	1 485	*69,0*	363	*16,9*	303	*14,1*
1986	2 046	1 392	*68,0*	334	*16,3*	320	*15,6*
1987	2 107	1 437	*68,2*	332	*15,8*	338	*16,1*
1988	2 100	1 415	*67,4*	337	*16,1*	347	*16,5*

Quelle: BA

185. Zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Arbeitslosen sind auch Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich. Der Handlungsspielraum aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen war allerdings zu Beginn der achtziger Jahre infolge der rasch zunehmenden Leistungsverpflichtungen der Bundesanstalt für Arbeit eingeengt. Erst seit Mitte des Jahrzehnts wurden die Ausgaben für allgemeine Beschäftigungsförderung und berufliche Bildung beträchtlich erhöht. Im Mittelpunkt der aktiven Arbeitsmarktpolitik stand die ab 1985 gestartete Qualifizierungsoffensive, durch die insbesondere Mittel zur beruflichen Fortbildung und Umschulung bereitgestellt werden. Für die Arbeitskräfte, die von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind, ist es hilfreich, daß sie wenigstens in befristeten Beschäftigungsverhältnissen ihre Qualifikation erhalten oder erweitern können. Überdies bekommen so die Arbeitgeber die Möglichkeit, die Eignung der betreffenden Arbeitskräfte zu überprüfen. Es war deshalb richtig, daß die Bundesregierung durch das Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 den Katalog für befristete Beschäftigungsverhältnisse erweitert und damit einen ersten Schritt zur Flexibilisierung der Arbeitsmarktregulierungen getan hat. Insgesamt gesehen war jedoch die Bereitschaft, wachstums- und beschäftigungshemmende Regelungen — auf dem Arbeitsmarkt und auf den Gütermärkten — in Frage zu stellen und zu reformieren, in der Bundesrepublik gering.

ZWEITES KAPITEL
Zur voraussichtlichen Entwicklung

I. Die Ausgangslage

186. Die deutsche Wirtschaft geht mit viel Schwung in die neunziger Jahre. Die Auftragsbücher sind randvoll, und die Produktion läuft auf hohen Touren. Es ist lange her, daß die konjunkturelle Lage ähnlich günstig war.

Die Kehrseite sind steigende Preise. Zwar ist bislang der Anstieg verhalten, ohne eine Tendenz zur Beschleunigung; aber das kann trügerisch sein. Die Gefahr ist groß, daß nun eine Lohnwelle anrollt, die — bei der guten Absatzlage — eine neue Preiswelle nach sich ziehen würde.

187. Daß die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr so kraftvoll ausschreiten würde, hat uns wie die meisten Konjunkturbeobachter überrascht. In der Prognose vom Herbst 1988 hatten wir die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, für den Verlauf des Jahres 1989 auf 2 vH bis 2½ vH veranschlagt (JG 88 Ziffern 178ff.); tatsächlich wird die Rate 3½ vH betragen. Das zeigt erneut, daß das Zahlenwerk einer Prognose nur ein begrenztes Zukunftswissen vermitteln kann — es ist eine unter großer Unsicherheit gemachte beste Setzung.

Die Abweichung zwischen tatsächlicher und prognostizierter Entwicklung geht in erster Linie auf eine zu vorsichtige Einschätzung der Exportchancen deutscher Unternehmen zurück. Deren Auslandsmärkte wuchsen rascher und das Marktpotential wurde besser ausgeschöpft, als wir es erwarteten; die Zuwachsrate beim Export war doppelt so hoch wie diejenige Rate, die wir in die Prognose eingesetzt hatten. Dabei blieb es indes nicht: Denn der Export zog auch die Investitionen mit — viele Unternehmen, die sich in ihren Absatzerwartungen übertroffen sahen, stockten ihre Investitionsbudgets nochmals kräftig auf. Zudem stellten sie mehr zusätzliches Personal ein, als es sonst der Fall gewesen wäre.

188. Die Bilanz des Jahres 1989 kann sich sehen lassen. Es ist von großer Tragweite, daß sich der kräftige Investitionsaufschwung aus einer allmählichen Verbesserung der Angebotsbedingungen entwickelt hat, auch wenn er im Exportboom eine starke Stütze findet. Wir beurteilen daher die wirtschaftlichen Aussichten für das kommende Jahr als gut. In dieser Einschätzung fühlen wir uns durch die überaus optimistischen Konjunkturutteile der Unternehmen bestärkt.

189. Die günstigen Perspektiven für 1990 dürfen nicht den Blick dafür trüben, daß es wegen der Gefahren, die an der Preis- und Lohnfront drohen, auch ganz anders kommen kann. Es gehört zu unserem gesetzlichen Auftrag, auf Fehlentwicklungen, die zu einer Gefährdung der gesamtwirtschaftlichen Ziele führen können, rechtzeitig hinzuweisen. Weil solche Fehlentwicklungen sich häufig erst später zeigen, scheinen sie in der Prognose für ein einzelnes Jahr meistens nicht voll auf. Die Jahresprognose kann durchaus noch ein Schönwetterszenario sein; die dunklen Gewitterwolken, die sich am Horizont türmen, bleiben unbemerkt. Wir meinen, daß es in diesem Jahr dringende Gründe dafür gibt, über den Horizont der Prognose für 1990 hinaus zu schauen. Wir diskutieren deshalb im Anschluß an unsere Status-quo-Prognose die Ergebnisse einer Simulationsrechnung. Mit ihr versuchen wir uns ein Bild davon zu machen, wie die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1991 unter alternativen Annahmen verlaufen könnte. Wohlgemerkt: Wir meinen nicht, es sei möglich, die wirtschaftliche Entwicklung für eine so lange Frist in allen Einzelheiten zu prognostizieren. Wer das versuchen wollte, betriebe Wahrsagerei. Insofern ist unsere Simulation von anderer Qualität als unsere Status-quo-Prognose. Ihre Aufgabe ist vielmehr, die Risiken sichtbar zu machen, die sich ergeben würden, falls sich der inflatorische Prozeß verstärken sollte — Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auf mittlere Sicht (Ziffern 226ff.).

190. Die dramatischen Ereignisse in der Deutschen Demokratischen Republik können auch größere Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik haben. In den letzten Wochen sind viele zehntausende zumeist junger Menschen über die Grenzen gekommen, zusätzlich zu den vielen, die schon vorher übergesiedelt sind. Viele von ihnen müssen in den Arbeitsmarkt integriert und alle mit Wohnraum versorgt werden. Bis sie über ein eigenes Einkommen verfügen, muß ihnen finanzielle Unterstützung zuteil werden. Auch werden sie viel für den Konsum ausgeben.

Niemand kann vorhersagen, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, ob der Zustrom anhält oder sich sogar verstärkt — oder ob er zum Stillstand kommt. Wir sehen uns deshalb zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch außerstande, qualifizierte Aussagen darüber zu machen, inwieweit dadurch die Basis für unsere Prognose verändert wird. Unsere Prognose steht deshalb mehr als in früheren Jahren unter dem Vorbehalt späterer Korrekturen.

II. Die Annahmen der Prognose

191. Prognosen über die künftige wirtschaftliche Entwicklung, das wird häufig übersehen, sind immer bedingte Vorhersagen. Das Zukunftswissen, über das Prognostiker verfügen, reicht nicht weit, und es ist auch nicht größer als das der vielen Marktteilnehmer.

Prognosen kommen deshalb nicht ohne Annahmen aus. Die Annahmen müssen allerdings begründet sein, und sie müssen — damit eine Prognose für andere nachvollziehbar ist — offengelegt werden.

Ein wichtiger Baustein der Prognose sind Annahmen über den Kurs der Wirtschaftspolitik. Wirtschaftliches Handeln wird maßgeblich davon bestimmt, welche Rahmendaten die Wirtschaftspolitik im Inland und im Ausland den Marktteilnehmern vorgibt. Im einzelnen haben wir der Prognose folgendes zugrundegelegt:

— Die Finanzpolitik setzt ihren auf die Rückführung der Defizite gerichteten Konsolidierungskurs fort. Das Gewicht liegt jedoch mehr auf der Einnahmenseite als auf der Ausgabenseite. Konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen erlauben den Verzicht auf Ausgabenkürzungen. Insgesamt sind somit in den meisten Ländern von der Finanzpolitik konjunkturdämpfende Effekte zu erwarten. Eine Ausnahme macht die Bundesrepublik: Hier wird es wegen der steuerlichen Entlastung der privaten Haushalte und Unternehmen bei den Gebietskörperschaften zu hohen Steuerausfällen kommen; der konjunkturelle Impuls, der in diesem Jahr mäßig kontraktiv war, wird in die Höhe schnellen (Ziffer 224).

— Die Geldpolitik wird weiterhin einen vorsichtigen Restriktionskurs steuern, der darauf gerichtet ist, die Inflation einzudämmen, ohne jedoch das Tempo der konjunkturellen Expansion stark herunterzubremsen. In den Vereinigten Staaten, wo das Konjunkturklima bereits abgekühlt ist, wird das Federal Reserve System im weiteren Jahresverlauf die geldpolitischen Bremsen etwas lokkern; dort kann es auch zu einem weiteren leichten Zinsrückgang kommen. In der Bundesrepublik wird die Bundesbank an ihrem bisherigen Kurs festhalten und die Geldmenge M3 um etwa 5 vH ausweiten. Für den Wechselkurs der D-Mark nehmen wir eine mäßige Höherbewertung an, die etwas über das hinausgeht, was im kommenden Jahr an Preis- und Kostenunterschieden zwischen der Bundesrepublik und ihren Partnerländern neu entsteht (reale Aufwertung). Für den Dollar nehmen wir einen Kurs im Durchschnitt des Jahres von 1,75 DM an. Unsere Vorstellungen schließen auch eine Änderung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem ein.

192. In unserer Prognose gehen wir davon aus, daß die Tarifparteien Lösungen finden, die den Weg zu mehr Wachstum und weniger Inflation offenhalten. Die Lohnsteigerungsraten, so unsere Annahme, werden zwar im nächsten Jahr merklich höher ausfallen als in den letzten Jahren, aber sie werden den Verteilungsspielraum nicht sprengen (Ziffern 214 ff.). Es steht auf einem anderen Blatt, wie man eine solche Tariflohnerhöhung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht beurteilt; wir äußern uns dazu an anderer Stelle (Ziffern 347 ff.).

193. Anders als in den letzten Jahren werden die kommenden Tarifverhandlungen zudem von der Gefahr eines größeren Arbeitskonfliktes überschattet. Käme es dazu, wäre mit Produktionsausfällen zu rechnen, die — wie die Erfahrungen mit dem Arbeitskampf in der Metallindustrie im Frühsommer 1984 zeigen — später nicht wieder voll aufgeholt werden können. Wir unterschätzen diese Gefahr nicht. Gleichwohl gehören größere und längere Arbeitskämpfe nicht zu den Annahmen der Prognose. Käme es anders, hätte dies allerdings Konsequenzen. Das Bild für 1990 und danach wäre dann wohl nicht mehr so hell, wie wir es in der Prognose zeichnen.

194. Zur Prognose gehört schließlich eine Setzung über die Entwicklung des Welthandels im nächsten Jahr. Hierbei orientieren wir uns an Schätzungen internationaler Organisationen. Diese gehen allesamt davon aus, daß der grenzüberschreitende Austausch von Waren und Dienstleistungen erneut kräftig ausgeweitet wird, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie in diesem Jahr. Wir selbst veranschlagen die Zuwachsrate des Welthandelsvolumens für den Verlauf des Jahres 1990 auf 6 vH (1989: 8 vH). Unserer Setzung liegt die Annahme zugrunde, daß es nicht zu Störungen auf den Märkten für Mineralöl kommt. Für ein Barrel Öl haben wir einen Preis von 18 Dollar unterstellt.

Die Zuwachsrate des Welthandels ist freilich nur ein sehr grober Anhaltspunkt für die Vorausschätzung des deutschen Exports. Es gilt nämlich zu differenzieren zwischen jenen ausländischen Märkten, auf denen heimische Unternehmen gut und jenen, auf denen sie weniger gut vertreten sind. Wir beschäftigen uns daher im folgenden zunächst mit der Frage, wie die konjunkturelle Entwicklung bei den wichtigsten Handelspartnern einzuschätzen ist, ob sie weiter aufwärts gerichtet bleibt und wo sie sich erkennbar nach unten neigt.

III. Die Weltkonjunktur im Jahre 1990

195. Die Weltwirtschaft wird im kommenden Jahr auf einem aufwärts gerichteten Pfad bleiben, der freilich etwas flacher sein wird als bisher (Tabelle 24).

In den Industrieländern wird die Entwicklung nicht einheitlich sein. In den meisten europäischen Ländern dürfte sich die Dynamik nur wenig abschwächen; ähnliches gilt auch für Japan und die jungen Industrieländer in Asien. Dagegen wird es in den Vereinigten Staaten, in Kanada, im Vereinigten Königreich und in einigen skandinavischen Ländern vergleichsweise langsam aufwärts gehen; dort haben die Auftriebskräfte schon in diesem Jahr deutlich nachgelassen.

In den Entwicklungsländern — das erwartet jedenfalls der Internationale Währungsfonds — wird sich hingegen das Expansionstempo etwas beschleunigen. Insbesondere in einigen lateinamerikanischen Ländern dürfte es nach der Stagnation in diesem Jahr wieder allmählich vorangehen, falls die eingeleiteten Anpassungsmaßnahmen wirken. Dies gilt allerdings nur unter der Annahme, daß die Belastungen aus dem Schuldendienst nicht weiter steigen. Denn das geringere Expansionstempo in den Industrieländern dämpft die Exportaussichten der Entwicklungsländer; zudem müssen die rohstoffexportierenden Länder vermutlich mit nachgebenden Preisen für Nahrungsmittel und Industrierohstoffe rechnen.

Tabelle 24

Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern

Land	Anteil am Bruttoinlandsprodukt[1]) der OECD-Länder	Anteil am Export der Bundesrepublik Deutschland	Bruttoinlandsprodukt (real)[2]) [3])		Verbraucherpreise[3]) [4])	
	1988		1989	1990	1989	1990
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Bundesrepublik Deutschland	8,63	×	4	3	3	3
Frankreich	6,80	12,6	3½	3	3½	3
Italien	5,95	9,1	3½	3	6½	6½
Vereinigtes Königreich	5,83	9,3	2	1	5½	6
Spanien	2,44	3,1	4½	4	6½	6½
Niederlande	1,64	8,7	4½	3	1½	2
Schweiz	1,33	6,1	3	2½	3	3½
Schweden	1,28	2,9	2	1	6½	6½
Belgien/Luxemburg	1,11	7,4	4½	3½	3	3
Österreich	0,91	5,6	4	3	2½	3½
Dänemark	0,77	2,0	1½	1½	4½	3½
Norwegen	0,65	0,9	4	3	4½	4½
Europa[5]) [6])	39,55	71,8	3½	3	5½	5½
Europäische Gemeinschaft[5])	34,07	54,3	3½	3	4½	4½
Vereinigte Staaten	34,51	8,0	3	2	4½	4½
Japan	20,41	2,3	5	4½	1½	2
Kanada	3,46	0,9	3	2	5	5
Insgesamt[5])	97,93	83,0	3½	3	4½	4½

[1]) In jeweiligen Preisen und Wechselkursen. Vorläufige Ergebnisse.
[2]) Für Bundesrepublik Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan und Kanada: Bruttosozialprodukt.
[3]) Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler Organisationen.
[4]) Deflator des Privaten Verbrauchs.
[5]) Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder des Jahres 1988.
[6]) Europäische OECD-Länder (EG-Länder, EFTA-Länder und Türkei).

196. Die Abschwächung im Expansionstempo in den Industrieländern ist in erster Linie einer nachlassenden Investitionsdynamik zuzuschreiben. Das gilt vor allem für den Wohnungsbau, da die gestiegenen Hypothekenzinsen das Bauen verteuert haben. Es gilt aber auch für die Investitionen der Unternehmen. Vor allem in den Ländern, in denen sich die Konjunktur abkühlt, werden die gewerblichen Investitionen wohl nur wenig aufgestockt.

In den EG-Ländern wird sich die Zunahme der Unternehmensinvestitionen nur wenig abschwächen, sieht man einmal vom Vereinigten Königreich ab. Die Kapazitätsauslastung wird in den meisten Ländern hoch bleiben, und das schafft Anreize, die Kapazitäten zu erweitern. Überdies rückt der Termin, zu dem der einheitliche Binnenmarkt vollendet sein soll, näher. In Japan sprechen das immer noch hohe Expansionstempo bei hoher Kapazitätsauslastung und die weiterhin gute Ertragslage ebenfalls für eine nur geringe Verlangsamung, zumal die angespannte Arbeitsmarktsituation weitere Rationalisierungsmaßnahmen erfordert. In den Vereinigten Staaten wird dagegen die deutliche Abschwächung der Nachfrageexpansion die Unternehmensinvestitionen dämpfen. Die Auslastung der Kapazitäten wird leicht sinken, und damit verliert das Erweiterungsmotiv an Gewicht.

Alles in allem rechnen wir zwar mit einer Abschwächung der Investitionskonjunktur in den Industrieländern, aber mit keiner sehr starken. Nach drei Jahren hoher Investitionstätigkeit — in den OECD-Ländern stieg das Investitionsvolumen in dieser Zeit um knapp 30 vH — ist darin nur eine Normalisierung zu sehen, die teilweise auch auf das Auslaufen von Nachholeffekten zurückzuführen ist.

197. Eine Stütze wird die Konjunktur erneut im Privaten Verbrauch finden. Die Einkommen der Arbeitnehmer werden wohl etwas rascher expandieren als in diesem Jahr; überdies stimulieren in einigen europäischen Ländern Steuersenkungen die Nachfrage. In

den Industrieländern insgesamt wird der Private Verbrauch etwa mit der gleichen Rate zunehmen wie in diesem Jahr; diese Rate ist nur wenig niedriger als die für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

198. Das insgesamt etwas schwächere Expansionstempo in den Industrieländern wird sich auch auf die grenzüberschreitenden Handelsströme leicht dämpfend auswirken. Wie erwähnt, rechnen wir damit, daß der Welthandel im Jahre 1990 um etwa 6 vH ausgeweitet wird. Der Handel mit Industriegütern wird überdurchschnittlich dazu beitragen; dieses ist für die deutsche Exportwirtschaft von großer Bedeutung.

Die Leistungsbilanzsalden werden im nächsten Jahr eher größer als kleiner werden. Auch leichte Korrekturen bei den Wechselkursen, wie wir sie unterstellt haben, ändern nichts daran, daß die hohen Überschüsse der Bundesrepublik und Japans weiter steigen und das Defizit der Vereinigten Staaten hoch bleibt. In einigen europäischen Ländern werden die Defizite sogar zunehmen; dem Vereinigten Königreich könnte es gerade gelingen, den Fehlbetrag auf dem jetzigen Stand zu halten.

199. Die Preisentwicklung steht unter zwei gegenläufigen Tendenzen, dem Nachlassen des Nachfragesogs und der Zunahme des Kostendrucks:

— Das insgesamt schwächere Expansionstempo dürfte für sich genommen den Preisanstieg bremsen. Zwar bleibt die Kapazitätsauslastung in vielen Ländern hoch, aber in anderen sinkt sie doch spürbar. Der internationale Wettbewerb wird also wieder schärfer. Das dürfte die Preiserhöhungsspielräume begrenzen.

— Die Kostenentwicklung zeigt dagegen wieder nach oben, wenn auch nicht einheitlich. Bei den Rohstoffpreisen ist sogar ein leichter Rückgang wahrscheinlich, da das Angebot reichlich und die Nachfrage nur verhalten zunehmen. Belastungen wird es dagegen bei den Lohnkosten geben — was sich in einer Reihe von Ländern schon deutlich abzeichnet. Dabei geraten die Unternehmen von zwei Seiten in die Klemme — durch höhere Nominallohnsteigerungen und durch einen schwächeren Produktivitätsanstieg. In den Ländern, in denen die Konjunktur gut läuft, wird es zur Überwälzung, in anderen Ländern zum Druck auf die Gewinnmargen kommen.

Wir rechnen damit, daß sich insgesamt der Preisauftrieb im nächsten Jahr konjunkturell etwas beschleunigt, in einigen Ländern mehr, in anderen weniger. Die konjunkturelle Beschleunigung wird allerdings im Anstieg der Preisindizes kaum sichtbar werden, weil die Weiterwälzung der starken Verteuerung von Rohstoffen zu Beginn dieses Jahres weitgehend abgeschlossen scheint. Die Unterschiede in den Steigerungsraten — sie sind derzeit nicht sehr hoch — werden sich noch etwas angleichen.

200. Daß der Preisauftrieb im nächsten Jahr aller Voraussicht nach trotzdem unter Kontrolle bleibt, hängt mit Restriktionsdruck zusammen, den die Geldpolitik fast überall in der Welt erzeugt. Daran wird sich auch nicht viel ändern; die Notenbanken werden am bisherigen Kurs festhalten. Gleichwohl wird es graduelle Unterschiede geben. Die inflatorischen Verspannungen sind in den einzelnen Ländern unterschiedlich, und die Notenbanken dürften sich an der jeweiligen Problemlage orientieren. Das aber könnte heißen: In den meisten europäischen Ländern ist im Jahre 1990 mit einer straffen Geldpolitik zu rechnen, da insgesamt die Kapazitätsauslastung hoch bleiben und der inflatorische Druck nicht nachlassen wird. Etwas anders stellt sich die Situation in den Vereinigten Staaten dar. Dort ist die Inflationsrate seit den Sommermonaten rückläufig. Die Notenbank dürfte deshalb, wie schon in diesem Jahr sehr flexibel auf die konjunkturelle Entwicklung reagieren, solange dadurch das Ziel einer Rückführung der Inflationsrate nicht gefährdet wird. Eine erneute leichte Zinssenkung in den Vereinigten Staaten ist bei einer weiteren konjunkturellen Abschwächung wahrscheinlich.

201. Die Fiskalpolitik der meisten Industrieländer wird weiterhin versuchen, die Budgetdefizite zurückzuführen. Allerdings kommt es 1990 in einigen Ländern zu Sonderentwicklungen. In der Bundesrepublik wird die Einkommensteuer und in einigen anderen europäischen Ländern werden insbesondere Verbrauchsteuern gesenkt. In weiteren Ländern werden im nächsten Jahr aber auch ohne steuersenkende Maßnahmen expansive Impulse wirksam. Das ist der defizitären Ausgabenpolitik dieser Länder zuzuschreiben. Diese Politik kann schon bald zu Spannungen im europäischen Währungsverbund führen.

In den Vereinigten Staaten ist aus heutiger Sicht mit einer moderat restriktiven Finanzpolitik zu rechnen, die die Konjunktur dämpft. Einiges ist aber noch unklar. Bis zum 16. Oktober ist keine Einigung über das Budget für das Haushaltsjahr 1990 (Beginn 1. Oktober 1989) zustande gekommen. Entsprechend dem Gramm-Rudman-Gesetz treten nun die vorgesehenen automatischen Ausgabenkürzungen in Höhe von 16,1 Mrd Dollar in Kraft. Dieser Betrag errechnet sich aus dem zu erwartenden Budgetdefizit unter Zugrundelegung unveränderter Steuergesetze und Ausgabenprogramme abzüglich der für das Haushaltsjahr 1990 vorgesehenen Obergrenze der Neuverschuldung von 100 Mrd Dollar. Äußerungen von Vertretern beider Parteien lassen allerdings erwarten, daß in den kommenden Wochen doch noch ein Budget verabschiedet wird, mit dem die automatischen Kürzungen rückgängig gemacht werden könnten. Deshalb bleibt abzuwarten, in welchem Umfang das Defizit bis zum Ende des Fiskaljahres 1990 tatsächlich zurückgeführt werden kann.

IV. Die Binnenkonjunktur im Jahre 1990 und danach

202. Mit der deutschen Wirtschaft geht es im nächsten Jahr weiter bergauf (Schaubild 35). Der Schub kommt nicht mehr ganz so stark wie in diesem Jahr vom Export, dafür aber deutlich stärker vom Privaten Verbrauch. Es wird also eine Verlagerung der Auftriebskräfte von der Auslandsnachfrage zur Inlandsnachfrage geben — eine Voraussetzung für den dringlichen Abbau der hohen Außenhandelsüberschüsse. Denn die deutsche Wirtschaft produziert seit Jahren weitaus mehr als sie selbst verbraucht und investiert.

Schaubild 35

SOZIALPRODUKT UND WICHTIGE KOMPONENTEN
in Preisen von 1980

SCHÄTZUNG FÜR DAS 2. HALBJAHR 1989
FÜR 1990 PROGNOSE

Saisonbereinigter Verlauf

Log. Maßstab Mrd DM

Bruttosozialprodukt

Ausrüstungen

Bauten

Privater Verbrauch

Ausfuhr

Einfuhr

1979 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90

SR 89 0786

203. In diesem Jahr haben die Investitionen weiter an Schwung gewonnen, und es sieht ganz danach aus, als ginge im nächsten Jahr davon kaum etwas verloren (Tabelle 25). Die Angebotsbedingungen sind gut, und sie werden aller Voraussicht nach gut bleiben. Es lohnt sich für die Unternehmen, in Sachanlagen zu investieren, auch im Vergleich zu alternativen Finanzanlagen.

Zudem gibt es immer noch großen Nachholbedarf — bei der Modernisierung der Produktionsanlagen und nun auch bei deren Erweiterung. Trotz hoher Zuwachsraten in den letzten Jahren hat die Investitionstätigkeit, bezieht man sie auf den vorhandenen Kapitalstock, gerade erst wieder den Stand von Ende der siebziger Jahre erreicht:

— Der Modernisierungsdruck ist unvermindert groß. Denn der technische Wandel schreitet rasch fort, und in der internationalen Arbeitsteilung sind bedeutende Veränderungen im Gange. Die Unternehmen können den Herausforderungen nur durch eine Verstärkung ihrer Innovations- und Investitionsanstrengungen begegnen. Ganz oben auf der Agenda steht die beschleunigte Einführung moderner Techniken, nicht nur bei der Rationalisierung der Fertigungsprozesse, sondern auch bei der Reorganisation der gesamten Arbeitsabläufe in der Forschung, Produktion und Verwaltung sowie im Vertrieb. Umfrageergebnisse zeigen, daß Produkt- und Prozeßinnovationen mit Abstand an der Spitze der Investitionsmotive rangieren. Es kommt hinzu, daß sich die Unternehmen intensiv auf den einheitlichen europäischen Markt vorbereiten. Auch das geht nur mit zusätzlichen Investitionen — um das eigene Angebot zu verbessern und um Kosten zu senken.

— Die Kapazitätsauslastung ist mittlerweile recht hoch. Viele Unternehmen müssen die Produktionsanlagen erweitern, um zusätzliche Aufträge in vertretbaren Lieferfristen abwickeln zu können. Dabei spielt auch eine Rolle, daß sich der Mangel an Fachkräften häufig nur durch den forcierten Ausbau der Sachkapazitäten in Verbindung mit der Einführung arbeitsparender Fertigungsmethoden beheben läßt.

204. Es gibt derzeit auch keine Probleme, eine kräftige Ausweitung der Investitionen zu finanzieren. Die Unternehmen erwirtschaften hohe Eigenmittel. Ihre Ertragslage hat sich in diesem Jahr nochmals verbessert, und sie wird sich im nächsten Jahr nicht verschlechtern — vorausgesetzt, die Belastungen durch die nächste Lohnrunde halten sich in Grenzen. Vor diesem Hintergrund dürfte auch der Zinsanstieg in den letzten Monaten die Investitionsbereitschaft nur wenig beeinträchtigt haben.

205. Umfragen bei Unternehmen über ihre Investitionsabsichten für das kommende Jahr wie die des Deutschen Industrie- und Handelstages oder des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung lassen darauf schließen, daß die Investitionen im nächsten Jahr erneut kräftig ausgeweitet werden. Zwar zeigen die Pläne vom Spätsommer, daß die Investitionsbudgets etwas weniger aufgestockt werden sollen als in diesem Jahr, doch muß das nicht viel bedeuten. In einem Investitionsaufschwung neigen die Unternehmen meistens

dazu, ihre Planansätze zu niedrig anzusetzen. Spätere Planrevisionen nach oben, mit denen wir in gewissem Umfang rechnen, sind ganz normal.

206. Wie in früheren Jahren haben wir versucht, uns ein Bild von der Entwicklung in den großen Wirtschaftsbereichen zu machen, soweit das zum gegenwärtigen Zeitpunkt schon möglich ist. Dabei ist zu beachten, daß der Informationsstand von Branche zu Branche unterschiedlich ist. Vergleichsweise „harte Planzahlen" gibt es zum Zeitpunkt, zu dem wir die Prognose erarbeiten, im wesentlichen nur für die Industrie. Für andere Bereiche wie die Energiewirtschaft, das Baugewerbe, das Verkehrsgewerbe und den Handel, lassen sich auf der Basis der verfügbaren Informationen nur Tendenzaussagen machen, für einige Bereiche, dazu gehören insbesondere Dienstleistungsbranchen, ist aber auch das kaum möglich.

— Spitzenreiter wird — wie schon in diesem Jahr — die Bauwirtschaft sein; bei ihr ist erneut mit einer Zuwachsrate in der Größenordnung von 10 vH bis 15 vH zu rechnen. Der Investitionsschub hängt unmittelbar mit der guten Baukonjunktur zusammen — die Branche investiert beinahe nur „auf Sicht".

— Den zweiten Rang dürfte wieder die Industrie einnehmen. Der Überhang an begonnenen, aber nicht fertiggestellten Projekten ist zur Zeit außerordentlich groß. Nach dem Ifo-Investitionstest von September 1989 zeichnet sich dort ein Anstieg der realen Bruttoanlageinvestitionen um etwa 9 vH ab, das sind im Vergleich zu diesem Jahr nur zwei Prozentpunkte weniger. Zweistellige Zuwachsraten vermelden vor allem die Hersteller von Investitionsgütern, insbesondere der Maschinenbau, die Büro- und Datentechnik und der Straßenfahrzeugbau. Denn die steigende Nachfrage nach Investitionsgütern schlägt sich in erster Linie in deren Auftragsbüchern nieder und macht in vielen Fällen Kapazitätserweiterungen notwendig.

— An dritter Stelle dürfte der Handel liegen; er bleibt der Industrie dicht auf den Fersen. Die Erwartungen, die insbesondere der Einzelhandel in die verbrauchstimulierenden Wirkungen der Steuerreform setzt, sind groß. Man ist dort offensichtlich bereit, zur Verbesserung der Warenpräsentation, zur Rationalisierung der Lagerhaltung und auch zur Erweiterung der Verkaufsflächen zu investieren, wenn auch nicht mehr ganz soviel wie in diesem Jahr.

— Der einzige Bereich, der die Investitionen kürzen will, ist die Energiewirtschaft. Bei den Versorgungsunternehmen gibt es teilweise Überkapazitäten; zudem laufen viele Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffbelastung aus.

Bei den Anlageinvestitionen der Unternehmen insgesamt rechnen wir auf Grund unserer Einzelschätzungen für das nächste Jahr mit einer Zuwachsrate von 6 vH; in diesem Jahr betrug die Rate etwa 8½ vH.

207. Wie schon in diesem Jahr werden die Unternehmen kräftig in neue Ausrüstungen investieren. Die Schwerpunkte werden wiederum bei Geräten der Büro- und Datentechnik, bei Maschinen und bei Kraftfahrzeugen liegen. Allerdings wird die hohe Zuwachsrate von diesem Jahr (10 vH) wohl nicht mehr erreicht werden; vermutlich ist das auch wegen der länger werdenden Lieferfristen gar nicht mehr möglich. Wir veranschlagen die Rate auf 7 vH, sowohl für den Durchschnitt des Jahres 1990 als auch für den Jahresverlauf. Erneut wird ein steigender Teil der Lieferungen von Ausrüstungsgütern aus dem Ausland kommen; in diesem Jahr betrug der Anteil der Importe an den gesamten Ausrüstungsinvestitionen bereits reichlich ein Viertel.

208. Bei den Bauinvestitionen schätzen wir die Entwicklung ähnlich günstig ein. Die Nachfrage nach Bauleistungen hat sich nach der langen Phase des Rückgangs und der Stagnation wieder spürbar belebt. Die Spitze hatte zunächst der gewerbliche Bau, der von der hohen Investitionsbereitschaft der Unternehmen profitiert. Seit sich im Jahre 1987 der Wind auf dem Wohnungsmarkt gedreht hat, holt der Wohnungsbau jedoch mächtig auf.

— Der Wohnungsbau wird im nächsten Jahr bei der Zuwachsrate den gewerblichen Bau deutlich überflügeln. Die spürbare Verknappung von Wohnraum in den Ballungsgebieten wird den Neu-, Aus- und Umbau von Wohnungen anregen. Die kräftigen Mietpreissteigerungen vor allem bei der Neuvermietung von Wohnungen schaffen Anreize für den Bau nicht nur von Mietwohnungen, sondern auch von Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen. Hinzu kommt, daß der Bund in diesem Jahr eine Reihe von Förderungsprogrammen aufgelegt hat, die im nächsten Jahr ihre Wirkungen entfalten werden. Zu nennen sind hier die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen und die Bereitstellung zusätzlicher niedrig verzinslicher Kreditmittel für private Bauherren. Zudem engagiert sich der Bund mit verschiedenen Programmen wieder im sozialen Wohnungsbau; dort ist er zur Objektförderung zurückgekehrt (Ziffern 376ff.). Schließlich haben die Länder die Hilfen im sozialen Wohnungsbau aufgestockt. Gleichwohl sollte man sich keine Illusionen machen, was damit kurzfristig erreicht werden kann. Die Anzahl der Wohnungen, die im nächsten Jahr zusätzlich gebaut werden können, wird sich in Grenzen halten. Wir gehen davon aus, daß insgesamt etwa 280 000, bestenfalls 300 000, neue Wohnungen fertiggestellt werden, das sind 40 000 bis 60 000 mehr als in diesem Jahr (240 000).

— Im gewerblichen Bau zeichnet sich — analog zur Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen — abermals ein kräftiger Anstieg ab. Dabei spielen auch Verschiebungen in der Struktur der Investitionsnachfrage eine Rolle. Investitionen zur Vergrößerung der Kapazitäten und Investitionen für den Umweltschutz gewinnen weiter an Bedeutung; in beiden Fällen haben Baumaßnahmen großes Gewicht.

— Im öffentlichen Bau dürften die Investitionen — nach dem vergleichsweise kräftigen Anstieg in diesem Jahr — nur wenig ausgeweitet werden. Der wichtigste Grund ist, daß wegen der Steuerreform die Einnahmen der Gemeinden langsamer zunehmen.

Tabelle 25

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1989

Absolute Werte

	Einheit	1988	1989	1990	1989		1990	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 156,8	1 215,0	1 296,5	584,3	631,0	618,5	678,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	411,5	418,0	433,5	194,1	224,0	200,0	233,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	419,1	463,5	505,5	215,9	247,5	230,0	275,5
Ausrüstungen	Mrd DM	184,9	208,0	228,5	94,2	113,5	103,0	125,5
Bauten	Mrd DM	234,3	255,5	277,0	121,6	134,0	127,0	150,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 13,7	+ 15,0	+ 12,0	+ 18,0	− 3,0	+ 18,5	− 6,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+120,6	+148,0	+160,0	+ 72,6	+ 75,5	+ 79,0	+ 81,0
Ausfuhr	Mrd DM	687,8	786,0	857,5	385,4	400,5	416,0	441,5
Einfuhr	Mrd DM	567,2	638,0	697,5	312,8	325,5	337,0	360,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2 121,7	2 259,5	2 407,5	1 084,7	1 175,0	1 146,0	1 261,5
In Preisen von 1980:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	949,9	966,5	999,5	465,1	501,5	478,5	520,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	335,4	333,5	339,0	162,7	171,0	164,5	174,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	352,2	377,5	397,0	177,2	200,5	182,0	214,5
Ausrüstungen	Mrd DM	154,2	169,5	181,0	77,2	92,0	82,0	99,0
Bauten	Mrd DM	198,0	208,5	215,5	100,0	108,5	100,0	115,5
Ausfuhr	Mrd DM	582,4	646,5	685,5	319,8	326,5	335,5	350,0
Einfuhr	Mrd DM	531,5	568,0	606,5	279,8	288,5	295,5	311,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 701,8	1 770,0	1 824,5	862,0	908,0	882,5	942,0
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	Mrd DM	1 750,3	1 810,5	1 870,0	880,9	929,5	905,0	965,0
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1980 = 100	121,8	125,5	130,0	125,6	126,0	129,0	130,5
Bruttosozialprodukt	1980 = 100	124,7	127,5	132,0	125,8	129,5	130,0	134,0
Letzte inländische Verwendung	1980 = 100	121,2	125,0	128,5	123,1	126,5	126,5	130,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige (Inland)[2]	1 000	26 079	26 420	26 820	26 200	26 640	26 595	27 040
Arbeitszeit[3]	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd DM	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	Mrd DM	1 692,9	1 752,0	1 806,5	853,5	898,5	874,0	932,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	1 126,4	1 178,5	1 253,5	554,2	624,0	585,5	668,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	525,3	573,5	614,5	281,7	292,0	297,0	317,5
Volkseinkommen	Mrd DM	1 651,7	1 752,0	1 868,0	836,0	916,0	882,5	985,5
Reales Volkseinkommen[1]	Mrd DM	1 362,6	1 404,0	1 451,0	678,9	725,0	697,0	753,5
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit[4]	Mrd DM	604,8	627,5	687,5	297,8	330,0	323,5	364,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	451,3	485,0	528,0	239,9	245,5	258,0	270,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[5]	Mrd DM	1 323,3	1 383,0	1 487,5	667,8	715,0	711,5	776,0

[1]) Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Deflator der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).
[2]) Ergebnisse der Volkszählung und der Arbeitsstättenzählung 1987 sind noch nicht berücksichtigt.
[3]) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

Tabelle 25

schaftlichen Gesamtrechnungen

und Vorausschau auf das Jahr 1990

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1988	1989	1990	1989		1990	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 4,0	+ 5	+ 6½	+ 5,2	+ 5	+ 6	+ 7½
Staatsverbrauch	+ 3,7	+ 1½	+ 3½	+ 2,4	+ 1	+ 3	+ 4
Anlageinvestitionen	+ 7,5	+ 10½	+ 9	+ 12,3	+ 9	+ 6½	+ 11½
Ausrüstungen	+ 8,4	+ 12½	+ 10	+ 13,1	+ 12	+ 9	+ 10½
Bauten	+ 6,7	+ 9	+ 8½	+ 11,7	+ 7	+ 4½	+ 12
Vorratsveränderung							
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+ 7,7	+ 14½	+ 9	+ 16,0	+ 12½	+ 8	+ 10
Einfuhr	+ 7,8	+ 12½	+ 9½	+ 14,1	+ 11	+ 7½	+ 11
Bruttosozialprodukt	+ 5,2	+ 6½	+ 6½	+ 7,0	+ 6	+ 5½	+ 7½
In Preisen von 1980:							
Privater Verbrauch	+ 2,7	+ 1½	+ 3½	+ 1,7	+ 1½	+ 3	+ 4
Staatsverbrauch	+ 2,2	− ½	+ 1½	+ 0,1	− 1	+ 1	+ 2
Anlageinvestitionen	+ 5,9	+ 7½	+ 5	+ 9,2	+ 5½	+ 3	+ 7
Ausrüstungen	+ 7,5	+ 10	+ 7	+ 10,6	+ 9	+ 6½	+ 7½
Bauten	+ 4,7	+ 5½	+ 3½	+ 8,2	+ 3	0	+ 6½
Ausfuhr	+ 5,8	+ 11	+ 6	+ 12,5	+ 9½	+ 5	+ 7
Einfuhr	+ 6,3	+ 7	+ 7	+ 7,6	+ 6	+ 5½	+ 8
Bruttosozialprodukt	+ 3,6	+ 4	+ 3	+ 4,6	+ 3½	+ 2½	+ 3½
Realwert des Bruttosozialprodukts[1])	+ 3,8	+ 3½	+ 3½	+ 3,8	+ 3	+ 3	+ 4
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 1,2	+ 3	+ 3	+ 3,4	+ 3	+ 3	+ 3½
Bruttosozialprodukt	+ 1,5	+ 2½	+ 3½	+ 2,3	+ 2½	+ 3	+ 3½
Letzte inländische Verwendung	+ 1,3	+ 3	+ 3	+ 3,1	+ 3	+ 3	+ 3½
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige (Inland)[2])	+ 0,6	+ 1½	+ 1½	+ 1,2	+ 1½	+ 1½	+ 1½
Arbeitszeit[3])	0	− 1	− 1	− 0,5	− 1½	− 1½	− ½
Arbeitsvolumen	+ 0,6	+ ½	+ ½	+ 0,7	0	0	+ 1
Produktivität	+ 3,1	+ 3	+ 2½	+ 3,2	+ 3	+ 2½	+ 3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	+ 3,7	+ 3½	+ 3	+ 4,0	+ 3	+ 2½	+ 3½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 3,9	+ 4½	+ 6½	+ 4,5	+ 4½	+ 5½	+ 7
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,7	+ 9	+ 7	+ 11,0	+ 7½	+ 5½	+ 8½
Volkseinkommen	+ 5,4	+ 6	+ 6½	+ 6,6	+ 5½	+ 5½	+ 7½
Reales Volkseinkommen[1])	+ 4,1	+ 3	+ 3½	+ 3,5	+ 2½	+ 2½	+ 4
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[4])	+ 4,2	+ 4	+ 9½	+ 3,5	+ 4	+ 8½	+ 10½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,8	+ 7½	+ 9	+ 9,2	+ 6	+ 7½	+ 10
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[5])	+ 4,3	+ 4½	+ 7½	+ 4,8	+ 4	+ 6½	+ 8½

[4]) Nettolohn- und -gehaltssumme.

[5]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

209. Insgesamt veranschlagen wir die Zuwachsrate bei den Bauinvestitionen für den Verlauf des Jahres 1990, Jahresende 1990 gegen Jahresende 1989 gerechnet, auf 6 vH; diese Rate ist doppelt so hoch wie die für den Verlauf des Jahres 1989. Die Zuwachsrate im Durchschnitt des Jahres 1990, Jahresdurchschnitt 1990 gegen Jahresdurchschnitt 1989 gerechnet, wird mit 3½ vH allerdings deutlich niedriger sein als die Zuwachsrate im Durchschnitt des Jahres 1989 (5½ vH). Die Differenz erklärt sich mit dem witterungsbedingt stark überhöhten Produktionsniveau in den ersten Monaten dieses Jahres. Zu Beginn des nächsten Jahres wird deshalb die Bauproduktion — einen normalen Winter vorausgesetzt — den Vorjahresstand deutlich unterschreiten (Basiseffekt).

210. Die kräftige Ausweitung der Investitionen schafft nicht nur zusätzliche Nachfrage und gibt damit der Produktion weiteren Schwung. Sie sorgt auch dafür, daß das Produktionspotential beschleunigt wächst. Die Schätzung der Wachstumsrate des Produktionspotentials ist zwar mit Unsicherheiten behaftet (Ziffern 76ff.). Eine Rate von 2½ vH für den Durchschnitt des Jahres 1990 dürfte jedoch der Wirklichkeit nahekommen. Dieses ist mehr als in der Vergangenheit — um die Mitte der achtziger Jahre lag die Rate nur bei 1½ vH —, doch ist es weniger, als erforderlich wäre, um das derzeitige Expansionstempo (3½ vH) längere Zeit durchzuhalten. Die Beanspruchung der Sachkapazitäten wird also im kommenden Jahr nochmals zunehmen.

211. Was im kommenden Jahr zusätzlich konsumiert und investiert werden kann, hängt allerdings nicht nur davon ab, wie groß der Produktionsspielraum im Inland ist. Bei der engen internationalen Verflechtung der Gütermärkte lassen sich auch die Einfuhren steigern, wenngleich zu berücksichtigen ist, daß derzeit im Ausland die Auslastung der Kapazitäten ebenfalls hoch ist. Bei der Prognose für das nächste Jahr darf nicht aus dem Blick geraten, daß bereits in diesem Jahr der Zuwachs beim Import unerwartet kräftig war. Das hing auch mit einem verstärkten Lageraufbau bei Rohstoffen und Vorprodukten zusammen, der teilweise spekulative Züge trug. Etwas ähnliches wird sich aller Voraussicht nach nicht wiederholen. Die inländischen Produzenten können mit stabilen oder gar nachgebenden Preisen auf den Weltrohstoffmärkten rechnen; sie werden deshalb ihre Lagerbestände normalisieren, zumal der Zinsanstieg die Lagerhaltung beträchtlich verteuert hat. Anders ist dagegen die Entwicklung bei industriellen Fertigwaren einzuschätzen, bei Investitionsgütern wie bei Konsumgütern. Hier wird sich der Importsog weiter verstärken, zumal wenn, wie in der Prognose unterstellt, eine Aufwertung der D-Mark die Attraktivität von Gütern aus ausländischer Produktion im Vergleich zu Gütern aus inländischer Produktion erhöht. Insgesamt veranschlagen wir die Steigerungsrate beim Import (Waren und Dienste) für den Verlauf und für den Durchschnitt des Jahres 1990 auf 7 vH und damit kaum niedriger als die Raten für 1989.

212. Die zunehmende Beanspruchung der Kapazitäten verstärkt nicht nur den Importsog. Sie schafft auch für die heimischen Unternehmen Anreize, sich wieder mehr auf die inländischen und weniger auf die ausländischen Märkte zu konzentrieren. Dafür spricht auch, daß im kommenden Jahr die konjunkturelle Entwicklung in einigen Partnerländern nicht mehr so steil wie bisher nach oben gerichtet ist.

Bei der Exportschätzung haben wir uns zunächst an der Rate orientiert, mit der im kommenden Jahr die Auslandsmärkte deutscher Unternehmen voraussichtlich wachsen. Diese Rate veranschlagen wir auf 6½ vH bis 7 vH, sie ist etwas höher als die Rate für den Welthandel insgesamt (6 vH). Dem liegt die Annahme zugrunde, daß die Abflachung der konjunkturellen Expansion nur abgeschwächt auf den deutschen Export durchwirkt. Denn davon wird die überwiegende Mehrzahl der Länder nur vergleichsweise wenig betroffen sein, in denen deutsche Unternehmen ihre Hauptabsatzmärkte haben, und das sind die westeuropäischen Länder. Ein Abzugsposten ist allerdings, daß es in einigen Ländern vornehmlich die Investitionen sind, die an Schwung verlieren. Gerade im Investitionsgüterexport haben die Anbieter aus der Bundesrepublik aber ihre Stärken.

In diesem Jahr haben deutsche Unternehmen ihre Marktanteile freilich nicht nur halten, sondern merklich ausweiten können. Das zeugt von hoher Wettbewerbsfähigkeit. Es scheint uns aber mehr als fraglich, ob ihnen das im nächsten Jahr noch einmal gelingt; denn die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich vermindern, falls sich unsere Annahme, daß die D-Mark an den Devisenmärkten höher bewertet wird, als zutreffend erweist.

Alles in allem zeichnet sich auch für das nächste Jahr ein deutlicher Anstieg der Exporte ab. Wir rechnen mit Zuwachsraten von 6 vH bis 6½ vH sowohl für den Verlauf als auch für den Durchschnitt des Jahres. Beide Raten sind zwar merklich niedriger als die Raten für das Jahr 1989 (10 vH und 11 vH), aber das darf nicht überinterpretiert werden. Der jüngste Exportboom ist sicherlich ungewöhnlich; insofern ist die prognostizierte Entwicklung nur ein Einschwenken auf einen normalen Pfad.

213. Obwohl sich nach der Prognose die Zunahme des Exportvolumens stärker verlangsamt als die Zunahme des Importvolumens, wird der Außenbeitrag wegen der unterschiedlichen Höhe beider Größen nicht kleiner. In nominaler Rechnung wird er sogar größer und mit rund 160 Mrd DM einen neuen Rekord erreichen. Diese Summe entspricht etwa der Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis. Auch wenn ein Teil des Außenbeitrags dazu dient, bestimmte unentgeltliche Leistungen zu finanzieren, die die Bundesrepublik gegenüber anderen Staaten oder gegenüber internationalen Organisationen zu erbringen hat, so geht er doch weit über das hinaus, was dazu erforderlich wäre.

Die Erhöhung des Außenbeitrags, wie er sich im Vergleich von Jahresdurchschnitten zeigt, überzeichnet allerdings die Entwicklung im Jahresverlauf. Das hängt zum ganz überwiegenden Teil mit der Stabilisierung der Importpreise seit dem Frühjahr 1989 zusammen, die zu einer leichten Verbesserung der Terms of Trade geführt hat. Diese Verbesserung scheint erst im Ergebnis für den Jahresdurchschnitt 1990 voll auf. Für den Jahresverlauf rechnen wir dagegen mit einer weitgehend parallelen Entwicklung von Exportpreisen und Importpreisen; den Anstieg bezif-

fern wir auf jeweils 2½ vH bis 3 vH. Der Außenbeitrag erhöht sich dabei nur wenig.

214. In der Kostenrechnung werden die Unternehmen, soweit es die importierten Rohstoffe und Vorprodukte betrifft, im nächsten Jahr eher eine Entlastung erfahren. Von daher steht einer kräftigen Ausweitung der Investitionen und der Beschäftigung nichts im Wege. Ungewiß ist dagegen, mit welchen Belastungen bei den Lohnkosten sie fertig werden müssen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß wir in Tarifabschlüssen, bei denen die Lohnstückkosten deutlich steigen würden, eine große Gefahr für die konjunkturelle Entwicklung sehen. Ein solcher Kostenschub brauchte, wie wir in unserer Simulationsrechnung zeigen, die Investitionsbereitschaft nicht sofort zu beeinträchtigen, zumal wenn die Unternehmen Spielraum für Preiserhöhungen sehen. Aber er würde doch die Erwartungen tangieren. Die gute Stimmung würde über kurz oder lang von der Furcht vor einer Stabilisierungskrise verdrängt. Es ist allerdings aus heutiger Sicht fast unmöglich zu prognostizieren, auf was sich die Tarifparteien einigen werden. Denn neben einer Anhebung der Tariflöhne wird es auch um die Verkürzung der Arbeitszeit gehen. Bislang haben beide Seiten ihre Vorstellungen nur sehr allgemein formuliert. Die Sache wird auch nicht dadurch leichter, daß nur bei einem Teil der Tarifbereiche die Verträge auslaufen. In anderen Bereichen gibt es zwar längerfristige vertragliche Festlegungen, doch mehren sich die Hinweise darauf, daß es auch dort zu Verhandlungen über Sonderzahlungen kommt. Schließlich kann es sein, daß Lösungen hinsichtlich der Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen gefunden werden, deren Kostenwirkungen teilweise erst in den folgenden Jahren eintreten werden.

215. Für die Tarifabschlüsse im nächsten Jahr haben wir folgendes angenommen. In denjenigen Bereichen, in denen die Lohntarife neu ausgehandelt werden, kommt es zu einer Anhebung der tariflichen Stundenlöhne um 5½ vH; darin ist ein Lohnausgleich für eine eventuelle Verkürzung der Arbeitszeit eingeschlossen, soweit diese noch im Jahre 1990 kostenwirksam wird. In den anderen Bereichen, in denen noch mehrjährige Tarifverträge gelten, bleibt es bei den getroffenen Vereinbarungen. In einigen dieser Bereiche wird es jedoch einmalige Sonderzahlungen geben; diese erhöhen nicht das Tariflohnniveau, sondern vergrößern nur im nächsten Jahr die Lohndrift, stellen also in der Kostenrechnung keine dauerhafte Belastung dar.

216. Alles in allem ergibt sich bei diesen Annahmen, daß das Niveau der effektiven Stundenlöhne im Durchschnitt des Jahres 1990 um etwa 5½ vH höher liegen wird als im Durchschnitt des Jahres 1989. Nimmt man den voraussichtlichen Produktivitätsanstieg mit ins Bild — wir veranschlagen ihn auf 2½ vH —, dann bedeutet das, daß die Lohnstückkosten um rund 3 vH steigen werden. Wir verhehlen nicht, daß uns eine solche Entwicklung mit Sorgen erfüllt, vor allem wegen der Signalwirkungen, die davon ausgehen können. Dennoch meinen wir: Der Weg für eine weitere Ausweitung der Beschäftigung wird damit noch nicht verbaut. Es dürften deshalb im nächsten Jahr erneut mehrere hunderttausend zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Unternehmen haben inzwischen die Personalreserven weitgehend ausgeschöpft. Wenn sie die Produktion steigern wollen, müssen sie den Personalbestand weiter aufstokken.

In jüngster Zeit hat sich freilich der Wind auf dem Arbeitsmarkt gedreht. In vielen Bereichen herrscht Mangel an Arbeitskräften. Die Entwicklung der Beschäftigung hängt also nicht mehr nur davon ab, wie stark die Produktion ausgeweitet werden kann, sondern der Spielraum für eine Produktionsausweitung bestimmt sich auch nach den verfügbaren — qualifizierten — Arbeitskräften. Die hohe Zuwanderung in diesem Jahr hat dieses Problem entschärft, kurzfristig lösen kann sie es aber nicht. Vor allem bei den Aussiedlern gibt es neben Sprachproblemen auch Qualifikationslücken, die nur durch eine Nachqualifizierung behoben werden können.

217. Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nahezu unmöglich, eine verläßliche Schätzung darüber anzugeben, wie groß das zusätzliche Arbeitsangebot im kommenden Jahr sein wird. Eine Zahl, die man heute noch plausibel finden mag, kann schon morgen überholt sein. Dennoch müssen wir, um die Prognose durchrechnen zu können, Annahmen treffen. Wir gehen davon aus, daß im Durchschnitt des Jahres etwa 310 000 Personen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängen werden. Darin eingeschlossen ist ein großer Teil derjenigen Aussiedler, die schon in diesem Jahr in die Bundesrepublik gekommen sind und die sich derzeit noch in Sprachlehrgängen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen befinden. Nicht eingeschlossen ist dagegen ein Teil derjenigen, die noch kommen werden, aber erst noch nachqualifiziert werden müssen.

Wie viele Menschen aus der DDR zuwandern werden, läßt sich nicht prognostizieren. In diesem Jahr waren es nach Angaben der Bundesregierung bis zum 9. November 202 350 Personen, die das Aufnahmeverfahren durchlaufen haben, und der größte Teil von ihnen kam in der zweiten Jahreshälfte. Wir haben bei unserer Prognose der Erwerbspersonenzahl für 1990 bewußt davon Abstand genommen, den Zustrom von Übersiedlern aus der DDR abzuschätzen. Beim derzeitigen Informationsstand wäre die Nennung jeder Zahl rein willkürlich. Für das Rechenwerk unserer Prognose haben wir bei der Quantifizierung der Erwerbspersonenzahl die Setzung vorgenommen, daß keine weiteren Übersiedler zuwandern.

Vor dem Hintergrund der vorhersehbaren wirtschaftlichen Entwicklung rechnen wir damit, daß die Anzahl der Erwerbstätigen im kommenden Jahr noch etwas stärker zunimmt als in diesem Jahr, schätzungsweise um knapp 400 000 Personen. Rein rechnerisch wird danach die Anzahl der registrierten Arbeitslosen nochmals etwas zurückgehen; der Unschärfebereich ist bei dieser Angabe aber besonders groß.

218. Die hohe Bestandszahl an Arbeitslosen verdeckt erhebliche Bewegungen am Arbeitsmarkt. In jedem Jahr melden sich zwischen drei und vier Millionen Menschen bei den Arbeitsämtern als arbeitslos, und für eine ähnlich große Anzahl endet die Arbeitslosigkeit. Die meisten Arbeitslosen finden schon nach relativ kurzer Zeit wieder einen Arbeitsplatz. Die Arbeitslosenzahl am Ende eines Monats oder im Durch-

schnitt eines Jahres hängt somit auch davon ab, wie lang die Suchprozesse dauern. Wegen des starken Anstiegs des Arbeitskräfteangebots halten wir es für wahrscheinlich, daß es im nächsten Jahr zwar wieder zu höheren Zugängen von Arbeitslosen kommt. Zugleich wird es aufgrund der anhaltend starken Nachfrage nach Arbeitskräften aber auch höhere Abgänge geben. Insgesamt verbessern sich damit für die Arbeitslosen die Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden.

219. Die kräftige Ausweitung der Beschäftigung schlägt sich in der Entwicklung der Einkommen nieder. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme wird im nächsten Jahr bei unseren Annahmen über die Beschäftigungsentwicklung um rund 6½ vH und damit rascher expandieren als die Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer (5 vH). Dabei haben wir unterstellt, daß wegen der längeren Lieferfristen erneut mehr Überstunden geleistet werden und mithin neue Vereinbarungen über eine Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit im nächsten Jahr nicht voll wirksam werden.

Die Einkommenssituation der Arbeitnehmer verbessert sich aber auch durch eine spürbare Verringerung der Steuerlast, denn mit Beginn des nächsten Jahres tritt das Steuerreformgesetz 1990 in Kraft. Die Tarifkorrekturen bringen bei der Lohnsteuer insgesamt eine Entlastung um 22 Mrd DM. Die Nettolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer werden dadurch um 7½ vH steigen, rund 2½ Prozentpunkte stärker als die Bruttolöhne und -gehälter.

Auch die Sozialeinkommen werden im kommenden Jahr beschleunigt expandieren. Das hängt damit zusammen, daß bei vielen Leistungen Verbesserungen beschlossen oder in Aussicht sind. So wird die Anhebung der Sozialrenten zur Jahresmitte — voraussichtlich um 3½ vH — den Rentnern voll zugute kommen, weil keine weitere Anhebung des Beitragssatzes, den diese zu ihrer Krankenversicherung leisten müssen, vorgesehen ist. Zu Buche schlagen auch die stufenweise verlängerte Gewährung des einkommensabhängig gezahlten Teils des Erziehungsgeldes sowie die Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind zum 1. Juli 1990.

Insgesamt veranschlagen wir die Zuwachsrate bei den staatlichen Einkommensübertragungen auf 4½ vH.

Bei den entnommenen Gewinnen der Selbständigen und den Einkünften aus Vermögen haben wir einen Anstieg um 7½ vH angenommen; die Prognose dieses Einkommensaggregats ist immer sehr schwierig. So spielen für die Entwicklung der Entnahmen nicht nur die Veränderung der Gewinne der Selbständigen eine Rolle, sondern auch Veränderungen bei deren Vermögensdispositionen.

Nimmt man alles zusammen, die Zunahme bei den Lohneinkommen, den Sozialeinkommen sowie den Entnahmen und Vermögenseinkommen, dann ergibt das für das verfügbare Einkommen einen Zuwachs von 7½ vH. Das bedeutet, daß im kommenden Jahr ein Betrag von über 100 Mrd DM zusätzlich in die Kassen der privaten Haushalte fließen wird.

220. Höhere Einkommen schaffen nicht nur Spielraum für höhere Verbrauchsausgaben. Sie vergrößern, namentlich bei guter Konjunkturlage, auch den Spielraum für Preiserhöhungen. Es fällt uns nicht leicht zu urteilen, wie akut die Gefahr eines Inflationsschubs ist:

— Einerseits: Die glänzende Auftragslage mag für viele Unternehmen eine willkommene Gelegenheit sein, um am Markt Preiserhöhungen durchzusetzen; für manche mögen Preisaufschläge auch ein Mittel sein, um weitere Aufträge, zu deren Abwicklung sie sich gar nicht in der Lage sehen, abzuwehren. Der Wettbewerb setzt dafür zwar Grenzen, aber diese Grenzen werden im nächsten Jahr zweifellos weiter gesteckt sein als in den letzten Jahren.

— Andererseits: Die guten Gewinnmargen mögen den Verzicht auf Preisanhebungen nahelegen. Die Unternehmen stehen derzeit nicht unter Kostendruck. Wenn die Lohnabschlüsse im nächsten Jahr nicht über das hinausgehen, was in der Prognose angenommen wurde, erscheint der Kostenanstieg noch verkraftbar. Es brauchen davon keine Anstöße zu einer Verstärkung des Preisauftriebs auszugehen. Für diejenigen Unternehmen, die sich einer preiselastischen Nachfrage gegenübersehen, kann es durchaus lohnend sein, auf Preiserhöhungen zu verzichten und statt dessen auf eine kräftige Ausweitung der Absatzmengen zu setzen.

Sowohl bei den industriellen Erzeugerpreisen als auch bei den Verbraucherpreisen hat der Preisanstieg, nachdem die Auswirkungen der Verbrauchsteuererhöhung und der Rohstoffverteuerung abgeklungen sind, wieder etwas nachgelassen. Wir werten das als ein Indiz dafür, daß sich von daher kein Inflationsdruck aufgestaut hat. Gleichwohl bleibt die Situation labil.

221. Auf der Verbraucherstufe war die Preisentwicklung in diesem Jahr von dreierlei geprägt: von der Anhebung der Verbrauchsteuern, von einer Verteuerung des Mineralöls sowie von produktionszyklischen Verknappungen bei Fleischwaren. Läßt man diese Effekte außen vor, dann war der Preisanstieg mit rund 2 vH nach wie vor verhalten. Es wäre jedoch reiner Zweckoptimismus, wollte man darauf setzen, daß es dabei bleibt. Bei den konjunkturreagiblen Preisen für Industriegüter und für Dienstleistungen sowie bei den Wohnungsmieten zeichnet sich eine spürbare Beschleunigung im Anstieg ab. Kompensierende Effekte, eine Verlangsamung anderswo, sind allenfalls bei den Nahrungsmittelpreisen zu erwarten, doch darf man sich über das Ausmaß keine übertriebenen Hoffnungen machen. Das aber heißt, daß im kommenden Jahr bei der Preissteigerungsrate, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung, eine Drei vor dem Komma steht. Allenfalls in den ersten Monaten dürfte die Rate im Vorjahresvergleich etwas unter die 3 vH-Marke sinken; dieses ist dann jedoch nicht ein Zeichen für eine Verlangsamung im Preisanstieg, sondern Reflex der starken Beschleunigung am Anfang dieses Jahres (Basiseffekt).

222. Wie in früheren Jahren haben wir versucht, die Entwicklung beim Preisindex für die Lebenshaltung

für einzelne Gruppen und Dienstleistungen getrennt abzuschätzen:

— Die Preise für Nahrungsmittel dürften zwar im kommenden Jahr deutlich langsamer steigen, doch ist diese Entwicklung vor dem Hintergrund der starken Beschleunigung in diesem Jahr zu sehen. Das Angebot an Schweine- und Rindfleisch dürfte voraussichtlich bis zur Jahresmitte relativ knapp bleiben, und ähnliches gilt auch für Milch und Milchprodukte. Es ist also hier mit einer weiterhin festen Preistendenz zu rechnen. Da die kräftigen Verteuerungen auf der Erzeugerstufe sich bislang nicht voll auf der Verbraucherstufe niedergeschlagen haben, dürfte sich daran zunächst auch nichts ändern, falls nach der Jahresmitte wieder ein steigendes Angebot auf den Markt kommen sollte. Bei Getreideerzeugnissen könnte die sich abzeichnende Senkung der Interventionspreise zwar für eine gewisse Entlastung sorgen, aber es ist mehr als fraglich, ob diese auf der Verbraucherstufe spürbar wird. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Nahrungsmittelpreise für den Verlauf des Jahres 1990 um 1½ vH bis 2 vH. In diesem Jahr lag die Rate bei 4 vH. Das hat zur Folge, daß der Teilindex für Nahrungsmittel am Jahresende 1989 um 2 vH höher sein wird als im Durchschnitt des Jahres. Dieser große Überhang schlägt sich voll in der Steigerungsrate für den Jahresdurchschnitt 1990 nieder, die deshalb nur wenig unter 4 vH liegen wird.

— Die Mieten werden aufgrund der Verknappungen auf dem Wohnungsmarkt spürbar anziehen; wir rechnen hier mit einem Anstieg um 4 vH im Jahresverlauf und um 3½ vH im Jahresdurchschnitt. Das Ausmaß der Verteuerung von Wohnraum scheint freilich im Preisindex für die Lebenshaltung nur unvollkommen auf. Vor allem bei Neuvermietungen dürften die Mieterhöhungen weitaus kräftiger sein als bei bestehenden Mietverhältnissen, bei denen in vielen Fällen die Miete unverändert bleibt. Auch regional werden sich größere Unterschiede ergeben — kräftigere Verteuerungen in den Ballungszentren und weniger kräftige in den peripheren Regionen.

— Die Preise für Dienstleistungen werden stärker nach oben tendieren; das Ausmaß hängt weitgehend vom Ergebnis der Lohnrunde ab. In vielen Dienstleistungsbereichen sind die Löhne der wichtigste Kostenfaktor; steigende Lohnkosten schlagen dort stärker als anderswo zu Buche. Wir rechnen mit einer Steigerungsrate von 3 vH bis 3½ vH. Die Rate für den Jahresverlauf (4 vH) ist etwas höher als die Rate für den Jahresdurchschnitt.

— Die Preise für die sogenannten sonstigen Waren, unter denen überwiegend industriell gefertigte Gebrauchs- und Verbrauchsgüter zu finden sind, dürften ebenfalls etwas anziehen, aber daß es zu sehr kräftigen Verteuerungen kommt, erwarten wir nicht. Die Preisaufschläge, die der Einzelhandel der Industrie beim Einkauf konzedieren mußte, hielten sich dem Vernehmen nach bislang in engen Grenzen. Das hängt sicher auch mit dem scharfen Importwettbewerb zusammen. Vor allem die asiatischen und osteuropäischen Länder versuchen hier, mit attraktiven Preisen Marktanteile zu gewinnen. Wir veranschlagen den Preisanstieg bei den sonstigen Waren auf 3½ vH für den Jahresverlauf und auf knapp 3 vH für den Jahresdurchschnitt.

Aus der Summe dieser Einzelschätzungen ergibt sich ein Anstieg beim Preisindex für die Lebenshaltung von Dezember dieses Jahres bis Dezember nächsten Jahres um etwa 3½ vH. Diese Rate ist merklich höher als diejenige, die für den Zeitraum von Ende 1988 bis Ende 1989 zu verzeichnen ist (3 vH). Für den Jahresdurchschnitt 1990 bedeutet dies einen Anstieg um reichlich 3 vH.

Unsere Schätzung ist wohlgemerkt an die zentrale Bedingung maßvoller Lohnabschlüsse geknüpft. Andernfalls hätte man sich auf eine höhere Rate einzustellen.

223. Auch wenn steigende Preise die Kaufkraft der Einkommen spürbar schmälern, so bleibt auch den privaten Haushalten ein kräftiger Zuwachs bei den Realeinkommen. Dieser wird mit 4 vH bis 4½ vH nicht niedriger ausfallen als in den Jahren 1986 und 1987; damals stiegen zwar die Nominaleinkommen langsamer, aber die Preise blieben stabil. Für den Einzelhandel, das Fremdenverkehrsgewerbe und andere Dienstleistungsbranchen wird 1990 voraussichtlich ein sehr gutes Jahr.

Auf kurze Sicht ist freilich der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Einkommen und der Entwicklung des Privaten Verbrauchs nicht besonders eng. Nach den bisherigen Erfahrungen ist zu erwarten, daß viele Haushalte einen Teil des Geldes, das ihnen zusätzlich zur Verfügung steht, auf die Seite legen. Es mögen auch schon im Hinblick auf die steuerliche Entlastung Käufe vorgezogen worden sein, die im nächsten Jahr zu entsprechend geringeren Ausgaben führen. Wir haben deshalb in unserer Rechnung einen deutlichen Anstieg der Sparquote zugrunde gelegt. Dennoch bleibt viel Raum für die Ausweitung des Privaten Verbrauchs; wir veranschlagen die Zuwachsrate in jeweiligen Preisen gerechnet auf 6½ vH und in konstanten Preisen auf 3½ vH.

224. Auch von den öffentlichen Haushalten sind im nächsten Jahr, anders als in diesem Jahr, expansive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung zu erwarten. Diese werden insbesondere von der dritten Stufe der Steuerreform 1986/90 ausgelöst. Der Ausgabenzuwachs wird von uns auf knapp 4 vH veranschlagt. Zum beschleunigten Anstieg tragen neben höheren Sachausgaben der Gebietskörperschaften und Sozialversicherung (Staatsverbrauch und Investitionen) vor allem höhere Ausgaben bei den Sozialleistungen bei. Daß sich das Defizit in den Haushalten der Gebietskörperschaften — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — trotzdem nur etwa auf 28 Mrd DM erhöht, ist auf die erwartete günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen (Tabelle 26). Infolgedessen werden die Steuereinnahmen leicht ansteigen, obwohl sich die Einnahmenausfälle in einer Größenordnung von insgesamt 30 Mrd DM bewegen. Neben dem Steuerreformschritt 1990 schlagen sich hier die verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten für Wohngebäude und der Sonderausgabenabzug zur Förderung von Arbeitsplätzen in Pri-

Tabelle 26

Einnahmen und Ausgaben des Staates[1])

Schätzung für das Jahr 1989 und Prognose für das Jahr 1990

	1988	1989	1990	1989	1990
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung					
Einnahmen insgesamt	945,6	1 017	1 044 1/2	+ 7 1/2	+ 2 1/2
Steuern	512,4	558 1/2	563 1/2	+ 9	+ 1
Sozialbeiträge	366,3	382	402	+ 4 1/2	+ 5
Sonstige laufende Einnahmen	45,3	54 1/2	56	+20	+ 3
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	21,5	22	23	+ 3	+ 3 1/2
Ausgaben insgesamt	990,8	1 016	1 055	+ 2 1/2	+ 4
Staatsverbrauch	411,5	418	433 1/2	+ 1 1/2	+ 3 1/2
Einkommensübertragungen	438,9	451 1/2	470 1/2	+ 3	+ 4
Private Haushalte	349,4	362	378 1/2	+ 3 1/2	+ 4 1/2
Unternehmen und übrige Welt	89,5	89 1/2	92	0	+ 3
Zinsen	59,9	61 1/2	63 1/2	+ 2 1/2	+ 3 1/2
Vermögensübertragungen	31,0	32 1/2	32	+ 5	− 1 1/2
Investitionen	49,6	52 1/2	55	+ 6 1/2	+ 4
Finanzierungssaldo[2])	− 45,2	+ 1	− 10 1/2	x	x
	vH				
Staatsquote des Gemeinsamen Haushaltes[3])	45,5	44,6	43,8	x	x
Abgabenquote[4])	41,4	41,6	40,1	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften					
Einnahmen	597,5	654	661 1/2	+ 9 1/2	+ 1
Steuern	512,4	558 1/2	563 1/2	+ 9	+ 1
Sonstige Einnahmen	85,1	95 1/2	98 1/2	+12	+ 3
Ausgaben	644,1	666 1/2	689 1/2	+ 3 1/2	+ 3 1/2
Finanzierungssaldo[2])	− 46,6	− 12 1/2	− 28	x	x
	vH				
Staatsquote[5])	29,6	29,3	28,6	x	x
Steuerquote[6])	24,2	24,7	23,4	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Nachrichtlich: **Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik**					
Einnahmen[7])	618,4	668	682 1/2	+ 8	+ 2
Steuern	488,1	532 1/2	541	+ 9	+ 1 1/2
Sonstige Einnahmen[7])	130,3	135 1/2	141 1/2	+ 4	+ 4 1/2
Ausgaben	670,6	695	719 1/2	+ 3 1/2	+ 3 1/2
Finanzierungssaldo[2])[7])	− 52,2	− 27	− 37	x	x
	vH				
Staatsquote[8])	30,8	30,5	29,8	x	x
Steuerquote[9])	23,0	23,6	22,5	x	x

[1]) Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Defizit (−); Überschuß (+).
[3]) Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[4]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts.
[5]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[6]) Steuern der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Bruttosozialprodukts.
[7]) Von der gesamten Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank ist nur der Teil enthalten, der defizitmindernd im Bundeshaushalt eingestellt ist: 1989: 5 Mrd DM von 10,04 Mrd DM, 1990: 7 Mrd DM von schätzungsweise 10 1/2 Mrd DM.
[8]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[9]) Steuern in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Bruttosozialprodukts.

vathaushalten nieder. Die Einnahmen aus der Gewinnüberweisung der Bundesbank sind in die Prognose mit 10½ Mrd DM eingestellt; ob das eine zutreffende Setzung ist, muß sich erweisen.

Die Überschüsse in den Haushalten der Sozialversicherungen werden im Jahre 1990 nochmals zunehmen. Unter den Annahmen, daß die Gesetzlichen Krankenversicherungen als Folge der Strukturreform im Gesundheitswesen ihre Beitragssätze um rund ½ Prozentpunkt senken und daß der Bund ein Defizit der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von etwa 4 Mrd DM deckt, werden — bei allen Versicherungszweigen zusammengenommen — die Einnahmen um 17½ Mrd DM über den Ausgaben liegen.

225. Nimmt man noch einmal in den Blick, was im kommenden Jahr die Konjunktur voraussichtlich antreibt — der Schub von den Investitionen, vom Export und nicht zuletzt vom Privaten Verbrauch —, dann ergibt das ein auf den ersten Blick recht helles Bild. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird, gemessen an den Zuwachsraten für den Jahresverlauf, mit rund 3½ vH ebenso stark expandieren wie in diesem Jahr; gemessen an den Zuwachsraten für den Jahresdurchschnitt wird der Anstieg zwar etwas geringer ausfallen, reichlich 3 vH nach 3½ vH, doch hängt das, wie erwähnt, mit dem Wegfall von Sonderfaktoren zusammen.

Auf diesem Bild liegen aber auch Schatten: Der Kosten- und Preisauftrieb verstärkt sich. Die Aufgabe, den Stabilisierungsprozeß in Gang zu bringen, ist noch ungelöst.

V. Die Risiken für das Jahr 1991 — eine Simulation

226. Entscheidend für die Beurteilung unserer Status-quo-Prognose muß sein, welche Perspektiven sie für die Zeit danach eröffnet. Die Entwicklung im Jahre 1990, so wie wir sie dort beschrieben haben, verdient nur dann gute Noten, wenn gesichert erscheint, daß sich die Aufwärtsentwicklung im Jahre 1991 fortsetzen kann. Die folgenden beiden Simulationen sollen aufzeigen, mit welchen Entwicklungen bei alternativen Annahmen über den Kurs der Lohnpolitik und der Geldpolitik zu rechnen wäre.

227. In der ersten Simulation gehen wir von den Annahmen unserer Status-quo-Prognose für das Jahr 1990 aus und führen diese weiter. Die wichtigste ist, daß sich der Kosten- und Preisauftrieb in Grenzen halten läßt und damit ein Konflikt mit der Geldpolitik vermieden werden kann. Bei diesen Annahmen wäre der Weg zu mehr Investitionen und Beschäftigung vermutlich noch nicht verbaut.

228. Ergebnis der Status-quo-Prognose ist, daß sich im Jahre 1990 die Angebotsbedingungen für die Unternehmen nicht verschlechtern. Die Gewinnmargen bleiben trotz des Anstiegs der Lohnstückkosten gut, weil der Markt — begrenzte — Preiserhöhungsspielräume gewährt. Bei dieser Konstellation wird die Investitionsbereitschaft vermutlich noch nicht stark tangiert, zumal die Kapazitäten weiterhin hoch beansprucht werden. Der Anstieg bei den Ausrüstungsinvestitionen flacht sich allerdings schon ab. Ein Teil der Investoren mag wegen des zunehmenden Kostendrucks die Rentabilität neuer Projekte gefährdet sehen. Der Anstieg bei den Bauinvestitionen setzt sich zunächst unvermindert fort; ein weiterer Zinsauftrieb gehört nicht zu den Annahmen dieses Simulationszenarios.

229. Voraussetzung dafür ist, daß im Jahre 1991 die inflatorischen Verspannungen nicht stärker werden. Wir nehmen an, daß ein Konflikt zwischen Lohnpolitik und Geldpolitik vermieden werden kann. Die Steigerungsrate bei den effektiven Stundenverdiensten wird sich in der Nachbarschaft derjenigen Rate bewegen, die wir in die Status-quo-Prognose für das Jahr 1990 eingesetzt haben. Der Anstieg der Lohnstückkosten beschleunigt sich nur leicht.

230. Die Verteuerung des Faktors Arbeit bremst zwar den Beschäftigungsanstieg, aber zunächst nicht sehr stark. Die Unternehmen haben die Personalreserven längst ausgeschöpft. Um die höheren Aufträge bewältigen zu können, müssen sie weitere Einstellungen vornehmen. In Teilbereichen sind auch Personallücken zu schließen, die durch die Arbeitszeitverkürzung entstehen. Die Anzahl der Erwerbstätigen kann bei diesen Annahmen im Durchschnitt des Jahres 1991 um 350 000 Personen höher sein als im Durchschnitt des Jahres 1990.

231. Die Simulation zeigt, daß die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer in der Summe im Jahre 1991 etwas schwächer zunehmen als — unter Status-quo-Bedingungen — im Jahre 1990. Der Grund dafür ist nicht nur die Verlangsamung im Beschäftigtenanstieg, sondern auch die Verkürzung der Arbeitszeit, die nun voll zu Buche schlägt; Arbeitszeitverkürzungen, die im Jahre 1990 vereinbart wurden, so unsere Annahme, treten überwiegend erst im Jahre 1991 in Kraft.

Bei den Nettoeinkommen der Arbeitnehmer halbiert sich die Zuwachsrate sogar. Das liegt daran, daß im Jahre 1991 die Steuerprogression wieder voll greift — im Jahre 1990 werden dagegen die Arbeitnehmereinkommen steuerlich stark entlastet. Dieser Effekt wirkt sich allerdings auf den Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nur abgeschwächt aus; denn die Bezieher von Renten, Pensionen und anderen Sozialeinkommen könnten mit stärkeren Leistungsverbesserungen rechnen. Die Anpassung ihrer Bezüge an die allgemeine Einkommensentwicklung erfolgt normalerweise mit einer Verzögerung von etwa einem Jahr.

232. Der kräftige — wenn auch im Vergleich zu 1990 nicht mehr ganz so kräftige — Einkommensanstieg vergrößert den Ausgabenspielraum der privaten Haushalte — aber auch den Spielraum der Unternehmen, höhere Preise am Markt durchzusetzen. Der Anstieg der Verbraucherpreise beschleunigt sich im Verlauf des Jahres 1991 weiter. Die privaten Haushalte büßen somit einen Teil des Kaufkraftgewinnes wieder ein. Dennoch wird der Realeinkommenszuwachs beachtlich sein. Die Verbrauchskonjunktur bleibt auf hohen Touren.

233. Der Staat nimmt wegen der inflatorisch aufgeblähten Einkommen und Konsumausgaben zwar mehr Geld ein, aber er hat auch höhere Ausgaben. Er

muß seinen Bediensteten höhere Vergütungen zahlen, und er muß für die Sachgüter und Dienste, die er kauft, höhere Preise entrichten. In realer Rechnung weitet er die Ausgaben nur wenig aus, keinesfalls stärker als im Jahre 1990.

234. Alles in allem flacht sich der Anstieg der Inlandsnachfrage im Jahre 1991 merklich ab. Das mindert den Importbedarf. Die Chancen, den hohen Außenbeitrag abzubauen, verbessern sich von daher nicht.

Was beim Export passiert, ist nur schwer abzuschätzen. Wir wissen nicht, wie es im Jahre 1991 um die Weltkonjunktur bestellt sein wird, von deren Verlauf die Entwicklung des Welthandels maßgeblich bestimmt wird. Wir müssen hier mit Annahmen arbeiten. Aus heutiger Sicht spricht einiges dafür, daß diejenigen Länder, bei denen die Entwicklung aufwärts zeigt, auf diesem Pfad bleiben, und daß denjenigen Ländern, bei denen sich die Entwicklung bereits nach unten neigt, die „sanfte Landung" gelingt. Zudem müssen wir eine Annahme über den Wechselkurs der D-Mark treffen. Wir gehen von weitgehend unveränderten realen Wechselkursen aus. Diese Annahme macht es leichter, die binnenwirtschaftlichen Einflußfaktoren auf die Entwicklung in den nächsten Jahren von den außenwirtschaftlichen zu trennen; die Folgewirkungen unterschiedlicher Lohnannahmen können besser nachgezeichnet werden. Aus heutiger Sicht spricht auch wenig dafür, daß sich der reale Wechselkurs gravierend ändern könnte. Die Preisentwicklung in der Bundesrepublik dürfte sich dem internationalen Preistrend eher annähern, als daß sie sich davon absetzt, und die Geldpolitik wird in diesem Szenario keinen zusätzlichen Restriktionsdruck erzeugen, der zu starken Wechselkursänderungen führen könnte. Unter diesen Bedingungen wird der Export im Jahre 1991 eine Konjunkturstütze bleiben.

235. Das Hauptergebnis unserer Simulation ist, daß unter den getroffenen Annahmen die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1991 aufwärts gerichtet bleibt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird — im Durchschnitt des Jahres — um 2½ vH expandieren, die Rate für den Jahresverlauf ist nicht ganz so hoch. Der Expansionspfad ist zwar deutlich flacher als im Jahre 1990 (3½ vH), aber nicht viel flacher als der Wachstumspfad beim Produktionspotential (2½ vH). Auf den ersten Blick mag es sogar als vorteilhaft erscheinen, daß sich die Konjunktur nicht weiter aufheizt, sondern abkühlt.

Die Simulation macht jedoch sichtbar, daß die Verstärkung des inflatorischen Prozesses die Investitionsbereitschaft dämpft. Zwar können die Unternehmen ihre Gewinnmargen erneut verteidigen, aber nur dadurch, daß sie die Preise weiter erhöhen. Bei einer solchen Konstellation muß das Vertrauen in anhaltend gute Investitionsbedingungen früher oder später verlorengehen. Denn immer mehr würde sich die Erkenntnis durchsetzen, daß ein Stabilisierungsprozeß ohne Einbußen beim Wachstum und bei der Beschäftigung kaum noch möglich ist.

236. Wir können nicht sagen, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, daß die Entwicklung tatsächlich so verläuft, wie wir sie hier skizziert haben. Es kann selbstverständlich ganz anders kommen — besser aber auch schlechter. So können wir nicht ausschließen, daß es im nächsten Jahr, anders als wir es in der Status-quo-Prognose unterstellt haben, zu einem schweren Konflikt zwischen Geldpolitik und Lohnpolitik kommt. Das würde die Perspektiven für das Jahr 1991 grundlegend verändern. Wir versuchen, in einer zweiten Simulation zu beschreiben, was in einem solchen Fall voraussichtlich passiert.

237. Der Ausgangspunkt bei dieser zweiten Simulation ist, daß die Lohnabschlüsse des Jahres 1990 in ihrer Kostenwirkung deutlich über das hinausgehen, was in der Status-quo-Prognose als Annahme zugrunde gelegt wurde. Die Geldpolitik wäre damit gezwungen, die Zügel straff anzuziehen. Die folgende Konstellation könnte sich ergeben:

— Die Gewerkschaften drängen angesichts der guten Gewinne der Unternehmen auf eine kräftige Anhebung der Löhne und eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit, und sie verleihen ihren Forderungen dadurch Nachdruck, daß sie den Unternehmen mit einem Arbeitskampf drohen.

— Die Unternehmen, die angesichts der vollen Auftragsbücher Arbeitsniederlegungen vermeiden möchten, zeigen sich konzessionsbereit. Sie mögen davon ausgehen, daß sie die höheren Lohnkosten wieder abwälzen können.

— Die Bundesbank schaut dem nicht tatenlos zu. In der Absicht, ein Ausufern des Lohn- und Preisauftriebs zu verhindern, treibt sie die Zinsen hinauf. Der Zinsanstieg setzt die D-Mark unter Aufwertungsdruck. Der Kurs gegenüber dem Dollar und anderen freischwankenden Währungen steigt spürbar an, und im Europäischen Währungssystem kommt es zu entsprechenden Leitkursänderungen.

Vom ersten Simulationsszenario hebt sich das zweite Szenario vor allem dadurch ab, daß die Marktteilnehmer von der Erwartung einer Beschleunigung des inflatorischen Prozesses ausgehen, ohne hinreichend in Betracht zu ziehen, daß die Geldpolitik gegensteuert.

238. Der Konflikt zwischen Lohnpolitik und Geldpolitik wird vermutlich die wirtschaftliche Entwicklung nicht sofort beeinträchtigen. Auf kurze Sicht kann er Nachfrage und Produktion sogar stimulieren. Die Konsumenten werden in Erwartung steigender Preise möglicherweise Käufe vorziehen, und auch die Investoren haben zunächst keinen Grund, ihre Planungen kräftig nach unten zu revidieren, solange sie meinen, die steigenden Kosten abwälzen zu können. Wir halten es deshalb für wahrscheinlich, daß — ähnlich wie in der Status-quo-Prognose — bis weit in das Jahr 1990 noch die Auftriebskräfte die Oberhand behalten. Spätestens Ende 1990 werden aber rasch die restriktiven Wirkungen der Geldpolitik spürbar. Von da ab nimmt die Entwicklung einen deutlich anderen Verlauf.

Die dämpfenden Einflüsse werden sich zunächst beim Privaten Verbrauch zeigen. Die Beschleunigung des Preisanstiegs wird die Kaufkraft der privaten Haushalte schmälern, vor allem die der Rentnerhaushalte, die im Jahre 1990 keine Kompensation für die Geldentwertung bekommen. Aber auch die Arbeitnehmer

verlieren dabei. Diese erkämpfen sich zwar eine stärkere Anhebung ihrer Nominallöhne; dies mag den Kaufkraftverlust durch beschleunigt steigende Preise gerade ausgleichen. Aber an höheren Nominallöhnen partizipiert wegen der Steuerprogression auch der Staat. Am Ende können sich die Arbeitnehmer nicht mehr, sondern eher weniger Waren und Dienstleistungen kaufen, als es unter den Bedingungen der Status-quo-Prognose der Fall ist. Das dämpft den Anstieg beim Privaten Verbrauch.

Die reale Aufwertung der D-Mark erschwert den Unternehmen überdies das Exportieren und erleichtert das Importieren. Die Preiserhöhungsspielräume auf den Auslands- wie auf den Inlandsmärkten werden dadurch enger, die Gewinnmargen geraten zunehmend unter Druck.

In ihren Absatz- und Gewinnerwartungen enttäuscht, korrigieren die Unternehmen ihre Produktions- und Investitionspläne schon in der zweiten Jahreshälfte 1990 nach unten. Sie weiten die Produktion weniger aus als vorgesehen, um sie an die veränderte Absatzlage anzupassen, aber auch, um überhöhte Fertigwarenläger abzubauen. Und sie stellen vorgesehene Investitionsprojekte zurück. Die Bereitschaft, den Personalbestand weiter aufzustocken, läßt spürbar nach, zumal sich der Arbeitseinsatz stark verteuert hat.

239. Bei alledem bleibt es jedoch nicht. Der Ausfall von Nachfrage und Produktion ist zunächst nicht so stark, um den inflatorischen Prozeß spürbar abzubremsen; Preise und Löhne schaukeln sich im Gegenteil im Jahre 1991 weiter auf. Die Arbeitnehmerorganisationen versuchen, den Preisauftrieb durch höhere Löhne, und die Unternehmen, die Kostensteigerungen durch höhere Preise zu kompensieren, was die Geldpolitik zu verhindern trachtet. In einer solchen Konstellation ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Konjunktur umkippt. Denn die Erwartungen werden nun immer mehr von der Furcht vor einer Stabilisierungskrise überschattet. Spätestens in der zweiten Jahreshälfte 1991, nach Abschluß der Tarifrunde, mehren sich die Zeichen für einen konjunkturellen Abschwung. Die Unternehmen kürzen die Investitionsbudgets weiter, stellen kein zusätzliches Personal mehr ein und streichen Überstunden. Die Stabilisierungskrise nimmt ihren Lauf.

240. Beide Simulationsrechnungen zeigen, daß eine Verstärkung des Kosten- und Preisauftriebs früher oder später in die Sackgasse führt. Im zweiten Szenario ist die Stabilisierungskrise schon 1991 akut, und selbst im ersten wirft sie unübersehbare Schatten voraus.

Es muß aber nicht so kommen. Wenn die Lohnpolitik Besonnenheit und Augenmaß zeigt und wenn ihr dabei von Seiten der Wirtschaftspolitik Unterstützung zuteil wird, ist auch eine andere — bessere — Entwicklung möglich. Wie wir uns das im einzelnen vorstellen, zeigen wir an anderer Stelle auf (Ziffern 352ff.).

DRITTES KAPITEL
Wirtschaftspolitik für 1990 und danach

Teil A
Aufgaben und Möglichkeiten

I. Ziele und Wirklichkeit

Der Befund

241. Die kraftvolle Aufwärtsentwicklung in den letzten beiden Jahren und der weitere Anstieg von Nachfrage und Produktion, der sich für das nächste Jahr abzeichnet, bestärken den Eindruck, daß der Expansionsprozeß eine neue Qualität gewonnen hat. War bis 1987 in vielen Wirtschaftsbereichen noch eine abwartende Haltung verbreitet, ist heute, durch volle Auftragsbücher und anhaltend gute Gewinne begünstigt, eher eine Aufbruchstimmung zu verzeichnen. So wird nicht nur produziert, was die vorhandenen Anlagen hergeben, sondern es werden auch mehr neue Kapazitäten für künftige Produktion und mehr neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Gefahr, daß die Aufwärtsentwicklung bald an Grenzen stößt, anhaltende Nachfragesteigerungen also den Preisauftrieb statt den Beschäftigungsanstieg verstärken, ist damit weniger groß. Das heißt indes weder, daß das Stabilitätsziel ungefährdet, noch daß ein weiterer Abbau der Arbeitslosigkeit gesichert ist. Sorglosigkeit wäre in jedem Fall fehl am Platze. Noch wachsen die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten nicht rasch genug, stellt man in Rechnung, was der Strukturwandel an zusätzlichem Anpassungsbedarf mit sich bringt und was allein dies an Investitionen erfordert. Um so wichtiger ist es mit Blick auf den Geldwert wie auf weitere Beschäftigungserfolge, daß die Kosten nicht sprunghaft steigen und die Angebotsbedingungen günstig bleiben.

242. Was die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im laufenden Jahr betrifft, so ist zweifellos positiv zu werten, daß es neuerlicher expansiver Impulse der Geldpolitik und der Finanzpolitik nicht bedurfte, die Nachfrage unvermindert steigen zu lassen. Außer Frage steht freilich auch, daß Produktion, Beschäftigung, Investitionen und Einkommen ohne den starken Zuwachs der Ausfuhr, der 1989 noch größer als im Vorjahr ausfiel, weniger zugenommen hätten. Der Exportboom hat gute und weniger gute Seiten. Zu den guten gehört, daß überall auf der Welt wieder mehr in die Erweiterung und Modernisierung der Produktionsanlagen investiert wird; bei dem hohen Gewicht, das Ausrüstungsgüter im Exportsortiment der Bundesrepublik haben, profitieren deutsche Hersteller davon im besonderen Maße. Zu den weniger guten Seiten zählt, daß eine niedrige reale Bewertung der D-Mark gegenüber den Währungen wichtiger Partnerländer, nicht zuletzt in der Europäischen Gemeinschaft, seit mehr als zweieinhalb Jahren der Expansion der Auslandsnachfrage Vorschub leistet und einen kräftigeren Anstieg der Einfuhr hemmt; dies birgt nicht nur das Risiko struktureller Verwerfungen, sondern macht es auch schwerer, Kosten und Preise stabil zu halten.

243. Bleibt der Kostenanstieg in Grenzen und werden die Angebotsbedingungen verbessert, wo sie noch verbesserungsbedürftig sind, sollten die Auftriebskräfte stark genug sein, um die deutsche Wirtschaft weiterhin auf Wachstumskurs zu halten, auch über 1990 hinaus. Ausfuhr und Investitionen werden im kommenden Jahr zwar nicht mehr ganz so stark wie 1989 zunehmen, dafür wird der Private Verbrauch wieder kräftiger steigen. Diesem Muster könnte die Nachfrageentwicklung, wenn es nicht zu größeren Verspannungen kommt, dann auch im übernächsten Jahr folgen.

Die Gefahr, daß sich Produktionsengpässe häufen, sehen wir zumindest für 1990 noch als gering an. In vielen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes hat der Auslastungsgrad der Produktionsanlagen die Normalmarke inzwischen zwar überschritten; neue Anlagen, die im Zuge der verstärkten Investitionstätigkeit angeschafft werden, erweitern jedoch die Kapazitätsspielräume, selbst dort, wo sie nur alte Anlagen ersetzen, weil sie in aller Regel erheblich leistungsfähiger sind als diese und nicht selten auch eine produktivitätssteigernde Neuorganisation der Arbeitsabläufe erlauben. Im Dienstleistungsbereich stellen die technischen Einrichtungen ohnehin seltener den Engpaß dar. Im übrigen können auch vermehrte Importe von Sachgütern und Dienstleistungen dazu beitragen, das Angebot in Engpaßbereichen zu erweitern.

Ebensowenig wie an den technischen Kapazitäten muß die weitere Aufwärtsentwicklung daran scheitern, daß es für die Unternehmen schwieriger geworden ist, zusätzliche Arbeitskräfte der gewünschten Qualifikation anzuwerben. Arbeitskräfte sind noch längst nicht schlechthin knapp. Wo sich die Idealbewerber am Arbeitsmarkt nicht mehr finden, können offene Stellen in vielen Fällen mit geeigneten Mitarbeitern aus der Stammbelegschaft besetzt werden, für die dann verfügbare Kräfte mit geringerer Qualifikation als Nachrücker eingestellt werden können. Hier ist Beweglichkeit der Unternehmen gefordert und ihre Bereitschaft, noch mehr für die berufliche Qualifizierung zu tun. Gefordert sind aber auch die Arbeitnehmer und deren Organisationen, nicht zuletzt wo es darum geht, betrieblichen Notwendigkeiten durch eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit Rechnung zu tragen. Je mehr Beweglichkeit auf beiden Seiten ge-

geben ist, desto größer sind die Spielräume für eine anhaltende Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion und desto weniger ist zugleich die Sorge gerechtfertigt, die Aufwärtsentwicklung werde am immer noch hohen Stand der Arbeitslosigkeit nicht viel ändern.

244. Zusammengefaßt ergibt sich mit Blick auf die Ziele, die der Sachverständigenrat seiner Urteilsfindung zugrunde zu legen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, der folgende Befund:

— Der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion liegt jetzt deutlich über dem, was in den Jahren zuvor erreicht wurde. Die Zeichen stehen nicht auf Abschwächung. Wichtig ist vor allem, daß der Investitionsmotor weiter gut läuft. Dem Ziel eines stetigen und angemessenen Wachstums ist die deutsche Wirtschaft damit näher gekommen.

— Die Ausweitung der Beschäftigung hat sich beschleunigt; verglichen mit dem Tiefstand Ende 1983 werden Ende 1990 mehr als 1,7 Millionen Personen zusätzlich einen Arbeitsplatz haben. Der Zuwachs an Beschäftigten hat 1989 die Neuzugänge am Arbeitsmarkt überschritten, so daß die Arbeitslosigkeit erstmals seit 1983 deutlich zurückgegangen ist. Chancen für einen weiteren Abbau in den nächsten Jahren bestehen, wenn die Weichen, nicht zuletzt in der Lohnpolitik, auf ein beschäftigungsintensives Wachstum gestellt bleiben.

— Der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung, der schon im vorigen Jahr begann, hat sich 1989 fortgesetzt, im Jahresverlauf aber nicht beschleunigt. Bringt man in Abzug, was der Verbrauchsteuererhöhung zuzuschreiben ist, so verbleibt eine Geldentwertung, die sich noch nicht weit vom Ziel der Geldwertstabilität entfernt hat. Die Gefährdung des Stabilitätszieles hat sich jedoch verstärkt.

— Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist auch 1989 nicht erreicht worden; die Aussichten, daß sich dies 1990 ändern wird, sind nicht günstig. Anzeichen für einen Rückgang des großen Netto-Kapitalexports und der hohen Überschüsse in der Leistungsbilanz, die ihm entsprechen, sind nicht zu erkennen; im Gegenteil, es ist mit einer weiteren Zunahme zu rechnen.

Wirtschaftswachstum: steiler aufwärts

245. Die deutsche Wirtschaft befindet sich wieder auf einem steileren Wachstumspfad. Anders als im vergangenen Jahr (JG 88 Ziffern 218ff.) kann es daran jetzt keine berechtigten Zweifel mehr geben. Nimmt man die Jahre 1988 bis 1990 zusammen, so ist festzustellen, daß die gesamtwirtschaftliche Leistung nunmehr im Durchschnitt mit einer Rate von 3½ vH expandiert, verglichen mit einer Rate von 2½ vH in den Jahren 1983 bis 1987. Mehr noch als diese Beschleunigung im Zuwachs von Nachfrage und Produktion zählt, daß auch die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten wieder kräftiger wachsen. Im verstärkten Anstieg des Sozialprodukts kommt somit nicht nur mehr konjunktureller Schwung, sondern auch mehr Wachstumsdynamik zum Ausdruck, und das ist es, was die neue Qualität der Aufwärtsentwicklung ausmacht.

246. Mehr Wachstumsdynamik ist daran erkennbar, daß die Unternehmen in verstärktem Maße Neues in Angriff nehmen, das heißt, mehr in die Modernisierung, Verbesserung und den Ausbau der vorhandenen Produktionsanlagen investieren, vermehrt neue Produkte auf den Markt bringen und neue Märkte erschließen, sich so für mehr gewinnbringenden Absatz in der Zukunft rüsten und dafür auch die personellen Voraussetzungen durch eine Aufstockung ihres Personalbestandes schaffen. Daß die Bereitschaft dazu deutlich zugenommen hat, ist zu einem großen Teil der Verbesserung der Angebotsbedingungen gutzuschreiben. Der Ertrag, den Neuerungsaktivitäten versprechen, steht heute wieder mehr im Einklang mit den Risiken, die sie bergen, und angesichts der gestiegenen Eigenkapitalausstattung ist auch die Fähigkeit vieler Unternehmen, Investitionsrisiken einzugehen, größer als zu Beginn der achtziger Jahre.

Überschätzen darf man die erreichte Wachstumsdynamik allerdings nicht. Zur Beschleunigung der Zunahme des Sozialprodukts wie des Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten haben auch günstige Umstände — vor allem die gute Konjunktur in einer Reihe von Partnerländern — und die reale Abwertung der D-Mark beigetragen, die, sieht man die gesamtwirtschaftlichen Ziele im ganzen, mehr Nachteile als Vorteile hat.

247. Von daher ist Vorsicht geboten beim Urteil darüber, inwieweit das derzeitige Wirtschaftswachstum als angemessen gelten kann. Nicht zu bestreiten ist, daß die seit 1988 zu verzeichnende und für 1990 zu erwartende Expansion der wirtschaftlichen Aktivität die Beschäftigung deutlicher als zuvor steigen läßt, den Lebensstandard spürbar erhöht, die Systeme der sozialen Sicherung entlastet und es dem Staat auf allen Ebenen leichter macht, seine Haushalte zu konsolidieren. Nicht zu übersehen ist aber auch, daß noch längst nicht alle großen Aufgaben gelöst sind, angefangen vom Abbau der Arbeitslosigkeit über die Verringerung der außenwirtschaftlichen Überschüsse und des internationalen Wohlstandsgefälles bis hin zum Umweltschutz. Hier rascher voranzukommen, erfordert nicht nur eine anhaltende, sondern eine stärkere Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten, als sie bislang erreicht ist. Nur dann wird die deutsche Wirtschaft auch auf mittlere Sicht dem steileren Pfad folgen können, auf dem sie sich seit dem letzten Jahr befindet.

248. Ein Urteil über die Angemessenheit des Wachstums kann sich zudem nicht allein am Wieviel ausrichten; es muß auch das Wie einbeziehen. Zum Zusammenhang von quantitativem und qualitativem Wachstum nehmen wir in den Ziffern 278ff. dieses Gutachtens ausführlich Stellung.

Über die Notwendigkeit, schonender mit der Umwelt umzugehen, bestehende Belastungen abzubauen und neue zu vermeiden, besteht kein Zweifel. Die Kenntnisse über die Auswirkungen, die von der wirtschaft-

lichen Aktivität auf die natürliche Umwelt ausgehen, sind jedoch noch immer gering. Das Sozialprodukt gibt darüber keine Auskunft. Was an Waren erzeugt und an Leistungen erbracht wird, erfährt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keine Differenzierung danach, ob sich mit ihrer Herstellung und Nutzung Schädigungen der Umwelt verbinden oder ob sie gar nur zu dem Zweck erstellt werden, Schäden zu beheben, die an einer anderen Stelle in der Volkswirtschaft auftreten. Daraus ist in der öffentlichen Diskussion gefolgert worden, daß die Sozialproduktsberechnung in die Irre führe und besser unterbliebe. Diese Folgerung geht zu weit. Als Rechenwerk für die Entstehung, Verteilung und Verwendung der Einkommen ist sie nach wie vor unentbehrlich. Erforderlich ist es jedoch, sie um Rechnungen zu ergänzen, die sichtbar machen, wie die Menschen die natürliche Umwelt behandeln, wie hoch die Schäden in Geldgrößen zu veranschlagen sind, die sie dieser zufügen, und was sie für deren Beseitigung aufwenden. Die vom Statistischen Bundesamt vorgesehene ökologische Gesamtrechnung ist ein Versuch, diese Informationslücke zu schließen.

Arbeitslosigkeit: Abbau kommt voran

249. Mit der verstärkten wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung hat sich die Lage am Arbeitsmarkt sichtbar verbessert. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist 1989 noch deutlicher als im Jahr zuvor gestiegen, und eine anhaltende Zunahme ist abzusehen. Obwohl sich die Anzahl der Arbeitsuchenden wegen des Zuzugs von Übersiedlern aus der DDR und Aussiedlern aus Osteuropa im Verlaufe der zurückliegenden beiden Jahre beträchtlich erhöht hat, sind derzeit nicht mehr, sondern rund 200 000 Arbeitslose weniger gemeldet als vor Jahresfrist. Ein weiterer Rückgang im nächsten Jahr steht in Aussicht, was allerdings noch nicht heißt, daß dieser nun auch in zunehmendem Maße den Problemgruppen am Arbeitsmarkt zugute kommt.

250. Die Übersiedler und Aussiedler zählen in den meisten Fällen nicht zu diesen Gruppen. Zuwanderer mit beruflichen Qualifikationen, die am Arbeitsmarkt stark gefragt sind, können schnell einen Arbeitsplatz finden; vielfach helfen sie, bestehende Engpässe zu mildern. In den anderen Fällen, in denen die Eingliederung erst ein Umlernen oder Hinzulernen erfordert, auch was die Sprache betrifft, sind die Aufwendungen dafür aus wirtschaftlicher Sicht als Investitionen in Humankapital zu betrachten. Diese werfen zwar erst mit der Zeit Ertrag ab; nach den Erfahrungen, die mit der Zuwanderung in den fünfziger Jahren gemacht wurden, kann aber mit hohem Ertrag gerechnet werden.

In jedem Fall gilt: Die Chancen für eine schnelle Eingliederung in den Arbeitsprozeß können nicht allein am Stand der Arbeitslosigkeit abgelesen werden. Wer bereit ist, sich mit seinen Ansprüchen auf die Gegebenheiten des Arbeitsmarktes einzustellen, hat auch in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit eine reelle Chance. Berufliche Qualifikation allein genügt nicht, sie muß auch zu den gestellten Anforderungen passen; umgekehrt sind Personen mit einer weniger qualifizierten Ausbildung und geringerer Berufserfahrung nicht chancenlos, wenn sie anpassungsbereit sind, etwa was die Tätigkeit oder auch den Wohnort betrifft.

251. Der Weg, der zum Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes zurückführt, ist nach den Erfolgen der letzten Jahre klar vorgezeichnet. Er ist zweispurig und führt zum einen über die Fortsetzung eines von den Investitionen her abgesicherten Wirtschaftswachstums und zum anderen über eine beschäftigungsintensivere Nutzung der Produktionsanlagen. Beides bewirkt eine Ausweitung des Angebots an Arbeitsplätzen. Beides erfordert eine Wirtschaftspolitik, die darauf hinwirkt, daß die Angebotsbedingungen dort, wo sie gut sind, erhalten bleiben und da, wo sie schlecht sind, verbessert werden. Auf einem — wie zuletzt — steileren Wachstumspfad und bei intensiverer Nutzung des Kapitalstocks sollte eine Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zur Mitte der neunziger Jahre kein utopisches Ziel sein. Wie die Erfahrung zeigt, verbessert eine steigende Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften auch die Beschäftigungschancen von Arbeitsuchenden, die nicht gleich die geforderte Qualifikation mitbringen, wenn die gesuchten Arbeitskräfte knapper werden. Mehr Beschäftigung von Fachpersonal zieht überdies in vielen Fällen auch mehr Beschäftigung von Hilfspersonal nach sich.

252. Den Kern der Beschäftigungsprobleme bildet die hohe Langzeitarbeitslosigkeit (Ziffern 112 und 119f.). Betroffen davon sind vornehmlich Personen, die es aus qualifikatorischen, gesundheitlichen oder altersbedingten Gründen schwer haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, wenn sie den bisherigen — etwa aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen oder von Umstellungen im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels — verloren haben. Die allgemeine Besserung auf dem Arbeitsmarkt genügt allein nicht, um den von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Personen in größerem Umfange Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten und um zu verhindern, daß deren Anzahl noch wächst. Deshalb sind hier besondere Maßnahmen erforderlich. Was dazu bisher unternommen wurde, hat erst wenig gebracht. Abzuwarten bleibt, ob die „Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose" vom Juli 1989, die nach der Dauer der Arbeitslosigkeit gestaffelte Lohnkostenzuschüsse und die Förderung sozialer Träger bei Beschäftigung von besonders beeinträchtigten Langzeitarbeitslosen vorsieht, zu Ergebnissen führt, die — in Ansehung der Kosten — befriedigen können. Die Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen und der Problemfälle, die sich noch nicht zu Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt haben, ist aber nicht nur eine Aufgabe der staatlichen Arbeitsverwaltung, sondern auch der Sozialpartner.

Geldwertstabilität: Anlaß zur Sorge

253. Die Stabilität des Geldwertes, die Mitte der achtziger Jahre zurückgewonnen werden konnte, ist unter den wirtschaftspolitischen Erfolgen der jüngeren Vergangenheit an vorderster Stelle zu nennen. Dieser Erfolg konnte schon im letzten Jahr nicht mehr ganz gewahrt werden, und das ist auch für 1989 festzustellen. Die Verbraucherpreise sind in diesem Jahr mit einer Rate von knapp 3 vH gestiegen. Auch wenn

man den Einfluß der Verbrauchsteuererhöhung und den Einfluß höherer Ölpreise herausrechnet, bleibt mit rund 2 vH ein Preisanstieg, der oberhalb dessen liegt, was noch mit Geldwertstabilität vereinbart werden kann. Es ist jedoch weniger die aktuelle Geldentwertung, die Anlaß zur Sorge gibt, als vielmehr die Gefahr einer Beschleunigung des Preisauftriebs.

254. Noch muß diese Gefahr nicht Wirklichkeit werden; in unserer Prognose setzen wir darauf, daß die Verteuerung der Lebenshaltung im Durchschnitt des kommenden Jahres noch nicht wesentlich über 3 vH hinausgeht. Hohe Kapazitätsauslastung, große Auftragsbestände und ein zum Teil wieder spürbarer Mangel an Fachkräften schaffen jedoch zusammen mit der reichlichen Liquiditätsversorgung, die aus der starken Geldmengenexpansion der Vergangenheit rührt, eine labile Situation, in der es nur eines Anstoßes bedarf, um das Preisniveau in einem sich dann selbst verstärkenden Prozeß nach oben in Bewegung zu bringen. Ein solcher Anstoß kann von außen kommen, von einer sprunghaften Verteuerung wichtiger Rohstoffe oder Vorprodukte etwa. Dafür sehen wir derzeit keine Anhaltspunkte. Die akute Gefahr liegt in einer zu starken Lohnerhöhung.

255. Damit soll weder gesagt sein, daß es die Lohnentwicklung war, die zum Anziehen der Preissteigerungen seit dem letzten Jahr geführt hat, noch daß es allein an der Lohnpolitik liegt, wie hoch diese im nächsten Jahr ausfallen. Zur Vermeidung zunehmender Abweichungen vom Stabilitätsziel müssen alle Politikbereiche beitragen; dazu gehört nicht zuletzt, daß die Preiserhöhungsspielräume vom Wechselkurs her eng bleiben. An den Tarifparteien liegt es, dem Preisauftrieb nicht von der Kostenseite her Vorschub zu leisten, sondern mit stabilitätsgerechten Abschlüssen die Basis dafür zu schaffen, daß sich das inflationäre Potential nicht entlädt.

Anderenfalls wäre ein Konflikt mit der Geldpolitik unausweichlich. Die Bundesbank wäre zu einem scharfen Restriktionskurs gezwungen, um die Beschleunigung des Preisauftriebs in Grenzen zu halten und die Erwartungen auf eine zunehmende Inflation zu brechen. Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung käme abrupt zu Ende, die Aussichten auf einen anhaltenden Anstieg der Beschäftigung und einen Abbau der Arbeitslosigkeit wären auf absehbare Zeit zerstört. Alle verlören. Die Arbeitnehmer würden durch den Preisanstieg schon bald um die Früchte der Lohnerhöhungen gebracht, nicht wenige müßten um ihren Arbeitsplatz bangen, die Chancen der Arbeitslosen auf Wiederbeschäftigung würden drastisch vermindert. Bei den Unternehmen wäre ein Gewinneinbruch unvermeidlich, und die so mühsam in Gang gekommene Belebung der Investitionstätigkeit hätte ein Ende. Der Staat verlöre mit dem konjunkturbedingten Rückgang der Steuereinnahmen und dem Anstieg der Sozialleistungen den Spielraum in der Finanzpolitik, der zur weiteren Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und zur Fortsetzung der Steuerreform dringend benötigt wird.

Wenn all dies bedacht wird, sollten die Chancen für die Alternative einer Fortsetzung des Aufschwungs bei stabilen Preisen dank kollektiver Vernunft eigentlich nicht schlecht stehen.

Außenwirtschaftliche Überschüsse stark gestiegen

256. Die Überschüsse im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland waren 1989 größer denn je. Vordergründig betrachtet, läßt sich der verstärkte Anstieg damit erklären, daß die Binnennachfrage in einer Reihe von Partnerländern stärker als in der Bundesrepublik stieg, daß die deutschen Hersteller von Ausrüstungsgütern in besonderem Maße von der Investitionsdynamik im Ausland profitierten und daß die reale Abwertung der D-Mark den deutschen Anbietern im Wettbewerb mit ihren ausländischen Konkurrenten zunehmend Vorteile verschaffte. So dürfte sich der Überschuß in der Leistungsbilanz am Ende dieses Jahres auf nicht weniger als 110 Mrd DM belaufen. Mit einer Rückbildung im nächsten Jahr ist nicht zu rechnen. Unproblematisch ist das nicht.

257. Für sich genommen bedeutet ein Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr zunächst nicht mehr, als daß gesamtwirtschaftlich mehr Güter produziert, als von Inländern nachgefragt werden, diese also zusammengenommen weniger ausgeben als sie an Einkommen erzielen und die Ersparnis Ausländern für deren Mehrnachfrage zur Verfügung stellen. Ein Leistungsbilanzüberschuß findet somit sein Gegenstück in einem entsprechenden Defizit der Kapitalverkehrsbilanz. Ob dabei die Güterströme die Kapitalströme bewirken, oder ob es sich umgekehrt verhält, ist grundsätzlich offen. In der aktuellen Situation der Bundesrepublik sehen wir die Kapitalströme in der Führungsrolle: Nach den herrschenden Rendite- und Risikoeinschätzungen erscheint eine Kapitalanlage im Ausland vielen Investoren offenbar attraktiver als eine Anlage am heimischen Markt, und die Höhe des hieraus resultierenden Kapitalabflusses bewirkt die Höhe des Leistungsbilanzüberschusses.

258. Nicht jedweder Saldo in der Leistungsbilanz und der Kapitalverkehrsbilanz stellt als solcher ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht dar, das wirtschaftspolitisches Handeln erforderte. Grenzüberschreitende Kapitalbewegungen, die internationalen Renditedifferenzen folgen, sind prinzipiell dazu geeignet, das knappe Kapital in die produktivsten Verwendungen zu lenken und damit weltweit das Einkommen zu erhöhen. Unterentwickelte Länder hätten mit ihrer geringen Sparkraft ohne die Kapitaleinfuhr — und entsprechende Defizite in ihrer Leistungsbilanz — keine Chance, schnell durch wachstumsfördernde Investitionen wirtschaftlich voranzukommen. Umgekehrt kann für die Bundesrepublik als wohlhabendes Land die Netto-Kapitalausfuhr einen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten, die sich mit der langfristigen Sicherung der Altersvorsorge verbinden. Entscheidend ist somit immer, was sich hinter den Salden verbirgt, nicht zuletzt, ob diese mit Zinsverhältnissen und Wechselkursen einhergehen, die zu einer gedeihlichen Entwicklung der Weltwirtschaft und zu den gesamtwirtschaftlichen Zielen im Inland passen.

259. So sehr der starke Anstieg der Ausfuhr nicht nur zur Beschleunigung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung, sondern auch mit seiner Auswirkung auf die Investitionstätigkeit zur Ausweitung der Produktionsmöglichkeiten beigetragen hat, so darf doch nicht aus dem Blick geraten, daß daran auch die reale

Abwertung der D-Mark ihren Anteil hat. Nicht alles, was unter diesen Umständen Gewinn abwirft und für die Zukunft verspricht, wäre bei höherem Außenwert rentabel. Manches, was heute investiert wird, könnte sich somit künftig als Fehlinvestition erweisen.

Es spricht einiges dafür, daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich noch immer einen Mangel an hinreichend vielen rentablen Investitionsmöglichkeiten aufweist. Gewiß, die Angebotsbedingungen haben sich in den letzten Jahren spürbar verbessert; es lohnt sich wieder mehr, etwas zu unternehmen, in neue Verfahren, Produkte und Märkte zu investieren. Nicht in allen Bereichen der Wirtschaft gilt das jedoch in einem Maße, wie es erforderlich ist, um beim Abbau der Arbeitslosigkeit Schritt für Schritt voranzukommen und gleichzeitig inflationäre Verspannungen zu vermeiden. Die Reform der Unternehmensbesteuerung und die Beseitigung investitionshemmender Regulierungen wie wettbewerbsbehindernder Vorschriften sind daher dringliche Aufgaben, deren Lösung einmal mehr angemahnt werden muß.

260. Die beträchtliche Höhe der Netto-Kapitalexporte hat freilich nicht nur Gründe, die in der Bundesrepublik liegen; zum Teil resultieren sie auch aus ungelösten Problemen im Ausland. Generell gilt: Die Verringerung der großen außenwirtschaftlichen Salden in der Welt ist nicht allein Sache der Überschußländer. Anstrengungen der großen Defizitländer müssen hinzukommen, sie sind sogar vorrangig. Denn häufig sind es nicht Unterschiede in der Rentabilität der Investitionen, die zu grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen Anlaß geben. Viel zu oft ist es vielmehr eine unsolide Schuldenpolitik der Defizitländer, die mit hohen Zinsgeboten das anlagesuchende Kapital anziehen. Stehen dem dort keine produktiven Ausgaben gegenüber, so bleiben bessere Verwendungsmöglichkeiten für das knappe Kapital ungenutzt; Produktion und Beschäftigung sind weltweit gesehen niedriger, als sie es sonst sein könnten. Gefordert sind vor allem die Vereinigten Staaten. Sie müssen konsequente Schritte zum Abbau des hohen Defizits im staatlichen Haushalt einleiten; denn die bisherigen Erfolge bleiben weit hinter dem notwendigen Maß zurück. Es gilt, rentableren Kapitalverwendungen Raum zu verschaffen. Gefordert sind auch die EG-Länder mit hohen Haushaltsdefiziten. Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion wird nur von Erfolg gekrönt sein, wenn diese Länder die jährliche Neuverschuldung drastisch senken.

261. Sicher wird der Umstellungsprozeß nicht ohne tiefgreifende, auch schmerzhafte Anpassungen vor sich gehen. Er muß jedoch konsequent betrieben werden. Dabei ist eine ruhige und sichere Hand in der Wirtschaftspolitik erforderlich, um den Finanzmärkten keinen Anlaß zu hektischen Reaktionen zu geben. Eine diskretionäre, an den Stimmungen des Tages orientierte Politik wäre nicht geeignet, bei den Marktteilnehmern Vertrauen zu stiften. Deshalb ist auch den Forderungen nach einer expansiven Geldpolitik und Finanzpolitik in den Überschußländern nicht nachzugeben, zumal die Erfolgsaussichten einer solchen Politik wegen ihrer ungewissen Wirkungen auf die internationalen Kapitalströme nicht als groß einzuschätzen sind. Um stabile und verläßliche Rahmenbedingungen geht es; nur Kontinuität, Konsistenz und Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik schaffen die Voraussetzung für gesicherte Erwartungen und damit für besonnenes Verhalten der Marktteilnehmer.

II. Wirtschaftspolitik für stabilen Geldwert und wohlfahrtsförderndes Wachstum

Die Aufgabe der Stabilisierungspolitik

262. Die Wirtschaft kann über das kommende Jahr hinaus nur auf dem steileren Pfad voranschreiten, wenn die Schubkräfte stark bleiben und keine Engpässe den Weg behindern. Am Schub von der Nachfrage fehlt es nicht; diese wird 1990 im ganzen gesehen unvermindert expandieren. Überfordern wird sie die Produktionsmöglichkeiten damit in der Breite der Wirtschaft aller Voraussicht nach noch nicht, wenn auch in Einzelbereichen das Angebot nicht mehr ohne weiteres mit der Nachfrage Schritt hält. Gleichwohl drohen einem weiteren störungsfreien Wachstum zunehmend Gefahren. Sie liegen darin, daß sich der Preisauftrieb beschleunigt, womit dann spätestens im übernächsten Jahr eine Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität programmiert wäre, weil dies zum einen Anlaß zu entsprechend scharfen Restriktionsmaßnahmen gäbe, und weil es zum anderen nicht ohne Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit bliebe. Mit am stärksten würde das die Investitionen treffen, auf die es für den weiteren Wachstumsprozeß besonders ankommt. Die Stabilisierungspolitik muß daher schon den Anfängen wehren.

263. Wichtig ist vor allem, daß Kostendruck die Gefahr inflationärer Verspannungen nicht vergrößert. Damit sind in erster Linie die Tarifparteien angesprochen. In diesem Jahr haben sie sich noch stabilitätskonform verhalten; für 1990 zeichnet sich ein solches Verhalten nicht mehr ab. Im Gegenteil, schon bei einer Lohnentwicklung, wie wir sie in unserer Prognose für 1990 unterstellen, nimmt der Kostendruck deutlich zu. Der Anstieg von Produktion und Beschäftigung wird zwar im kommenden Jahr davon kaum beeinträchtigt, aber es wird eine Fehlentwicklung angelegt, die die Jahre nach 1990 vorbelastet. Wir haben unsere Prognose für 1990 daher um einen Ausblick auf 1991 ergänzt und dabei auch die Möglichkeit berücksichtigt, daß der Kostendruck noch stärker werden könnte, als es aus heutiger Sicht wahrscheinlich ist. Aus den Rechnungen geht hervor, daß die Einbußen an Produktion und Beschäftigung, die sich auf mittlere Sicht ergeben, um so stärker werden, je mehr die Löhne die Kosten treiben und je mehr an Geldwertstabilität damit verloren geht. Bei Tariflohnsteigerungen, die über die Summe von Produktivitätsverbesserungen und Preisanstieg noch hinausgehen, wäre damit zu rechnen, daß die Aufwärtsentwicklung schon 1991 in eine Stabilisierungskrise mündet. Noch haben es die Tarifparteien in der Hand, dieses Risiko möglichst klein zu halten.

Für Besonnenheit und Augenmaß in der Lohnpolitik zu werben, heißt nicht, die stabilisierungspolitische Aufgabe allein den Tarifparteien aufzubürden. Auch die Geldpolitik und die Währungspolitik sind gefor-

dert, ebenso die Finanzpolitik und alle Bereiche der Wirtschaftspolitik, die dafür Sorge zu tragen haben, daß der Wettbewerb die Preiserhöhungsspielräume eng hält. Die Tarifparteien müssen darauf vertrauen können, daß alle ihren Beitrag leisten. Anderenfalls wäre der Erfolg einer stabilitätsgerechten Lohnpolitik — geringere Kaufkraftverluste und mehr Beschäftigung — unsicher; das Motiv für moderate Lohnerhöhungen entfiele. Vermeidung von Kostendruck ist somit Bestandteil einer Aufgabenverteilung, die zur Wahrung der Chance für eine anhaltende Wachstumsdynamik alle wirtschaftspolitischen Bereiche einbindet und sämtliche Quellen der Inflation verstopft.

264. Die Tarifparteien haben in den letzten Jahren einen wichtigen Beitrag zur Stabilität des Kosten- und Preisniveaus und zur Kräftigung des wirtschaftlichen Wachstums geleistet. Im Rahmen mehrjähriger Tarifabschlüsse sind maßvolle Lohnanhebungen vereinbart worden, denen es mit zu verdanken ist, daß sich die Investitionsneigung belebt und die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung verstärkt hat. Ausgezahlt hat sich das für die Arbeitnehmer in der kräftigen Ausweitung der Beschäftigung und in steigenden Realeinkommen. Alles das wäre in Frage gestellt, wenn die Tarifpolitik im nächsten Jahr auf einen neuen Kurs umschwenken würde und es zu Lohnerhöhungen käme, die erheblich über den Produktivitätsanstieg hinausgingen.

Die Gewerkschaften begründen hohe Lohnforderungen für das nächste Jahr damit, daß die Arbeitnehmereinkommen bis zuletzt weit weniger gestiegen sind als die Gewinneinkommen. Eine größere Korrektur der Einkommensverteilung durch kräftige Nominallohnsteigerungen ließe sich aber nur unter Inkaufnahme eines gesamtwirtschaftlichen Rückschlages, wenn nicht morgen, so übermorgen, erreichen. Auch wenn es nicht zu einer vollen Überwälzung des Kostenanstiegs in den Preisen käme und somit eine verstärkte Reallohnsteigerung verbliebe, hätten doch all jene das Nachsehen, die bei einer anhaltend kräftigen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft einen Arbeitsplatz finden würden, bei ungünstigerer Beschäftigungsentwicklung aber leer ausgehen.

Der Fortgang des wirtschaftlichen Wachstums und des Beschäftigungsanstiegs läßt sich lohnpolitisch dadurch absichern, daß die Tarifparteien ihren bisherigen moderaten Kurs beibehalten. Das muß einmalige Nachschlagszahlungen dort, wo sich die Gewinne unerwartet stark erhöht haben und neue Vereinbarungen noch nicht anstehen, nicht ausschließen. Als ein Abgehen vom bisherigen Kurs wäre es auch nicht zu werten, wenn dort, wo neue Tarifverträge auszuhandeln sind, ein Ausgleich für die bereits jetzt angelegten Preissteigerungen im kommenden Jahr vereinbart würde, soweit diese nicht Folge des Anstiegs der Lohnstückkosten, der Verschlechterung der Terms of Trade oder der Verbrauchsteuererhöhungen sind. Für 1991 und die Jahre danach sind jedoch keine Vorbelastungen mehr gegeben, die eine Erhöhung des Preisniveaus unvermeidlich machen würden. Deshalb werben wir dafür, daß die Tarifparteien 1990 mehrjährige Vereinbarungen treffen, in denen sie die Lohnanhebung am Produktivitätsfortschritt und einer Preissteigerungsrate für die Lebenshaltung ausrichten, die niedriger ist als die für 1990 prognostizierte und die degressiv abnimmt. Mit solchen Vereinbarungen würde den Unternehmen ein klares Bild von der künftigen Lohnkostenbelastung vermittelt; dies würde die Investitionsbedingungen verbessern und käme somit allen zugute. Mit der Degression der Inflationskomponente wäre gleichzeitig eine wesentliche Voraussetzung für die Rückkehr zu einem stabilen Lohnkostenniveau geschaffen; dies würde es erleichtern, den Geldwert zu sichern.

265. Der Part, den die Geldpolitik bei der stabilisierungspolitischen Aufgabenverteilung wahrzunehmen hat, besteht darin, die Wirtschaft nicht mit mehr Liquidität zu versorgen, als bei stabilitätsgerechtem Verhalten aller zu einer Ausschöpfung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten paßt. Die Bundesbank hat die Geldmengenausweitung durch mehrfache und zuletzt besonders deutliche Anhebungen der Notenbankzinsen auf die von ihr angekündigte Expansionsrate reduziert. Die aus der übermäßigen Geldmengenexpansion der vorangegangenen drei Jahre resultierende Inflationsgefahr ist damit allerdings keineswegs beseitigt. Daß sich für 1990 im Jahresdurchschnitt eine ähnliche Erhöhung der Verbraucherpreise wie in diesem Jahr abzeichnet, in dem die Preisentwicklung durch Sondereinflüsse gekennzeichnet war, ist Anlaß genug, diese Gefahr ernst zu nehmen.

Die Geldpolitik muß daher ein unmißverständliches Zeichen setzen und ein Geldmengenziel ankündigen, das insbesondere den Tarifparteien eine klare Orientierung über den monetären Rahmen gibt, in dem sie sich bei ihren Vereinbarungen bewegen müssen. Es darf keine Zweifel daran geben, daß stabilitätswidrige Tarifabschlüsse die Bundesbank nicht dazu bringen werden, ihren Kurs zu ändern.

Zur Eindämmung und Rückführung des Preisauftriebs muß auch die Währungspolitik ihren Beitrag leisten. Auf vieles von dem, was den realen Außenwert in den vergangenen Jahren gedrückt hat — ob man ungelöste Konsolidierungsprobleme im Ausland oder investitionshemmende Regulierungen im Inland nimmt —, hat sie zwar keinen Einfluß; soweit sie jedoch auf eine Höherbewertung der D-Mark und damit auf eine stabilisierungspolitische Absicherung der außenwirtschaftlichen Flanke hinwirken kann, muß sie ihre Möglichkeiten nutzen. Das gilt nicht zuletzt mit Blick auf die Wechselkurse im Europäischen Währungssystem.

266. Der Finanzpolitik kommt die Aufgabe zu, soweit es an ihr liegt, dafür zu sorgen, daß sich wirtschaftliche Leistung lohnt, die Produktionsmöglichkeiten also eine anhaltend kräftige Ausweitung erfahren, aber auch, daß diese nicht überfordert werden.

Im nächsten Jahr wird von der Finanzpolitik ein expansiver konjunktureller Impuls ausgehen, den wir auf 13 Mrd DM veranschlagen. Das ist angesichts der hohen Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazität nicht unbedenklich. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Höhe des Defizits im Haushalt der Gebietskörperschaften nicht auf hohen Ausgabensteigerungen, sondern vor allem auf den Einnahmenausfällen beruht, die durch die dritte Stufe der Steuerreform bedingt sind. Wir halten es nicht für

angebracht, diese Stufe jetzt aus konjunkturpolitischen Gründen hinauszuschieben. Die Steuerreform ist nicht auf Nachfragestimulierung gerichtet, sondern darauf, das Arbeiten und Investieren durch Verminderung der staatlichen Ansprüche an deren Ertrag attraktiver zu machen. Die Reform sollte daher entsprechend den Ankündigungen zu Ende geführt werden. Wir halten auch besondere finanzpolitische Maßnahmen, wie sie das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vorsieht, nicht für geboten.

Dringend erforderlich ist allerdings, daß strenge Ausgabendisziplin gewahrt wird. Sind verstärkte Ausgabensteigerungen in Teilbereichen unumgänglich, müssen andere dafür entsprechend zurückstehen. Selbst das ist nicht in jedem Falle unproblematisch. So ist etwa die Gefahr nicht gering einzuschätzen, daß der Staat durch immer neue Programme für den Wohnungsbau dort die Nachfrage weiter anheizt, so ohnehin schon vorhandene regionale Engpässe in der Bauwirtschaft verschärft und damit nicht nur einem beschleunigten Anstieg der Bau- und Bodenpreise Vorschub leistet, sondern auch einer Verschlechterung des allgemeinen Preisklimas.

267. Zu einer Eindämmung und Rückführung des allgemeinen Preisauftriebs müssen darüber hinaus auch andere Bereiche der Wirtschaftspolitik beitragen, vor allem dort, wo es um einen Abbau von Protektionsmaßnahmen und von übermäßiger Regulierung geht. Durch hohen Außenschutz, anderweitig erschwerten Marktzugang oder Regulierungen, die Anbieter wie Nachfrager in ihrer Aktivität behindern, werden überhöhte Preise ermöglicht. Was aus wachstumspolitischen Gründen an Protektionsabbau sowie an Entregulierungen oder verbesserten Regelungen ohnehin geboten wäre, ist aus konjunkturpolitischen Gründen jetzt noch dringlicher. Es ist nicht richtig, daß ein von der Verstärkung des Wettbewerbs ausgehender Preisdruck lediglich einen Einmaleffekt bringe und daher zur Bekämpfung des Inflationsprozesses nicht geeignet sei. Richtig ist vielmehr, daß eine größere Wettbewerbsintensität die Voraussetzungen verbessert, unter denen Kosten und Preise von der Lohnpolitik und der Geldpolitik stabilisiert und stabil gehalten werden können.

Die Aufgabe der Wachstumspolitik

268. Die deutliche Verstärkung der wirtschaftlichen Auftriebskräfte in den letzten beiden Jahren nimmt der wachstumspolitischen Aufgabe nichts von ihrer Bedeutung. Kurzfristig geht es darum zu verhindern, daß Produktionsengpässe die Fortsetzung der Expansion erschweren. Mittelfristig liegt die Aufgabe darin, einer Ausweitung der Wirtschaftsaktivität Raum zu geben, die zu den Wünschen der Menschen paßt, es besser zu haben.

269. In der öffentlichen Diskussion wird die Sinnhaftigkeit eines weiteren Wirtschaftswachstums häufig in Zweifel gezogen. Wer dies tut, bezweifelt entweder, daß es solche Wünsche noch in großer Zahl gibt, oder, daß diese so groß wären, wenn alle klar vor Augen hätten, was es kostet, sie zu realisieren. Wo es Märkte gibt und Wettbewerb das Marktgeschehen bestimmt, braucht man sich indes nicht darum zu sorgen, daß die Präferenzen der Menschen nicht richtig zur Geltung kommen. Was und wieviel sie zu kaufen wünschen, das zeigt sich an der marktwirksamen Nachfrage, und was ihnen die Realisierung der Wünsche wert ist, das wird aus der Leistung deutlich, die sie dafür in Ansehung der Güterpreise und des Leistungsentgelts zu erbringen bereit sind. In einer Wettbewerbswirtschaft, die sich unter den vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen entfaltet, kann man von der Grundvermutung ausgehen, daß wirtschaftliches Wachstum im Einklang mit den Präferenzen der Menschen steht und damit deren Wohlergehen fördert.

270. Wo es sich um Güter handelt, für die es keinen Markt gibt, ist hingegen schwierig zu beurteilen, wie es mit den Präferenzen steht. Wie dringlich den Menschen inzwischen der Schutz der natürlichen Umwelt ist, was sie bereit sind, sich diesen an Einkommen oder zusätzlichen Anstrengungen kosten zu lassen, läßt sich aus diesem Grunde nicht eindeutig sagen. Hier ist es Aufgabe des Staates, Normen zu setzen. Daß diese die wirtschaftlichen Antriebskräfte schwächen, ist keineswegs ausgemacht; zu erwarten ist vielmehr, daß sie eine andere Ausrichtung der Antriebskräfte bewirken, und daß sie dies um so wirksamer tun, je mehr sie marktwirtschaftlichen Knappheitssignalen abgeschaut sind. Das anders strukturierte, das umweltschonende Wachstum kann im Ergebnis sogar höher ausfallen, weil die Anstrengungen für einen besseren Umweltschutz selbst zu einem zusätzlichen Wachstumsmotor werden können (Ziffern 278ff.).

Ein unauflösbarer Gegensatz zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Umweltschutz, wonach das eine nur zu Lasten des anderen ginge, besteht jedenfalls nicht.

271. Nicht sicher, ob die individuellen Präferenzen richtig zum Ausdruck kommen, kann man auch da sein, wo es zwar einen Markt gibt, das Marktgeschehen aber nur mit Einschränkungen vom Wettbewerb bestimmt wird. Dies ist auf dem Arbeitsmarkt der Fall. Hier werden Löhne und Beschäftigungsbedingungen großenteils durch Kollektivverträge geregelt. Für die Arbeitnehmerseite liegt es bei den Gewerkschaften herauszufinden, was ihre Mitglieder vornehmlich wollen — mehr Lohn oder eine kürzere Arbeitszeit; und sie haben dabei die Folgen für die Beschäftigung zu berücksichtigen. Da der Spielraum, den der Produktivitätsfortschritt dafür eröffnet, nicht mehrfach genutzt werden kann, ist eine Wahl zu treffen. Wird diese zugunsten einer Arbeitszeitverkürzung getroffen, und finden sich nicht genügend zusätzliche Arbeitskräfte, die von der geforderten Qualifikation her die ungetane Arbeit übernehmen können, ist das erzielbare Wirtschaftswachstum zunächst einmal geringer. Wenn alle mehr Freizeit höher schätzen als mehr Einkommen, ist dagegen aus Arbeitnehmersicht wenig zu sagen. Inwieweit es den Präferenzen der Arbeitnehmer entspricht, ist jedoch bei tarifvertraglich verordneten Arbeitszeitverkürzungen fraglich. Das gilt erst recht aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, wenn man also die Interessen all jener mit in Betracht zieht, deren Einkommen von den Arbeitnehmereinkom-

men, wie es bei den Renten der Fall ist, oder vom Wirtschaftswachstum abhängt.

Anders gewendet: Tarifverträge, die für alle Unternehmen ihres Geltungsbereichs feste einheitliche Regelungen enthalten, können den unterschiedlichen Präferenzen der Arbeitnehmer und den ebenfalls unterschiedlichen Auftrags- und Produktionsbedingungen der Unternehmen nicht Rechnung tragen. Die Unterschiede haben sich auf beiden Seiten in den letzten Jahren verstärkt. Die Arbeitnehmer wünschen in zunehmendem Maße mehr Freiheit bei der Wahl ihrer Arbeitszeit, und die Unternehmen sind durch immer aufwendigere Produktionsanlagen unter verstärktem Druck, diese möglichst intensiv zu nutzen, um die Kapitalkosten niedrig zu halten. Herauszufinden, was hier an Wünschen und Möglichkeiten am besten zusammen paßt, ist am ehesten auf der Ebene des einzelnen Unternehmens und Betriebes möglich. Deshalb werben wir einmal mehr für Tarifabschlüsse, die sich darauf beschränken, einen verbindlichen allgemeinen Rahmen zu setzen, der durch Betriebsvereinbarungen ausgefüllt wird (JG 88 Ziffern 345 ff.).

272. Im Hinblick auf die kurzfristige wachstumspolitische Aufgabe gilt es nicht nur, günstige Investitionsbedingungen zu gewährleisten, sondern auch, die vorhandenen Produktionsanlagen intensiver zu nutzen und personellen Engpässen entgegenzuwirken. Eine intensivere Nutzung der Anlagen erfordert vielfach die Entkoppelung von Arbeitszeit und Betriebszeit; die hier in den letzten Jahren erzielten Fortschritte gilt es zu bewahren und, wenn möglich, auszubauen. Die zu verzeichnenden personellen Engpässe sind überwiegend qualifikationsspezifischer Art; an Fachkräften mangelt es, nicht an Arbeitskräften allgemein. Dem läßt sich, wenn auch nicht in allen Fällen, begegnen, indem Fachkräfte, die unter ihrer Qualifikation eingesetzt sind, im Zuge einer Reorganisation intern aufrücken und in ihrer bisherigen Tätigkeit durch weniger qualifizierte Kräfte ersetzt werden, die sich am Arbeitsmarkt leichter finden lassen. Auf diese Weise kann auch die Eingliederung von Zuwanderern gefördert werden, die nicht gleich die nötige Qualifikation mitbringen.

273. Angebotsengpässen kann auch durch vermehrte Importe begegnet werden. Die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen ist zwar in jüngster Zeit beschleunigt gestiegen; das heißt jedoch nicht, daß sie bei einem höheren Wechselkurs der D-Mark und bei einem ungehinderten Marktzugang für ausländische Anbieter, der längst nicht überall gegeben ist, nicht noch stärker hätte zunehmen können; die Bauwirtschaft bildet hier keine Ausnahme.

274. Dem weiteren Wirtschaftswachstum Hindernisse aus dem Weg räumen, heißt dafür Sorge tragen, daß der Strukturwandel vorankommt. Eine verstärkte Ausweitung neuer Produktion wird nach wie vor nicht nur durch eine Vielzahl staatlicher Regulierungen behindert, sondern auch durch ein Zuviel an alter Produktion. Dieser Rückstand im Strukturwandel ist der Wirtschaftspolitik, und nicht einem Marktversagen anzulasten. Agrarpolitik, Kohlepolitik, Verkehrspolitik und andere Teile der Industriepolitik haben es durch die Aussperrung von Wettbewerb erst ermöglicht, daß wirtschaftlich überholte Strukturen erhalten geblieben sind. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten, die das verursacht, sind hoch: Kapital und Arbeit werden gebunden, Produktivkräfte, die an anderer Stelle der Volkswirtschaft ertragreicher und damit wachstumsfördernd genutzt werden könnten.

Gerade jetzt, wo es in der Breite der Wirtschaft nicht an konjunkturellem Auftrieb fehlt, sollte der Abbau von Protektionsmaßnahmen leichter fallen. Darauf zu setzen, daß der Strukturwandel von selbst rascher als bisher vorankommt, wäre keine vertretbare Strategie; denn die Erfahrung lehrt, daß sich dieser bei günstiger Wirtschaftslage eher verlangsamt als beschleunigt. Anzeichen dafür, daß es sich diesmal anders verhält, sind nicht zu erkennen. Bliebe alles beim alten, wäre das eine schwere Hypothek für die kommenden Jahre; es wäre die Chance für mehr Wachstum vertan, und auch die Anpassungsaufgabe wäre schwerer zu lösen.

275. Über die Richtung des einzuschlagenden Strukturwandels und über dessen Tempo kann eine offene Volkswirtschaft wie die deutsche nicht allein bestimmen. Beides wird ihr maßgeblich von außen vorgegeben — von der Richtung, die andere Volkswirtschaften einschlagen, und von dem Tempo, das diese vorlegen. Das gilt um so mehr, als die Märkte weltweit immer enger zusammenwachsen.

Länder wie die Bundesrepublik, die sich im Vergleich zu anderen hohe Löhne und kurze Arbeitszeiten leisten, müssen ihren Vorteil bei der internationalen Arbeitsteilung vermehrt im Angebot von Gütern suchen, deren Herstellung viel Wissen und Können sowie einen hohen Kapitaleinsatz erfordert; beides sorgt für hohe Produktivität der Arbeit. So stehen Bereiche, die Standardgüter produzieren, schon seit Jahren unter dem Druck des wachsenden Angebots aus Ländern, die mit der Industrialisierung nachdrängen; Spezialisierung unter Aufgabe unrentabler Produktion ist hier der Anpassungsweg. Der Wettbewerb wird aber auch auf Feldern schärfer, auf denen deutsche Unternehmen noch gut mithalten. Technisches und organisatorisches Wissen veraltet nicht nur schneller als früher, es verbreitet sich auch schneller.

Internationaler Wettbewerb wird damit zunehmend zum Standortwettbewerb (JG 88 Ziffern 147 ff.). Viele über die Grenzen handelbare Güter lassen sich inzwischen an einer ganzen Reihe von Orten in der Welt herstellen. Die Entscheidung für einen bestimmten Standort hängt damit aus der Sicht der investierenden Unternehmen davon ab, wie attraktiv dieser im Vergleich zu anderen Standorten ist. Damit treffen diese zugleich ein Urteil über die Qualität der Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern.

276. Der Sachverständigenrat hat wiederholt darauf hingewiesen, daß er die Rahmenbedingungen für das Investieren in der Bundesrepublik für verbesserungsbedürftig hält. Der kräftige Investitionsaufschwung der letzten beiden Jahre gibt keinen Anlaß, dies anders zu sehen. Die Unternehmensinvestitionen waren über viele Jahre hinweg zu gering, um den Kapitalstock umfassend zu verjüngen und so weit zu vergrößern, daß das Angebot an Arbeitsplätzen wieder der Nachfrage entspricht, und daß vor allem mehr Arbeitsplätze in den innovationsträchtigen Bereichen der Wirtschaft entstehen.

Der anhaltend hohe Netto-Kapitalexport geht sicherlich nicht allein auf wirtschaftspolitische Versäumnisse in der Bundesrepublik zurück; der Sog aus Ländern, die durch hohe Zinsgebote Kapital an sich ziehen, ist der andere wichtige Grund. Bei rundum günstigeren Investitionsbedingungen im Inland wäre der Netto-Kapitalexport der Bundesrepublik aber wohl geringer, und die Gefahr, daß von einer zu niedrigen Bewertung der D-Mark falsche Signale für Ausmaß und Richtung des wachstumsnotwendigen Strukturwandels ausgehen, wäre kleiner.

277. So wie die Wirtschaftspolitik den Strukturwandel nicht fördert, indem sie ihn lenkt, sondern indem sie ihm Hindernisse aus dem Weg räumt, so fördert sie das Wachstum der Wirtschaft nicht, indem sie es verordnet, sondern indem sie den Wachstumskräften, die aus den Präferenzen entstehen, Raum gibt, also günstige und verläßliche Rahmenbedingungen schafft und die Märkte offenhält. Wachstumspolitik ist damit vor allem anderen Ordnungspolitik.

Die Zeit drängt, hier Versäumtes bald nachzuholen. Das gilt um so mehr, als mit der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes und weiteren Schritten auf dem Weg zur Währungsunion eine zunehmende Verlagerung von wirtschaftspolitischen Kompetenzen auf die Organe der Europäischen Gemeinschaften einhergehen wird. Über die konkrete Ausgestaltung der in der Bundesrepublik geltenden Wirtschaftsordnung wird somit immer weniger von nationalen Instanzen entschieden werden können. Wie will die Bundesrepublik bei anstehenden gemeinschaftlichen Entscheidungen gegen dirigistische Begehren anderer Mitgliedsländer Front machen, wenn sie selbst in wichtigen Bereichen an Dirigismen festhält? Man muß nur die Schutzpolitik für die Kohle als besonders krasses Beispiel nehmen. Den Partnern Respekt vor den Interessen des deutschen Bergbaus abzuverlangen, hieße, sich in die Situation zu bringen, den gleichen Respekt den vielfältigen Schutzinteressen zollen zu müssen, die andere Länder für andere Wirtschaftsbereiche geltend machen. Das Ergebnis könnte man nur fürchten. Um so wichtiger ist es, daß sich die Bundesrepublik zu einem positiven Beispiel für die Liberalisierung entwickelt. Nur dann kann sie überzeugend für eine marktwirtschaftliche Ordnung in Europa eintreten.

Die Qualität des Wachstums durch Umweltschutz verbessern

278. Immer mehr Menschen fürchten, daß ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum die natürliche Lebensbasis zerstöre. Wirtschaftswachstum sei mit Umweltschutz unvereinbar. Tatsächlich haben in vielen Ländern die Schadstoffeinleitungen in Luft, Wasser und Boden ein Ausmaß erreicht, das die Regenerationsfähigkeit des Naturhaushalts zum Teil schon überfordert und irreversible ökologische Schäden verursacht hat. Auch die Umgestaltung der Landschaften durch Bauten aller Art und sonstige Eingriffe entspricht vielerorts nicht den Vorstellungen der Menschen von einer intakten Umwelt. Gewachsen ist das Bewußtsein, daß Umweltschäden lange fortwirken; was heute beim Umweltschutz versäumt wird, belastet auch künftige Generationen. Es ist verständlich, daß die Gefährdungen des ökologischen Gleichgewichts der gewaltig angewachsenen Produktion und dem Konsum zugeschrieben werden, und es liegt von daher nahe, im bewußten Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum die Zauberformel für die Lösung der Umweltprobleme zu sehen.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, daß ein fester Zusammenhang zwischen Umweltschäden und Produktionsniveau nicht besteht, auch Entwicklungsländer und junge Industrieländer haben mit gravierenden Umweltproblemen zu kämpfen. Ein niedriges Produktionsniveau und eine stagnierende Wirtschaft schützen vor Umweltbelastungen nicht. Die wahren Ursachen der Umweltschäden sind ganz anderer Art. Die Umwelt wurde zu lange und in zu vielen Verwendungen als freies Gut behandelt, das jedermann scheinbar kostenlos zur Verfügung stand. Unter diesen Bedingungen zahlt es sich für den einzelnen beim Gebrauch nachwachsender natürlicher Rohstoffe nicht aus, um deren Regenerationsfähigkeit besorgt zu sein, und es ist für den einzelnen billiger, Schadstoffe unbehandelt in Wasser, Luft und Boden einzuleiten, als ihr Entstehen zu vermeiden oder sonst zumindest so weit zu reduzieren, daß die Selbstreinigungskraft der Natur mit ihnen fertig werden kann.

Die durch eine übermäßige Umweltnutzung, insbesondere durch die Umweltverschmutzung anderen zugefügten Schäden an Gut und Leben und die Schädigung der Umwelt selbst sind gesellschaftliche Kosten (negative externe Effekte). Sie bleiben im Kalkül des Gratisnutzers der Natur unberücksichtigt. Ihre Internalisierung im einzelwirtschaftlichen Kalkül ist das Kernstück der Umweltschutzpolitik.

Der Umweltschutz ist zu einer globalen Herausforderung geworden. Der „Treibhauseffekt" und das „Ozonloch" beleuchten schlaglichtartig, daß Umweltschädigungen nicht auf einzelne Nationen beschränkt sind.

279. Für einen wirksamen Umweltschutz gibt es nur einen erfolgversprechenden Weg: Die Umwelt muß als das begriffen werden, was sie in Wirklichkeit ist, nämlich als ein knappes Gut. Wo immer es möglich ist, muß ihre Nutzung mit einem Preis belegt sein, der hoch genug ist, um den verschwenderischen, ökonomisch ineffizienten Umgang zu unterbinden. Wirksamer Umweltschutz ist zuerst und vor allem ein Problem der knappheitsgerechten Regelung der Umweltnutzung, das heißt ein Allokationsproblem, und er ist nicht primär ein Problem des gesamtwirtschaftlichen Produktionsvolumens. Wenn geeignete Allokationsmechanismen angewendet werden, die den haushälterischen Umgang mit dem knappen Gut Umwelt sicherstellen, kann das ökologische Gleichgewicht auch bei einem viel höheren Niveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion als heute bewahrt werden. Wer hingegen Umweltschutz allein über eine Verringerung des Wirtschaftswachstums anstreben wollte, ginge einen Irrweg; denn das verringerte Wachstum setzt die falschen Allokationsmechanismen, die zur Vergeudung des Gutes Umwelt führen, nicht außer Kraft: Die Verschmutzung und Überbeanspruchung der Natur gehen dann weiter, allenfalls ihr Anstieg würde abgeschwächt, aber nicht ihr Niveau gesenkt.

280. Die wachstumspolitische und zugleich umweltpolitische Aufgabe lautet: Es ist dafür zu sorgen, daß das wirtschaftliche Wachstum in Bahnen verläuft, die mit der Schonung der natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen vereinbar sind. Das ist bisher nicht in hinreichendem Maße geschehen. Die umweltpolitischen Rahmenbedingungen sind noch lückenhaft und nicht rundum geeignet, die Knappheit der natürlichen Umweltgüter adäquat zur Geltung zu bringen und in umweltschonendes Handeln umzusetzen.

Der Umweltschutz gibt dem strukturellen Wandel neue Impulse und eine neue Richtung. Dazu bedarf es hinreichend starker Anreize, umweltschonende statt umweltbelastender Produktionsverfahren anzuwenden, den Konsum stärker auf umweltfreundliche Produkte hin zu verlagern und Standorte mit gravierenden ökologischen Problemen zu entlasten. Eine dynamische Wirtschaft, in der sich der strukturelle Wandel entfalten kann, das heißt, in der die Produktion rasch auf Änderungen in den Präferenzen oder in den Produktionsbedingungen reagiert und in der Anpassungsprozesse nicht unterdrückt werden, wird durch die Umstellungen und Anpassungen, die der ökologischen Gesundung dienen, nicht überfordert. Wo dagegen der strukturelle Wandel blockiert wird und alte Strukturen erstarren, kommt der Umweltschutz nur mühsam voran; er ist mehr Belastung als stimulierender Impuls. Deshalb bietet eine Wachstumspolitik, die Hemmnisse abbaut und so den strukturellen Wandel leichtgängiger macht, die besten Chancen für den Erhalt der natürlichen Umwelt.

Einer wachsenden Wirtschaft fällt es leichter, die sich mit dem Umweltschutz verbindenden Belastungen zu tragen. Das umweltfreundliche Produkt, das umweltschonende Produktionsverfahren, die Beseitigung der Altschäden an Boden und Gewässern und die Vorsorge gegenüber neuen Schädigungen: Sie alle binden Arbeit und Kapital und verursachen Kosten. Man darf hier zwar nicht einfach brutto für netto nehmen; denn den Zusatzkosten des Umweltschutzes stehen gewichtige Kostenentlastungen gegenüber, die sich als Einsparung von Kosten für die Beseitigung von künftig vermiedenen Umweltschäden rechnen lassen. Aber auch nach Gegenrechnung der Kostenentlastungen dürften die dann noch verbleibenden Zusatzbelastungen für den Zugewinn an Umweltqualität den Bürgern einen — relativen — Verzicht auf Realeinkommen abverlangen. Dieser Verzicht in der Form höherer Preise für umweltfreundliche, regelmäßig auch stärker begehrte Produkte und umweltschonende Produktionsverfahren kann von den Bürgern um so leichter getragen werden, je kräftiger ihr Realeinkommen im ganzen zunimmt.

281. Wichtig ist vor allem, daß das hohe Investitionstempo einer wachsenden Wirtschaft eine entsprechend schnelle Verjüngung des Kapitalstocks ermöglicht. Das bedeutet zugleich eine schnelle Umsetzung umweltfreundlicher Technologien. Die schnelle Verjüngung des Kapitalstocks begünstigt die aus umweltpolitischer Sicht überlegenen integrierten Umwelttechnologien (Beispiel: Wirbelschichtverfeuerung von Kohle), die das Entstehen von Schadstoffen verhindern oder reduzieren. In einer Wirtschaft mit geringerem Erneuerungstempo des Kapitalstocks hingegen dominiert die sogenannte end-of-pipe-Technologie, die nicht das Entstehen von Schadstoffen unterbindet, sondern lediglich bereits entstandene Schadstoffe entgiftet (Beispiele: Entstickungs- und Entschwefelungsanlagen) (JG 87 Ziffer 264).

Und ein letztes ist zu bedenken: Die Sorge, daß der Umweltschutz Arbeitsplätze kostet, hat in Zeiten schwachen Wirtschaftswachstums immer wieder zu Kompromissen genötigt, die einem teilweisen Verzicht auf Umweltschutz gleichkamen. In einer kräftig wachsenden Wirtschaft fällt es der Umweltschutzpolitik auch beschäftigungspolitisch leichter, ehrgeizige Ziele zu verfolgen.

282. Ein so eng in den Welthandel integriertes Land wie die Bundesrepublik muß bei allen wirtschaftspolitischen Entscheidungen deren Rückwirkung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit bedenken. Das gilt auch im Umweltbereich. Bei international handelbaren Produkten entstehen Wettbewerbsnachteile, wenn die ökologischen Anforderungen hierzulande höher sind als bei den Konkurrenten und dadurch deutsche Produkte teurer werden. Das wird man insoweit hinnehmen müssen, als die natürliche Umwelt in anderen Ländern weniger knapp ist als in der dichtbesiedelten und hochindustrialisierten Bundesrepublik. Solchen Ländern genügen weniger anspruchsvolle Regelungen; wenn der Umweltschutz bei ihnen weniger teuer ist als bei uns, kann man hierin nicht einfach eine Dumpingmaßnahme sehen. In Europa unterscheidet sich die ökologische Situation in den einzelnen Ländern zwar ebenfalls, doch verwischen hier die spillovers in der Luft und in den Flüssen die Grenzen der nationalen Belastungsräume: Emissionen in dem einen Lande werden in andere Länder übertragen und schädigen dort die natürliche Umwelt. Trotzdem sind die ökologischen Regelungen der europäischen Länder bis heute noch sehr verschieden und nicht aufeinander abgestimmt.

Es wäre sowohl aus ökologischer Sicht als auch aus Gründen eines unverfälschten Wettbewerbs wünschenswert, wenn in Europa — und anderswo — Umweltschutz in gemeinsamer Anstrengung vollzogen würde, und dort, wo es erforderlich ist, die nationalen Regelungen untereinander abgestimmt würden. So ließe sich zugleich verhindern, daß zwischen den Ländern allein aufgrund unterschiedlicher Regelungen der Umweltpolitik Produktionsverlagerungen stattfinden, die vom Ökologischen wie vom Ökonomischen her gesehen ineffizient sind. Mit einem ökologischen Gleichschritt ist aber fürs erste allenfalls in Teilbereichen zu rechnen. Dies sollte die Bundesrepublik jedoch nicht veranlassen, ihr umweltpolitisches Anspruchsniveau zu senken. Das wäre kurzsichtige Politik. Denn das ökologische Gleichgewicht ist letztlich die zentrale Voraussetzung, daß sich der wirtschaftliche Entwicklungsprozeß auch in der Zukunft fortsetzen kann. Käme es im Zuge der Ausweitung von Produktion und Konsum zu einer Störung des ökologischen Gleichgewichts, so würden die Menschen nicht bereit sein, dies hinzunehmen. Das Wachstum stieße an eine ökologische und an eine psychologische Grenze. Mögen andere Länder noch nicht so sehr um Umweltschutz bemüht sein und damit hier und da kurzzeitige und begrenzte Kostenvorteile gewinnen, käme sie dies langfristig teuer zu stehen;

denn heute unterlassener Umweltschutz richtet Schäden an, die morgen zu um so höheren Kosten beseitigt werden müssen, wenn die Schäden dann überhaupt noch reversibel sind. Der Umweltschutz darf daher nicht dem Kalkül kurzfristiger Exportchancen untergeordnet werden, sondern muß mittel- und langfristig — sogar generationenübergreifend — angelegt sein. Das große Problem der Altlasten — namentlich in den altindustriellen Regionen (JG 88 Ziffern 424 f.) — macht deutlich, wie heutige Generationen für die Fehler der Vergangenheit büßen müssen.

283. Bei allem muß jedoch Augenmaß gewahrt bleiben. Immer gilt es, den Nutzen eines Zugewinns an Umweltqualität mit den dafür aufzubringenden Kosten abzuwägen. Dies ist deshalb so schwierig, weil man zwar die Kosten des Umweltschutzes einigermaßen verläßlich kalkulieren kann, bei der Bewertung des Nutzens aber auf größte Schwierigkeiten stößt. So ist es vielfach bereits schwierig zu erfassen, welche Schädigungen nach Art und Umfang von einer Produktion auf die Umwelt ausgehen. Zwar lassen sich die Schadstoffeinleitungen im allgemeinen messen oder hinreichend sicher abschätzen, doch besagt dies allein nichts über die Art und die Schwere der Schäden. Das gilt vor allem für verdeckte Schäden, die erst nach Jahren sichtbar werden oder die überhaupt erst mit verfeinerten Meßmethoden nachgewiesen werden können. Ungleich schwieriger noch ist es herauszufinden, wie die Schäden — und damit auch die Schadensvermeidung — zu bewerten sind, vor allem: was ihre Verhinderung den Bürgern in Mark und Pfennig wert ist.

284. Es ist zu begrüßen, daß die amtliche Statistik dabei ist, eine Umweltökonomische Gesamtrechnung aufzubauen. Diese wird ein eigenes, von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen losgelöstes Rechenwerk sein, das mit diesen aber verknüpft werden soll, um so sichtbar zu machen, in welchem Maße die wirtschaftlichen Prozesse auf die Umwelt einwirken. Die immensen Probleme einer solchen ökologischen Gesamtrechnung sind den Statistikern bewußt. Eines der aus ökonomischer Sicht größten Hindernisse wird die monetäre Bewertung der Umwelteffekte sein. Die Chancen, ein „ökologisches Gesamtergebnis" zu berechnen, welches mit dem Bruttosozialprodukt in Beziehung gesetzt werden kann, erscheinen aus heutiger Sicht nicht hoch. Auf absehbare Zeit werden sich daher aus der ökologischen Gesamtrechnung allenfalls grobe Maßstäbe für die Bewertung der Umweltschäden und des Nutzens des Umweltschutzes gewinnen lassen.

285. Die Bewertung von Gütern sollte in einer Marktwirtschaft den Märkten überlassen bleiben. Märkte entstehen normalerweise spontan, ohne das Dazutun des Staates. Im Umweltbereich ist die spontane Marktbildung eher als eine Ausnahme anzusehen. Der entscheidende Grund liegt darin, daß es meist nicht möglich ist, die Umwelt mit privaten Eigentumsrechten zu belegen. Damit entfällt die Voraussetzung für marktwirtschaftlich organisierte Austausch- und Bewertungsprozesse. Für eine spontane Marktbildung bieten sich allerdings dort Möglichkeiten, wo in einem abgrenzbaren Gebiet die Verursacher eines Umweltschadens und die Geschädigten eindeutig identifizierbar sind, das Umweltgut nicht den Charakter eines öffentlichen Gutes hat und Verhandlungen zwischen Schadensverursachern und Geschädigten außerdem nicht an hohen Verhandlungskosten scheitern. Dieser Fall ist jedoch eher die Ausnahme.

In der Regel führt kein Weg daran vorbei, daß die Umweltpolitik selbst die ökologischen Standards vorgibt, also Recht setzt für die Umweltnutzung. Hat die Politik festgelegt, in welchem Ausmaß die Umweltgüter in Anspruch genommen werden dürfen — insbesondere welche Schadstoffeinleitungen in Luft, Wasser und Boden insgesamt zulässig sind —, gilt es zu entscheiden, wie die Inanspruchnahmen oder die Schadstoffeinleitungen auf das zulässige Maß zurückgedrängt werden sollen. Dies ist die Frage nach den Allokationsmechanismen.

286. In der Tradition der Umweltpolitik steht hier das Ordnungsrecht im Vordergrund. Seine wichtigsten Instrumente sind Auflagen, Gebote und Verbote. Auch in Zukunft wird das Ordnungsrecht in der Umweltschutzpolitik nicht entbehrlich sein, und zwar insbesondere dort nicht, wo die Gefahrenabwehr einen hohen Stellenwert haben muß. Doch ist das Ordnungsrecht aus mehreren Gründen unzureichend. Sein größter Mangel ist der, daß es lediglich die Einhaltung der vorgegebenen Auflagen erzwingt, nicht aber dazu anreizt, die Beanspruchung der Umwelt weiter zu vermindern. Es weckt also nicht das Eigeninteresse der Menschen an einem umweltverträglichen Wirtschaften. Ein weiterer Mangel des Ordnungsrechts sind die vergleichsweise großen administrativen Durchsetzungsprobleme; immer wieder hat es sich gezeigt, daß Auflagen Umgehungsversuche provozieren und aufwendige Kontrollen erfordern. Aus ökonomischer Sicht fällt zudem ins Gewicht, daß die ordnungsrechtlichen Maßnahmen nur schematisch anwendbar sind und es damit verhindern, daß die insgesamt zulässigen Emissionen effizient auf die potentiellen Schadensverursacher verteilt werden: die Vermeidungskosten sind höher als notwendig.

287. Eine effiziente Umweltschutzpolitik muß sich viel stärker als bisher marktwirtschaftlicher Steuerungsinstrumente bedienen, die Preissignale für die Umweltnutzung setzen. Dadurch werden die stärksten Anreize geschaffen, mit dem knappen Gut Umwelt sparsam umzugehen. Wo die Umweltnutzung ihren Preis hat, liegt es im eigenen Interesse aller Produzenten und Konsumenten, umweltschädliches Wirtschaften gegen die damit verbundenen Kosten abzuwägen. Außerdem entsteht ein Zugewinn an Effizienz, weil die wirtschaftenden Menschen individuell entscheiden können, inwieweit sie die Umwelt zum gegebenen Preis nutzen wollen oder nicht. Somit wird viel mehr als bei ordnungsrechtlichen Eingriffen dafür Sorge getragen, daß Nutzung der Umwelt und Nutzungsverzicht im Einklang mit den Präferenzen der Menschen und den recht unterschiedlichen betrieblichen Gegebenheiten der Umweltnutzer bleiben. Dies ist insbesondere auch für die Rückwirkungen der Umweltschutzpolitik auf das Wirtschaftswachstum von Bedeutung. Eine Umweltschutzpolitik, die den Wünschen und der Verzichtbereitschaft der Menschen folgt und der Unterschiedlichkeit der betrieblichen Bedingungen Rechnung trägt, setzt Impulse für die

Leistungssteigerung und festigt so die wirtschaftliche Fortentwicklung.

Marktwirtschaftliche Lösungen können viel mehr als ordnungsrechtliche Ansätze auch zu Effizienz in dem Sinne beitragen, daß gegebene Ziele für den Umweltschutz mit möglichst geringen Kosten erreicht werden. Wo das Ordnungsrecht durch Gebote und Verbote ein bestimmtes „Minimumverhalten" vorschreibt, läßt die marktwirtschaftliche Lösung flexible Anpassungen zu und regt so die Suche nach kostengünstigen und innovativen Lösungen der Schadstoffvermeidung viel stärker an.

288. Das marktwirtschaftliche Instrumentarium der Umweltpolitik ist vielfältig. Die Instrumente können wirksam dazu eingesetzt werden, die Verursacher negativer Umwelteffekte mit den Kosten ihres Tuns zu belasten.

Bei Zertifikatslösungen werden übertragbare Lizenzen für Schadstoffeinleitungen im Rahmen vorgegebener Gesamtkontingente vergeben, wobei sich der Preis der Lizenzen marktmäßig bilden kann (JG 83 Ziffern 506 und 509ff.).

Haftungsregeln, die bei einem Schadenseintritt den Verursacher zu Zahlungen verpflichten, führen zur Nachfrage nach entsprechenden Versicherungsleistungen. Die sich dabei herausbildenden Versicherungsprämien reflektieren zum einen das Schadensrisiko; zum anderen beeinflussen sie die Bereitschaft der Produzenten, eine mit einem Schadensrisiko behaftete Produktion aufzunehmen. Allerdings sind der Versicherbarkeit enge Grenzen gesetzt, wo es um die verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung bei sogenannten Summationsschäden und Distanzschäden geht.

In diesem Jahr stehen umweltpolitisch orientierte Abgaben und Steuern im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Mit Abgaben, etwa einer Abwasserabgabe oder einer Luftschadstoffabgabe, setzt der Staat Preise für die Inanspruchnahme der Umwelt durch Schadstoffeinleitungen. Die Abgabenlösung und ebenso die Besteuerung können zu einem wirkungsvollen Instrument der Umweltpolitik entwickelt werden. Wichtig ist dabei, das eigentliche Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Im Energiebereich vor allem kann das umweltpolitische Ziel nicht darin bestehen, den Energieverbrauch generell durch Besteuerung zurückzudrängen; denn dies hieße, einen universal anwendbaren, für Rationalisierung und technischen Fortschritt wichtigen Produktionsfaktor zu verteuern. Das umweltpolitische Ziel besteht vielmehr darin, den Ausstoß an Schadstoffen entsprechend deren Schädlichkeit preislich zu belasten.

Derartige Abgaben und Steuern lösen Substitutionsvorgänge aus, indem umweltbelastendes Produzieren und Konsumieren verteuert und dadurch tendenziell zurückgedrängt werden. Die Suche nach umweltverträglicheren Produkten und Produktionsprozessen wird angeregt: Abgaben und Steuern müssen vergleichbare Fälle auch gleich behandeln. Es wäre daher widersinnig, von einer Abgabe auf die Schadstoffe fossiler Energieträger — oder ersatzweise: auf die Energieträger selbst — etwa die Kohle auszunehmen. Dies würde Substitutionsvorgänge hin zur Kohle auslösen, was den umweltpolitischen Zielsetzungen zuwider liefe.

289. Die Vorstellung, daß der Staat das Aufkommen aus Umweltabgaben und Umweltsteuern voll dem Umweltschutz zugute kommen läßt, indem er in diesem Bereich investiert oder private Anstrengungen subventioniert, scheint auf den ersten Blick gesehen verlockend zu sein. Bei näherem Hinsehen zeigen sich ihre Schwächen. Wo der Staat selbst investieren muß, um Vorsorge gegen Umweltschäden zu treffen — beispielsweise beim Ausbau der Abwasserentsorgung oder bei Lärmschutzmaßnahmen —, darf dies aus umweltpolitischer Sicht nicht an die Zufälligkeiten des Aufkommens bestimmter Abgaben oder Umweltsteuern geknüpft werden. Wo der Staat als Subventionsgeber für Innovationen im Umweltbereich sorgen will, stößt er auf dieselben Probleme, die er auch sonst als Subventionsgeber hat: Er weiß viel weniger als die am Markt operierenden Unternehmen, welche Innovationsrichtungen zukunftsweisend und damit förderungswürdig sind; und er kann nie vermeiden, daß er Mitnahmeeffekte privater Investoren finanziert; und wo er Direktförderung betreibt, macht er mit der Subventionierung bestimmter Forschungsrichtungen die Suche nach alternativen Wegen unattraktiv.

Wenn der Preis für die schadensverursachende Nutzung der Umwelt genügend hoch ist, wird dies als Anreiz für die Unternehmen und Konsumenten ausreichen, nach Wegen für eine schonende Umweltnutzung zu suchen.

Das Aufkommen aus Umweltabgaben und Steuern sollte daher dem Staatshaushalt ohne eine Verwendungsauflage zufließen. Eine dauerhafte nennenswerte Finanzierung von Staatsaktivitäten steht damit aber nicht in Aussicht, weil das Mittelaufkommen in dem Maße sinken wird — und soll —, wie die Preissetzung für die Umweltnutzung greift und Substitutionen zugunsten umweltschonenden und deshalb nicht mit Abgaben oder Steuern belasteten Wirtschaftens auslöst.

290. Der marktwirtschaftliche Ansatz baut darauf, daß die Menschen über Preissignale zu einem umweltschonenden Verhalten veranlaßt werden. Wie stark die Reaktionen von Konsum, Produktion und Innovationen auf gegebene Preissignale sind, wird sich vielfach nicht voraussagen lassen und muß daher in der Praxis herausgefunden werden. Sicherlich ließen sich die Preiselastizitäten da rascher erhöhen, wo parallel zur spezifischen Umweltschutzmaßnahme die Attraktivität von umweltfreundlicheren Alternativen erhöht wird. Dies kann in Einzelfällen auch staatliches Handeln erreichen. So käme beispielsweise eine umweltschonende Umgestaltung des Personen- und Güterverkehrs schneller voran, wenn man sie nicht allein über eine Erhöhung der Mineralölsteuer und andere Maßnahmen, die dem Verursacher seine Umweltbeanspruchung anlasten, anstrebt, sondern ergänzend einen leistungsfähigeren öffentlichen Personennahverkehr und einen leistungsstarken Schienengüterverkehr als attraktive Alternative anbieten kann. Hierbei müßten freilich zugleich die hier bestehenden gravierenden Effizienzmängel abgebaut werden. Es ist volkswirtschaftlich nicht sinnvoll, eine mangelnde

Wettbewerbsfähigkeit soweit sie auf ineffiziente Regelungen und Betriebsführung zurückgeht, gewissermaßen auf höherem Niveau durchzuschleppen.

291. Der Schutz der Umwelt ist eine Aufgabe von höchster Priorität. Vieles ist begonnen worden, und es gibt auch bereits gute Resultate. Aber von einem voll greifenden Umweltschutz ist die Bundesrepublik noch weit entfernt; daher dürfen die Anstrengungen nicht nachlassen. Über ihren Erfolg entscheidet, welche Wege die Umweltschutzpolitik dabei beschreitet. Der bewußte Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum ist ein ungeeigneter Weg. Zwischen Wirtschaftswachstum und wirksamem Umweltschutz besteht nicht nur kein unlösbarer Konflikt, sondern im Gegenteil: In einer dynamischen Wirtschaft, die viel investiert und deshalb schnell voranschreitet, kommt auch der Umweltschutz schnell voran, wenn der Staat durch seine Politik die Weichen richtig stellt. Die entscheidende Vorbedingung ist, daß ökonomische Anreizmechanismen geschaffen und ausgebaut werden, damit die Menschen das knappe Gut Umwelt sparsam nutzen. Das umweltschonende Wirtschaftswachstum ist anders strukturiert als das umweltbelastende, es allein fördert die Wohlfahrt aller Bürger.

Teil B

Zu den Politikbereichen im einzelnen

I. Geldpolitik: Ein unmißverständliches Zeichen setzen

292. Gemessen an dem vom Sachverständigenrat für die Zeit nach 1985 vorgeschlagenen mittelfristigen Zielpfad von 4,5 vH war das Geldmengenwachstum in den Jahren 1986 bis 1988 deutlich überhöht. Damit hatte sich ein beträchtlicher monetärer Überhang gebildet, dessen rascher Abbau mit erheblichen Risiken verbunden gewesen wäre. Aus diesem Grunde hat der Sachverständigenrat im letzten Gutachten für ein Wachstum der bereinigten Zentralbankgeldmenge von 4,5 vH auf der Basis des Ende 1988 erreichten Niveaus plädiert (JG 88 Ziffer 305).

293. Mit der deutlichen Verlangsamung, der Geldmengenexpansion im Verlaufe des Jahres 1989 hat sich die Geldpolitik der Bundesbank dieser Vorstellung genähert; die in der Zwischenzeit entstandenen Gefahren sind damit jedoch noch keineswegs beseitigt. Die Auswirkung des über Jahre hinweg überhöhten Wachstums der Geldmenge zeigt sich inzwischen in einer Entwicklung des Preisniveaus, die Anlaß zu begründeter Sorge gibt. Nachdem der Disinflationsprozeß, der Anfang dieses Jahrzehnts eingeleitet worden war, 1985/86 auslief, sind die Indikatoren der Preisentwicklung wieder eindeutig nach oben gerichtet. Dies gilt im übrigen nicht nur für die Bundesrepublik.

294. Bei der Analyse der Preisentwicklung darf man den Einfluß nicht-monetärer Faktoren nicht übersehen. Während bis Ende 1986 die sinkenden Preise bei den Importgütern, insbesondere bei Energie und Rohstoffen, einen starken Druck auf die Inlandspreise ausübten, gingen danach von dieser Seite entgegengesetzte Wirkungen aus. Die Lohnstückkosten sind ebenfalls wieder leicht angestiegen. Schließlich hat die Erhöhung der Verbrauchsteuern, die Anfang dieses Jahres in Kraft trat, einen Preisschub verursacht, der einmaliger Natur bleibt, wenn der mit der Steuererhöhung beabsichtigte reale Ressourcentransfer zugunsten des Staates akzeptiert wird; die zukünftige Entwicklung des Preisniveaus wird dann von dieser Maßnahme nicht mehr beeinflußt.

295. Die Entwicklung der Einfuhrpreise, berechnet in D-Mark, ist von zwei Faktoren bestimmt, die aus der Sicht der Geldpolitik ganz unterschiedlich zu beurteilen sind. Zum einen geht es um Veränderungen der Weltmarktpreise in ausländischer Währung, die als exogen bedingt hinzunehmen sind. Zum anderen handelt es sich um die Entwicklung des Außenwertes der D-Mark. Soweit die Wechselkursänderung auf den Kurs der Geldpolitik zurückzuführen ist, sind ihr etwaige abwertungsbedingte Preiseffekte anzulasten.

So dürfte sich in der Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar der vergleichsweise expansivere Kurs der Geldpolitik der Bundesbank in den letzten beiden Jahren widerspiegeln. Der insoweit durch die Geldpolitik verursachte Preisanstieg von Importgütern aus dem Dollar-Raum ist schon deswegen nicht zu vernachlässigen, weil die Preise wichtiger Vorleistungen (Rohstoffe, Energieträger) in Dollar denominiert sind.

Wegen der großen Bedeutung des Wirtschaftsverkehrs mit den europäischen Ländern, die dem Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems angehören — und zwischen denen seit Anfang 1987 kein Realignment mehr stattfand —, hat sich der Einfluß von Änderungen des nominalen Wechselkur-

ses deutlich vermindert. Soweit in diesen Partnerländern höhere Preissteigerungsraten zu verzeichnen waren, vollzieht sich die inflatorische Ansteckung unmittelbar über höhere Export- und Importpreise.

Unter den Bedingungen flexibler Wechselkurse kann die Geldpolitik weitgehend die nationale Inflationsrate beziehungsweise den Grad der Geldwertstabilität bestimmen. Der Hinweis auf unvermeidliche importierte Preissteigerungen ist unter diesen Umständen — von extremen internationalen Preisschocks einmal abgesehen — ein unbegründetes Alibi für geldpolitisches Fehlverhalten. Orientiert sich die Geldpolitik für längere Zeit an einem bestimmten Wechselkurs gegenüber einer Währung, die eine höhere Inflationsrate aufweist, stellt sie das Wechselkursziel über das Ziel der Geldwertstabilität.

Dies gilt im Prinzip auch für das System fester Wechselkurse im Rahmen des Europäischen Währungssystems. Soweit die Geldpolitik der Bundesbank den Kurs bestimmt, fungiert die D-Mark als „Anker" im Europäischen Währungssystem. Modifiziert die Bundesbank dagegen ihre Geldpolitik aus Rücksichtnahme auf Schwierigkeiten in den Ländern mit schwächeren Währungen, das heißt einer höheren Inflationsrate, räumt sie insofern dem Ziel der Wechselkursstabilität Vorrang ein. Dieser Konflikt ist nicht ohne Realignment zu lösen, für das die Kompetenz nicht bei der Bundesbank liegt.

296. Die Politik der Verringerung des Geldmengenwachstums hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Gefahr einer stärkeren Beschleunigung des Preisauftriebs, die sich zu Beginn des Jahres abzeichnete, fürs erste gebannt wurde. Darüber darf man freilich das Wiederaufflackern der Inflation als Folge des expansiven Kurses der Vorjahre nicht vergessen. Damit wurde die Chance verpaßt, die Wirtschaftssubjekte davon zu überzeugen, daß Geldwertstabilität auch dauerhaft erhalten werden kann. Diese Erfahrung wäre jedoch wohl erforderlich gewesen, um die Preissteigerungsrate auch in den Erwartungen in die Nähe von Null zu bringen. Vermutlich hat sich die, wie sich jetzt herausstellt, berechtigte Skepsis der Anleger im langfristigen Nominalzins widergespiegelt; die Wirtschaft der Bundesrepublik konnte insoweit also die Vorteile eines stabilen Preisniveaus nicht vollständig ernten.

297. Eine Inflationsrate von 3 vH, oder gar von 4 vH bis 5 vH, gilt im internationalen Vergleich nicht selten als Ausdruck der „Stabilität". Es gibt jedoch keinen überzeugenden Grund, sich diesem Urteil anzuschließen. Dauerhafte Preissteigerungen in dieser Größenordnung fordern zur Kompensation in Lohnkontrakten und Kreditverträgen heraus, die laufende Inflationsrate wird damit quasi als Untergrenze festgeschrieben. Jeder zusätzliche Anstoß birgt unter diesen Bedingungen damit die Gefahr, daß sich die Geldentwertung von diesem Sockel aus schnell weiter verstärkt. Entscheidend ist dabei, welche Preissteigerungsraten die Wirtschaftssubjekte in der Zukunft erwarten. Unsicherheit in diesen Erwartungen erhöht das Risiko zukunftsbezogener Entscheidungen, beeinträchtigt infolgedessen die Investitionstätigkeit und verringert damit tendenziell Beschäftigung und Wachstum. Nach einschlägigen Erfahrungen in vielen Ländern nehmen die Schwankungen der Inflationsrate und damit die Unsicherheit der Erwartungen mit der Höhe der jeweiligen Inflationsrate zu.

298. Man sollte die aktuelle Preisentwicklung in der Bundesrepublik nicht dramatisieren, doch darf man die skizzierten Gefahren auch nicht einfach von der Hand weisen. In der gegenwärtigen Situation ist es die vordringliche Aufgabe der Geldpolitik, ein unmißverständliches Zeichen für die monetären Rahmenbedingungen zu setzen, mit denen die Wirtschaft, aber auch die öffentliche Hand, im nächsten Jahr zu rechnen haben. Dies kann nur durch die glaubhafte Ankündigung eines auf Stabilität ausgerichteten Kurses geschehen. Dabei muß auch die Absicht erkennbar sein, daß sich die Bundesbank mit der gegenwärtigen Preisentwicklung nicht zufrieden gibt, sondern in absehbarer Zeit die Inflationsrate wieder in Richtung des Bereiches zu bringen versucht, der als Geldwertstabilität gelten darf.

Kann die Notenbank die Wirtschaftssubjekte allgemein und insbesondere die Tarifparteien von der Ernsthaftigkeit dieser Absicht überzeugen, dann werden entsprechend reduzierte Inflationserwartungen in die Lohnabschlüsse und Kreditkontrakte eingehen. Dies wiederum ist die Voraussetzung dafür, daß der Rückgang der Inflationsrate auch kurzfristig ohne negative Auswirkungen auf Beschäftigung und Wachstum bleibt.

299. Es hängt weitgehend vom Ausgang der anstehenden Tarifverhandlungen ab, welche Entwicklung die Wirtschaft der Bundesrepublik auf absehbare Zeit nehmen wird. Mit einem stabilitätsgerechten Abschluß wären die Weichen für eine Fortsetzung des Wachstumskurses bei stabilen Preisen gesetzt, mit überhöhten Vereinbarungen wäre die Basis dafür auf Jahre hinaus gefährdet oder gar zerstört.

In dieser Konstellation fällt der Geldpolitik eine schwierige Aufgabe zu, für die es doch eine letztlich einfache Lösung gibt. Jede Unsicherheit über den künftigen geldpolitischen Kurs wird dazu führen, daß die Tarifparteien auf keinen Fall von der Annahme stabiler Preise ausgehen, sondern den Preisanstieg erwarten, den sie der Geldpolitik sozusagen als obere Toleranzgrenze unterstellen. Die Geldpolitik stünde dann unter einem weitgehend selbstverschuldeten Zwang, diese Erwartungen durch die nachfolgende Geldmengenexpansion zu bestätigen. Die Grenze, bis zu der eine solche „beschäftigungsneutrale" Akkomodierung der Tarifabschlüsse zu gehen hätte, ließe sich freilich schwer ausmachen. Auf der einen Seite drohte eine Beschleunigung des Preisanstiegs, auf der anderen Seite ein durch die geldpolitische Restriktion bewirkter Rückgang von Produktion und Beschäftigung.

Es liegt daher an der Geldpolitik, jeden Eindruck der Ungewißheit über den künftigen Kurs zu vermeiden. Diese Bedingung kann nur durch eine Vorankündigung der Geldpolitik erfüllt werden, die von der Öffentlichkeit als glaubwürdige Selbstverpflichtung der Notenbank verstanden wird. Insbesondere darf die Bundesbank nicht den geringsten Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie stabilitätswidrige Tarifabschlüsse unter keinen Umständen alimentieren wird. Diese Gewißheit schuldet sie gerade den Gewerk-

schaften, die sicher sein müssen, daß zurückhaltende Vereinbarungen über den Anstieg der Nominallöhne nicht durch anschließende Preissteigerungen desavouiert werden. Dies gilt insbesondere für Überlegungen, die Praxis mehrjähriger Tarifverträge fortzusetzen (Ziffern 348ff.).

300. Will die Bundesbank die Märkte nicht im unklaren über ihre Politik lassen, muß sie also ihren künftigen Kurs in glaubhafter Form ankündigen. Auf diese Weise wird ein wichtiges Element der Unsicherheit beseitigt, die Erwartungen der Marktteilnehmer werden insoweit stabilisiert.

Der allgemeine Hinweis auf das Ziel der Geldwertstabilität als oberste Richtschnur genügt für diesen Zweck nicht. Die Notenbank kann das Preisniveau nicht unmittelbar steuern, die aktuelle Preisentwicklung hängt von ganz unterschiedlichen Faktoren ab, auf die sie keinen direkten Einfluß hat. Die unbestreitbare Verantwortung der Bundesbank für die Erhaltung der Geldwertstabilität auf längere Sicht tritt daher nur allzu leicht in den Hintergrund, wenn die jeweilige aktuelle Preisentwicklung als Maßstab für die Einschätzung ihrer Politik gilt. Unmittelbar steuern kann die Notenbank nur monetäre Variable, nach deren Veränderung ist folglich auch ihre Politik zu beurteilen.

301. Aus solchen Überlegungen heraus hat die Bundesbank erstmals für 1975 ein Geldmengenziel verkündet und bis heute an dieser Praxis festgehalten. Die zunehmende Internationalisierung der Finanzmärkte, die seitdem zu beobachten ist, ändert grundsätzlich nichts daran, daß diese Entscheidung richtig ist. Zwar trifft es zu, daß in dem veränderten internationalen Umfeld, das durch einen Trend zur Globalisierung der Finanzmärkte und, damit verbunden, immensen grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen gekennzeichnet ist, Geldpolitik schwieriger geworden ist. Es wäre jedoch verfehlt, daraus den Schluß zu ziehen, Geldmengenziele seien deshalb obsolet geworden. Der Fall abrupter, extremer Wechselkursschwankungen zählt zum Vorbehalt der Ausnahmesituation, in der eine vorübergehende Abweichung angebracht sein kann, eine grundsätzliche Abkehr von einer am Geldmengenziel orientierten Politik wäre damit nicht verbunden (JG 88 Ziffern 298f.).

Eine Geldpolitik, die ihre Entscheidungen vom laufenden Geschehen auf den internationalen Finanzmärkten abhängig macht, wird nicht nur leicht selbst orientierungslos, sie verunsichert darüber hinaus die Marktteilnehmer, befördert damit die Spekulation und erzeugt genau das Gegenteil von dem, was sie erreichen will.

302. In diesem Zusammenhang darf man schließlich auch nicht die besondere Rolle der Bundesbank im Rahmen des Europäischen Währungssystems übersehen. Dieser kann die Bundesbank nicht gerecht werden, indem sie ihre Politik den laufenden Einflüssen der internationalen Finanzmärkte unterwirft. Mit einem Geldmengenziel konkretisiert sie dagegen die Ankerfunktion der D-Mark. Soweit sich die anderen Mitgliedsländer diesem Kurs anschließen, verbreitet und vertieft sich die Stabilisierungswirkung für die internationalen Finanzmärkte.

303. In der Vorstellung einer diskretionären Geldpolitik, die den Anspruch erhebt, jeweils situationsgerecht zu reagieren, spielt eine Vielzahl von Faktoren eine wichtige Rolle. Je größer jedoch die Zahl der Informationen ist, von denen die Notenbank bei ihren Entscheidungen ausgeht, je weiter das Spektrum der Variablen reicht, die sie mit ihren Maßnahmen zu beeinflussen versucht, desto weniger kann sie die tatsächliche Wirkung ihrer Politik noch beurteilen, desto mehr gerät sie in die Gefahr der laufenden Übersteuerung. Kurzum, eine Mehrindikatorenkonzeption überschätzt bei weitem die Möglichkeiten der Geldpolitik (JG 88 Ziffern 392ff.).

304. Würde die Bundesbank für 1990 kein Geldmengenziel ankündigen, so müßte dies als Zeichen der Resignation vor dem Wiederaufflackern der Inflation verstanden werden. Die Tarifparteien wären geradezu herausgefordert, ein Nachgeben der Geldpolitik zu unterstellen und durch stabilitätswidrige Abschlüsse zu provozieren. Allein eine glaubhafte Selbstbindung über die Ankündigung eines Geldmengenzieles kann diesen Eindruck verhindern.

Diese Selbstbindung bedeutet nicht Starrheit in der laufenden Durchführung der Geldpolitik, sondern Verpflichtung auf einen stabilitätsorientierten Kurs und nicht zuletzt ein eindeutiges Signal an die Tarifpartner, daß sie keinesfalls damit rechnen dürfen, die Bundesbank werde überhöhte Tarifvereinbarungen monetär alimentieren. Ein nach oben reichlich bemessener Korridor für das Geldmengenziel könnte Vorstellungen von einer gewissen Bereitschaft zur Anpassung der Geldpolitik an die Lohnabschlüsse nähren.

305. Bei der Ableitung des Geldmengenzieles für 1990 aus der Schätzung des mittelfristigen Wachstums des Produktionspotentials gehen wir davon aus, daß die Geldpolitik dem Preisauftrieb im nächsten Jahr enge Grenzen setzen muß. Diese Überlegungen führen zu dem Vorschlag, die bereinigte Zentralbankgeldmenge, berechnet vom 4. Quartal 1989 zum 4. Quartal 1990, mit einer Rate von 5 vH wachsen zu lassen. Diese Vorgabe läßt hinreichend Spielraum für ein kräftiges reales Wachstum.

Einen Grund für einen „Zuschlag" zum Geldmengenziel wegen der Abnahme der Umlaufsgeschwindigkeit sehen wir in diesem Jahr nicht. Zwar gibt es keine Anzeichen dafür, daß sich der trendmäßige Rückgang der Umlaufsgeschwindigkeit nicht weiter fortsetzt. Diese trendmäßige Entwicklung der Umlaufsgeschwindigkeit wird jedoch jeweils von aktuellen Einflüssen überlagert. War es in den Jahren nach 1985 die rasche Geldmengenexpansion, die den Rückgang der Umlaufsgeschwindigkeit beschleunigt hat, könnte mit der Verlangsamung des Geldmengenwachstums vorübergehend eher das Gegenteil eintreten.

Als Ausgangspunkt des Jahreszieles für das Geldmengenwachstum setzen wir das Niveau, das sich aus unserem Vorschlag im letzten Gutachten ergibt (Schaubild 21, Seite 84). Größere Diskrepanzen zu dem von der Geldpolitik der Bundesbank schließlich tatsächlich erreichten Wert zeichnen sich gegenwärtig nicht ab. Sollte sich die Geldmengenexpansion dagegen zum Jahresende hin erneut beschleunigen,

sehen wir keinen Grund, den damit zusätzlich geschaffenen Überhang als endgültig hinzunehmen und den Anknüpfungspunkt für das neue Geldmengenziel entsprechend nach oben zu verlagern. Die Geldpolitik sollte in diesem Falle vielmehr das Geldmengenwachstum im Verlauf von 1990 so reduzieren, daß das sich aus unseren Überlegungen für das Ende des nächsten Jahres ergebende Niveau nicht überschritten wird.

306. Mit dem inzwischen eingetretenen Preisanstieg hat sich ein Teil des in den vergangenen Jahren aufgebauten Inflationspotentials realisiert. Nach wie vor ermöglicht jedoch der Geldüberhang die reibungslose Finanzierung auch eines sehr hohen realen Wachstums. Sollte sich dieses im kommenden Jahr tatsächlich einstellen, liegt dann für zwei aufeinanderfolgende Jahre die Wachstumsrate des Sozialprodukts erheblich über der des Produktionspotentials. Damit hätte sich auch die Inflationsgefahr etwas vermindert, die bisher von den hohen Geldbeständen drohte.

Eine andere Meinung

307. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Rüdiger Pohl, vertritt zur Frage der geldpolitischen Konzeption eine abweichende Meinung. Die Konzeption konsequent einzuhaltender Geldmengenziele, die von der Mehrheit nach wie vor vertreten wird, käme nach Ansicht dieses Mitglieds unter den heutigen Bedingungen weitgehend internationalisierter Finanzmärkte einer Selbstfesselung der Geldpolitik gleich, die den geldpolitischen Anforderungen nicht gerecht wird. Daher tritt dieses Mitglied dafür ein, daß die Deutsche Bundesbank weiter an ihrer geldpolitischen Linie der Flexibilität festhält. Diese Linie bedeutet, daß internationale Einflüsse auf die nationalen Vermögensmärkte wie auch Änderungen im inländischen Geldnachfrageverhalten nicht nur durch Bewegungen der Zinsen und Wechselkurse, sondern auch durch Bewegungen der Geldmenge absorbiert werden können, was eine bindende Fixierung der Geldmenge an einen Zielpfad ausschließt.

308. Die achtziger Jahre haben die Rahmenbedingungen für die Geld- und Währungspolitik beträchtlich verändert. Es fand eine weitreichende Internationalisierung der Finanzmärkte statt. Die zunehmende Offenheit der Volkswirtschaften, die Liberalisierung der nationalen Kapitalmärkte, die allmähliche Auflösung national abgrenzbarer Finanzmärkte zugunsten internationalisierter Vermögensmärkte und das massive Anschwellen internationaler Kapitalströme markieren die wichtigsten Entwicklungen.

Nach Meinung dieses Mitglieds hat die Internationalisierung der Finanzmärkte für die Geld- und Währungspolitik eine neue Qualität geschaffen. Die internationalen Einflüsse auf die monetäre Entwicklung in einem Land sind massiv, auch bei flexiblen Wechselkursen, und sie treten häufig genug gerade in Form übermäßiger Wechselkursschwankungen auf, die mit den Bewegungen der Fundamentalfaktoren in keinem Verhältnis mehr stehen. Damit entfällt eine wesentliche Vorbedingung für Geldmengenziele. Denn diese sind nur dann sinnvoll, wenn unliebsame Außenstörungen über die Wechselkurse wirksam abgefangen werden; nur dann kann erwartet werden, daß ein stabilisiertes Geldmengenwachstum auch zu Preisstabilität führt.

Dies ist heute weniger denn je der Fall. Daher ist die Stabilisierung der Geldmengenentwicklung entlang eines vorgegebenen Zielpfades heute nicht mehr und jedenfalls weniger als früher mit der Stabilisierung des Geldwertes gleichzusetzen. Ein Geldmengenwachstum entlang des Zielpfades kann sich je nach den außenwirtschaftlichen Einflüssen (autonome Änderungen der realen Wechselkurse) und dem inländischen Geldnachfrageverhalten (autonome Änderungen der Umlaufsgeschwindigkeit) als zu reichlich oder zu knapp für die Geldwertstabilisierung erweisen. Zwar billigt auch die Mehrheit für den Fall schockartiger, massiver Störungen vorübergehende Abweichungen vom Geldmengenziel zu — aber das heißt eben, daß in der Regel keine Zielabweichung möglich sein soll.

309. Eine an Punktzielen orientierte Geldmengensteuerung würde die Ungewißheit über die zukünftige monetäre Entwicklung (Zinsentwicklung, Wechselkursentwicklung, Umschichtungen zwischen den Marktsegmenten) tendenziell verstärken. Aus Verhaltensänderungen an den inländischen und ausländischen Vermögensmärkten resultieren Störeinflüsse, die um so mehr zu einer Destabilisierung der Zinsen und Wechselkurse führen, je konsequenter die Geldmengenentwicklung stabilisiert wird. Die Risiken zukunftsbezogener Entscheidungen würden dadurch steigen, denn für den Renditekalkül der Investoren sind die destabilisierten Bewegungen von Zinsen und Wechselkursen wichtiger, als es die stabilisierte Entwicklung der Geldmenge ist.

310. Angesichts solcher Unwägbarkeiten sind konsequent einzuhaltende Geldmengenziele wenig hilfreich. In der Vergangenheit hat die Bundesbank zu Recht eine Linie der Flexibilität verfolgt; ihre Geldmengenziele waren nie strikt verbindliche Zielvorgaben. Für die Zukunft kommt es weniger darauf an, ob die Bundesbank Geldmengenziele verkündet oder nicht, sondern daß sie weiterhin eine Politik praktiziert, die den internationalen Einflüssen größte Aufmerksamkeit widmet und sich bei Störungen angemessene Reaktionen vorbehält, auch wenn dies Abweichungen der Geldmenge von eventuellen Zielpfaden bewirkt.

311. Zugunsten von Geldmengenzielen wird eingewandt, daß sie notwendig seien, um den Stabilitätswillen der Notenbank unter Beweis zu stellen und die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik zu stärken. Soweit es die Deutsche Bundesbank betrifft, stimmt dieses Mitglied dem nicht zu. Die Glaubwürdigkeit der Bundesbank, es ernst mit der Geldwertstabilität zu meinen, ist in vielen Jahren durch konkretes Handeln errungen worden, ohne daß die Bundesbank dabei je eine strikte Geldmengensteuerung betrieben hätte. Die Glaubwürdigkeit ist begründet, denn die Bundesrepublik gehört zu den preisstabilsten Ländern der Welt.

Gegen die Linie der Flexibilität wird eingewandt, daß damit der künftige Kurs der Notenbank unkalkulier-

bar werde und Orientierungslosigkeit an den Finanzmärkten entstünde. Richtig ist, daß es für eine flexibel zu handhabende Geldpolitik keine kompletten Menues geben kann. Künftige Störeinflüsse sind ihrer Natur nach nicht prognostizierbar. Wie die geldpolitischen Instrumente morgen eingesetzt werden müssen, kann nicht schon heute festgelegt werden; es muß in der konkreten Situation aus den aktuellen Entwicklungen an den nationalen und internationalen Finanzmärkten nach Auswertung und Abwägung aller verfügbaren Informationen abgeleitet werden.

Das hat nichts mit Orientierungslosigkeit zu tun. Unverändert bleibt die Stabilisierung des Geldwertes das Ziel der Geldpolitik. Die Linie der Flexibilität bedeutet Flexibilität im geldpolitischen Mitteleinsatz; sie bedeutet nicht, Inflation zugunsten anderer wirtschaftlicher Wirkungen in Kauf zu nehmen. Darauf können sich die Akteure an den Finanzmärkten verlassen. Sie können sich aber auch auf eine größere Stabilität der Zins- und Wechselkursentwicklung einstellen, da Richtungsänderungen in den nationalen Vermögensdispositionen und den internationalen Kapitalströmen nicht allein durch Zins- und Wechselkursanpassungen, sondern auch durch Bewegungen der Liquiditäts- und Geldmengenaggregate abgefangen werden. Dies kommt den zukunftsbezogenen Entscheidungen der Investoren zugute und ist wachstumsfördernd. Soweit die abweichende Meinung.

II. Finanzpolitik: Den Wachstumskurs sichern

312. Steigende öffentliche Ausgaben können nur von einem wachsenden Sozialprodukt getragen werden. In seiner Einnahmen- und Ausgabenpolitik muß der Staat immer die möglichen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum bedenken. Mittelfristig hat sich die Finanzpolitik daran zu orientieren, das Wachstum nicht zu beeinträchtigen, die private Aktivität möglichst wenig zu bremsen und Leistungsanreize freizusetzen. Der mittelfristige, wachstumspolitisch ausgerichtete Kurs kann zeitweise in Spannungen zu den kurzfristigen, konjunkturpolitischen Erfordernissen geraten. Tritt dieser Fall ein, ist zu prüfen, ob der konjunkturpolitisch gebotene Handlungsbedarf so groß ist, daß die Finanzpolitik vorübergehend von ihrer mittelfristigen Ausrichtung abweichen sollte. Die Auswirkungen der dritten Stufe der Steuerreform, die mit Beginn des nächsten Jahres in Kraft tritt, erfordern eine derartige Überprüfung.

Expansiver konjunktureller Impuls im Jahre 1990

313. Insgesamt werden die Gebietskörperschaften 1990 nach unserer Schätzung, legt man die Abgrenzung der Finanzstatistik zugrunde, Steuern in Höhe von rund 541 Mrd DM einnehmen, verglichen mit rund 532 Mrd DM im Jahre 1989. Die Veränderung des Steueraufkommens zwischen diesem und dem nächsten Jahr wird durch zwei gegenläufige Einflüsse bestimmt. Die anhaltend kräftige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung beschert Bund, Ländern und Gemeinden erhebliche Steuermehreinnahmen. Gleichzeitig werden die Bürger durch die dritte Stufe der Steuerreform um 28 Mrd DM entlastet; dieser Betrag ergibt sich als Saldo aus den Bruttoentlastungen und den Belastungen aus dem Abbau von Steuervergünstigungen.

Die volkswirtschaftliche Steuerquote — das Steueraufkommen nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Verhältnis zum nominalen Bruttosozialprodukt — wird damit von 24,7 vH in diesem Jahr auf 23,4 vH im nächsten Jahr fallen. Das ist der niedrigste Wert seit 1960; damals hatte er bei 23,0 vH gelegen. Einschließlich der Beiträge zur Sozialversicherung bleibt die Abgabenbelastung insgesamt allerdings relativ hoch. Zwar wird auch die Abgabenquote im ganzen — das Verhältnis von Steuern und Sozialbeiträgen zum nominalen Bruttosozialprodukt — um rund 1,5 Prozentpunkte sinken, doch wird sie mit 40,1 vH nur auf das Niveau zurückgehen, auf dem sie in der ersten Hälfte der siebziger Jahre lag. Vor dem Hintergrund des starken Anstiegs der Sozialbeiträge in den zurückliegenden Jahren kann es als bemerkenswert gelten, daß die Beitragsquote 1990 leicht sinkt und so ebenfalls die Abgabenquote senkt.

Rechnet man die sonstigen Einnahmen hinzu, werden die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung zusammen 1990 voraussichtlich Gesamteinnahmen von rund 1 044 Mrd DM in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verbuchen können.

314. Dem werden nach unseren Schätzungen Gesamtausgaben von 1 055 Mrd DM gegenüberstehen. Im Vergleich zu 1989 bedeutet das eine Steigerung um knapp 4 vH. Dabei werden die Ausgaben der Sozialversicherung, die 1989 nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Einsparmaßnahmen der Gesetzlichen Krankenversicherungen und den dadurch im Jahre 1988 aufgetretenen Vorzieheffekten nur wenig zugenommen haben, mit einem Zuwachs von annähernd 5 vH wieder stärker expandieren, während sich bei den Gebietskörperschaften der moderate Ausgabenanstieg der letzten Jahre mit einer Rate von 3½ vH fortsetzt.

In der Summe werden die Staatsausgaben damit weiterhin langsamer zunehmen als die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten. Die Staatsquote — die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential in jeweiligen Preisen — wird 1990 um fast einen ganzen Prozentpunkt sinken und mit rund 43,8 vH den niedrigsten Stand seit 1974 aufweisen.

315. Gleichwohl wird der gemeinsame Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung wegen der reformbedingten Mindereinnahmen 1990 ein Defizit aufweisen; unseren Einnahmen- und Ausgabenschätzungen zufolge wird es sich auf 10½ Mrd DM belaufen, verglichen mit einem leichten Überschuß im Jahre 1989. Im Defizit, und zwar verstärkt, wird sich indes nur der Haushalt der Gebietskörperschaften befinden, die im kommenden Jahr voraussichtlich 28 Mrd DM weniger einnehmen werden als sie ausgeben (Tabelle 26, Seite 132). Bei der Sozialversicherung wird sich dagegen, nicht zuletzt dank

der günstigen Beschäftigungsentwicklung, ein Überschuß einstellen, der mit schätzungsweise 17½ Mrd DM den diesjährigen noch um einiges übertrifft.

316. Für die Einschätzung der konjunkturellen Anstoßwirkungen, die von der Finanzpolitik der Gebietskörperschaften ausgehen, legen wir deren Haushalt in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrunde. Man kann sie nicht einfach am Haushaltsdefizit von Bund, Ländern und Gemeinden ablesen. Einnahmenseitig wie ausgabenseitig schlagen sich vielmehr auch Einflüsse nieder, die Reflex der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind, das heißt von Veränderungen im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials und dessen Wachstum ebenso abhängen wie von der Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus. Man hat also das tatsächliche Haushaltsdefizit mit dem Defizit zu vergleichen, das sich bei einem konjunkturneutralen Haushalt ergäbe. Dieses konjunkturneutrale Defizit veranschlagen wir für 1990 auf 15 Mrd DM. Die Differenz zum tatsächlichen Haushaltsdefizit von 28 Mrd DM, also 13 Mrd DM, steht dann für die Größe des expansiven Impulses, der im kommenden Jahr von der Finanzpolitik ausgeht (Tabelle 27).

Angesichts der hohen Auslastung des Produktionspotentials und der von daher drohenden Gefahren für den Geldwert erscheint ein expansiver konjunktureller Impuls für das kommende Jahr nicht unbedenklich. Der konjunkturelle Impuls gibt an, welcher Anstoß von der Finanzpolitik ausgeht und bietet damit einen wichtigen Anhaltspunkt für deren Wirkung; doch bedarf es für die Abschätzung der Effekte einer situationsbezogenen Beurteilung, insbesondere im Hinblick auf Veränderungen der Haushaltsstruktur. Der expansive Impuls des kommenden Jahres geht von einer Steuersenkung aus, und deswegen ist er anders zu beurteilen, als wenn er auf eine Ausweitung der Ausgaben zurückzuführen wäre. Man kann davon ausgehen, daß die Bürger regelmäßig einen Teil des ihnen aus einer Steuerentlastung zuwachsenden verfügbaren Einkommens sparen, und dieser Teil dürfte 1990 nicht gering sein.

Bei einer mehrstufig angelegten Steuerreform muß in Kauf genommen werden, daß die einzelnen Schritte der Strategie bei Durchführung zum geplanten Zeitpunkt nicht immer der jeweiligen Konjunkturlage adäquat sind. Die für 1990 vorgesehene Steuersenkung ist Teil einer Strategie, die darauf zielt, mehr Raum für Wachstum durch Verstärkung von Leistungsanreizen zu schaffen. Der Erfolg der Strategie würde bei einer zeitlichen Verschiebung der Steuersenkung aufs Spiel gesetzt, das Vertrauen der Bürger auf Stetigkeit und Verläßlichkeit der Steuerpolitik würde enttäuscht. Der expansive konjunkturelle Impuls des Jahres 1990 muß deswegen hingenommen werden. Eine zeitliche Verschiebung der Steuersenkung wäre ebensowenig angebracht wie die vorübergehende Erhebung eines Zuschlags zu der gesenkten Steuer, wozu das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz die Möglichkeit böte.

Mittelfristige Budgetpolitik: Konsolidierungskurs fortsetzen

317. Mittelfristig muß die Finanzpolitik darauf ausgerichtet bleiben, Behinderungen des Wirtschaftswachstums abzubauen. Ihr bieten sich dafür mehrere Ansatzpunkte. Wachstumspolitisch sind die Möglichkeiten einer Verbesserung der Haushaltsstruktur besonders bedeutsam. Deshalb erörtern wir die Fragen der qualitativen Konsolidierung, das heißt einer effizienteren Gestaltung der Ausgabenstruktur und einer Strukturreform der Unternehmensbesteuerung, in gesonderten Abschnitten (Ziffern 322ff. und 330ff.). Vorab behandeln wir Probleme des Ausgabenvolumens und seiner Finanzierung, also der quantitativen Konsolidierung. Dabei darf man nicht aus den Augen verlieren, daß das eine mit dem anderen zusammenhängt.

Tabelle 27

Haushaltsdefizit und konjunktureller Impuls der Gebietskörperschaften 1990[1]

Mrd DM

	1989	1990
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Haushaltsdefizits[2]		
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	32½	34½
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen (−) / Steuermindereinnahmen (+)	−15	−19½
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen (−)	—	—
(d) Mehreinnahmen (−) / Mindereinnahmen (+) in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne	—	—
I. (a) bis (d) Konjunkturneutrales Haushaltsdefizit (= Defizit des konjunkturneutralen Haushalts)	17½	15
II. Tatsächliches Haushaltsdefizit[3]	12½	28
II. ⁄ I. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	− 5	+13

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Methodische Erläuterungen siehe Tabellen 18 und 19 sowie Anhang IV, Abschnitt D.
[3]) Einschließlich der Mehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne.

Zur Stärkung des Wirtschaftswachstums kann die Finanzpolitik beitragen, indem sie die steuerliche Belastung des Ertrags aus Arbeitsleistungen und Investitionen verringert. Das ist jedoch nur möglich, wenn entweder der Ausgabenzuwachs eingeschränkt oder die Nettokreditaufnahme ausgeweitet wird. Die Entfaltung wachstumsfördernder Aktivitäten kann finanzpolitisch aber auch dadurch gefördert werden, daß die öffentlichen Ausgaben dort erhöht werden, wo der Staat Vorleistungen für die private Produktion bereitstellt. Eine Expansion der Staatsausgaben ist aber grundsätzlich nur möglich, wenn entweder die Steuerlasten oder die Nettokreditaufnahme erhöht werden. Soll diese konstant gehalten oder gar gesenkt werden, so erweisen sich die beiden Ansätze einer wachstumsgerechten Finanzpolitik als konfliktär, wenn man die Möglichkeiten der qualitativen Konsolidierung vorerst außer Betracht lassen könnte. Wachstumspolitisch gilt es daher, dort anzusetzen, wo der Handlungsbedarf am dringendsten und die Wirkungen am größten erscheinen.

318. Der Abbau des Anstiegs und der absoluten Höhe der Grenzsteuersätze ist mit den Reformschritten 1988 und 1990 ein gutes Stück vorangekommen. Daß er schon weit genug gegangen ist, kann man allerdings nicht sagen. Nicht zuletzt verteilungspolitische Widerstände haben größere Schritte bislang verhindert — und damit auch verhindert, daß das Verteilbare stärker wächst (Ziffern 175 f.). Mit den bisherigen Reformschritten ist im wesentlichen nur der progressionsbedingte Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Steuerbelastung gekappt worden. Macht man sich das bewußt und stellt man in Rechnung, was in anderen Ländern erreicht wurde, die mit der Bundesrepublik im Standortwettbewerb stehen, so erscheint nicht nur eine weitere Verbesserung der Steuerstruktur geboten, sondern auch eine weitere Senkung der Steuerbelastung. Dringlich sind Entlastungen insbesondere nach wie vor bei den Unternehmensteuern.

319. Die wachstumsfreundliche Steuerpolitik darf jedoch nicht durch eine Erhöhung der Kreditfinanzierung erkauft werden — im Gegenteil: Ein Abbau der Finanzierungsdefizite in den öffentlichen Haushalten ist notwendig, damit die Belastungen, die sich in den kommenden Jahrzehnten aus der ungünstigen Struktur des Altersaufbaus unserer Bevölkerung ergeben werden, tragbar bleiben. Im Laufe der achtziger Jahre konnte die Kreditfinanzierungsquote bereits beträchtlich gesenkt werden (Ziffer 171). Das reicht angesichts der großen Aufgaben, die sich aus der Veränderung der Altersstruktur ergeben werden, nicht aus. Der Anteil der Nettokreditaufnahme an der Finanzierung der öffentlichen Haushalte muß deshalb schrittweise weiter abgebaut werden. Je stärker dies geschieht — und je mehr später eine Nettoschuldentilgung erfolgt —, um so stärker kann die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte gesenkt werden und um so eher wird es möglich sein, Steuererhöhungen zu vermeiden, die andernfalls wegen steigender Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherung in einer Zeit notwendig würden, in der ein Anstieg der Pflichtbeiträge zu den Rentenversicherungen unvermeidlich werden wird. Nur durch die Senkung der Kreditfinanzierungsquote wird es also möglich sein, die Abgabenquote in erträglichen Grenzen zu halten, wenn sich der Alterslastquotient im Verlauf des zweiten und dritten Jahrzehnts des kommenden Jahrhunderts im Vergleich zu der heutigen Situation etwa verdoppeln wird. Außerdem kann die baldige Rückführung der Kreditfinanzierungsquote über die allmähliche Senkung des Zinsanteils an den öffentlichen Ausgaben den Gestaltungsraum der Finanzpolitik selbst bei einer sinkenden Staatsquote wieder erhöhen. Schließlich kann es auch unmittelbar wachstumsfördernd wirken, wenn der Staat den Kapitalmarkt weniger beansprucht (JG 84 Ziffer 441).

320. Es ist auf absehbare Zeit notwendig, die Kreditfinanzierung zurückzuführen, ebenso aber auch wachstumspolitisch geboten, in den nächsten Jahren die Steuerbelastungen weiter zu senken. Beides ist nur möglich, wenn der Staat sich weiterhin mit einer moderaten Expansion seiner Ausgaben begnügt.

Wenn wir diese Konsequenz ziehen, so heißt das nicht, daß wir die Bedeutung dringlicher Aufgaben des Staates, insbesondere wachstumsnotwendiger Investitionen unterschätzen. Wir halten eine zurückhaltende Ausgabenpolitik jedoch für den richtigen Weg, den Wachstumskurs zu sichern; auch der Staat kann dabei den von ihm zu erwartenden Beitrag leisten, und zwar aus folgenden Gründen:

- Wieviel dem Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung steht, hängt nicht nur von der Staatsquote ab, sondern auch von dem Produktionspotential, auf das sich diese Quote bezieht. Eine Finanzpolitik, die zu einer kräftigen Ausdehnung der Produktionsmöglichkeiten beiträgt, kann damit auch bei sinkender Staatsquote mehr an Ressourcen zur Erfüllung staatlicher Aufgaben heranziehen als bei gleichbleibender oder sogar steigender Staatsquote, aber geringerem Wachstum möglich wäre.
- Solange die qualitative Konsolidierung nicht entscheidende Fortschritte beim Abbau weniger dringlicher oder gar schädlicher Ausgaben macht, spricht wenig dafür, daß der Staat hohe Ausgabenzuwächse braucht; vorrangig gilt es, die zur Verfügung stehenden Mittel effizient einzusetzen.

321. Wird der beschriebene Weg zur Sicherung des Wachstumskurses konsequent beschritten, so stehen die Aussichten nicht schlecht, daß hinreichender Spielraum für die Erfüllung wichtiger staatlicher Aufgaben, für eine Senkung der Steuerlasten und für die Rückführung der Kreditfinanzierung gewonnen werden kann. In einer Überschlagsrechnung, die freilich nur einen groben Anhalt bieten kann, versuchen wir, den Gestaltungsspielraum abzugreifen, den die Finanzpolitik bis zum Jahre 1992 gewinnen kann. Die Rechnung beruht auf vorsichtigen Annahmen, setzt allerdings voraus, daß es nicht zu einem Konjunktureinbruch kommt. Für 1990 gehen wir von unserer Prognose aus, für die folgenden Jahre von einem Zuwachs des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen von 4 vH und einem Anstieg der Staatsausgaben von 3½ vH. Bei den Steuereinnahmen stützen wir uns auf die vom Arbeitskreis Steuerschätzungen ermittelten Steuerquoten. Auf dieser Basis kann für 1992 ein finanzpolitischer Dispositionsspielraum von rund 25 Mrd DM veranschlagt werden. Wenn es bei dem

angenommenen Anstieg der Staatsausgaben bleibt, kann dieser Betrag für die von uns für notwendig gehaltene Reform der Unternehmensbesteuerung (Ziffer 346) eingesetzt werden. Je nachdem, welche der von uns vorgeschlagenen Varianten der Steuerreform gewählt wird, steht darüber hinaus ein Betrag bis zu 12 Mrd DM für eine dauerhafte Senkung der Kreditfinanzierung zur Verfügung.

Wachstumsgerechte Ausgabenpolitik

322. Für die weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist es unerläßlich, die Struktur der Staatsausgaben wachstumsfreundlich zu gestalten; es reicht nicht aus, die Zuwachsrate der Ausgaben zu begrenzen.

Daß immer höhere Ausgaben für den Zinsendienst auf die aufgehäufte Staatsschuld den Bewegungsspielraum eingeengt haben, ist ein wichtiger, aber nicht der einzige Grund dafür, daß die Aufgabe der qualitativen Konsolidierung bislang weitgehend unerledigt geblieben ist. Es mangelte vor allem an Entschlossenheit, weniger dringlich gewordene oder gar schädliche Ausgaben in dem erforderlichen Umfang abzubauen. So sind insbesondere die Finanzhilfen nicht — wie immer wieder versprochen — gesenkt, sondern ausgeweitet worden (Ziffer 174). Auf der Strecke blieben vor allem Investitionen des Staates. Die Investitionen haben inzwischen zwar wieder etwas zugenommen, doch bleibt hier auf wachstumspolitisch wichtigen Feldern noch viel zu tun, angefangen bei der Revitalisierung alter und der Erschließung neuer Gewerbeflächen über den Ausbau von Verkehrswegen bis hin zur Erneuerung, Erweiterung und Neuanlage von Entsorgungseinrichtungen. Aber auch auf Gebieten, auf denen primär die Unternehmen und andere private Investoren aktiv werden müssen — wie etwa in weiteren Bereichen des Umweltschutzes und neuerdings wieder verstärkt in der Wohnungswirtschaft (Ziffern 278ff. und 376ff.) —, ist der Staat gefordert.

323. Sollen diese und andere dringende Aufgaben bald in Angriff genommen werden, ohne zunehmende Zinsbelastungen für die Zukunft zu programmieren, muß an anderer Stelle gespart werden. Nicht bei allen Leistungen, die der Staat erbringt, ist noch sicher, daß sie von ihm erbracht werden müssen oder ob sie nicht genauso gut oder besser von privaten Anbietern erbracht werden können; noch können die Privatisierungsmöglichkeiten nicht als ausgeschöpft gelten. Daß die öffentliche Verwaltung selbst, und das ist ein weiterer Ansatzpunkt, so effizient organisiert sei, daß Verbesserungen nicht mehr wünschenswert und möglich wären, wird man ebenfalls kaum sagen können.

324. Gestaltungsraum läßt sich auch gewinnen, wenn es gelingt, die Eigendynamik der Personalausgaben im Griff zu behalten. Eine zurückhaltende Personalpolitik ist nicht nur aus dem Blickwinkel der kurzfristigen Haushaltsentwicklung, sondern vor allem im Lichte der längerfristigen Probleme geboten, die sich aus der Veränderung der Bevölkerungsstruktur ergeben werden. Dabei geht es nicht allein um die hohen Versorgungslasten (JG 88 Ziffern 376ff.) und die aus der Tätigkeit im öffentlichen Dienst entstehenden Ansprüche an die Rentenversicherungen, deren Ausmaß von der heutigen Entlohnung und Einstellungspraxis mitbestimmt wird. Noch bedeutsamer ist, daß der Personalbestand im öffentlichen Dienst schrumpfen muß, wenn er angesichts des auf längere Sicht zurückgehenden Erwerbspersonenpotentials finanzierbar bleiben soll. Schon heute ist deshalb eher ein Stellenabbau als eine Aufstockung der Anzahl der Bediensteten angezeigt. Für die Stellenpolitik gilt — nicht anders als für die übrigen Bereiche der Ausgabenpolitik —, daß neue Aufgaben durch die Einschränkung überholter oder weniger dringlich gewordener Aufgaben finanziert werden müssen, und das heißt in diesem Falle, daß die Stellen von dort in neue Verwendungen umgesetzt werden.

Das Prinzip der produktivitätsorientierten Lohnpolitik muß auch für den öffentlichen Dienst gelten. Aus dem damit für die jährlichen Lohnerhöhungen abgesteckten Rahmen müssen alle die Lohnkosten erhöhenden Verbesserungen der Arbeitsbedingungen abgedeckt werden, also neben den pauschalen prozentualen Aufstockungen der Arbeitsentgelte beispielsweise die „strukturellen Verbesserungen" wie insbesondere Höhergruppierungen. Außerdem sind gegebenenfalls Arbeitszeitverkürzungen zu berücksichtigen.

325. Vor allem aber gilt es, die Subventionen abzubauen, und das nicht allein wegen der Ausgabeneinsparung. Sie hemmen den Strukturwandel und benachteiligen alle jene, die sich anstrengen, im Wettbewerb aus eigener Kraft einen guten Platz zu behaupten. Wo Subventionen dennoch unvermeidlich sind, müssen Kosten und Nutzen der Hilfeleistungen immer wieder überprüft werden. Insbesondere sind die staatlichen Hilfen so zu gestalten, daß der Leistungswille des Managements und der Mitarbeiter in den geförderten Wirtschaftsbereichen nicht erlahmt, auch dort, wo ein Strukturwandel sozial erträglich abgefedert werden soll. Subventionen dürfen nicht auf Dauer gewährt werden.

326. Der Sachverständigenrat hat wiederholt zur Problematik der Kohleschutzpolitik Stellung genommen und dabei insbesondere das Subventionssystem kritisiert (JG 83 Ziffern 535ff.). Im Zentrum der Subventionen stehen die Absatzhilfen für den Kohleverkauf an Kraftwerke und Stahlindustrie.

Die Höhe der Hilfen richtet sich nach der spezifischen Wettbewerbsunterlegenheit des Steinkohlenbergbaus. Die Wettbewerbsfähigkeit hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten anhaltend und drastisch verschlechtert; der Preis für Importkohle frei Grenze liegt heute unter der Hälfte der deutschen Ab-Zeche-Preise. Die gesamtwirtschaftliche Einbuße an Produktion und Beschäftigung, die sich mit dem Kohleschutz verbindet, ist sehr groß. Sie läßt sich an der Riesenlast der mittlerweile auf rund 10 Mrd DM angestiegenen Subventionen (ohne Bundeszuschuß zur knappschaftlichen Rentenversicherung) allein allerdings nicht ablesen.

Für die Kokskohlesubventionierung in der Bundesrepublik ist eine Neuregelung vorgesehen, die von der

EG-Kommission noch genehmigt werden muß. Hinsichtlich der Verstromungshilfen hat diese in ihrer Entscheidung vom 30. März 1989 gefordert, daß die als „Gemeinschaftshilfen für den Steinkohlenbergbau" anzusehenden Ausgleichszahlungen allmählich zu verringern sind und „mit einem Umstrukturierungs-, Modernisierungs- und Rationalisierungsplan für den Kohlenbergbau einhergehen müssen, um zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dieses Wirtschaftszweiges beizutragen". Die als Antwort auf die Entscheidung der Kommission anzusehende Novellierung des Dritten Verstromungsgesetzes, die dem Bundestag inzwischen als Gesetzentwurf der Koalitionsparteien vorliegt, sieht eine Verringerung der Ausgleichsabgabe („Kohlepfennig") um jährlich 0,25 Prozentpunkte bis auf 7,5 vH im Jahre 1993 sowie die Übernahme von Ausgleichszahlungen (Revierausgleich, Erschwerniszuschlag) durch Bund und Revierländer vor. Die Ausgleichsabgabe bleibt damit aber immer noch über dem Stand von 1987 (7,25 vH). Diese minimale Novellierung weist sicherlich keinen neuen Weg für die Kohlepolitik in den neunziger Jahren.

Das Fortschreiben der Kokskohlenhilfe und die bis 1993 geplante Regelung für die Verstromungshilfen sind also kein wirklicher Einstieg in den Subventionsabbau. Zusammen mit der Importkontingentierung und weiteren Maßnahmen, die den Kohleschutz komplettieren, bewirken die Subventionen, daß der Steinkohlenbergbau damit vorerst in einem vom Wettbewerb der Auslandskohle total abgeschotteten Reservat verbleibt.

Die Reform der Kohlepolitik ist dringend geboten und sollte schon deshalb nicht weiter hinausgeschoben werden, weil das derzeitige Schutzsystem im europäischen Binnenmarkt keinen Bestand haben kann (JG 88 Ziffer 241). Das folgende ist zu bedenken:

- Das von Bergbau und Bundesregierung zur Rechtfertigung der Kohlesubventionen vorgebrachte Argument, der heimische Steinkohlenbergbau trage maßgeblich zur Sicherheit der Energieversorgung bei, ist schwach. Kohle — auch Kokskohle — ist auf dem Weltmarkt reichlich vorhanden.

- Das Ziel einer sicheren Energieversorgung kann in der Europäischen Gemeinschaft nicht als rein nationales Ziel verfolgt werden, sondern nur als ein gemeinschaftliches Ziel der künftigen Wirtschaftsunion. Gemessen am Kostenkriterium schneidet die Aufrechterhaltung einer größeren heimischen Förderkapazität im Vergleich zu Alternativen — britische Kohle, Energie- und insbesondere Kohlebevorratung — sehr schlecht ab.

- Selbst unter der Annahme, daß die Energiesicherung in der EG einen eigenen nationalen Steinkohlenbergbau erfordert, müssen dessen Kosten so niedrig wie möglich gehalten werden. Das derzeitige Subventionssystem, das die Wettbewerbsunterlegenheit des Bergbaus und nicht seine Sicherheitsleistung honoriert, ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht das denkbar schlechteste Subventionsverfahren.

- Besser wäre es in jedem Falle, wenn ein bestimmter Betrag pro geförderte Tonne als Subvention gewährt würde, der nach einem Plan zu verringern wäre. Mit der Vorgabe einer Degression des Subventionsbetrags wird erreicht, daß die Kosten sich in Zukunft nach den am Markte erzielbaren Preisen richten müssen, nicht wie bisher der Kohlepreis nach den Kosten.

In einer Phase der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in der dringend Fachkräfte der verschiedenen Qualifikationen gesucht werden, könnte eine schnellere Freisetzung von Arbeitskräften im Steinkohlenbergbau den Arbeitskräftemangel in anderen Wirtschaftszweigen abmildern. Die Notwendigkeit einer sozialen Abfederung ist in dieser Zeit viel weniger dringlich als in Zeiten schwächerer Konjunktur, in denen nachlassende Nachfrage für Stahl und Strom zu einem Einbruch beim Kohleabsatz führt und die Strukturprobleme des Steinkohlenbergbaus krisenartig zuspitzt. Es ist deshalb leicht einzusehen, daß für eine soziale Abfederung des notwendigen Strukturwandels weit weniger Mittel eingesetzt zu werden brauchten, als für die Aufrechterhaltung der unwirtschaftlichen Förderung veranschlagt werden. Die Einstellung der Kohlesubventionierung in der herkömmlichen Form würde nicht nur die öffentlichen Haushalte entlasten, sondern auch den notwendigen Strukturwandel beschleunigen. Der Abbau von Subventionen, die an der Wettbewerbsunterlegenheit anknüpfen, wird in jedem Falle dazu führen, daß nicht produktionsnotwendige Kosten künftig vermieden werden. Es ist nicht unrealistisch anzunehmen, daß diese Kostenverringerung ausreichen wird, um eine nennenswerte heimische Förderung — auch bei deutlicher Rückführung der Subventionen — aufrechtzuerhalten.

Beschäftigungsfallen im Umverteilungssystem

327. Der Sachverständigenrat hat schon wiederholt auf die fehlende Koordination der Maßnahmen des Umverteilungssystems hingewiesen (JG 85 Ziffer 272, JG 87 Ziffer 292). Diese Unzulänglichkeiten sind nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit finanzpolitisch bedenklich; sie behindern vor allem die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes und beeinträchtigen vielfach die Leistungsbereitschaft der Bürger. Aus diesen Störungen ergeben sich letztlich auch Belastungen der öffentlichen Haushalte.

Die Mängel der Umverteilungsregelungen bestehen darin, daß die verschiedenen Formen der Transferausgaben kaum untereinander und namentlich nicht auf die Bestimmungen des Abgabenrechts abgestimmt sind. Dadurch ergeben sich bei steigenden (Erwerbs-) Einkommen zum Teil beträchtliche Zusatzbelastungen. Diese entstehen, wenn mit steigendem Einkommen einerseits Unterstützungsleistungen wie die Sozialhilfe, das Wohngeld, das Kindergeld, die BAFöG-Zuwendungen und dergleichen gekürzt werden oder gar ganz entfallen, andererseits die Belastungen durch Sozialbeiträge und Steuern zunehmend oder überhaupt erst einsetzen. Der Ausfall von

Transfers und die Erhöhung der Abgabenlast summieren sich oft zu erheblichen Beträgen. Werden diese auf das Mehr an Brutto-Einkommen bezogen, können sich „marginale Belastungssätze" von 90 vH und mehr ergeben. Entsprechend gering ist der Zuwachs an verfügbarem Einkommen, der sich bei Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit sogar bei einem beträchtlich steigenden Brutto-Einkommen ergeben kann (Beschäftigungsfallen). Mitunter — allerdings selten — erreichen die marginalen Belastungssätze mehr als 100 vH (Umkippeffekte).

328. Es gibt mehrere Untersuchungen, denen sich zahlreiche Beispiele für derartige Ungereimtheiten entnehmen lassen. Die Beeinträchtigungen betreffen vor allem Familien im unteren, aber auch im mittleren Einkommensbereich. Namentlich für Arbeitslose mit geringer Qualifikation stellt sich deshalb häufig die Frage, ob es für sie überhaupt noch sinnvoll ist, sich um einen Arbeitsplatz zu bemühen; denn unter bestimmten Voraussetzungen verdienen sie in einem regulären Beschäftigungsverhältnis netto kaum mehr als beim gelegentlichen „Jobben" — insbesondere gilt dies für Familien mit mehreren Kindern und geringem Einkommen. Ebenso dürfte sich in manchen Fällen der Übergang von der Teilzeitarbeit in eine Vollzeitbeschäftigung kaum lohnen. Insofern haben die Ergebnisse einschlägiger Modellrechnungen wohl nicht nur theoretische, sondern auch große praktische Bedeutung, und das selbst dann, wenn die konkreten Resultate solcher Untersuchungen schnell veralten, weil inzwischen Löhne, Sozialbeiträge sowie Sozialleistungen erhöht und die Steuertarife gesenkt worden sind. Im allgemeinen dürfte dies aber nur zur Folge haben, daß sich die Einkommensbereiche etwas verschoben haben, in denen die Beschäftigungsfallen zuschnappen.

329. In unserem Umverteilungssystem sind also zumindest einige Signale falsch gestellt; denn für die Bürger ist es in bestimmten Situationen rational, ihre Lage nicht durch eigene Anstrengungen zu verbessern, sondern statt dessen Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Man mag das zum Teil auf eine zu hohe Einkommensteuerbelastung der unteren und mittleren Einkommen zurückführen, vor allem auf zu geringe Freibeträge. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Steuerlasten bei diesen Fällen im allgemeinen verhältnismäßig gering sind und daß das steuerliche Element durch die Steuerreformschritte 1988 und 1990 weiter an Bedeutung verloren hat und verlieren wird. Eine wesentlich größere Rolle spielen die Pflichtbeiträge zu den Sozialversicherungen, aber wohl auch die Höhe der Transferleistungen in Relation zu den Markteinkommen. Die wichtigste Kritik muß sich aber gegen die Regelungen richten, die für den Abbau der Sozialleistungen beim Überschreiten bestimmter Verdienstschwellen gelten. Durch Einkommensgrenzen, die mitunter für verschiedene Leistungen (fast) identisch sind, sowie andere Formen der sprunghaften Rückführung entstehen Marginalbelastungen, die weit über dem höchsten Grenzsteuersatz des Einkommensteuertarifs von derzeit noch 56 vH liegen. Wenn Leistung sich noch lohnen soll, muß dies geändert werden.

Fortsetzung der Steuerreform: Unternehmensbesteuerung

Rahmenbedingungen verbessern

330. Mit der dritten Stufe der Steuerreform treten im Jahre 1990 neue Tarife für Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in Kraft. Sie bringen auch eine erhebliche Entlastung der Unternehmen, vor allem durch Absenkung der Grenzsteuersätze, die auf den Gewinnen lasten. Zugleich werden in ersten Ansätzen Steuervergünstigungen abgebaut; damit wird die Bemessungsgrundlage für die Gewinnbesteuerung verbreitert. Was bisher an Reformschritten vollzogen wurde, weist in die richtige Richtung. Eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung, die nicht nur die Höhe der Steuersätze, sondern auch die Struktur der Steuerlast einbezieht, steht jedoch noch aus.

Ziel einer Reform der Unternehmensbesteuerung muß es sein, die Rahmenbedingungen für unternehmerische Betätigung zu verbessern. Es kommt wesentlich darauf an, Anreize für unternehmerische Tätigkeit zu verstärken und Fehlanreize, die in Höhe und Struktur der Steuerbelastung begründet sind, zu beseitigen. Dies zielt auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und bringt im Ergebnis mehr Arbeitsplätze und höhere Einkommen für alle. Soweit eine Reform der Unternehmensbesteuerung zur Entlastung höherer Einkommen führt, ist mit verteilungspolitisch motivierten Forderungen nach flankierenden Maßnahmen zur Herstellung sozialer Ausgewogenheit zu rechnen. Diesen darf jedoch nicht soweit nachgegeben werden, daß die damit verbundenen Ausfälle im Steueraufkommen die gesamte Reform in Frage stellen. Damit würde eine Chance vertan, die Wachstumskräfte der deutschen Wirtschaft nachhaltig zu stärken.

331. Die Steuerbelastung ist ein wesentlicher Faktor bei Standortentscheidungen international tätiger Unternehmen. Deshalb geht es bei der Steuerreform auch darum, die Attraktivität der Bundesrepublik als Unternehmensstandort zu erhöhen. Diese Überlegungen gewinnen dadurch an Gewicht, daß in den letzten Jahren eine Reihe wichtiger Industrieländer, darunter die Vereinigten Staaten, Japan, Großbritannien, Frankreich, die Niederlande und Österreich, eine zum Teil erhebliche steuerliche Entlastung der Unternehmen in Gang gesetzt haben.

Generelle Vergleiche von Ländern hinsichtlich der Steuerbelastung der in ihnen tätigen Unternehmen sind mit erheblichen methodischen Schwierigkeiten verbunden; die Ergebnisse sind mit größter Vorsicht zu interpretieren. Es genügt nicht, Steuersätze und deren Auswirkung bei gegebenen Bemessungsgrundlagen in bestimmten Modellfällen zu vergleichen. Wesentliche Belastungsunterschiede können auch dadurch begründet sein, daß die Bemessungsgrundlagen in unterschiedlicher Weise definiert sind.

Unterschiede gibt es vor allem in der Gewinnermittlung, insbesondere hinsichtlich des Ansatzes von Abschreibungen und Rückstellungen. Weiter ist von Bedeutung, mit welcher Strenge steuerliche Regelungen praktisch gehandhabt werden. Man darf sich beim Vergleich auch nicht auf die Steuern beschränken, muß vielmehr immer auch berücksichtigen, daß der Nachteil höherer Steuerbelastung in einem Land durch andere Vorteile kompensiert werden kann, namentlich durch bessere staatliche Infrastrukturleistungen, oder zum Beispiel durch aus Steuern finanzierte Sozialleistungen, die Löhne und Lohnnebenkosten entlasten.

Die methodischen Probleme eines internationalen Steuerbelastungsvergleichs sind bisher nicht in befriedigender Form gelöst. Dies gilt insbesondere auch für die Einbeziehung unterschiedlicher Methoden der Gewinnermittlung. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß bei relativen Vergünstigungen in Form höherer Abschreibungen, Wertberichtigungen oder Rückstellungen zwar zunächst ein niedrigerer Gewinn ausgewiesen wird und somit eine geringere Steuerschuld entsteht, daß dies aber bei der üblichen bilanziellen Gewinnermittlung in späteren Jahren durch höhere ausgewiesene Gewinne und höhere Steuerlasten kompensiert wird. Es ist deswegen methodisch verfehlt, nur ein Abrechnungsjahr in den Vergleich einzubeziehen, in dem die abschreibungs-, wertberichtigungs- und rückstellungsbedingten Minderungen des ausgewiesenen Gewinns voll wirksam werden, dabei aber die Folgeeffekte in späteren Perioden zu vernachlässigen. Bei unverändertem Steuersatz bleibt von der Vergünstigung eine zeitliche Verlagerung der Steuerzahlung, somit ein Zinsvorteil. Abschreibungen und Rückstellungen sind in der Bundesrepublik für die Unternehmen teilweise günstiger geregelt als in anderen Ländern, die dafür niedrigere Steuersätze haben. Die Vorteile deutscher Unternehmen aus der günstigeren Form der Gewinnermittlung werden jedoch stark überschätzt, wenn nur das Abrechnungsjahr betrachtet wird, in dem sich die abschreibungs- und rückstellungsbedingte Minderung des steuerlichen Gewinns erstmals auswirkt.

Die vorliegenden Steuerbelastungsvergleiche deuten in ihrer Mehrzahl darauf hin, daß die Bundesrepublik zu den Ländern mit der höchsten steuerlichen Belastung der Unternehmensgewinne zählt. Dabei zeigt sich ein deutlicher Abstand gegenüber wichtigen konkurrierenden Standorten, vor allem Großbritannien und den Vereinigten Staaten.

Noch wichtiger ist aber der folgende Befund: Thesaurierte Gewinne von Kapitalgesellschaften werden in zahlreichen Ländern erheblich niedriger belastet als in der Bundesrepublik. Dies liegt in erster Linie in niedrigeren Körperschaftsteuersätzen begründet. Hinsichtlich der ausgeschütteten Gewinne haben die Unternehmen in den betreffenden Ländern im Vergleich zur Bundesrepublik keine oder nur noch geringe Vorteile, teils weil die Einkommensteuersätze hoch sind, teils weil es zu einer Doppelbelastung der ausgeschütteten Gewinne kommt. Aus diesem Befund muß nicht die Konsequenz gezogen werden, die thesaurierten Gewinne seien in der Bundesrepublik in entsprechender Weise zu begünstigen; vieles spricht gegen eine derartige Regelung (Ziffer 336). Wenn es aber in der Bundesrepublik bei einer im Prinzip an Ausschüttungsneutralität orientierten Besteuerung bleibt, kann der in anderen Ländern bei Thesaurierung bestehende Steuervorteil nur durch niedrigere Besteuerung des Gewinns unabhängig von dessen Verwendung kompensiert werden.

Senkung der entscheidungsrelevanten Steuerlast

332. Maßgeblich für den Einfluß der Besteuerung auf eine unternehmerische Entscheidung ist, welche zusätzliche Steuerlast durch die in Betracht gezogene Maßnahme entsteht und welcher Anteil des voraussichtlichen Gewinns nach Steuern übrig bleibt. Wegen der besonderen Bedeutung der am Gewinn bemessenen Steuern steht meist die Grenzbelastung des Gewinns im Vordergrund des Interesses. Dieser Grenzsteuersatz ist unterschiedlich hoch je nach persönlichen Verhältnissen des Unternehmers und je nach Rechtsform, bei Kapitalgesellschaften auch nach der Verwendung des Gewinns; er hängt auch vom Gewerbesteuerhebesatz ab. Unter realistischen Voraussetzungen liegt er jedoch auch nach 1990 durchweg über 60 vH. Hierbei ist noch nicht berücksichtigt, daß zusätzliche Steuern zu zahlen sind, die auf anderen Bemessungsgrundlagen beruhen.

Eine hohe Grenzbelastung des Gewinns wirkt demotivierend auf unternehmerische Initiative. Sie lenkt Energien in ineffiziente Richtungen, indem sie einen übermäßigen Anreiz zur Suche nach steuergünstigen Gestaltungen schafft. Bei einem über 50 vH liegenden Grenzsteuersatz ist es lohnender, nach steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten zu suchen, als sich um die Erwirtschaftung zusätzlichen Einkommens in gleicher Höhe zu bemühen.

Daß eine hohe Grenzbelastung die Investitionsbereitschaft hemmt, wird gelegentlich bestritten. Der theoretische Beweis, daß das Ergebnis des Investitionskalküls durch die Höhe des Grenzsteuersatzes unberührt bleibt, gelingt allerdings nur unter den Voraussetzungen eines bestimmten Rechenmodells, unter den Annahmen nämlich, daß die Kapitalerträge bei allen Anlageformen in gleicher Weise besteuert werden, daß der Steuertarif linear ist und daß unbegrenzte Verlustausgleichmöglichkeiten bestehen. Das Ergebnis gilt nicht mehr, wenn andere Anlageformen steuerlich begünstigt sind, sei es auch nur, weil festverzinsliche Anlagen leichter der Besteuerung entzogen werden können. Bei einem progressiven Tarif und begrenzten Verlustausgleichmöglichkeiten werden riskante unternehmerische Investitionen durch einen hohen Grenzsteuersatz weit stärker getroffen als festverzinsliche Anlagen, weil im Erfolgsfall hohe Gewinne in besonderem Maße geschmälert werden, während eventuelle Verluste nur zu geringen oder gar keinen Steuerminderungen führen; im Ergebnis wird die Risikoprämie stark beschnitten.

333. Für unternehmerische Entscheidungen ist nicht nur die am Gewinn bemessene Grenzbelastung von Bedeutung. Vielmehr wird im Entscheidungskalkül auch berücksichtigt, daß sich andere Steuerbemessungsgrundlagen ändern und zusätzliche Steuerlasten erzeugen. Man wird insbesondere bei Investitionsentscheidungen auch in den Kalkül einbeziehen, daß sich durch eine Investition die Bemessungsgrundlagen für Vermögensteuer und Gewerbekapitalsteuer verändern. Die für eine unternehmerische Entscheidung, vor allem für eine Investitionsentscheidung, maßgebliche Veränderung der Steuerlast ist somit unter Berücksichtigung aller Steuerbemessungsgrund-

lagen zu ermitteln, die durch die Entscheidung verändert werden. Bei manchen Entscheidungen sind alle Steuern relevant, vor allem bei internationalen Standortentscheidungen.

334. Hohe Grenzsteuersätze auf den Gewinn als Bemessungsgrundlage wirken einerseits demotivierend, haben andererseits im Vergleich zu gewinnunabhängig bemessenen Steuern aus der Sicht des Unternehmens den Vorzug, daß der Staat sich am Risiko beteiligt. Deswegen wäre es auch kein sinnvoller Ausweg, die Senkung der gewinnbezogenen Grenzsteuersätze dadurch zu kompensieren, daß man die Steuerlast stärker auf andere, vom Gewinn unabhängige Bemessungsgrundlagen verlagert. Damit würde zwar der Grenzgewinn entlastet, zugleich aber das Risiko des Unternehmens erhöht. Bei unternehmerischen Entscheidungen sind die Gewinnerwartungen stets unsicher. Geht man von bestimmten Wahrscheinlichkeitsvorstellungen über den Gewinn vor Steuern aus, so erhöht sich das Gewinnrisiko, wenn man von der Steuerbemessung am Gewinn zu anderen Bemessungsgrundlagen übergeht. Dies gilt in um so stärkerem Maße, je geringer die Bemessungsgrundlage mit dem Gewinn korreliert ist.

Die Risikobeteiligung des Staates wäre in reiner Form bei einem linearen Tarif und unbegrenztem Verlustausgleich realisiert. Bei progressivem Tarif und begrenzten Verlustausgleichmöglichkeiten beteiligt sich der Staat in erhöhtem Maß an hohen Gewinnen, hingegen nicht oder nur eingeschränkt an Verlusten. Dennoch ist die Risikobeteiligung des Staates auch bei dieser Ausprägung der Gewinnbesteuerung größer als bei jeder anderen Bemessungsgrundlage. Eine vom Gewinn unabhängig bemessene Steuer kann deswegen bei gleichem mittleren Aufkommen noch stärker investitionshemmend wirken als eine Gewinnsteuer.

Daraus darf aber nicht ohne weiteres die Folgerung gezogen werden, die Steuerreform müsse in erster Linie auf eine Entlastung bei den gewinnunabhängig bemessenen Steuern zielen. Damit würde dem Staat implizit die Funktion zugewiesen, sich am unternehmerischen Risiko zu beteiligen. Grundsätzlich ist es die Funktion der Kapitalmärkte, über Beteiligungstitel dafür zu sorgen, daß die Unternehmensrisiken von Kapitalanlegern getragen werden, die dazu bereit sind und die in ihrem Portefeuille einen Risikoausgleich erreichen können. Allerdings haben viele Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere, zu diesem Markt keinen Zugang. Für diese Unternehmen bedeutet es eine wesentliche Risikoentlastung, wenn die Besteuerung nach dem Gewinn und nicht nach gewinnunabhängigen Größen bemessen wird.

Als Argument zur Rechtfertigung einer Beteiligung des Staates am Risiko der Unternehmen kann angeführt werden, daß der Staat durch Beteiligung am Gewinn aller Unternehmen einen mindestens ebenso guten Risikoausgleich erreichen kann, wie dies einem Kapitalanleger mit einem voll diversifizierten Portefeuille möglich ist. Dies trifft allerdings nicht für alle öffentlichen Körperschaften zu, denen das Aufkommen aus der Unternehmensbesteuerung zufließt. Es gilt für den Bund, begrenzt auch noch für die Länder, jedenfalls für die größeren, nicht jedoch für die Gemeinden. Diese Überlegung ist im Zusammenhang mit einer Reform der Gewerbesteuer von grundlegender Bedeutung. In der Diskussion hierzu steht aus der Sicht der Unternehmen die Forderung nach Abschaffung der gewinnunabhängigen Gewerbekapitalsteuer im Vordergrund; die Gewerbeertragsteuer wird zwar auch abgelehnt, jedoch nicht mit gleichem Nachdruck. Dabei wird durchweg ohne nähere Begründung als selbstverständlich vorausgesetzt, daß es sinnvoll ist, Unternehmensrisiko auf die Gemeinden zu verlagern, obwohl auf dieser Ebene Diversifikation und Risikomischung kaum zu erzielen sind.

Finanzierungs- und Rechtsformneutralität

335. Das geltende Steuersystem ist nicht finanzierungsneutral. Die Kreditfinanzierung wird gegenüber der Beteiligungsfinanzierung begünstigt. Damit wird gerade die Finanzierungsweise, die sich am besten für Investitionen mit hohem Risiko eignet, steuerlich benachteiligt.

Hier muß auch ein Zusammenhang mit der Risikobeteiligung des Staates durch Steuerbemessung am Gewinn gesehen werden. Je besser es den Unternehmen gelingt, ihr Risiko über Beteiligungsfinanzierung in diversifizierte Portefeuilles von Kapitalanlegern zu verlagern, desto eher kann auf eine Risikobeteiligung des Staates verzichtet werden, das heißt, desto eher lassen sich gewinnunabhängige Steuerbemessungsgrundlagen vertreten. Es ist widersinnig, daß einerseits die Beteiligungsfinanzierung durch steuerliche Diskriminierung behindert wird, andererseits der Staat sich über die Steuerbemessungsgrundlagen selbst in verstärktem Maße am Unternehmensrisiko beteiligt.

Die Begünstigung des Fremdkapitals liegt heute vor allem im Bereich der Gewerbesteuer. Als Dauerschulden qualifiziertes Fremdkapital wird nur zur Hälfte in die Bemessungsgrundlage der Gewerbekapitalsteuer einbezogen. Entsprechendes gilt für die Zinsen auf Dauerschulden hinsichtlich der Gewerbeertragsteuer. Fremdkapital, das nicht zu den Dauerschulden zu rechnen ist, wird überhaupt nicht von der Gewerbesteuer erfaßt. Eine weitere Benachteiligung der Beteiligungsfinanzierung entsteht speziell für Kapitalgesellschaften durch die Vermögensteuer. Hier ergibt sich eine Doppelbelastung des Eigenkapitals daraus, daß zum einen das Betriebsvermögen der Kapitalgesellschaft, zum anderen (wenn auch mit abweichender Bewertung) der Anteilsbesitz der Anteilseigner der Vermögensbesteuerung unterliegt. Soweit Fremdkapital eingesetzt wird, kommt es nicht zu dieser Doppelbelastung, weil Verbindlichkeiten das Betriebsvermögen mindern und nur die Kapitalforderungen bei deren Inhabern der Vermögensteuer unterliegen. Für Kapitalgesellschaften wird die Zuführung von Eigenkapital zudem noch durch die Gesellschaftsteuer belastet; eine entsprechende Belastung für die Zuführung von langfristigem Fremdkapital gibt es nicht.

Eine schwerwiegende und nicht einfach zu behebende Begünstigung der Fremdfinanzierung ergibt sich daraus, daß Zinseinkünfte und Kapitalforderungen leichter der Besteuerung entzogen werden können als Gewinne und Betriebsvermögen. Dem ließe sich durch verschärfte Kontrollen oder eine Quellensteuer entgegenwirken. Derartige Regelungen können jedoch, wie sich gezeigt hat, zu Ausweichreaktionen der Kapitalanleger mit schädlichen Folgen führen.

Die steuerliche Begünstigung der Fremdfinanzierung hat dazu geführt, daß in vielen Fällen Beteiligungskapital durch Gesellschafterdarlehen ersetzt wird. Um dem entgegenzuwirken, wird heute erwogen, Gesellschafterdarlehen an Kapitalgesellschaften steuerrechtlich dem Beteiligungskapital gleichzustellen. Eine derartige Trennung der steuerrechtlichen Beurteilung von der zivilrechtlichen Konstruktion ist wenig sinnvoll und führt zu kaum lösbaren Abgrenzungsschwierigkeiten. Das Problem löst sich von selbst, wenn die steuerliche Diskriminierung der Beteiligungsfinanzierung gegenüber der Kreditfinanzierung beseitigt wird.

336. Ob die Besteuerung neutral hinsichtlich der Gewinnverwendung sein soll, ist umstritten. Vielfach wird in der Begünstigung thesaurierter Gewinne gegenüber ausgeschütteten eine geeignete Form der allgemeinen Investitionsförderung gesehen. Wie verbreitet diese Auffassung ist, geht daraus hervor, daß in einer Reihe wichtiger Industrieländer (darunter die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Japan) die Gewinnthesaurierung erheblich begünstigt wird.

Die steuerliche Begünstigung thesaurierter Gewinne ist jedoch bei genauer Betrachtung eine verfehlte Form der Investitionsförderung, deren Nachteile auf längere Sicht die Vorteile weit überwiegen. Der grundlegende Fehler liegt darin, daß einseitig das interne Wachstum bestehender Unternehmen gefördert wird. Hingegen werden Kapitalbewegungen zwischen den Unternehmen und die Kapitalzufuhr zu neugegründeten Unternehmen behindert. Das eine begünstigt die Konzentration, das andere erhöht Marktzugangsbarrieren für Neugründungen. Die Begünstigung des internen Wachstums ist unabhängig davon, wie das intern gebildete Kapital investiert wird, ob in Sachinvestitionen, Beteiligungen oder reinen Finanzanlagen. Um Gewinnentnahmen und die damit verbundene höhere Steuerbelastung zu vermeiden, sucht man günstigere Wege, die Verlagerung von Kapital in andere Unternehmen zu ermöglichen. Als Ausweg bietet sich hierzu die Veräußerung von Unternehmen und Unternehmensteilen an. Der Markt für Fusionen und Übernahmen gewinnt an Umfang und Bedeutung.

Wenn thesaurierte Gewinne unabhängig von ihrer investiven Verwendung begünstigt werden, handelt es sich zunächst nicht um Investitionsförderung, sondern um Sparförderung; positive Auswirkungen auf Investitionen erhofft man davon als Sekundäreffekt. Es wäre nur konsequent, alle Formen des Sparens in gleicher Weise zu begünstigen; dies würde im Ergebnis zu einer direkten Konsumbesteuerung führen. Für grundlegende Veränderungen des Steuersystems in diese Richtung gibt es theoretische Modelle, die jedoch nicht so ausgereift sind, daß sie in der aktuellen Diskussion um eine Reform der Unternehmensbesteuerung in Betracht gezogen werden sollten.

Gewinnverwendungsneutralität ist jedenfalls in dem Sinne anzustreben, daß es nicht zu einer einseitigen Begünstigung intern finanzierter Investitionen kommt. Gewinnverwendungsneutralität zu erreichen, ist allerdings vor allem bei Kapitalgesellschaften mit gewissen Schwierigkeiten verbunden. Welche Lösung hier vorzuziehen ist, hängt wesentlich davon ab, ob und in welcher Weise zugleich Rechtsformneutralität der Besteuerung angestrebt wird.

337. Nach geltendem Recht wird die Besteuerung sehr stark von der Rechtsform des Unternehmens bestimmt. Auf der einen Seite ist die Kapitalgesellschaft stärker belastet, vor allem durch die Doppelbelastung mit Vermögensteuer und durch die mit der Zuführung von Eigenkapital verbundene Gesellschaftsteuer. Andererseits gibt es auch Regelungen, die sich zuungunsten der Personengesellschaft und des Einzelunternehmens auswirken. Dies gilt insbesondere für die gewerbesteuerliche Behandlung des Unternehmerlohns. Das Gehalt des Geschäftsführers einer Kapitalgesellschaft mindert den Gewerbeertrag, auch wenn er zugleich Gesellschafter ist; die entsprechenden Bezüge des geschäftsführenden Gesellschafters einer Personengesellschaft oder die eines Einzelunternehmers sind hingegen Teil des Gewerbeertrags. Dieser Unterschied fällt vor allem bei Klein- und Mittelunternehmen stark ins Gewicht. Hinzu kommt, daß in der Personengesellschaft und im Einzelunternehmen nicht in gleicher Weise wie in der Kapitalgesellschaft eine Rückstellung für die Altersversorgung des geschäftsführenden Gesellschafters oder Inhabers gebildet werden kann.

Im Einzelfall können die steuerlichen Vorzüge der einen oder der anderen Rechtsform überwiegen. Damit gewinnen steuerliche Erwägungen maßgeblichen Einfluß auf die Wahl der Rechtsform. Dies führt in vielen Fällen dazu, daß personenbezogene Unternehmen in die Rechtsform der Kapitalgesellschaft gedrängt werden. In anderen Fällen werden phantasievolle gesellschaftsrechtliche Konstruktionen gefunden, um der besonderen Steuerbelastung der Kapitalgesellschaft auszuweichen. Hierzu gehört auch die Ersetzung von Eigenkapital durch Gesellschafterdarlehen. Eine nach der Rechtsform differenzierte Besteuerung ist ökonomisch schwerlich zu begründen. Rechtsformneutrale Besteuerung kann auf verschiedene Weise verwirklicht werden. Heute stehen vor allem zwei Modelle zur Diskussion: die Teilhabersteuer (Ziffer 338) und die Betriebssteuer (Ziffer 339). Aber auch ohne einen grundlegenden Systemwechsel läßt sich das geltende Steuerrecht der Rechtsformneutralität annähern (Ziffer 340).

338. Die Teilhabersteuer beruht auf dem Grundgedanken, die Gewinne von Kapitalgesellschaften in gleicher Weise wie die von Personengesellschaften zu besteuern, das heißt sie als Einkommen den Teilhabern zuzurechnen und bei diesen der Einkommensbesteuerung zu unterwerfen. Die Anonymität der Teil-

haber kann hierbei gewahrt werden, indem bei den Unternehmen zunächst eine Körperschaftsteuer erhoben wird, die aber dann von den Teilhabern auf ihre Einkommensteuerschuld angerechnet wird. Der Vorzug dieses Systems liegt darin, daß Rechtsformneutralität und Gewinnverwendungsneutralität ohne Einschränkung erreicht werden. Bei der Besteuerung des Gewinneinkommens kommt der personenbezogene Steuertarif voll zur Geltung. Die Teilhabersteuer wäre allerdings auch mit einigen technisch schwer zu lösenden Schwierigkeiten verbunden. Offen ist insbesondere, wie die Gewinnzurechnung auf Teilhaber erfolgen soll, wenn ein Anteil während des Geschäftsjahres den Besitzer gewechselt hat.

Weit schwerwiegender aber ist der Einwand, daß die Teilhabersteuer nicht in das System der internationalen Doppelbesteuerungsabkommen paßt. Um eine gravierende Benachteiligung ausländischer Teilhaber zu vermeiden, müßte erreicht werden, daß die auf den Gewinn einbehaltene Körperschaftsteuer auch im Ausland angerechnet würde. Diese Anrechnung wäre wiederum nicht sinnvoll, wenn der Gewinn nicht ausgeschüttet wird und beim ausländischen Teilhaber, wie allgemein üblich, gar nicht zum steuerpflichtigen Einkommen gehört. Eine befriedigende Lösung ergäbe sich nur, wenn alle Länder zur Teilhabersteuer übergingen und auch die Doppelbesteuerungsabkommen darauf abgestimmt würden. Eine derart grundlegende Umstellung ist kaum zu erreichen.

339. In der aktuellen Diskussion steht das Modell einer Betriebssteuer, bei dem die Rechtsformneutralität im Unterschied zur Teilhabersteuer durch Anpassung in umgekehrte Richtung erreicht werden soll: Die Besteuerung der Personengesellschaft wird der der Kapitalgesellschaft angepaßt. Gewinne von Personengesellschaften und Einzelunternehmen unterliegen zunächst der Körperschaftsteuer. Der persönlichen Einkommensteuer der Gesellschafter oder Eigentümer unterliegt nur der ausgeschüttete Gewinn, wobei die darauf entfallende Körperschaftsteuer angerechnet wird. Zugleich wird erreicht, daß Bezüge und Beiträge zur Altersversorgung von geschäftsführenden Gesellschaftern oder Inhabern unabhängig von der Rechtsform in gleicher Weise berücksichtigt werden. Für Kleinunternehmen, die durch die Umstellung auf das neue System zu stark administrativ belastet würden, kann die Option für eine Besteuerung nach bislang geltendem Recht eröffnet werden.

Die Betriebssteuer in dieser Form führt nicht zu einer gewinnverwendungsneutralen Besteuerung, weil, wie es heute schon bei Kapitalgesellschaften der Fall ist, einbehaltene Gewinne mit dem Körperschaftsteuersatz, ausgeschüttete Gewinne hingegen mit dem persönlichen Einkommensteuersatz der Gesellschafter belastet werden. Eine einseitige Begünstigung der Gewinnthesaurierung kann vermieden werden, wenn der Körperschaftsteuersatz auf einbehaltene Gewinne mit dem Spitzensatz der Einkommensteuer übereinstimmt. Dies entspricht allerdings nicht den Intentionen, die heute mit dem Modell verfolgt werden; die Betriebssteuer wird unter dem Gesichtspunkt befürwortet, daß sie die Möglichkeit eröffnet, thesaurierte Gewinne wesentlich zu entlasten, ohne damit eine allgemeine Senkung des Spitzensatzes der Einkommensteuer zu verbinden. Die Gründe, die entschieden gegen die damit verbundene Begünstigung der Gewinnthesaurierung sprechen, sind in Ziffer 336 ausgeführt worden. Eine Betriebssteuer, die leicht in den Dienst einer verfehlten Investitionsförderungspolitik gestellt werden kann, ist abzulehnen, weil sie nicht der erforderlichen strukturellen Bereinigung dient.

340. Eine Annäherung an Rechtsformneutralität und Gewinnverwendungsneutralität läßt sich auch im Rahmen des heute praktizierten Systems der Besteuerung erreichen. Notwendig wäre eine Beseitigung der vermögensteuerlichen Benachteiligung der Kapitalgesellschaft, die Abschaffung der Gesellschaftsteuer, eine Umgestaltung der Gewerbesteuer, außerdem eine geeignete Regelung für die Altersversorgung von Einzelunternehmern und geschäftsführenden Gesellschaftern von Personengesellschaften. Als wesentlicher rechtsformbezogener Unterschied bleibt dann noch, daß die Gewinne von Personengesellschaften steuerlich ganz den Gesellschaftern zugerechnet werden, während dies bei Kapitalgesellschaften unter Berücksichtigung der Anrechnung nur für die ausgeschütteten Gewinne gilt; die einbehaltenen Gewinne unterliegen nur der Körperschaftsteuer.

Damit eine Begünstigung der Gewinnthesaurierung und damit auch der Kapitalgesellschaft vermieden wird, darf der Körperschaftsteuersatz nicht unter dem Spitzensatz der Einkommensteuer liegen. Dies kann allerdings dazu führen, daß der Gewinn einer Kapitalgesellschaft höher besteuert wird als der einer im übrigen gleichartigen Personengesellschaft, wenn nämlich der Einkommensteuersatz der Gesellschafter unter dem Spitzensatz liegt. Die Kapitalgesellschaft kann dem ausweichen, indem sie den Gewinn ausschüttet und anschließend eine entsprechende Kapitalerhöhung vornimmt. Damit dabei keine neue Steuerbelastung entsteht, muß die Gesellschaftsteuer entfallen. Gewisse Schwierigkeiten ergeben sich für Kapitalgesellschaften, deren Gesellschafterkreis so groß ist, daß ein Einvernehmen über Gewinnausschüttung und sofortige Kapitalerhöhung nicht ohne weiteres erzielt werden kann, die andererseits aber auch die durch Gewinnausschüttung entstehende Eigenkapitallücke nicht durch Emission von Beteiligungstiteln auf dem Kapitalmarkt decken können. Allerdings ist dieses Problem weniger gravierend, wenn Körperschaftsteuersatz und Spitzensatz der Einkommensteuer abgesenkt werden und damit der Abstand zu möglicherweise niedrigeren Steuersätzen von Gesellschaftern verringert wird.

Abbau der Diskriminierung grenzüberschreitender Kapitalanlagen

341. Mit der Liberalisierung der Kapitalmärkte gewinnt die Beteiligung ausländischer Investoren an deutschen Unternehmen wachsende Bedeutung. Grenzüberschreitende Kapitalbewegungen dieser Art werden behindert, wenn durch nicht aufeinander abgestimmte Steuersysteme und fehlende oder unvollständige Doppelbesteuerungsabkommen die Kapitalerträge in besonderem Maße steuerlich belastet wer-

den. Dies zu verhindern, liegt nicht allein in der Macht der nationalen Steuergesetzgebung. Diese muß aber geeignete Voraussetzungen dafür schaffen, daß wirksame Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen werden können.

Das in der Bundesrepublik geltende körperschaftsteuerliche Anrechnungsverfahren bewirkt, daß für inländische Steuerpflichtige eine Doppelbelastung ausgeschütteter Gewinne unterbleibt. Dieser Effekt tritt jedoch nicht gegenüber Ausländern ein, solange die gezahlte Körperschaftsteuer nicht auch in deren Wohnsitzland angerechnet wird. Eine Reihe von europäischen Ländern hat das Anrechnungsverfahren in verschiedenen Varianten bereits eingeführt. Es erscheint deswegen nicht aussichtslos, Übereinkunft über gegenseitige Anrechnung zu erreichen. Dies entspräche auch dem für Doppelbesteuerungsabkommen allgemein geltenden Grundsatz, daß Unternehmensgewinne am Sitz des Unternehmens zu versteuern sind.

Bemerkenswert ist, daß bei Beteiligungen, die die Grenze von 25 vH überschreiten, bereits heute eine Freistellung von der Doppelbelastung ausgeschütteter Gewinne erreicht werden kann, dann nämlich, wenn ein Doppelbesteuerungsabkommen das internationale Schachtelprivileg vorsieht. Dies hat zur Folge, daß von einer Tochtergesellschaft ausgeschüttete Gewinne bei der Muttergesellschaft nicht mehr besteuert werden. Ist der Körperschaftsteuersatz für ausgeschüttete Gewinne niedrig, wie dies in der Bundesrepublik der Fall ist, so ergibt sich für Gewinne aus Beteiligungen eine erhebliche steuerliche Begünstigung. Benachteiligt bleiben hingegen Kapitalanlagen, die unter der für das Schachtelprivileg maßgeblichen Grenze von 25 vH bleiben. Bei allgemeiner Anwendung des Anrechnungsprinzips könnten das Schachtelprivileg und die mit ihm verbundene wenig sinnvolle Diskriminierung entfallen.

Zu Schwierigkeiten führt der für Doppelbesteuerungsabkommen übliche Grundsatz, daß Zinsen im Wohnsitzland des Empfängers, Gewinne hingegen am Sitz des Unternehmens besteuert werden. Dies steht, solange es unterschiedliche Steuersätze in verschiedenen Ländern gibt, zwangsläufig in Widerspruch zur Finanzierungsneutralität. Insbesondere besteht für einen Financier in einem Niedrigsteuerland der Anreiz, Investitionen in einem Land mit höheren Steuern stärker durch Darlehen als durch Beteiligungskapital zu finanzieren. Dem dadurch zu begegnen, daß man unter bestimmten Voraussetzungen Gesellschafterdarlehen steuerlich wie Beteiligungskapital behandelt, ist ein wenig befriedigender Ausweg. Er führt zu kaum lösbaren Abgrenzungsproblemen und damit zu unklaren Regelungen. Eine einwandfreie Lösung ist nur möglich, wenn man bei der Ursache der Anreizverzerrung ansetzt, der in den Doppelbesteuerungsabkommen angelegten Abweichung von der Finanzierungsneutralität.

Reform der Gewerbesteuer

342. Die Gewerbesteuer ist eine Besonderheit des deutschen Steuersystems; sie ist heute stark umstritten. Die Kritik richtet sich vor allem dagegen, daß sie eine Sonderlast auf das in mittleren und großen Unternehmen investierte Kapital und dessen Erträge darstellt. Darauf gründet sich vielfach die Forderung nach Abschaffung der Gewerbesteuer. Vor allem die Gewerbekapitalsteuer ist Gegenstand heftiger Kritik, da sie wegen der gewinnunabhängigen Bemessungsgrundlage das Risiko erhöht und bei ungünstiger Geschäftslage zur Substanzbesteuerung führt. Auf Ablehnung stößt aber auch die Gewerbeertragsteuer, weil sie wesentlich zur hohen Grenzbelastung von Unternehmensgewinnen beiträgt.

Die Gewerbesteuer fließt zum größten Teil den Gemeinden zu. Die Forderung nach Abschaffung der Gewerbesteuer ist nur vertretbar, wenn zugleich eine sinnvolle Alternative für die Gemeindefinanzierung angegeben wird. Hierbei darf ein wesentliches Element der geltenden Gewerbesteuer nicht verlorengehen, nämlich das Hebesatzrecht der Gemeinden. Das Hebesatzrecht gewährt den Gemeinden einen gewissen Grad von Einnahmenautonomie. Es ermöglicht ihnen, die Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer, ebenso aber auch die damit finanzierten Leistungen als Instrumente im Wettbewerb um Arbeitsstätten mit anderen Standorten einzusetzen. Ersatzlösungen für die Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzierung, die das Hebesatzrecht aufheben oder in einer Weise umgestalten, daß es als Wettbewerbsinstrument untauglich wird, zum Beispiel durch Anrechnung auf eine andere Steuerart, sollten deswegen nicht in Betracht gezogen werden.

343. Der Sachverständigenrat befürwortet eine Umgestaltung der Gewerbesteuer durch Änderung der Bemessungsgrundlage in Verbindung mit einer Verbreiterung der Besteuerungsbasis. Bemessungsgrundlage soll die Wertschöpfung sein, ermittelt als Summe der im Betrieb erwirtschafteten Einkommen, das heißt der Löhne, der Zinsen, der Mieten und Pachten sowie des Gewinns. Steuerpflichtig sollen nicht nur Gewerbebetriebe sein, sondern alle, die umsatzsteuerpflichtige Leistungen erbringen, darüber hinaus auch alle Arbeitsstätten, in denen andere als marktfähige Leistungen erstellt werden. Dazu zählen vor allem auch Behörden und andere öffentliche Institutionen.

Die Begründung für eine derart geregelte Gewerbesteuer ist, daß die Gemeinden Infrastrukturleistungen erbringen, die von Betrieben und sonstigen Arbeitsstätten in Anspruch genommen werden und Grundlage für deren Tätigkeit sind. Es dient der ökonomischen Effizienz, wenn die mit den Leistungen verbundenen Kosten denen angelastet werden, die sie in Anspruch nehmen. Eine genaue Entsprechung von Leistung und Gegenleistung kann es bei öffentlichen Gütern nicht geben. Die Bemessung der Gewerbesteuer nach den in Betrieben und sonstigen Arbeitsstätten erzielten Einkommen folgt aber dem Prinzip der Gruppenäquivalenz; die Nutznießer von kommunalen Leistungen tragen insgesamt die damit verbundenen Kosten.

Mit dem Übergang zur Wertschöpfung als Bemessungsgrundlage werden zugleich einige Unzulänglichkeiten der geltenden Gewerbesteuer behoben.

Die Begünstigung des Fremdkapitals gegenüber dem Eigenkapital entfällt, ebenso die Benachteiligung geschäftsführender Gesellschafter von Personengesellschaften und die von Einzelunternehmern. Die breitere Basis ermöglicht zugleich eine Senkung der Steuerlast für die bisher allein belasteten gewerblichen Betriebe; diese müssen bislang für Infrastrukturleistungen aufkommen, die von einem viel breiteren Kreis von Begünstigten genutzt werden.

344. Gegen die Ausgestaltung der Gewerbesteuer als Wertschöpfungsteuer gibt es zwei sehr ernst zu nehmende Einwände. Der erste Einwand ist, daß damit die Gewerbesteuer als Sonderbelastung der Unternehmen erhalten bleibt. Speziell richtet sich hierbei die Kritik gegen die Bemessung am Faktoreinsatz, insbesondere am Arbeitseinsatz, sowie dagegen, daß Investitionen die Wertschöpfung als Bemessungsgrundlage nicht mindern. Der zweite Einwand bezieht sich auf die Verwendung einer gewinnunabhängigen und damit das Unternehmensrisiko ungünstig beeinflussenden Bemessungsgrundlage. Dies ist das gleiche Argument, auf dem auch die vehemente Kritik an der Gewerbekapitalsteuer beruht.

Dem Einwand, es handele sich um eine Sonderbelastung der Unternehmen, ist zu entgegnen, daß eine solche Belastung ökonomisch begründet ist, wenn ihr von den Gemeinden erbrachte Leistungen für die Unternehmen entsprechen. Auch der Einwand gegen die Bemessung am Faktoreinsatz und die Einbeziehung der Investitionen wird hinfällig, wenn ein Zusammenhang zwischen Faktoreinsatz und Inanspruchnahme von Leistungen herleitbar ist. Gerade hinsichtlich der von den Gemeinden im Verkehrsbereich erbrachten Leistungen scheint die Vermutung begründet, daß ein Zusammenhang mit dem Faktoreinsatz in Betrieben und sonstigen Arbeitsstätten besteht. Die Verteuerung des Faktoreinsatzes ist ökonomisch sinnvoll, wenn sie der Internalisierung an anderer Stelle entstehender Kosten für in Anspruch genommene Leistungen entspricht. Im übrigen soll die Wertschöpfungsteuer nicht nur gewerbliche Unternehmen belasten, sondern alle Institutionen, in denen ein entsprechender Faktoreinsatz erfolgt.

Es trifft zu, daß eine an der Wertschöpfung zu bemessende Gewerbesteuer das Unternehmensrisiko ungünstiger beeinflußt als eine am Gewinn bemessene. Dagegen ist einzuwenden, daß die Gemeinden weit weniger als die übergeordneten Gebietskörperschaften geeignete Risikoträger sind. Die Möglichkeit der Risikominderung durch Diversifikation ist für sie sehr begrenzt, viel begrenzter als für Kapitalanleger, die ein diversifiziertes Portefeuille von Beteiligungstiteln bilden können. Eine begrenzte Risikobeteiligung der Gemeinden bleibt im übrigen auch bei der Wertschöpfungsteuer bestehen, weil die Wertschöpfung mit dem Gewinn korreliert ist, und zwar wesentlich stärker als das im geltenden Steuersystem zugrunde gelegte Gewerbekapital. Die Gewerbekapitalsteuer würde mit Einführung der Wertschöpfungsteuer entfallen; außerdem wäre wegen der breiteren Bemessungsbasis die Belastung des einzelnen Unternehmens geringer. Für die heute bereits gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen würde nicht nur die Steuerlast reduziert, auch die Risikosituation wäre günstiger als bei der derzeitigen Steuerbemessung an Gewerbeertrag und Gewerbekapital.

Folgerungen

345. Der Sachverständigenrat sieht eine zieladäquate und realisierbare Konzeption für die Reform der Unternehmensbesteuerung in folgendem Maßnahmenpaket:

— Der Spitzensatz der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne werden in gleicher Höhe festgesetzt; der Satz soll 48 vH nicht überschreiten, nach Möglichkeit noch niedriger liegen.

— Die an Gewerbeertrag und Gewerbekapital bemessene Gewerbesteuer entfällt. An ihre Stelle tritt unter Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen eine Wertschöpfungsteuer.

— Die Vermögensteuer entfällt.

— Die Gesellschaftsteuer entfällt.

Die heute in der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer begründeten Verletzungen der Rechtsformneutralität und der Finanzierungsneutralität würden damit verschwinden. Bei Gleichheit des Spitzensatzes der Einkommensteuer und des Körperschaftsteuersatzes wäre man auch nahe an Gewinnverwendungsneutralität. Bei Absenkung dieser beiden Sätze und Wegfall der Gewerbeertragsteuer läge die Grenzbelastung des Gewinns unter 50 vH. Mit Wegfall der Vermögensteuer wäre ein wesentlicher Teil der gewinnunabhängigen Steuerlast von den Unternehmen genommen; es bliebe nur die neugestaltete Gewerbesteuer. Die Abschaffung der Gesellschaftsteuer, die ohnehin für 1991 in Aussicht gestellt ist, beseitigt die Diskriminierung des Eigenkapitals bei Finanzierungsvorgängen. Im übrigen gehen wir davon aus, daß auch die Börsenumsatzsteuer, wie angekündigt, 1991 abgeschafft wird.

Das zur Diskussion gestellte Maßnahmenpaket reicht wegen der Senkung des Spitzensatzes der Einkommensteuer und des Wegfalls der Vermögensteuer in seinen Wirkungen über den engeren Bereich der Unternehmen hinaus. Eine Minderung der Grenzbelastung des Unternehmensgewinns erfordert zwingend die Senkung des Spitzensatzes der Einkommensteuer, will man nicht durch Begünstigung thesaurierter Gewinne gegen das Prinzip der Gewinnverwendungsneutralität verstoßen. Im übrigen wirken hohe Grenzsteuersätze nicht nur beim Unternehmensgewinn leistungshemmend und demotivierend. Die Abschaffung der Vermögensteuer kann nicht auf das Betriebsvermögen beschränkt bleiben; dies wäre, falls Kapitalforderungen gegen Unternehmen weiter der Vermögensteuer unterlägen, ein Verstoß gegen die Finanzierungsneutralität. Die Vermögensteuer weist auch in anderer Hinsicht grundlegende Mängel auf, vor allem wegen der an Willkür grenzenden Bewertungsmethoden; auch deswegen sollte sie entfallen.

Die Reformkonzeption zielt insgesamt auf eine steuerliche Entlastung der Unternehmen; ebenso wichtig

aber ist die strukturelle Bereinigung, die in manchen Bereichen auch die Steuerlast erhöht. Letzteres gilt vor allem für Steuerpflichtige, die bisher keine Gewerbesteuer zu zahlen hatten, von der neuen Wertschöpfungsteuer aber erfaßt würden; dies ist unter dem Gesichtspunkt des Entgelts für in Anspruch genommene kommunale Leistungen sinnvoll und vertretbar. Die zusätzliche Steuerbelastung durch die Wertschöpfungsteuer kann im Einzelfall höher sein als die Entlastung durch Senkung des Einkommensteuersatzes und Wegfall der Vermögensteuer. Es kommt also durchaus nicht zu einer generellen Umverteilung zugunsten von Empfängern höherer Einkommen.

346. Wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen bereits 1992 realisiert wären, würden sie die für dieses Jahr erwarteten Steuereinnahmen in folgender Größenordnung vermindern — teilweise nach Schätzungen, die das Bundesministerium der Finanzen zur Verfügung stellte:

Wegfall der Vermögensteuer	6 Mrd DM
Wegfall der Kapitalverkehrsteuer	1½ Mrd DM
Senkung des Spitzensatzes der Einkommensteuer von 53 vH auf 48 vH	4½ Mrd DM
Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 50 vH auf 48 vH	1 Mrd DM
Insgesamt	13 Mrd DM

Man kann auch noch einen Schritt weitergehen und den Spitzensatz der Einkommensteuer und den Körperschaftsteuersatz auf 46 vH senken. Damit würden Steuereinnahmen in Höhe von weiteren 3 Mrd DM ausfallen. Als flankierende verteilungspolitische Maßnahme könnte dann etwa eine Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer um 20 vH (von 5 616/11 232 DM auf 6 739/13 478 DM) in Betracht gezogen werden; das Steueraufkommen würde dadurch um 6 Mrd DM sinken. Insgesamt käme man mit der weitergehenden Lösung auf einen Einnahmenausfall von 22 Mrd DM.

Die Gewerbesteuer läßt sich im wesentlichen aufkommensneutral umgestalten. Die Gewerbesteuerumlage kann entfallen, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entsprechend reduziert werden. Durch die Umstellung auf die Wertschöpfungsteuer werden die Gemeindeeinnahmen weniger konjunkturanfällig.

III. Tarifpolitik: Besonnenheit bewahren — Erfolge nicht verspielen

347. Wie in den Vorjahren hat die Tarifpolitik auch im Jahre 1989 maßgeblich zu der stabilen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft beigetragen. Moderate Lohnanhebungen, die größtenteils durch die mehrjährigen Tarifabschlüsse vorgegeben waren, haben die Kosten stabil gehalten. Damit wurde inflationären Anspannungen entgegengewirkt, und der Anstieg der Beschäftigung konnte an Tempo gewinnen. Doch so widersinnig es erscheinen mag: Gerade die unerwartet gute Konjunktur in diesem Jahr und davor bringt die Tarifpolitik nun in eine schwierige Lage. Die Beschäftigten sind mit der Lohnentwicklung, wie sie in den mehrjährigen Tarifverträgen angelegt war, unzufrieden. Der Lohnanstieg je Beschäftigten blieb — nicht zuletzt wegen der gleichzeitig vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen — gering. Dagegen nahmen die Gewinne bis in dieses Jahr hinein unerwartet kräftig zu. Die Lohnsteigerungsraten erwiesen sich, so das Urteil bei den Gewerkschaften, rückblickend betrachtet als zu niedrig, um die Arbeitnehmer voll an dem kräftigen Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Einkommens teilhaben zu lassen. In den Tarifrunden des kommenden Jahres ist daher mit hohen Lohnforderungen und harten Auseinandersetzungen um die Verteilung des Einkommens zu rechnen.

Es besteht die Gefahr, daß die bisherige Linie moderater Lohnanhebungen nicht fortgeführt wird. Mit überhöhten Lohnanhebungen würde die Tarifpolitik aber auf einen Konflikt mit der Geldpolitik zusteuern, aus dem letztlich nichts anderes herauskommen kann als die schlechteste Entwicklung: höhere Preissteigerungen und Einbußen bei der Beschäftigung. Dies gilt es zu verhindern. Besonnenheit in der Tarifpolitik ist 1990 in hohem Maße gefordert, auf beiden Seiten des Verhandlungstisches. Die Arbeitnehmer müssen sich bewußt sein, daß überhöhte Abschlüsse zunichte machen würden, was die Tarifpolitik in den letzten Jahren zur Stabilisierung des Preisniveaus und zur Verbesserung der Beschäftigung beigetragen hat. Die Arbeitgeber müssen erkennen, daß sie den Weg zu weiterhin stabilitätskonformen Lohnabschlüssen ebnen können, indem sie den Arbeitnehmern unter Anerkenntnis der unerwartet guten Gewinnentwicklung mit einmaligen Einkommensnachschlägen entgegenkommen.

Mehrjährige Tarifverträge erneuern

348. Unser bisheriges Urteil über die mehrjährigen Tarifverträge fällt positiv aus. Die Lohnpolitik hat bis in das Jahr 1989 hinein ihren Beitrag geleistet, daß sich die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ins siebente Jahr fortsetzen konnte, ja daß die Wirtschaftsentwicklung noch an Dynamik gewann. Das endgültige Urteil wird man allerdings erst fällen können, wenn die Tarifrunden des nächsten und des übernächsten Jahres abgeschlossen sein werden; denn alles wäre verspielt, wenn nach dem Auslaufen der mehrjährigen Verträge nun die Verteilungskonflikte um so schärfer hervorbrächen und die Lohnsteigerungsraten das von der Produktivität her vertretbare Maß um so stärker überschritten.

Die Mehrjährigkeit der Verträge hat die künftige Lohnkostenbelastung für die Unternehmen überschaubarer gemacht, als es bei jährlichen Neuabschlüssen der Fall gewesen wäre; nicht gering zu schätzen ist es, daß in den Wirtschaftsbereichen mit mehrjährigen Abschlüssen eine Periode ohne gravierende Tarifkonflikte einsetzte. Damit wurde die Kalkulationssicherheit für die Unternehmen erhöht, die Investitionsneigung steht heute gefestigt da. Den Arbeitnehmern kam dies in Form von mehr Beschäftigung und Arbeitsplatzsicherheit zugute.

Der durch Tariflohnsteigerungen verursachte Anstieg der Lohnstückkosten blieb im Zeitraum 1987 bis 1989 mit durchschnittlich 1 vH erheblich hinter dem zurück, was in den sechziger und siebziger Jahren in Phasen kräftiger wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen gewesen war. Die tariflichen Stundenlöhne stiegen mit durchschnittlich 3,6 vH, die Produktivität mit 2,6 vH. In den Jahren 1988 und 1989 lag der tarifliche Lohnzuwachs sogar nur noch um durchschnittlich einen halben Prozentpunkt über dem Produktivitätszuwachs. Dies erklärt, warum der Preisauftrieb in der Bundesrepublik trotz der hohen Kapazitätsauslastung verhalten blieb.

Vor allem zählt, daß die Lohnpolitik nicht mit der Geldpolitik in einen Stabilisierungskonflikt geriet. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre und erneut zu Beginn der achtziger Jahre war es nicht zuletzt der Konflikt zwischen übermäßigen Lohnsteigerungen und einer restriktiven Geldpolitik gewesen, der eine wirtschaftliche Kontraktion ausgelöst hatte.

349. Das Urteil vieler Arbeitnehmer über die 1987 und danach abgeschlossenen mehrjährigen Tarifverträge orientiert sich an dem geringen Reallohnanstieg der letzten Jahre. Noch 1986 und 1987 waren die tariflichen Stundenlöhne nach Abzug der Preissteigerungen sehr stark, nämlich um jeweils rund 4 vH gestiegen; das war deutlich mehr als der durchschnittliche Produktivitätszuwachs in diesen Jahren (1,7 vH). Der in diesem Umfang unverhoffte Anstieg der Reallöhne war allerdings nicht auf besonders hohe Tariflohnsteigerungsraten zurückzuführen, sondern dem Umstand zu verdanken, daß in dieser Zeit — insbesondere wegen des kräftigen Rückgangs der Einfuhrpreise — der Geldwert stabil blieb. In den Jahren 1988 und 1989 änderte sich das Bild. Während der Tariflohnanstieg weiterhin verhalten blieb, beschleunigte sich der Preisanstieg spürbar; im Jahre 1988 wuchsen die Reallöhne noch um 2 vH, 1989 aber nurmehr um 1 vH. Das war nun deutlich weniger als der Produktivitätsanstieg, der 1988 und 1989 mit jeweils gut 3 vH viel schneller war als in den Jahren zuvor. Auch die Lohndrift, die 1989 mit knapp 1 vH stärker war als in jedem anderen Jahr dieses Jahrzehnts, beseitigte den Rückstand nicht. Viele Arbeitnehmer verbinden die mehrjährigen Tarifverträge jetzt mit der Erfahrung, daß sich der Anstieg der Reallöhne beträchtlich verringert hat und weit hinter den Produktivitätsanstieg zurückfiel. Auch im kommenden Jahr wird sich daran für die Arbeitnehmer, deren Tariflohnsteigerungen durch mehrjährige Abschlüsse vorbestimmt sind, wenig ändern.

350. In den Jahren 1988 und vor allem 1989 war der Vorsprung des Produktivitätsanstiegs vor dem Reallohnzuwachs Quelle einer kräftigen Ausweitung der Unternehmensgewinne. Diese Entwicklung hat bei den Arbeitnehmern den Eindruck erweckt, zu kurz gekommen zu sein. Beim Abschluß der mehrjährigen Tarifverträge war die künftige wirtschaftliche Entwicklung von Arbeitnehmern und Unternehmern durchweg ungünstiger eingeschätzt worden, als es dann wirklich kam. Die Stärkung des Wirtschaftswachstums ist dabei gerade auch der stabilisierenden Wirkung der mehrjährigen Verträge zu verdanken. Ob eine andere Lohnpolitik — kürzerfristig orientiert, im Ergebnis expansiver — in den letzten Jahren den gleichen Wachstumsbeitrag geleistet hätte und dabei zugleich die Arbeitnehmereinkommen hätte real stärker ansteigen lassen, ist nicht wahrscheinlich.

Es wäre zu höheren Nominallohnsteigerungen gekommen. Aber dadurch hätten sich die Reallöhne der Arbeitnehmer nicht notwendig und schon gar nicht im gleichen Maße verbessert. Höhere Nominallohnanhebungen hätten stärkere Preissteigerungen ausgelöst und die Bundesbank alsbald zu einer restriktiven Geldpolitik veranlaßt. Es wäre so zu weniger Wachstum, weniger Beschäftigungsanstieg und weniger Arbeitsplatzsicherheit gekommen. Im Ergebnis wäre die Lohnquote wohl höher gewesen, als sie es jetzt ist. Auf eine bessere wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer hätte man daraus nicht schließen können. Die historische Erfahrung belegt zur Genüge, daß die Lohnquote in rezessiven Phasen und nicht bei guter Konjunktur besonders hoch ist. Die Lohnquote oder auch die Gewinnquote liefern daher keinen geeigneten Maßstab für die Tarifpolitik.

351. Die Gewerkschaften hatten die mehrjährigen Tarifverträge nicht eigentlich gewollt, sondern lediglich als Kompromiß akzeptiert, weil auf andere Weise die gleichzeitig geforderte Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht durchsetzbar schien. Daß heute über die mehrjährigen Tarifverträge aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ein im ganzen positives Urteil zu fällen ist, wird die Tarifpolitik des Jahres 1990 dennoch weit weniger prägen als der Unmut der Gewerkschaften über die im Vergleich zur Gewinnentwicklung langsame Steigerung der Lohneinkommen. Es sind schwierige Tarifauseinandersetzungen zu erwarten, nicht nur über die Löhne, sondern auch wegen der kontroversen Positionen in der Arbeitszeitfrage. Was die Ergebnisse der neuen Tarifverträge sein werden und wie die Tarifauseinandersetzungen geführt werden — mit oder ohne Arbeitskampfmaßnahmen —, entscheidet über die weitere wirtschaftliche Entwicklung mit. Der wirtschaftliche Wachstumsprozeß wird sich ohne Rückschläge ins achte Jahr und darüber hinaus nur fortsetzen können, wenn es weiterhin gelingt, gravierende Verspannungen in der Wirtschaftsentwicklung zu vermeiden. Käme es jetzt zu deutlich verstärktem Lohnkostendruck und würde die weitere Lohnentwicklung zunehmend ungewisser, wäre der Fortgang des kräftigen Wachstums in Frage gestellt.

Überhöhte Lohnabschlüsse würden dabei nicht schon 1990 zu fühlbaren gesamtwirtschaftlichen Rückschlägen führen, denn es ist zunächst nur ein Teil der Löhne neu festzulegen. Aber es entstünden Vorbelastungen für die Zeit nach 1990. Orientieren sich die Lohnanhebungen im folgenden Jahr an überhöhten Steigerungen von 1990, käme es zu einem sprunghaften Anstieg des Lohnkostendrucks. Der dann aufflammende Konflikt zwischen Tarifpolitik und Geldpolitik ginge zu Lasten der Geldwertstabilität, des Wachstums und der Beschäftigung. Gewerkschaften und Arbeitgeber sind also zu dem Balanceakt herausgefordert, das gesamtwirtschaftlich Vernünftige zu tun und gleichzeitig den von der Gewinnentwicklung mitgeprägten Einkommenswünschen der Arbeitnehmer gerecht zu werden.

Ein tarifpolitisches Paket

352. Wir stellen im folgenden ein „tarifpolitisches Paket" zur Diskussion, von dem wir glauben, daß es den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen des nächsten Jahres und der Zeit danach gerecht wird, ohne die verteilungspolitischen Implikationen der Tarifpolitik zu vernachlässigen. Das Paket besteht aus folgenden Elementen:

— Die Unternehmen leisten eine einmalige „Nachschlagzahlung", um die Arbeitnehmer an der unerwartet guten Gewinnentwicklung teilhaben zu lassen.

— Es werden erneut mehrjährige Tarifverträge abgeschlossen. Die dabei vereinbarten Nominallohnanhebungen enthalten zusätzlich zum Produktivitätsanstieg einen Aufschlag für die Preisentwicklung, der unter der für 1990 prognostizierten Preissteigerungsrate liegt und der über die folgenden Jahre deutlich verringert wird.

— Neben einem in der herkömmlichen Weise fest vereinbarten Lohnsteigerungspfad wird in den Tarifverträgen eine Alternative zur Wahl gestellt, in der fest vereinbarte mit ertragsabhängigen Lohnsteigerungskomponenten kombiniert werden. Die konkrete Ausgestaltung der ertragsabhängigen Lohnkomponente sollte betriebsindividuell vorgenommen werden.

— Weitere Verkürzungen der Wochenarbeitszeit werden vorerst zugunsten von Einkommenssteigerungen ausgesetzt. Die tarifvertragliche Arbeitszeitpolitik sollte ein Höchstmaß an flexibler und differenzierter Arbeitszeit dadurch ermöglichen, daß in den Tarifverträgen nur noch Regelungen für die Jahresarbeitszeit vorgegeben werden.

Im Vorfeld der nächstjährigen Tarifverhandlungen haben sich vor allem die Gewerkschaften gegen den erneuten Abschluß mehrjähriger Tarifverträge ausgesprochen. Dies muß nicht das letzte Wort sein. Wenn man die gesamtwirtschaftlichen Gründe zugunsten mehrjähriger Verträge würdigt und die Vorteile auch für die Arbeitnehmer in Rechnung stellt, sollte es möglich sein, daß Gewerkschaften und Arbeitgeber ernsthaft die Chancen ausloten, die sich für die Fortführung des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses über dieses und das nächste Jahr hinaus aus dem „tarifpolitischen Paket" ergeben.

353. Die Gewinnentwicklung der Unternehmen ist bis in die jüngste Zeit viel besser, als es in den letzten Jahren erwartet wurde. Die Arbeitnehmer hieran teilhaben zu lassen, würde den Neuabschluß mehrjähriger, stabilitätsgerechter Lohnverträge erleichtern. Zu diesem Zweck wäre es sinnvoll, im Rahmen des Tarifpakets 1990 einmalige „Nachschlagzahlungen" der Unternehmen an die Arbeitnehmer zu vereinbaren. Den Arbeitnehmern würde der Eindruck genommen, daß sich die schwungvolle Wirtschaftsentwicklung der letzten beiden Jahre für sie nicht in entsprechenden Erhöhungen des Einkommens ausgezahlt hätte. Sie würden auf dieser Basis eher Lohnabschlüsse akzeptieren, die sich an dem Anstieg der Produktivität orientieren. Hier läge der Vorteil für die Unternehmen. Mit angemessen dotierten Nachschlägen würden sie sich vergleichsweise niedrige Lohnsteigerungen in den Folgejahren erkaufen. Eine in diesem Sinne flexible Haltung der Unternehmen könnte Entwicklungen wie in früheren Boomphasen, etwa Ende der sechziger Jahre, vorbeugen, als starke Gewinnausweitungen zu wilden Streiks, massiven Lohnforderungen und zum Schluß zu inflationären Lohnabschlüssen geführt haben.

Gegen Nachschläge wird das Argument vorgebracht, daß damit die Geschäftsgrundlage der auslaufenden mehrjährigen Verträge verlassen würde; künftige mehrjährige Verträge erlaubten keine stabilen Erwartungen mehr, weil am Ende der Vertragslaufzeiten doch wieder mit Nachschlagforderungen zu rechnen wäre. Es kann nicht darum gehen, mit Nachschlaglösungen für heute ähnliche Anpassungen für morgen zu erproben. Das Problem möglicher Fehleinschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen mehrjähriger Verträge sollte künftig anders gelöst werden als durch Nachschläge, vor allem durch ertragsbezogene Lohnkomponenten (Ziffern 356ff.). In der jetzigen Situation geht es aber darum, aus einer aktuell besonders günstigen, vor allem überraschend eingetretenen Wirtschaftsentwicklung Konsequenzen zu ziehen. Würden Nachschläge verweigert, müßten die Unternehmen mit um so höheren Lohnforderungen der Arbeitnehmer rechnen und zugleich auch mit kürzeren Tariflaufzeiten. Die Unternehmen stünden dann von den Lohnkosten her schlechter da — im Gegenteil würde für die Folgejahre der Trend zu überhöhten Lohnsteigerungen angelegt sein. Um es ganz unmißverständlich zu sagen: Der Nachschlag ist nicht als eine nachträgliche Gewinnbeteiligung zu betrachten. Vielmehr ist er Bestandteil eines auf die Zukunft gerichteten tarifpolitischen Pakets. Und seine Funktion besteht darin, den erneuten Abschluß mehrjähriger Tarifverträge mit produktivitätsorientierten Lohnanhebungen möglich zu machen.

Gegen Nachschläge wird weiter vorgebracht, daß diese einen Teil der Gewinne abschöpfen würden und sich daher nachteilig auf das Investitionsverhalten auswirken könnten. Die Gewinnsteigerungen der vergangenen Jahre sind nicht funktionslos gewesen. Sie haben die Gewinnerwartungen der Unternehmen nachhaltig verbessert. Damit kamen sie dem weiteren Fortgang des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses zugute. Gewinnerwartungen werden aber nicht nur von der aktuellen Gewinnentwicklung geprägt. Entscheidend sind vor allem die Einschätzungen über die künftige Erlös- und Kostenentwicklung. Wenn die Unternehmen mit Blick auf die Ertragsentwicklung der letzten Jahre Nachschläge gewähren und sich dafür stabilitätsgerechte Lohnanhebungen in den Folgejahren einhandeln lassen, stabilisiert das die Kostenentwicklung und kommt insofern auch der Stabilität der Gewinnerwartungen zugute.

354. Der Produktivitätsfortschritt bleibt auch in mehrjährigen Tarifverträgen die Richtschnur für Nominallohnsteigerungen. Der durchschnittliche Produktivitätsanstieg der Jahre 1983 bis 1989 lag bei 2,7 vH und gibt damit eine Orientierungslinie für die Zukunft. Doch kann die Entwicklung bei den Preisen nicht unbeachtet bleiben. Der derzeit erreichte und für 1990 prognostizierte Preisanstieg liegt bei gut 3 vH. Es bliebe ohne Augenmaß, wollte man vorschlagen, daß die Lohnsteigerungsraten dennoch streng

auf den Wert des Produktivitätsfortschritts begrenzt bleiben sollten. Die Arbeitnehmer könnten darauf verweisen, daß der aktuelle Preisanstieg zum größten Teil nicht auf die Lohnentwicklung zurückzuführen ist; insoweit würde ein Nominallohnanstieg, der auf die Rate des Produktivitätsfortschritts beschränkt bliebe, ein erneutes deutliches Zurückbleiben des Reallohnanstiegs hinter der Produktivitätsentwicklung programmieren; für die Arbeitnehmer wäre das nicht mehr akzeptabel. Hinzu käme eine tendenzielle Verzerrung bei den relativen Preisen, wenn etwa Zinsen und Wechselkurse auf die Preisbewegungen reagieren, die Löhne aber nicht. Wenn nun aber andererseits die aktuell erwartete Preissteigerungsrate einfach zum Produktivitätsanstieg aufgeschlagen würde und der sich so ergebende Wert in den mehrjährigen Verträgen als Tariflohnsteigerungsrate Eingang fände, würden die gegenwärtigen Preistrends festgeschrieben, käme es eher noch zu einem beschleunigten Preisauftrieb, wäre jedenfalls die Geldwertstabilität auf absehbare Zeit nicht mehr erreichbar. Das ist ebenfalls nicht akzeptabel.

In dieser Situation ist eine Kompromißlösung nötig. Es könnte in den Tarifabschlüssen zusätzlich zum Produktivitätsanstieg ein Aufschlag für Preissteigerungen vereinbart werden, der jedoch vom Wert her unter der erwarteten Preissteigerungsrate liegt und der über die Laufzeit des mehrjährigen Tarifvertrages sukzessive reduziert wird. Mit einem Aufschlag, der unterhalb des prognostizierten Preisanstiegs liegt, soll erreicht werden, daß der in dem Preisanstieg verbliebene Lohnkostendruck verringert wird. Mit der Rückführung des Aufschlags über die Tariflaufzeit soll erreicht werden, daß der Weg zur Geldwertstabilität nicht durch Inflexibilität des Nominallohnanstiegs verbaut wird. Dies ist keine Indexierung der Löhne. Es geht gerade nicht darum, die Lohnsteigerungsrate an die Preisentwicklung zu koppeln. Es soll im Gegenteil die Preiskomponente im Lohnanstieg abgebaut werden.

355. Es schafft zugegebenermaßen für die Arbeitnehmer ein Realeinkommensrisiko, wenn sie sich mit Nominallohnsteigerungen begnügen, in denen über den Produktivitätsfortschritt hinaus weniger als die erwartete Inflationsrate angesetzt wird. Könnte man sicher sein, daß der Preisanstieg überwiegend auf Lohnkostenauftrieb zurückzuführen ist, spräche dennoch alles für diesen Weg. Je weniger im Nominallohnanstieg für Inflationserwartungen angesetzt wird, um so weniger wird an Inflation entstehen. Anders sieht es dagegen aus, wenn der Preisauftrieb nichts mit Lohnkostendruck zu tun hat. Lohnzurückhaltung bringt dann nicht weniger Preisauftrieb; aber für die Arbeitnehmer ergeben sich Reallohneinbußen. Es kann Fälle geben, in denen das wirtschaftlich unvermeidlich ist, bei drastischen Verschlechterungen der Terms of Trade etwa. Hat der Preisauftrieb dagegen seine Ursache in überschäumender Nachfrage und erleichtert mangelhafter Wettbewerb den Unternehmen Preisanhebungen, kann von den Arbeitnehmern die Hinnahme inflationärer Umverteilungen zu ihren Lasten nicht erwartet werden. Die Gewerkschaften werden sich nicht darauf einlassen, daß es über eine steigende Lohndrift zu einem Inflationsausgleich bei den Löhnen kommen könnte. Freilich helfen in solchen Situationen expansive Tariflohnanhebungen ebenfalls wenig, weil sie an den eigentlichen Inflationsursachen nichts ändern, sondern nur eine weitere Ursache — Lohnkostendruck — hinzufügen.

An dieser Stelle wird deutlich, daß ein stabilitätsgerechtes Lohnverhalten dauerhaft nur erwartet werden kann, wenn auch sonst die Rahmenbedingungen stimmen und andere inflationäre Quellen verstopft werden und bleiben. Grundvoraussetzung ist eine stabilitätsorientierte Geldpolitik. Wichtig ist auch, daß der Wettbewerb zwischen den Unternehmen scharf bleibt, wo immer es geht, noch verschärft wird. Es mindert den Wettbewerbsdruck auf die Unternehmen, wenn die Währung dauerhaft unterbewertet ist. Für die Akzeptanz stabilitätsgerechter Lohnabschlüsse ist es nicht gut, wenn der Außenwert der D-Mark auf so niedrigem Niveau verharrt wie in den letzten Jahren. Neben allen strukturpolitischen und wachstumspolitischen Problemen, die sich hiermit verbinden (Ziffer 259), dürfen nicht die Probleme übersehen werden, die sich daraus auch für die Inflationsbekämpfung ergeben.

356. Die Erfahrungen mit den mehrjährigen Tarifverträgen haben die Probleme deutlich werden lassen, die entstehen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung tatsächlich ganz anders verläuft, als es bei Vertragsabschluß unterstellt wurde. Da solche Fehleinschätzungen auch für die Zukunft nicht auszuschließen sind, empfiehlt es sich, von vornherein Flexibilitätselemente in die Entlohnung einzubauen. Sie könnten darin bestehen, daß die Entlohnung aus einer fest vereinbarten und einer ertragsabhängigen Komponente besteht (JG 88 Ziffer 347). Abweichungen der tatsächlichen von der erwarteten Wirtschaftsentwicklung — zum Guten wie zum Schlechten — würden auf diese Weise zu einer begrenzten Anpassung der Arbeitnehmereinkommen führen.

Dagegen ist von Nachverhandlungsklauseln in mehrjährigen Tarifverträgen wenig zu halten. Soweit derartige Klauseln unverbindlich sind, sind sie überflüssig. Auf freiwilliger Basis und im gegenseitigen Einvernehmen können die Tarifvertragsparteien jeden Kontrakt jederzeit revidieren. Sofern Nachverhandlungsklauseln verbindlich sein sollen, müssen sie die Bedingungen konkretisieren, unter denen Nachverhandlungen beginnen sollen. Die Bindung an bestimmte Indikatoren, etwa die Preissteigerungsrate, ist jedoch bedenklich, da es sich nicht eindeutig vorausbestimmen läßt, in welcher Weise eine Lohnanpassung an eine vorgegebene Indikatorbewegung gesamtwirtschaftlich am besten vorzunehmen wäre. Zudem würde einer Indexierung der Löhne Vorschub geleistet, die tendenziell zur Verfestigung inflationärer Tendenzen beiträgt und daher nicht vertretbar ist. Überdies würde bei der Vereinbarung von Nachverhandlungsklauseln die Laufzeit der Tarifverträge wieder unsicher werden und damit gerade ein wesentlicher Vorteil mehrjähriger Tarifverträge entfallen.

357. Ertragsabhängige Lohnkomponenten spielen in der Tarifpolitik bisher keine Rolle (JG 76 Ziffern 361 ff.). Damit bleibt ein Instrument der Flexibilität ungenutzt, welches durchaus im Interesse der Arbeitnehmer und Arbeitgeber angewendet werden könnte. Faktisch wirkt die Ertragsentwicklung der

Unternehmen auf die Tarifabschlüsse immer ein: Vor dem Hintergrund günstiger Gewinne fällt es den Gewerkschaften leicht, entsprechend hohe Lohnsteigerungen durchzusetzen. Von daher ist es eigentlich nur ein kleiner Schritt zu einer Formel, die einen Teil der Entlohnung an die Ertragsentwicklung koppelt.

Für die Unternehmen bewirken ertragsabhängige Lohnkomponenten eine tendenzielle Risikominderung. Den Löhnen würde hinsichtlich ihrer ertragsabhängigen Komponente der das Risiko bestimmende Fixkostencharakter genommen. Den Arbeitnehmern wird dabei zwar ein entsprechend höheres Entlohnungsrisiko übertragen, da die Höhe der ertragsgebundenen Lohnkomponente bei Abschluß des Lohnvertrages unsicher ist. Doch profitieren die Arbeitnehmer in anderer Weise.

Einmal wird mit dem reduzierten unternehmerischen Risiko die Investitionsneigung gestärkt. Das führt tendenziell in eine dynamischere Wirtschaftsentwicklung, und dies kommt den Arbeitnehmern in Form von dann kräftigeren Einkommenssteigerungen und mehr Arbeitsplatzsicherheit zugute. Zum anderen ist es möglich, daß die Arbeitnehmer für das höhere Entlohnungsrisiko eine Kompensation in Form höherer Durchschnittslöhne erhalten. Dies tritt ein, wenn der Erwartungswert der ertragsabhängigen Lohnkomponente höher ist, als es der alternativ dazu vereinbarte fixe Lohnteil wäre. Inwieweit das gesunkene Lohnkostenrisiko der Unternehmen über Kompensationszahlungen ausgeglichen werden soll, ist zwischen den Tarifparteien verhandelbar.

358. Gegen ertragsabhängige Lohnbestandteile können eine Reihe von Argumenten vorgebracht werden, die aus der Diskussion um die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer hinreichend bekannt sind. Sie brauchen hier nicht wiederholt zu werden, weil es nicht darum geht, ein neues Modell für die Gewinnbeteiligung zu entwerfen. Der Anspruch unseres Vorschlags ist viel pragmatischer. Es wäre bereits viel gewonnen, wenn die Tarifparteien im Rahmen mehrjähriger Kontrakte Alternativen anböten: eine Alternative A, die einen Lohnpfad mit tarifvertraglich fest vereinbarten Lohnsteigerungsraten vorgibt, und eine Alternative B, die neben einer fest vereinbarten Lohnsteigerungskomponente (die niedriger ist als bei Alternative A) eine ertragsabhängige Lohnkomponente vorsieht. Die ertragsabhängige Komponente soll jedoch nicht negativ sein, so daß die fest vereinbarte Lohnkomponente faktisch Mindestlohncharakter erhält; andererseits könnte die ertragsabhängige Komponente auf einen Höchstwert begrenzt werden, wobei der Höchstwert der flexiblen Komponente größer sein muß als die Differenz zwischen den fixen Lohnsteigerungsraten in den beiden Alternativen.

Die Wahl zwischen den Alternativen könnte — im Sinne einer betriebsnäheren Tarifpolitik (JG 88 Ziffer 347) — im Betrieb im Einvernehmen von Betriebsrat und Unternehmensleitung vorgenommen werden; bei Nichteinigung würde der Lohnpfad mit fest vereinbarten Steigerungsraten (Alternative A) greifen. Es sollte der Betriebsvereinbarung überlassen bleiben, nach welcher Formel die ertragsabhängige Lohnkomponente bestimmt werden soll. Insbesondere geht es darum festzulegen, was die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der ertragsabhängigen Lohnkomponente sein soll. Hierfür können schwerlich allgemeine Regeln im Tarifvertrag selbst aufgestellt werden. Ob die Ertragskomponente bar ausgezahlt wird, mit Vermögensbildungsmaßnahmen gekoppelt oder beispielsweise mit Zusatzversicherungen für die Alterssicherung verbunden wird, ließe sich ebenfalls im Betrieb aushandeln. Ein solcher pragmatischer Ansatz würde es erlauben, in den Unternehmen selbst verschiedene Modelle der ertragsabhängigen Entlohnung zu entwickeln und zu erproben. Somit könnte sich auf die Dauer durchsetzen, was sich in dem Urteil der Tarifparteien in der Praxis bewährt hat, und es müßten nicht aus theoretischen Ansätzen gewonnene abstrakte Modelle für eine Gewinnbeteiligung durchgesetzt werden, die in der Praxis auf unvorhersehbare Schwierigkeiten stoßen könnten.

Auf Vereinbarungen für die Jahresarbeitszeit zusteuern

359. Bei den Tarifauseinandersetzungen des kommenden Jahres wird auch um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit gestritten werden. Arbeitszeitverkürzungen haben notwendigerweise den Effekt, daß der Lohnanstieg je Beschäftigten unter dem Stundenlohnanstieg bleibt. Gerade der verhaltene Anstieg der Löhne je Beschäftigten hat zur Unzufriedenheit der Arbeitnehmer mit der Einkommensentwicklung beigetragen. Es ist wohl realistisch anzunehmen, daß sich die Wünsche der Arbeitnehmer derzeit insbesondere auf Einkommenserhöhungen richten. Daher wäre es ratsam, in der kommenden Tarifrunde eher auf Einkommensanhebungen als auf Arbeitszeitverkürzungen zu setzen. Ohnehin ist der Freizeitgewinn durch Arbeitszeitverkürzung für die Arbeitnehmer von geringerem Interesse, die derzeit wegen der guten konjunkturellen Lage Sonderschichten und Überstunden leisten müssen.

In den vergangenen Jahren war die Verkürzung der Wochenarbeitszeit überwiegend beschäftigungspolitisch begründet worden. Mit weniger Arbeitszeit je Beschäftigten sollte Raum für die Einstellung zusätzlicher Beschäftigter geschaffen werden. Unter welchen Bedingungen, vor allem bezüglich der Lohnentwicklung, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit zusätzliche Beschäftigung schafft und wie hoch die Beschäftigungseffekte sind und seit den Arbeitszeitverkürzungen ab 1984 waren, ist freilich umstritten (JG 83 Ziffern 432 ff.).

Selbst wenn sich einer weiteren Arbeitszeitverkürzung positive Beschäftigungseffekte zurechnen lassen, dürften doch nicht die gegenläufigen Wirkungen übersehen werden. Sie sind vor allem auf strukturelle Disparitäten am Arbeitsmarkt zurückzuführen. Zwar ist der Arbeitsmarkt nach wie vor durch ein globales Überangebot an Arbeitskräften gekennzeichnet; aber gleichzeitig werden in einzelnen Arbeitsmarktsegmenten Verknappungen deutlich spürbar. Das betrifft etwa Facharbeiter, aber zum Beispiel auch Ingenieure; es betrifft Regionen, denn in einigen Teilen der Bundesrepublik gibt es bereits einen akuten Mangel an Arbeitskräften; und es betrifft nicht zuletzt Sektoren, die — wie die Bauwirtschaft nach Jahren der Schrumpfung — nun Schwierigkeiten bei der Rekrutierung neuer Arbeitskräfte haben.

Die Problematik einer pauschalen, am globalen Überangebot von Arbeitskräften orientierten Wochenarbeitszeitverkürzung besteht darin, daß diese den strukturellen Verspannungen nicht gerecht werden kann, da eine Differenzierung der Wochenarbeitszeitverkürzung nach Regionen, Sektoren oder Qualifikationen im Rahmen von Tarifverträgen kaum vereinbart werden kann. Aus dieser strukturellen Arbeitsmarktbetrachtung heraus ist derzeit, da die strukturellen Anspannungen bei relativ hohem Wachstum immer deutlicher sichtbar werden, eine Pause für weitere Wochenarbeitszeitverkürzungen angebracht.

360. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist nicht nur unter beschäftigungspolitischen Aspekten zu würdigen, sondern sie kann auch als Ausdruck geänderter Präferenzen der Arbeitnehmer hinsichtlich der Alternativen Konsum und Freizeit gesehen werden. Bei wachsendem materiellen Wohlstand liegt es nicht fern, daß die Menschen mehr Freizeit wählen und dafür auf sonst mögliche Einkommenssteigerungen verzichten. Allerdings ist es wenig wahrscheinlich, daß sich die Arbeitszeitpräferenzen der Arbeitnehmer im wesentlichen auf die Wochenarbeitszeit richten. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit hat für die Arbeitnehmer, insbesondere für die Angestellten, vielfach eine Leistungsverdichtung zur Folge gehabt, die für sich wohlfahrtsenkend wirkt. Die Leistungsverdichtung würde bei weiterer Verkürzung der Wochenarbeitszeit tendenziell zunehmen. Das spricht dagegen, daß weitere Wochenarbeitszeitverkürzungen im Wunschkatalog der Arbeitnehmer obenan stehen.

Die Auseinandersetzungen um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in den letzten Jahren haben allerdings eine Entwicklung in Gang gesetzt, die zunächst so gar nicht beabsichtigt war, gleichwohl aber den Interessen der Arbeitnehmer und Unternehmer entgegenkommt: die zunehmende Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit. Für die Unternehmer bestehen die Vorteile darin, daß sich damit Arbeitszeiten von Maschinenlaufzeiten trennen lassen und der Arbeitseinsatz besser an den Produktionsrhythmus angepaßt werden kann. Für die Arbeitnehmer besteht der Vorteil darin, daß durch flexible Arbeitszeitregelungen größere Freizeitblöcke gewonnen werden können und daß durch Differenzierung mehr Wahlmöglichkeiten zwischen Vollzeitbeschäftigungen und Teilzeitbeschäftigungen geschaffen werden.

361. Die tarifvertragliche Arbeitszeitpolitik sollte daher den Weg der Differenzierung und Flexibilisierung weiter beschreiten (JG 88 Ziffern 322ff.). Dies wäre einer pauschalen Kürzung der Wochenarbeitszeit vorzuziehen, weil mit der Wochenarbeitszeit lediglich ein Aspekt — und vielleicht nicht einmal der wichtigste — der Arbeitszeitwünsche von Arbeitnehmern und Unternehmern getroffen wird. Am konsequentesten wäre es, wenn die Tarifvertragsparteien dazu übergingen, in den zentralen Tarifverträgen nur noch Regelungen für die Jahresarbeitszeit vorzugeben und es ansonsten — im Sinne einer betriebsnäheren Tarifpolitik — weitgehend der Vereinbarung auf betrieblicher Ebene überließen, wie die Jahresarbeitszeit verteilt wird. Sind auf diese Weise weitgehende Differenzierung und Flexibilisierung ermöglicht, ließe sich zugleich auch Spielraum für eine gegebenenfalls gewünschte tendenzielle Verkürzung der Jahresarbeitszeit gewinnen. Mit verstärkter Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit ist es zudem leichter möglich, individuelle Arbeitszeitentscheidungen reversibel zu machen. Es ist nicht so, daß die Arbeitnehmer über den Lebenszyklus hinweg durchweg nur an einer verkürzten Arbeitszeit interessiert wären. Ebenso besteht Interesse an einer Ausweitung der Arbeitszeit, etwa da, wo für einen Arbeitnehmer Gründe wegfallen, die ihn bislang eine Teilzeitbeschäftigung statt einer Vollzeitbeschäftigung wählen ließen.

Fachkräftemangel durch Weiterbildung überwinden

362. Immer stärker wird insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften beklagt. Wenn heute Facharbeitskräfte fehlen, sind dafür Versäumnisse in der Vergangenheit verantwortlich. Die Unternehmen haben nicht unbeträchtliche Programme zur innerbetrieblichen Weiterbildung in Angriff genommen. Sie haben jedoch offenkundig den künftigen Bedarf unterschätzt oder sich zu sehr darauf verlassen, daß bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit stets genügend Arbeitskräfte geeigneter Qualifikation verfügbar sein würden. Das war eine Fehleinschätzung. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften kann nur dadurch behoben werden, daß Qualifizierung und betriebliche Weiterbildung weiter schnell und energisch ausgebaut werden. Die Weiterbildung wird gegenüber der Erstausbildung auch deswegen an Gewicht gewinnen müssen, weil der Nachwuchs für die Unternehmen wegen der geburtenschwachen Jahrgänge zahlenmäßig abnimmt.

Um so mehr kommt es darauf an, den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften durch „Mobilisierung aus dem Bestand" zu decken. Vielfach sind in den Betrieben Facharbeitskräfte nicht ihrer Ausbildung gemäß eingesetzt, am Fließband und für mechanische Tätigkeiten statt an Arbeitsplätzen mit wechselnden Anforderungen und dispositiven Tätigkeitsmerkmalen. Wenn es gelänge, Facharbeitskräfte besser als bisher ihrer Qualifikation entsprechend einzusetzen, wenn es weiterhin gelänge, erfahrene Arbeitskräfte durch gezielte Umschulung oder Fortbildung für höherwertige Tätigkeiten bereit zu machen, könnte die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften besser befriedigt werden. Zugleich würden Arbeitsplätze frei, für die geringere Qualifikationen ausreichen und für die Arbeitskräfte auch unter den Arbeitslosen eher zu finden sind. Gefragt ist also — mit einem Wort — mehr innerbetriebliche Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit.

Diese Mobilität zu erreichen, setzt nicht nur Willen und personalpolitisches Geschick der Unternehmen voraus, sondern auch die Bereitschaft der Arbeitnehmer selbst. Sie müssen stärker als bisher bereit sein, sich in neue Arbeitsplätze einzuarbeiten, sich Umschulungen und Nachqualifikationen zu unterziehen und mehr Verantwortung zu übernehmen. Diese Bereitschaft ist nicht einfach vorauszusetzen, vor allem nicht, wenn falsche Anreize bestehen. Wenn die Tätigkeit am Fließband vergleichsweise gut bezahlt wird, wenn verantwortungsvolle Tätigkeit nicht deutlich besser honoriert wird als die rein ausführende Arbeit, wenn sich die Mühe des Lernens im Rahmen

der Weiterbildung nicht in entsprechend höheren Einkommen niederschlägt, fehlen wesentliche Mobilitätsanreize. Hier stellt sich der Tarifpolitik als Lohnstrukturpolitik eine wichtige Aufgabe.

363. Die innerbetrieblichen Lohnstrukturen müssen systematisch durchforstet und so verändert werden, daß die Anreize für die Arbeitnehmer, sich innerhalb des Betriebes für höherwertige Arbeiten zu qualifizieren, größer werden. Im ganzen würde das bedeuten, die betriebliche Lohnskala stärker zu spreizen, also ein größeres qualifikationsbezogenes Lohngefälle zu schaffen. Dies kann, muß aber nicht durch tarifliche Lohnfixierung geschehen. Ein größeres Lohngefälle kann auch durch entsprechend differenzierte außertarifliche Lohnzuschläge erreicht werden. Von den Unternehmen fordert innerbetriebliche Mobilität zudem, betriebliche Umschulungs- und Qualifizierungsangebote reichlich anzubieten, damit die interessierten Arbeitnehmer auch eine echte Chance haben, sich für höherwertige Tätigkeiten zu qualifizieren. Solche Angebote dürften nicht auf wenige Arbeitnehmer, etwa nur auf Führungskräfte begrenzt bleiben; Qualifizierungsbedarf gibt es grundsätzlich auf allen Tätigkeitsebenen.

Die Lohnstruktur als Anreizsystem spielt auch eine Rolle, wenn es darum geht, neu in das Berufsleben tretende Menschen für bestimmte Ausbildungen zu gewinnen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß sich junge Menschen zunehmend gegen gewerbliche Tätigkeiten entscheiden und kaufmännische oder Verwaltungstätigkeiten bevorzugen. Soweit dies dem Bedarf der Wirtschaft entgegenläuft, könnte mit der geeigneten Änderung der Lohnrelation zugunsten handwerklich-technischer Berufe gegengesteuert werden.

Eine auf verstärkte innerbetriebliche Mobilität und die bedarfsgerechte Berufswahl zielende Lohnstrukturpolitik kann nicht kurzfristig angelegt sein, etwa nur zur Überwindung des gegenwärtigen Fachkräftemangels. Zum einen können sich Anreizsysteme nur dann bewähren, wenn sie Bestand haben und Kontinuität aufweisen und nicht mit dem konjunkturellen Auf und Ab hochgefahren und zurückgeschraubt werden. Zum anderen gehört zur Analyse der künftigen Arbeitsmarktentwicklung, daß der Mangel an geeigneten Qualifikationen kein vorübergehendes Ereignis ist, das sich durch eine einmalige Kraftanstrengung bei Weiterbildung und Umschulung beheben ließe; vielmehr ist das Tempo, mit dem Qualifikation an Marktwert verliert, generell größer geworden. Da sich die geforderten Qualifikationsprofile der Arbeitnehmer rascher als früher verändern, besteht tendenziell immer ein Mangel an geeigneten qualifizierten Arbeitnehmern. Es bedarf daher anhaltender Anstrengungen im Bereich der Umschulung und Weiterbildung. Die dazu notwendigen Anreizsysteme aus der Lohnstruktur müssen also dauerhaft wirksam bleiben.

IV. Zur Anwendungspraxis von Regulierungen: der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz

364. Regulierungen lassen sich nicht allein nach ihrem Wortlaut beurteilen. Um ihre ökonomischen Auswirkungen abschätzen zu können, ist vor allem ihre Anwendungspraxis zu berücksichtigen. Auch wenn eine Regulierung von ihrem gesetzlichen Wortlaut her mit ökonomischer Effizienz vereinbar scheint, kann gleichwohl die Art und Weise ihrer Umsetzung in die Praxis wirtschaftliche Fehlentwicklungen auslösen. Ein Beispiel hierfür liefert der Kündigungsschutz.

Das Kündigungsschutzgesetz erklärt eine Kündigung für rechtsunwirksam, wenn sie „sozial ungerechtfertigt" ist, also „nicht durch Gründe, die in der Person oder in dem Verhalten des Arbeitnehmers liegen oder durch dringende betriebliche Erfordernisse, die einer Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers in diesem Betrieb entgegenstehen, bedingt ist" (§ 1 KSchG). Zugleich werden damit die zulässigen Kündigungsgründe — personenbedingte, verhaltensbedingte, betrieblich bedingte Kündigung — erschöpfend aufgelistet. Daneben gibt es weitere besondere Vorschriften, unter anderem den Kündigungsschutz von Betriebsratsmitgliedern (§ 15 KSchG), das Kündigungsverbot von Schwangeren nach dem Mutterschutzgesetz (§ 9 MuSchG) oder den Kündigungsschutz für Schwerbehinderte nach dem Schwerbehindertengesetz (§ 15 SchwbG).

Die im Kündigungsschutzgesetz genannten Kündigungsgründe und die geforderte Sozialauswahl sind unbestimmte Rechtsbegriffe. Ob diese Gründe bei der Kündigung vorgelegen haben und die sozialen Gesichtspunkte berücksichtigt worden sind, unterliegt der Nachprüfung durch die Arbeitsgerichte. Damit ist es insoweit der Gestaltung durch die Arbeitsgerichtsbarkeit überlassen, nach welchen Kriterien der Kündigungsschutz konkret angewendet wird.

365. Rechtliche Institutionen wie die Kündigungsschutzvorschriften können das Ziel des Arbeitnehmerschutzes nur in einem eingeschränkten Sinne erreichen. Geschützt wird der Arbeitnehmer, der bereits über einen Arbeitsplatz verfügt und Gefahr läuft, diesen zu verlieren. Aus ökonomischer Sicht werden dagegen Schutz und Fürsorge für die Arbeitnehmer vor allem dadurch gewährleistet, daß arbeitslos gewordene Arbeitnehmer und bisher nicht erwerbstätige Menschen ohne größere Schwierigkeiten einen Arbeitsplatz finden können. Es kommt aus dieser Sicht darauf an, die Einstellungsbarrieren so niedrig wie möglich zu halten.

Die Handhabung des Kündigungsschutzes wirkt auf die Einstellungschancen ein. Je höher die Entlassungsbarrieren durch den Kündigungsschutz geschraubt werden, desto höher sind auch die Einstellungsbarrieren. Dies ist der Punkt, an dem der arbeitsrechtliche Schutzgedanke zugunsten des sozial Schwächeren, der auch dem Kündigungsschutzgesetz zugrunde liegt, in sein Gegenteil umschlagen kann. Ein umfassender Kündigungsschutz mag dem gerade beschäftigten Arbeitnehmer zugute kommen; gleichzeitig werden die Beschäftigungschancen der Arbeitsuchenden und insbesondere die der Arbeitslosen vermindert.

366. Der Kündigungsschutz beeinflußt aus gesamtwirtschaftlicher Sicht die Bedingungen, unter denen der Produktionsfaktor Arbeit eingesetzt wird. Er beschränkt die individuelle Vertragsfreiheit, was die Be-

endigung eines Beschäftigungsverhältnisses angeht. Damit wird die Kündigung als Allokationsinstrument des Arbeitsmarktes geschwächt.

Die verhaltensbedingte Kündigung ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht ein Sanktionsmechanismus, den ein Betrieb neben anderen — Aussetzen von Beförderungen, Versetzungen — anwenden kann, um gegen Leistungsverweigerungen eines Arbeitnehmers vorzugehen. Bei der Einstellung wird der Arbeitgeber über die Arbeitsbereitschaft und Arbeitsmotivation eines Arbeitnehmers Erwartungen zugrunde legen, die im weiteren Verlauf des Beschäftigungsverhältnisses enttäuscht werden können. Ein weitreichender Kündigungsschutz kann ein Fehlverhalten von Arbeitnehmern fördern, weil dem Betrieb die Hände gebunden sind, dagegen vorzugehen. Unter solchen Umständen werden die Unternehmen eine entsprechend große Vorsicht bei Einstellungen walten lassen.

Personenbedingte und betriebsbedingte Kündigungen werden erforderlich, wenn der Arbeitnehmer den Betrieb mehr kostet, als er ihm einbringt, sei es aus Gründen, die in der Person des Arbeitnehmers liegen (zum Beispiel Krankheit), sei es aus Gründen rückläufigen Absatzes. Sind Kündigungen in solchen Fällen erschwert, werden die Unternehmer das Risiko einkalkulieren, Arbeitnehmer teilweise auch dann weiterbeschäftigen zu müssen, wenn deren Ertrag nicht mehr die Lohnkosten deckt. Dies führt zu Zurückhaltung bei Einstellungen. Ein konjunkturbedingter Mehrbedarf an Arbeit wird vom Betrieb dann weniger durch Neueinstellungen in unbefristete Arbeitsverhältnisse gedeckt, sondern eher durch Überstunden oder durch die Einstellung in befristete Arbeitsverhältnisse, bei denen der Kündigungsschutz nicht greift.

367. Es wäre voreilig, den Kündigungsschutz aus den genannten Gründen einseitig negativ zu beurteilen und die Beseitigung des Kündigungsschutzes als volkswirtschaftlich vorteilhaft zu betrachten. Dem Kündigungsschutz lassen sich auch effizienzsteigernde Wirkungen zurechnen. Sie beruhen vor allem darauf, daß es leistungsfördernd wirkt, wenn sich die Arbeitnehmer vor willkürlichen Kündigungen geschützt sehen. Freilich ist zu fragen, wie weit der gesetzliche Kündigungsschutz reichen muß. Auch ohne gesetzlichen Kündigungsschutz müßte ein Unternehmen mit „sozial ungerechtfertigten" Kündigungen vorsichtig umgehen, denn es müßte sonst um seine Reputation fürchten und damit den Nachteil in Kauf nehmen, neue Arbeitskräfte nur zu einem um eine Risikoprämie erhöhten Lohnsatz einstellen oder nur noch schlechter qualifizierte Arbeitskräfte attrahieren zu können. Es gibt also vorgelagert zu den gesetzlichen Regelungen schon wirtschaftliche Schranken vor ungerechtfertigten Kündigungen.

368. Beim Kündigungsschutz sind aus ökonomischer Sicht Abwägungen notwendig. Gilt es einerseits, Effizienzvorteile aus dem Schutz vor willkürlichen Kündigungen zu bewahren, dürfen andererseits durch das Instrument der Kündigung nicht zu hohe Einstellungsbarrieren entstehen. Die Kündigungsschutzgesetzgebung leistet vom Wortlaut her diese Abwägung nicht. Entscheidend ist die gerichtliche Praxis bei der Umsetzung des Kündigungsschutzes.

Die Arbeitsrechtsprechung stellt auf den Individualschutz des von Entlassung bedrohten Arbeitnehmers ab; für andere Abwägungen läßt das Kündigungsschutzgesetz nach Auffassung der Arbeitsgerichte keinen Raum. Davon ausgehend hat die Arbeitsgerichtsbarkeit folgende Grundprinzipien entwickelt. Kündigungen werden nur als „ultima ratio" zugelassen. Der Arbeitgeber muß bei vertragswidrigem Verhalten des Arbeitnehmers alle anderen Disziplinierungsmöglichkeiten — zum Beispiel Abmahnung, Umsetzung auf andere Arbeitsplätze, Änderung der Arbeitsbedingungen — erfolglos angewendet haben. Vor personenbedingten Kündigungen müssen Überbrückungsmaßnahmen (zum Beispiel Einstellung von Aushilfskräften), Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für den Arbeitnehmer oder die Einrichtung geeigneter Arbeitsplätze erwogen werden. Ob überhaupt ein zulässiger Kündigungsgrund vorliegt, ist zudem nicht aus der subjektiven Sicht des Arbeitgebers zu beurteilen, sondern ausschließlich nach objektiven Kriterien aus der Sicht eines „ruhig und verständig urteilenden Arbeitgebers" zu entscheiden. Fehlverhalten eines Arbeitnehmers rechtfertigt eine außerordentliche Kündigung nur dann, wenn durch dieses Verhalten eine „konkrete Störung" und nicht nur eine „abstrakte" oder „konkrete Gefährdung" des Arbeitsablaufs und Betriebsfriedens eingetreten ist.

369. Zwei Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts (BAG) zur verhaltensbedingten Kündigung (häufige Unpünktlichkeit) und zur personenbedingten Kündigung (langandauernde Krankheit) liefern Beispiele für die Praxis des Kündigungsschutzes.

Das BAG hatte über die fristlose Kündigung eines Arbeiters (stellvertretendes Betriebsratsmitglied) zu befinden, der im Zeitraum von eineinhalb Jahren rund einhundert Mal verspätet am Arbeitsplatz erschienen war und dieses Verhalten trotz mehrfacher Verwarnungen und Abmahnungen sowie Lohnkürzungen nicht geändert hatte. Zwar hat das BAG häufige Unpünktlichkeit „an sich" als wichtigen Grund für eine außerordentliche Kündigung anerkannt. Doch hält es eine umfassende Interessenabwägung für nötig, ob die beharrlichen Verletzungen der Arbeitspflicht durch den Arbeitnehmer dem Arbeitgeber die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses unzumutbar gemacht hätten. Dies sei nicht schon dann der Fall, wenn durch das Verhalten des Arbeitnehmers die Betriebsordnung und der Betriebsfrieden gefährdet seien, es müsse vielmehr eine „konkrete Störung" eingetreten sein. Wenn diese vom Arbeitgeber nicht nachgewiesen werden könne, läge kein wichtiger Grund für eine außerordentliche Kündigung vor (Urteil vom 17. März 1988 — 2 AZR 576/87).

Grundsätze zum Kündigungsschutz bei langandauernder Krankheit formulierte das BAG anläßlich des Falles einer Arbeitnehmerin, die innerhalb von zwei Jahren an gut vierhundert Tagen krank gewesen war. Aus der langandauernden Krankheit in der Vergangenheit könne nicht auf eine Arbeitsunfähigkeit für die Zukunft geschlossen werden; vielmehr müßten objektive Gründe für eine Arbeitsunfähigkeit auf unabsehbare Zeit schließen lassen. Die Ungewißheit über die zukünftige Arbeits(un)fähigkeit des Arbeitnehmers rechtfertige auch nur dann eine Kündigung,

wenn diese Ungewißheit zu „unzumutbaren" betrieblichen oder wirtschaftlichen Belastungen des Arbeitgebers führe. Hierbei sind strenge Maßstäbe anzulegen. So müsse der Arbeitgeber auch Überbrückungsmaßnahmen (zum Beispiel eine Aushilfskraft) auf unbestimmte Zeit in Erwägung ziehen (Urteil vom 25. November 1982 — 2 AZR 140/81). Diese Grundsätze sind analog auf den Fall häufiger Kurzzeiterkrankungen anzuwenden.

370. Die strikt auf den Einzelfall auszurichtende Rechtsprechung zum Kündigungsschutz läßt die Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Erwägungen in Kündigungsschutzverfahren nach dem Verständnis der Arbeitsgerichte nicht zu; im Kündigungsschutzgesetz seien keine Anhaltspunkte enthalten, die darauf hindeuten würden, daß in Kündigungsverfahren neben dem Schutzinteresse des einzelnen Arbeitnehmers andere, etwa gesamtwirtschaftliche Überlegungen zu berücksichtigen seien. Derartige anderweitige Überlegungen seien daher rechtlich nicht zulässig.

Diese Rechtsinterpretation soll hier nicht in Zweifel gezogen werden. Der entscheidende Punkt ist, daß sie aus ökonomischer Sicht in ein Dilemma führt. Die auf den konkreten Einzelfall gerichtete Entscheidung eines Arbeitsgerichts löst ökonomische Signalwirkungen aus, die über die Bedeutung des Einzelfalls hinausgehen und allgemein auf die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern einwirken. Ein im Einzelfall immer wieder weit getriebener Kündigungsschutz wird im Ergebnis zu der begründeten Einschätzung führen, daß Kündigungen eben nur in Ausnahmefällen möglich sind, weil die Gerichte überaus strenge Maßstäbe an die Kündigungsvoraussetzungen legen. Die lange Dauer und der ungewisse Ausgang von Kündigungsverfahren tun ein übriges, um die Kündigungsmöglichkeiten faktisch zu beschränken. Wenn langanhaltende vertragswidrige Disziplinlosigkeit eine fristlose Kündigung nicht rechtfertigen kann und wenn langandauernde Krankheit nicht zur Entlassung genügt, kann sich bei den Unternehmern der Eindruck verfestigen, daß der Kündigungsschutz einseitig zugunsten der Arbeitnehmer und zu Lasten der Unternehmen angewendet wird. Wie immer man diese Einschätzungen bewerten mag — ob man sie teilt oder nicht —, festzuhalten bleibt, daß die Praxis des Kündigungsschutzes zu Verhaltensanpassungen der Arbeitgeber führt. Der weit getriebene Kündigungsschutz bewirkt, daß Unternehmen bei künftigen Einstellungen zurückhaltender werden, als es sonst der Fall wäre. Für die Arbeitnehmer wird damit die soziale Sicherheit — gemessen an den Chancen, einen Arbeitsplatz finden zu können — kleiner werden.

371. Es liegt daher im Gesamtinteresse der Arbeitnehmer, daß die Arbeitsrechtsprechung, auch wenn sie naturgemäß immer nur über einen konkreten Einzelfall zu entscheiden hat, stärker als bisher die wirtschaftlichen Signalwirkungen ihrer Urteile bedenkt. Das Kündigungsschutzgesetz sollte solche Abwägungen zur Pflicht machen. Es ist sicherlich schwierig, hierfür allgemeine Kriterien zu finden; die Politik zeigt allerdings auch wenig Bereitschaft, entsprechende gesetzliche Änderungen vorzunehmen. Symptomatisch ist hierfür, daß der Gesetzgeber Mitte der achtziger Jahre nicht die Kündigungsschutzgesetzgebung modifizierte, sondern mit der Ausweitung der Möglichkeiten zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge Wege zur Umgehung des Kündigungsschutzes eröffnete. Die Konkretisierung des allgemeinen Kündigungsschutzes wird weiterhin Aufgabe der Gerichte bleiben. Es kann nicht dafür plädiert werden, den Kündigungsschutz je nach der Lage am Arbeitsmarkt streng oder lax zu handhaben. Doch muß der Blick dafür geschärft werden, daß ein zu weit getriebener Kündigungsschutz hohe Einstellungsbarrieren schafft und dadurch der Gesamtheit der Arbeitnehmer mehr schadet als nutzt.

Der vom Gesetz für den Einzelfall geforderte Kündigungsschutz läßt den Gerichten einen Ermessensspielraum für die Entscheidung, wann eine Kündigung „sozial ungerechtfertigt" ist. Die Gerichte können im Rahmen dieses Ermessensspielraums einen „maximal möglichen" Kündigungsschutz ebenso praktizieren wie einen „angemessenen" Kündigungsschutz. Dies ist eine Wertungsfrage. Worum es letztlich geht, ist, den Ermessensspielraum so zu nutzen, daß der geforderte Schutz des einzelnen Arbeitnehmers nicht zu kurz kommt, gleichzeitig aber auch durch eine insgesamt weniger rigide Kündigungsschutzpraxis Einstellungsbarrieren am Arbeitsmarkt niedriger werden.

V. Wohnungspolitik: Behebung der Wohnungsknappheit gegen den Markt ist aussichtslos

Neue Wohnungsnot?

372. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt hat sich überraschend schnell gewandelt. Noch vor zwei Jahren überstieg das Wohnungsangebot die Wohnungsnachfrage, und Leerstände, zumal von Sozialwohnungen, schienen eine Marktsättigung zu signalisieren. Diese Einschätzung erwies sich als nicht zutreffend. Die Nachfrage wuchs schneller als das Angebot, und in fast allen Marktbereichen und nahezu überall wurde es schwieriger, eine zu Wohnwünschen und Zahlungsbereitschaft passende Wohnung zu finden. Besonders hart trifft die Marktanspannung Personengruppen mit niedrigem Einkommen in den Ballungsgebieten und deren Randzonen. Dort ist die Nachfrage von einem hohen Niveau aus weiter gestiegen, während sich das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen aufgrund von Modernisierung, Umwandlung in Wohneigentum oder gewerbliche Nutzung, Zusammenlegung von Wohnungen und Abriß von Wohnhäusern eher verringert hat. Die Fluktuation hat stark abgenommen. Freiwerdende Wohnungen werden „unter der Hand" vermietet. Die Kommunen haben große Schwierigkeiten, Wohnraum für Dringlichkeitsfälle bereitzustellen. Aussiedler und Übersiedler mußten zum Teil in Turnhallen, Wohncontainern und anderen Notunterkünften untergebracht werden.

373. Die aktuelle Anspannung auf dem Wohnungsmarkt darf nicht als eine allgemeine Wohnungsnot interpretiert werden, die es breiten Schichten der Bevölkerung verwehrte, sich in angemessenem Umfang und zu tragbaren Preisen mit Wohnraum zu versor-

gen. Im Jahre 1987 gab es rund 6,6 Millionen mehr Wohnungen als 1968, dem stand bis Ende 1988 eine Zunahme der Bevölkerung um etwa eine Million Einwohner seit 1970 gegenüber. Die Wohnfläche je Einwohner stieg in dieser Zeit um die Hälfte, von 23,8 qm auf 35,5 qm. Die Verbesserung der quantitativen Wohnversorgung wurde von bedeutenden Verbesserungen des Wohnstandards begleitet. Die Wohnraumversorgung in der Bundesrepublik zählt heute mit zu der besten in der Welt, und die Bundesbürger haben sich die größere und bessere Wohnung sowie das Wohneigentum auch etwas kosten lassen: Der Anteil der Mieten (einschließlich Mietwert des selbstgenutzten Wohneigentums) am Privaten Verbrauch stieg von 12,2 vH in 1970 auf 15,7 vH in 1988. Aus diesem gestiegenen Anteil der Ausgaben für die Wohnung (ohne Energiekosten) kann man die gestiegene Wertschätzung für das Gut Wohnung ersehen.

Der starke Anstieg der Nachfrage nach größeren und besseren Wohnungen geht hauptsächlich auf die kräftige Zunahme der Realeinkommen in den letzten Jahren zurück. Hinzu kommt die Zunahme der Anzahl der Haushalte durch die geburtenstarken Jahrgänge und durch den Anstieg der Einpersonenhaushalte. Der Nachfragedruck wurde und wird noch verstärkt durch die Zuwanderung von Übersiedlern aus der DDR und Aussiedlern aus Osteuropa.

Das Wohnungsangebot hielt mit dem Anstieg der Nachfrage nicht Schritt. Ausschlaggebend für den bis 1988 anhaltenden Rückgang der Neuzugänge zum Wohnungsbestand, namentlich bei Mietwohnungen, dürfte gewesen sein, daß die These, eine langfristig schrumpfende Bevölkerung brauche weniger Wohnraum — der Wohnungsmarkt stehe daher demographisch bedingt vor der Marktsättigung —, bei den Investoren starke Beachtung fand. Aus dieser Sicht erschien ein Engagement im Mietwohnungsbau als äußerst riskant. Der Preisrückgang bei den Immobilien, die Vermietungsprobleme und die Leerstände an Wohnungen schufen ein schlechtes Klima für Investitionen. Die Einschätzung der Nachfrage- und Investitionschancen auf dem Wohnungsmarkt änderte sich erst im Laufe des Jahres 1987.

374. Auf dem Wohnungsmarkt fällt der Wechsel zwischen Phasen der Anspannung und der Entspannung krasser aus als auf anderen Märkten. Das Besondere am Wohnungsmarkt liegt darin, daß die laufende Produktion von Wohnungen, verglichen mit dem gesamten Wohnungsbestand, nur gering ist. Im Jahre 1988 belief sie sich auf weniger als 1 vH. Eine Nachfragesteigerung um 1 vH oder 2 vH erfordert eine Verdoppelung oder Verdreifachung des Wohnungsbaus, wenn die Zusatznachfrage innerhalb eines Jahres ausgeglichen werden soll. Eine solche Produktionssteigerung ist nicht erreichbar. Würde man alles daran setzen, die Kapazitäten der Bauindustrie in kürzester Zeit derart auszuweiten — und gelänge dies —, müßte man bei erneuter Abschwächung der Nachfrage eine entsprechend starke Drosselung der Bautätigkeit und hohe Überkapazitäten in Kauf nehmen; das hätte entsprechend starke Fluktuationen in der Beschäftigung am Bau zur Folge. Zu bedenken ist ferner, daß es 1½ Jahre bis 2 Jahre dauert, bis eine Veränderung in der Markteinschätzung zu entsprechenden Investitionen im Neubau führt. Beide Faktoren zusammen bewirken, daß es immer wieder zu empfindlichen Störungen auf dem Wohnungsmarkt kommt und daß der Abbau einer Übernachfrage, wenn diese wie heute ein größeres Ausmaß erreicht hat, mehrere Jahre dauern kann. Diese Zusammenhänge machen deutlich, daß es geradezu vermessen wäre, wenn die Wohnungspolitik eine ständig gleichgewichtige Entwicklung, einen Gleichschritt von Angebot und Nachfrage, versprechen würde. Das ist auch nicht durch ein wie immer geartetes Hinauf- und Herunterfahren von Sozialwohnungsbauprogrammen zu gewährleisten; in der Vergangenheit haben solche Programme zur Unstetigkeit der Wohnungsbauentwicklung beigetragen. Deshalb steht die These, die gegenwärtigen Engpässe seien durch die Kürzung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau verursacht worden, auf schwachen Füßen. Solche Engpässe sind weder vermeidbar noch zeitlich vorhersehbar. Aufgabe der Wohnungspolitik ist es, die sich daraus ergebenden sozialen Härten zu mildern.

Für ein mittelfristig ausreichendes Angebot müssen private Anbieter sorgen. Dazu gehören nicht nur private Haushalte und kleingewerbliche Unternehmen, sondern auch gemeinnützige und freie Wohnungsunternehmen sowie Wohnungsbaugenossenschaften. Wenn diese Investoren nicht von der Politik verunsichert werden, kann man darauf setzen, daß die derzeitige Marktanspannung bei Mietwohnungen, nachdem die Wohnungsbauinvestitionen jetzt kräftig steigen, in einigen Jahren überwunden sein wird. Dafür sorgen nicht nur die Investoren im Mietwohnungsbau unmittelbar, sondern mittelbar auch die Bauherren von Einfamilienhäusern, die mit ihren Bauvorhaben meist zugleich das längerfristige Ziel einer Wohnversorgung für das Alter verfolgen. Man rechnet damit, daß der Neubezug von je fünf Einfamilienhäusern oder Eigentumswohnungen jeweils vier Mietwohnungen in der „Umzugskette" freimacht.

375. Die im Markt angelegten Investitionsbedingungen im Wohnungsbau sind so günstig wie seit vielen Jahren nicht mehr, und die Investoren reagieren bereits kräftig auf die vom Markt ausgehenden Signale. Das ist kein Strohfeuer. Wenn die Einkommen weiter steigen — und das ist eine realistische Chance — wird auch die Nachfrage nach Wohnraum weiter anwachsen, und das wissen die privaten Investoren. Die wichtigste Aufgabe der Wohnungspolitik muß es sein, diese Investitionsbereitschaft — soweit es in ihrer Macht steht — zu erhalten. Gefordert sind langfristig stabile ordnungspolitische Rahmenbedingungen, auf die sich Bauherren und Mieter verlassen können. Sie sorgen dafür, daß die Ausweitung des Wohnungsangebots schnell vorankommt.

Von einer die Wohnungspolitik fordernden Notlage konnte bisher allein bei den Wohnungsuchenden gesprochen werden, die wegen niedriger Einkommen oder sozialer Handicaps auch bei Inanspruchnahme des Wohngelds nicht in der Lage sind, sich selbst eine Wohnung zu verschaffen. Hinzu kommt gegenwärtig der starke Zustrom von Aussiedlern und Übersiedlern, für die selbst Übergangsunterkünfte kaum noch bereitstehen. Diese Personengruppen der echten Dringlichkeitsfälle bilden einen zunehmenden Teil der Wohnungsuchenden. Ihre Versorgung ist deshalb

schwierig, weil vor allem in großen Städten die dem Wohnungsamt zur Verfügung stehenden Wohnungen für eine alsbaldige Versorgung der Dringlichkeitsfälle bei weitem nicht hinreichen.

Wohnungspolitische Initiativen der Bundesregierung

376. Angesichts dieser Entwicklung sind außergewöhnliche Anstrengungen der Gemeinden, der Länder und des Bundes erforderlich. Was im Rahmen der wohnungspolitischen Initiativen zur finanziellen Förderung des Wohnungsbaus auf den Weg gebracht wurde, ist allerdings als Obergrenze dessen anzusehen, was in Anbetracht der Kapazitätssituation in der Bauwirtschaft und — vor allem — mit Blick auf die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Wohnungsmarkts mittelfristig vertretbar erscheint.

Ein Schwerpunkt der wohnungspolitischen Initiativen ist die Aufstockung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau auf inzwischen 2 Mrd DM (Tabelle 28). Die Systemmängel des Sozialmietwohnungsbaus sollen mit dem neuen Instrument der „vereinbarten Förderung" gemildert werden. Der Bund eröffnet damit Ländern und Gemeinden die Möglichkeit, die Dauer der Belegungsbindung, den Mietverlauf und die Höhe der Förderung frei zu vereinbaren und solche Anbieter auszuwählen, die die Leistung mit dem niedrigsten Förderungsaufwand erbringen. Ein weiterer Schwerpunkt der wohnungspolitischen Initiativen ist die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, sowohl für den Bau von Mietwohnungen als auch für Umbauten und Ausbauten, die neuen Wohnraum schaffen. Der Stimulierung des Wohnungsangebots dienen darüber hinaus die Zinsverbilligungen von Zwischenfinanzierungskrediten für das Bausparen und die zinsgünstigen Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum im vorhandenen Bestand gewährt werden. Schließlich sind auch Zuschüsse für den Bau von Studentenwohnungen beschlossen worden.

Flankierend zu diesen finanziellen Anreizen für Bauwillige sind eng begrenzte mietrechtliche Änderungen, Maßnahmen zur Erhöhung des Angebots an Bauland sowie zur Beschleunigung von planungs- und baurechtlichen Entscheidungen vorgesehen.

377. In der politischen Diskussion werden die wohnungspolitischen Initiativen des Bundes vielfach als unzureichend kritisiert. Es wird gefordert,

- den Sozialmietwohnungsbau in großem Umfang neu zu beleben,
- die Bindungsfristen für Sozialwohnungen, die aufgrund einer Ablösung der öffentlichen Baudarlehen frei geworden sind oder künftig frei werden, zu verlängern,
- die Mietpreiskontrolle zu verschärfen,
- den Mieterschutz weiter auszubauen und die Verfügungsrechte der Vermieter weiter zu beschneiden,
- den Fortfall der subjektiven Steuerbefreiung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen ab 1. Januar 1990 wieder rückgängig zu machen.

Würde man diesen Forderungen nachgeben, so wären Fehlentwicklungen programmiert: Der Wohnungsmarkt bliebe unter staatlicher Obhut, und der Subventionsbedarf würde drastisch steigen; die private Wohnungsbautätigkeit erhielte einen empfindlichen Schlag, weil die privaten Investoren sich erneut zurückzögen, und die aktuellen Engpaßprobleme würden zu einer Dauerbelastung.

Eine Wiederbelebung des „klassischen" sozialen Mietwohnungsbaus wäre teuer, unsozial, ineffizient

378. Der Sozialmietwohnungsbau ist für den Fiskus die teuerste Form der Subventionierung von Wohnungsuchenden, die staatlicher Hilfe bedürfen.

Vergleicht man diese Objektförderung mit der Subjektförderung durch Wohngeld, so müßte der Fiskus beim Sozialmietwohnungsbau — bei gleichen Kriterien für die Abgrenzung des Kreises der Berechtigten und deren Förderung — auch dann beträchtlich mehr Mittel einsetzen als beim Wohngeld, wenn von der Erstbelegung an bis zum Ende der Belegungsbindung eine Fehlsubventionierung verhindert werden könnte. Denn das Wohngeld trägt anders als die Objektförderung den sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der einzelnen Haushalte Rechnung, und beim Wohngeld verbleibt der Anreiz für die Mieter, ihre Wohnnachfrage, wenn möglich, aus den preisgünstigeren Wohnbeständen zu decken.

Vergleicht man die Objektförderung durch Neubau mit einer Belegung von Wohnungen für Sozialmieter aus dem Bestand, so schneidet die Objektförderung ebenfalls schlecht ab. Denn Wohnungen aus der Neuproduktion sind erheblich teurer als vergleichbare Wohnungen aus einer früheren Produktion, und dementsprechend fällt der Subventionsbetrag beim Neubau von Sozialwohnungen auch höher aus.

Um die soziale Treffsicherheit des Sozialmietwohnungsbaus ist es besonders schlecht bestellt. Heute zählen etwa 40 vH der Bundesbürger zum Kreis der Anspruchsberechtigten für eine Sozialwohnung. Der Bestand an Sozialwohnungen machte aber 1987 nur noch ein Viertel des gesamten Mietwohnungsbestandes aus und ist außerdem zu einem nicht geringen Teil von Personen besetzt, die nicht mehr förderungsberechtigt sind. Gegen diese Fehlsubventionierung hat die Wohnungspolitik bis heute keine durchgreifenden Schritte unternommen. Die Chancen, eine neue Sozialwohnung zu bekommen, sind außerdem diametral entgegengesetzt zu den Einkommensverhältnissen verteilt. Nicht die ärmeren Wohnungsuchenden, sondern die Anspruchsberechtigten mit gesichertem mittleren Einkommen haben die größeren Chancen, weil die Bauherren — und hiervon stellen die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen keine Ausnahme dar — schon wegen des geringeren Mietrisikos diese als Sozialmieter bevorzugen.

Die Förderung des Sozialmietwohnungsbaus kann daher — bei vernünftiger Auslegung der Kriterien —

Tabelle 28

Wichtige wohnungspolitische Beschlüsse seit Herbst 1988

Datum	
1988	
31. August	**Sonderprogramm Wohnungsversorgung für Aussiedler** (Kabinettsbeschluß) Für den Aussiedlerwohnungsbau sind Bundesmittel in Höhe von 750 Mio DM für 1989 und 375 Mio DM für 1990 vorgesehen; Bundeszuschuß von 25 000 DM je Wohnung (Länderbeteiligung mindestens in gleicher Höhe), zur Förderung von etwa 30 000 beziehungsweise 15 000 Miet- und Eigentumswohnungen für Aussiedler. Voraussetzungen für die Inanspruchnahme: siebenjährige Belegungsbindung zugunsten von Aussiedlern und Zuwanderern.
29. September	**„Vereinbarte Förderung" als 3. Förderungsweg im sozialen Wohnungsbau** (Kabinettsbeschluß) Durch eine Änderung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes wird die vertraglich vereinbarte Förderung als 3. Förderungsweg im sozialen Wohnungsbau eingeführt. In Kraft getreten durch das Wohnungsbauänderungsgesetz 1988 vom 21. Februar 1989: Abweichend von den Regelungen nach dem 1. und 2. Förderungsweg können zwischen Darlehens- oder Zuschußgeber und dem Bauherrn bei der abzuschließenden Vereinbarung insbesondere Bestimmungen über Höhe und Einsatzart der Mittel, die Zweckbestimmung, Besetzungsrechte, die Beachtung von Einkommensgrenzen, die Höhe des Mietzinses und etwaige Änderungen während der Dauer der Zweckbestimmung sowie die Folgen von Vertragsverletzungen getroffen werden. Dabei ist sicherzustellen, daß der Mieter sich gegenüber dem Bauherrn oder gegenüber einem anderen Verfügungsberechtigten auf die Einhaltung der mit dem Darlehns- oder Zuschußgeber vereinbarten Mietzinsregelung berufen kann. Diese Mittel gelten nicht als öffentliche Mittel im Sinne dieses Gesetzes. Die geförderten Wohnungen sind kein preisgebundener Wohnraum.
1989	
22. Februar	**Erweiterung der Fehlbelegungsabgabe** (Kabinettsbeschluß) Entsprechend einem vorangegangenen Beschluß des Bundesverfassungsgerichts wird die Einführung der Fehlbelegungsabgabe auch in Gemeinden unter 300 000 Einwohnern ermöglicht. Die zuvor bestehende gesetzliche Befristung für die Erhebung der Abgabe bis zum 31. Dezember 1994 wird aufgehoben. In Kraft getreten durch: Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen vom 8. Juni 1989.
14./16. März	Beschlüsse der Regierungskoalition: **Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen** für Mietwohnungen durch eine Verstärkung der degressiven Abschreibung (unter anderem Erhöhung der Abschreibungssätze in den ersten 4 Jahren auf 28 vH und Verkürzung der Abschreibungsdauer von 50 auf 40 Jahre). In Kraft getreten durch: Gesetz zur Änderung des Steuerreformgesetzes 1990 sowie zur Förderung des Mietwohnungsbaus und von Arbeitsplätzen in Privathaushalten vom 30. Juni 1989. **Aufstockung des Verpflichtungsrahmens für den sozialen Wohnungsbau** für 1990 über 1,25 Mrd DM auf 1,6 Mrd DM. Aufhebung der Trennung zwischen Aussiedlerprogramm und allgemeinem sozialen Wohnungsbau ab 1990. Mietwohnungen und Eigentumswohnungen können gleichermaßen gefördert werden. **Verbesserung des Wohngeldes** durch Einführung einer 6. Mietenstufe in Regionen mit einem besonders hohen Mietenniveau und Höherstufung von Gemeinden mit überdurchschnittlicher Mietenentwicklung (ab 1. Januar 1990). **Fortführung der Städtebauförderung** über 1990 hinaus, mit 660 Mio DM Bundesanteilen jährlich.
21. Juni	**Novellierung des Wohnungsbindungsgesetzes zum Sozialwohnungstausch** (Kabinettsbeschluß) Tausch von Sozialwohnungen zugunsten von kinderreichen Familien und anderen Anspruchsberechtigten wird dadurch erleichtert, daß Haushalte, die eine größere Sozialmietwohnung freimachen, auch dann in eine kleinere Sozialwohnung einziehen können, wenn ihr Einkommen die Einkommensgrenzen für den sozialen Wohnungsbau überschreitet.
3. Oktober	Beschlüsse der Regierungskoalition: Die **Schaffung von zusätzlichem Wohnraum im vorhandenen Gebäudebestand** wird alternativ durch steuerliche Sonderabschreibungen (Herstellungsaufwand von maximal 60 000 DM je Wohnung über 5 Jahre jeweils mit 20 vH) oder zinsgünstige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (Zinsverbilligung um 3 Prozentpunkte über 10 Jahre) gefördert (Kreditvolumen von 1,5 Mrd DM bei der KfW; Begünstigung von 75 vH der Baukosten bis zu einem Darlehensbetrag von 750 DM je qm Wohnfläche). Das KfW-Gemeindeprogramm wird für die **Aufschließung von Bauland** geöffnet. **Förderung des Studentenwohnungsbaus.**

noch Tabelle 28

Datum	
noch 1989	
7. November	Beschlüsse der Regierungskoalition: **Förderung des Wohnungsbaus** 1) *Sozialer Wohnungsbau (Direktförderung)* Der Bund erhöht seinen Verpflichtungsrahmen für soziale Wohnungsbaumaßnahmen und für die dauerhafte Unterbringung von Personen mit besonderem Wohnbedarf für das Jahr 1990 auf 2,0 Mrd DM bei einer Verstetigung des Mitteleinsatzes bis zum Jahre 1993. Die zusätzlichen Beträge gegenüber den ursprünglichen Ansätzen müssen voll nach dem 3. Förderungsweg (siehe auch 29. September 1988) vergeben werden; in den folgenden Jahren sind dies: 1990: 400 Mio DM; 1991: 600 Mio DM; 1992: 1 Mrd DM; 1993: 1,5 Mrd DM. 2) *Steuerliche Sonderabschreibung mit Sozialbindung* Alternativ zur Direktförderung günstigere Abschreibungsregelung für Investoren von preis- und belegungsgebundenen Wohnungen; 85 vH Abschreibungen in den ersten 10 Jahren; Belegungsbindung 10 Jahre; Mietpreisbindung: Einhaltung von Höchstmieten. 3) *Bauspar-Zwischenfinanzierungsprogramm* Zinsverbilligung von Bauspar-Zwischenfinanzierungskrediten für den Bau und den Ersterwerb von selbstgenutzten Wohneinheiten (Mittelvolumen: 500 Mio DM); Mittelbereitstellung im „Windhundverfahren", Förderungsumfang etwa 80 000 Wohnungen, wesentliche Programmkonditionen: Darlehenshöchstbetrag 80 000 DM (+20 000 DM je Kind), Zinsverbilligung um 2,5 Prozentpunkte für höchstens 3 Jahre. 4) *Studentenwohnungsbau* Bund stellt für ein Sonderprogramm zur Förderung von 20 000 Wohnheimplätzen den Ländern für 1990 Zuschüsse von 300 Mio DM zur Verfügung. 5) *Förderung von Übergangsheimen* Förderung von Einrichtungen zur Übergangsunterbringung durch Gemeinden und andere Träger: Zinsverbilligung um 4 Prozentpunkte für Kredite im Rahmen des KfW-Gemeindeprogramms. 6) *Erweiterte Wohnungsfürsorge* des Bundes für seine Bediensteten (10 Mio DM); zusätzliche Baumaßnahmen des Bundes. 7) *Mietrechtliche Flankierung* Keine Restriktionen im Mietrecht, jedoch sollen eng begrenzte mietrechtliche Änderungen zur befristeten Unterbringung in Ferienwohngebieten, zur Erleichterung der Vermietung an Studenten sowie zum Abbau mietrechtlicher Hemmnisse für Maßnahmen des Um- oder Ausbaus eröffnet werden. **Wohngeld** Zeitgerechte und angemessene Anhebung des Wohngeldes. **Zusätzliche Maßnahmen zur Erleichterung des Wohnungsbaus** — Unterstützung der Gemeinden bei der Aufschließung von Wohnbauflächen (zum Beispiel für Infrastrukturinvestitionen) — Grundstücksvergabe aus Bundesvermögen zu günstigeren Konditionen (Erbbauzins) — Ausweitung der Baukapazitäten durch Unterstützung der Verwaltungen und Verbände bei der „Mobilisierung" von Arbeitskräften — Vorübergehende Erleichterungen bei den planungs- und baurechtlichen Bestimmungen (Bauleitplanung, Fristenverkürzung bei Genehmigungsvorgängen etc.).

nur für Ausnahmefälle vertreten werden, in denen es nicht möglich ist, eine Wohnung anzumieten, und in denen der Bestand an Belegungsrechten völlig unzureichend ist. Für Engpaßsituationen kommt der Neubau von Sozialwohnungen regelmäßig zu spät, so daß ohnehin kaum eine andere Möglichkeit besteht als mittelfristig Belegungsrechte zu sichern. Und diese sollten im relativ preiswerten Bestand und nicht durch teuren Neubau gesichert werden.

379. Der Sozialmietwohnungsbau ist für den Fiskus auch deshalb teuer, weil er zu Lasten des freifinanzierten Mietwohnungsbaus geht. Wenn der Staat sich in größerem Umfange für die Förderung des Sozialmietwohnungsbaus engagiert, erhöht er die Marktrisiken für die privaten Investoren im freifinanzierten Wohnungsbau. Diese werden sich dann schon deshalb zurückhalten, weil der Staat die Vermietbarkeit der von ihm geförderten Objekte durch Nachsubventionierung jederzeit sicherstellen kann. Im übrigen ist der bisher übliche Sozialmietwohnungsbau aus der Sicht des Investors eine sichere und rentierliche Alternative zum freifinanzierten Wohnungsbau. Eine Wiederbelebung des Sozialmietwohnungsbaus wird daher auch aus diesem Grunde teilweise zu Lasten des freifinanzierten Wohnungsbaus gehen.

380. Der Sozialmietwohnungsbau ist ökonomisch ineffizient. Wenn der Staat sich bereit findet, Investoren im Wohnungsbau — oder in anderen Bereichen — zu subventionieren, mindert er dadurch den vom Markt ausgehenden Zwang, das Investitionsobjekt sorgfältig auf seine Eignung, den voraussichtlich dauerhaften Wünschen der Nachfrage zu entsprechen, auf seine Wettbewerbsfähigkeit mit konkurrierenden Wohnungen und insbesondere auch auf seine Kosteneffizienz hin zu prüfen. Sozialer Wohnungsbau war jedenfalls in der Vergangenheit nicht selten teurer als der Bau vergleichbarer freifinanzierter Objekte.

381. Diese Kritik am Sozialmietwohnungsbau gilt für den „dritten Förderungsweg" des klassischen Sozialmietwohnungsbaus, die „vereinbarte Förderung", nur abgeschwächt. Mit dieser Regelung können die Länder und Gemeinden nicht nur eine dem konkreten Falle angepaßte Vereinbarung zwischen Investor und Bewilligungsstelle treffen, sondern vor allem auch durch den Wettbewerb der Subventionsnehmer einen Druck auf diese ausüben, die Kosten des Objekts niedrig zu halten und seine langfristige Vermietbarkeit im Auge zu behalten. Mit dem „dritten Förderungsweg" verbessern sich auch die Aussichten, daß die Versicherungsunternehmen sich wieder stärker im Mietwohnungsbau engagieren. Abschreibungserleichterungen sind für sie nicht hilfreich, weil sie zu Lasten der von ihnen auszuweisenden kurzfristigen Rendite gehen, investitionsfördernd wirken hingegen Liquiditätshilfen wie die des „dritten Förderungsweges".

Die gemäß Koalitionsvereinbarungen vom 7. November 1989 zusätzlich bereitgestellten Mittel für soziale Wohnungsbaumaßnahmen sollen von den Ländern ausschließlich über den „dritten Förderungsweg" vergeben werden. Bisher findet dieser Weg noch wenig Anwendung. Er fordert von Bewilligungsstellen, die sich bisher an einfache Schemaregelungen halten konnten, ein gleichermaßen am Markt und an differenzierten Kriterien der Förderungsbedürftigkeit ausgerichtetes Vorgehen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Länder diesen neuen Förderungsweg überhaupt anbieten, wie die Bewilligungsstellen mit dem neuen Verfahren zurechtkommen und ob die Investoren die jeweils angebotenen Förderungsbedingungen als hinreichend attraktiv beurteilen.

Schärfere Mietpreiskontrollen und ein weiter ausgebauter Mieterschutz würden den freifinanzierten Mietwohnungsbau gefährden

382. Den besten Mieterschutz bildet ein tendenziell im Gleichschritt mit der Wohnungsnachfrage wachsendes Wohnungsangebot. Deshalb gehen wohnungspolitische Interventionen, die die Renditeerwartungen der potentiellen Investoren beeinträchtigen, auf mittlere und erst recht auf längere Sicht immer zu Lasten der Mieter. Wenn es den Vermietern verwehrt wird, bei Inflation, bei Wohnraumverknappung oder bei Modernisierungsvorhaben ihre Mieten marktgerecht zu erhöhen, werden sich neue Investoren im Wohnungsbau zurückhalten. Die daraus resultierende Verknappung von Wohnraum steigert in der einen oder anderen Weise — etwa über Abstandszahlungen — die Mieten bei der Erstvermietung und bei der Wiedervermietung, oder aber sie zwingt den Staat, den Wohnungsbau massiv zu fördern.

383. Im Mietwohnungsbau werden sehr langfristige Investitionsentscheidungen getroffen. Da neugebaute Mietwohnungen sich hinsichtlich ihres Wohnwertes nicht wesentlich von dem Wohnungsbestand der gut gepflegten älteren Jahrgänge unterscheiden, die zu niedrigeren Kosten gebaut wurden, müssen die Investoren in den ersten Jahren mit Mieten rechnen, die — bezogen auf das investierte Kapital — eine meist nur bescheidene Rendite erbringen. In der Regel erzielt eine Investition im Mietwohnungsbau erst auf längere Sicht einen Überschuß. Für den langfristigen Renditekalkül der Investoren sind daher verläßliche Rahmenbedingungen von erstrangiger Bedeutung. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören vor allem die Regelungen für den Kündigungsschutz und für die Anpassung der Mieten an die aktuelle Marktentwicklung. Wegen der langen Kapitalbindung reagieren Investoren besonders empfindlich auf staatliche Eingriffe in die Mietenentwicklung.

384. Durch die Wohnraumkündigungsschutzgesetze 1971/74 wurde ein genereller Kündigungsschutz für Mieter eingeführt. Der umfassende Kündigungsschutz und andere rechtliche Einschränkungen des Vermieters haben zur Folge, daß die vom Investor für eine langfristig ausreichende Rendite als erforderlich angesehene Miethöhe tendenziell erhöht wird. Bei der Erstvermietung und bei Wiedervermietung kann die Wohnungsmiete frei vereinbart werden. Mieterhöhungen in bestehenden Mietverträgen sind nach der Vergleichsmietenregelung hingegen hinsichtlich Ausmaß und Häufigkeit begrenzt. Das Mietpreisniveau im Bestand paßt sich daher zwar Veränderungen des Wohnungsmarkts an, aber immer nur mit beträchtlichen Verzögerungen, wenn die Neumieten stärker von den Vergleichsmieten nach oben abweichen.

Als Argument für die Vergleichsmietenregelung wird vorgebracht, sie fördere den Vertragsfrieden, senke die Transaktionskosten und schaffe Transparenz. Das sind Argumente, die sich schlechterdings nicht überprüfen lassen. Zudem: Der Vertragsfrieden ist nicht an eine behördliche Mietenüberwachung gebunden, und die Absenkung der Transaktionskosten sowie die Verbesserung der Transparenz lassen sich auch mit marktgerechten Mitteln, ohne Mietenregulierung, erzielen. Vor allem aber darf man nicht übersehen, daß eine nur begrenzte, hinter der aktuellen Marktentwicklung herlaufende Anpassung der Mieten tendenziell die Renditeerwartungen der Investoren beeinträchtigt.

385. Eine schärfere Begrenzung der Mietänderungen in der Absicht, die Anpassungen an eine Verknappung oder an allgemeine Preissteigerungen weitgehend zu unterbinden, wäre kontraproduktiv. Kurzfristig wüchsen daraus den Mietern im Wohnungsbestand zweifellos Vorteile zu, insbesondere denen, die sich viel Wohnraum leisten. Die negativen Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft gingen jedoch zu Lasten all der Haushalte, die erstmals eine Wohnung suchen oder die sich in ihrer Wohnversorgung verändern wollen: Weil die Investoren auf restriktive Mietpreisregelungen mit Investitionsverweigerung, Umwidmung von Wohnraum in Gewerberaum oder Selbstnutzung reagieren, verknappt sich das Angebot an Mietwohnungen noch mehr. Dementsprechend verteuern sich die Neuvertragsmieten oder, wo die Rechtsordnung die Anpassung der Mieten bei Neuvermietung unterbindet, erhöhen sich die mietengleichen Abstandszahlungen, die von Wohnungswechslern zu zahlen sind. Die durch Interventionen in die Mietpreisbildung geschaffene zusätzliche Verknappung fordert also in jedem Falle einen hohen Preis. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht beson-

ders schlimm ist es, daß er allein von den Wohnungswechslern und denen zu entrichten ist, die erstmalig eine Wohnung suchen. Das geht zu Lasten der Mobilität und beeinträchtigt so das störungsfreie Funktionieren einer Wirtschaft, die auf einen hohen Grad der Mobilität angewiesen ist.

386. In der aktuellen Wohnungsmarktsituation sind Mietpreissteigerungen unvermeidlich. Sie stimulieren die Ausweitung des Wohnungsangebots durch Neubau, Ausbau und Anbau; sie stimulieren außerdem die Pflege des Altbaubestandes durch Erhaltung, Modernisierung und Sanierung. In einem begrenzten Umfange erhöhen sie auch die Freisetzung von größeren Wohnungen aus dem Bestand, die, weil sie teurer werden, von kleiner gewordenen Haushalten gegen eine kleinere Wohnung getauscht werden. Sie begrenzen auch das Wachstum der Wohnungsnachfrage. Die gegenwärtigen Mietpreissteigerungen tragen dazu bei, daß die Anspannung auf dem Wohnungsmarkt abgebaut werden wird.

Für einen Teil der Haushalte sind steigende Mieten nicht verkraftbar. Sie könnten sich bei deutlich steigenden Mieten eine menschenwürdige Wohnung nicht mehr leisten. Diesen Haushalten muß der Staat helfen. Bei diesen Hilfen steht das staatliche Wohngeld im vordersten Rang (Ziffer 393).

Die Steuerpflicht der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen darf nicht rückgängig gemacht werden

387. Für die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, die als Kapitalgesellschaften geführt werden, wird die Steuerbefreiung am 1. Januar 1990 aufgehoben werden. Damit entfallen auch die gemeinnützigkeitsrechtlichen Bindungen dieser Gesellschaften. Diese Unternehmen werden damit den anderen Anbietern auf dem Wohnungsmarkt gleichgestellt. Es ist zu erwarten, daß die gemeinnützigen Unternehmen befähigt sein werden, in größerem Umfange als Investoren aufzutreten. Bisher hatten sie Neubauinvestitionen fast ausschließlich im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus vorgenommen.

Es ist gefordert worden, die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen wieder von der Steuerpflicht zu befreien und sie stärker für soziale Aufgaben in der Wohnungsversorgung einzusetzen. Dazu müßte in das noch geltende Gesetz eine Sozialbindung eingeführt werden, für die die Steuerbefreiung vermutlich kein ausreichendes wirtschaftliches Äquivalent wäre. Mit einem Rückfall in die alte Regelung würde die Investitionsfähigkeit der gemeinnützigen Unternehmen — wie bisher — auf die Bestandspflege sowie auf Neubau im Rahmen staatlicher Förderungsprogramme begrenzt werden. Ihr bedeutendes Potential als Investor auf einem freien Wohnungsmarkt bliebe dann ungenutzt.

Der Auftrag der Wohnungspolitik

388. Ein Nachfrageschub, der mit der Zuwanderung aus der DDR und aus Osteuropa einhergeht, erfordert sicherlich besondere Maßnahmen der Wohnungspolitik. Die Möglichkeiten, das Wohnungsangebot ohne Überbeanspruchung der Bauwirtschaft — und das heißt: ohne starke Preissteigerungen im Wohnungsbau — zu erhöhen, sind allerdings begrenzt. Deshalb ist der Versuch, über die Erschließung von Wohnungsreserven im Bestand hinaus den Neubau von Wohnungen zu forcieren, mit erheblichen Risiken verbunden. Diese Risiken werden erst recht nicht vermieden, wenn der Bund den Forderungen der Länder, des Deutschen Städtetages, des Deutschen Mieterbundes und anderer folgte und den sozialen Wohnungsbau auf Dauer erheblich aufstockte. Schon die bisher beschlossenen zusätzlichen Maßnahmen zur Schaffung preiswerter Wohnungen stoßen gerade dort, wo die Anspannung auf dem Wohnungsmarkt am größten ist, auf Baukapazitäten, die bereits hoch ausgelastet sind. Das zeigen die hier kräftig steigenden Baupreise. Es bleibt eine riskante Gratwanderung, aus der aktuellen Situation heraus das Wohnungsangebot mit staatlichen Mitteln schnell erhöhen zu wollen. Zu rechtfertigen ist eine solche Kraftanstrengung nur, wenn gewährleistet wird, daß sie sich auf unmittelbare Notfälle konzentriert und nicht zum Vorwand für Milliardenaufwendungen im ökonomisch wie sozialpolitisch zweifelhaften klassischen Sozialwohnungsbau genutzt wird.

389. Die Wohnungspolitik wird ihrem Auftrag; für einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt und eine tragbare Wohnkostenbelastung für alle Bürger zu sorgen, dann am besten gerecht, wenn sie die Kräfte des Marktes bestmöglich nutzt und die Marktergebnisse, dem Subsidiaritätsprinzip folgend, sozial flankiert. Das ist eine soziale Wohnungsmarktwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf der Ordnungspolitik. Die Wohnungspolitik hat daher vor allem für stabile, die Investitionsbereitschaft stützende Rahmenbedingungen zu sorgen, die den besonderen Bedingungen dieses Sektors Rechnung tragen. Die Investoren, die Vermieter und die Mieter müssen wissen, welchen Kurs die Wohnungspolitik auf mittlere und längere Sicht in der Wohnungsbauförderung, in der wohnungswirtschaftlich relevanten Steuerpolitik, in der Mietgesetzgebung und hinsichtlich des Kündigungsschutzes sowie der Verfügungsrechte von Vermietern und Mietern verfolgt. Sie müssen sich auch darauf verlassen können, daß die soziale Flankierung durch das Wohngeld erhalten bleibt.

Neuerliche Einschränkungen der Vertragsfreiheit bei Mietverträgen sowie Mietpreiskontrollen brächten den wieder angesprungenen Bau von Mietwohnungen schnell wieder zum Erliegen. Nicht Einschränkungen, sondern Erweiterungen der Vertragsfreiheit wären förderlich für die Ausweitung des Wohnungsangebots durch Neubau und durch schnellere Wiedernutzung von heute leerstehenden Wohnungen. Zu denken wäre hier unter anderem an größere Vertragsfreiheit bei der sogenannten Staffelmiete, etwa durch die Beseitigung der Kappungsgrenze und durch die Regelung, daß häufigere Mietänderungen innerhalb des 10-Jahres-Zeitraums erlaubt werden.

390. Die Verfügbarkeit von Wohnraum und dessen Preise sind wichtige Merkmale einer Region. Die hohen Immobilienpreise und Mieten in Ballungsgebieten zeigen deren hohe Attraktivität an. Billig kann

man nur in wirtschaftlich schwachen Regionen wohnen. Eine Regionalpolitik, die den Rückstand dieser Regionen abbauen will, nutzt dieses Gefälle bei den Wohn- und Grundstückskosten und regelmäßig auch bei den Arbeitskosten für die Anwerbung neuer Arbeitsplätze. Die Wirtschaftspolitik und ebenso die Wohnungspolitik wären schlecht beraten, wenn sie dieses Gefälle einebneten. Die Verbilligung extrem knapper Flächen, erhöhte Zuweisungen von Wohnbauförderungsmitteln, weit überdurchschnittlich heruntersubventionierte Mieten oder verbesserte Wohngeldregelungen in den Ballungsgebieten sind daher aus regionalpolitischer Sicht als kontraproduktiv zu beurteilen. Eine florierende Gemeinde ist auch im Wohnungsbau für Investoren attraktiv, und die erzielten Einkommen ermöglichen es hier jedenfalls den meisten Haushalten, auch höhere Mieten und Preise als anderswo fürs Wohnen zu zahlen.

Eine wirtschaftliche florierende Gemeinde ist aber auch in der Lage, bei der Wohnraumversorgung mehr für ihre wirtschaftlich schlechter gestellten Bürger und für Bürger mit sozialen Handicaps zu tun als andere. Wenn höheres Wohngeld in den Ballungsgebieten gezahlt werden soll, dann aus dem höheren Steueraufkommen dieser Teilräume und nicht vom Bund oder vom Land. Die Absicht der Bundesregierung, das System des regional differenzierten Wohngeldes noch durch eine 6. Mietstufe für Ballungsgebiete mit überdurchschnittlichem Anstieg der Mieten zu ergänzen, ist daher nicht gutzuheißen.

391. Unverändert im vorderen Rang wird die Aufgabe stehen, Wohnraum für die Personengruppen bereitzustellen, die sich — trotz des Anspruchs auf Wohngeld — nicht auf dem Markt versorgen können. Es ist daher nicht sinnvoll, den Bestand an preisgünstigen Wohnungen durch eine forcierte Modernisierungsförderung weiter zu verringern — auch nicht im Zusammenhang mit der Stadterneuerung. Die wichtigste Möglichkeit, in Dringlichkeitsfällen zu helfen, bietet der Erwerb von Belegungsrechten durch die Gemeinden. Dieser wird allerdings nur in begrenztem Umfange und nur mit der Zeit zusätzlichen Wohnraum für die der kommunalen Wohnungsfürsorge anvertrauten Personengruppen bringen.

Der Erwerb von Belegungsrechten kann manche Gemeinden — dazu gehören aber nicht die in prosperierenden Ballungsräumen — finanziell überfordern. Soweit dies der Fall ist, erscheint eine Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Belegungsrechten vertretbar zu sein.

392. Die Wohnungspolitik darf sich durch die Anspannungen in der Wohnungsversorgung nicht zu übereilten Schritten verleiten lassen. Große Förderungsprogramme brächten keine schnelle Lösung der akuten Probleme. Unverzichtbar sind hingegen stabile, die Investitionsbereitschaft stützende Rahmenbedingungen. Gefordert sind nicht nur die Wohnungspolitik von Bund und Ländern, sondern auch größere Anstrengungen der Gemeinden und Kreise. Durch die schnellere Bearbeitung der Bauanträge, durch die Ausweisung und Erschließung von Bauland sowie durch eine Stadtentwicklungsplanung, in der der Wohnungsbau wieder einen angemessenen Stellenwert erhält, können sie entscheidend dazu beitragen, daß die akuten Versorgungsprobleme in ihrem Raum gelöst werden.

393. Eine Wohnungspolitik, die den akuten Anspannungen auf dem Wohnungsmarkt begegnen will, ohne dadurch schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Störungen auf mittlere Sicht hervorzurufen, sollte sich an die folgenden Grundgedanken und Leitlinien halten:

— Knappheit ist nur durch mehr Investitionen abzumildern, und die höheren Investitionen in den Wohnungsbau müssen von privaten Bauherren vorgenommen werden (Einzelbauherren, kleingewerbliche Unternehmen, Versicherungsunternehmen, gemeinnützige und freie Wohnungsunternehmen, Wohnungsbaugenossenschaften).

— zu höheren Investitionen im Mietwohnungsbau kommt es nur bei verbesserten Renditeerwartungen. Deshalb sollten die Rahmenbedingungen für Bauherren und Vermieter, wo immer möglich, verbessert und keinesfalls verschlechtert werden.

  Die im derzeit schnelleren Anstieg der Mieten für Erstvermietung und Wiedervermietung angelegte Verbesserung der Renditeerwartungen sollte eine kräftige Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen bringen.

— Weitere Eingriffe in die freie Mietpreisvereinbarung und die Verfügungsrechte des Vermieters würden die angespannte Wohnungsversorgung nur verschärfen.

— Der „klassische" Sozialmietwohnungsbau sollte aus sozialen, wirtschaftlichen und fiskalischen Gründen nicht revitalisiert werden.

— Der „3. Förderungsweg" bietet eine begrenzt anzuwendende Möglichkeit, durch Neubau Wohnraum für der Hilfe bedürftige Familien zu schaffen. Da er viel schwieriger anzuwenden ist als die bisherigen Verfahren der Objektförderung, muß er erst einmal eingeübt werden.

— Die in jeder Hinsicht beste soziale Flankierung bietet das Wohngeld. Wo das Wohngeld nicht genügt, um Haushalte mit besonderen wirtschaftlichen oder sozialen Handicaps mit Wohnraum zu versorgen, ist eine Ergänzung durch den Erwerb von Belegungsrechten durch die Gemeinde erforderlich.

— In den Gebieten einer erhöhten Wohnungsnachfrage — und entsprechend hoher Mieten — sind vor allem die Gemeinden gefordert. Ein hohes Mietenniveau zeigt die Wohnattraktivität, auch die Wirtschaftskraft eines Gebiets und damit die Finanzkraft seiner Gemeinden an. Es wäre raumordnungspolitisch verfehlt und finanzpolitisch nicht vertretbar, wenn Bund und Land den wirtschaftlich florierenden Gemeinden durch höhere Wohngeldzahlungen oder höhere Wohnungsbaumittel bei der Lösung ihrer Wohnprobleme eine besondere Hilfe gewähren würden.

— Wo es an ausgewiesenem Bauland fehlt, wo die Genehmigungsmühlen zu langsam mahlen, da liegt es an den Gemeinden beziehungsweise an den Bewilligungsstellen, daß der Wohnungsbau schneller vorankommt.

Teil C

Wirtschaftspolitik für Europa

394. Die Bemühungen um die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes in Europa wurden im Jahre 1989 verstärkt fortgesetzt. Der für die Vollendung des Binnenmarktes vorgesehene Zeitpunkt rückt näher; es gilt, den Weg für ein spannungsfreies Zusammenwachsen der Märkte weiter zu ebnen. Wesentliche neue Impulse haben sich aus dem Delors-Bericht und dem darauf beruhenden Beschluß des Europäischen Rates in Madrid zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ergeben. Hierbei geht es darum, die institutionellen Grundlagen des künftigen Europa zu gestalten. Dabei sind Grundsatzentscheidungen von großer Tragweite zu treffen; Fehler, die jetzt gemacht werden, können zu gravierenden Belastungen in der Zukunft führen, möglicherweise sogar schwere Rückschläge im Einigungsprozeß zur Folge haben.

Der Sachverständigenrat geht auf drei Teilprobleme dieses Komplexes ein:

— Es muß Klarheit darüber gewonnen werden, welches die Voraussetzungen dafür sind, daß der Weg zu einer einheitlichen europäischen Währung zum Erfolg führt (Ziffern 395 ff.).

— Mit einer Währungsunion — aber auch schon auf dem Weg dahin — entstehen neue Rahmenbedingungen für die Budgetpolitik in den Mitgliedstaaten; es bedarf der Klärung, ob und inwieweit dies Beschränkungen ihrer Autonomie erforderlich macht (Ziffern 411 ff.).

— Im Rahmen des Europäischen Währungssystems gibt es eine Tendenz, der Währungsunion durch Verzicht auf die immer noch mögliche Änderung der Leitkurse vorzugreifen; hierbei werden bestimmte Gefahren deutlich, die dann drohen, wenn auf das Instrument der Wechselkursanpassung verzichtet wird, ehe wesentliche Voraussetzungen einer Währungsunion erfüllt sind (Ziffern 419 ff.).

Auf dem Weg zur Vollendung des Binnenmarkts sind Hemmnisse abzubauen, die durch zahlreiche und vielfältige nationale Regelungen einer freien Entfaltung des Wettbewerbs über die Grenzen hinweg entgegenstehen. Dies erfordert in manchen Bereichen die Angleichung nationaler Normen, doch darf „Harmonisierung" im Sinne einer Vereinbarung einheitlicher Regelungen nicht im Vordergrund stehen oder gar zum Selbstzweck werden. Der leitende Gedanke muß vielmehr sein, Marktintegration ohne gravierende Spannungen und Wettbewerbsverzerrungen zustande zu bringen, die Autonomie der Mitgliedstaaten dabei nicht stärker als unbedingt nötig zu beschneiden und im übrigen darauf zu vertrauen, daß verbleibende Unterschiede in den nationalen Regelungen mehr und mehr schwinden werden, wenn sie dem Stand der gemeinsamen Wirtschaftsentwicklung in Europa nicht mehr entsprechen.

Die spektakulären Initiativen zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion haben die Regelungen, die zur Vollendung des Binnenmarkts noch erforderlich sind, aus dem Vordergrund des öffentlichen Interesses verdrängt. Es geht dabei um eine komplexe Materie mit erheblichem Konfliktpotential. Die ungelösten Probleme dürfen nicht unterschätzt und vernachlässigt werden. Die Glaubwürdigkeit der auf Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraums gerichteten Politik würde in Frage gestellt, wenn die Organe der Europäischen Gemeinschaften und die Regierungen der Mitgliedsländer mit den notwendigen Regelungen in Verzug gerieten und die Vollendung des Binnenmarktes deswegen verzögert würde.

Zwei Bereiche haben in diesem Jahr mit Blick auf die bevorstehende Öffnung aller Binnengrenzen besondere Aktualität:

— Mit dem Wegfall aller Grenzkontrollen können Verbrauchsteuern nicht mehr in der gleichen Weise erhoben werden wie bisher; es muß eine Neuregelung gefunden werden, die Wettbewerbsverzerrungen vermeidet, die Verteilung des Steueraufkommens regelt, vor allem aber die ökonomischen Vorteile eines unbehinderten grenzüberschreitenden Wettbewerbs voll zur Entfaltung kommen läßt und sie nicht durch bürokratische Formen der Steuererhebung wieder in Frage stellt (Ziffern 426 ff.).

— Bei der Diskussion um die „Soziale Dimension" Europas geht es um die Frage, inwieweit einerseits im Hinblick auf das Ziel, auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen hinzuarbeiten, die Einigung auf bestimmte Grundnormen im Arbeits- und Sozialbereich erforderlich ist, andererseits Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit gerade der weniger leistungsfähigen Länder erhalten bleiben müssen. Zugleich gilt es zu verhindern, daß Spannungen zwischen den unterschiedlichen Systemen der sozialen Sicherung entstehen (Ziffern 454 ff.).

I. Europäische Währungsintegration: Warnung vor übereilten Schritten

395. Gemessen an der Entwicklung in der Vergangenheit, aber auch an den Ergebnissen, die auf den meisten anderen Gebieten der wirtschaftlichen Integration erzielt wurden, haben die Europäischen Gemeinschaften inzwischen in der Währungspolitik ein geradezu atemberaubendes Tempo eingeschlagen. Kaum lag der „Bericht zur Wirtschafts- und Währungsunion in der EG" (Delors-Bericht) vor, beschloß der Europäische Rat in Madrid, mit der ersten Stufe der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 zu beginnen; mittlerweile gibt es sogar schon drängende Initiativen, die Regierungskonferenz vorzubereiten, der es obliegen wird, die für einen späteren Einstieg in die weiteren Stufen erforderlichen Änderungen der Römischen Verträge zu beschließen (Ziffer 49).

Nach der Auffassung des Europäischen Rates bildet der Delors-Bericht „eine gute Grundlage für die weiteren Arbeiten". Es ist kein Widerspruch, wenn man sich grundsätzlich diesem Urteil anschließt, aber gleichzeitig darauf verweist, daß der Bericht in wichtigen Punkten Interpretationsschwierigkeiten aufwirft, Einwände provoziert und Bedenken hervorruft. Daher wäre es übereilt, im Delors-Bericht einen rasch zu realisierenden Fahrplan für die Währungsintegration zu sehen.

396. Besonnenheit ist vor allem dort geboten, wo es um Änderungen des geld- und währungspolitischen institutionellen Rahmens geht, die vermutlich selbst im Falle besserer späterer Einsicht nicht mehr rückgängig zu machen sind. Mut zum entschiedenen Handeln, zum Durchbruch in Richtung Währungsunion ist rasch gefordert, Bedenken vor in ihren Konsequenzen zuwenig bedachten Schritten sind leicht als Kleinmut diskreditiert oder schlicht als Ausdruck hinhaltenden Widerstands gegen den Einigungsprozeß abgetan.

Eine derart vordergründige Zuweisung greift zu kurz, dafür steht zuviel auf dem Spiel. Geldwertstabilität ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung in der Gemeinschaft. Den öffentlichen Bekundungen von allen Seiten nach zu urteilen, herrscht in dieser Auffassung Einmütigkeit. Ohne die erkennbare Bereitschaft, konkrete Vorkehrungen dafür zu treffen, daß das Ziel der Geldwertstabilität auch tatsächlich erreicht werden kann, sind solche Äußerungen nicht mehr als ein wohlfeiler Wechsel auf eine ungewisse Zukunft. Es gibt gute Gründe, vor der Gefahr übereilter Schritte zu warnen und den Fortgang der währungspolitischen Integration von anhaltenden Erfolgen der Stabilitätspolitik und Fortschritten auf anderen Gebieten abhängig zu machen.

397. Die Forderung nach der Verwirklichung der Währungsunion wird mit den wirtschaftlichen Vorteilen begründet, die aus der letztlich beabsichtigten Abschaffung der nationalen Währungen und der Einführung einer gemeinsamen Währung resultieren. Diese Vorteile liegen auf der Hand: Die mit der Existenz verschiedener Währungen verbundenen Risiken im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr werden beseitigt, die Kosten der Kassenhaltung werden vermindert und die des Währungsumtauschs entfallen gänzlich.

Über diesen Vorteilen wird allzu leicht übersehen, daß mit einer Währungsvereinheitlichung auch Risiken und Kosten verbunden sind, die gegebenenfalls sogar die Vorteile übersteigen können.

398. Heute und für die absehbare Zukunft stellt die Gemeinschaft ein sehr heterogenes Gebilde dar. Die Märkte für Güter, Dienste und Kapital weisen zwischen einigen Ländern und Regionen bereits einen hohen Grad der Integration auf, der sich von dem nationaler Volkswirtschaften kaum unterscheidet. Zwischen manchen Regionen hat der Prozeß zur engen wirtschaftlichen Verflechtung jedoch teilweise gerade erst begonnen.

Von einem einheitlichen europäischen Kapitalmarkt kann man solange nicht sprechen, wie es noch Beschränkungen des Kapitalverkehrs gibt. Für die Mobilität der Arbeitskräfte findet man noch Hindernisse vor, die nicht nur in außerökonomischen Unterschieden begründet sind. Die mangelnde Integration offenbart sich schließlich nicht zuletzt in den erheblichen Inflationsdifferenzen, die immer noch zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten bestehen.

An diesen Kriterien gemessen ist die Europäische Gemeinschaft eine Region, für die eine Währungsunion noch auf unbestimmbare Zeit keineswegs die beste oder auch nur eine befriedigende Lösung darstellt, oder anders gewendet: Dem derzeitigen Integrationsstand angemessen sind nationale Währungen, zwischen denen nach wie vor Korrekturen der Wechselkurse möglich sind und im Bedarfsfalle auch vorgenommen werden. Mit der Vollendung des Binnenmarktes, der zunehmenden Konvergenz der monetären und realen Entwicklung sowie der wachsenden Verflechtung werden sich auch die Bedingungen für die Verwirklichung der Währungsunion und die Einführung einer gemeinsamen Währung entscheidend verbessern. Gerade in dieser Übergangszeit, in dem durch den Abbau von Schranken aller Art eingeleiteten Anpassungsprozeß, wird jedoch das Instrument der Wechselkursänderung dringend benötigt, ein vorzeitiger Verzicht wäre mit unabsehbaren Risiken verbunden (JG 88 Ziffer 316).

399. Das Drängen nach weiteren raschen Schritten, der ersten Stufe nach dem Delors-Bericht möglichst bald die Vertragsänderungen und damit den Einstieg in die zweite Stufe folgen zu lassen, stützt sich ganz entscheidend auf die bisherigen Erfolge des Europäischen Währungssystems. Diese werden im erreichten Grad an Stabilität der Wechselkurse und des Geldwertes sowie in der Konvergenz der Inflationsraten gesehen.

Die Starrheit der Leitkurse seit Anfang 1987 ist durchaus ambivalent einzuschätzen. Einerseits haben sich einige Länder dem Stabilitätsdruck, der von festen Kursen ausgeht, mit einer Politik unterworfen, deren Erfolg sich in sinkenden Inflationsraten und einer Verringerung der Zinsdifferenz zur D-Mark als der stabilsten Währung niederschlägt. Andererseits äußert sich bei anderen Währungen das Festhalten der Leitkurse in erheblichen Zinsdifferenzen, die den Anpassungsdruck insoweit noch nicht einmal vollständig widerspiegeln, als nach wie vor Kapitalverkehrsbeschränkungen bestehen. Die bestehenden Zinsdifferenzen haben damit ausgereicht, bemerkenswerte Kapitalsummen auch in solche Währungen zu lenken, die nunmehr über Jahre eine wesentlich höhere Inflationsrate aufweisen. Dadurch staut sich aber ein Anpassungsdruck an, der sich schließlich in massiven spekulativen Kapitalbewegungen entladen könnte und ein größeres Realignment erzwingen müßte.

400. Genau dies wollte man bei der Gründung des Europäischen Währungssystems jedoch vermeiden, Änderungen der Leitkurse sollten vielmehr rechtzeitig und möglichst geräuschlos vorgenommen werden. Aus dieser Perspektive ist das generelle Festhalten an den bestehenden Wechselkursen einzelner Währungen unter den gegebenen Umständen also eher als ein Versagen des politischen Entscheidungsmechanismus zur Änderung der Leitkurse denn als Erfolg zu werten. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil sich in der Zwischenzeit in den betroffenen Ländern we-

gen der wechselkursbedingten Verzerrungen im Außenhandel Produktionsstrukturen herauszubilden drohen, die auf Dauer keinen Bestand haben und deren spätere Korrektur mit hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten verbunden ist.

401. Im Rahmen der Bestrebungen, die währungspolitische Integration voranzutreiben, ist dem Ausschuß der Zentralbankpräsidenten eine entscheidende Rolle zugedacht. In der Gemeinschaft herrscht weitgehend die Auffassung, dieser Ausschuß solle in zunehmendem Maße die Koordinierung und Überwachung der Geldpolitik der Mitgliedstaaten übernehmen, nach den Intentionen des Delors-Berichtes ist hier die Keimzelle des künftigen Europäischen Zentralbankensystems zu sehen.

Selbst eine allmähliche und eingeschränkte Verlagerung der geldpolitischen Kompetenz auf den Ausschuß der Zentralbankpräsidenten stellt eine Änderung des Status Quo dar, die in ihrer Reichweite gar nicht zu überschätzen ist, läuft sie im Kern doch darauf hinaus, die bisherige Führungsrolle der Deutschen Bundesbank abzubauen und schließlich zu beseitigen, ohne daß ein neuer verläßlicher „Anker" für Stabilität im System sorgte.

402. Auf dem Wege zur Währungsunion verschwinden die Unterschiede zwischen den einzelnen nationalen Währungen, früher oder später geht auch die Vorrangstellung einer Währung verloren. Offen bleibt jedoch, wann dies geschehen sollte und was an die Stelle der D-Mark tritt.

Die Übertragung der geldpolitischen Verantwortung auf den Ausschuß der Zentralbankpräsidenten ist kein geeigneter Ersatz für die Ankerfunktion der D-Mark. Koordinierung der Geldpolitik statt Führungsrolle der Bundesbank heißt, die bisherige Asymmetrie — zugunsten eines Mehr an Geldwertstabilität — durch Symmetrie zu ersetzen, bedeutet Kompromiß statt Dominanz der Auffassung, die in der Gemeinschaft am deutlichsten auf Geldwertstabilität gerichtet ist.

Unterschiedliche Ansichten über den richtigen geldpolitischen Kurs gab es auch bisher, sie konnten sich aber unter dem von der D-Mark ausgehenden Stabilitätsdruck nicht voll durchsetzen. Haben den Entscheidungen der nationalen Notenbanken künftig Verhandlungen auf Gemeinschaftsebene vorauszugehen, deren Ergebnisse mehr oder weniger verbindlich sind, so sind Spannungen programmiert; nach Meinungsverschiedenheiten unter prinzipiell gleichberechtigten Partnern wird man sich zwangsläufig in Richtung einer „mittleren Linie" einigen, die Stabilität der Wechselkurse wird gegenüber der Stabilität des Geldwertes dominieren.

403. In den Konzeptionen zur Koordinierung der Geldpolitik dominieren Vorstellungen, die einen ungebrochenen Glauben an eine umfassende Steuerungsfähigkeit der Politik widerspiegeln. So soll zum Beispiel nach den Überlegungen des Delors-Berichts einer der vom Ausschuß der Zentralbankpräsidenten einzusetzenden Unterausschüsse für die Geldpolitik „gemeinsame Überwachungsindikatoren erarbeiten, harmonisierte Ziele und Instrumente vorschlagen und den schrittweisen Übergang von einer *Ex-post*-Analyse zu einem *Ex-ante*-Konzept geldpolitischer Zusammenarbeit vorbereiten".

In der Weiterführung dieses Ansatzes ist die Geldpolitik mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik abzustimmen, um eine konsistente makroökonomische Politik auf der Ebene der Gemeinschaft zu formulieren, die dann in Entscheidungen der nationalen Instanzen umzusetzen ist. Weitgehend ungeklärt bleibt in diesem Zusammenhang das konkrete Verhältnis zwischen dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin) und dem Ausschuß der Zentralbankpräsidenten.

404. In einer solchen Konzeption müßte das Prinzip einer von den Regierungen unabhängigen Geldpolitik völlig untergehen.

Aber selbst wenn es allein bei der Übertragung geldpolitischer Kompetenzen auf den Ausschuß der Zentralbankpräsidenten bliebe, wäre dieses Prinzip mehr als gefährdet. In ihrer Unabhängigkeit stellt die Bundesbank innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die absolute Ausnahme dar, in den meisten Mitgliedstaaten sind die Notenbanken von der Regierung abhängig.

Verlagerung wichtiger Befugnisse auf den Ausschuß der Zentralbankpräsidenten hieße also nicht nur Ablösung der D-Mark als Anker, sondern auch Substitution einer durch eine unabhängige Notenbank dominierten Geldpolitik durch Entscheidungen eines von Abhängigkeit geprägten Gremiums. Dies liefe im Ergebnis auf eine Änderung der deutschen Geldverfassung auf kaltem Wege hinaus.

405. Die angesprochene Übertragung der Kompetenzen auf den Ausschuß der Zentralbankpräsidenten stellt also letztlich einen „Regimewechsel der Geldpolitik" in der Gemeinschaft dar. Ob die Märkte dem neuen Regime das gleiche Maß an Glaubwürdigkeit zubilligen werden, ist mit Fug und Recht zu bezweifeln. Jedenfalls läßt sich dieser Schritt in Richtung Währungsunion nicht mit dem Erfolg des Europäischen Währungssystems in der Vergangenheit begründen, gibt er doch dessen Grundlage auf und setzt an seine Stelle eine Instanz, die sich Vertrauen erst erwerben muß.

406. Die Errichtung einer Währungsunion reicht weit über den Bereich der Wirtschaft hinaus, die Einführung eines gemeinsamen Geldes bezieht ihre Legitimation letztlich aus der politischen Vereinigung. Solange unter den Mitgliedstaaten dieses Ziel selbst strittig ist, von unterschiedlichen Auffassungen über die anzustrebende Form der politischen Einheit ganz zu schweigen, ist nicht zu verstehen, warum lange vor dieser Klärung weitreichende und vermutlich irreversible Schritte in Richtung Währungsunion unternommen werden sollten. Für die Rolle eines Schrittmachers zur politischen Einigung taugt die Währungspolitik nicht, wer bei fehlendem politischem Einigungswillen dennoch auf diesen Weg setzt, treibt einen Keil zwischen die einzelnen Länder mit unterschiedlichen Auffassungen (JG 88 Ziffer 320). Die Sprengkraft verfrühter Festlegungen in der Währungspolitik für den Integrationsprozeß darf man nicht unterschätzen.

407. Für die Endstufe der Währungsunion formuliert der Delors-Bericht mit der Unabhängigkeit des Rates

des Europäischen Zentralbankensystems, der Verpflichtung auf das Ziel der Preisstabilität und dem Verbot der Kreditvergabe an öffentliche Stellen Prinzipien, die wichtige Vorbedingungen für die Kaufkraftstabilität einer künftigen gemeinsamen Währung verkörpern.

Eine Garantie für stabiles Geld ist damit nicht gegeben, unerläßliche weitere Bedingung ist die von einer breiten Mehrheit getragene Überzeugung, daß auf Geldwertstabilität auch nicht vorübergehend verzichtet werden kann (JG 88 Ziffer 318). Die wenigen Jahre, in denen — zudem keineswegs in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft — Preisstabilität annähernd verwirklicht war, reichen als Basis dafür nicht aus. Vielmehr bedarf es längerer Erfahrungen, um einerseits Stabilitätsbewußtsein einzuüben und andererseits die Bestätigung dafür zu liefern, daß die Notenbanken in der Lage sind, unter den durch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs veränderten Bedingungen Geldwertstabilität zu sichern.

408. Es spricht augenblicklich wenig dafür, daß dieser Beweis ohne die Ankerfunktion der D-Mark oder einer anderen stabilen und bedeutenden Währung erbracht werden kann. Die Rolle der Bundesbank beruht nicht auf einer institutionalisierten Vorzugsstellung, sondern auf der besseren Qualität ihrer Politik. Es läge daher an den Notenbanken anderer größerer Mitgliedstaaten, der Bundesbank diese Führungsrolle streitig zu machen. Für die Glaubwürdigkeit der Währungspolitik in der Gemeinschaft wäre ein solcher Stabilitätswettbewerb anstelle des bisherigen Stabilitätsgefolges ein wesentlicher Gewinn.

409. Zur Glaubwürdigkeit beitragen würde auch, wenn die einzelnen Mitgliedstaaten ihrer Notenbank den Status der Unabhängigkeit einräumen würden. In der vorsichtigen Formulierung des Delors-Berichtes, für die erste Phase „sollte erwogen werden, den Zentralbanken mehr Autonomie zu gewähren", äußert sich eine merkwürdige Diskrepanz zur eindeutigen Forderung nach Unabhängigkeit des Notenbanksystems in der Währungsunion.

Es fällt schwer, darauf zu vertrauen, die Mitgliedstaaten würden sozusagen am Tage X einer europäischen Notenbank abrupt den Status der Unabhängigkeit gewähren, den sie vorher ihrer eigenen Notenbank hartnäckig verweigert haben. Dieses Mißtrauen ließe sich durch entsprechende Maßnahmen leicht ausräumen, die vertrauensbildende Wirkung wäre nicht gering zu veranschlagen. Die Distanz des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten als Gremium der Repräsentanten unabhängiger nationaler Notenbanken zum Rat eines künftigen Europäischen Zentralbankensystems mit dem Status der Unabhängigkeit wäre in einem wichtigen Punkt beseitigt, ohne daß damit voreilige Festlegungen in Richtung Währungsunion verbunden wären.

410. Das Ziel einer Währungsunion verbreitet verständliche Faszination: ein einheitliches Geld in einem Europa, in dem nach der Vollendung des Binnenmarktes bereits vorher die Grenzen gefallen sind. Der Gedanke einer Währungsunion verliert jedoch sehr schnell seine Attraktivität, wenn die einheitliche Währung nicht auch eine stabile Währung ist. Dies ist keineswegs selbstverständlich. Der Delors-Bericht formuliert dafür wichtige Vorbedingungen; das ist nicht wenig, aber noch längst keine Garantie für die Stabilität der künftigen europäischen Währung.

Eine Inflationsgemeinschaft wandelt sich nicht einfach mit der Verwirklichung der Währungsunion zu einer Stabilitätsgemeinschaft. Die Mitgliedstaaten müssen vielmehr stabile nationale Währungen sozusagen als Mitgift in die Währungsunion einbringen.

Damit hängt alles vom Verlauf des Übergangsprozesses ab. Die Mitgliedstaaten haben in diesem den Nachweis zu erbringen, daß sie das Ziel der Geldwertstabilität erreichen und über längere Zeit bewahren können. Für einzelne Länder, die dazu nur bedingt aus eigener Kraft in der Lage sind, bleibt die Bindung an eine stabile andere Währung solange unentbehrlich. Erst in der Verbindung mit der Funktion des Stabilitätsankers entfaltet sich die Disziplin des Festkurssystems. Soweit die Spannungen zwischen einzelnen Währungen zu groß werden, bleibt das Instrument des Realignment unverzichtbar.

Die Verheißung der Geldwertstabilität in der künftigen Währungsunion muß bereits im politischen Alltag des Übergangsprozesses eingefordert werden. Alle Vorschläge für das weitere Vorgehen sind daran zu messen, inwieweit sie dieser Forderung Rechnung tragen.

II. Koordination der Budgetpolitik auf dem Weg in die Europäische Währungsunion

411. Der Europäische Rat hat im Juni dieses Jahres beschlossen, die europäische Wirtschafts- und Währungsunion schrittweise zu verwirklichen. Die Vorbereitungen für die erste Etappe auf diesem Wege sind in vollem Gange. Der Prozeß der verstärkten Abstimmung der Wirtschaftspolitik und insbesondere der Währungspolitik setzt für die Budgetpolitik in den Mitgliedstaaten neue Rahmenbedingungen.

In den einzelnen Mitgliedstaaten wird eine sehr unterschiedliche Haushaltspolitik betrieben. Das zeigt sich vor allem in den Abweichungen der Finanzierungssalden der Budgets. Einige Länder erwirtschaften Haushaltsüberschüsse, und bei den übrigen ist die Spannweite der Defizite in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sehr groß (Tabelle 29).

412. Von der Budgetpolitik eines Staates können positive oder negative Rückwirkungen auf andere Länder ausgehen. Dieser Zusammenhang zeigte sich besonders am Beispiel der Vereinigten Staaten. Mit dem hohen Defizit im Bundeshaushalt erzeugten diese über den Zinsanstieg einen beträchtlichen Kapitalsog, durch den Investitionen der übrigen Welt verdrängt wurden (JG 84 Ziffer 334).

Verschuldet sich ein Staat am internationalen Kapitalmarkt in eigener Währung, gehen ausländische Anleger ein Wechselkursrisiko ein. Dieses entfällt, wenn die Kreditaufnahme des Schuldners in der Währung der Anleger erfolgt. Für den ausländischen Kapitalanleger bleibt dann das mit der Bonität des Schuldnerstaates verbundene Risiko.

Tabelle 29

Salden der Staatshaushalte in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft [1])

vH

Land	1980	1984	1985	1986	1987	1988	1989 [2])
Bundesrepublik Deutschland	− 2,9	− 1,9	− 1,1	− 1,3	− 1,8	− 2,1	+ 0
Belgien	− 9,2	− 9,3	− 8,7	− 8,8	− 7,2	− 6,8	− 6½
Dänemark	− 3,3	− 4,1	− 2,0	+ 3,5	+ 2,0	+ 0,2	− ½
Frankreich	0	− 2,8	− 2,9	− 2,7	− 2,0	− 1,4	− 1
Griechenland	− 2,9	− 9,9	−13,5	−12,7	−12,0	−14,5	−18
Vereinigtes Königreich	− 3,4	− 3,9	− 2,7	− 2,4	− 1,5	+ 0,9	+ 1½
Irland	−12,2	−10,1	−11,8	−11,6	− 9,2	− 2,8	− 1½
Italien	− 8,5	−11,6	−12,5	−11,7	−11,2	−10,6	−10½
Luxemburg	− 0,8	+ 3,4	+ 4,5	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,5	+ 2½
Niederlande	− 4,0	− 6,3	− 4,8	− 6,0	− 6,5	− 5,0	− 4½
Portugal	+ 5,5	−12,0	−10,1	− 7,8	− 7,0	− 6,5	− 6
Spanien	− 2,6	− 5,5	− 7,0	− 6,1	− 3,6	− 3,1	− 3

[1]) Finanzierungssaldo (Überschuß [+]; Defizit [−]) des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt/Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen.
[2]) Eigene Schätzung.

Quellen: EG, OECD

Beide Risiken hängen entscheidend vom Stand der Staatsverschuldung und ihrer Entwicklung, also den Finanzierungssalden, ab (Tabelle 30). Das Bonitätsrisiko nimmt mit steigenden Defiziten und einer damit wachsenden Staatsschuld vor allem dann zu, wenn die Zinsbelastung schon einen großen Teil am Budget ausmacht.

Das Wechselkursrisiko wird von dieser Entwicklung unmittelbar insoweit bestimmt, als ausländische Anleger in der Erwartung von Zahlungsschwierigkeiten des Schuldnerstaates zunehmend versuchen könnten, die erworbenen Titel zu verkaufen. Mittelbar besteht eine Beziehung, die von der Denominierung unabhängig ist, soweit nämlich die heimische Inflationsrate von der Budgetpolitik beeinflußt wird. Je höher die ausländischen Anleger beide Risiken einschätzen, desto größer muß die Zinsdifferenz sein, um sie zum Kauf von Titeln zu veranlassen, die auf die Schuldnerwährung lauten.

413. Für die Phasen des Übergangs zur Europäischen Währungsunion ist beabsichtigt, das Instrument der Leitkursänderungen immer seltener einzusetzen. Die Anleger werden das Wechselkursrisiko bei Fremdwährungsanlagen im Rahmen der Gemeinschaft folglich immer geringer einschätzen. Während die Zinsdifferenzen augenblicklich noch beachtlich

Tabelle 30

Staatsverschuldung in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft [1])

vH

Land	Jahresende						
	1980	1984	1985	1986	1987 [2])	1988 [2])	1989 [3])
Bundesrepublik Deutschland	32,5	41,7	42,2	42,4	43,6	44,6	44
Belgien	79,9	111,0	123,0	127,2	132,5	135,5	135
Dänemark	33,5	67,6	65,7	59,5	57,2	56,1	55
Frankreich	37,3	32,6	45,7	46,6	43,9	43,5	43
Griechenland	27,7	49,9	57,9	58,3	63,3	71,5	78
Vereinigtes Königreich	54,6	55,3	53,5	52,3	50,0	45,0	40
Irland	78,0	114,8	118,1	134,4	137,2	137,6	132
Italien	58,5	91,1	84,0	88,5	92,7	94,5	97
Luxemburg	.	14,7	14,2	14,2	14,4	14,7	...
Niederlande	45,9	66,4	69,6	71,0	76,9	80,2	83
Portugal	.	61,2	64,8	67,0	72,7	78,7	...
Spanien	18,5	39,8	46,6	47,6	48,1	48,2	48

[1]) Bruttoschuld; ohne Verrechnung mit Guthaben, für die EG-Mitgliedstaaten entsprechend der Abgrenzung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt/Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Schätzung der EG, OECD.

Quellen: BMF, EG, OECD

sind, werden die wechselkursbedingten Unterschiede im Zuge des währungspolitischen Integrationsprozesses zurückgehen und schließlich ganz verschwinden; es bleiben dann die Unterschiede im Zinsniveau, die durch die unterschiedliche Bonität der Gebietskörperschaften begründet sind. Bleibt es bei der gegenwärtigen Struktur der Budgetpolitik in der Europäischen Gemeinschaft, werden die Zinssätze im Verlauf dieses Anpassungsprozesses in den kapitalexportierenden Ländern steigen und in den kapitalimportierenden Ländern sinken.

414. Je seltener die Leitkurse geändert werden, desto mehr verstärkt sich der Druck zur Konvergenz der Inflationsraten. Bleibt es dabei, daß einige Mitgliedstaaten hohe Budgetdefizite aufweisen und durch Kredite ihrer Notenbank finanzieren, verstärkt sich die Gefahr, daß sich in dem Prozeß des Abbaus der Differenzen in den Inflationsraten das Niveau der Geldentwertung in der Gemeinschaft erhöht. Deshalb sollte den Staaten schon auf dem Wege zur Währungsunion auferlegt werden, die monetäre Finanzierung von Budgetdefiziten zu unterlassen, wie es in einer Vorlage der Kommission für den Wirtschaftspolitischen Ausschuß der Europäischen Gemeinschaften vorgesehen und von diesem Gremium mit Konsens aufgenommen worden ist.

Wenn ein Zugriff auf die Notenbank ausgeschlossen ist, werden Grenzen für die Kreditfinanzierung der öffentlichen Haushalte sichtbar, weil dann die steigende Zinsbelastung den Handlungsraum der Finanzpolitik spürbar einschränkt. Länder mit einer ständig hohen Nettokreditaufnahme und einer entsprechend drückenden Schuldenlast sehen sich gezwungen, ihr Budget zu konsolidieren. Das wird unpopuläre Maßnahmen, vor allem die Erhöhung der Steuern, aber auch Ausgabenkürzungen, notwendig machen. Geschieht dies nicht, dann besteht die Gefahr, daß das Vertrauen in die Solidität der Finanzen dieser Staaten schwindet und ihre sinkende Bonität sie dazu nötigt, höhere Zinsen zu bieten. Dies macht ihre mißliche Lage noch schwieriger. Möglicherweise können sich einzelne Länder außerstande sehen, diese Probleme allein zu lösen.

Zwar gibt es in der Gemeinschaft keine Solidarhaftung für die Mitgliedstaaten; aber es kann sich ein starker Druck für einen (erweiterten) europäischen Finanzausgleich ergeben, um die zur Konsolidierung gezwungenen Länder mit (zusätzlichen) Hilfen zu stützen. Selbst wenn es nicht soweit kommt, bestehen begründete Zweifel daran, daß der Konsolidierungsdruck rasch genug einsetzt und daß er immer stark genug ist, ein haushaltspolitisches Fehlverhalten wirksam zu sanktionieren. Es muß deshalb für eine längere Übergangszeit mit den skizzierten Wirkungen auf die Kapitalströme und die Entwicklung des Geldwertes gerechnet werden.

415. Die zu erwartende Entwicklung dürfte aus mehreren Gründen zu unerwünschten Konsequenzen führen. Zunächst werden die Signale für diejenigen Länder falsch gestellt, die eine unsolide Haushaltspolitik betreiben; denn sie werden sich — zumindest vorübergehend — „preiswerter" verschulden können, was sie dazu ermutigen dürfte, ihre Kreditfinanzierung noch stärker auszuweiten. Sodann wird in den Ländern mit der besseren Wirtschaftspolitik das Wachstum gebremst, weil dort die Investitionen durch steigende Zinsen eingeschränkt werden. Statt dessen werden die Ersparnisse ihrer Bürger zur Finanzierung fremder Haushaltsdefizite absorbiert. Bemühungen der Geldpolitik und der Finanzpolitik, die Stabilität zu sichern, werden durch Inflationsimport erschwert. Schließlich muß auf längere Sicht auch befürchtet werden, daß die hoch verschuldeten „armen" Länder einen (verstärkten) europäischen Finanzausgleich zu Lasten der „reichen" Länder durchsetzen werden.

416. Damit diese Effekte auf dem Weg in die Europäische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft vermieden oder wenigstens gering gehalten werden können, ist es erforderlich, daß die Budgetpolitik in den Mitgliedsländern — bei Wahrung ihrer finanzpolitischen Autonomie im übrigen — an Prinzipien gebunden wird, die die Defizitfinanzierung begrenzen. Diese Überlegungen sind nicht neu. Tatsächlich sieht das Gemeinschaftsrecht in der Konvergenz-Entscheidung des Europäischen Rates aus dem Jahre 1974 bereits eine politische Koordination der Wirtschafts-, Währungs- und Haushaltspolitik durch die Setzung von Leitlinien und permanente Konsultationen vor. Insbesondere hat der Wirtschaftspolitische Ausschuß der Europäischen Gemeinschaften im Sommer dieses Jahres vorgesehen, die Haushaltspolitik der Mitgliedsländer zu analysieren und dem Rat der Finanzminister Therapievorschläge zu unterbreiten. Außerdem hat die Kommission inzwischen einen Vorschlag für einen Beschluß des Rates über die im Delors-Bericht vorgesehene Neufassung der Konvergenz-Richtlinie vorgelegt; durch diese Änderung soll das Verfahren für die haushaltspolitische Koordination wirksamer gestaltet werden.

417. Ein parlamentarisch nicht legitimiertes Gremium wie der Europäische Rat kann mit seinen Beschlüssen die nationalen Haushaltsgesetzgeber der souveränen Staaten nicht binden. Außerdem ist es fragwürdig, ob dies durch eine Änderung des Gemeinschaftsrechts künftig vorgesehen werden sollte. Eher wäre es wohl vertretbar, vertraglich bestimmte Regeln für die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten zu vereinbaren. Auf eine solche Lösung zielte der deutsche Vorschlag, die Höhe der öffentlichen Kreditaufnahme auf den Umfang der investiven Ausgaben, also etwa die Bruttoinvestitionen, zu begrenzen. Die Anregung wurde jedoch im Wirtschaftspolitischen Ausschuß der Gemeinschaften überwiegend abgelehnt, weil dies eine zu expansive Politik erlauben könnte. Tatsächlich wäre es sinnvoller, das Volumen der Nettoinvestitionen als Limit für die Nettokreditaufnahme festzusetzen.

Immerhin ist eine solche Obergrenze für die Verschuldung besser als gar keine Bindung der öffentlichen Kreditaufnahme. Allein reicht diese Regel für die Begrenzung der staatlichen Schuldenpolitik nicht aus, wie die in der Bundesrepublik mit dem Art. 115 GG gesammelten Erfahrungen belegen. Deshalb scheint es nahezuliegen, die Schranken für die Verschuldung durch eine Vorschrift zu ergänzen, die eine konjunkturgerechte Haushaltspolitik vorschreibt; denn bei einer Überschreitung der Normalauslastung des Produktionspotentials ist es in der Regel nicht angemessen, den Gestaltungsraum auszuschöpfen, den eine

Begrenzung der Kreditaufnahme auf das Investitionsvolumen bietet, während es bei der Gefahr eines selbstverstärkenden Abschwungs notwendig werden kann, diesen Rahmen zu sprengen.

418. Welche Haushaltspolitik konjunkturgerecht ist, kann jedoch strittig sein, und der Vorwand der finanzpolitischen Konjunktursteuerung darf kein Einfallstor für eine stabilitätsgefährdende Staatsverschuldung werden. Außerdem ist interpretationsbedürftig, wie die investiven Ausgaben abzugrenzen sind.

Gefordert sind deshalb verhältnismäßig einfach zu handhabende Maßstäbe, die von der — zugegeben — groben Wertung ausgehen, daß eine zurückhaltende öffentliche Kreditfinanzierung im allgemeinen weniger schädlich ist als eine sorglose. Man kann dann einen bestimmten Prozentsatz der Ausgaben für öffentliche Sachinvestitionen, der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisbildung oder des Bruttosozialproduktes, aber auch mehrere dieser Indikatoren (alternativ oder kumulativ) als Schranken für die Nettokreditaufnahme festlegen. Im Hinblick auf den Schuldenstand einiger Länder erscheint es außerdem geboten, eine Relation dieser Größe zum Bruttosozialprodukt als zusätzliche Grenze festzulegen. Vor allem müßte die Finanzierung staatlicher Defizite durch die Notenbank verboten werden.

Wenn solche Grundsätze für die nationale Haushaltspolitik von den Mitgliedsländern der Gemeinschaft vertraglich vereinbart und von den Parlamenten ratifiziert werden, könnte dem Rat der Finanzminister auch die Aufgabe übertragen werden, die Regeln durch Beschlüsse zu konkretisieren und — eventuell mit einer qualifizierten Mehrheit oder gar einstimmig — die Grenzen für diejenigen Länder zu erhöhen, die bei Gefahr eines selbstverstärkenden Abschwungs keinen Spielraum mehr für die dann notwendige Aufstockung ihres Defizits haben. Das erscheint jedenfalls eher angängig, als die Koordinierung der Finanzpolitik in das freie Ermessen des Gremiums zu stellen.

III. Für ein begrenztes Realignment im Europäischen Währungssystem

419. Seit knapp drei Jahren sind die Leitkurse im Europäischen Währungssystem unverändert; dies ist die längste Phase stabiler Leitkurse seit Bestehen des Europäischen Währungssystems. Nach dem Realignment vom Januar 1987 verlief die Wechselkursentwicklung im EWS zwar nicht immer in ruhigen Bahnen. Wiederholt kamen Gerüchte über eine bevorstehende Leitkursänderung auf; hierdurch ausgelöste spekulative Devisentransaktionen sorgten für Unruhe im EWS. Die Spekulationswellen ließen jedoch bald wieder nach, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Notenbanken mit intramarginalen Interventionen an den Märkten eingriffen. Die Kurse der Währungen blieben so innerhalb ihrer Bandbreiten und stießen nur selten an die Interventionsgrenzen. Auch die realen Wechselkurse veränderten sich nach 1987 zunächst nur wenig. Erst im Verlauf dieses Jahres wurden der holländische Gulden und in geringerem Maße auch die D-Mark real etwas niedriger bewertet, während die reale Bewertung der italienischen Lira anzog.

Gehört der Vorbehalt, die Leitkurse gegebenenfalls zu ändern, auch zum Regelwerk des EWS, scheint sich in letzter Zeit der währungspolitische Wille der Regierungen eher dahin zu entwickeln, die Leitkurse unverändert zu lassen. Dies wäre freilich nur dann vertretbar, wenn zugleich gesichert wäre, daß die Spielregeln eines Festkurssystems eingehalten werden. Dazu gehört, daß nicht falsche Anreize für den Kapitalverkehr innerhalb Europas gegeben werden.

420. Trotz teilweise beträchtlicher und in manchen Fällen noch steigender Leistungsbilanzsalden der EWS-Länder kam es bisher nicht zu starkem und nachhaltigem Aufwertungs- und Abwertungsdruck, der Leitkursänderungen unvermeidlich gemacht hätte. Daß die Wechselkursentwicklung nicht von den Salden in den Leistungsbilanzen geprägt wurde, ist auf den Kapitalverkehr zurückzuführen. Kapitalexporte der Überschußländer und Kapitalimporte der Defizitländer sorgten dafür, daß an den Devisenmärkten im EWS Angebot und Nachfrage bei weitgehend unveränderten Kursen ausgeglichen blieben.

Das Erfordernis eines Realignments kann nicht aus der isolierten Betrachtung der Höhe und Entwicklung der Leistungsbilanzsalden der EWS-Länder abgeleitet werden; und schon gar nicht geben bilaterale Leistungsbilanzsalden zwischen den Ländern Hinweise auf erforderliche Wechselkursänderungen. Neben den Leistungsbilanzsalden muß auch der Kapitalverkehr in die Betrachtung einbezogen werden.

421. Der Kapitalverkehr wird im wesentlichen von den Wechselkurserwartungen und von den Zinsdifferenzen bestimmt. Zwischen den EWS-Ländern hat sich eine Konstellation von Leistungsbilanzsalden, Zinsdifferenzen und Kapitalbewegungen herausgebildet, aus der stabile Wechselkurse resultierten; das heißt, die Wechselkursschwankungen hielten sich innerhalb der Bandbreiten.

Das Urteil über die Vor- und Nachteile stabiler Wechselkurse im EWS muß eine Bewertung der Zinsdifferenzen einschließen. Es entspricht der Philosophie eines auf Geldwertstabilität gerichteten Systems, welches feste, aber anpassungsfähige Leitkurse vorsieht, wenn sich Länder, die überdurchschnittliche Kosten- und Preissteigerungen und damit Defizite im Leistungsverkehr aufweisen, dem daraus entstehenden Anpassungsdruck durch binnenwirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen stellen und ihm nicht durch häufige Leitkursänderungen auszuweichen versuchen. Dazu paßt es, wenn diese Länder Restriktionsdruck erzeugen, indem sie ihre Zinsen erhöhen. Daß der Zinsanstieg und damit ein Zinsvorsprung vor den Partnerländern nicht durch Kapitalzuflüsse im Rahmen der Zinsarbitrage verhindert wird, dafür sorgen Abwertungserwartungen, die die Kapitalanleger im allgemeinen bezüglich einer Währung mit überdurchschnittlicher Inflationsrate haben. Sobald unter dem Restriktionsdruck die Inflationsrate und das Leistungsbilanzdefizit sinken, werden die Abwertungserwartungen geringer, und die Zinsdifferenzen schrumpfen wieder. Laufen diese Prozesse rasch genug ab, bedarf es keiner Leitkursanpassung, und das Ziel des Festkurssystems, feste Wechselkurse im

Wege der Konvergenz der Wirtschaftsentwicklung zu sichern, ist erreicht. Der von den Defizitländern herbeigeführte Zinsvorsprung war in diesem Fall Ausdruck ihres Stabilitätswillens und mit den Spielregeln des Festkurssystems vereinbar.

422. Hohe Zinsen müssen aber nicht Stabilisierungswillen eines Landes dokumentieren; sie können ebenso den Versuch darstellen, die allfällige Anpassungslast in die Zukunft zu verschieben. Zahlt ein Land, dessen Inflationsvorsprung zu Leistungsbilanzdefiziten führt, vergleichsweise hohe Zinsen, induziert es Kapitalimporte, mit denen es das Defizit in der Leistungsbilanz erst einmal finanzieren kann. Wenn die hohen Zinsen wegen der ebenfalls hohen Inflationsrate im Lande selbst nicht als drückend empfunden werden, ausländisches Kapital aber wegen der im internationalen Vergleich hohen Nominalzinsen weiter zuströmt, kann dieser Weg — bei guter Konjunktur — verlockend sein. Solange der Kapitalzufluß anhält, bleibt der Druck gering, binnenwirtschaftliche Stabilisierungsanstrengungen wirklich ernsthaft auf sich zu nehmen. Einem disziplinierten, der Stabilität verpflichteten Verhalten ist dies nicht förderlich. Ein weiteres kommt hinzu: Defizite in der Leistungsbilanz verbinden sich oft mit einer hohen Konsumneigung in dem betreffenden Land, sei es, daß der private Sektor wenig spart, sei es, daß der Staat viel verbraucht und dafür auch Defizite in seinem Budget in Kauf nimmt. Die im Festkurssystem verbundenen Länder sehen sich dann mit dem Problem einer möglicherweise ineffizienten Kapitalverwendung konfrontiert. Der Kapitalexport der Überschußländer finanziert zu viel das Konsumieren und zu wenig das Investieren.

423. Es sollte erwartet werden, daß die Märkte es gar nicht soweit kommen lassen, daß ein Land, welches keinen ernsthaften Willen zur Stabilität zeigt, welches eine hohe Konsumneigung aufweist und seine wirtschaftliche Entwicklung den außenwirtschaftlichen Erfordernissen nicht anpaßt, überhaupt nennenswerte Kapitalzuflüsse haben kann. Folgendes würde von den Märkten antizipiert werden: Weil die notwendigen Anpassungen nicht vorgenommen werden, wächst die Auslandsverschuldung des Landes allmählich in Größenordnungen hinein, bei denen zusätzliches Kapital nur zu immer weiter steigenden Zinsen hereingeholt werden kann. Mit zunehmender Verschuldung wird schließlich die Bonität des Landes leiden, der Kapitalzufluß gerät ins Stocken. Aufgestauter Anpassungsdruck wird sich dann spontan entladen; das betreffende Land ist zu einer kräftigen Abwertung gezwungen. Da der Abwertungsverlust programmiert ist, werden sich Kapitalanleger gar nicht erst auf eine Kreditvergabe an solche Länder einlassen.

Dieser von den Märkten ausgehende Sanktionsmechanismus ist im EWS gestört. Der Wechselkurs ist inzwischen zu einem Politikum geworden, Leitkursänderungen werden seit einiger Zeit kategorisch abgelehnt. Die Anleger bleiben von solchen Verlautbarungen nicht unbeeinflußt; sie sind bei den gebotenen Risikoprämien bereit, ihr Geld in einer Währung auch dann anzulegen, wenn sie erwarten, daß das betreffende Land die hohen Zinsen auf die Dauer nicht durchhalten kann und eine erhebliche Abwertung letztlich doch unausweichlich ist. Die Anleger setzen dabei darauf, rechtzeitig wieder aus dieser Währung aussteigen zu können. Wenn sich dann auch am Markt kein Käufer mehr findet, sind es immer noch die Notenbanken, von denen erwartet wird, daß sie den Wechselkurs verteidigen werden.

424. Hier zeigt sich das zentrale Problem. Je glaubhafter es die Währungsbehörden machen, daß sie an festen nominalen Kursen festzuhalten gedenken, um so geringer werden die Risikoprämien für Anlagen in Währungen sein, die aufgrund eines überdurchschnittlichen Inflationstempos und einer defizitären Leistungsbilanz potentiell unter Abwertungserwartungen stehen; um so leichter wird es für diese Länder, erforderliche binnenwirtschaftliche Maßnahmen zur Wiedergewinnung der Stabilität hinauszuschieben, und um so verführerischer ist es für sie, den Mangel an gesamtwirtschaftlicher Ersparnis durch Kapitalimporte auszugleichen. Der Druck im Festkurssystem zugunsten eines stabilitätsgerechten Verhaltens wird somit geringer. Nicht alle Länder werden der Verführung erliegen; aber daß der Anpassungsdruck im EWS nicht so stark ist, wie er in einem Festkurssystem eigentlich sein sollte, zeigen die anhaltend über dem Durchschnitt liegenden Inflationsraten einiger Länder. Wo Währungsbehörden feste Wechselkurse versprechen, brauchen die Kapitalanleger nicht mehr so sorgfältig zu prüfen, ob ein Land mit defizitärer Leistungsbilanz energische Anstrengungen zur binnenwirtschaftlichen Anpassung unternimmt und damit den festen Wechselkurs rechtfertigt oder ob ein Land wenig Anpassungsdisziplin zeigt und damit über kurz oder lang doch Wechselkursanpassungen unvermeidlich werden. Legen die Kapitalanleger aber weniger strenge Maßstäbe an die Auswahl der Währungen, in denen sie sich engagieren wollen, schadet das der Effizienz des Kapitalmarktes im EWS.

425. Nach nahezu drei Jahren ist eine Überprüfung der Leitkurse im EWS überfällig. Wo die Höhe und Entwicklung in den Leistungsbilanzsalden mit Überbewertungen und Unterbewertungen der Währungen in Verbindung zu bringen sind, gilt es Korrekturen vorzunehmen. Die Überprüfung muß auch den Kapitalverkehr in Europa, vor allem die Einschätzung der Zinsdifferenzen, einschließen. Wo sich der Eindruck bestätigt, daß trotz hoher Zinsen die binnenwirtschaftlichen Anpassungsprozesse ins Stocken geraten und Kapitalimporte konsumtiv verwendet werden, ist eine Abwertung angebracht. Das wird nicht ohne Eindruck auf die Kapitalmärkte bleiben, sofern sich mit einer solchen Abwertung die Vorstellung verbindet, daß die Anpassung der Leitkurse künftig weniger rigide gehandhabt werden wird als in den letzten Jahren. Die Kapitalanleger werden wieder strengere Maßstäbe bei ihrer Kreditvergabe an Schuldner in solchen Ländern zugrunde legen, denen es an Stabilitätswillen mangelt und die im Übermaß Kapitalimporte konsumtiv verwenden. Indem diese Länder höhere Risikoprämien zahlen müssen, wird dort der Anpassungsdruck verstärkt. Dies ist im Interesse des EWS, und es ist im Hinblick auf die Schaffung eines einheitlichen Kapitalmarktes in Europa unverzichtbar. Die Überprüfung der Leitkurse wird zu dem Ergebnis führen, daß die Bundesrepublik zu den Ländern gehört, deren Währungen im Zuge eines Realignment aufgewertet werden sollten.

IV. Verbrauchsteuern den Erfordernissen des Binnenmarktes anpassen

426. Mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes werden alle Hemmnisse für grenzüberschreitende Warenlieferungen und Dienstleistungen entfallen. Darauf richten sich Erwartungen, die schon heute den unternehmerischen Investitionen wesentliche Impulse vermitteln. Deswegen stellt sich mit besonderer Dringlichkeit die Aufgabe, eine Harmonisierung im Bereich der Verbrauchsteuern einzuleiten. Die Besteuerung muß in Erhebungsweise und Aufkommensverteilung den veränderten Bedingungen bei offenen Grenzen angepaßt werden; sie darf dabei den Wettbewerb weder verzerren noch seine freie Entfaltung behindern.

Erfordernisse einer Harmonisierung in diesem Sinne bestehen für die Umsatzsteuer sowie für spezielle Verbrauchsteuern, die in den einzelnen Ländern erhoben werden, in erster Linie auf Alkohol, Tabak und Mineralölerzeugnisse, daneben nach Ländern verschieden auf zahlreiche andere Güter (von Kaffee, Tee und Salz bis zu Autoreifen). Mit dem Wegfall der Grenzkontrollen ist der bisher bei der Umsatzsteuer praktizierte Grenzausgleich nicht mehr möglich. Ebenso entfällt die bisherige Form der Erhebung spezieller Verbrauchsteuern beim Import der betreffenden Güter.

Daß eine Lösung in Form einer neuen Regelung gefunden werden muß, ist unumstritten, nicht jedoch, wie diese Lösung aussehen soll. Probleme folgen zum einen daraus, daß unterschiedliche Steuersätze in den einzelnen Ländern bei offenen Grenzen zu Wettbewerbsverzerrungen führen können; zum anderen ergeben sich Schwierigkeiten hinsichtlich der Verteilung des Steueraufkommens. Im Hinblick auf die Integration der Märkte ist besonders wichtig, daß Steuererhebung und Aufkommensverteilung in einer Weise geregelt werden, die administrative Belastungen für grenzüberschreitende Leistungen so gering wie möglich hält. Nur dann können die durch Öffnung der Grenzen ermöglichten Wohlfahrtsgewinne in vollem Umfang realisiert werden.

427. Merkmal einer Verbrauchsteuer ist, daß sie die Ausgaben für den Verbrauch bestimmter oder aller Güter in einem Land belastet. Dem entspricht, daß bei grenzüberschreitenden Leistungen nicht die steuerliche Regelung des Ursprungslandes, sondern die des Bestimmungslandes maßgeblich ist. Bei der Umsatzsteuer wird dies derzeit durch einen Grenzausgleich erreicht. Grenzüberschreitende Leistungen werden im Exportland steuerfrei gestellt. Im Importland wird gemäß den dort geltenden Regelungen und Steuersätzen eine der Umsatzsteuer entsprechende Grenzausgleichsteuer („Einfuhrumsatzsteuer") erhoben. Analog wird bei Gütern verfahren, die einer speziellen Verbrauchsteuer unterliegen. Auf diese Weise wird erreicht, daß in jedem Land der Verbrauch gemäß den dort geltenden Steuersätzen belastet wird und daß das daraus resultierende Steueraufkommen dem betreffenden Land zufließt. Dieses Ergebnis entspricht insoweit voll dem Bestimmungslandprinzip. Durchbrochen wird dieses Prinzip gegenwärtig nur durch Direktimporte von Verbrauchern, die auch heute schon weitgehend ohne Grenzausgleich stattfinden, teils legal im Rahmen zulässiger Freigrenzen, teils aber auch darüber hinaus.

Für die Umsatzsteuer gibt es Überlegungen, ganz oder teilweise vom Bestimmungslandprinzip abzugehen und an seine Stelle das Ursprungslandprinzip zu setzen. Bei grenzüberschreitenden Leistungen bedeutet dies, daß Exportgüter im Ursprungsland gemäß den dort geltenden steuerlichen Regelungen belastet werden. Im Importland hingegen werden die importierten Leistungen von einer weiteren Besteuerung freigestellt. Dies kann durch einen Vorumsatzabzug erreicht werden, das heißt, der Importeur kann den der grenzüberschreitenden Leistung entsprechenden Vorumsatz (einschließlich der darin enthaltenen Steuer) bei der Bemessungsgrundlage der von ihm zu zahlenden Umsatzsteuer abziehen. Der Übergang zum Ursprungslandprinzip und dem ihm entsprechenden Vorumsatzabzug führt dazu, daß der Charakter der Steuer sich ändert. Sie wird nicht mehr nach dem Verbrauch im jeweiligen Land bemessen, sondern nach der Wertschöpfung, hat somit den Charakter einer Produktionsteuer und geht als solche in die Produktionskosten ein. Unterschiede in den Steuersätzen zwischen den einzelnen Ländern werden neben anderen Kostenfaktoren zu einem Element des Standortwettbewerbs.

428. Es besteht heute weitgehend Übereinstimmung darüber, daß Umsatzsteuer und spezielle Verbrauchsteuern in ihrer Bemessung und Verteilung am Bestimmungslandprinzip orientiert bleiben sollen. Damit ergibt sich zum ersten die Frage, inwieweit zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen eine Angleichung oder Annäherung der Steuersätze bei der Umsatzsteuer erforderlich ist (Ziffern 429ff.). Zum zweiten ist zu klären, wie eine Verteilung des Steueraufkommens gemäß dem Verbrauch und den Steuersätzen des Bestimmungslandes erreicht werden kann (Ziffern 442ff.). Zum dritten werfen die speziellen Verbrauchsteuern besondere erhebungstechnische Probleme auf, die mit der Wettbewerbsproblematik und der Aufkommensverteilung eng zusammenhängen (Ziffern 450ff.).

Umsatzsteuersätze im Wettbewerb

429. Im Bereich der Umsatzsteuer steht die Öffnung der Grenzen einer Beibehaltung des Bestimmungslandprinzips grundsätzlich nicht entgegen. Zwar entfallen Grenzkontrollen und Grenzausgleich; die Technik des Vorsteuerabzugs kann jedoch beibehalten werden. Die naheliegende Lösung ist, daß bei grenzüberschreitenden Leistungen der Exporteur die Umsatzsteuer seines Landes in Rechnung stellt und abführt, der Importeur diese Vorsteuer von der Steuerschuld in seinem eigenen Land abzieht. Soweit es sich bei dem Importeur um einen umsatzsteuerpflichtigen Unternehmer handelt, wird hinsichtlich der steuerlichen Belastung der Güter dem Bestimmungslandprinzip voll entsprochen. Bei der Weiterveräußerung durch den Importeur sind nur noch die Steuersätze seines Landes maßgeblich. Der Wettbewerb wird in diesem Fall nicht berührt. Da der Importeur die ihm in Rechnung gestellte Steuer absetzen kann, bewirken

höhere oder niedrigere Steuersätze im Ausland keinen Wettbewerbsvorteil oder -nachteil für die betreffenden Güter.

Wettbewerbsprobleme ergeben sich aber dann, wenn grenzüberschreitende Leistungen nicht nur an umsatzsteuerpflichtige Unternehmer erfolgen, sondern auch an Empfänger, die nicht umsatzsteuerpflichtig sind, vor allem an Verbraucher. In diesen Fällen wird die ausländische Steuer zur Definitivbelastung. Wenn sie niedrig ist, ergibt sich daraus ein Wettbewerbsvorteil, wenn sie hoch ist, ein Nachteil. Wenn Direktimporte dieser Art nach Öffnung der Grenzen keinen Beschränkungen mehr unterliegen, eröffnet sich die Möglichkeit, unterschiedliche Steuersätze bei Leistungen an Verbraucher und andere nicht steuerpflichtige Empfänger systematisch auszunutzen.

430. Vorteile oder Nachteile im Wettbewerb, die sich aus unterschiedlichen Steuersätzen in verschiedenen Ländern ergeben, können grundsätzlich über den Wechselkurs ausgeglichen werden. Dies gilt jedoch nicht für eine auf dem Bestimmungslandprinzip beruhende Verbrauchsteuer. Wenn in einem Land ein niedrigerer Steuersatz gilt als anderswo, dann begünstigt dies alle direkten Leistungen aus diesem Land an Verbraucher und andere nichtsteuerpflichtige Empfänger in anderen Ländern, und zwar unabhängig davon, wo sie produziert werden. Dies kann in der Weise ausgenutzt werden, daß Güter aus anderen Ländern in das Niedrigsteuerland importiert und von dort direkt an Verbraucher in den anderen Ländern geliefert werden. Der hierbei entstehende Steuervorteil ist unabhängig vom Wechselkurs. Anders ist die Situation, wenn an die Stelle der Verbrauchsbesteuerung eine Produktionsbesteuerung tritt. Unterschiedliche Steuersätze in den einzelnen Ländern führen zu Unterschieden in den Produktionskosten. Ein Wettbewerbsgleichgewicht kommt über die Wechselkurse zustande. Wenn in jedem Land ein einheitlicher Steuersatz gilt, die Kostenrelationen zwischen den Gütern also nicht durch die Steuer verzerrt werden, wird der Effekt der Besteuerung über die Wechselkurse vollständig kompensiert.

Eine grundlegende Umstellung wie der Übergang von der Verbrauchsbesteuerung zur Produktionsbesteuerung ist im gegenwärtigen Stadium der Vorbereitungen zur Vollendung des Binnenmarkts kein geeigneter und politisch gangbarer Weg, die erforderliche Harmonisierung im steuerlichen Bereich ohne Verzögerung herbeizuführen. Man hat davon auszugehen, daß es bei der heute im ganzen EG-Bereich eingeführten Verbrauchsbesteuerung bleibt. Dabei entfällt aber die Möglichkeit, die steuerlich bedingten Vor- und Nachteile im Wettbewerb über den Wechselkurs auszugleichen.

431. Die Frage, ob und in welcher Weise zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen eine Annäherung der Steuersätze erfolgen soll, ist politisch umstritten. Die EG-Kommission hat zuerst im August 1987 einen umfassenden Vorschlag vorgelegt, der für die Umsatzsteuer nur noch zwei Steuersätze in jedem Land, einen Normalsatz und einen ermäßigten Satz, vorsah; durch Vorgabe obligatorischer Bandbreiten für diese Sätze sollte eine Annäherung erzwungen werden. In einer Mitteilung der Kommission vom Juni 1989 wurde ein Alternativvorschlag unterbreitet, nach dem eine Bandbreite nur noch für den ermäßigten Satz vorgesehen ist, für den Normalsatz hingegen nur eine Untergrenze; außerdem sollen unter bestimmten Voraussetzungen Nullsätze möglich sein.

Eine Einigung in dieser Frage erweist sich als schwierig. Länder mit niedrigen Steuersätzen stehen einer erzwungenen Anhebung ablehnend gegenüber, teils aus sozialpolitischen Gründen, teils weil es politisch inopportun erscheint, die europäische Integration mit der Vorstellung von Steuererhöhungen zu verbinden. Länder mit hohen Steuersätzen möchten vor allem aus fiskalischen Gründen nicht zu Steuersenkungen gezwungen werden, legen aber aus Wettbewerbsgründen auch Wert darauf, daß die Unterschiede zu den Steuersätzen anderer Länder gering sind. In manchen Ländern wird auch die Beibehaltung stark differenzierter Steuersätze gewünscht, weil mit unterschiedlichen Steuersätzen für Güter des Grundbedarfs, des gehobenen Bedarfs und des Luxusbedarfs verteilungspolitische Ziele verfolgt werden.

432. Die grundsätzliche Frage ist, ob eine zentral verordnete Annäherung der Steuersätze überhaupt erforderlich ist, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Die Alternative dazu ist, es bei der uneingeschränkten Autonomie der Länder über ihre Steuersätze zu belassen und darauf zu vertrauen, daß der Wettbewerb die erforderlichen Annäherungen erzwingt. Wenn die Steuersätze in zwei Ländern so stark voneinander differieren, daß es zu einer wesentlichen Umlenkung der Nachfrage kommt, entsteht von selbst ein wirksamer Druck zur Annäherung. Hingegen können Differenzen bestehen bleiben, wenn zwei Länder so weit voneinander entfernt sind oder die Transport- und Transaktionskosten aus anderen Gründen so hoch sind, daß eine Verschiebung der Nachfrage ausbleibt. Eine Annäherung der Steuersätze wird nur insoweit erzwungen, wie es zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen erforderlich ist.

Allerdings setzt die Annäherung der Steuersätze im Wettbewerb einen schwierigen und langwierigen Anpassungsprozeß voraus. Der Anpassungsdruck richtet sich dabei vor allem auf Senkung hoher Steuersätze. Durch Sonderregelungen für bestimmte grenzüberschreitende Leistungen kann dieser Anpassungsdruck abgemildert werden. Dafür spricht neben anderen Gründen (Ziffer 431), daß für manche Länder drastische Steuersatzsenkungen mit schwer ausgleichbaren Aufkommensausfällen vermieden werden können; dies erhöht zugleich die Chance, bald zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Allerdings dürfen Sonderregelungen nicht dazu führen, daß den an grenzüberschreitenden Leistungen beteiligten Unternehmen hohe administrative Belastungen auferlegt werden, die die Vorteile offener Grenzen zum erheblichen Teil wieder aufheben.

433. Wie stark der Anpassungsdruck wird, der sich aus differierenden Steuersätzen ergibt, hängt vor allem davon ab, in welchem Umfang bei grenzüberschreitenden Leistungen Vorteile aus Steuersatzdifferenzen gezogen werden können. Grundsätzlich ist dies der Fall bei allen grenzüberschreitenden Leistungen an Empfänger, die ihrerseits keine steuerpflichti-

gen Leistungen mehr erbringen. Es handelt sich hierbei um

— Leistungen an Verbraucher,

— Leistungen an den Staat,

— Leistungen an sonstige nicht steuerpflichtige oder steuerbefreite Empfänger.

Unter dem Gesichtspunkt möglicher Sonderregelungen kann weiter unterschieden werden zwischen grenzüberschreitenden Leistungen, die der Empfänger im Ursprungsland entgegennimmt, und solchen, die an den Empfänger im Bestimmungsland erbracht werden. Zur ersten Gruppe gehören Einkäufe im Ausland und Dienstleistungen, die im Ausland in Anspruch genommen werden. Zur zweiten Gruppe gehören alle Warenlieferungen, die dem Empfänger im Bestimmungsland zugesandt oder ausgeliefert werden, insbesondere auch durch den Versandhandel, weiter alle Dienstleistungen, die im Bestimmungsland erbracht werden.

Durch Sonderregelungen für bestimmte grenzüberschreitende Leistungen kann auch bei Leistungen an nicht steuerpflichtige Empfänger unmittelbar eine dem Bestimmungslandprinzip entsprechende Steuerbelastung erreicht werden. Solche Sonderregelungen sind möglich für die Versendung oder Auslieferung von Waren an Empfänger im Ausland, für den Kauf von Kraftfahrzeugen sowie für Leistungen an den Staat.

434. Für Lieferungen an Empfänger im Ausland könnte grundsätzlich die Regelung getroffen werden, daß die Umsatzsteuer gemäß der Regelung im Bestimmungsland zu berechnen wäre. Dies ist möglich, wenn der Lieferant selbst den Versand oder die Auslieferung ins Ausland unternimmt, nicht jedoch, wenn der Empfänger aus dem Ausland sie abholt. Nur im ersteren Falle ist das Bestimmungsland bekannt.

435. Zur Diskussion steht heute in erster Linie eine Regelung dieser Art für den Versandhandel. Die Zahl der Güter, die sich zum Versand eignen, ist groß. Vor allem bei hochwertigen Gütern sind die Differenzen in der Steuerbelastung erheblich. Ohne eine Sonderregelung, wenn also der Versandort für die Besteuerung maßgeblich ist, entsteht ein starker Anreiz, Versandhäuser in Länder mit niedrigen Steuersätzen zu verlagern. Standortentscheidungen, die sich in dieser Weise primär an Steuersatzdifferenzen orientieren, wären durchweg ineffizient, vor allem wegen überflüssiger Transporte. Für Länder mit hohen Steuersätzen würde sich aus der Tätigkeit des Versandhandels ein starker Druck ergeben, die Steuersätze nach unten anzupassen.

Die Sonderregelung wäre mit gewissen Belastungen beim Versandhandel verbunden, vor allem weil bei der Fakturierung unterschiedliche Steuersätze je nach Land und Warengattung beachtet werden müßten. Moderne Datenverarbeitungssysteme eröffnen aber auch kleineren Unternehmen die Möglichkeit, diese Belastung verhältnismäßig leicht zu bewältigen. Zudem wird der grenzüberschreitende Versandhandel durchweg in der Währung des Bestimmungslandes fakturieren; eine Differenzierung nach Bestimmungsländern ist also ohnehin erforderlich. Mit dem Problem unterschiedlicher Steuersätze wäre ein Versandhaus im übrigen auch ohne die Sonderregelung konfrontiert, wenn es Auslieferungslager in verschiedenen Ländern unterhält. Maßgeblich wäre dann jeweils der Steuersatz des Landes, von dem aus der Versand erfolgt. Je nach Auslieferungslager wären also bei der Fakturierung unterschiedliche Steuersätze anzuwenden. Die Sonderregelung würde dem Versandhandel den aus differierenden Steuersätzen resultierenden Wettbewerbsvorteil nehmen, darüber hinaus aber keine gravierende Beeinträchtigung darstellen.

Eine ähnliche Sonderregelung wie für den Versandhandel kommt auch für den Kauf von Kraftfahrzeugen im Ausland in Frage. Die allgemeine Regel dafür wäre, daß bei Kauf eines Kraftfahrzeugs der Steuersatz des Landes maßgeblich ist, in dem die Zulassung beantragt wird.

436. Es wäre auch möglich, anstelle einer Sonderregelung für den Versandhandel die allgemeine Regel einzuführen, daß bei grenzüberschreitender Versendung oder Auslieferung von Waren die Steuersätze des Bestimmungslandes anzuwenden seien. Damit würde man sich die schwierige Definition ersparen, was unter Versandhandel im Sinne der Sonderregelung genau zu verstehen wäre; auch wären Umgehungen der Sonderregelung erschwert. Die allgemeine Regel müßte unabhängig davon gelten, ob der Empfänger steuerpflichtig ist; darüber brauchte der Lieferant sich nicht zu informieren. Entschiede man sich für diese Lösung, so würden grenzüberschreitende Leistungen in der großen Mehrzahl der Fälle mit den Steuersätzen des jeweiligen Bestimmungslandes belastet.

437. Sofern Regelungen getroffen werden, nach denen grenzüberschreitende Leistungen mit den Steuersätzen des Bestimmungslandes zu belasten sind — sei es nur für bestimmte Bereiche wie Versandhandel und Handel mit Kraftfahrzeugen, sei es allgemein für Versand oder Auslieferung über Grenzen —, müssen auf jeden Fall die administrativen Belastungen für die beteiligten Unternehmen so gering wie möglich gehalten werden. Für Steuererklärungen und Steuerzahlungen sollte deshalb auch bei Anwendung ausländischer Steuersätze stets die Finanzbehörde am Sitz des Lieferanten zuständig bleiben.

Überlegungen, die darauf hinauslaufen, die Lieferanten zu Steuererklärungen in allen belieferten Ländern zu verpflichten, möglicherweise noch mit der Auflage, eigene Verbindungsstellen („Steueragenten") in jedem dieser Länder zu unterhalten, sind hingegen nicht mit dem Ziel vereinbar, den grenzüberschreitenden Warenverkehr von unnötigen Hindernissen zu entlasten. Vor allem für kleinere Unternehmen würden damit Barrieren errichtet, die kaum weniger hinderlich wären als Grenzkontrollen und Grenzausgleich im bisherigen System.

Für die Finanzbehörden ergeben sich bei Zuständigkeit für die Anwendung ausländischer Steuersätze erhebliche Probleme der gegenseitigen Abstimmung und Kontrolle. Die Ursache dafür liegt in den unterschiedlichen Steuersatzsystemen. Hier für Vereinfachung durch Angleichung zu sorgen, ist Sache der Staaten. Das Problem läßt sich nicht dadurch sinnvoll

lösen, daß man die administrativen Lasten auf die Steuerpflichtigen überwälzt und damit neue Hindernisse für grenzüberschreitende Leistungen aufbaut.

438. Die administrativen Belastungen durch Steuererklärungen im Bestimmungsland, die vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen entstünden, müssen auch vor dem Hintergrund einer Sonderregelung gesehen werden, die die Kommission für grenzüberschreitende konzerninterne Lieferungen vorgeschlagen hat; diese sollen steuerfrei bleiben. Grundsätzlich ist es unschädlich für das Steueraufkommen, wenn Lieferungen an steuerpflichtige Empfänger steuerfrei bleiben, da die Belastung in der nächsten Stufe nachgeholt wird. Dagegen spricht aber, daß die Kontrollkette unterbrochen wird. Bei konzerninternen Lieferungen wird diese Gefahr geringer eingeschätzt, deshalb ist die Befreiung sinnvoll. Es geht aber nicht an, verbundenen Unternehmen in dieser Weise administrative Erleichterungen zu ermöglichen und zugleich die übrigen Unternehmen mit erheblichen zusätzlichen bürokratischen Lasten zuzudecken. Die Öffnung der Märkte muß allen Unternehmen zugute kommen, nicht nur multinationalen Konzernen.

439. Auch bei Leistungen an den Staat haben Lieferanten aus Ländern mit niedrigen Steuersätzen einen Wettbewerbsvorteil. Öffentliche Körperschaften sind ebenso wie private Käufer darauf bedacht, billig einzukaufen. Sie werden dabei in aller Regel nicht berücksichtigen, daß durch ihre Kaufentscheidung auch das Steueraufkommen berührt wird, insbesondere dann nicht, wenn es sich um Steuern handelt, die anderen öffentlichen Körperschaften zufließen. Wenn generell die Regel gilt, daß bei grenzüberschreitender Versendung oder Auslieferung der Steuersatz des Bestimmungslandes in Rechnung zu stellen ist, entfällt ein steuersatzbedingter Wettbewerbsvorteil weitgehend auch für Lieferungen an öffentliche Körperschaften. Auszuschließen wäre nur, daß öffentliche Körperschaften diese Regelung durch Abholen von Waren im Ausland umgehen.

Wenn allerdings nur für den Versandhandel vorgesehen wird, daß der Steuersatz des Bestimmungslandes anzuwenden ist, entsteht bei Leistungen an den Staat eine Lücke, die durch eine Sonderregelung geschlossen werden kann. Es müßte vorgesehen werden, daß bei Leistungen an öffentliche Körperschaften stets der Steuersatz des Bestimmungslandes in Rechnung gestellt wird. Bei öffentlichen Körperschaften kann erwartet werden, daß sie selbst die Einhaltung dieser Bestimmung gewährleisten.

440. Als Alternative kann auch eine radikale Lösung in Betracht gezogen werden, nämlich die generelle Freistellung aller Leistungen an den Staat von der Umsatzsteuer. Für die Gesamtheit aller öffentlichrechtlichen Körperschaften ist im Ergebnis gleichgültig, ob die von ihnen empfangenen Leistungen umsatzsteuerbelastet sind oder nicht. Entfiele die Umsatzsteuer, so entspräche der Steuerausfall genau der Verbilligung der in Anspruch genommenen Leistungen. Allerdings verteilt sich dieser Gesamteffekt unterschiedlich auf verschiedene Körperschaften; einige werden stärker vom Steuerausfall betroffen, andere kommen stärker in den Genuß billigeren Bezugs. Daher wäre die Lösung politisch vermutlich nur sehr schwer zu realisieren. Sollte sich jedoch in der EG eine Einigung auf diese Lösung als möglich erweisen, dann ist vor allem wichtig, genau zu definieren, für welche öffentlichen Körperschaften die Regelung gelten soll. In erster Linie kommen die Gebietskörperschaften in Frage, außerdem bestimmte Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts. Ausgeschlossen bleiben müßten unabhängig von der Rechtsform alle öffentlichen Unternehmen, die ihrerseits wieder umsatzsteuerpflichtige Leistungen erbringen.

441. Die beschriebenen Regelungen erfassen nicht den Fall, daß ein Nichtsteuerpflichtiger im Ausland einkauft und die Ware selbst über die Grenze verbringt. In erster Linie handelt es sich dabei um Käufe von Verbrauchern beim ausländischen Einzelhandel, daneben aber auch um entsprechende Einkäufe anderer nichtsteuerpflichtiger Personen oder Institutionen. Diese Käufe können und sollen bei offenen Grenzen nicht erfaßt werden. Wesentliches Ziel der Öffnung ist es, daß Verbraucher in allen Ländern der Gemeinschaft frei einkaufen und die Grenzen ohne Kontrollen überschreiten können. Dafür muß in Kauf genommen werden, daß durch differierende Steuersätze für manche Länder Wettbewerbsvorteile entstehen. Dies läßt sich nur dadurch vermeiden, daß die Steuersätze einander soweit angenähert werden, bis der Anreiz zum Kauf im Ausland entfällt.

Diese Annäherung muß nicht durch Vorgabe einer obligatorischen Bandbreite erreicht werden. Es kann auch den Ländern überlassen bleiben, die Annäherung von sich aus vorzunehmen, soweit dies erforderlich ist, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.

Die Annäherung der Steuersätze durch Vorgabe von Bandbreiten würde in manchen Fällen eine vom Wettbewerb her gar nicht erforderliche Annäherung erzwingen. In anderen Fällen wären die im Rahmen der Bandbreiten noch zulässigen Unterschiede möglicherweise immer noch zu groß, um unerwünschte Wettbewerbseffekte auszuschalten. Sinnvoll erscheint hingegen die Vorgabe einer Untergrenze. Länder, die sich für höhere Steuersätze entscheiden, können dies nach Belieben tun, müssen dabei aber möglicherweise Wettbewerbsnachteile in Kauf nehmen. Der Anpassungsdruck ist je nach geographischer Lage und Art der Leistungen unterschiedlich stark. Durch die obligatorische Untergrenze wird verhindert, daß es bei den Steuersätzen zu einem Unterbietungswettbewerb zwischen den Ländern kommt, der wegen der damit verbundenen Steuerausfälle einen Druck auf Erhöhung anderer Steuern, vor allem direkter Steuern, auslösen könnte.

Verteilung des Steueraufkommens

442. Die durch den Wegfall des Grenzausgleichs bedingte Umgestaltung der Umsatzsteuer beeinflußt nicht nur die Wettbewerbsbedingungen, sondern ändert auch die Verteilung des Steueraufkommens unter den Ländern. Wenn bei einer grenzüberschreitenden Leistung aus einem Land A an einen Unternehmer im Land B der Grenzausgleich entfällt und statt dessen die Vorsteuer des Landes A im Land B von der Steuerschuld des Importeurs abgezogen werden kann,

dann entspricht dies zwar hinsichtlich der Steuerbelastung des Verbrauchs voll dem Bestimmungslandprinzip, nicht jedoch hinsichtlich der Aufkommensverteilung. Die auf dem Verbrauch im Land B lastende Vorsteuer des Landes A verbleibt, sofern kein weiterer Ausgleich erfolgt, im Land A.

Bei übereinstimmenden Steuersätzen in beiden Ländern gilt (bezogen auf den Vergleichsfall der Aufkommensverteilung gemäß dem Verbrauch im jeweiligen Land), daß sich durch den Vorsteuerabzug bei grenzüberschreitenden Leistungen die Aufkommensverteilung zugunsten von Ländern mit Exportüberschüssen und zu Lasten von Ländern mit Importüberschüssen ändert. Genauer: Ein Land hat ein höheres Steueraufkommen als im Vergleichsfall, wenn die Summe aller steuerpflichtigen Leistungen an Empfänger in anderen EG-Ländern größer ist als die Summe aller steuerpflichtigen Leistungen, die das Land aus anderen EG-Ländern erhält.

Dieser Saldo stimmt weder mit der Handelsbilanz noch mit der Leistungsbilanz überein. Er umfaßt neben Warenlieferungen auch Dienstleistungen, nicht jedoch den Saldo aus dem Reiseverkehr, da dieser nicht mit grenzüberschreitenden steuerpflichtigen Leistungen verbunden ist. Außerdem geht in die Leistungsbilanz jedes Landes auch der Saldo des Leistungsaustauschs mit Drittländern ein. Der für die Aufkommensverteilung maßgebliche Saldo der steuerpflichtigen Leistungen kann also in einem Land auf die Dauer positiv oder negativ sein, selbst dann, wenn man von der Annahme auf lange Sicht ausgeglichener Leistungsbilanzen ausgeht. Das heißt also: Selbst bei übereinstimmenden Steuersätzen und ausgeglichenen Leistungsbilanzen kann die Aufkommensverteilung beim Vorsteuerabzug für grenzüberschreitende Leistungen von der im Vergleichsfall abweichen.

443. Ein weiterer Effekt auf die Aufkommensverteilung ergibt sich, wenn die Steuersätze in den einzelnen Ländern nicht übereinstimmen. Bei steuerpflichtigen Leistungen vom Land A ins Land B liegt der Anteil des Landes A am Steueraufkommen um so höher (niedriger), je höher (niedriger) sein Steuersatz ist.

Für die Belastung des Verbrauchs im Land B ist dies ohne Bedeutung. Diese Belastung richtet sich nur nach dem Steuersatz im Land B. Der Anteil des Landes A an dem gleichbleibenden Steueraufkommen ist aber um so höher, je höher sein Steuersatz ist. Durch hohe Steuersätze auf Exportgüter kann ein Land Steueraufkommen aus dem Verbrauch anderer Länder an sich ziehen, ohne daß die Wettbewerbsfähigkeit seiner Güter dadurch beeinträchtigt wird.

444. Es lassen sich somit drei Effekte auf die Aufkommensverteilung unterscheiden:

— Der erste Effekt entsteht durch die Salden der grenzüberschreitenden steuerpflichtigen Leistungen (Saldeneffekt).

— Der zweite Effekt entsteht durch unterschiedliche Steuersätze (Steuersatzeffekt).

— Der dritte Effekt hängt mit der Wettbewerbsproblematik zusammen; bei unterschiedlichen Steuersätzen verlagert sich die Nachfrage von Verbrauchern in Länder mit niedrigeren Steuersätzen (Wettbewerbseffekt).

Wettbewerbseffekt und Steuersatzeffekt dürften in entgegengesetzte Richtungen wirken. Das Land mit höherem Steuersatz verschiebt die Verteilung zu seinen Gunsten bei allen Leistungen an steuerpflichtige Unternehmen im anderen Land, erleidet hingegen Einbußen, weil Verbraucher in verstärktem Maße im anderen Land einkaufen.

Es erweist sich, daß das Problem der Aufkommensverteilung nicht allein durch eine Angleichung der Steuersätze gelöst werden kann. Bei gleichen Steuersätzen in allen Ländern entfallen der Steuersatzeffekt und der Wettbewerbseffekt. Es bleibt jedoch der Saldeneffekt.

445. Es gehört zum Charakter einer Verbrauchsteuer, daß das Steueraufkommen in jedem Land dem dortigen Verbrauch nach Maßgabe der geltenden Steuersätze entspricht. Wenn jedoch bei grenzüberschreitenden Leistungen im Ursprungsland Umsatzsteuer erhoben und im Bestimmungsland als Vorsteuer angerechnet wird, kann diese Aufkommensverteilung nur über Ausgleichszahlungen erreicht werden. Hierfür gilt das allgemeine Prinzip: Die bei grenzüberschreitenden Leistungen im Ursprungsland erhobene Umsatzsteuer ist an das Bestimmungsland abzuführen. Die praktische Anwendung dieser Regel stößt allerdings auf erhebliche Schwierigkeiten. Die EG-Kommission hat für die Abwicklung der Ausgleichszahlungen verschiedene Varianten eines Clearing zur Diskussion gestellt. Diese unterscheiden sich vor allem darin, daß die grenzüberschreitenden Leistungen und die darauf entfallenden Steuern in jeweils unterschiedlicher Weise erfaßt werden.

446. Eine naheliegende Lösung ist, grenzüberschreitende Leistungen und die darauf entfallenden Steuern beim Empfänger im Bestimmungsland zu erfassen, und zwar aufgrund des von diesem vorgenommenen Vorsteuerabzugs. Ausländische Vorsteuern, die zur Anrechnung kommen, werden auf diese Weise lückenlos erfaßt, weil zum einen die Leistungsempfänger an der Geltendmachung des Vorsteuerabzugs, zum anderen die Länder an der möglichst vollständigen Erfassung ihrer Ausgleichsforderungen interessiert sind. Eine Lücke in der Erfassung entsteht aber durch die grenzüberschreitenden Leistungen an nichtsteuerpflichtige Empfänger, vor allem an Verbraucher, da für diese der Vorsteuerabzug entfällt. Diese Lücke kann teilweise geschlossen werden, wenn in den Fällen, für die aufgrund von Sonderregelungen ohnehin die Anwendung ausländischer Steuersätze vorgesehen ist (Versandhandel, Handel mit Kraftfahrzeugen, Leistungen an den Staat), das entsprechende Steueraufkommen an das Bestimmungsland abgeführt wird. Mit dieser Modifikation dürfte eine gute Annäherung an die angestrebte Aufkommensverteilung zu erreichen sein.

447. Eine Alternative dazu wäre, die grenzüberschreitenden Leistungen im Ursprungsland zu erfassen. Diese Lösung böte sich an, wenn zugleich die Regel gälte, daß bei grenzüberschreitender Versendung oder Auslieferung die Steuersätze des Bestimmungslandes anzuwenden wären, für Steuererklä-

rungen aber die Finanzbehörde im Ursprungsland zuständig bliebe. Die Höhe der erforderlichen Ausgleichszahlungen ergäbe sich aus den Steuererklärungen. Eine Variante, die heute auch zur Diskussion steht, ist die Erfassung der grenzüberschreitenden Leistungen im Ursprungsland aufgrund von Meldungen für die Außenhandelsstatistik. Das Verfahren bleibt in jedem Fall lückenhaft, weil bei offenen Grenzen Einkäufe im Ausland ohne Kontrolle und besondere Ausfuhrerklärungen möglich sind. Die Erfassung im Ursprungsland hat zudem den Nachteil, daß weder Exporteure noch Behörden ein besonderes Interesse an lückenloser Erhebung aller relevanten Vorgänge haben.

448. Ausgleichszahlungen könnten ganz entfallen, wenn generell die Regel gälte, daß alle grenzüberschreitenden Leistungen gegenüber der Finanzbehörde im Bestimmungsland zu deklarieren und entsprechend zu versteuern wären, Vorsteuern aus dem Ursprungsland jedoch nur dort zur Anrechnung gebracht werden könnten. Eine derartige Lösung steht zur Zeit zur Diskussion. Die grundlegenden Bedenken dagegen wurden in Ziffer 437 ausgeführt. Es geht nicht an, die administrativen Belastungen ganz auf die Unternehmen abzuwälzen, vor allem kleine und mittlere Unternehmen wären davon betroffen.

449. Gegen Ausgleichszahlungen und das damit verbundene Clearing gibt es grundsätzliche Bedenken, weil es unvermeidlich mit bürokratischem Aufwand verbunden ist, den zum Teil die Unternehmen, zum Teil die Finanzbehörden zu tragen haben. Wenn aber eine Aufkommensverteilung gemäß dem Verbrauch in jedem Land angestrebt wird, sind sinnvolle Alternativen zum Clearing kaum erkennbar. Man muß sich allerdings vor Perfektionismus hüten. Eine vollständige und lückenlose Erfassung aller relevanten Vorgänge ist weder möglich noch im Hinblick auf die damit verbundenen Kosten sinnvoll. Zweckmäßig ist es auf jeden Fall, die Aufkommensverteilung aufgrund von Daten vorzunehmen, die ohnehin erhoben werden, insbesondere in Steuererklärungen. Gewisse Mängel der Erfassung können in Kauf genommen werden, solange nicht zu vermuten ist, daß systematische Verzerrungen entstehen.

Eine grundlegende Änderung, durch die Ausgleichszahlungen überflüssig würden, könnte darin bestehen, die Erhebung der Umsatzsteuer in allen Produktionsphasen aufzugeben und statt dessen die Steuer nur bei Abgabe an den Verbraucher zu erheben. Der Charakter einer Steuer auf den Verbrauch bliebe dabei erhalten. Erhebungstechnik und Kontrolle müßten jedoch wesentlich umgestaltet werden.

Andere Überlegungen gehen dahin, vom Vorsteuerabzug ganz oder teilweise zum Vorumsatzabzug überzugehen. Damit würde das Bestimmungslandprinzip zugunsten des Ursprungslandprinzips aufgegeben. Die Verbrauchsteuer würde durch eine Produktionsteuer ersetzt. Eine Aufkommensverteilung gemäß dem Verbrauch im jeweiligen Land würde nicht erreicht.

Beide Lösungen liefen auf eine grundlegende Umstellung des Steuersystems hinaus. Nachdem die Umsatzsteuer in der Form einer in allen Produktionsphasen erhobenen Mehrwertsteuer in den letzten zwei Jahrzehnten im Bereich der EG allgemein eingeführt worden ist, erscheint ein Systemwechsel wenig sinnvoll und aussichtsreich.

Spezielle Verbrauchsteuern

450. Bei den speziellen Verbrauchsteuern führt die Öffnung der Grenzen zum Teil zu ähnlichen Konsequenzen wie bei der Umsatzsteuer; darüber hinaus entstehen zusätzliche besondere Probleme. Spezielle Verbrauchsteuern werden in den einzelnen Ländern auf unterschiedliche Güter erhoben. Außerdem unterscheiden sich die Steuersätze zum Teil erheblich voneinander. Wenn diese Unterschiede nach Öffnung der Grenzen bestehen bleiben, ergibt sich eine ähnliche Wettbewerbsproblematik wie bei Unterschieden in den Umsatzsteuersätzen. Soweit Entfernungen und Transportkosten es erlauben, verlagert sich die Nachfrage der Verbraucher in Länder mit niedrigen Steuersätzen.

Probleme entstehen aber auch hinsichtlich der Aufkommensverteilung, wobei ein enger Zusammenhang mit der Erhebungstechnik besteht. Spezielle Verbrauchsteuern werden bislang beim Hersteller oder, soweit es sich um Importgüter handelt, beim Importeur erhoben. Nach Öffnung der Grenzen und bei unterschiedlichen Steuersätzen in den einzelnen Ländern wäre diese Form der Erhebung nur noch durchführbar, wenn bei den Produzenten und den aus Drittländern importierenden Unternehmen die der speziellen Verbrauchsteuer unterliegenden Güter getrennt nach Bestimmungsländern (genauer: nach Ländern des Verbrauchs) erfaßt würden. Dies ist ohne ein aufwendiges System engmaschiger Kontrollen kaum vorstellbar. Eine Angleichung der speziellen Verbrauchsteuern innerhalb der Gemeinschaft sowohl hinsichtlich der davon erfaßten Güter als auch hinsichtlich der Steuersätze würde die Erhebung vereinfachen. Die Steuern könnten wie bisher bei Herstellern und aus Drittländern importierenden Unternehmen erhoben werden. Dabei bliebe allerdings offen, wie das Steueraufkommen auf die einzelnen Mitgliedsländer zu verteilen wäre. Wenn für die Verteilung nicht der Standort des Herstellers oder Importeurs maßgeblich sein soll, sondern der Ort des Verbrauchs, ergibt sich die Frage, wie ohne aufwendige Erfassungs- und Kontrollvorgänge das Steueraufkommen dem Verbrauchsland zugeleitet werden kann.

451. Die EG-Kommission hat 1987 für die speziellen Verbrauchsteuern zunächst vorgeschlagen, nur noch alkoholische Getränke, Tabakwaren und Mineralölerzeugnisse zu besteuern und einheitliche Steuersätze festzulegen. Für diesen Vorschlag hätte gesprochen, daß nicht nur Wettbewerbsverzerrungen entfallen wären, sondern auch die Steuererhebung bei Herstellern und aus Drittländern importierenden Unternehmen sehr vereinfacht worden wäre. Das Problem der Aufkommensverteilung hätte sich mit Hilfe statistischer Erhebungen über den Pro-Kopf-Verbrauch der Güter in den einzelnen Ländern lösen lassen.

Der Kommissionsvorschlag ist auf massiven Widerstand gestoßen. Spezielle Verbrauchsteuern haben in den einzelnen Ländern nicht nur fiskalische Bedeutung. Vor allem verbinden sich mit ihrer Erhebung

auch Zielvorstellungen aus Bereichen wie Gesundheits- und Umweltpolitik. Es spricht auch manches dafür, die politische Gestaltungsfreiheit der Länder in dieser Hinsicht so wenig wie möglich einzuschränken. Mit einer Einigung im Sinne des Kommissionsvorschlags von 1987 ist jedenfalls nicht zu rechnen.

452. In ihren aktuellen Vorschlägen rückt die Kommission von der Vereinheitlichung der Steuersätze ab. Zur Diskussion stehen heute Mindestsätze und (für Mineralöl) Bandbreiten. Der Verzicht auf einheitliche Steuersätze hat schwerwiegende Konsequenzen. Um zu erreichen, daß die Güter bei Abgabe an den Verbraucher in jedem Land gemäß den dort geltenden Steuersätzen belastet werden, bedarf es umfassender Kontrollmaßnahmen, die an die Stelle der bisherigen Grenzkontrollen treten. Die betreffenden Güter müssen in besonderen Lagern unter Überwachung durch die Finanzbehörden verbleiben, bis feststeht, in welchem Land sie endgültig an Verbraucher geliefert werden. Durch zusätzliche Vorkehrungen wie Banderolen oder Steuermarken muß gesichert werden, daß bei Abgabe an den Verbraucher die korrekte Steuerbelastung hergestellt wird.

Solange eine Einigung über einheitliche Steuersätze nicht erreicht ist, müssen diese Konsequenzen in Kauf genommen werden, will man den Wegfall der Grenzkontrollen nicht verzögern. Auf jeden Fall aber gilt es, die schädlichen Folgen zu begrenzen. Die vorgesehenen Regelungen müssen, wie es auch die bisherigen Vorschläge der Kommission vorsehen, auf die Güter beschränkt bleiben, die in allen Ländern, wenn auch mit unterschiedlichen Sätzen, besteuert werden. Es geht nicht an, daß jedes Gut, das in einem Land einer speziellen Verbrauchsteuer unterliegt, in das allgemeine Kontrollsystem einbezogen wird. Wenn ein Land Wert darauf legt, abweichend von den anderen Ländern Verbrauchsteuern auf bestimmte Güter beizubehalten, muß es dafür eigene Kontrollmaßnahmen vorsehen; dies ist bei offenen Grenzen nicht einfach.

Die derzeit zur Diskussion stehenden Lösungen für die speziellen Verbrauchsteuern lassen viel zu wünschen übrig. Wenn aber der durch Wegfall der Grenzkontrollen erreichbare wichtige Fortschritt in der Marktintegration nicht verzögert werden soll, müssen gewisse Unzuträglichkeiten zunächst hingenommen werden. Die Kontrolle grenzüberschreitender Lieferungen mit Hilfe eines bürokratisch reglementierten Steuerlagerverbundes kann für den europäischen Binnenmarkt aber keine endgültige Regelung sein. Das Ziel muß bleiben, die Kontrolle unter Vereinheitlichung der Steuersätze auf das unentbehrliche Maß zu reduzieren.

Ein Fazit

453. Vorrangiges Ziel bei der Umgestaltung der indirekten Verbrauchsteuern muß sein, Hindernisse für die Integration der Märkte ohne Verzögerung abzubauen. Trotz grundsätzlicher Einigkeit über dieses Ziel fällt es den Mitgliedsländern wegen unterschiedlicher politischer Ausgangssituationen und Interessenlagen schwer, eine in allen wichtigen Regelungen aufeinander abgestimmte Gesamtlösung zu vereinbaren. Eine akzeptable Lösung, die der Zielsetzung offener Märkte gerecht wird, erscheint jedoch auf folgenden Grundlagen erreichbar:

- Es bedarf keiner Annäherung der Umsatzsteuersätze durch Vorgabe von Bandbreiten. Es wird sich im einzelnen erweisen, inwieweit der Wettbewerb Annäherungen erzwingt. Die Vorgabe von Mindestsätzen, die ermäßigte Sätze und auch Nullsätze für einzelne Güter nicht ausschließt, erscheint jedoch sinnvoll.
- Um die Akzeptanz zu fördern, erscheint es vertretbar, den wettbewerbsbedingten Anpassungsdruck auf die Steuersätze durch Sonderregelungen für bestimmte Bereiche (Versandhandel, Handel mit Kraftfahrzeugen, Lieferungen an den Staat) abzumildern. Man kann auch noch weiter gehen und die allgemeine Regel einführen, daß bei grenzüberschreitender Versendung und Auslieferung stets die Steuersätze des Bestimmungslandes anzuwenden sind, wobei jedoch für Steuererklärungen die Finanzbehörde des Ursprungslandes zuständig bleibt.
- Auf keinen Fall dürfen die administrativen Belastungen, die mit der Neuregelung entstehen, einseitig auf die mit grenzüberschreitenden Leistungen befaßten Unternehmen abgewälzt werden. Durch Einführung umfangreicher Steuererklärungsverpflichtungen in vielen Ländern würde der mit offenen Grenzen angestrebte Fortschritt der Marktintegration in Frage gestellt.
- Wenn es bei der Verteilung des Steueraufkommens gemäß dem Verbrauch in jedem Land bleiben soll, gibt es keine vertretbare Alternative zu einem Clearing mit Ausgleichszahlungen. Den zuverlässigsten Anhaltspunkt für die Bestimmung der erforderlichen Ausgleichszahlungen liefern die im Bestimmungsland in Steuererklärungen geltend gemachten Vorsteuerabzüge. Als Alternative kommt die Erfassung aufgrund von Steuererklärungen oder Meldungen für die Außenhandelsstatistik im Ursprungsland in Frage.
- Bei den speziellen Verbrauchsteuern wird zunächst ein umfassendes Kontrollsystem unumgänglich sein, das aber auf einen engen Kreis von Gütern beschränkt bleiben muß, die in allen Ländern der Besteuerung unterliegen. Auf längere Sicht ist eine grundlegende administrative Vereinfachung nur über Vereinheitlichung der Steuersätze zu erreichen.

Bei der Harmonisierung der Verbrauchsteuern besteht Einigkeit in den grundsätzlichen Zielen; zugleich gibt es stark divergierende Interessen hinsichtlich einzelner Regelungen. Die Aufgabe ist dringlich, und sie ist lösbar, wenn auch nicht auf einfache Weise. Der Wille zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums in Europa steht damit vor einer Bewährungsprobe.

V. Die Soziale Dimension Europas im Wettbewerb gestalten

454. Im Zuge der Vorbereitung des europäischen Binnenmarktes stand die „Soziale Dimension" lange

Zeit hinter der Erörterung monetärer und finanzpolitischer Integrationsaspekte zurück. Nun aber ist die Diskussion in vollem Gange. Der Themenbereich ist weit gesteckt. Er umfaßt die Verwirklichung der Freizügigkeit der Menschen in Europa, den Ausbau und die Förderung beruflicher Bildung und Weiterbildung, die Gestaltung der Arbeitsbedingungen — Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitszeitregelungen, Arbeitsentgelte —, ferner die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Unternehmen, die Gewährleistung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts und schließlich das gesamte System der sozialen Leistungen mit seinen großen Vorsorgebereichen Alterssicherung, Sicherung im Krankheitsfall, bei Invalidität und Arbeitslosigkeit, das System der Sozialhilfe und des Familienlastenausgleichs. Es geht — wie es Art. 117 des EWG-Vertrages umschreibt — darum, auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa hinzuwirken und dadurch „auf dem Wege des Fortschritts" ihre Angleichung zu ermöglichen. Mit der Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts soll die harmonische Entwicklung der Gemeinschaft gefördert werden (so Art. 130a EWGV).

Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen kann dauerhaft und wirklich spürbar nur durch eine Stärkung der Leistungskraft der europäischen Volkswirtschaften, das heißt durch höhere Effizienz und wirtschaftlichen Fortschritt erreicht und gesichert werden. Daher kommt es entscheidend darauf an, daß mit der Gestaltung von Arbeitsbeziehungen und Sozialleistungskomponenten in Europa nicht die ökonomischen Antriebskräfte und Koordinationsmechanismen beeinträchtigt werden, die am künftigen europäischen Binnenmarkt zu mehr Wachstum und Wohlstand führen sollen. Umgekehrt sind ausgewogene soziale Bedingungen ihrerseits eine Voraussetzung für ökonomische Effizienz. Somit gilt es, die ökonomischen und sozialen Verhältnisse Europas in Einklang miteinander zu bringen und nicht in Widerspruch geraten zu lassen.

455. Mit dem Übergang zum einheitlichen Binnenmarkt wird eine neue, der heutigen überlegene Arbeitsteilung in Europa angestrebt. Den Motor dafür bildet die Intensivierung des Wettbewerbs, die mit dem Abbau der vielfältigen Zugangsbeschränkungen zu den nationalen Güter- und Faktormärkten eintreten wird. Das Vehikel des Wettbewerbs sind Verlagerungen der Nachfrage nach Sachgütern und Diensten zwischen den Ländern Europas und grenzüberschreitende Wanderungen der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit.

Fraglos bestehen zwischen diesen Reallokationsvorgängen und der „Sozialen Dimension" enge Beziehungen. Nationale Unterschiede in den Arbeitsregelungen und den sozialen Leistungen gehören zu den Ursachen für grenzüberschreitende Verlagerungen der Güternachfrage, sie bestimmen die Richtung der Kapitalströme mit, und sie beeinflussen die Wanderungen des Produktionsfaktors Arbeit. Die einzelnen Länder werden versuchen, durch die geeignete Gestaltung ihres sozialen Profils einen größeren Teil der Güternachfrage in Europa an sich zu ziehen und als Standort für Kapital attraktiv zu werden. Dabei stehen sie im Wettbewerb miteinander; diesem Wettbewerb Raum zu geben, sollte auch für die „Soziale Dimension" das grundlegende Prinzip sein.

456. Eine weitreichende Harmonisierung der Arbeits- und Sozialbedingungen im Sinne von einheitlichen, für alle europäischen Länder gleichermaßen verbindlichen Standards ist, wenn sie denn überhaupt erwünscht wäre, auf lange Zeit nicht realisierbar. Die verschiedenen Arbeits- und Sozialsysteme spiegeln nicht nur Unterschiede im ökonomischen Potential der Länder wider, sondern auch abweichende historische Erfahrungen und gesellschaftliche Vorstellungen beispielsweise über das Verhältnis von individueller und kollektiver Risikovorsorge oder über die Rolle der Familie. All das läßt sich nicht einfach auf einen Nenner bringen.

Aber auch unter Wettbewerbsaspekten wäre eine weitreichende Harmonisierung kritisch zu beurteilen. Eine Angleichung der Arbeits- und Sozialleistungssysteme wäre keineswegs wettbewerbsneutral. Begünstigt würden Länder, die aufgrund eines hohen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes die gemeinschaftlich gesetzten Standards leicht erreichen und überschreiten können; benachteiligt würden jene Länder, die aufgrund eines wirtschaftlichen Entwicklungsrückstandes Mühe hätten, diesen Standards gerecht zu werden. Eine weitreichende Harmonisierung müßte das ökonomische Nord-Süd-Gefälle in Europa tendenziell verstärken und wirkte damit destabilisierend auf die Gemeinschaft.

Je mehr auf Harmonisierung gesetzt wird, um so weniger verbleibt den einzelnen Ländern die Möglichkeit, durch Umgestaltung ihrer Arbeits- und Sozialbeziehungen Standortbedingungen zu schaffen, die sie im Wettbewerb mit anderen Ländern hervorheben. Mehr Harmonisierung heißt weniger Wettbewerb — auf Kosten der Effizienz. Es läßt sich überdies nicht schlüssig angeben, welches System der Arbeits- und Sozialbeziehungen optimal ist und somit als Zielsystem für eine europäische Harmonisierung in Frage käme. Das Beispiel hochentwickelter Industrieländer zeigt, daß wirtschaftlicher Erfolg mit ganz unterschiedlichen Systemen im Arbeits- und Sozialbereich vereinbar ist. Alles das spricht dagegen, „Harmonisierung" — im Sinne eines institutionellen Ansatzes, der eine Angleichung der Arbeits- und Sozialregelungen auf dem Regulierungswege anstrebt — an den Anfang des europäischen Einigungsprozesses zu stellen. Dies steht der Harmonisierung im Sinne einer allmählichen, mit der wirtschaftlichen Weiterentwicklung im Binnenmarkt einhergehenden Konvergenz der Arbeits- und Sozialbedingungen in Europa nicht entgegen.

457. Freilich: Das Votum zugunsten des Wettbewerbs am Binnenmarkt und bei der Umgestaltung der Arbeits- und Sozialleistungssysteme in Europa läßt nicht den Schluß zu, daß im Bereich der „Sozialen Dimension" kein gemeinschaftlicher Handlungsbedarf gegeben wäre. Es müssen allemal die Voraussetzungen geschaffen werden, die einen europäischen Binnenmarkt erst entstehen lassen. Dazu gehören im Arbeits- und Sozialbereich vor allem die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die Abschaffung „jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung von Arbeitnehmern der europäischen

Mitgliedstaaten in bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen" (Art. 48 EWGV).

Aber auch der Wettbewerbsprozeß selbst macht gemeinsames Handeln notwendig:

— Wo Wettbewerb wirken soll, sind die Spielregeln festzulegen. Es gilt zu verhindern, daß einzelne Mitgliedstaaten mit der Ausgestaltung ihrer Arbeits- und Sozialbedingungen nicht-tarifäre Handelshemmnisse errichten (Ziffern 458f.).

— Wettbewerb kann sich um so besser entfalten, je mehr Gestaltungsmöglichkeiten den Ländern belassen werden. Es gilt insbesondere zu verhindern, daß als „soziales Dumping" diskriminiert wird, was in Wahrheit nur die gerechtfertigte Anwendung von Wettbewerbsparametern darstellt (Ziffern 460ff.).

— Der Wettbewerb zwischen den Arbeits- und Sozialsystemen wird intensiver werden. Es gilt zu verhindern, daß in einem Land arbeits- und sozialrechtliche Regelungen eines anderen Landes zur Anwendung kommen. Wenn die nationalen Arbeits- und Sozialsysteme im Wettbewerb der Mitgliedsländer miteinander weiterentwickelt werden sollen, muß sichergestellt bleiben, daß jedes Land innerhalb seiner Grenzen hierbei eigene Vorstellungen verwirklichen kann (Ziffern 463ff.).

— Die nationalen Institutionen vor allem im Bereich der sozialen Sicherung müssen funktionsfähig bleiben und dürfen insbesondere nicht durch ungerechtfertigte Inanspruchnahme destabilisiert werden. Es gilt zu verhindern, daß die Systeme der sozialen Sicherung über die nationalen Grenzen hinweg zu einem Instrument der unkontrollierten Einkommensumverteilung in Europa werden (Ziffern 467ff.).

In den genannten Punkten muß die gemeinsame Abstimmung der Länder Europas für Lösungen sorgen, und insoweit gibt es einen gemeinschaftlichen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf.

458. Nicht-tarifäre Handelshemmnisse zwischen den Mitgliedsländern dürfen durch das Arbeits- und Sozialsystem nicht errichtet werden. Das Problem besteht allerdings darin, im konkreten Einzelfall zu entscheiden, ob eine handelshemmende Regelung zur Erfüllung zwingender Anforderungen nicht doch gerechtfertigt ist oder ob sie ein unzulässiges Hemmnis darstellt. Beispielsweise dienen strenge Sicherheitsanforderungen an Maschinen dem aus sozialen und ökonomischen Gründen erwünschten Ziel eines umfassenden Arbeitsschutzes. Doch werden damit gleichzeitig Handelsbarrieren zu Lasten von Ländern errichtet, deren Maschinenproduzenten die geforderten Sicherheitstechnologien noch nicht beherrschen.

In derartigen Fällen muß die gemeinschaftliche Abstimmung zwischen den widerstreitenden Interessen — Arbeits- und Gesundheitsschutz versus Marktzugang — eine Balance suchen. Die von der Gemeinschaft gesetzten Standards müssen geeignet sein, ein hohes Maß an Arbeits- und Gesundheitsschutz zu gewährleisten. Dabei wäre in Kauf zu nehmen, daß Produzenten, die die gesetzten Standards nicht erreichen können, an den Märkten nicht zum Zuge kommen. Es geht ja gerade darum, Güter und Maschinen vom Markt zu halten, die den Anforderungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes nicht genügen. Insoweit kann der ansonsten für den freien Handel am Binnenmarkt zweckmäßige Grundsatz, daß mit der Zulassung eines Gutes in einem EG-Land zugleich die Zulassung für den gesamten Binnenmarkt ausgesprochen wird, hier nicht akzeptiert werden.

Es kommt aber darauf an, daß nationale Vorschriften, die über die gemeinschaftlich vereinbarten Standards hinausgehen, nicht importbeschränkend angewendet werden. Zwar kann es dem einzelnen Unternehmen überlassen bleiben, ob es Produkte mit höheren als den gemeinschaftlich vereinbarten Sicherheitsstandards auf den Markt bringen will. Auch kann ein Land für die in diesem Land hergestellten und abgesetzten Produkte höhere Standards verlangen. Aber kein Land darf für eingeführte Maschinen und Verbrauchsgüter strengere Sicherheitsanforderungen als die vereinbarten stellen, weil sonst nicht-tarifären Handelshemmnissen Tür und Tor geöffnet würde.

459. Auch wenn der EWG-Vertrag mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen und damit nicht-tarifäre Handelshemmnisse untersagt (Art. 30 EWGV), sind doch Schlupflöcher vorhanden. Ein Land kann im Bereich des Schutzes der Arbeitsumwelt strengere als die harmonisierten Regelungen anwenden, sofern davon keine willkürliche Diskriminierung und keine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten ausgeht (Art. 100a Abs. 4 in Verbindung mit Art. 36 EWGV). Mit dieser Bestimmung wird die Abwehr nicht-tarifärer Hemmnisse schwierig, da es zwischen den Beteiligten strittig sein kann, ob eine strengere einzelstaatliche Regelung nicht doch den freien Handel beschränkt. Im Interesse des Wettbewerbs ist es notwendig, daß die Maßstäbe, nach denen den einzelnen Ländern abweichende, potentiell aber handelsbeschränkende Regelungen gestattet werden, rigide sind und Ausnahmen nicht die Regel werden.

460. Zum europäischen Binnenmarkt wollen Länder zusammenfinden, die ein erhebliches Leistungsgefälle im wirtschaftlichen und sozialen Bereich aufweisen. In den nördlichen EG-Ländern sind Befürchtungen vorhanden, südliche Länder würden wegen vergleichsweise niedriger Löhne und niedriger sozialer Leistungsstandards Kostenvorteile und damit einen Wettbewerbsvorsprung besitzen. Es wird der Vorwurf eines „sozialen Dumping" erhoben, dem durch eine weitreichende Harmonisierung der Arbeits- und Sozialregelungen auf möglichst hohem Leistungsniveau zu begegnen sei.

Diese Vorstellungen können nicht geteilt werden. Unterschiedliche Lohn- und Sozialleistungsniveaus spiegeln häufig unterschiedliche ökonomische Leistungspotentiale der Mitgliedsländer wider. Es ist kein „soziales Dumping", wenn ein Land mit niedrigen Lohn- und Sozialstandards, die aber mit der wirtschaftlichen Leistungskraft im Einklang stehen, gegenüber einem Land mit hohen Lohn- und Sozialleistungen, die aber durch die Leistungskraft der Volkswirtschaft nicht abgesichert sind, an Boden gewinnt. Wo ein hohes Lei-

stungsniveau durch eine hohe Produktivität der Volkswirtschaft gerechtfertigt ist, ist die Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährdet. Soweit in einem Land Löhne und Sozialleistungsniveaus über die wirtschaftliche Leistungskraft hinausgehen, entsteht in der Tat durch den Wettbewerb am Binnenmarkt ein Anpassungsdruck; die Anpassung vorzunehmen, ist im Interesse eines effizienten Wirtschafts- und Sozialsystems in Europa aber gerade erwünscht.

461. Der europäische Binnenmarkt wird nur zusammenhalten, wenn das beträchtliche wirtschaftliche Leistungsgefälle in der Gemeinschaft allmählich abgebaut wird und nicht noch weiter divergiert. Gerade die weniger entwickelten Regionen und Länder müssen an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen und ihre relative Standortattraktivität verbessern. Die Elemente des Arbeits- und Sozialsystems — unter anderem Arbeitszeitregelungen, Entgeltregelungen, Sozialleistungsansprüche — sind gestaltbare Wettbewerbsinstrumente. Würde das Unterschreiten bestimmter europäischer Normen im Bereich des Arbeits- und Sozialsystems als „soziales Dumping" untersagt, hieße dies, gerade den weniger leistungsstarken Ländern wichtige Wettbewerbsinstrumente aus der Hand zu nehmen. Da sich die Vorteile eines europäischen Binnenmarktes gerade über die Intensivierung des Wettbewerbs einstellen sollen, wäre es gegen die ökonomische Vernunft, den Wettbewerb in einem für Faktorwanderungen und Standortwahl so wichtigen Bereich wie dem Arbeits- und Sozialsystem eng zu begrenzen.

Im übrigen wird „soziales Dumping" häufig an einzelnen Regelungen festgemacht, von denen fälschlicherweise auf die Wettbewerbseffekte des ganzen Arbeits- und Sozialsystems zurückgeschlossen wird. So mag es beispielsweise sein, daß die Arbeitszeitregelungen in einem Land besonders unternehmerfreundlich sind; ein daraus resultierender Wettbewerbsvorteil würde aber kompensiert, wenn dieses Land zugleich etwa einen besonders strengen Kündigungsschutz praktizierte. Mit anderen Worten: Die relative Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit eines Landes hängt nicht von einzelnen Regelungen, sondern von dem gesamten System der Arbeits- und Sozialregelungen ab, in dem sich Wettbewerbsvorteile und Wettbewerbsnachteile gegenrechnen lassen. Würde man aufgrund des Vorwurfs eines „sozialen Dumping" einzelne Regelungen der gemeinschaftlichen Harmonisierung unterwerfen, ginge dieser Systemzusammenhang verloren — mit schwer abschätzbaren Folgen für die generelle Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder. Die Länder müssen die Verantwortung für ihre Arbeits- und Sozialsysteme behalten; das schließt das Gestaltungsrecht ein, wie es allerdings auch bedeutet, daß die Länder selbst die Risiken von Fehlentwicklungen ihrer Arbeits- und Sozialsysteme tragen müssen.

462. Die mit dem Begriff des „sozialen Dumping" verbundenen Vorstellungen rechtfertigen also weitreichende Harmonisierungsforderungen im Bereich des Arbeits- und Sozialsystems nicht. Dies schließt keineswegs aus, daß die europäischen Länder in Einzelfällen — wo es ökonomisch und ethisch geboten erscheint — zu harmonisierten Regelungen kommen. So ist zum Beispiel das Verbot der Kinderarbeit wünschenswert, weil Kindern und Jugendlichen auf diese Weise bessere Chancen für eine gründliche schulische und berufliche Ausbildung eröffnet werden. Harmonisierung auf derartigen Feldern kann freilich nur Mindeststandards anstreben, um die Anpassungsfähigkeit der zurückgebliebenen Regionen in Europa nicht zu überfordern.

Nach den Vertragsbestimmungen ist im Bereich der „Arbeitsumwelt" eine „Harmonisierung bei gleichzeitigem Fortschritt" anzustreben (Art. 118a EWGV). Richtlinien dazu sollen Mindestvorschriften setzen, und sie sind mit qualifizierter Mehrheit zu bestimmen. Diese Regelung des EWG-Vertrages ist vom Wortlaut her unter Wettbewerbsaspekten nicht zu beanstanden, doch kommt es auf die Umsetzung in die Praxis an. Daß Mindestvorschriften auf dem niedrigsten in Europa realisierten Standard wenig Sinn geben, rechtfertigt es durchaus, die Harmonisierung „bei gleichzeitigem Fortschritt" zum Ziel zu setzen; allerdings wäre es unter Wettbewerbsaspekten bedenklich, wenn die Mindeststandards so schnell angehoben würden, daß die Anpassungsfähigkeit einiger Länder überfordert bliebe. Die Anhebung der Mindeststandards darf sich nicht an den vielleicht wünschenswerten weitreichenden Vorstellungen der leistungskräftigsten Länder orientieren, sondern muß sich an den Leistungsmöglichkeiten der wirtschaftlich schwächeren Länder ausrichten. Aus dieser Sicht kann es problematisch sein, daß über die Mindeststandards mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird, weil auf diese Weise gerade weniger leistungsstarke Länder überstimmt werden könnten. Einstimmigkeit sollte hier zur Richtschnur werden. Dies wäre auch durch Art. 100a Abs. 2 EWGV gedeckt, der Einstimmigkeit für „Bestimmungen über die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer" verlangt.

463. Die nach dem EWG-Vertrag für eine Harmonisierung in Frage kommenden Felder sind mit Begriffen wie „Lebens- und Arbeitsbedingungen" und „Arbeitsumwelt" (Art. 117, 118a EWGV) naturgemäß nicht klar abgegrenzt und ermöglichen eine weite oder enge Auslegung. Die Ausgestaltung der Arbeits- und Sozialbedingungen im Wettbewerb legt es nahe, soviel Regelungen wie möglich den nationalen Regierungen zu überlassen und gemeinschaftliche Mindestvorschriften nur in möglichst wenigen, markanten Bereichen — wie etwa dem Kinder- und Jugendschutz oder dem Recht auf Ausbildung — anzustreben. Sie auszuwählen, setzt politische Wertungen voraus. Es ist aber vorzuziehen, den Willen der europäischen Länder zu einer wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz in wenigen wichtigen Bereichen durch konkrete und auch verbindliche Regelungen zu untermauern, als einen Katalog von sozialen Grundrechten zu beschließen, der mit seinen allgemeinen Formulierungen letztlich im Bereich des Unverbindlichen bleiben muß.

464. Die Arbeits- und Sozialsysteme der EG-Mitgliedsländer werden in einen stärkeren Wettbewerb miteinander geraten. Statt vorhandene Regelungen konservieren zu können, wird jedes Land immer mehr durch Verschiebungen der Güternachfrage in Europa und durch Wanderungen der Produktionsfaktoren herausgefordert sein, Elemente des Arbeits- und Sozialsystems so zu verbessern, daß das Land im Wettbe-

werb bestehen kann. Hierbei taucht die Frage nach dem Geltungsbereich der arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen eines Landes auf: Sollen diese Regelungen innerhalb der Grenzen des Landes nur für Inländer oder auch für Ausländer gelten? Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Abbau einer auf der Staatsangehörigkeit beruhenden Diskriminierung bedeuten, daß ein aus dem europäischen Ausland zugewanderter Arbeitnehmer wie ein Inländer nach inländischem Recht behandelt wird. Er muß etwa bei der Berufswahl, beim Zugang zum Bildungssystem, im sozialen Schutz einem Inländer gleichgestellt werden. Die Arbeits- und Sozialbestimmungen sind daher grundsätzlich für alle in diesem Land tätigen Inländer und Ausländer, soweit sie aus EG-Mitgliedstaaten kommen, anzuwenden.

465. Diese Grundsätze sollten auch angewendet werden, wenn ein Unternehmen mit eigenen Arbeitskräften direkt Leistungen in einem anderen Land erbringt. Demnach wären für die Beschäftigten eines Unternehmens, welches direkt im Ausland tätig wird, nicht die Arbeitsregelungen (Arbeitszeiten, Arbeitsschutzbestimmungen, arbeitsrechtliche Vorschriften) und Sozialversicherungsvorschriften des Sitzlandes des exportierenden Unternehmens („Sitzlandprinzip"), sondern die Regeln am Ort der Produktion („Produktionsortprinzip") anzuwenden.

Gegen das Produktionsortprinzip lassen sich allerdings wettbewerbspolitisch begründete Argumente vorbringen. Es liegt unter Wettbewerbsaspekten nahe, grenzüberschreitende Leistungen nicht anders zu behandeln als grenzüberschreitende Warenlieferungen. Bei der Produktion von Waren gelangen regelmäßig die Arbeits- und Sozialbestimmungen des Sitzlandes, nicht aber die des importierenden Landes zur Anwendung. Nicht anders ist es, wenn Inländer Leistungen direkt im Ausland beziehen, zum Beispiel im Reiseverkehr. Sitzlandprinzip und Produktionsortprinzip stimmen in diesen Fällen überein. Wenn man bei grenzüberschreitenden Leistungen das Produktionsortprinzip zum Grundsatz erhebt, heißt das, daß unterschiedliche Arbeits- und Sozialbestimmungen nur auf den Wettbewerb bei Warenlieferungen, nicht aber auf den Wettbewerb bei (grenzüberschreitenden) Leistungen einwirken können. Der Spielraum für den Wettbewerb der Arbeits- und Sozialsysteme würde beschränkt.

Spricht der Wettbewerbsaspekt auch eher für das Sitzlandprinzip, müssen doch die Nachteile dieses Prinzips gesehen werden. Faktisch würde es darauf hinauslaufen, daß in einem Land gespaltene Arbeitsmärkte entstehen, weil das für dort tätige Arbeitnehmer anzuwendende Arbeits- und Sozialsystem letztlich davon abhängen würde, in welchem Land das beschäftigende Unternehmen seinen Sitz hat. Produktionen würden teilweise unter den arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen des Landes selbst, teilweise aber nach den arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen anderer Länder ablaufen. Solche Arbeitsmarktspaltungen würden negative externe Effekte auslösen. Es entstünden — bei nennenswerten Unterschieden in den Arbeits- und Sozialregelungen — zwischen den Beschäftigten in den einzelnen Arbeitsmarktsegmenten soziale Spannungen. Die Gestaltungsmöglichkeiten des Gesetzgebers im Bereich des Arbeits- und Sozialsystems würden unterlaufen, weil innerhalb der Landesgrenzen in einer letztlich nicht zu kontrollierenden Weise Regelungen anderer Länder zur Anwendung kämen, soweit in dem Land ausländische Unternehmen tätig werden. Sitzverlagerungen in Länder mit niedrigen Arbeits- und Sozialstandards wären die Folge. Diese Effekte würden Konflikte zwischen den Ländern auslösen, und zur Konfliktlösung bliebe am Ende doch nur der Weg europäischer Einheitsregelungen im Bereich des Arbeits- und Sozialsystems. Dem erwünschten Wettbewerb der Arbeits- und Sozialsysteme bekäme das nicht gut. Wägt man diese Nachteile des Sitzlandprinzips gegen die Vorteile, spricht das letztlich für das Produktionsortprinzip: daß jeweils die Arbeits- und Sozialbestimmungen anzuwenden sind, die am Ort der Produktion gültig sind.

466. Eine analoge Regelung empfiehlt sich auf dem Gebiet der Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer, das heißt konkret, daß die Zweigwerke internationaler Unternehmen dem Mitwirkungssystem unterworfen werden müssen, welches am Ort des Zweigwerkes gilt. In Europa werden verschiedene Formen der Mitwirkung der Arbeitnehmer an unternehmerischen Entscheidungsprozessen praktiziert. Es ist mit Recht nicht vorgesehen, für die Mitwirkung der Arbeitnehmer ein einheitliches System vorzugeben. Nach den gegenwärtigen Vorstellungen der Kommission stehen verschiedene Mitwirkungsmodelle zur Auswahl, zwischen denen die Länder wählen können. Die Form der Arbeitnehmermitwirkung im Betrieb ist ein eminent wichtiges Element der Unternehmensverfassung. Es wird dabei nicht zuletzt entschieden, in welcher Form Konflikte zwischen Unternehmensleitung und Arbeitnehmern gelöst werden, ob kooperatives oder konfliktäres Verhalten dominiert, wieweit Identifikationen der Arbeitnehmer mit ihrem Betrieb stattfinden. Bei dieser Bedeutung ist es notwendig, daß die vom Gesetzgeber für das jeweilige Land gewünschten Mitwirkungsmodelle nicht unterlaufen werden können, indem die im Auslandsbesitz befindlichen inländischen Unternehmen ausländische Mitwirkungsmodelle wählen. Daß damit die nationalen Mitwirkungsmodelle gleichzeitig zu einem Standortfaktor werden, den die transnationalen Unternehmen bei der Ansiedlung ihrer Zweigwerke in Europa berücksichtigen werden, ist nicht zu beklagen, sondern mit Blick auf den Wettbewerb erwünscht.

Die Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer im Bereich der Zweigwerke internationaler Unternehmen werden freilich nicht allein dadurch gesichert, daß in den Zweigbetrieben nationales Mitwirkungsrecht anzuwenden ist. Die faktische inhaltliche Mitwirkung bleibt gleichwohl begrenzt oder wird sogar ausgehöhlt, wenn die entscheidenden unternehmensstrategischen Weichenstellungen immer mehr von den Zweigwerken zu den ausländischen Muttergesellschaften verlagert werden. Derartige Aushöhlungen der Arbeitnehmermitwirkung vor Ort sind aber nicht davon abhängig, daß in Europa verschiedene Mitwirkungsmodelle konkurrieren. Vielmehr sind sie die Folge der Internationalisierung der Unternehmen. Auch bei einem europaweit einheitlichen Mitwirkungsmodell träten diese Probleme auf; denn sie hängen entscheidend damit zusammen, daß die Arbeit-

nehmermitwirkung bei der Muttergesellschaft das gesamte Unternehmen im Blick hat, während das Interesse der örtlichen Arbeitnehmervertreter primär auf das jeweilige Zweigwerk gerichtet ist. Diese Probleme lassen sich durch Arbeits- und Sozialregelungen grundsätzlich nicht lösen. Hier kommt es vielmehr auf die Initiative der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften an. Die Arbeitnehmer eines internationalen Unternehmens in den einzelnen Ländern müssen nach Wegen suchen, wie bei der Arbeitnehmermitwirkung auf der Konzernebene die Interessen der Arbeitnehmer in den nationalen Zweigwerken berücksichtigt werden können. Vorauszusetzen ist hierbei allerdings, daß die Arbeitnehmermitwirkung auf der Konzernebene gesichert ist, wobei in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedliche Mitwirkungsmodelle praktiziert werden können.

467. Die Systeme der sozialen Sicherung — Familienlastenausgleich, Sicherung im Krankheitsfall und bei Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe — sind in den europäischen Ländern unterschiedlich organisiert und finanziert, und sie weisen unterschiedliche Leistungsvoraussetzungen und Leistungsniveaus auf. Mit dem Übergang zum europäischen Binnenmarkt werden grenzüberschreitende Wanderungen der Arbeitnehmer und Wohnsitzverlagerungen erleichtert. Es ist zu erwarten, daß findige Europäer bestrebt sein werden, Sozialleistungen in den Ländern in Anspruch zu nehmen, wo die Leistungsniveaus hoch und die individuellen Leistungsvoraussetzungen gering sind. Auf diese Weise können nationale Sicherungssysteme destabilisiert werden. Wenn in der Europäischen Gemeinschaft auch keine Harmonisierung der Sozialleistungssysteme auf der Tagesordnung steht, muß die Gemeinschaft doch einen Konsens finden, welche Leistungsanforderungen von den nationalen Sicherungssystemen zu erfüllen und welche zurückzuweisen sind.

- Beim Kindergeld gilt in der Europäischen Gemeinschaft das „Beschäftigungsland-Prinzip". Danach erhält ein ausländischer Arbeitnehmer Kindergeld nach den Regeln des Beschäftigungslandes, auch wenn seine Kinder weiterhin im Heimatland leben. Liegen die Leistungen im Beschäftigungsland über denen im Heimatland, kommt es so zu einem Sozialleistungstransfer. Dies ist nicht zu vertreten. Das Kindergeld ist ein Instrument des Familienlastenausgleichs, die Leistungshöhe muß sich daher an den Kosten und Lebensverhältnissen des Landes orientieren, in dem die Kinder leben. Daher ist es auch nur gerechtfertigt, Kindergeld nach den Bestimmungen dieses Landes zu zahlen.

- Bei Krankheit muß jeder Ausländer ärztliche Leistungen in Anspruch nehmen können, auch wenn er nicht Mitglied einer Krankenversicherung in diesem Land ist oder — was insbesondere bei steuerfinanzierten Krankensicherungssystemen eine Rolle spielt — nicht in diesem Land einer Steuerpflicht unterlag. Allerdings müssen die Kosten dem jeweiligen Heimatland in Rechnung gestellt werden, weil nur auf diese Weise das Äquivalenzprinzip aufrechterhalten werden kann, daß Leistungen der sozialen Sicherung nur erhalten soll, wer sich an der Finanzierung beteiligt.

- Einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat jeder Arbeitslose unabhängig von der Nationalität dann, wenn er zuvor einer Erwerbstätigkeit in diesem Land nachgegangen war, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt worden sind und der Arbeitslose zur Vermittlung in eine neue Beschäftigung zur Verfügung steht. Gerade die letzte Bestimmung ist für die ökonomische Effizienz von großer Bedeutung, weil sie der Wiederbeschäftigung die Priorität einräumt. Daher ist es nicht zu vertreten, wenn ein Arbeitsloser Arbeitslosengeld weiterbezieht, obwohl er ins europäische Ausland abwandert und somit am Arbeitsmarkt des Landes, das die Unterstützung zu leisten hat, gar nicht mehr zur Verfügung steht.

- Müßte Sozialhilfe an jeden europäischen Bürger gezahlt werden, der innerhalb der Grenzen eines Landes Wohnsitz nimmt und über kein Vermögen oder Einkommen verfügt, wäre in Ländern mit hohen Sozialhilfesätzen alsbald ein Zustrom von Sozialhilfeempfängern aus anderen Ländern zu erwarten. Das Sozialhilfesystem dieses Landes wäre alsbald überlastet. Daher muß jedes Land die Möglichkeit behalten, die Gewährung von Sozialhilfe an bestimmte Voraussetzungen — Dauer des vorherigen Aufenthalts im Lande, vorherige Erwerbstätigkeit — zu knüpfen.

468. Im Kern geht es in allen Fällen darum zu verhindern, daß die nationalen Systeme der sozialen Sicherung zu einem Instrument der Einkommensumverteilung zwischen den Ländern in Europa werden. Internationale Umverteilung ist nicht die Aufgabe der sozialen Sicherungssysteme der Mitgliedsländer. Es käme auch nicht zu einer sinnvoll gestalteten Umverteilung von Mitteln; eine Kontrolle des transnationalen Umverteilungsvolumens wäre kaum möglich, da es bei gegebenen Leistungsunterschieden letztlich der Findigkeit der Menschen überlassen bliebe, im konkreten Fall das Land mit den höchsten Leistungen in Anspruch zu nehmen; die Mittelverwendung wäre nicht beeinflußbar und vor allem wohl — der Natur von Sozialleistungen entsprechend — einseitig konsumtiv. Umverteilung in Europa über die sozialen Sicherungssysteme zu unterbinden, heißt nicht, jegliche Umverteilung zu verhindern. Dies müßte jedoch auf einem hierfür geeigneten Wege geschehen.

469. Es sind aber nicht nur unkontrollierte Einkommensumverteilungen in Europa zu verhindern. Nicht minder wichtig ist es, die sich daraus ergebenden Destabilisierungstendenzen der nationalen Sicherungssysteme zu vermeiden. Angesichts der für die Menschen existentiellen Bedeutung der sozialen Sicherungssysteme darf deren Stabilität nicht gefährdet werden. Dies würde sich auch negativ auf die ökonomischen Antriebskräfte auswirken.

Es ist daher in höchstem Maße bedenklich, daß die EG-Kommission eine Linie verfolgt, die darauf hinausläuft, das Territorialprinzip — Leistungen der sozialen Sicherung werden grundsätzlich nur an den gezahlt, der innerhalb der Grenzen des Landes Ansprüche erworben hat, und sie werden grundsätzlich nur innerhalb des Landes gezahlt — aufzuweichen. Die Europäisierung der Leistungsansprüche unter

gleichzeitiger Beibehaltung der nationalen Finanzierung der Leistungen muß die nationalen Sicherungssysteme gerade von Ländern mit höheren Standards in eine Schieflage bringen.

Die Europäisierung der Leistungsansprüche ist auch nicht mit dem Verbot der Diskriminierung von EG-Ausländern zu rechtfertigen. Soziale Sicherungssysteme definieren immer eine Solidargemeinschaft, wobei festgelegt wird, welchen Zweck Leistungen haben sollen, wer Leistungen finanziert und wer sie unter welchen Voraussetzungen empfängt. Es ist keine Diskriminierung darin zu erblicken, wenn EG-Ausländern der Zugang zu dieser Solidargemeinschaft nur unter der Voraussetzung gestattet wird, daß damit nicht nur Ansprüche auf Leistungen erworben, sondern auch Verpflichtungen zu ihrer Finanzierung übernommen werden und daß Leistungen nur insoweit erbracht werden, als sie zur Erreichung des Leistungszweckes erforderlich sind. Es ist beispielsweise keine Diskriminierung, wenn ein arbeitsloser Ausländer, der sich durch Wegzug ins Ausland der Verfügbarkeit für eine Stellenvermittlung entzieht, keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhält, weil auch ein inländischer Arbeitnehmer seine Ansprüche verliert, wenn er für eine Vermittlung nicht mehr verfügbar ist.

470. Es gilt nicht nur, bedenkliche Tendenzen bei der Umgestaltung der „Sozialen Dimension" Europas zu erkennen, wichtiger ist es derartige Tendenzen zu verhindern. Dies führt zum Kern des Problems, der Entscheidungsfindung im EG-Bereich. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987 ist zum einen das Prinzip der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit eingeführt worden, soweit es um die Angleichung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Binnenmarktes geht. Doch ist das Einstimmigkeitsprinzip beibehalten worden, sofern „Bestimmungen über die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer" betroffen sind (Art. 100a Abs. 2 EWGV). Welcher Abstimmungsmodus bei Entscheidungen über Sozialleistungen anzuwenden ist, ist strittig. Die EG-Kommission hält an der qualifizierten Mehrheit fest. Dabei findet sie Unterstützung bei jenen EG-Mitgliedsländern, die sich aus der Ausweitung der Leistungspflicht nationaler Sozialleistungssysteme einen Einkommenszufluß versprechen. Auch der Europäische Gerichtshof tendiert in diese Richtung, wenn er das Diskriminierungsverbot extensiv auslegt und die Auflösung des Territorialprinzips in der sozialen Sicherung unterstützt. Es muß dringend davor gewarnt werden, das Mehrheitsprinzip zum allgemeinen Prinzip zu erheben, weil dies bedeuten würde, daß Länder mit niedrigem Sozialleistungsniveau eine Zugriffsmöglichkeit auf die Sozialbudgets anderer Länder erhalten würden, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Die „Soziale Dimension" käme so bald in Mißkredit, und sie würde zu einer Belastung der europäischen Integration. Stabile soziale Institutionen sind eine wichtige Vorbedingung dafür, daß das europäische Einigungswerk gelingt.

Anhang

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582), — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das

Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.
Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise"

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975"

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren" (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung" (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung" (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978"

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen" (am 22. November 1979)

Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang" (am 20. November 1980)

Jahresgutachten 1981/82: „Investieren für mehr Beschäftigung" (am 20. November 1981); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Juli 1981: „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981"

Jahresgutachten 1982/83: „Gegen Pessimismus" (am 23. November 1982); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Oktober 1982: „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982"

Jahresgutachten 1983/84: „Ein Schritt voran" (am 24. November 1983)

Jahresgutachten 1984/85: „Chancen für einen langen Aufschwung" (am 23. November 1984)

Jahresgutachten 1985/86: „Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung" (am 22. November 1985); darin enthalten: Sondergutachten vom 23. Juni 1985: „Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985"

Jahresgutachten 1986/87: „Weiter auf Wachstumskurs" (am 24. November 1986)

Jahresgutachten 1987/88: „Vorrang für die Wachstumspolitik" (am 23. November 1987)

Jahresgutachten 1988/89: „Arbeitsplätze im Wettbewerb" (am 18. November 1988)

Die Jahresgutachten des Sachverständigenrates sind bis zum Jahrgang 1988/89 im W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart—Mainz erschienen. Ab Jahrgang 1989/90 erscheinen sie im Metzler-Poeschel Verlag, Stuttgart. Noch verfügbare Jahresgutachten der Jahrgänge ab 1976/77 können über den Buchhandel oder direkt durch den Verlag Metzler-Poeschel Verlagsauslieferung: Hermann Leins, Holzwiesenstraße 2, Postfach 2 in 7408 Kusterdingen, die Jahrgänge 1964/65 bis 1975/76 die als Buchausgabe inzwischen vergriffen sind, noch als Bundestags-Drucksache über den Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn, bezogen werden.

IV.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

t	Zeitindex (Jahre)
K_t	durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	empirisch gemessene Kapitalproduktivität
$\hat{k}_t$	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, der Wohnungsvermietung, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zur realen Bruttowertschöpfung sowie der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Der Trend der Kapitalproduktivität wird für abgeschlossene Konjunkturzyklen ermittelt. Die trendmäßigen Kapitalproduktivitäten werden im ersten Schritt für die Jahre zwischen den konjunkturellen Tiefpunkten 1963 und 1975 mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivität dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_o + \log \hat{k}_t, \text{ mit } a_o = \max \left[\log k_t - \log \hat{k}_t\right]$$

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1975 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt. Als Stützbereich werden die Jahre 1975 bis 1982 verwendet.

   Die potentiellen Kapitalproduktivitäten werden dadurch ermittelt, daß die im ersten Schritt errechneten Werte nach 1975 nach Maßgabe der Abnahmerate dieses Trends bis in die Gegenwart fortgeschrieben werden.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:

   — Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Anlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) 1989 um 8½ vH und 1990 um 6 vH zunehmen.

   — Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 96½ vH in den Jahren 1963 bis 1985 zugrunde gelegt. In diesem Zeitraum lagen die Werte des ermittelten Nutzungsgrades am häufigsten zwischen 96 vH und 97 vH, je zur Hälfte über und unter der Normalauslastung.

B. Zur Berechnung der Gewinn-Erlös-Relation und der Arbeitseinkommensquote

Die Gewinn-Erlös-Relation der privaten Wirtschaft

1. Die Gewinn-Erlös-Relation soll ein Urteil über die Kosten- und Gewinnsituation der Unternehmen im privaten Sektor erlauben. Sie ist definiert als

das Verhältnis der Gewinne des Unternehmenssektors zu den Gesamterlösen. Die Berechnungen zur Gewinn-Erlös-Relation betreffen nur den Unternehmenssektor ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Wohnungsvermietung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

Die Gewinne werden berechnet, indem von den Gesamterlösen die Gesamtkosten abgezogen werden. Um die Ursachen der Gewinnentwicklung analysieren zu können, werden die Gesamtkosten untergliedert in ausländische Vorleistungen, in kalkulatorische Zinskosten, in Abschreibungen auf das Anlagevermögen, in indirekte Steuern abzüglich Subventionen, in Bruttolohn- und -gehaltssumme, in Arbeitgeberbeiträge und in kalkulatorische Unternehmerlöhne, alle Größen jeweils in nominaler Rechnung und auf Jahresbasis. Der Erlös wird gebildet aus der Summe von Bruttoinlandsprodukt und Vorleistungen (V).

2. Die Gewinn-Erlös-Relation und die Kapitalrendite werden wie folgt berechnet:

$$(1)\ GER = 1 - \frac{BLGS + AGB + KU + ZK + AK + (T-S) + V}{BIP + V}$$

$$(2)\ KR = \frac{BIP - (BLGS + AGB + KU + ZK + AK + (T-S))}{K}$$

Die Symbole bedeuten:

GER	Gewinn-Erlös-Relation
BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Arbeitgeberbeiträge
KU	kalkulatorischer Unternehmerlohn
ZK	kalkulatorische Zinskosten
AK	Abschreibungen auf das Anlagevermögen
T−S	indirekte Steuern abzüglich Subventionen
V	importierte Vorleistungen
BIP + V	Erlöse
KR	Kapitalrendite
BIP	Bruttoinlandsprodukt
K	Kapitalbestand

Für die sieben Kostenkomponenten von (1) werden je für sich partielle Kosten-Erlös-Relationen in vH berechnet, die sich zur gesamten Kosten-Erlös-Relation aufsummieren, ebenfalls in vH gerechnet. Die Differenz zwischen 100 und der gesamten Kosten-Erlös-Relation, in vH gerechnet, ergibt die Gewinn-Erlös-Relation. Die Kapitalrendite (2) wird ermittelt, indem die Gewinne zum Kapitalbestand (Nettoanlagevermögen zu Anschaffungspreisen, Vorratsvermögen, Geldvermögen ohne Aktien) in Beziehung gesetzt werden.

3. Die importierten Vorleistungen sind definiert als Warenimporte gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abzüglich eingeführter Investitionsgüter. Dabei wird unterstellt, daß der weitaus überwiegende Teil der importierten Waren als Vorleistungen vom Unternehmenssektor bezogen wird, sei es vom Warenproduzierenden Gewerbe, das sie weiterverarbeitet, sei es vom Handel, der sie an Endabnehmer verkauft.

4. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen, das Vorratsvermögen und das Geldvermögen (ohne Aktien) der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu Anschaffungspreisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet. Das im Unternehmenssektor (ohne Wohnungsvermietung und ohne finanziellen Sektor) vorhandene Geldvermögen (ohne Aktien) wird zur Gänze als betriebsnotwendig erachtet. Diese Annahme mag strittig sein. Wir haben uns von folgender Überlegung leiten lassen: Jede Schätzung der Erträge von Finanzanlagen außerhalb des Unternehmenssektors wäre willkürlich und erforderte zugleich eine ebenso willkürliche Korrektur bei den Erlösen. Da Korrekturen beim Geldvermögen und bei den Erlösen in die gleiche Richtung gehen würden, es aber als offen gelten muß, ob dadurch per saldo die Gewinn-Erlös-Relation erhöht oder gesenkt würde, wird von einer Korrektur abgesehen.

Da kurzfristige Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Kosten-Erlös-Relation nicht berühren sollten, müssen diese rechnerisch ausgeschaltet werden. Wir versuchen dem Problem dadurch gerecht zu werden, daß wir für jedes Jahr statt des aktuellen Zinssatzes einen geglätteten Wert ansetzen. In diesen geglätteten Zinssatz gehen der jeweils aktuelle Zinssatz mit einem Gewicht von 20 vH und die Zinssätze der vorausgegangenen elf Jahre mit abnehmenden Gewichten ein. Daraus ergibt sich, daß sich die Gewichte von Jahr zu Jahr um den festen Faktor 0,817934 verringern.

5. Bei der Berechnung des kalkulatorischen Unternehmerlohns wird angenommen, daß der zu veranschlagende Durchschnittslohn eines Selbständigen in gleicher Höhe anzusetzen ist wie das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten. Die gesamten kalkulatorischen Unternehmerlöhne werden errechnet, indem dieser Durchschnittslohn mit der Anzahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen multipliziert wird.

Die Arbeitseinkommensquote

Formale Definition

6. Unter der Arbeitseinkommensquote wird das Verhältnis aus gesamtwirtschaftlichem Arbeitseinkommen und Volkseinkommen verstanden. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen bildet die Summe aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inländerkonzept) und dem kalkulatorischen Arbeitseinkommen der selbständig Erwerbstätigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen. Letzteres wird wie bei der Gewinn-Erlös-Relation ermittelt.

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen ist demnach definiert als

$$(3) \quad AE_t = \frac{L_t}{A_t} E_t ,$$

die Arbeitseinkommensquote als

$$(4) \quad AEQ_t = \frac{AE_t}{Y_t} \cdot 100.$$

Die Symbole haben folgende Bedeutungen:

AE gesamtwirtschaftliches Arbeitseinkommen

L Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit

A Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer

E Anzahl der Erwerbstätigen

AEQ Arbeitseinkommensquote

Y Volkseinkommen

t Zeitindex

LQ^{ber} bereinigte Lohnquote

Die Arbeitseinkommensquote (4) läßt sich mit Hilfe von (3) auch wie folgt schreiben:

$$(5) \quad AEQ_t = \frac{\frac{L_t}{A_t}}{\frac{Y_t}{E_t}} \cdot 100$$

Aus dieser Schreibweise wird ersichtlich, daß die Arbeitseinkommensquote als das Verhältnis aus Lohneinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen interpretiert werden kann.

7. Die Arbeitseinkommensquote steht in einem festen Verhältnis zur bereinigten Lohnquote. Die bereinigte Lohnquote, wie der Sachverständigenrat sie früher ausgewiesen hat, wurde unter der Vorgabe, daß das Verhältnis der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer zur Anzahl der Erwerbstätigen aus dem Jahre 1960 in den folgenden Jahren konstant gehalten wird, aus der tatsächlichen Lohnquote wie folgt berechnet:

$$(6) \quad LQ_t^{ber} = \frac{L_t}{Y_t} \cdot \frac{E_t}{A_t} \cdot \frac{A_{1960}}{E_{1960}} \cdot 100$$

Die Bereinigung unter Zugrundelegung der Erwerbsstruktur des Jahres 1960 bezweckte, Veränderungen der Lohnquote, die lediglich auf eine Veränderung des Anteils der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zurückzuführen waren, rechnerisch auszuschalten. Nach Bereinigung um die Erwerbsstruktureinflüsse konnte der Einfluß des Lohnes auf die Lohnquote für sich betrachtet werden.

Die Arbeitseinkommensquote und die bereinigte Lohnquote unterscheiden sich im Niveau voneinander nur um einen konstanten Faktor, der sich aus der Relation zwischen der Anzahl der Erwerbstätigen und der Anzahl der Arbeitnehmer in dem für die Lohnquotenbereinigung verwendeten Basisjahr ergibt. Für das Basisjahr 1960 beträgt dieser Faktor 1,2957. Somit berechnet sich die Arbeitseinkommensquote jedes Jahr aus der bereinigten Lohnquote wie folgt:

$$(7) \quad AEQ_t = LQ_t^{ber} \cdot \frac{E_{1960}}{A_{1960}} = LQ_t^{ber} \cdot 1{,}2957$$

Definition in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

8. Bei der Berechnung der Arbeitseinkommensquote werden die Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit werden unterteilt in die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Produktivität wird als Verhältnis zwischen realem Bruttosozialprodukt und Anzahl der Erwerbstätigen (Bruttoerwerbstätigenproduktivität) in die Rechnung eingestellt. Es wird ferner der Realwert des Sozialprodukts verwendet, um die im Inland verfügbaren Güter, zu konstanten Preisen des Jahres 1980, zu ermitteln. Zur Berechnung des Produkts zu jeweiligen Preisen wird der Deflator der letzten inländischen Verwendung herangezogen. Der Übergang von der Bruttorechnung auf die Nettorechnung erfolgt durch Berücksichtigung der Abschreibungen, der Übergang von der Rechnung zu Marktpreisen auf die Rechnung zu Faktorkosten erfolgt durch Berücksichtigung von indirekten Steuern abzüglich Subventionen.

Somit ist die Arbeitseinkommensquote in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wie folgt definiert:

$$(8) \quad AEQ_t = \frac{\frac{BLGS_t + AGB_t}{A_t}}{\frac{BSP_t^r}{E_t} \cdot \frac{RSP_t}{BSP_t^r} \cdot P_t^{liv} \cdot \frac{BSP_t^n - AK_t^n - (T_t - S_t)}{BSP_t^n}} \cdot 100$$

Die Symbole bedeuten:

BLGS Bruttolohn- und -gehaltssumme

AGB Sozialbeiträge der Arbeitgeber

BSP^r Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980

RSP Realwert des Sozialprodukts. Es gilt: $RSP \cdot P^{liv} = BSP^n$. (Zur Definition des Realwerts siehe JG 84 Ziffern 246 ff.)

P^{liv} Deflator der letzten inländischen Verwendung

AK^n Abschreibungen in jeweiligen Preisen

BSP^n	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen
T	indirekte Steuern
S	Subventionen

9. Zur Berechnung der Effekte, die auf die Veränderung der Arbeitseinkommensquote im Zeitablauf einwirken, ist es zweckmäßig, die Arbeitseinkommensquote in die faktorielle Schreibweise zu überführen. Aus (8) ist durch entsprechende Umformungen der folgende Ausdruck abzuleiten:

$$(9)\quad AEQ_t = \frac{\overbrace{\frac{BLGS_t}{A_t}}^{F_1} \cdot \overbrace{\left(1 + \frac{AGB_t}{BLGS_t}\right)}^{F_2}}{\underbrace{\frac{BSP^r_t}{E_t}}_{F_3} \cdot \underbrace{\frac{RSP_t}{BSP^r_t}}_{F_4} \cdot \underbrace{P^{liv}_t}_{F_5} \cdot \underbrace{\left(1 - \frac{AK^n_t}{BSP^n_t}\right)}_{F_6} \cdot \underbrace{\left(1 - \frac{T_t - S_t}{BSP^n_t - AK^n_t}\right)}_{F_7}}$$

Dabei bedeuten:

- F_1 Lohnfaktor
- F_2 Sozialbeitragsfaktor
- F_3 Produktivitätsfaktor
- F_4 Terms of trade — Faktor
- F_5 Deflator
- F_6 Abschreibungsfaktor
- F_7 Steuer- und Subventionsfaktor

Zur Berechnung der Veränderungsraten (Effekte)

10. Die Veränderung eines Faktors $F_{i,t}$ gegenüber seinem Vorjahreswert beträgt, als Veränderungsrate ausgedrückt:

$$(10)\quad v_{i,t} = \frac{F_{i,t}}{F_{i,t-1}} - 1$$

Aus den Veränderungsraten der einzelnen Faktoren ergibt sich in zureichender Annäherung die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote v_t:

$$(11)\quad v_t \approx v_{1,t} + v_{2,t} - v_{3,t} - v_{4,t} - v_{5,t} - v_{6,t} - v_{7,t}$$

Die mit 100 multiplizierten, also in vH ausgedrückten Veränderungsraten der sieben Faktoren bezeichnen wir als „Effekte". Diese Bezeichnung deutet an, daß die Effekte die Veränderung der Arbeitseinkommensquote ursächlich bewirken oder bewirkt haben, wenn man eine abgelaufene Periode betrachtet. Dieser ursächliche Einfluß mag auch mehr oder weniger zutreffen. Die Zerlegung der Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote in ihre Effekte gilt im strengen Sinne jedoch nur rechnerisch. Bei Anwendung der Rechnung auf eine künftige Periode können spezielle Annahmen zur Entwicklung bestimmter Effekte oder zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote getroffen werden, so daß von diesen Vorgaben her auf restliche Effekte oder auf die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote geschlossen werden kann.

C. Zur Konzeption der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der von uns verwendeten Abgrenzung ist definiert als

$Z_t = (BG_t + BR_t) \cdot KF_t$

mit

$BR_t = MRS_{It} + MRS_{At} + ÜR_t$

Die Symbole haben die folgende Bedeutung:

Z	bereinigte Zentralbankgeldmenge
BG	Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute)
BR	Bankreserven (Zentralbankeinlagen und Kassenbestände der Kreditinstitute)
KF	Korrekturfaktor
MRS_I	Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten
MRS_A	Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten
ÜR	Überschußreserven
t	Zeitindex

2. Der Korrekturfaktor dient dazu, den expansiven oder kontraktiven Impuls einer Mindestreservesatzänderung in der Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) sichtbar zu machen. Senkt etwa die Bundesbank die Mindestreservesätze, so wird ein Teil des bisher in der Mindestreserve gebundenen Zentralbankgeldes frei und erhöht die Fähigkeit der Banken zur Geldschöpfung. Den freigesetzten Betrag bestimmen wir, indem wir die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Reservesatz mit dem Einlagevolumen zu Beginn der Periode multiplizieren.

Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten, muß die Bereinigung der Zentralbankgeldmenge nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden.

Wir differenzieren nach den Größenklassen der Einlagen, das heißt nach Progressionsstufen, sofern für diese verschiedene Mindestreservesätze gelten.[1])

Die Freisetzung beziehungsweise Bindung von Zentralbankgeld infolge einer Mindestreservesatzsenkung wird berechnet als

$$\Delta KP_t = \sum_{i=1}^{n} \Delta KP_{i,t}$$

mit

$$\Delta KP_{i,t} = (r_{i,t-1} - r_{i,t}) \cdot E_{i,t-1}$$

Dabei bedeuten:

KP Korrekturposten

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

r Reservesatz

E reservepflichtige Einlagen

Der auf die unbereinigte Zentralbankgeldmenge anzuwendende Korrekturfaktor ergibt sich wie folgt:

$$KF_t = \prod_{\tau = t_o}^{t} \frac{BG_\tau + BR_\tau + \Delta KP_\tau}{BG_\tau + BR_\tau}$$

mit

τ Zeitindex für die (multiplikative) Kumulation

t_o Zeitpunkt, zu dem mit der Kumulation begonnen wird (Januar 1980)

Das Bereinigungsverfahren gewährleistet, daß die ausgewiesene Veränderungsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge unabhängig von der Wahl einer Basisperiode und somit unverzerrt ist. Daraus folgt auch, daß die Veränderungsraten (wohlgemerkt nicht die absoluten Veränderungen) von unbereinigter und bereinigter Zentralbankgeldmenge solange identisch sind, wie die Mindestreservesätze sich nicht ändern.

3. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, wie sie die Bundesbank berechnet und bis 1987 als Indikator und Zwischenzielgröße verwendet hat, ist wie folgt definiert:

$$Z^*_t = BG_t + \overline{MRS}_{It}$$

Dabei ist:

Z^* Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

$\overline{MRS}_I$ Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu konstanten Reservesätzen (Januar 1974)

[1]) Die Disaggregation nach Progressionsstufen kann allerdings erst für die Zeit ab Juni 1978 vorgenommen werden, da vorher das System der Mindestreservesätze — unter anderem aufgrund der Unterscheidung zwischen Bankhaupt- und -nebenplätzen — weit komplexer als heute war.

Die Bundesbank wählt also einen anderen Weg zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Sie multipliziert zu diesem Zweck die mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten mit konstanten historischen Mindestreservesätzen, bislang mit denen vom Januar 1974. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen ergibt sich dann als Summe des so ermittelten Mindestreservesolls und des Bargeldumlaufs.

Die Unterschiede zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen der Bundesbank liegen zum einen in der Abgrenzung und zum anderen im Verfahren zur Bereinigung um die Wirkung von Mindestreservesatzänderungen. Eine Gegenüberstellung beider Indikatoren findet sich in JG 88, Anhang IV, Abschnitt C.

D. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts mißt der Sachverständigenrat konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem er das tatsächliche Haushaltsvolumen mit jenem vergleicht, das er als konjunkturneutral bezeichnet. Ein Haushaltsvolumen ist nach dieser Konzeption dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen unmittelbar keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahme) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.

2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.

3. Die Ermittlung des konjunkturellen Impulses für das Jahr t erfolgt in drei Schritten.

   — Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das auf der Grundlage einer mittelfristig

konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der Staatsquote des Basisjahres und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau, konjunkturneutral wäre:

$$\frac{g_o}{100} \cdot P_t^n$$

Das konjunkturneutrale Preisniveau ist definiert als der mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t fortgeschriebene Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t−1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine wirtschaftspolitische Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Solange der Preisanstieg sehr niedrig ist, wird keine von der tatsächlichen Preissteigerungsrate abweichende konjunkturneutrale Preissteigerungsrate angesetzt.

— Das im ersten Schritt errechnete Haushaltsvolumen ist sodann zu bereinigen um den Betrag, der einer Veränderung der Entwicklung der Staatseinnahmen im Verhältnis zum Wachstum des Produktionspotentials seit dem Basisjahr entspricht. Ergebnis ist das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen.

Für die Steuern wird dieser Betrag ermittelt, indem die Differenz der Steuerquoten des Jahres t und des Basisjahres mit dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr t multipliziert wird:

$$\frac{(t_t - t_o)}{100} \cdot Y_t^v$$

Durch die Verwendung des Bruttosozialprodukts bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^v) sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen der Steuerquote können allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau erfaßt werden (siehe JG 70 Ziffer 341).

Für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen) wird der Betrag ermittelt, indem die Differenz aus den Deckungsquoten der sonstigen Einnahmen des Jahres t und des Basisjahres mit dem Produktionspotential des Jahres t bei konjunkturneutralem Preisniveau multipliziert wird:

$$\frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot P_t^n$$

Somit ergibt sich das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen als

$$H_t = \frac{g_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{(t_t - t_o)}{100} \cdot Y_t^v + \frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot P_t^n$$

— Im dritten Schritt wird dann das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen H_t mit den tatsächlichen Ausgaben G_t der Gebietskörperschaften verglichen. Die Differenz steht für den konjunkturellen Impuls, der den öffentlichen Ausgaben bei gegebenen Einnahmenregelungen beigemessen wird.

$H_t > G_t$: kontraktiv

$H_t = G_t$: konjunkturneutral

$H_t < G_t$: expansiv

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

g_o : Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

t_o : Verhältnis der Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt (volkswirtschaftliche Steuerquote) im Basisjahr (in vH)

t_t : Volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

s_o : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Basisjahr (in vH)

s_t : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Jahr t (in vH)

P_t^n : Produktionspotential des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

Y_t^v : Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen

$$Y_t^v = \frac{l_v}{100} \cdot P_t^n$$

l_v : Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t : Staatsausgaben im Jahr t

H_t : konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

Als Basisjahr wird derzeit das Jahr 1985 verwendet.

Auf logisch äquivalente Weise läßt sich der konjunkturelle Impuls auch über einen Vergleich des tatsächlichen Haushaltsdefizits D_t mit dem konjunkturneutralen Defizit D_t^n ermitteln.

$D_t > D_t^n$: expansiv
$D_t = D_t^n$: konjunkturneutral
$D_t < D_t^n$: expansiv

wobei

$$D_t^n = \frac{k_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{t_t}{100}(Y_t^v - Y_t^n) - \frac{t_t}{100}(Y_t^i - Y_t^n) - b_t$$

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

D_t : Haushaltsdefizit im Jahr t

D_t^n : konjunkturneutrales Haushaltsdefizit im Jahr t

Y_t^n : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

$$Y_t^n = Y_t^i \cdot \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

Y_t^i : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu jeweiligen Preisen

P_t^i : Produktionspotential des Jahres t zu jeweiligen Preisen

$\frac{t_t}{100} (Y_t^v - Y_t^n)$: auslastungsbedingte Steuerminder- bzw. Steuermehreinnahmen

$\frac{t_t}{100} (Y_t^i - Y_t^n)$: inflationsbedingte Steuereinnahmen

b_t : anomaler Teil der Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank

k_o : potentialorientierte Kreditfinanzierungsquote im Basisjahr (in vH)

k_o wird ermittelt, indem im Basisjahr der um auslastungsbedingte Steuermehr- bzw. -mindereinnahmen, um inflationsbedingte Steuermehreinnahmen und um den anomalen Teil der Gewinnabführung der Bundesbank bereinigte Finanzierungssaldo ins Verhältnis zum Produktionspotential P_o^n gesetzt wird.

V.
Statistischer Anhang

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Hierzu gehören aber auch Institutionen, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht oder nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden, wie landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die gesamte Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Zum **Staat** gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Im einzelnen: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.) sowie Zweckverbände und die Sozialversicherung (die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst, die Altershilfe für Landwirte, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung). Nicht zum Sektor Staat rechnen die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.

In den Sektor der **Privaten Haushalte** (Ein- und Mehrpersonenhaushalte sowie Anstaltsbevölkerung) sind auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche sowie im Erziehungswesen tätige Organisationen, die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und aus Vermögenserträgen finanzieren, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Institute usw. Aus statistischen Gründen sind in diesem Sektor auch Organisationen ohne Erwerbszweck einbezogen, die überwiegend vom Staat finanziert werden und vor allem im Bereich von Wissenschaft und Forschung tätig sind.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto“ als auch „netto“ (das heißt nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen ab, das heißt den Wert der Güter (ohne Umsatzsteuer), den inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Die Addition der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt die gegen unterstellte Entgelte erbrachten Bankdienstleistungen ab, erhält man die bereinigte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Unter Hinzurechnung der auf den Gütern lastenden nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer (Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer sowie die einbehaltene Umsatzsteuer) und der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Verbrauchsteuer auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer), die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, erhält man das **Bruttoinlandsprodukt.** Dieser Rechenschritt läßt sich nur für die Gesamtwirtschaft vollziehen, da eine Aufgliederung der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben nach einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht erfolgt.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt

bezogen haben, und zieht man davon die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen;** nach Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer — Kassenaufkommen und aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen einbehaltene Umsatzsteuer sowie Einfuhrabgaben) und nach Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.** Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates und die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfassen die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthalten die Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten und immateriellen Werten, aus Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Entnahmen und nichtentnommene Gewinne), und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf öffentliche Schulden. Dazu kommen die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.). Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen. Nach Hinzurechnung der empfangenen laufenden Übertragungen von anderen Sektoren und von der übrigen Welt (ohne Subventionen) und nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen an andere Sektoren und an die übrige Welt (ohne indirekte Steuern) erhält man die Summe der verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaft, das heißt aller Sektoren.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

Der **private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** umfaßt die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen

und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und derjenigen dauerhafter Güter, die in den Privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1980) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von bzw. an die übrige Welt). Erfaßt werden also die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben bzw. an die übrige Welt geflossen sind.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Die drei Berechnungsarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Entstehungsrechnung

Produktionswert
– Vorleistungen

= Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
– Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen

= Bruttowertschöpfung (bereinigt)
\+ Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
\+ Einfuhrabgaben

= Bruttoinlandsprodukt
± Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

II. Verwendungsrechnung

Privater Verbrauch
\+ Staatsverbrauch
\+ Ausrüstungsinvestitionen
\+ Bauinvestitionen
± Vorratsveränderung
\+ Ausfuhr
– Einfuhr

= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
– Abschreibungen

= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
– Indirekte Steuern
\+ Subventionen

= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

III. Verteilungsrechnung

Volkseinkommen

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
– Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern, u. ä.)
± Sonstige Zu- und Absetzungen

= Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
– Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber
– Unterstellte Sozialbeiträge

= Bruttolohn- und -gehaltssumme
– Lohnsteuer
– Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer

= Nettolohn- und -gehaltssumme

6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1980) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1980. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1980; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabellenteil

Tabelle 1*

A. Internationale Tabellen

Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern

1 000

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Gesamtbevölkerung					
1960	55 433	9 153	45 684	52 373	48 967	11 486	7 048	5 429	93 260	180 671
1961	56 185	9 184	46 163	52 807	49 156	11 639	7 087	5 434	94 100	183 691
1962	56 837	9 221	46 998	53 292	49 563	11 806	7 130	5 574	94 980	186 538
1963	57 389	9 290	47 816	53 625	49 936	11 966	7 175	5 694	95 900	189 242
1964	57 971	9 378	48 310	53 991	50 439	12 127	7 224	5 789	96 890	191 889
1965	58 619	9 464	48 758	54 350	50 840	12 295	7 271	5 857	97 950	194 303
1966	59 148	9 528	49 164	54 643	51 227	12 456	7 322	5 918	98 860	196 560
1967	59 286	9 581	49 548	54 959	51 664	12 598	7 377	5 992	99 920	198 712
1968	59 500	9 619	49 915	55 214	52 042	12 730	7 415	6 068	101 070	200 706
1969	60 067	9 646	50 315	55 461	52 376	12 878	7 441	6 137	102 320	202 677
1970	60 651	9 651	50 772	55 632	52 771	13 039	7 467	6 270	103 720	205 052
1971	61 284	9 673	51 251	55 907	53 124	13 194	7 500	6 343	104 750	207 661
1972	61 672	9 709	51 701	56 079	53 499	13 329	7 544	6 401	106 180	209 896
1973	61 976	9 739	52 118	56 210	53 882	13 439	7 586	6 441	108 660	211 909
1974	62 054	9 768	52 460	56 224	54 390	13 545	7 599	6 460	110 160	213 854
1975	61 829	9 795	52 699	56 215	54 764	13 666	7 579	6 404	111 520	215 973
1976	61 531	9 811	52 909	56 206	55 070	13 774	7 566	6 333	112 770	218 035
1977	61 400	9 822	53 145	56 179	55 266	13 856	7 568	6 316	113 880	220 239
1978	61 327	9 830	53 376	56 167	55 446	13 942	7 562	6 333	114 920	222 585
1979	61 359	9 837	53 606	56 227	55 602	14 038	7 549	6 351	115 880	225 056
1980	61 566	9 847	53 880	56 314	55 657	14 150	7 549	6 385	116 800	227 757
1981	61 682	9 853	54 182	56 379	55 774	14 247	7 564	6 429	117 650	230 138
1982	61 638	9 856	54 480	56 335	55 995	14 313	7 571	6 467	118 450	232 520
1983	61 423	9 855	54 729	56 377	56 228	14 367	7 552	6 482	119 260	234 799
1984	61 175	9 855	54 947	56 488	56 344	14 424	7 553	6 505	120 020	237 001
1985	61 024	9 858	55 170	56 618	56 498	14 491	7 558	6 533	120 750	239 279
1986	61 066	9 862	55 393	56 763	56 576	14 572	7 566	6 573	121 490	241 625
1987[1]	61 077[a]	9 868	55 627	56 930	56 664	14 671	7 576	6 619	122 091	243 934
1988[1]	61 450	9 884	55 869	57 088	56 777	14 765	7 596	6 659	122 613	246 329
					Erwerbstätige					
1960	25 954	3 447	18 595	23 660	20 269	4 182	3 239	2 701	44 360	65 778
1961	26 238	3 481	18 608	23 978	20 366	4 213	3 244	2 844	44 980	65 746
1962	26 291	3 534	18 737	24 185	20 270	4 297	3 209	2 954	45 560	66 702
1963	26 319	3 560	19 065	24 230	19 982	4 356	3 191	2 999	45 950	67 762
1964	26 297	3 609	19 395	24 522	19 904	4 445	3 187	3 046	46 550	69 305
1965	26 418	3 621	19 540	24 776	19 431	4 487	3 167	3 025	47 300	71 088
1966	26 320	3 635	19 688	24 934	19 096	4 519	3 136	3 014	48 270	72 895
1967	25 461	3 618	19 763	24 570	19 315	4 505	3 081	3 030	49 200	74 372
1968	25 491	3 615	19 732	24 436	19 295	4 552	3 043	3 048	50 020	75 920
1969	25 871	3 683	20 041	24 477	19 112	4 621	3 040	3 098	50 400	77 902
1970	26 169	3 658	20 328	24 381	19 218	4 679	3 051	3 143	50 940	78 678
1971	26 317	3 695	20 440	24 165	19 176	4 700	3 086	3 199	51 210	79 367
1972	26 214	3 689	20 571	24 139	18 850	4 673	3 108	3 243	51 260	82 153
1973	26 411	3 738	20 863	24 715	19 006	4 670	3 160	3 277	52 590	85 064
1974	26 038	3 792	21 059	24 800	19 392	4 672	3 190	3 273	52 370	86 794
1975	25 285	3 737	20 864	24 720	19 491	4 640	3 175	3 117	52 230	85 846
1976	25 059	3 708	21 016	24 508	19 612	4 654	3 193	3 024	52 710	88 752
1977	25 014	3 702	21 188	24 538	19 791	4 701	3 222	3 036	53 420	92 017
1978	25 169	3 701	21 263	24 696	19 863	4 757	3 230	3 067	54 080	96 048
1979	25 516	3 744	21 305	25 079	20 057	4 821	3 251	3 100	54 790	98 824
1980	25 797	3 743	21 334	25 004	20 313	4 970	3 263	3 170	55 360	99 303
1981	25 610	3 664	21 203	24 010	20 361	5 072	3 267	3 211	55 810	100 397
1982	25 177	3 615	21 240	23 584	20 297	5 010	3 229	3 190	56 380	99 526
1983	24 793	3 577	21 168	23 304	20 350	4 950	3 203	3 149	57 330	100 834
1984	24 839	3 579	20 981	23 909	20 418	4 980	3 206	3 142	57 660	105 005
1985	25 010	3 607	20 921	24 292	20 508	5 076	3 213	3 171	58 070	107 150
1986	25 276	3 644	20 955	24 434	20 614	5 155	3 257	3 219	58 530	109 597
1987[1]	25 476	3 660	21 010	25 060	20 584	5 251	3 274	3 273	59 110	112 440
1988[1]	26 776	3 700	21 144	25 896	20 832	5 300	3 285	3 310	60 110	114 968

[1]) Vorläufige Ergebnisse. — [a]) Ergebnis der Volks- und Arbeitsstättenzählung vom Mai 1987; gilt gleichzeitig als Jahresdurchschnitt.

Quelle: OECD

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern

1 000

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Beschäftigte Arbeitnehmer					
1960	20 038	2 545	12 886	21 894	11 694	3 296	.	.	23 700	55 179
1961	20 377	2 594	13 047	22 228	12 032	3 369	.	.	24 780	55 229
1962	20 631	2 655	13 317	22 447	12 396	3 465	.	.	25 930	56 524
1963	20 836	2 705	13 774	22 505	12 639	3 536	.	.	26 720	57 952
1964	21 028	2 782	14 219	22 812	12 519	3 623	.	.	27 630	59 496
1965	21 289	2 816	14 470	23 080	12 144	3 676	.	.	28 760	61 418
1966	21 284	2 838	14 719	23 253	11 997	3 722	.	.	29 940	63 627
1967	20 565	2 823	14 892	22 808	12 245	3 718	.	.	30 710	66 149
1968	20 706	2 823	15 005	22 650	12 378	3 775	2 186	.	31 480	67 798
1969	21 267	2 897	15 496	22 625	12 568	3 865	2 150	.	31 990	69 706
1970	21 747	2 965	15 941	22 479	12 811	3 933	2 160	.	33 060	70 645
1971	22 106	3 026	16 201	22 139	12 959	3 972	2 195	.	34 120	71 286
1972	22 103	3 038	16 478	22 137	12 955	3 942	2 244	.	34 650	74 010
1973	22 395	3 096	16 879	22 679	13 191	3 958	2 271	.	36 150	76 847
1974	22 113	3 158	17 166	22 804	13 555	3 972	2 409	.	36 370	78 460
1975	21 489	3 107	17 060	22 723	13 735	4 033	2 368	.	36 460	77 551
1976	21 407	3 085	17 274	22 557	13 888	4 064	2 380	.	37 120	80 519
1977	21 496	3 081	17 497	22 631	14 125	4 130	2 420	.	37 690	83 481
1978	21 734	3 080	17 610	22 790	14 107	4 175	2 470	.	37 990	87 205
1979	22 132	3 118	17 686	23 173	14 338	4 229	2 524	.	38 760	89 674
1980	22 478	3 119	17 752	22 991	14 499	4 362	2 545	.	39 710	89 950
1981	22 335	3 042	17 663	21 892	14 495	4 433	2 575	.	40 370	91 007
1982	21 904	2 993	17 752	21 414	14 472	4 388	2 677	.	40 980	89 967
1983	21 519	2 951	17 737	21 067	14 360	4 362	2 654	.	42 080	91 075
1984	21 573	2 942	17 605	21 238	14 253	4 386	2 740	.	42 650	95 120
1985	21 744	2 962	17 585	21 506	14 418	4 488	2 751	.	43 130	97 406
1986	22 014	2 989	17 649	21 581	14 460	4 571	2 795	.	43 790	99 847
1987[1]	22 226	2 995	17 725	21 889	14 457	4 673	2 809	.	44 280	102 403
1988[1]	22 397	3 033	17 877	22 567	14 677	4 715	2 817	.	45 380	104 650
					Arbeitslose					
1960	271	117	239	326	1 215	30	.	1,2	750	3 852
1961	181	89	185	287	1 108	22	.	0,7	660	4 714
1962	155	75	209	406	969	23	.	0,6	590	3 911
1963	186	62	233	496	807	25	.	0,8	590	4 070
1964	169	55	189	349	904	22	.	0,3	540	3 786
1965	147	63	316	299	1 110	25	.	0,3	570	3 366
1966	161	67	326	281	1 192	36	.	0,3	650	2 875
1967	459	92	436	503	1 106	75	.	0,3	630	2 975
1968	323	110	554	542	1 172	68	49	0,3	590	2 817
1969	179	88	484	518	1 160	49	62	0,2	570	2 832
1970	149	71	530	555	1 111	47	42	0,1	590	4 093
1971	185	69	585	696	1 109	62	38	0,1	640	5 016
1972	246	88	611	778	1 296	108	35	0,1	730	4 882
1973	273	92	593	557	1 303	110	33	0,1	680	4 365
1974	582	97	632	528	1 111	135	41	0,3	730	5 156
1975	1 074	175	901	838	1 226	260	53	13	1 000	7 929
1976	1 060	233	997	1 265	1 420	278	54	20	1 080	7 406
1977	1 030	266	1 134	1 359	1 538	271	49	11	1 100	6 991
1978	993	290	1 201	1 343	1 560	273	64	10	1 240	6 202
1979	876	304	1 361	1 235	1 686	280	65	10	1 170	6 137
1980	889	322	1 467	1 513	1 684	326	58	6	1 140	7 637
1981	1 272	416	1 750	2 395	1 769	480	80	6	1 260	8 273
1982	1 833	490	1 923	2 770	1 923	655	116	14	1 360	10 678
1983	2 258	545	1 974	2 984	2 140	674	135	29	1 560	10 717
1984	2 266	546	2 323	3 030	2 304	689	128	35	1 610	8 539
1985	2 304	506	2 442	3 179	2 382	634	121	30	1 560	8 312
1986	2 228	478	2 489	3 229	2 610	605	106	26	1 670	8 237
1987[1]	2 229	466	2 532	2 905	2 832	579	130	25	1 730	7 425
1988[1]	2 242	424	2 437	2 341	2 885	435	119	24	1 550	6 701

[1] Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD

Tabelle 3*

Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1]

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1]	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1]	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	302,71	563,95	300,66	25,86	24,79	44,42	162,89	37,37	16,01	511,8
1961	331,71	600,21	327,99	27,42	27,57	46,90	180,73	42,04	19,34	530,0
1962	360,78	642,67	366,22	28,82	30,98	50,49	192,13	46,62	21,94	570,1
1963	382,37	691,09	410,55	30,57	35,48	54,78	207,08	51,27	25,11	602,0
1964	420,18	773,38	455,45	33,39	38,84	64,45	226,73	56,83	29,54	644,4
1965	459,17	842,13	490,26	35,97	41,80	71,99	246,49	60,86	32,87	699,3
1966	488,23	905,03	530,75	38,30	45,29	78,38	268,53	65,36	38,17	766,3
1967	494,35	969,69	573,31	40,32	49,88	85,99	285,59	70,35	44,73	810,4
1968	533,28	1 037,50	623,12	43,70	54,07	95,35	306,83	75,12	52,98	885,9
1969	596,95	1 151,31	710,50	47,02	59,69	107,99	335,00	81,40	62,23	957,1
1970	675,30	1 280,92	793,52	51,59	67,18	121,18	375,88	90,67	73,35	1 008,2
1971	750,56	1 402,40	884,19	57,56	72,99	136,53	419,62	103,00	80,70	1 093,4
1972	823,74	1 568,51	987,95	64,45	79,81	154,26	479,54	116,71	92,40	1 201,6
1973	917,27	1 782,34	1 129,84	73,86	96,74	176,04	543,46	130,06	112,50	1 343,1
1974	984,58	2 090,88	1 302,98	83,47	122,19	199,78	618,56	141,10	134,24	1 453,3
1975	1 026,90	2 313,14	1 467,88	105,25	138,63	219,96	656,11	140,16	148,33	1 580,9
1976	1 121,72	2 632,77	1 700,55	124,42	174,87	251,93	724,75	141,96	166,57	1 761,7
1977	1 197,82	2 846,81	1 917,80	145,08	214,40	274,93	796,19	145,79	185,62	1 965,1
1978	1 285,32	3 057,62	2 182,59	167,45	253,54	297,01	842,33	151,68	204,41	2 219,1
1979	1 392,30	3 264,70	2 481,10	197,04	309,83	315,96	918,54	158,55	221,55	2 464,4
1980	1 478,94	3 525,92	2 808,30	230,16	387,67	336,74	994,70	170,33	240,18	2 684,4
1981	1 540,93	3 657,93	3 164,80	253,27	464,03	352,85	1 055,97	184,76	257,36	3 000,5
1982	1 597,92	3 980,05	3 626,02	277,18	545,12	368,86	1 133,53	195,98	269,63	3 114,8
1983	1 674,84	4 218,58	4 006,50	302,03	633,44	381,02	1 201,23	203,87	280,26	3 355,9
1984	1 755,84	4 534,27	4 361,91	323,11	727,23	400,25	1 276,77	213,23	297,95	3 724,8
1985 [2]	1 830,49	4 843,44	4 700,10	353,11	812,75	418,18	1 348,13	227,95	316,30	3 974,1
1986 [2]	1 931,42	5 115,43	5 052,50	377,63	896,32	429,88	1 423,05	243,35	330,02	4 197,2
1987 [2]	2 006,35	5 323,00	5 301,30	413,24	979,68	431,82	1 481,56	255,13	343,24	4 493,8
1988 [2]	2 110,56	5 610,40	5 658,30	456,65	1 078,86	449,60	1 567,02	270,47	364,40	4 847,3
					in Preisen von 1980					
1960	728,94	1 571,37	1 180,27	143,95	153,71	154,27	437,53	94,88	56,45	1 417,8
1961	762,72	1 650,76	1 245,26	148,66	166,32	154,72	460,78	102,57	63,25	1 454,3
1962	798,82	1 738,87	1 328,35	150,20	176,64	165,31	471,83	107,48	68,89	1 530,6
1963	820,95	1 814,82	1 399,38	155,89	186,55	171,30	491,07	112,72	74,73	1 593,1
1964	875,69	1 941,57	1 490,59	164,50	191,77	185,48	520,73	118,65	83,45	1 677,6
1965	923,70	2 013,41	1 561,81	168,58	198,03	195,22	535,60	122,43	88,31	1 774,9
1966	950,87	2 074,78	1 643,25	171,65	209,89	200,56	565,83	125,44	97,70	1 879,3
1967	949,74	2 156,95	1 720,29	175,50	224,95	211,16	582,85	129,27	108,53	1 932,9
1968	1 002,54	2 248,66	1 793,55	182,68	239,67	224,70	608,91	133,92	122,51	2 012,5
1969	1 077,35	2 396,54	1 918,93	186,42	254,29	239,15	647,13	141,45	137,80	2 062,5
1970	1 132,82	2 548,64	2 028,91	190,61	267,79	252,77	693,22	150,48	152,56	2 056,4
1971	1 165,60	2 643,18	2 125,95	194,17	272,09	263,44	728,67	156,60	159,11	2 112,2
1972	1 214,70	2 784,95	2 220,15	200,81	279,44	272,16	773,90	161,62	172,44	2 215,7
1973	1 271,65	2 951,25	2 340,93	215,83	299,30	284,92	811,72	166,55	186,02	2 324,5
1974	1 275,10	3 074,22	2 413,72	211,92	315,55	296,22	843,74	168,97	183,76	2 308,8
1975	1 254,83	3 031,17	2 407,00	210,19	307,18	295,95	840,68	156,67	188,54	2 285,0
1976	1 322,74	3 203,46	2 509,15	216,09	327,39	311,10	879,16	154,46	197,56	2 394,7
1977	1 361,79	3 221,98	2 589,88	221,13	338,44	318,31	917,48	158,23	208,00	2 504,0
1978	1 400,90	3 313,88	2 676,65	229,31	350,90	326,13	922,23	158,88	218,62	2 634,1
1979	1 459,04	3 385,45	2 763,41	235,63	371,91	333,86	965,65	162,83	229,96	2 688,6
1980	1 478,94	3 525,92	2 808,30	230,16	387,67	336,74	994,70	170,33	240,18	2 684,4
1981	1 481,39	3 476,22	2 841,33	227,26	391,39	334,37	993,22	172,80	249,45	2 737,5
1982	1 471,83	3 526,74	2 913,66	231,20	392,66	329,66	1 004,26	170,84	256,53	2 669,9
1983	1 493,92	3 534,30	2 933,90	239,58	397,08	334,29	1 026,15	172,01	264,61	2 769,7
1984	1 535,99	3 612,94	2 972,46	244,71	409,04	344,85	1 039,19	175,01	277,88	2 963,7
1985 [2]	1 566,48	3 645,45	3 028,40	253,25	419,79	353,94	1 066,08	182,18	290,98	3 070,3
1986 [2]	1 603,21	3 721,52	3 098,10	261,46	430,46	361,39	1 080,58	187,31	298,14	3 160,7
1987 [2]	1 632,68	3 800,71	3 158,20	272,79	443,30	366,26	1 097,17	191,61	310,75	3 280,6
1988 [2]	1 692,93	3 961,10	3 266,30	283,10	460,72	377,40	1 143,71	197,30	328,50	3 425,5

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 231. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 4*

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					Volkseinkommen					
1960	239,82	449,95	231,16	20,87	20,17	37,08	123,12	31,06	12,92	417,49
1961	261,06	475,14	252,77	22,06	22,40	38,78	136,17	34,81	15,60	430,89
1962	282,39	509,13	283,23	23,08	25,22	41,64	144,16	38,71	17,54	464,73
1963	298,07	546,10	316,11	24,55	28,81	45,06	155,01	42,59	20,25	491,50
1964	327,83	612,73	349,59	26,65	31,41	53,40	168,90	47,08	23,47	528,19
1965	359,42	669,93	377,41	28,70	33,90	59,54	182,89	50,49	26,16	575,27
1966	380,61	711,73	408,29	30,25	36,95	64,34	198,39	54,11	30,49	631,48
1967	381,39	759,41	443,35	31,65	40,56	70,56	210,95	58,35	36,11	666,81
1968	417,67	815,66	489,71	34,01	44,30	77,95	224,92	62,21	42,63	727,01
1969	462,09	908,09	556,24	36,42	49,12	89,40	246,86	67,07	50,10	784,30
1970	530,00	1 008,11	618,13	39,91	54,94	99,37	276,87	74,29	59,31	815,43
1971	586,95	1 108,84	687,64	44,37	59,98	110,88	307,66	84,75	64,75	878,76
1972	643,98	1 254,38	764,42	50,34	66,07	125,24	348,75	95,61	74,60	972,62
1973	720,26	1 439,55	876,09	58,39	80,15	144,29	393,06	107,27	91,80	1 093,47
1974	771,94	1 682,05	1 004,88	65,39	100,47	164,56	453,08	117,48	109,31	1 168,21
1975	801,07	1 867,14	1 126,65	82,90	115,59	179,74	486,15	117,48	121,18	1 253,66
1976	877,67	2 130,38	1 295,14	96,80	144,89	206,72	543,50	119,44	137,28	1 403,51
1977	936,95	2 290,54	1 471,33	112,47	176,55	223,96	593,01	121,78	151,49	1 573,14
1978	1 003,96	2 459,11	1 665,92	128,77	210,23	241,04	631,96	126,66	167,50	1 782,94
1979	1 083,62	2 630,29	1 876,99	149,09	260,17	256,87	690,00	132,96	180,43	1 974,59
1980	1 142,34	2 852,01	2 105,46	171,64	324,34	272,23	745,83	142,71	195,13	2 125,17
1981	1 183,08	2 944,86	2 377,46	186,28	387,59	284,33	785,15	154,70	206,07	2 362,60
1982	1 224,34	3 189,17	2 708,60	204,62	453,84	298,30	842,07	164,86	215,97	2 437,46
1983	1 280,68	3 363,57	2 992,01	225,05	524,00	307,91	890,30	171,65	224,11	2 632,30
1984	1 343,87	3 641,07	3 255,42	240,36	603,23	323,68	938,43	179,69	236,82	2 948,91
1985 [2])	1 406,22	3 895,77	3 509,15	263,69	674,37	338,12	993,88	191,93	250,10	3 158,15
1986 [2])	1 495,68	4 144,21	3 782,53	279,04	741,84	346,63	1 058,86	204,90	260,81	3 359,24
1987 [2])	1 555,92	4 281,49	3 960,59	306,70	804,43	346,27	1 098,95	214,71	268,38	3 595,02
					Einkommen aus unselbständiger Arbeit					
1960	143,16	256,27	133,77	15,21	9,92	20,59	73,49	19,35	6,45	296,92
1961	161,64	269,10	149,61	16,44	11,02	22,61	81,91	21,93	7,64	305,84
1962	178,84	295,66	169,09	17,35	12,83	24,85	89,20	24,60	9,12	327,69
1963	191,86	325,24	192,66	18,24	15,60	27,72	96,09	27,46	10,64	345,81
1964	209,93	366,70	215,12	19,78	17,46	33,08	105,76	30,52	12,45	371,28
1965	232,96	406,09	231,94	21,36	18,43	37,48	116,46	33,13	14,50	400,18
1966	250,83	444,69	250,13	22,90	19,71	42,16	128,35	35,30	16,78	443,56
1967	250,35	475,84	269,97	23,85	21,80	46,01	138,95	38,34	19,29	476,21
1968	268,84	505,63	301,80	25,52	23,70	50,74	147,31	40,93	22,48	525,47
1969	302,62	560,60	345,18	27,30	26,12	58,79	160,64	44,09	26,45	579,18
1970	359,29	629,04	391,44	30,62	30,54	67,17	175,82	49,61	31,90	619,07
1971	407,77	717,16	441,49	33,57	35,01	77,08	203,19	57,68	37,82	660,33
1972	449,12	821,62	493,52	37,96	39,06	86,28	230,88	65,56	44,03	727,51
1973	509,87	946,27	566,40	43,98	47,05	99,95	270,38	74,74	55,18	814,66
1974	562,05	1 141,21	678,95	52,51	58,69	116,20	315,03	83,09	70,01	893,81
1975	585,93	1 309,93	801,76	68,65	70,85	131,17	353,60	85,15	81,58	952,09
1976	630,02	1 511,25	932,94	78,21	86,92	145,89	389,47	85,68	92,02	1 061,88
1977	674,70	1 640,96	1 061,18	86,79	106,32	159,54	431,45	87,69	102,80	1 181,13
1978	720,24	1 760,78	1 203,11	99,07	123,16	172,77	472,42	92,19	111,08	1 334,58
1979	776,39	1 881,46	1 363,25	116,09	149,61	185,92	504,52	97,10	120,06	1 497,63
1980	842,84	2 062,10	1 575,78	137,85	184,06	197,84	545,63	104,65	130,40	1 646,34
1981	881,20	2 137,12	1 792,60	149,79	224,03	201,53	589,01	114,12	141,14	1 817,19
1982	900,37	2 265,93	2 054,56	158,87	260,86	207,48	616,85	122,70	149,06	1 918,00
1983	917,57	2 374,22	2 259,28	169,85	300,16	209,64	642,44	128,16	156,86	2 032,31
1984	950,49	2 524,28	2 425,77	180,40	334,99	210,00	676,33	133,43	165,31	2 224,42
1985 [2])	987,18	2 652,13	2 581,08	194,90	374,05	216,77	716,88	141,53	172,99	2 379,65
1986 [2])	1 037,21	2 785,23	2 696,07	209,92	403,48	225,71	760,41	150,46	181,34	2 519,56
1987 [2])	1 079,75	2 816,14	2 801,58	226,76	442,98	231,48	791,21	158,14	188,60	2 697,06

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 231. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 5*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Produktivität)									
1960	49,0	48,4	48,2	66,1	39,7	54,4	44,3	65,4	29,3	79,7
1961	50,7	50,3	50,8	67,4	42,8	54,2	46,6	67,1	32,4	81,8
1962	53,0	52,2	53,9	67,5	45,7	56,8	48,2	67,7	34,9	84,9
1963	54,4	54,1	55,8	69,9	48,9	58,0	50,5	70,0	37,5	87,0
1964	58,1	57,1	58,4	72,9	50,5	61,6	53,6	72,5	41,3	89,5
1965	61,0	59,0	60,7	73,9	53,4	64,2	55,5	75,3	43,0	92,4
1966	63,0	60,6	63,4	74,8	57,6	65,5	59,2	77,5	46,7	95,4
1967	65,1	63,3	66,1	77,6	61,0	69,2	62,1	79,4	50,8	96,1
1968	68,6	66,0	69,1	81,2	65,1	72,9	65,6	81,8	56,5	98,1
1969	72,6	69,1	72,7	82,7	69,7	76,4	69,8	85,0	63,0	98,0
1970	75,5	74,0	75,8	84,9	73,0	79,7	74,5	89,1	69,0	96,7
1971	77,3	75,9	79,0	87,3	74,3	82,7	77,5	91,1	71,6	98,4
1972	80,8	80,1	82,0	90,4	77,7	86,0	81,7	92,8	77,5	99,8
1973	84,0	83,8	85,2	94,9	82,5	90,0	84,3	94,6	81,5	101,1
1974	85,4	86,1	87,1	92,8	85,3	93,6	86,8	96,1	80,9	98,4
1975	86,6	86,1	87,6	92,4	82,6	94,1	86,9	93,5	83,2	98,5
1976	92,1	91,7	90,7	95,8	87,5	98,7	90,3	95,1	86,4	99,8
1977	95,0	92,4	92,9	97,9	89,6	99,9	93,4	97,0	89,7	100,7
1978	97,1	95,1	95,6	100,9	92,6	101,2	93,7	96,4	93,2	101,5
1979	99,7	96,0	98,5	102,1	97,2	102,2	97,4	97,8	96,7	100,6
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	100,9	100,7	101,8	102,8	100,7	97,3	99,7	100,2	103,0	100,9
1982	102,0	103,6	104,2	106,5	101,4	97,1	102,0	99,7	104,9	99,2
1983	105,1	104,9	105,3	111,7	102,2	99,7	105,1	101,7	106,4	101,6
1984	107,9	107,2	107,6	111,2	105,0	102,2	106,3	103,7	111,1	104,4
1985[2]	109,3	107,3	110,0	113,3	107,3	102,9	108,8	106,9	115,5	106,0
1986[2]	110,6	108,4	112,3	116,2	109,4	103,5	108,8	108,3	117,4	106,7
1987[2]	111,8	110,2	114,2	118,3	112,8	102,9	109,9	109,0	121,2	107,9
1988[2]	110,3	113,6	117,4	118,8	115,9	105,1	114,2	110,9	126,0	110,2
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer[1]									
1960	19,1	15,2	11,7	11,6	6,7	13,8	.	21,7	8,3	29,4
1961	21,2	15,7	12,9	12,3	7,2	14,8	.	23,4	9,4	30,3
1962	23,1	16,8	14,3	12,9	8,2	15,8	.	25,2	10,7	31,7
1963	24,6	18,2	15,8	13,5	9,7	17,3	.	27,7	12,1	32,6
1964	26,6	19,9	17,0	14,5	11,0	20,1	.	30,4	13,7	34,1
1965	29,2	21,8	18,1	15,4	12,0	22,5	.	33,2	15,4	35,6
1966	31,4	23,7	19,1	16,4	12,9	25,0	.	35,5	17,1	38,1
1967	32,5	25,5	20,4	17,4	14,0	27,3	.	38,3	19,1	39,3
1968	34,6	27,1	22,7	18,8	15,1	29,6	31,4	40,7	21,7	42,3
1969	37,9	29,3	25,1	20,1	16,4	33,5	34,9	43,1	25,2	45,4
1970	44,1	32,1	27,7	22,7	18,8	37,7	38,0	47,8	29,4	47,9
1971	49,2	35,8	30,7	25,3	21,3	42,8	43,2	54,6	33,8	50,6
1972	54,2	40,9	33,7	28,6	23,7	48,3	48,0	61,2	38,7	53,7
1973	60,7	46,2	37,8	32,3	28,1	55,7	55,5	69,1	46,5	57,9
1974	67,8	54,7	44,6	38,4	34,1	64,5	61,0	76,9	58,6	62,2
1975	72,7	63,8	52,9	50,4	40,6	71,7	69,6	82,7	68,1	67,1
1976	78,5	74,1	60,8	57,8	49,3	79,1	76,3	85,8	75,5	72,1
1977	83,7	80,6	68,3	64,0	59,3	85,2	83,2	87,5	83,1	77,3
1978	88,4	86,5	77,0	72,5	68,8	91,2	89,2	91,0	89,0	83,6
1979	93,6	91,3	86,8	83,6	82,2	96,9	93,2	94,9	94,3	91,2
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,2	106,3	114,3	114,1	121,7	100,2	106,7	107,7	106,5	109,1
1982	109,6	114,5	130,4	123,7	142,0	104,3	107,5	116,5	110,8	116,5
1983	113,7	121,7	143,5	134,5	164,7	106,0	112,9	123,3	113,5	121,9
1984	117,5	129,8	155,2	141,7	185,1	105,6	115,1	128,6	118,0	127,8
1985[2]	121,1	135,4	165,4	151,1	204,4	106,5	121,5	135,2	122,1	133,5
1986[2]	125,7	140,9	172,1	162,2	219,8	108,9	126,9	141,6	126,1	137,9
1987[2]	129,6	142,2	178,1	172,8	241,4	109,2	131,4	146,4	129,7	143,9

[1]) Für Schweiz: Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Erwerbstätigen. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle für Grundzahlen: OECD

Tabelle 6*

Zinsen in wichtigen Industrieländern

Prozent

Jahr[1])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Kurzfristige Zinssätze[2])					
1970	9,41	7,81	8,93	6,97	.	5,97	.	5,36	5,91	6,39
1971	7,15	5,00	6,29	5,53	.	4,34	6,65	3,23	5,40	4,33
1972	5,61	3,83	5,51	5,63	.	2,16	6,66	1,83	4,36	4,07
1973	12,14	6,29	9,13	9,53	.	4,07	6,75	4,02	5,15	7,03
1974	9,90	10,30	13,02	11,34	.	6,90	6,95	5,98	6,83	7,83
1975	4,96	6,80	7,92	10,16	.	4,42	7,57	3,47	6,33	5,78
1976	4,25	9,89	8,69	11,20	16,51	5,78	7,94	1,20	5,68	4,97
1977	4,37	7,05	9,22	7,54	15,42	3,87	7,96	2,11	6,28	5,27
1978	3,70	7,13	8,16	8,58	12,18	5,52	7,87	0,62	5,12	7,19
1979	6,69	11,01	9,48	13,11	12,14	8,54	7,50	1,30	5,85	10,07
1980	9,54	14,03	12,21	15,01	15,98	10,13	7,99	5,03	10,68	11,43
1981	12,11	15,27	15,26	13,04	19,84	10,65	9,16	8,20	7,41	14,03
1982	8,88	13,97	14,62	11,40	19,37	7,89	10,10	4,40	6,84	10,61
1983	5,78	10,40	12,47	9,58	17,77	5,47	8,95	3,31	6,50	8,61
1984	5,99	11,42	11,70	9,30	15,29	5,97	8,02	3,77	6,32	9,52
1985	5,44	9,52	9,94	11,64	13,73	6,22	7,87	4,36	6,48	7,48
1986	4,60	8,08	7,70	10,30	11,46	5,49	7,37	3,63	4,97	5,98
1987	3,99	7,05	8,27	9,22	10,74	5,18	6,47	3,22	3,87	5,78
1988	4,28	6,73	7,94	9,92	11,06	4,34	6,03	2,58	3,96	6,67
1989 1. Vj.	6,22	8,07	9,03	12,40	11,99	6,00	6,39	5,23	4,21	8,54
2. Vj.	6,79	8,48	8,89	13,04	11,93	6,70	6,72	6,35	4,30	8,41
3. Vj.	7,14	8,72	9,21	13,35	12,81	6,83	7,16	6,69	4,79	7,84
					Langfristige Zinssätze[3])					
1970	8,32	7,80	8,81	9,22	7,72	8,22	7,82	5,72	7,19	6,58
1971	7,99	7,32	8,55	8,90	7,04	7,35	7,71	5,27	7,28	5,74
1972	7,88	7,04	8,10	8,91	6,58	6,88	7,37	4,96	6,70	5,64
1973	9,33	7,49	8,86	10,72	6,85	7,92	8,25	5,59	7,26	6,31
1974	10,38	8,77	10,91	14,77	9,11	9,83	9,74	7,13	9,26	6,98
1975	8,48	8,52	10,49	14,39	10,06	8,79	9,61	6,44	9,20	7,00
1976	7,80	9,09	10,45	14,43	12,62	8,95	8,75	4,98	8,72	6,78
1977	6,16	8,76	11,00	12,73	14,71	8,10	8,74	4,05	7,33	7,06
1978	5,73	8,45	10,66	12,47	13,18	7,74	8,21	3,33	6,09	7,89
1979	7,43	9,70	10,63	12,99	13,12	8,78	7,96	3,45	7,69	8,74
1980	8,50	12,20	13,98	13,79	15,30	10,21	9,24	4,76	9,22	10,81
1981	10,38	13,78	16,56	14,74	19,35	11,52	10,61	5,57	8,66	12,87
1982	8,95	13,45	16,62	12,88	20,21	9,93	9,92	4,85	8,06	12,23
1983	7,89	11,80	14,62	10,81	18,25	8,24	8,17	4,51	7,42	10,84
1984	7,78	11,96	13,34	10,69	15,57	8,10	8,02	4,58	6,81	11,99
1985	6,87	10,61	11,87	10,62	13,70	7,33	7,77	4,70	6,34	10,75
1986	5,92	7,93	9,12	9,85	11,47	6,36	7,33	4,24	4,94	8,14
1987	5,84	7,83	10,22	9,50	10,58	6,38	6,94	4,03	4,21	8,63
1988	6,11	7,85	9,22	9,36	10,54	6,29	6,67	4,02	4,27	8,98
1989 1. Vj.	6,77	8,35	9,15	9,25	11,02	6,88	6,75	4,75	4,55	9,19
2. Vj.	6,97	8,35	8,98	9,64	11,52	7,21	7,09	5,20	4,99	8,84
3. Vj.	6,90	8,48	8,93	9,51	11,69	7,10	7,15	5,29	5,00	8,25

[1]) Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte.
[2]) Überwiegend für Dreimonats-Schatzwechsel.
[3]) Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren.

Quelle: OECD

Tabelle 7*

Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1]

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1]	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1]	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	171,84	390,55	179,61	17,06	14,80	25,97	97,12	23,33	9,40	330,7
1961	188,33	407,76	196,66	17,94	16,18	27,98	106,15	25,62	11,03	341,1
1962	204,79	428,83	219,72	19,01	18,26	30,47	114,50	28,60	12,65	361,9
1963	216,79	464,60	248,19	20,26	21,36	33,84	124,02	31,06	14,77	381,7
1964	233,50	496,86	271,14	21,64	23,16	38,27	133,05	33,90	17,03	409,3
1965	257,62	540,91	289,24	23,03	24,76	42,77	145,84	36,48	19,24	440,7
1966	275,06	579,71	312,82	24,37	27,31	46,52	155,66	39,33	22,14	477,3
1967	282,63	611,51	338,68	25,61	30,25	50,51	167,36	42,25	25,41	503,6
1968	300,74	662,74	369,60	27,55	32,28	55,21	178,37	45,02	28,97	552,5
1969	330,90	718,47	419,61	29,22	35,41	63,18	189,70	48,79	33,30	597,9
1970	368,85	769,01	459,58	31,79	40,01	70,82	205,29	53,46	38,33	640,0
1971	409,44	847,72	511,13	35,63	43,69	78,94	230,00	59,89	43,23	691,6
1972	452,10	947,78	570,30	40,28	47,98	88,45	259,81	67,96	49,90	757,6
1973	495,36	1 083,90	645,01	45,87	58,52	99,83	291,78	76,14	60,31	837,2
1974	533,74	1 255,90	749,59	52,92	73,67	113,39	330,61	83,35	72,91	916,5
1975	585,33	1 421,15	862,26	65,08	86,01	128,95	368,26	86,27	84,76	1 012,8
1976	632,51	1 612,07	993,54	75,53	106,43	147,99	410,18	89,15	95,78	1 129,3
1977	683,16	1 769,38	1 117,09	86,35	129,26	164,31	456,86	92,90	107,08	1 257,2
1978	728,90	1 890,04	1 264,00	99,62	150,91	179,17	468,85	95,54	117,92	1 732,6
1979	785,02	2 057,27	1 442,02	118,04	185,12	192,43	511,72	101,00	130,08	1 915,1
1980	840,78	2 224,92	1 653,31	137,15	236,60	205,78	552,53	108,34	141,32	2 050,7
1981	887,85	2 392,11	1 907,22	152,71	284,03	213,23	596,50	116,02	149,39	2 234,5
1982	918,05	2 617,67	2 200,82	167,50	335,45	221,83	640,19	122,44	159,61	2 430,5
1983	964,16	2 753,01	2 435,55	183,41	387,83	229,86	694,84	127,76	167,81	2 629,0
1984	1 003,57	2 950,99	2 651,31	196,18	443,97	236,75	733,18	134,04	175,98	2 797,4
1985 [2]	1 038,34	3 189,05	2 869,03	213,76	499,59	247,72	775,04	141,02	184,76	2 629,0
1986 [2]	1 068,61	3 320,67	3 045,47	235,16	551,84	256,26	803,34	145,41	191,50	2 797,4
1987 [2]	1 112,68	3 445,90	3 220,20	256,76	604,35	262,96	830,07	150,56	199,39	3 010,8
1988 [2]	1 156,81	3 574,60	3 397,00	287,00	657,50	270,10	871,23	156,50	209,33	3 235,1
					in Preisen von 1980					
1960	370,62	1 053,81	696,95	87,47	83,98	79,86	252,09	56,55	37,04	870,5
1961	392,71	1 071,88	738,39	89,37	90,26	79,76	265,01	60,41	40,89	888,0
1962	414,25	1 115,42	790,54	91,32	96,70	89,17	273,84	64,27	43,98	925,9
1963	425,84	1 165,48	845,06	95,65	105,67	95,45	288,97	67,38	47,85	960,0
1964	448,22	1 196,78	892,65	98,57	109,17	101,08	298,89	70,55	53,00	1 013,9
1965	479,02	1 246,87	928,43	100,03	112,73	108,64	313,65	72,99	56,06	1 070,9
1966	493,66	1 281,72	973,31	101,76	120,81	112,10	327,24	75,18	61,68	1 125,0
1967	498,87	1 319,09	1 022,89	104,22	129,72	118,19	338,66	77,37	68,09	1 158,6
1968	522,51	1 390,89	1 063,58	107,12	136,43	125,98	352,24	80,37	73,90	1 217,7
1969	564,14	1 463,71	1 127,76	107,72	145,43	135,93	362,53	84,75	81,55	1 261,7
1970	606,81	1 528,28	1 175,84	110,69	156,49	145,98	377,62	89,31	87,59	1 292,3
1971	638,14	1 600,45	1 233,89	114,13	161,90	150,80	402,99	93,55	92,60	1 332,8
1972	666,60	1 699,20	1 294,74	121,10	167,22	156,08	427,49	98,65	101,24	1 404,8
1973	686,98	1 831,24	1 363,70	127,33	179,00	162,32	450,46	101,37	110,53	1 463,4
1974	691,49	1 880,89	1 380,18	125,47	185,63	168,33	463,93	100,87	110,23	1 449,9
1975	713,88	1 892,11	1 419,47	124,77	185,98	173,88	479,00	97,93	115,09	1 482,7
1976	740,35	1 985,93	1 488,64	125,18	195,34	183,10	500,77	98,97	119,11	1 562,4
1977	771,83	2 034,05	1 529,42	124,58	201,76	191,52	529,32	101,97	124,16	1 631,6
1978	801,45	2 084,52	1 585,88	131,62	208,06	199,81	520,69	104,23	130,89	1 698,5
1979	830,41	2 184,42	1 633,75	137,19	222,86	205,76	544,47	105,57	139,34	1 736,1
1980	840,78	2 224,92	1 653,31	137,15	236,60	205,78	552,53	108,34	141,32	1 732,6
1981	836,38	2 212,33	1 687,23	137,19	240,19	200,61	554,52	108,82	143,14	1 753,2
1982	825,23	2 247,02	1 745,53	138,37	242,84	198,26	561,74	108,82	149,04	1 776,2
1983	839,60	2 217,45	1 761,58	144,55	243,93	199,99	591,46	110,56	153,86	1 858,7
1984	852,29	2 243,48	1 780,45	147,09	249,57	201,99	589,92	112,27	158,07	1 948,2
1985 [2]	863,98	2 291,53	1 821,70	152,26	257,71	206,80	602,73	113,90	162,40	2 039,6
1986 [2]	893,39	2 373,73	1 883,71	160,47	269,44	213,20	612,56	117,08	167,37	2 118,9
1987 [2]	924,84	2 414,38	1 931,46	168,71	280,88	219,70	627,25	119,38	174,44	2 177,2
1988 [2]	949,92	2 474,70	1 985,50	179,50	291,50	223,60	648,77	122,10	183,17	2 250,5

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 231. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 8*

Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	40,45	71,96	42,77	4,24	2,97	5,61	21,12	3,31	1,28	100,6
1961	45,78	73,28	47,16	4,58	3,28	6,16	22,78	4,06	1,48	108,4
1962	52,83	80,84	53,20	4,90	3,80	6,90	24,68	4,72	1,75	118,2
1963	59,39	91,74	60,33	5,16	4,63	7,91	27,49	5,40	2,07	123,8
1964	62,10	98,90	66,16	5,48	5,23	9,41	30,18	5,94	2,35	130,0
1965	69,65	110,19	70,42	6,01	5,93	10,48	32,93	6,39	2,69	138,6
1966	75,45	121,18	75,42	6,54	6,32	11,68	36,68	6,81	3,05	158,6
1967	80,05	133,37	81,28	7,23	6,74	13,13	41,57	7,24	3,41	179,7
1968	82,73	144,02	92,16	7,68	7,35	14,22	45,25	7,80	3,93	197,7
1969	93,12	159,76	103,75	8,02	7,97	16,22	50,48	8,56	4,56	207,3
1970	106,47	175,30	116,64	9,04	8,69	18,66	55,22	9,51	5,46	218,2
1971	126,82	201,98	131,93	10,31	10,61	21,85	61,98	11,24	6,42	232,4
1972	141,13	232,44	146,80	11,76	12,05	24,43	70,10	12,71	7,54	250,0
1973	163,16	264,32	167,69	13,40	13,91	27,42	81,91	14,62	9,34	266,5
1974	190,21	314,32	200,23	16,72	16,77	32,45	97,43	16,42	12,24	299,1
1975	210,01	388,40	243,44	23,12	19,53	38,25	113,05	17,69	14,89	335,0
1976	221,73	441,00	287,76	27,05	23,39	43,47	127,79	18,69	16,42	356,9
1977	234,96	489,05	329,53	29,48	29,48	47,85	138,74	18,90	18,24	387,3
1978	252,86	543,96	383,68	33,42	35,79	52,61	154,14	19,51	19,75	425,2
1979	273,34	588,13	436,65	38,90	44,90	57,17	165,96	20,52	21,49	467,8
1980	297,79	643,59	509,27	49,04	57,01	60,26	178,70	21,69	23,57	530,3
1981	318,16	699,95	595,03	55,48	74,16	62,75	195,24	23,55	25,59	588,1
1982	326,19	740,30	701,30	60,47	87,39	65,12	214,30	25,56	26,80	641,7
1983	336,21	765,28	782,13	65,90	103,57	66,58	226,89	27,36	28,00	675,0
1984	350,23	799,64	854,30	69,91	118,03	66,39	237,76	28,50	29,45	735,9
1985 [2])	365,66	854,04	911,50	74,02	133,27	67,67	255,00	30,42	30,69	820,8
1986 [2])	382,72	883,47	965,33	79,72	145,30	68,54	270,95	31,85	32,42	872,2
1987 [2])	396,97	890,84	1 008 11	85,80	165,42	69,70	280,99	32,65	32,84	926,1
1988 [2])	411,46	901,50	1 053,50	91,80	185,00	70,10	284,89	35,00	33,84	968,9
					in Preisen von 1980					
1960	137,53	249,28	244,49	31,31	28,36	34,06	91,11	10,11	8,36	345,0
1961	145,93	253,79	256,22	32,42	29,60	35,03	92,76	11,84	8,85	365,0
1962	159,72	275,96	268,31	33,41	30,76	36,19	94,96	12,83	9,62	384,1
1963	169,43	307,41	277,38	34,02	32,07	37,90	98,74	13,94	10,42	393,0
1964	172,51	320,30	288,91	34,56	33,43	38,56	103,61	14,32	10,76	402,4
1965	180,96	338,77	298,20	35,47	34,75	39,15	104,37	14,97	11,17	416,2
1966	186,71	353,96	306,29	36,42	36,13	39,83	109,21	15,27	11,81	455,2
1967	193,53	374,55	319,32	38,47	37,71	40,78	113,57	15,51	12,28	492,4
1968	194,43	387,90	337,23	38,62	39,67	41,68	117,13	16,10	13,06	510,7
1969	203,02	411,64	351,13	37,91	40,78	43,55	119,79	16,89	13,83	505,3
1970	211,92	425,06	365,82	38,54	41,83	46,18	123,73	17,71	14,82	489,4
1971	222,76	450,10	380,23	39,68	43,99	48,20	127,79	18,73	15,59	484,1
1972	232,13	476,74	393,63	41,36	46,22	48,58	133,05	19,27	16,46	487,7
1973	243,65	502,18	406,92	43,14	47,47	48,97	137,01	19,74	17,36	483,1
1974	253,39	521,16	411,88	43,95	48,60	50,05	144,83	20,07	17,89	489,9
1975	262,81	545,57	429,93	46,40	49,77	52,10	150,59	20,20	19,10	496,5
1976	266,78	567,47	447,80	46,97	50,82	54,24	157,00	20,76	19,99	495,9
1977	270,43	582,74	458,46	46,19	52,36	56,08	162,67	20,85	20,87	503,5
1978	280,81	616,97	482,14	47,26	54,21	58,26	168,90	21,26	21,96	516,3
1979	290,32	633,60	496,70	48,28	55,83	59,92	174,38	21,49	22,92	520,6
1980	297,79	643,59	509,27	49,04	57,01	60,26	178,70	21,69	23,57	530,3
1981	303,29	648,67	525,25	49,19	58,57	61,46	182,21	22,23	24,70	538,2
1982	300,74	640,90	545,05	49,58	60,24	61,86	186,46	22,42	25,18	548,4
1983	301,44	642,60	556,46	50,58	61,99	62,63	190,70	23,27	25,92	554,7
1984	308,82	641,33	563,02	51,06	63,49	62,26	191,80	23,55	26,64	579,2
1985 [2])	315,31	655,71	575,93	51,07	65,65	63,09	196,18	24,32	27,10	624,9
1986 [2])	323,40	665,33	590,77	52,03	67,53	64,33	199,34	25,26	28,77	650,9
1987 [2])	328,11	667,49	604,75	52,57	69,99	64,92	200,79	25,70	28,57	668,2
1988 [2])	335,36	669,50	618,50	52,86	72,10	64,70	201,80	26,50	29,18	671,0

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 231. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 9*

Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	73,58	107,85	62,71	4,23	6,45	10,72	40,66	9,27	4,64	78,2
1961	83,46	121,73	72,25	4,75	7,38	11,65	47,35	11,51	6,17	77,1
1962	92,88	134,60	81,31	4,90	8,44	12,36	49,57	13,44	7,07	87,6
1963	97,71	141,90	94,36	5,14	9,81	13,03	53,91	15,39	7,93	93,1
1964	111,70	170,54	108,43	6,12	9,94	16,45	59,92	17,45	9,36	99,6
1965	119,90	185,32	118,74	6,63	9,28	18,11	67,40	17,47	9,78	116,2
1966	124,17	204,42	130,75	7,06	9,80	20,58	74,76	17,91	11,56	128,2
1967	114,18	218,64	142,00	7,71	11,20	22,67	76,03	18,33	14,29	125,7
1968	119,39	218,85	151,21	8,51	12,65	25,63	78,86	19,20	17,57	137,0
1969	138,90	241,14	173,15	8,83	14,46	26,54	83,95	21,00	21,44	153,2
1970	172,05	287,07	192,94	9,74	16,53	31,36	97,18	24,96	26,04	148,8
1971	196,11	305,57	218,27	10,89	17,48	34,64	116,90	30,13	27,64	172,5
1972	209,17	328,35	244,45	11,94	18,47	36,40	144,91	34,64	31,52	202,0
1973	219,26	374,21	285,19	14,73	24,06	40,66	154,97	38,21	40,94	238,8
1974	212,71	467,87	336,12	17,50	31,66	43,85	175,72	38,89	46,70	240,8
1975	209,41	511,93	354,31	21,04	34,57	46,32	174,92	33,66	48,14	219,6
1976	225,65	568,52	407,24	24,50	41,78	48,97	188,71	29,23	51,95	277,7
1977	242,43	603,17	439,35	27,04	50,32	57,89	212,77	30,24	55,98	344,1
1978	265,96	646,92	488,44	31,06	57,66	63,30	215,26	32,49	62,15	416,8
1979	303,42	661,47	555,07	36,93	70,77	66,49	230,90	34,59	70,17	454,8
1980	335,80	728,37	645,75	41,56	94,06	70,79	254,08	40,50	75,82	437,0
1981	335,24	644,11	700,53	41,30	110,68	67,58	266,30	44,56	78,94	515,5
1982	326,89	671,35	774,28	44,82	121,73	67,16	261,26	45,30	79,99	447,3
1983	343,82	669,98	809,60	48,62	134,59	69,46	267,67	47,50	79,22	502,3
1984	354,63	709,56	840,36	55,03	153,36	74,31	280,95	49,80	83,18	664,8
1985 [2])	360,80	743,25	905,30	60,28	168,23	80,25	301,99	54,20	87,83	643,1
1986 [2])	377,39	781,84	967,70	64,24	176,76	86,38	319,58	59,00	91,22	659,4
1987 [2])	389,97	847,53	1 033,10	73,11	195,46	87,52	334,14	64,37	99,20	699,9
1988 [2])	419,13	996,20	1 142,80	86,53	214,57	96,40	359,80	70,90	111,47	750,3
					in Preisen von 1980					
1960	189,87	333,55	237,90	24,18	46,73	36,55	100,02	21,69	12,48	223,5
1961	202,52	372,48	263,76	26,54	52,13	38,75	112,60	25,10	15,40	222,3
1962	210,54	395,77	286,15	26,72	57,22	40,07	115,68	27,66	17,57	247,6
1963	213,46	400,07	311,31	27,10	61,85	40,52	119,67	29,69	19,67	263,5
1964	237,78	455,34	343,91	31,58	58,25	48,28	131,14	32,11	22,76	279,6
1965	248,89	473,74	367,95	33,22	53,35	50,85	137,92	31,32	23,81	314,9
1966	251,92	506,48	394,64	34,06	55,66	54,93	150,14	31,06	27,16	335,1
1967	234,54	520,72	418,44	37,04	62,19	59,58	150,23	31,10	32,07	321,3
1968	242,97	512,93	441,57	39,36	68,90	66,23	154,54	32,06	38,63	336,2
1969	266,84	541,58	482,04	39,13	74,24	64,74	162,12	33,96	45,93	352,1
1970	291,91	589,42	504,32	40,12	76,50	69,62	178,03	37,00	53,67	327,3
1971	309,61	577,81	540,91	40,86	76,63	70,68	202,58	40,65	56,10	359,8
1972	317,88	594,43	573,49	40,77	77,63	69,06	227,17	42,66	61,71	399,3
1973	316,81	635,97	622,06	43,43	84,43	71,95	227,97	43,91	69,51	446,9
1974	286,43	683,00	630,05	42,38	86,15	69,07	237,01	42,04	62,91	413,0
1975	271,27	670,44	589,41	41,54	79,83	66,06	225,28	36,33	62,15	328,9
1976	280,99	695,81	608,65	42,23	79,87	64,62	233,88	32,51	63,80	389,1
1977	291,05	696,64	597,59	41,48	81,34	70,92	245,99	33,04	66,33	447,3
1978	304,69	714,92	610,10	42,73	81,86	72,71	236,74	35,06	72,00	495,0
1979	326,72	696,64	629,25	43,92	86,53	71,46	245,28	36,84	75,80	493,5
1980	335,80	728,37	645,75	41,56	94,06	70,79	254,08	40,50	75,82	437,0
1981	319,69	610,67	633,56	37,58	91,10	63,42	248,68	41,46	78,21	468,1
1982	302,88	598,81	624,87	39,62	86,37	60,84	231,04	40,37	78,84	383,8
1983	312,44	573,04	602,59	41,61	85,57	62,10	228,47	42,09	78,63	432,5
1984	314,90	585,50	586,93	45,19	89,38	65,45	233,88	43,84	82,49	564,9
1985 [2])	315,08	591,74	605,90	46,90	90,65	69,89	245,43	46,33	87,29	546,6
1986 [2])	325,40	613,95	626,20	47,68	92,07	75,63	254,35	50,28	92,39	548,8
1987 [2])	332,40	660,73	649,10	51,49	98,33	76,85	259,00	54,11	101,94	578,3
1988 [2])	352,15	751,20	696,80	59,61	103,16	83,50	271,58	57,90	115,58	614,2

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 231. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 10*

Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten[2])
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	57,49	185,30	43,58	5,41	3,22	21,18	39,51	10,96	1,71	29,9
1961	59,84	202,30	45,97	5,65	3,67	21,32	43,28	12,07	1,79	31,1
1962	62,66	218,70	47,32	5,80	4,08	22,62	47,71	13,22	2,07	33,1
1963	68,25	238,80	52,07	6,12	4,49	24,59	51,90	14,41	2,27	35,7
1964	75,86	278,00	57,95	6,48	5,18	28,04	56,21	15,94	2,80	40,5
1965	82,88	306,00	65,30	6,90	6,21	30,85	61,90	17,49	3,45	42,9
1966	93,54	327,50	71,01	7,44	6,92	32,69	67,26	19,21	4,03	46,6
1967	101,01	352,20	75,88	7,72	7,50	34,84	71,52	20,50	4,31	49,5
1968	113,89	401,60	82,65	9,37	8,57	39,08	78,80	23,17	5,35	54,8
1969	129,46	482,70	100,23	10,46	9,84	45,90	95,02	26,63	6,56	60,4
1970	143,00	561,90	125,43	11,91	11,04	54,30	116,75	29,71	7,93	68,9
1971	157,99	608,80	145,21	13,35	12,36	62,02	128,64	32,06	9,45	72,4
1972	172,57	683,00	165,14	14,02	14,11	69,40	146,44	35,77	9,78	81,4
1973	203,02	846,40	198,57	17,57	16,83	83,41	165,89	40,23	11,29	114,1
1974	262,48	1 116,40	269,64	23,44	24,64	107,78	204,21	45,91	18,26	151,5
1975	254,70	1 065,20	279,80	27,43	28,47	109,72	209,02	44,03	18,98	161,3
1976	289,70	1 265,90	332,95	35,74	38,56	128,47	236,29	47,70	22,58	177,7
1977	306,64	1 473,60	392,89	43,90	49,84	130,74	256,94	53,45	24,31	191,6
1978	321,25	1 540,00	445,46	48,03	59,39	133,34	280,76	53,23	22,73	227,5
1979	351,06	1 797,60	526,94	55,56	75,15	155,06	327,69	56,02	25,63	291,2
1980	391,85	2 026,40	604,42	63,60	84,95	176,81	366,24	62,58	32,89	351,0
1981	445,68	2 283,90	714,28	68,33	108,34	204,62	404,51	69,10	37,98	382,8
1982	479,03	2 637,30	790,35	73,60	125,13	212,60	431,24	69,55	39,39	361,9
1983	483,78	2 920,20	900,66	81,00	140,02	219,77	449,69	71,76	39,28	352,5
1984	540,18	3 332,10	1 053,33	92,94	165,20	248,56	497,64	80,55	45,07	383,5
1985 [2])	593,49	3 466,70	1 123,90	103,32	185,02	265,54	549,13	89,02	46,31	370,9
1986 [2])	580,72	3 366,40	1 074,61	99,02	181,96	232,65	522,97	89,12	38,09	396,5
1987 [2])	577,23	3 443,90	1 104,30	108,11	191,84	226,61	526,01	90,25	36,21	448,6
1988 [2])	620,68	3 807,80	1 216,40	108,50	212,50	245,10	583,05	96,99	...	547,7
					in Preisen von 1980					
1960	110,70	453,65	134,00	26,35	16,82	47,82	80,62	20,76	3,01	88,8
1961	114,91	494,10	140,85	27,17	19,30	48,94	85,16	22,43	3,16	90,9
1962	119,69	528,78	143,34	27,65	21,30	51,99	93,53	23,81	3,71	96,5
1963	129,18	567,88	153,46	28,11	22,68	55,10	100,21	25,05	3,97	103,5
1964	140,08	632,22	163,67	29,10	25,13	61,33	105,73	26,66	4,83	116,2
1965	149,26	679,99	182,52	30,20	30,15	65,97	113,26	28,66	5,97	119,1
1966	164,28	705,23	194,57	31,72	33,52	69,41	120,89	30,16	6,99	124,9
1967	177,05	753,77	208,75	31,94	35,92	74,01	127,91	31,19	7,46	129,6
1968	199,65	858,18	228,41	35,81	40,91	83,47	138,73	34,31	9,24	140,5
1969	218,06	983,77	264,34	39,31	45,72	95,94	163,15	38,88	11,16	148,9
1970	230,66	1 082,40	306,96	41,30	48,38	107,32	190,06	41,54	13,11	160,9
1971	245,13	1 151,10	335,34	44,11	51,77	118,75	202,24	43,16	15,23	161,7
1972	262,46	1 265,90	375,67	44,47	56,67	130,57	222,76	45,90	15,87	176,2
1973	290,33	1 447,80	416,08	49,53	58,90	146,37	234,88	49,51	16,80	218,7
1974	326,06	1 545,80	452,90	53,14	62,36	150,16	260,04	50,02	20,78	242,9
1975	303,93	1 407,60	445,25	51,64	63,51	145,45	253,80	46,74	20,95	234,4
1976	333,41	1 571,90	481,66	56,37	69,97	159,82	281,87	51,09	24,49	247,7
1977	346,35	1 771,60	517,14	60,19	78,10	156,99	294,76	56,05	27,36	254,2
1978	357,55	1 831,50	547,67	61,30	85,43	162,17	312,35	58,13	27,09	282,1
1979	372,86	1 961,40	588,52	63,60	92,89	174,18	346,18	59,56	27,99	322,0
1980	391,85	2 026,40	604,42	63,60	84,95	176,81	366,24	62,58	32,89	351,0
1981	422,18	2 088,60	626,64	62,95	90,42	179,54	380,04	65,49	37,56	354,4
1982	436,37	2 134,00	616,07	63,61	90,17	179,51	387,39	63,54	37,93	326,6
1983	432,71	2 201,60	638,80	65,10	92,55	185,82	400,31	64,15	40,57	314,2
1984	467,40	2 327,60	683,48	69,43	98,62	199,56	426,89	68,24	47,72	335,6
1985 [2])	500,10	2 355,10	696,50	73,43	102,24	210,10	456,18	73,93	49,97	331,4
1986 [2])	497,51	2 490,10	689,00	76,20	104,75	213,80	441,68	74,23	47,56	358,4
1987 [2])	499,61	2 647,40	709,40	80,46	108,12	223,10	448,91	75,45	47,51	407,0
1988 [2])	527,56	2 882,00	756,90	79,60	114,50	242,30	486,20	79,50	...	478,4

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 231. — [2]) Einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der übrigen Welt. — [3]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD und nationale Veröffentlichungen

noch Tabelle 10*

Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1])	Vereinigte Staaten [2])
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	49,85	191,40	37,36	5,77	3,35	20,39	40,76	11,06	1,64	24,0
1961	52,40	208,90	40,01	5,74	3,73	21,28	42,82	13,33	2,10	23,9
1962	58,08	220,70	43,87	5,84	4,30	22,45	45,09	14,89	2,03	26,2
1963	62,37	247,60	50,60	6,23	5,35	24,99	49,83	16,05	2,47	27,5
1964	69,38	282,90	58,75	7,05	5,19	29,39	56,19	17,80	2,85	29,6
1965	81,58	304,70	60,94	7,21	5,33	31,35	63,32	18,01	2,99	33,2
1966	85,29	336,80	69,51	7,48	6,19	33,80	71,09	19,16	3,43	39,1
1967	83,02	351,00	74,27	8,13	7,08	35,63	73,77	20,13	4,21	42,1
1968	94,57	400,40	82,92	9,70	7,54	39,12	79,58	21,98	4,76	49,3
1969	112,73	473,60	103,96	10,24	9,13	46,14	91,01	25,61	5,57	54,7
1970	129,27	532,80	121,24	11,44	10,98	56,41	113,07	31,25	6,99	60,5
1971	144,30	580,80	135,61	12,52	11,85	62,43	125,66	33,65	7,25	66,1
1972	156,03	632,70	154,88	14,05	13,52	65,15	143,71	36,82	7,65	78,2
1973	176,03	811,20	188,73	19,34	18,79	77,76	163,89	41,67	11,26	97,3
1974	219,56	1 109,20	282,71	27,59	29,71	102,31	206,29	48,65	19,26	135,2
1975	227,15	1 061,10	262,25	29,20	28,56	102,34	204,81	40,03	18,92	130,3
1976	265,07	1 260,90	345,44	37,25	40,59	119,93	247,34	43,01	21,25	158,9
1977	278,87	1 498,80	390,53	42,96	47,54	127,40	278,40	49,69	21,27	189,7
1978	290,05	1 570,40	416,41	45,86	53,72	133,23	280,43	49,53	19,17	223,4
1979	344,04	1 865,50	512,12	54,83	71,73	156,69	331,59	56,83	27,63	272,5
1980	401,08	2 124,70	638,79	58,08	95,42	178,62	385,66	68,59	35,04	318,9
1981	434,60	2 357,20	744,75	60,85	117,33	192,24	418,47	70,92	35,93	348,9
1982	440,74	2 693,80	859,54	68,38	131,02	196,83	412,44	68,66	37,34	335,6
1983	451,33	2 862,50	907,39	78,09	135,51	205,21	433,93	71,85	34,26	358,7
1984	499,37	3 275,50	1 024,97	93,28	167,24	227,75	495,71	81,16	36,87	442,4
1985 [2])	527,10	3 375,10	1 092,60	99,38	188,31	245,50	546,81	88,07	35,53	448,9
1986 [2])	479,52	3 187,50	1 021,80	101,74	168,26	214,65	509,80	86,38	24,79	493,8
1987 [2])	475,95	3 309,70	1 093,90	112,21	185,40	214,58	514,13	88,35	25,20	561,2
1988 [2])	511,23	3 675,80	1 209,30	125,00	222,30	229,30	576,40	96,82	...	621,3
					in Preisen von 1980					
1960	96,68	501,93	140,36	28,07	21,60	46,87	87,36	18,97	5,57	98,4
1961	104,15	534,13	150,10	27,89	24,57	49,87	89,77	22,75	7,04	99,2
1962	115,58	559,47	160,17	28,48	28,24	53,09	93,95	25,13	6,96	109,9
1963	121,26	603,73	182,73	29,10	34,60	58,30	102,93	26,34	8,32	112,0
1964	132,60	667,51	210,35	32,15	32,47	66,96	114,12	28,62	9,47	118,0
1965	151,53	712,59	215,09	32,33	33,12	71,06	126,16	28,64	9,99	129,4
1966	155,40	767,64	237,80	33,08	37,77	76,07	139,27	29,64	11,21	146,1
1967	153,45	795,07	257,50	35,35	42,86	80,89	142,42	30,85	13,76	154,2
1968	174,02	901,64	290,71	38,00	45,38	91,43	152,70	33,41	15,43	178,0
1969	202,71	1 033,77	347,47	39,28	54,14	104,35	166,48	37,73	17,54	192,0
1970	232,88	1 106,90	369,24	41,13	62,81	119,67	194,71	42,96	21,56	200,1
1971	257,34	1 165,40	392,60	43,32	64,63	126,99	206,95	45,64	22,78	210,3
1972	272,67	1 263,30	444,58	47,39	70,54	133,07	232,09	48,96	25,12	234,9
1973	284,52	1 507,90	507,92	52,90	77,12	147,71	254,26	52,15	31,23	263,0
1974	288,57	1 621,10	517,68	53,38	78,20	146,46	271,81	51,64	32,66	257,8
1975	289,56	1 462,00	467,53	49,66	68,41	140,51	259,18	43,71	29,41	231,3
1976	321,59	1 622,90	549,03	52,13	77,59	154,73	304,32	49,41	31,18	274,1
1977	331,07	1 872,20	549,65	52,93	79,06	159,20	328,74	53,99	32,41	304,6
1978	351,90	1 941,20	566,03	54,96	82,96	169,21	324,38	59,89	34,25	326,0
1979	386,37	2 118,30	623,29	60,23	92,52	179,41	362,53	63,98	38,35	339,3
1980	401,08	2 124,70	638,79	58,08	95,42	178,62	385,66	68,59	35,04	318,9
1981	389,45	2 075,20	625,54	56,37	91,70	168,16	379,77	67,72	35,64	329,8
1982	383,79	2 098,20	641,70	59,28	91,04	169,97	367,14	65,95	35,80	322,4
1983	390,77	2 082,10	624,55	63,04	89,46	176,58	388,03	68,88	34,81	353,6
1984	412,92	2 206,40	641,28	69,23	99,60	185,38	426,46	73,75	38,61	437,8
1985 [2])	427,09	2 224,80	670,40	70,96	104,28	197,54	456,02	77,51	38,46	452,8
1986 [2])	440,41	2 394,60	717,30	75,58	109,49	205,29	456,97	83,00	40,22	506,1
1987 [2])	458,48	2 596,60	772,40	81,18	121,11	216,81	477,17	87,50	42,72	544,2
1988 [2])	485,48	2 823,50	835,30	91,00	129,80	233,80	525,11	92,30	...	581,1

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 231. — [2]) Einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt. — [3]) Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 11 *

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern
Mrd US-Dollar

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Salden der Handelsbilanz [1]									
1965	+1,30	+0,33	+0,68	−0,73	+0,65	−0,60	−0,47	−0,47	+1,90	+4,95
1966	+2,96	+0,04	+0,06	−0,30	+0,33	−0,71	−0,59	−0,37	+2,28	+3,82
1967	+5,27	+0,23	+0,33	−1,64	−0,02	−0,58	−0,47	−0,32	+1,16	+3,80
1968	+5,69	+0,33	+0,09	−1,70	+1,05	−0,34	−0,45	−0,16	+2,53	+0,64
1969	+5,18	+0,53	−0,83	−0,50	+0,54	−0,42	−0,34	−0,25	+3,70	+0,61
1970	+5,71	+0,55	+0,33	−0,03	−0,38	−0,91	−0,68	−0,86	+3,96	+2,60
1971	+6,73	+0,38	+1,10	+0,51	+0,12	−0,62	−0,93	−1,01	+7,79	−2,26
1972	+8,49	+0,89	+1,27	−1,85	+0,05	+0,44	−1,13	−1,09	+8,97	−6,42
1973	+15,43	+0,98	+0,50	−6,29	−3,98	+1,00	−1,55	−1,47	+3,69	+0,91
1974	+22,54	+0,30	−4,40	−12,24	−8,49	+0,59	−1,30	−1,79	+1,44	−5,51
1975	+17,69	−0,42	+1,45	−7,21	−1,17	+0,90	−1,95	+0,32	+5,03	+8,91
1976	+16,45	−0,76	−4,67	−7,11	−4,24	+1,34	−2,56	+0,57	+9,89	−9,48
1977	+19,59	−2,36	−2,84	−4,05	−0,14	−0,24	−3,81	+0,19	+17,31	−31,09
1978	+24,85	−2,47	+0,75	−3,06	+2,90	−1,47	−3,28	+0,65	+24,60	−33,97
1979	+17,06	−4,13	−2,10	−7,20	−0,95	−1,41	−4,26	−1,68	+1,85	−27,54
1980	+10,15	−5,00	−13,03	+3,15	−16,92	−1,41	−5,99	−4,96	+2,13	−25,48
1981	+17,44	−4,06	−10,13	+6,73	−11,67	+3,81	−4,16	−2,48	+19,97	−27,98
1982	+26,10	−2,89	−15,54	+3,87	−8,84	+4,59	−3,09	−1,31	+18,08	−36,44
1983	+22,34	−1,22	−8,21	−1,63	−2,44	+4,16	−3,36	−2,26	+31,45	−67,08
1984	+23,10	−0,83	−4,11	−6,09	−5,84	+5,62	−3,24	−2,30	+44,26	−112,52
1985	+28,76	−0,18	−5,36	−3,01	−6,25	+5,46	−2,64	−1,97	+55,99	−122,15
1986	+56,14	+1,15	−1,92	−12,75	+4,22	+7,31	−3,28	−1,99	+92,83	−144,55
1987	+70,18	+1,00	−9,40	−16,64	−0,10	+5,10	−4,23	−3,11	+96,38	−159,50
1988	+78,93	+1,40	−8,70	−36,90	−0,60	+8,20	−4,63	−3,41	+95,01	−127,20
	Salden der Leistungsbilanz									
1965	−1,56	+0,40	+0,35	−0,08	+2,21	+0,05	−0,04	−0,07	+0,93	+5,43
1966	+0,12	+0,06	−0,26	+0,36	+2,12	−0,21	−0,19	+0,12	+1,25	+3,03
1967	+2,51	+0,30	+0,21	−0,74	+1,60	−0,08	−0,12	+0,24	−0,19	+2,58
1968	+2,97	+0,40	−0,86	−0,58	+2,63	+0,07	−0,10	+0,54	+1,05	+0,61
1969	+1,91	+0,43	−1,48	+1,21	+2,34	+0,06	+0,09	+0,53	+2,12	+0,40
1970	+0,87	+0,69	+0,07	+1,96	+0,77	−0,59	−0,08	+0,07	+1,97	+2,33
1971	+0,96	+0,67	+0,53	+2,72	+1,58	−0,24	−0,09	+0,08	+5,80	−1,43
1972	+1,20	+1,31	+0,28	+0,49	+2,00	+1,19	−0,16	+0,22	+6,62	−5,80
1973	+5,02	+1,33	+1,48	−2,45	−2,53	+2,42	−0,29	+0,28	−0,14	+7,15
1974	+10,55	+0,76	−3,91	−7,48	−8,02	+3,04	−0,20	+0,19	−4,69	+1,96
1975	+4,33	+0,16	+2,67	−3,33	−0,58	+2,36	−0,23	+2,57	−0,68	+18,13
1976	+3,70	+0,39	−3,42	−1,69	−2,81	+3,42	−1,10	+3,37	+3,68	+4,21
1977	+4,01	−0,55	−0,43	−0,26	+2,47	+1,22	−2,18	+3,48	+10,92	−14,51
1978	+8,91	−0,84	+7,00	+1,85	+6,20	−1,24	−0,68	+4,41	+16,53	−15,44
1979	−5,41	−3,05	+5,19	−1,05	+5,48	+0,23	−1,12	+2,41	−8,75	−1,00
1980	−13,83	−4,94	−4,17	+7,26	−9,96	−1,01	−1,66	−0,55	−10,75	+1,87
1981	−3,55	−4,19	−4,74	+13,94	−9,07	+3,56	−1,34	+2,80	+4,77	+6,89
1982	+5,11	−2,41	−12,06	+8,18	−6,23	+4,40	+0,71	+4,06	+6,85	−8,69
1983	+5,30	−0,43	−4,69	+5,90	+1,53	+4,85	+0,22	+3,85	+20,80	−46,25
1984	+9,81	−0,03	−0,84	+2,76	−2,45	+5,12	−0,19	+4,37	+35,00	−107,08
1985	+16,42	+0,69	−0,35	+4,31	−3,73	+5,12	−0,12	+5,04	+49,17	−115,10
1986	+39,20	+3,11	+2,96	+0,22	+2,55	+4,54	+0,25	+6,87	+85,85	−138,83
1987	+45,16	+2,89	−4,70	−4,75	−1,50	+2,70	−0,21	+7,25	+87,01	−143,70
1988	+48,51	+2,80	−3,60	−25,90	−5,60	+5,30	−0,52	+6,40	+79,63	−126,60

[1]) Ausfuhr: fob; Einfuhr: fob.

Quelle: OECD

Tabelle 12*

Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)

Währungseinheiten für 1 ECU[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
1960	4,436	52,810	5,215	0,3772	660,13	4,014	27,461	4,619	380,23	1,056
1961	4,307	53,367	5,270	0,3812	667,08	3,899	27,751	4,667	384,24	1,067
1962	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1963	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1964	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1965	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1966	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1967	4,259	53,240	5,257	0,3877	665,51	3,855	27,685	4,656	383,33	1,065
1968	4,116	51,444	5,080	0,4287	643,05	3,725	26,751	4,499	370,40	1,029
1969	4,026	51,109	5,290	0,4259	638,87	3,700	26,577	4,470	367,99	1,022
1970	3,741	51,112	5,678	0,4259	638,89	3,700	26,578	4,470	368,00	1,022
1971	3,646	50,866	5,772	0,4286	647,41	3,658	26,152	4,332	363,83	1,048
1972	3,577	49,361	5,657	0,4489	654,26	3,600	25,930	4,284	339,72	1,122
1973	3,276	47,801	5,468	0,5023	716,46	3,429	24,117	3,900	333,17	1,232
1974	3,084	46,399	5,734	0,5098	775,74	3,202	22,295	3,553	347,47	1,193
1975	3,049	45,569	5,319	0,5600	809,55	3,135	21,610	3,203	367,68	1,241
1976	2,815	43,166	5,345	0,6216	930,15	2,955	20,058	2,795	331,21	1,118
1977	2,648	40,883	5,606	0,6537	1 006,79	2,800	18,859	2,743	305,81	1,141
1978	2,556	40,061	5,740	0,6639	1 080,22	2,754	18,502	2,278	267,08	1,274
1979	2,511	40,163	5,829	0,6464	1 138,44	2,749	18,323	2,279	300,47	1,371
1980	2,524	40,598	5,869	0,5985	1 189,21	2,760	17,979	2,328	315,04	1,392
1981	2,514	41,295	6,040	0,5531	1 263,18	2,775	17,715	2,187	245,38	1,116
1982	2,376	44,712	6,431	0,5605	1 323,78	2,614	16,699	1,986	243,55	0,980
1983	2,271	45,438	6,771	0,5870	1 349,92	2,537	15,969	1,868	211,35	0,890
1984	2,238	45,442	6,872	0,5906	1 381,38	2,523	15,735	1,848	187,09	0,789
1985	2,226	44,914	6,795	0,5890	1 447,99	2,511	15,643	1,856	180,56	0,763
1986	2,128	43,798	6,800	0,6715	1 461,88	2,401	14,964	1,761	165,00	0,984
1987	2,072	43,041	6,929	0,7046	1 494,91	2,334	14,545	1,718	166,60	1,154
1988	2,074	43,429	7,036	0,6644	1 537,33	2,335	14,586	1,728	151,46	1,182

[1]) Zur Methode der Berechnung der Europäischen Währungseinheit siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".

Tabelle 13 *

Amtliche Devisenkurse an
Kassa-Mittel
Telegrafische

Zeitraum	Amsterdam	Brüssel	Dublin[2])	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid[3])	Mailand/ Rom[4])
	100 hfl	100 bfrs	1 Ir£	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Ptas	1000 Lit
1960	110,587	8,365	.	60,512	14,589	11,709	.	6,719
1961	110,658	8,069	.	58,266	14,053	11,271	.	6,478
1962	110,974	8,035	.	57,938	13,998	11,225	.	6,441
1963	110,712	7,995	.	57,750	13,915	11,162	6,654	6,414
1964	110,220	7,991	.	57,481	13,836	11,098	6,640	6,367
1965	110,954	8,048	.	57,772	13,928	11,167	6,669	6,394
1966	110,490	8,025	.	57,885	13,930	11,167	6,672	6,404
1967	110,651	8,025	.	57,135	13,871	10,961	6,552	6,389
1968	110,308	7,997	.	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406
1969	108,302	7,829	.	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257
1970	100,852	7,345	.	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816
1971	99,678	7,170	.	47,024	12,439	8,505	5,032	5,630
1972	99,367	7,247	.	45,923	11,845	7,974	4,965	5,467
1973	95,397	6,835	.	44,046	10,929	6,514	4,567	4,569
1974	96,365	6,649	.	42,535	10,267	6,055	4,495	3,985
1975	97,301	6,692	.	42,850	9,682	5,449	4,288	3,769
1976	95,271	6,524	.	41,657	8,386	4,553	3,771	3,042
1977	94,610	6,480	.	38,696	6,112	4,051	3,085	2,632
1978	92,832	6,382	.	36,438	4,602	3,853	2,624	2,368
1979	91,373	6,253	3,760	34,872	3,759	3,888	2,732	2,207
1980	91,459	6,217	3,735	32,245	3,635	4,227	2,536	2,124
1981	90,611	6,090	3,638	31,735	3,677	4,556	2,450	1,992
1982	90,904	5,323	3,446	29,138	3,072	4,242	2,215	1,796
1983	89,503	4,998	3,178	27,926	2,325	3,871	1,783	1,683
1984	88,700	4,926	3,083	27,479	1,942	3,791	1,769	1,620
1985	88,664	4,957	3,113	27,766	1,717	3,785	1,728	1,5394
1986	88,639	4,859	2,906	26,815	1,451	3,184	1,549	1,4557
1987	88,744	4,813	2,671	26,275	1,275	2,941	1,457	1,3862
1988	88,850	4,777	2,675	26,089	1,219	3,124	1,508	1,3495
1985 1. Vj.	88,435	4,983	3,115	27,972	1,822	3,630	1,809	1,611
2. Vj.	88,576	4,967	3,131	27,840	1,765	3,878	1,773	1,568
3. Vj.	88,878	4,951	3,118	27,672	1,686	3,917	1,706	1,5054
4. Vj.	88,758	4,927	3,089	27,584	1,595	3,711	1,625	1,4757
1986 1. Vj.	88,613	4,888	3,031	27,155	1,534	3,379	1,592	1,4684
2. Vj.	88,778	4,900	3,038	27,043	1,499	3,386	1,572	1,4585
3. Vj.	88,677	4,838	2,840	26,584	1,419	3,107	1,542	1,4524
4. Vj.	88,490	4,812	2,723	26,500	1,354	2,869	1,491	1,4440
1987 1. Vj.	88,589	4,825	2,669	26,475	1,298	2,835	1,426	1,4077
2. Vj.	88,711	4,824	2,676	26,554	1,287	2,966	1,431	1,3894
3. Vj.	88,806	4,818	2,676	26,132	1,275	2,973	1,476	1,3820
4. Vj.	88,866	4,787	2,664	25,960	1,239	2,988	1,493	1,3655
1988 1. Vj.	89,033	4,782	2,664	26,108	1,221	3,010	1,483	1,3565
2. Vj.	89,107	4,782	2,676	26,155	1,224	3,143	1,511	1,3463
3. Vj.	88,628	4,773	2,685	26,167	1,223	3,164	1,511	1,3474
4. Vj.	88,657	4,771	2,675	25,925	1,207	3,177	1,526	1,3478
1989 1. Vj.	88,599	4,773	2,671	25,728	1,216	3,233	1,601	1,3637
2. Vj.	88,710	4,777	2,671	25,693	1,207	3,142	1,591	1,3726
3. Vj.	88,689	4,778	2,669	25,735	1,195	3,071	1,596	1,3879

[1]) Jahresdurchschnitte aus den täglichen Notierungen, Vierteljahre aus den Monatsdurchschnitten errechnet. Weitere Erläuterungen siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".
[2]) Erstmalige Notierung am 13. März 1979.
[3]) Erstmalige Notierung am 18. Februar 1963.

Tabelle 13*

der Frankfurter Börse
kurse in DM[1])
Auszahlung

Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokyo[5])	Wien	Zürich	Zeitraum
1 kan$	1 US-$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr	
4,3026	4,1704	58,471	85,047	80,709	.	16,067	96,564	1960
3,9752	4,0221	56,318	82,001	77,848	.	15,511	93,133	1961
3,7412	3,9978	56,015	81,590	77,557	.	15,487	92,461	1962
3,6959	3,9864	55,765	81,350	76,837	.	15,437	92,249	1963
3,6852	3,9748	55,540	81,113	77,171	.	15,390	92,035	1964
3,7054	3,9943	55,868	81,503	77,442	.	15,468	92,309	1965
3,7115	3,9982	55,921	81,377	77,402	.	15,477	92,421	1966
3,6961	3,9866	55,757	81,040	77,237	.	15,431	92,111	1967
3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	.	15,447	92,507	1968
3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	1,0305	15,174	91,002	1969
3,4966	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601	1970
3,4459	3,4795	49,588	63,163	68,192	0,9996	13,940	84,578	1971
3,2200	3,1889	48,417	63,238	67,055	1,0534	13,800	83,537	1972
2,6599	2,6590	46,263	59,736	60,959	0,9795	13,645	84,005	1973
2,6486	2,5897	46,859	53,886	58,351	0,8888	13,859	87,010	1974
2,4218	2,4631	47,104	57,411	59,282	0,8301	14,129	95,252	1975
2,5541	2,5173	46,144	52,768	57,803	0,8500	14,039	100,747	1976
2,1860	2,3217	43,634	47,256	51,997	0,8671	14,051	96,843	1977
1,7649	2,0084	38,336	44,582	44,456	0,9626	13,837	112,924	1978
1,5651	1,8330	36,206	43,079	42,766	0,8424	13,712	110,229	1979
1,5542	1,8158	36,784	43,013	42,943	0,8064	14,049	108,478	1980
1,8860	2,2610	39,377	41,640	44,747	1,0255	14,191	115,252	1981
1,9694	2,4287	37,713	36,995	38,894	0,9766	14,227	119,721	1982
2,0738	2,5552	34,991	33,559	33,294	1,0764	14,215	121,614	1983
2,1979	2,8456	34,893	32,570	34,386	1,1974	14,222	121,181	1984
2,1577	2,9424	34,210	32,764	34,160	1,2338	14,230	120,016	1985
1,5619	2,1708	29,379	31,311	30,449	1,2915	14,223	120,918	1986
1,3565	1,7982	26,687	29,900	28,341	1,2436	14,217	120,588	1987
1,4307	1,7584	26,942	29,482	28,650	1,3707	14,222	120,060	1988
2,4076	3,2563	34,775	32,705	35,123	1,2644	14,235	118,258	1985 1. Vj.
2,2549	3,0867	34,723	32,786	34,534	1,2316	14,227	119,127	2. Vj.
2,0954	2,8490	34,158	32,797	33,926	1,1947	14,231	121,379	3. Vj.
1,8742	2,5839	33,190	32,765	33,066	1,2474	14,227	121,106	4. Vj.
1,6708	2,3472	32,043	32,563	31,670	1,2511	14,232	118,773	1986 1. Vj.
1,6238	2,2464	30,411	31,441	31,211	1,3228	14,233	120,404	2. Vj.
1,5060	2,0856	28,234	30,763	29,929	1,3386	14,217	123,667	3. Vj.
1,4500	2,0076	26,876	30,528	29,018	1,2514	14,210	120,576	4. Vj.
1,3743	1,8395	26,148	30,023	28,262	1,2010	14,217	118,981	1987 1. Vj.
1,3549	1,8052	26,905	29,965	28,651	1,2660	14,226	121,166	2. Vj.
1,3913	1,8393	27,324	29,980	28,588	1,2513	14,219	120,584	3. Vj.
1,3016	1,7055	26,339	29,623	27,856	1,2575	14,208	121,679	4. Vj.
1,3219	1,6758	26,334	29,565	27,987	1,3095	14,227	121,927	1988 1. Vj.
1,3895	1,7075	27,284	29,545	28,639	1,3579	14,223	120,377	2. Vj.
1,5309	1,8661	27,299	29,538	29,071	1,3953	14,220	119,345	3. Vj.
1,4727	1,7756	26,852	29,286	28,878	1,4177	14,219	118,687	4. Vj.
1,5525	1,8493	27,494	29,403	29,278	1,4411	14,219	117,117	1989 1. Vj.
1,6207	1,9339	27,599	29,539	29,549	1,4013	14,210	114,031	2. Vj.
1,6276	1,9242	27,340	29,566	29,435	1,3521	14,207	115,936	3. Vj.

[4]) Gemäß Beschluß des Börsenvorstands der Frankfurter Wertpapierbörse wird ab Mai 1985 der Kurs der italienischen Lira mit vier Stellen hinter dem Komma festgestellt.
[5]) Erstmalige Notierung am 1. Dezember 1969.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 14 *

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Verbraucherpreise					
1960	37,1	26,0	17,0	13,2	9,8	26,4	30,1	36,0	21,1	27,5
1961	39,9	26,2	17,4	13,6	10,0	26,9	31,2	36,6	22,3	27,8
1962	41,1	26,6	18,3	14,2	10,5	27,5	32,6	38,2	23,8	28,1
1963	42,4	27,2	19,2	14,5	11,2	28,4	33,5	39,5	25,6	28,5
1964	43,4	28,3	19,8	15,0	11,9	30,0	34,8	40,7	26,6	28,8
1965	44,8	29,5	20,4	15,7	12,4	31,8	36,5	42,1	28,3	29,3
1966	46,3	30,7	20,9	16,3	12,7	33,6	37,3	44,1	29,7	30,2
1967	47,1	31,6	21,5	16,7	12,8	34,8	38,8	45,9	31,0	31,0
1968	47,8	32,4	22,5	17,5	13,0	36,1	39,8	47,0	32,6	32,3
1969	48,7	33,7	23,8	18,4	13,4	38,7	41,1	48,2	34,3	34,1
1970	50,5	35,0	25,3	19,6	14,0	40,2	42,9	49,9	36,9	36,1
1971	53,0	36,5	26,6	21,4	14,7	43,2	44,9	53,2	39,3	37,6
1972	56,0	38,5	28,3	23,0	15,6	46,6	47,7	56,7	41,2	38,9
1973	59,9	41,2	30,4	25,1	17,2	50,3	51,3	61,7	46,0	41,3
1974	64,0	46,4	34,5	29,1	20,5	55,1	56,2	67,7	56,7	45,8
1975	67,9	52,3	38,6	36,1	24,0	60,9	60,9	72,3	63,3	50,0
1976	70,8	57,1	42,3	42,1	28,0	66,3	65,4	73,5	69,3	52,9
1977	73,4	61,1	46,3	48,8	33,2	70,6	69,0	74,4	74,9	56,3
1978	75,4	63,9	50,5	52,8	37,2	73,4	71,5	75,2	78,1	60,6
1979	78,5	66,7	55,9	59,9	42,7	76,5	74,1	77,9	81,0	67,5
1980	82,8	71,2	63,3	70,7	51,8	81,5	78,8	81,1	87,2	76,6
1981	88,0	76,6	71,8	79,1	61,9	87,0	84,2	86,3	91,6	84,5
1982	92,6	83,3	80,3	85,9	72,1	92,1	88,8	91,2	94,1	89,7
1983	95,7	89,7	88,0	89,8	82,7	94,7	91,7	93,9	95,8	92,6
1984	98,0	95,4	94,6	94,3	91,6	97,8	96,9	96,7	98,0	96,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	101,3	102,5	103,4	105,9	100,1	101,7	100,8	100,6	101,9
1987	100,1	102,9	105,9	107,8	110,9	99,4	103,1	102,2	100,7	105,7
1988	101,4	104,1	108,8	113,0	116,5	100,1	105,1	104,1	101,4	109,9
1989 1. Hj.	103,8	106,4	111,7	119,8	122,2	100,6	106,9	106,5	102,9	114,0
					Erzeuger- bzw. Großhandelspreise [1])					
1960	43,8	37,5	21,5	14,9	10,7	37,7	38,4	51,8	42,8	30,7
1961	44,3	37,5	22,2	15,3	10,8	37,7	39,2	51,8	43,2	30,6
1962	44,7	37,8	22,3	15,7	11,1	37,7	41,3	53,6	42,5	30,7
1963	45,0	38,7	22,9	15,8	11,6	38,6	40,6	55,7	43,3	30,6
1964	45,5	40,5	23,7	16,3	12,0	40,9	42,8	56,4	43,3	30,7
1965	46,6	41,0	23,9	16,9	12,2	42,3	43,9	56,8	43,7	31,3
1966	47,4	41,9	24,6	17,4	12,5	44,6	44,7	57,8	44,7	32,3
1967	46,9	41,5	24,3	17,6	12,3	44,6	45,8	58,0	45,5	32,4
1968	46,6	41,5	23,9	18,3	12,3	45,6	46,2	58,0	45,9	33,2
1969	47,5	43,6	26,5	19,0	12,8	44,6	47,4	59,7	46,9	34,5
1970	49,8	45,7	28,5	20,2	13,7	46,5	49,6	62,2	48,6	35,7
1971	51,9	45,4	29,1	22,1	14,3	59,3	52,2	63,6	48,2	36,9
1972	53,3	47,3	30,4	23,2	14,8	62,3	54,2	65,8	48,6	38,6
1973	56,8	53,1	34,9	24,9	17,4	66,6	54,9	72,9	56,3	43,6
1974	64,4	62,0	45,1	30,8	24,4	73,0	63,2	84,7	74,0	51,8
1975	67,4	62,8	42,5	37,9	26,5	63,9	67,2	82,7	76,2	56,6
1976	69,9	67,2	45,6	44,0	32,6	68,9	71,2	82,2	80,1	59,3
1977	71,9	68,8	48,2	52,0	38,3	73,0	73,3	82,4	81,6	62,9
1978	72,7	67,5	50,3	57,1	41,5	73,9	74,0	79,6	79,5	67,8
1979	76,2	71,8	57,0	63,3	47,9	75,9	77,1	82,6	85,3	76,3
1980	81,9	65,6	62,0	72,2	57,5	82,1	83,8	86,9	100,5	87,1
1981	88,3	74,8	68,8	79,1	67,6	88,1	90,5	91,9	101,9	95,0
1982	93,5	84,9	76,4	85,2	76,9	93,1	93,4	94,3	103,7	96,9
1983	94,9	90,6	84,9	89,8	84,4	94,3	94,0	94,7	101,4	98,1
1984	97,6	97,5	96,1	95,0	93,2	98,4	97,5	97,8	101,1	100,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	97,5	88,5	97,2	104,3	99,1	97,2	94,7	96,1	90,9	97,1
1987	95,1	84,1	97,7	108,3	101,7	96,3	92,9	94,1	87,5	99,6
1988	96,3	85,5	102,9	113,2	106,5	96,9	92,6	96,2	86,6	103,6
1989 1. Hj.	98,8	...	...	117,5	...	...	94,1	100,1	88,0	108,4

[1]) Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich. Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Japan, Vereinigte Staaten.

noch Tabelle 14 *

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Durchschnittswerte der Ausfuhr[2]									
1970	50,1	37	25,1	18,0	12,4	39	56,8	62	59,4	34,0
1971	52,1	36	26,5	19,1	13,1	40	58,7	64	60,6	35,1
1972	53,6	36	26,8	20,2	13,4	40	59,6	67	59,8	36,3
1973	56,3	40	29,5	22,8	15,9	43	63,0	69	63,5	42,2
1974	65,6	50	37,2	29,0	22,6	55	73,4	78	85,2	53,9
1975	71,0	52	39,2	35,6	25,1	57	76,2	80	87,2	60,3
1976	69,4	54	42,8	42,6	30,6	61	76,2	80	86,7	62,3
1977	71,1	55	47,0	50,4	36,5	63	78,5	81	86,9	64,5
1978	71,8	55	49,4	55,2	39,1	61	78,5	78	82,1	69,0
1979	75,6	62	54,2	61,2	45,8	67	81,8	81	89,6	78,5
1980	82,8	69	60,1	69,9	55,3	76	85,9	89	99,8	89,1
1981	88,0	75	67,9	76,1	68,1	88	91,1	92	102,8	97,3
1982	91,8	86	77,5	81,5	78,6	92	95,2	95	108,2	98,4
1983	93,0	91	85,4	88,1	84,4	91	94,9	97	100,9	99,4
1984	96,3	98	95,5	94,9	92,5	98	98,3	102	100,8	100,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	96,7	90	94,7	91,9	95,3	85	97,7	98	84,6	101,0
1987	94,2	85	94,1	95,6	96,4	77	95,3	102	79,5	102,7
1988	95,0	...	...	97,3	...	78	...	...	77,5	109,9
	Durchschnittswerte der Einfuhr[2]									
1970	41,7	32	23,6	17,7	9,1	37	51,0	66	37,3	26,0
1971	42,3	32	24,4	18,6	9,6	38	53,3	67	38,0	27,4
1972	42,5	32	24,7	19,4	9,9	38	53,5	68	34,9	29,3
1973	45,6	34	26,5	24,7	12,8	41	55,5	73	38,5	34,8
1974	58,6	45	38,9	35,7	22,0	55	66,1	87	67,4	51,6
1975	60,3	47	38,2	40,6	23,2	57	68,6	83	72,8	56,2
1976	61,7	50	42,2	49,6	29,3	61	70,1	79	74,6	58,0
1977	63,8	51	47,1	57,3	34,0	63	72,7	84	72,3	62,7
1978	62,0	52	47,6	58,9	35,7	61	72,6	75	59,3	67,7
1979	69,0	57	52,4	62,8	42,5	69	76,6	79	77,2	80,7
1980	80,7	66	62,1	69,3	54,8	79	84,8	96	107,3	101,3
1981	91,8	75	73,6	74,8	70,9	91	93,6	93	107,8	106,8
1982	92,4	86	82,4	80,3	79,8	93	93,9	92	112,5	105,1
1983	92,1	92	88,7	87,4	83,6	94	92,8	93	102,1	100,8
1984	97,5	100	98,0	95,5	93,1	99	96,3	97	99,5	102,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	84,0	83	84,7	95,8	82,3	83	91,8	90	60,3	96,6
1987	78,9	78	83,6	98,1	81,2	78	87,8	87	55,7	103,6
1988	79,7	...	...	98,4	...	78	...	...	52,7	108,6
	Bruttostundenverdienste in der Industrie[3]									
1970	38,4	22,8	13,5	14,6	8,0	33	28,4	37,9	24,0	35,2
1971	42,6	25,6	15,2	16,2	9,0	37	32,3	41,5	27,6	37,5
1972	46,4	29,2	17,0	18,3	9,8	41	36,0	45,1	31,9	40,1
1973	51,2	34,0	19,2	20,8	12,0	47	40,7	49,2	37,9	42,9
1974	56,5	41,1	22,9	24,5	14,5	55	47,1	54,2	47,4	46,3
1975	61,0	49,4	27,6	31,0	18,5	62	53,4	58,2	55,9	50,6
1976	64,8	54,9	32,1	35,8	22,4	67	58,2	59,1	62,9	54,7
1977	69,4	59,9	36,7	39,4	28,5	72	63,2	70,8	68,8	59,5
1978	73,1	64,1	41,9	45,2	33,2	76	66,8	72,7	73,6	64,7
1979	77,4	69,0	48,3	52,1	39,6	80	70,7	75,2	77,8	70,2
1980	82,5	75,4	56,1	61,9	48,3	83	76,3	79,2	82,3	76,3
1981	87,0	83,0	64,1	70,3	59,9	86	80,9	84,2	86,5	83,8
1982	91,1	88,2	77,1	78,2	70,4	92	85,9	90,3	90,8	89,2
1983	94,1	92,0	86,9	84,9	81,0	94	89,8	93,8	93,7	92,6
1984	96,3	96,5	94,3	89,8	90,0	95	94,3	96,3	96,9	96,4
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	103,5	102,8	104,5	108,0	104,8	102	104,7	103,5	102,8	102,1
1987	107,6	104,8	109,4	116,7	111,6	103	110,1	104,9	105,0	104,0
1988	112,0	105,6	112,8	126,5	118,4	104	114,2	112,0	108,9	106,8
1989 1. Hj.	114,9	109,0	113,6	...	...	105	...	...	111,8	109,2
	Anteil am Warenhandel[4] der Bundesrepublik Deutschland in vH									
1983 bis 1988	×	*7,0*	*11,8*	*8,0*	*8,4*	*10,0*	*4,6*	*4,9*	*3,3*	*8,1*

[2]) Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.
[3]) Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Vereinigtes Königreich, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste.
[4]) Einfuhr + Ausfuhr.

Quellen: IWF, OECD

Tabelle 15*

Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern
1985 = 100

Zeitraum[1]	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz[2]	Japan	Vereinigte Staaten
1960	49	47,7	44	62,6	36,5	36	36	53	15,7	39,2
1961	52	50,5	46	62,8	40,7	38	37	57	18,8	39,4
1962	55	53,4	48	63,4	44,6	40	39	60	20,4	42,7
1963	56	57,4	51	65,5	48,8	42	40	63	22,7	45,3
1964	61	61,4	59	70,9	49,3	50	44	65	26,3	48,3
1965	64	62,5	56	72,9	51,6	52	45	68	27,3	53,1
1966	65	63,8	59	74,1	57,5	54	48	71	30,9	57,8
1967	63	64,9	61	74,6	62,3	56	48	73	36,9	59,0
1968	69	68,4	63	80,3	66,2	60	51	76	42,5	62,3
1969	78	75,0	70	83,0	68,8	63	57	83	49,3	65,2
1970	83	77,7	73	83,5	73,3	69	62	90	56,1	63,1
1971	84	79,7	78	83,0	73,2	74	66	92	57,6	63,9
1972	87	84,6	82	84,5	76,3	76	71	94	61,8	70,1
1973	92	89,9	88	92,1	83,7	83	75	99	71,0	75,8
1974	90	93,2	90	90,2	87,5	87	79	100	68,2	74,7
1975	84	84,3	84	85,3	79,5	86	74	86	60,7	68,1
1976	90	91,6	91	88,1	89,3	92	78	87	67,5	74,4
1977	92	91,6	92	92,7	88,6	92	81	91	70,3	80,3
1978	94	93,4	94	95,3	92,0	92	83	92	74,7	85,5
1979	98	97,9	98	99,0	98,2	95	90	93	80,2	88,9
1980	98	96,6	99	92,5	103,6	94	92	98	83,9	87,2
1981	96	94,1	97	89,6	102,0	92	91	97	84,8	89,2
1982	93	94,2	97	91,3	98,9	89	90	92	85,0	82,8
1983	93	96,0	97	94,7	95,7	92	90	92	88,1	87,7
1984	96	98,6	99	94,9	98,7	96	96	95	96,4	97,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102	101,0	100	102,2	102,7	100	101	104	99,7	99,4
1987	102	103,6	102	105,8	106,8	101	102	104	103,1	104,3
1988	106	108,8	106	109,6	112,1	101	106	111	112,8	110,2
1986 1. Vj.	102	101,6	99	101,4	102,4	101	102	99	99,9	100,4
2. Vj.	102	101,2	101	101,7	103,0	98	102	104	99,9	99,9
3. Vj.	103	102,5	102	102,5	101,5	100	101	107	99,6	100,4
4. Vj.	102	100,5	99	103,3	104,0	99	101	106	99,5	101,2
1987 1. Vj.	100	101,2	99	103,8	104,8	101	100	102	100,4	102,0
2. Vj.	103	102,8	101	105,1	107,5	99	102	101	100,4	103,1
3. Vj.	103	105,7	102	106,4	105,9	100	101	104	104,0	105,0
4. Vj.	104	104,0	102	107,9	108,9	102	103	110	107,6	107,0
1988 1. Vj.	105	108,9	104	107,9	110,9	99	103	109	110,6	108,0
2. Vj.	105	107,8	105	109,3	110,2	98	106	108	111,5	109,2
3. Vj.	107	109,8	109	110,5	112,1	103	107	112	113,7	111,1
4. Vj.	108	108,3	108	110,5	115,4	104	108	118	115,8	112,4
1989 1. Vj.	110	114,5	110	109,3	...	102	109	...	119,4	113,0
2. Vj.	109	...	...	108,4	...	...	...	...	119,4	113,8

[1] Vierteljahresergebnisse: Saisonbereinigte Werte.
[2] Verarbeitendes Gewerbe.

Quelle: IWF

Tabelle 16*

Internationale Energiepreise

Zeitraum	Importpreise der IEA-Länder[1][2]		Spotpreise (Rotterdam)[1]				Einfuhrpreise der Bundesrepublik Deutschland auf DM-Basis[3]			
	Erdöl, roh	Kraftwerkskohle	Erdöl, roh[4]	Superkraftstoff	leichtes Heizöl	schweres Heizöl[5]	Erdöl, roh	leichtes Heizöl	Kohle[6]	Erdgas
	US-Dollar je						1985 = 100			
	Barrel	Tonne	Barrel	Tonne						
1973	.	.	2,81	.	.	.	13,8	26,7	35,5	9,9
1974	.	.	10,98	140,17	95,92	69,42	37,4	36,7	55,7	11,9
1975	12,08	.	10,43	128,75	100,00	61,92	35,9	36,1	70,6	21,4
1976	12,93	.	11,63	136,08	106,05	67,08	39,1	39,3	67,5	24,9
1977	13,98	.	12,60	141,83	118,67	76,08	39,2	40,0	66,5	27,5
1978	14,22	.	12,91	170,31	128,63	75,70	34,3	37,1	65,0	34,0
1979	19,96	.	29,19	359,98	310,09	133,63	44,1	71,9	67,8	37,0
1980	32,74	52,20	36,01	369,75	306,00	169,75	72,6	77,1	82,4	48,0
1981	36,37	63,99	34,17	371,08	298,50	183,50	99,0	93,9	105,5	70,9
1982	33,84	64,09	30,88	340,71	289,54	164,55	98,6	99,3	101,9	85,3
1983	29,90	53,96	28,23	298,13	247,88	163,56	92,4	90,9	89,5	78,3
1984	29,00	47,67	27,54	268,22	238,04	178,42	99,9	96,6	94,8	92,1
1985	27,56	48,62	26,49	273,12	240,15	151,37	100	100	100	100
1986	14,93	45,70	13,03	171,11	142,38	73,51	43,4	44,6	83,8	71,2
1987	17,95	41,09	16,94	186,19	156,38	98,55	41,0	40,1	69,3	40,0
1988	14,86	44,06	13,26	176,22	134,73	68,47	34,1	33,6	64,9	34,6
1984 1. Vj.	29,22	49,27	27,74	275,28	251,75	173,73	96,6	97,4	91,5	84,8
2. Vj.	29,35	48,03	28,01	278,43	242,56	182,13	96,4	93,7	92,8	91,6
3. Vj.	28,84	46,23	27,36	266,03	229,64	176,13	101,4	95,5	96,0	96,7
4. Vj.	28,56	47,47	27,06	252,51	228,12	181,80	105,3	99,9	99,0	95,3
1985 1. Vj.	27,98	47,58	27,20	246,14	240,53	180,07	111,2	111,1	102,3	98,1
2. Vj.	27,75	49,46	25,97	290,00	223,15	144,96	105,6	97,6	102,4	102,6
3. Vj.	26,88	48,38	26,13	278,30	237,89	139,78	95,5	95,9	99,3	104,6
4. Vj.	27,61	48,82	26,69	277,23	261,06	141,38	87,8	95,4	96,1	94,7
1986 1. Vj.	21,91	49,19	16,25	185,12	195,72	103,93	67,5	65,5	89,6	87,7
2. Vj.	13,10	46,99	10,58	176,85	138,30	56,38	40,9	44,4	86,6	79,4
3. Vj.	11,46	44,17	11,16	168,64	112,69	60,83	31,4	33,7	81,4	66,4
4. Vj.	13,57	43,04	14,03	152,88	121,97	73,10	34,0	34,9	77,7	51,4
1987 1. Vj.	17,03	40,96	16,91	179,03	151,84	95,79	39,3	39,8	72,8	40,1
2. Vj.	18,07	41,50	17,07	201,25	151,63	107,63	41,0	38,9	68,9	40,4
3. Vj.	18,62	40,03	17,44	187,25	161,50	103,88	43,5	42,1	68,2	40,6
4. Vj.	18,01	41,86	16,41	177,63	160,77	87,79	40,2	39,3	67,3	38,8
1988 1. Vj.	16,14	41,96	14,64	166,11	138,11	70,42	34,6	33,3	64,4	38,1
2. Vj.	15,81	43,20	14,59	188,92	144,21	75,93	34,6	34,8	64,4	35,1
3. Vj.	14,50	44,10	12,64	174,27	126,54	66,22	35,5	33,8	64,9	32,7
4. Vj.	13,09	46,81	11,40	175,03	130,68	61,51	31,8	32,6	65,8	32,5
1989 1. Vj.	16,20	45,79	15,06	190,98	147,60	75,34	38,4	38,7	68,4	31,9
2. Vj.	18,32	...	16,10	246,38	148,79	89,57	44,6	40,7	69,4	33,8
3. Vj.	...	...	15,42	200,86	158,01	85,18	42,3	42,3	69,6	36,9

[1]) Importpreise der Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur (IEA) und Spotpreise (Rotterdam); Quelle: IEA. — [2]) Durchschnittspreise, cif. — [3]) Index der Einfuhrpreise (1985 = 100). In Anlehnung an das systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken. — [4]) Bis 1981: Arabian light (34°), ab 1982: Dubai (32°). — [5]) Mit einem Schwefelgehalt von 3 %. — [6]) Steinkohle und Steinkohlenkoks.

Tabelle 17*

Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1987

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote	
	insgesamt	je Einheit BIP[1])	je Einwohner	nach Energieträgern						
				Kohle	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und sonstige	insgesamt	von Mineralöl
	in Mio t ÖE[2])	t ÖE[2])		Anteil am Primärenergieverbrauch in vH					in vH[3])	in vH[4])
Australien	80,8	0,48	5,0	39,2	35,9	16,0	0,0	8,9	− 74,3	− 6,6
Belgien	45,4	0,55	4,6	19,2	43,0	16,3	20,7	0,9	77,8	116,4
Dänemark	19,8	0,33	3,9	37,2	51,5	6,7	0,0	4,6	66,3	61,8
Bundesrepublik Deutschland	271,7	0,42	4,4	27,5	42,2	17,0	10,7	2,5	54,4	99,2
Frankreich	200,8	0,37	3,6	11,1	42,8	12,7	28,3	5,1	57,8	100,6
Griechenland	19,3	0,57	1,9	35,1	58,0	0,6	0,0	6,3	66,8	104,5
Vereinigtes Königreich	208,7	0,43	3,7	32,9	36,2	23,8	5,9	1,2	− 16,0	− 65,7
Irland	9,7	0,50	2,7	23,5	46,3	14,2	0,0	16,0	68,0	102,2
Italien	148,9	0,33	2,6	9,9	59,2	22,0	0,0	8,9	84,5	101,9
Japan	371,7	0,26	3,0	18,0	55,9	9,9	11,3	5,0	83,6	104,0
Kanada	240,2	0,64	9,4	10,7	31,5	19,8	7,2	30,8	− 20,0	− 18,6
Luxemburg	3,2	0,85	8,6	33,2	41,7	11,0	0,0	14,1	95,9	107,7
Neuseeland	14,0	0,63	4,2	7,1	27,1	25,0	0,0	40,7	18,5	73,7
Niederlande	65,9	0,51	4,5	10,3	35,8	51,9	1,2	0,8	16,7	112,7
Norwegen	28,4	0,46	6,8	3,5	33,5	4,9	0,0	58,1	−229,2	−431,6
Österreich	29,4	0,44	3,9	13,3	37,1	16,3	0,0	33,3	55,8	89,0
Portugal	14,0	0,62	1,4	13,1	64,0	0,0	0,0	22,9	84,9	108,9
Schweden	56,4	0,54	6,7	5,0	29,6	0,4	26,8	38,3	32,3	94,6
Schweiz	27,8	0,28	4,2	1,4	45,7	5,4	18,3	29,1	48,6	97,6
Spanien	77,4	0,43	2,0	23,9	52,6	3,5	11,9	8,1	65,1	104,7
Türkei	49,2	0,80	0,9	28,7	44,8	1,2	0,0	25,2	46,4	90,5
Vereinigte Staaten	1 866,0	0,44	7,7	23,4	41,1	22,4	5,8	7,4	15,3	40,4
Insgesamt[5])	3 848,7	0,42	4,7	21,2	42,6	18,9	7,9	9,3	25,9	54,9

[1]) Preis- und Wechselkursbasis 1985.
[2]) Öleinheiten (1 kg ÖE = 11,63 kWh).
[3]) Anteil der Netto-Importe am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.
[4]) Netto-Importe von Mineralöl im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.
[5]) Alle Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur und Frankreich.

Quelle: Internationale Energieagentur

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Tabelle 18*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote [1)]	Erwerbstätige [2)] insgesamt	Erwerbstätige: darunter beschäftigte Arbeitnehmer zusammen	Erwerbstätige: darunter beschäftigte Arbeitnehmer, darunter Ausländer [3)]	Offene Stellen [4)]	Arbeitslose [4)]	Arbeitslosenquote [5)]
	1 000	1 000	vH	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	vH
1950 [6)]	46 908	21 577	46,0	19 997	13 674	.	116	1 580	10,4
1951 [6)]	47 413	21 952	46,3	20 520	14 286	.	116	1 432	9,1
1952 [6)]	47 728	22 289	46,7	20 910	14 754	.	115	1 379	8,5
1953 [6)]	48 172	22 684	47,1	21 425	15 344	.	123	1 259	7,6
1954 [6)]	48 710	23 216	47,7	21 995	15 968	73	137	1 221	7,1
1955 [6)]	49 203	23 758	48,3	22 830	16 840	80	200	928	5,2
1956 [6)]	49 797	24 196	48,6	23 435	17 483	99	219	761	4,2
1957 [6)]	50 434	24 602	48,8	23 940	17 992	108	217	662	3,5
1958 [6)]	51 056	24 807	48,6	24 124	18 188	127	216	683	3,6
1959 [6)]	51 634	24 861	48,1	24 385	18 511	167	280	476	2,5
1960 [6)]	52 183	25 034	48,0	24 799	19 010	.	449	235	1,2
1960	55 433	26 518	47,8	26 247	20 257	279	465	271	1,3
1961	56 185	26 772	47,6	26 591	20 730	507	552	181	0,9
1962	56 837	26 845	47,2	26 690	21 032	629	574	155	0,7
1963	57 389	26 930	46,9	26 744	21 261	773	555	186	0,9
1964	57 971	26 922	46,4	26 753	21 484	902	609	169	0,8
1965	58 619	27 034	46,1	26 887	21 757	1 119	649	147	0,7
1966	59 148	26 962	45,6	26 801	21 765	1 244	540	161	0,7
1967	59 286	26 409	44,5	25 950	21 054	1 014	302	459	2,1
1968	59 500	26 291	44,2	25 968	21 183	1 019	488	323	1,5
1969	60 067	26 535	44,2	26 356	21 752	1 366	747	179	0,8
1970	60 651	26 817	44,2	26 668	22 246	1 807	795	149	0,7
1971	61 284	27 002	44,1	26 817	22 606	2 128	648	185	0,8
1972	61 672	26 990	43,8	26 744	22 633	2 285	546	246	1,1
1973	61 976	27 195	43,9	26 922	22 906	2 498	572	273	1,2
1974	62 054	27 147	43,7	26 565	22 640	2 381	315	582	2,5
1975	61 829	26 884	43,5	25 810	22 014	2 061	236	1 074	4,7
1976	61 531	26 651	43,3	25 591	21 939	1 925	235	1 060	4,6
1977	61 400	26 577	43,3	25 547	22 029	1 872	231	1 030	4,5
1978	61 327	26 692	43,5	25 699	22 264	1 857	246	993	4,3
1979	61 359	26 923	43,9	26 047	22 663	1 924	304	876	3,7
1980	61 566	27 217	44,2	26 328	23 009	2 018	308	889	3,7
1981	61 682	27 416	44,4	26 144	22 869	1 912	208	1 272	5,3
1982	61 638	27 542	44,7	25 709	22 436	1 787	105	1 833	7,6
1983	61 423	27 589	44,9	25 331	22 057	1 694	76	2 258	9,3
1984	61 175	27 629	45,2	25 363	22 097	1 609 [a)]	88	2 266	9,3
1985	61 024	27 844	45,6	25 540	22 274	1 568	110	2 304	9,4
1986	61 066	28 032	45,9	25 804	22 543	1 570	154	2 228	9,0
1987 [7)]	61 077 [b)]	28 236	46,2	26 007	22 757	1 577	171	2 229	8,9
1988 [7)]	61 450	28 416	46,2	26 174	22 925	1 610	189	2 242	8,9
1986 1. Hj.	61 021	27 938	45,8	25 572	22 309	1 555	148	2 366	9,6
2. Hj.	61 111	28 126	46,0	26 036	22 777	1 584	160	2 090	8,4
1987 1. Hj. [7)]	61 109	28 147	46,1	25 835	22 583	1 562	169	2 312	9,3
2. Hj. [7)]	61 175	28 325	46,3	26 179	22 931	1 592	172	2 146	8,6
1988 1. Hj. [7)]	61 322	28 329	46,2	25 978	22 728	1 584	182	2 351	9,4
2. Hj. [7)]	61 580	28 502	46,3	26 370	23 122	1 636	196	2 132	8,4
1989 1. Hj. [7)]	...	28 437	...	26 295	23 039	...	225	2 142	8,5

1) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
2) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Erwerbstätige, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
3) Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit).
4) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.
5) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer plus Arbeitslose).
6) Ohne Saarland und Berlin. Beschäftigte Ausländer bis 1958 ohne Saarland. — 7) Vorläufige Ergebnisse.
a) Die Ende Juni 1984 von einer länger als drei Wochen dauernden Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer sind nicht enthalten.
b) Ergebnis der Volks- und Arbeitsstättenzählung vom Mai 1987; gilt gleichzeitig als Jahresdurchschnitt.

Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen Tabelle 19*

1 000

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat	Private Haushalte[3]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Erwerbstätige[4]									
1960	26 063	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 364	2 098	764
1961	26 426	3 449	12 805	722	9 905	2 178	4 808	2 406	2 228	730
1962	26 518	3 307	12 918	698	9 948	2 272	4 812	2 459	2 348	674
1963	26 581	3 144	12 927	665	9 883	2 379	4 845	2 541	2 444	680
1964	26 604	3 002	12 986	654	9 885	2 447	4 817	2 590	2 540	669
1965	26 755	2 876	13 158	645	10 059	2 454	4 791	2 652	2 628	650
1966	26 673	2 790	13 017	628	9 953	2 436	4 800	2 719	2 706	641
1967	25 804	2 638	12 249	582	9 418	2 249	4 709	2 774	2 777	657
1968	25 826	2 523	12 320	547	9 488	2 285	4 692	2 837	2 803	651
1969	26 228	2 395	12 727	539	9 883	2 305	4 714	2 883	2 859	650
1970	26 560	2 262	12 987	551	10 117	2 319	4 755	2 933	2 978	645
1971	26 721	2 134	12 937	550	10 033	2 354	4 869	3 013	3 105	663
1972	26 661	2 018	12 696	531	9 824	2 341	4 945	3 063	3 259	680
1973	26 849	1 924	12 723	515	9 861	2 347	5 015	3 123	3 367	697
1974	26 497	1 842	12 311	517	9 618	2 176	4 968	3 171	3 493	712
1975	25 746	1 773	11 610	514	9 106	1 990	4 857	3 210	3 576	720
1976	25 530	1 682	11 396	507	8 915	1 974	4 827	3 266	3 635	724
1977	25 490	1 589	11 362	504	8 918	1 940	4 845	3 306	3 660	728
1978	25 644	1 536	11 386	496	8 918	1 972	4 872	3 359	3 746	745
1979	25 995	1 481	11 506	496	8 956	2 054	4 921	3 474	3 844	769
1980	26 278	1 437	11 586	501	8 995	2 090	4 974	3 582	3 903	796
1981	26 092	1 408	11 328	508	8 779	2 041	4 942	3 641	3 968	805
1982	25 651	1 395	10 919	508	8 468	1 943	4 842	3 667	3 996	832
1983	25 262	1 391	10 533	502	8 135	1 896	4 759	3 700	4 026	853
1984	25 283	1 376	10 437	493	8 057	1 887	4 772	3 776	4 039	883
1985	25 452	1 360	10 429	490	8 141	1 798	4 774	3 881	4 089	919
1986	25 710	1 338	10 514	489	8 271	1 754	4 774	3 991	4 132	961
1987[5]	25 911	1 311	10 491	485	8 275	1 731	4 807	4 130	4 174	998
1988[5]	26 079	1 271	10 469	479	8 273	1 717	4 870	4 267	4 177	1 025
	Beschäftigte Arbeitnehmer[4]									
1960	20 073	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 596	2 098	764
1961	20 565	452	11 845	721	9 164	1 960	3 673	1 637	2 228	730
1962	20 860	421	11 996	697	9 241	2 058	3 720	1 701	2 348	674
1963	21 098	406	12 019	664	9 191	2 164	3 770	1 779	2 444	680
1964	21 335	390	12 116	653	9 228	2 235	3 783	1 837	2 540	669
1965	21 625	369	12 306	644	9 420	2 242	3 775	1 897	2 628	650
1966	21 637	358	12 176	627	9 328	2 221	3 800	1 956	2 706	641
1967	20 908	324	11 423	581	8 811	2 031	3 724	2 003	2 777	657
1968	21 041	302	11 508	546	8 895	2 067	3 720	2 057	2 803	651
1969	21 624	297	11 940	538	9 316	2 086	3 772	2 106	2 859	650
1970	22 138	295	12 224	550	9 575	2 099	3 839	2 157	2 978	645
1971	22 510	282	12 201	549	9 516	2 136	4 006	2 253	3 105	663
1972	22 550	262	11 965	530	9 314	2 121	4 092	2 292	3 259	680
1973	22 833	250	12 006	514	9 366	2 126	4 167	2 346	3 367	697
1974	22 572	236	11 609	516	9 133	1 960	4 119	2 403	3 493	712
1975	21 950	230	10 939	514	8 649	1 776	4 037	2 448	3 576	720
1976	21 878	226	10 747	507	8 476	1 764	4 022	2 524	3 635	724
1977	21 972	230	10 718	504	8 478	1 736	4 063	2 573	3 660	728
1978	22 209	236	10 759	496	8 492	1 771	4 097	2 626	3 746	745
1979	22 611	245	10 877	496	8 526	1 855	4 149	2 727	3 844	769
1980	22 959	244	10 966	501	8 574	1 891	4 222	2 828	3 903	796
1981	22 817	242	10 723	508	8 370	1 845	4 199	2 880	3 968	805
1982	22 378	243	10 314	508	8 060	1 746	4 100	2 893	3 996	832
1983	21 988	247	9 937	502	7 727	1 708	4 012	2 913	4 026	853
1984	22 017	252	9 848	493	7 651	1 704	4 019	2 976	4 039	883
1985	22 186	252	9 843	490	7 738	1 615	4 018	3 065	4 089	919
1986	22 449	249	9 928	489	7 866	1 573	4 019	3 160	4 132	961
1987[5]	22 661	245	9 905	485	7 866	1 554	4 053	3 286	4 174	998
1988[5]	22 830	241	9 879	479	7 861	1 539	4 108	3 400	4 177	1 025

[1]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [2]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [3]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [4]) Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — [5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1983	1984	1985	1986	1987	1988
			Wohnbevölkerung [1])			
Europa	3 988 235	3 811 161	3 763 838	3 824 329	3 644 090	3 846 512
Belgien	18 089	18 357	18 852	19 235	17 353	17 854
Dänemark	12 690	12 851	13 381	13 622	12 072	12 519
Frankreich	71 863	72 372	74 850	76 686	68 883	71 773
Griechenland	292 349	287 099	280 614	278 506	256 396	274 793
Vereinigtes Königreich	88 036	87 341	88 089	89 984	80 669	83 010
Irland	5 865	6 039	6 332	6 985	7 210	8 360
Italien	564 960	545 111	531 338	537 067	499 562	508 656
Luxemburg	4 613	4 705	4 891	4 977	4 446	4 542
Niederlande	108 572	108 642	108 419	108 976	95 690	96 881
Portugal	99 529	82 991	77 046	78 198	69 327	71 068
Spanien	165 998	158 843	152 781	150 493	128 777	126 402
EG-Länder	1 432 564	1 384 351	1 356 593	1 364 729	1 240 385	1 275 858
Jugoslawien	612 798	600 314	591 001	591 196	551 614	579 073
Österreich	171 586	172 133	172 534	174 563	150 037	155 132
Polen	87 588	95 868	104 755	116 883	120 550	171 514
Schweiz	29 368	29 589	29 923	30 503	25 905	26 703
Tschechoslowakei	26 891	27 668	28 167	29 126	25 731	27 869
Türkei	1 552 328	1 425 798	1 401 932	1 434 255	1 453 708	1 523 678
Ungarn	21 090	21 093	21 355	23 080	21 837	26 568
Übriges Europa	54 022	54 347	57 578	59 994	54 323	60 117
Afrika	125 204	124 481	133 456	145 083	126 435	136 749
Ägypten	8 762	8 458	8 333	8 632	7 491	8 091
Marokko	44 192	45 137	48 132	51 963	47 310	52 069
Übriges Afrika	72 250	70 886	76 991	84 488	71 634	76 589
Amerika	120 342	122 270	127 046	131 192	113 593	120 681
Kanada	7 739	7 943	8 210	8 428	7 182	7 413
Vereinigte Staaten	80 074	81 763	85 655	88 233	75 625	79 604
Übriges Amerika	32 529	32 564	33 181	34 531	30 786	33 664
Asien	241 914	247 288	295 459	348 035	302 966	330 185
Indien	24 474	22 404	24 315	28 326	21 420	21 352
Iran	33 046	38 432	51 351	73 023	65 647	73 032
Israel	8 443	8 170	8 243	8 382	7 043	7 384
Japan	16 675	16 560	17 551	18 367	16 636	18 090
Jordanien	12 035	11 428	11 103	11 138	9 425	9 749
Pakistan	16 757	14 266	16 193	18 118	15 518	17 137
Übriges Asien	130 484	136 028	166 703	190 681	167 277	183 441
Australien und Ozeanien	6 233	6 209	6 308	6 358	5 360	5 651
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	52 935	52 239	52 835	57 682	48 088	49 327
Insgesamt	4 534 863	4 363 648	4 378 942	4 512 679	4 240 532	4 489 105

[1]) Von 1983 bis 1984 Stand 30. September, ab 1985 Stand 31. Dezember.

Tabelle 20*

nach der Staatsangehörigkeit

zahl

1983	1984	1985	1986	1987	1988	Staatsangehörigkeit
		Beschäftigte 2)				
1 572 645	1 458 808	1 448 505	1 451 935	1 443 022	1 467 034	Europa
9 457	8 704	7 927	7 327	6 879	6 778	Belgien
3 424	3 125	2 804	2 581	2 407	2 421	Dänemark
46 604	43 623	41 285	40 346	38 639	38 581	Frankreich
108 800	98 041	102 936	101 592	100 913	98 759	Griechenland
31 227	30 237	30 554	31 401	32 899	35 047	Vereinigtes Königreich
1 631	1 476	1 430	1 408	1 493	1 707	Irland
238 850	214 078	202 392	193 390	181 696	178 035	Italien
1 301	1 214	1 108	997	969	995	Luxemburg
37 327	34 381	31 013	28 578	26 349	25 843	Niederlande
46 423	39 651	35 425	35 124	35 802	37 196	Portugal
72 348	67 376	67 407	65 936	64 046	63 088	Spanien
597 392	541 906	524 281	508 680	492 092	488 450	EG-Länder
305 945	288 766	293 483	294 807	292 054	295 549	Jugoslawien
82 187	80 596	80 644	81 478	83 306	86 021	Österreich
9 797	10 985	12 959	14 830	16 786	20 286	Polen
7 616	7 552	7 459	7 631	7 793	7 999	Schweiz
8 989	9 114	9 653	10 042	10 315	10 971	Tschechoslowakei
540 496	499 947	499 322	513 077	518 423	533 766	Türkei
6 408	6 372	6 567	6 828	7 168	7 806	Ungarn
13 815	13 570	14 137	14 562	15 085	16 186	Übriges Europa
34 174	32 129	33 038	34 093	35 279	37 521	Afrika
1 803	1 809	1 816	1 850	1 901	2 035	Ägypten
14 452	13 824	14 567	14 780	15 199	15 896	Marokko
17 919	16 496	16 655	17 463	18 179	19 590	Übriges Afrika
25 514	25 614	26 571	28 071	30 018	32 691	Amerika
1 946	1 930	1 915	1 925	2 014	2 110	Kanada
17 097	17 324	18 193	19 367	20 911	22 880	Vereinigte Staaten
6 471	6 360	6 463	6 779	7 093	7 701	Übriges Amerika
55 688	52 247	53 496	56 171	59 914	67 025	Asien
7 783	6 827	6 654	6 668	6 854	7 249	Indien
4 243	4 279	4 456	4 820	5 507	6 686	Iran
1 861	1 777	1 721	1 731	1 723	1 769	Israel
3 047	3 018	3 159	3 435	3 589	3 476	Japan
2 483	2 277	2 241	2 232	2 238	2 340	Jordanien
5 291	4 018	3 815	3 871	3 876	4 412	Pakistan
30 980	30 051	31 450	33 414	36 127	41 093	Übriges Asien
1 997	1 852	1 831	1 893	1 933	2 084	Australien und Ozeanien
23 627	21 991	20 457	19 384	18 693	17 767	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
1 713 645	1 592 641	1 583 898	1 591 547	1 588 859	1 624 122	Insgesamt

2) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.

Quelle für Beschäftigte: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 21*

Bruttowertschöpfung nach

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat	Private Haushalte[3]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM in jeweiligen Preisen[4]									
1960	302,20	17,66	160,80	15,65	121,86	23,29	55,96	41,13	21,61	5,04
1961	331,14	17,24	177,37	15,70	135,00	26,67	60,38	46,12	24,73	5,30
1962	359,94	18,79	191,83	16,24	144,99	30,60	66,48	50,42	27,04	5,38
1963	381,52	19,50	200,11	16,81	150,58	32,72	70,77	55,34	30,00	5,80
1964	420,08	19,45	223,37	17,73	167,52	38,12	76,50	61,81	32,79	6,16
1965	459,74	20,01	243,63	18,30	184,89	40,44	82,07	70,05	37,27	6,71
1966	490,63	20,87	254,76	18,94	192,92	42,90	87,81	78,35	41,61	7,23
1967	497,06	20,41	252,20	18,79	193,58	39,83	88,37	84,30	44,12	7,66
1968	509,14	22,19	257,96	19,15	200,66	38,15	84,19	89,67	47,06	8,07
1969	567,91	23,49	290,36	19,82	229,59	40,95	90,32	101,48	53,28	8,98
1970	645,91	21,78	333,72	22,72	259,45	51,55	103,47	114,39	62,56	9,99
1971	718,30	22,76	361,30	24,10	278,04	59,16	116,05	131,76	74,62	11,81
1972	789,49	24,75	387,83	26,25	296,56	65,02	129,32	150,51	83,82	13,26
1973	882,90	26,60	430,91	29,42	333,25	68,24	141,26	171,38	97,40	15,35
1974	955,23	25,92	455,95	33,63	355,62	66,70	149,05	193,80	113,04	17,47
1975	996,17	28,47	454,92	37,67	354,06	63,19	157,33	213,47	122,90	19,08
1976	1 087,09	31,10	500,60	42,40	389,70	68,50	173,56	231,80	129,82	20,21
1977	1 161,36	31,83	529,84	42,50	414,42	72,92	186,26	253,02	138,74	21,67
1978	1 241,43	32,23	561,63	44,99	437,92	78,72	199,36	276,99	148,20	23,02
1979	1 341,79	31,01	607,74	48,23	470,42	89,09	215,24	303,87	159,11	24,82
1980	1 422,91	30,37	632,23	50,20	482,84	99,19	225,65	335,07	172,39	27,20
1981	1 489,33	31,68	641,59	53,05	489,73	98,81	236,51	366,89	183,72	28,94
1982	1 555,20	36,34	656,98	58,77	502,85	95,36	243,73	397,69	189,58	30,88
1983	1 631,00	32,22	685,06	62,69	524,93	97,44	254,86	430,44	195,79	32,63
1984	1 707,46	34,65	710,55	65,35	547,24	97,96	268,56	459,41	200,07	34,22
1985	1 781,67	32,24	745,52	67,95	583,54	94,03	275,08	484,96	207,46	36,41
1986	1 880,06	33,66	787,98	67,61	621,02	99,35	286,57	514,69	217,39	39,77
1987	1 944,49	29,90	804,99	70,31	632,69	101,99	291,50	549,82	225,83	42,45
1988 [5]	2 045,45	32,15	842,18	70,18	662,39	109,61	304,64	590,05	232,01	44,42
1989 1. Hj.	1 038,16	7,71	437,30	35,52	345,16	56,62	155,25	306,25	110,41	21,24
	Anteil in vH									
1960	*100*	*5,8*	*53,2*	*5,2*	*40,3*	*7,7*	*18,5*	*13,6*	*7,2*	*1,7*
1961	*100*	*5,2*	*53,6*	*4,7*	*40,8*	*8,1*	*18,2*	*13,9*	*7,5*	*1,6*
1962	*100*	*5,2*	*53,3*	*4,5*	*40,3*	*8,5*	*18,5*	*14,0*	*7,5*	*1,5*
1963	*100*	*5,1*	*52,5*	*4,4*	*39,5*	*8,6*	*18,5*	*14,5*	*7,9*	*1,5*
1964	*100*	*4,6*	*53,2*	*4,2*	*39,9*	*9,1*	*18,2*	*14,7*	*7,8*	*1,5*
1965	*100*	*4,4*	*53,0*	*4,0*	*40,2*	*8,8*	*17,9*	*15,2*	*8,1*	*1,5*
1966	*100*	*4,3*	*51,9*	*3,9*	*39,3*	*8,7*	*17,9*	*16,0*	*8,5*	*1,5*
1967	*100*	*4,1*	*50,7*	*3,8*	*38,9*	*8,0*	*17,8*	*17,0*	*8,9*	*1,5*
1968	*100*	*4,4*	*50,7*	*3,8*	*39,4*	*7,5*	*16,5*	*17,6*	*9,2*	*1,6*
1969	*100*	*4,1*	*51,1*	*3,5*	*40,4*	*7,2*	*15,9*	*17,9*	*9,4*	*1,6*
1970	*100*	*3,4*	*51,7*	*3,5*	*40,2*	*8,0*	*16,0*	*17,7*	*9,7*	*1,5*
1971	*100*	*3,2*	*50,3*	*3,4*	*38,7*	*8,2*	*16,2*	*18,3*	*10,4*	*1,6*
1972	*100*	*3,1*	*49,1*	*3,3*	*37,6*	*8,2*	*16,4*	*19,1*	*10,6*	*1,7*
1973	*100*	*3,0*	*48,8*	*3,3*	*37,7*	*7,7*	*16,0*	*19,4*	*11,0*	*1,7*
1974	*100*	*2,7*	*47,7*	*3,5*	*37,2*	*7,0*	*15,6*	*20,3*	*11,8*	*1,8*
1975	*100*	*2,9*	*45,7*	*3,8*	*35,5*	*6,3*	*15,8*	*21,4*	*12,3*	*1,9*
1976	*100*	*2,9*	*46,0*	*3,9*	*35,8*	*6,3*	*16,0*	*21,3*	*11,9*	*1,9*
1977	*100*	*2,7*	*45,6*	*3,7*	*35,7*	*6,3*	*16,0*	*21,8*	*11,9*	*1,9*
1978	*100*	*2,6*	*45,2*	*3,6*	*35,3*	*6,3*	*16,1*	*22,3*	*11,9*	*1,9*
1979	*100*	*2,3*	*45,3*	*3,6*	*35,1*	*6,6*	*16,0*	*22,6*	*11,9*	*1,8*
1980	*100*	*2,1*	*44,4*	*3,5*	*33,9*	*7,0*	*15,9*	*23,5*	*12,1*	*1,9*
1981	*100*	*2,1*	*43,1*	*3,6*	*32,9*	*6,6*	*15,9*	*24,6*	*12,3*	*1,9*
1982	*100*	*2,3*	*42,2*	*3,8*	*32,3*	*6,1*	*15,7*	*25,6*	*12,2*	*2,0*
1983	*100*	*2,0*	*42,0*	*3,8*	*32,2*	*6,0*	*15,6*	*26,4*	*12,0*	*2,0*
1984	*100*	*2,0*	*41,6*	*3,8*	*32,0*	*5,7*	*15,7*	*26,9*	*11,7*	*2,0*
1985	*100*	*1,8*	*41,8*	*3,8*	*32,8*	*5,3*	*15,4*	*27,2*	*11,6*	*2,0*
1986	*100*	*1,8*	*41,9*	*3,6*	*33,0*	*5,3*	*15,2*	*27,4*	*11,6*	*2,1*
1987	*100*	*1,5*	*41,4*	*3,6*	*32,5*	*5,2*	*15,0*	*28,3*	*11,6*	*2,2*
1988 [5]	*100*	*1,6*	*41,2*	*3,4*	*32,4*	*5,4*	*14,9*	*28,8*	*11,3*	*2,2*
1989 1. Hj.	*100*	*0,7*	*42,1*	*3,4*	*33,2*	*5,5*	*15,0*	*29,5*	*10,6*	*2,0*

[1]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [2]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.

Tabelle 21*

Wirtschaftsbereichen

Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat	Private Haushalte[3]	Zeitraum
		zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
				Mrd DM in Preisen von 1980						
691,91	24,98	323,69	32,66	226,38	64,65	105,35	137,07	80,81	20,01	1960
724,09	22,86	340,88	32,53	240,45	67,90	110,75	144,15	85,90	19,55	1961
757,30	24,54	356,61	33,49	252,33	70,79	116,35	150,13	90,92	18,75	1962
779,10	25,30	364,00	34,22	257,44	72,34	119,70	155,90	95,07	19,13	1963
830,26	24,82	396,49	34,72	280,12	81,65	127,24	164,49	98,03	19,19	1964
875,50	23,59	421,29	34,17	302,26	84,86	134,73	173,97	102,72	19,20	1965
902,93	24,81	431,06	35,06	307,91	88,09	138,11	181,63	107,99	19,33	1966
904,31	26,90	419,33	33,14	301,90	84,29	137,83	189,18	111,07	20,00	1967
958,14	28,53	451,96	34,36	333,58	84,02	145,99	197,00	114,47	20,19	1968
1 029,81	27,75	495,72	36,71	373,14	85,87	159,86	207,98	117,95	20,55	1969
1 080,55	28,63	522,43	40,35	392,58	89,50	168,26	215,39	124,99	20,85	1970
1 109,95	28,14	531,29	39,70	396,54	95,05	173,01	225,39	130,49	21,63	1971
1 158,04	27,34	551,11	40,41	409,46	101,24	179,21	241,13	136,88	22,37	1972
1 215,13	29,41	580,77	43,65	435,54	101,58	187,06	251,51	143,29	23,09	1973
1 222,89	30,75	571,87	45,79	432,50	93,58	187,79	258,78	149,95	23,75	1974
1 200,58	29,17	543,07	42,77	412,35	87,95	184,84	264,97	154,39	24,14	1975
1 266,39	28,73	582,07	46,30	443,97	91,80	196,71	278,29	156,19	24,40	1976
1 306,16	30,42	593,75	47,05	453,12	93,58	206,31	292,90	158,15	24,63	1977
1 345,55	31,35	604,02	47,81	461,40	94,81	214,17	307,67	163,04	25,30	1978
1 404,78	29,96	632,57	50,76	482,80	99,01	223,35	324,49	168,22	26,19	1979
1 422,91	30,37	632,23	50,20	482,84	99,19	225,65	335,07	172,39	27,20	1980
1 428,51	30,55	619,16	49,24	475,52	94,40	229,76	345,03	176,37	27,64	1981
1 422,99	36,01	601,96	47,73	464,15	90,08	226,89	351,95	177,57	28,61	1982
1 444,06	32,84	609,43	48,54	469,36	91,53	231,43	362,35	178,64	29,37	1983
1 486,31	35,69	621,58	47,99	482,17	91,42	240,98	377,07	180,59	30,40	1984
1 521,54	33,80	634,16	47,49	498,45	88,22	245,76	392,92	183,25	31,65	1985
1 559,65	36,68	636,78	48,53	498,53	89,72	252,70	414,59	185,77	33,13	1986
1 585,04	33,35	630,79	53,58	488,38	88,83	261,03	437,63	187,81	34,43	1987[5]
1 645,21	35,64	656,00	54,38	508,45	93,17	270,71	457,42	190,05	35,39	1988[5]
829,45	7,05	338,76	27,76	263,67	47,33	135,63	234,33	95,56	18,12	1989 1. Hj.[5]
				Anteil in vH						
100	3,6	46,8	4,7	32,7	9,3	15,2	19,8	11,7	2,9	1960
100	3,2	47,1	4,5	33,2	9,4	15,3	19,9	11,9	2,7	1961
100	3,2	47,1	4,4	33,3	9,3	15,4	19,8	12,0	2,5	1962
100	3,2	46,7	4,4	33,0	9,3	15,4	20,0	12,2	2,5	1963
100	3,0	47,8	4,2	33,7	9,8	15,3	19,8	11,8	2,3	1964
100	2,7	48,1	3,9	34,5	9,7	15,4	19,9	11,7	2,2	1965
100	2,7	47,7	3,9	34,1	9,8	15,3	20,1	12,0	2,1	1966
100	3,0	46,4	3,7	33,4	9,3	15,2	20,9	12,3	2,2	1967
100	3,0	47,2	3,6	34,8	8,8	15,2	20,6	11,9	2,1	1968
100	2,7	48,1	3,6	36,2	8,3	15,5	20,2	11,5	2,0	1969
100	2,6	48,3	3,7	36,3	8,3	15,6	19,9	11,6	1,9	1970
100	2,5	47,9	3,6	35,7	8,6	15,6	20,3	11,8	1,9	1971
100	2,4	47,6	3,5	35,4	8,7	15,5	20,8	11,8	1,9	1972
100	2,4	47,8	3,6	35,8	8,4	15,4	20,7	11,8	1,9	1973
100	2,5	46,8	3,7	35,4	7,7	15,4	21,2	12,3	1,9	1974
100	2,4	45,2	3,6	34,3	7,3	15,4	22,1	12,9	2,0	1975
100	2,3	46,0	3,7	35,1	7,2	15,5	22,0	12,3	1,9	1976
100	2,3	45,5	3,6	34,7	7,2	15,8	22,4	12,1	1,9	1977
100	2,3	44,9	3,6	34,3	7,0	15,9	22,9	12,1	1,9	1978
100	2,1	45,0	3,6	34,4	7,0	15,9	23,1	12,0	1,9	1979
100	2,1	44,4	3,5	33,9	7,0	15,9	23,5	12,1	1,9	1980
100	2,1	43,3	3,4	33,3	6,6	16,1	24,2	12,3	1,9	1981
100	2,5	42,3	3,4	32,6	6,3	15,9	24,7	12,5	2,0	1982
100	2,3	42,2	3,4	32,5	6,3	16,0	25,1	12,4	2,0	1983
100	2,4	41,8	3,2	32,4	6,2	16,2	25,4	12,2	2,0	1984
100	2,2	41,7	3,1	32,8	5,8	16,2	25,8	12,0	2,1	1985
100	2,4	40,8	3,1	32,0	5,8	16,2	26,6	11,9	2,1	1986
100	2,1	39,8	3,4	30,8	5,6	16,5	27,6	11,8	2,2	1987[5]
100	2,2	39,9	3,3	30,9	5,7	16,5	27,8	11,6	2,2	1988[5]
100	0,8	40,8	3,3	31,8	5,7	16,4	28,3	11,5	2,2	1989 1. Hj.[5]

[3]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[4]) Von 1960 bis 1967 Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 Bruttowertschöpfung frei von Umsatzsteuer. —
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 22*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung, bereinigt[1])	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer[2])	Einfuhrabgaben[3])	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern[4])	Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	In jeweiligen Preisen[5])										
1960	297,00	—	5,71	302,71	+ 0,29	303,00	23,63	279,37	41,78	2,52	240,11
1961	325,49	—	6,22	331,71	− 0,31	331,40	27,12	304,28	46,19	2,66	260,75
1962	353,45	—	7,33	360,78	− 0,28	360,50	31,23	329,27	50,06	2,90	282,11
1963	374,29	—	8,08	382,37	− 0,27	382,10	34,99	347,11	52,79	3,48	297,80
1964	412,01	—	8,17	420,18	− 0,58	419,60	38,96	380,64	57,48	4,09	327,25
1965	450,29	—	8,88	459,17	− 0,97	458,20	43,31	414,89	62,19	5,75	358,45
1966	479,53	—	8,70	488,23	− 0,83	487,40	47,77	439,63	65,50	5,65	379,78
1967	485,34	—	9,01	494,35	− 0,65	493,70	50,52	443,18	67,99	5,55	380,74
1968	496,22	30,99	6,07	533,28	+ 0,42	533,70	53,65	480,05	74,94	12,98	418,09
1969	552,48	37,62	6,85	596,95	+ 0,85	597,80	58,20	539,60	88,28	11,62	462,94
1970	627,97	39,91	7,42	675,30	+ 0,40	675,70	68,03	607,67	89,05	11,78	530,40
1971	697,54	45,04	7,98	750,56	+ 1,24	751,80	77,53	674,27	98,69	12,61	588,19
1972	765,49	49,38	8,87	823,74	+ 1,36	825,10	85,36	739,74	110,18	15,78	645,34
1973	855,63	52,26	9,38	917,27	+ 1,63	918,90	94,59	824,31	121,07	18,65	721,89
1974	921,26	54,43	8,89	984,58	+ 1,02	985,60	106,46	879,14	125,04	18,86	772,96
1975	959,32	57,31	10,27	1 026,90	+ 2,50	1 029,40	115,94	913,46	130,28	20,39	803,57
1976	1 048,28	61,81	11,63	1 121,72	+ 4,48	1 126,20	124,26	1 001,94	141,92	22,13	882,15
1977	1 119,69	65,70	12,43	1 197,82	+ 1,38	1 199,20	132,96	1 066,24	152,52	24,61	938,33
1978	1 196,06	76,24	13,02	1 285,32	+ 6,28	1 291,60	143,47	1 148,13	167,56	29,67	1 010,24
1979	1 292,58	87,02	12,70	1 392,30	+ 4,30	1 396,60	156,64	1 239,96	183,16	31,12	1 087,92
1980	1 368,97	96,49	13,48	1 478,94	+ 6,26	1 485,20	173,74	1 311,46	193,39	30,53	1 148,60
1981	1 426,07	100,78	14,08	1 540,93	+ 4,17	1 545,10	188,64	1 356,46	198,34	29,13	1 187,25
1982	1 481,73	101,38	14,81	1 597,92	− 0,82	1 597,10	201,11	1 395,99	201,89	29,42	1 223,52
1983	1 549,28	109,35	16,21	1 674,84	+ 5,56	1 680,40	211,43	1 468,97	214,51	31,78	1 286,24
1984	1 623,39	115,97	16,48	1 755,84	+14,06	1 769,90	221,98	1 547,92	226,20	36,21	1 357,93
1985	1 697,43	116,64	16,42	1 830,49	+13,81	1 844,30	231,79	1 612,51	230,29	37,81	1 420,03
1986	1 796,37	118,04	17,01	1 931,42	+13,78	1 945,20	240,75	1 704,45	236,33	41,34	1 509,46
1987 [6])	1 862,17	125,20	18,98	2 006,35	+11,35	2 017,70	249,45	1 768,25	245,61	44,63	1 567,27
1988 [6])	1 960,92	130,02	19,62	2 110,56	+11,14	2 121,70	260,81	1 860,89	256,94	47,70	1 651,65
1983 1. Hj.	741,46	53,04	7,68	802,18	+ 1,82	804,00	104,27	699,73	101,26	14,09	612,56
2. Hj.	807,82	56,31	8,53	872,66	+ 3,74	876,40	107,16	769,24	113,25	17,69	673,68
1984 1. Hj.	775,75	57,66	7,91	841,32	+ 5,78	847,10	109,76	737,34	108,52	15,79	644,61
2. Hj.	847,64	58,31	8,57	914,52	+ 8,28	922,80	112,22	810,58	117,68	20,42	713,32
1985 1. Hj.	805,36	57,77	7,77	870,90	+ 6,10	877,00	115,00	762,00	109,82	16,50	668,68
2. Hj.	892,07	58,87	8,65	959,59	+ 7,71	967,30	116,79	850,51	120,47	21,31	751,35
1986 1. Hj.	853,49	58,02	8,05	919,56	+ 5,24	924,80	119,21	805,59	112,01	17,62	711,20
2. Hj.	942,88	60,02	8,96	1 011,86	+ 8,54	1 020,40	121,54	898,86	124,32	23,72	798,26
1987 1. Hj. [6])	889,38	61,66	8,69	959,73	+ 3,87	963,60	123,68	839,92	116,35	19,78	743,35
2. Hj. [6])	972,79	63,54	10,29	1 046,62	+ 7,48	1 054,10	125,77	928,33	129,26	24,85	823,92
1988 1. Hj. [6])	935,94	64,33	9,49	1 009,76	+ 3,74	1 013,50	128,78	884,72	123,15	22,45	784,02
2. Hj. [6])	1 024,98	65,69	10,13	1 100,80	+ 7,40	1 108,20	132,03	976,17	133,79	25,25	867,63
1989 1. Hj. [6])	995,06	67,90	11,11	1 074,07	+10,63	1 084,70	136,37	948,33	132,54	20,16	835,95

[1]) Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.

[2]) Kassenaufkommen an Steuern vom Umsatz sowie einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen (u. a. nach dem Berlinförderungsgesetz, für Lieferungen aus der DDR [§ 26 Abs. 4 UStG] für die Landwirtschaft [§ 24 UStG von 1967], für die Besteuerung von Kleinunternehmern [§ 19 UStG von 1979] sowie 1968 einmalig für die Entlastung der Altvorräte [§ 28 UStG von 1967]).

Tabelle 22*

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Brutto-wert-schöpfung, bereinigt[1])	Nicht-abzugs-fähige Umsatz-steuer[2])	Einfuhr-abgaben[3])	Brutto-inlands-produkt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozial-produkt	Abschreibungen	Netto-sozial-produkt zu Markt-preisen	Zeitraum
				In Preisen von 1980				
679,26	45,24	4,44	728,94	+ 2,76	731,70	55,60	676,10	1960
710,03	47,94	4,75	762,72	+ 0,98	763,70	60,87	702,83	1961
742,18	50,95	5,69	798,82	+ 0,98	799,80	66,49	733,31	1962
762,77	52,96	5,22	820,95	+ 0,85	821,80	72,17	749,63	1963
812,42	56,78	6,49	875,69	+ 0,01	875,70	77,97	797,73	1964
856,16	60,19	7,35	923,70	− 1,00	922,70	84,09	838,61	1965
882,09	61,89	6,89	950,87	− 0,77	950,10	90,15	859,95	1966
881,54	61,69	6,51	949,74	− 0,34	949,40	95,47	853,93	1967
932,05	63,98	6,51	1 002,54	+ 1,66	1 004,20	100,34	903,86	1968
1 001,02	69,05	7,28	1 077,35	+ 2,25	1 079,60	105,88	973,72	1969
1 050,43	74,06	8,33	1 132,82	+ 1,18	1 134,00	112,64	1 021,36	1970
1 078,41	78,02	9,17	1 165,60	+ 2,40	1 168,00	120,20	1 047,80	1971
1 122,82	81,57	10,31	1 214,70	+ 2,30	1 217,00	127,76	1 089,24	1972
1 178,42	82,62	10,61	1 271,65	+ 2,45	1 274,10	135,03	1 139,07	1973
1 185,19	81,15	8,76	1 275,10	+ 1,40	1 276,50	141,16	1 135,34	1974
1 161,80	82,65	10,38	1 254,83	+ 3,17	1 258,00	146,09	1 111,91	1975
1 224,85	85,87	12,02	1 322,74	+ 5,46	1 328,20	150,80	1 177,40	1976
1 260,70	88,59	12,50	1 361,79	+ 1,61	1 363,40	155,75	1 207,65	1977
1 296,02	91,87	13,01	1 400,90	+ 7,00	1 407,90	161,11	1 246,79	1978
1 351,74	95,04	12,26	1 459,04	+ 4,56	1 463,60	167,16	1 296,44	1979
1 368,97	96,49	13,48	1 478,94	+ 6,26	1 485,20	173,74	1 311,46	1980
1 372,94	95,01	13,44	1 481,39	+ 3,91	1 485,30	179,98	1 305,32	1981
1 365,84	92,61	13,38	1 471,83	− 0,83	1 471,00	185,22	1 285,78	1982
1 384,91	94,42	14,59	1 493,92	+ 4,98	1 498,90	190,81	1 308,09	1983
1 425,75	95,23	15,01	1 535,99	+12,11	1 548,10	196,08	1 352,02	1984
1 458,16	92,64	15,68	1 566,48	+11,62	1 578,10	201,13	1 376,97	1985
1 492,39	93,87	16,95	1 603,21	+11,49	1 614,70	205,90	1 408,80	1986
1 514,31	98,99	19,38	1 632,68	+ 9,22	1 641,90	211,22	1 430,68	1987 [6])
1 571,42	101,32	20,19	1 692,93	+ 8,87	1 701,80	217,59	1 484,21	1988 [6])
672,97	47,99	7,16	728,12	+ 1,68	729,80	94,75	635,05	1983 1. Hj.
711,94	46,43	7,43	765,80	+ 3,30	769,10	96,06	673,04	2. Hj.
691,29	47,73	7,33	746,35	+ 5,05	751,40	97,41	653,99	1984 1. Hj.
734,46	47,50	7,68	789,64	+ 7,06	796,70	98,67	698,03	2. Hj.
704,02	46,20	7,60	757,82	+ 5,18	763,00	99,94	663,06	1985 1. Hj.
754,14	46,44	8,08	808,66	+ 6,44	815,10	101,19	713,91	2. Hj.
722,23	46,39	8,08	776,70	+ 4,40	781,10	102,32	678,78	1986 1. Hj.
770,16	47,48	8,87	826,51	+ 7,09	833,60	103,58	730,02	2. Hj.
730,67	49,18	9,01	788,86	+ 3,14	792,00	104,88	687,12	1987 1. Hj. [6])
783,64	49,81	10,37	843,82	+ 6,08	849,90	106,34	743,56	2. Hj. [6])
760,34	50,65	9,84	820,83	+ 2,97	823,80	107,94	715,86	1988 1. Hj. [6])
811,08	50,67	10,35	872,10	+ 5,90	878,00	109,65	768,35	2. Hj. [6])
791,44	51,83	10,27	853,54	+ 8,46	862,00	111,52	750,48	1989 1. Hj. [6])

[3]) Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer.

[4]) Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben.

[5]) Von 1960 bis 1967 Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben frei von Umsatzsteuer.

[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23 *

Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung
Entstehung des Sozialprodukts
Mrd DM

Vierteljahr [1])	Bruttoinlandsprodukt [2])	Bruttowertschöpfung		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Waren-produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr [4])	Dienstleistungs-unternehmen [5])	Staat, private Haushalte [6])	Nachrichtlich
		bereinigt [3])	unbereinigt						unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
				In jeweiligen Preisen					
1984 1. Vj.	420,59	386,70	407,53	3,36	173,98	64,90	111,40	53,89	20,83
2. Vj.	420,73	389,05	410,10	3,70	171,64	66,58	114,00	54,18	21,05
3. Vj.	441,80	409,72	430,84	18,46	174,67	65,72	116,34	55,65	21,12
4. Vj.	472,72	437,92	458,99	9,13	190,26	71,36	117,67	70,57	21,07
1985 1. Vj.	428,81	395,23	416,28	3,27	172,53	65,94	118,15	56,39	21,05
2. Vj.	442,09	410,13	431,21	3,22	183,76	67,81	119,76	56,66	21,08
3. Vj.	465,58	433,78	454,85	16,07	188,55	68,86	123,23	58,14	21,07
4. Vj.	494,01	458,29	479,33	9,68	200,68	72,47	123,82	72,68	21,04
1986 1. Vj.	447,11	413,43	434,42	3,26	181,18	67,43	123,78	58,77	20,99
2. Vj.	472,45	440,06	461,03	3,63	198,72	71,94	126,50	60,24	20,97
3. Vj.	489,81	457,10	478,02	16,66	197,32	71,10	131,28	61,66	20,92
4. Vj.	522,05	485,78	506,59	10,11	210,76	76,10	133,13	76,49	20,81
1987 1. Vj.	471,46	435,28	455,93	2,93	190,46	68,56	133,69	60,29	20,65
2. Vj.	488,27	454,10	474,56	3,51	199,51	71,76	135,79	63,99	20,46
3. Vj.	505,11	470,37	490,85	14,65	199,71	72,83	139,41	64,25	20,48
4. Vj.	541,51	502,42	523,15	8,81	215,31	78,35	140,93	79,75	20,73
1988 1. Vj.	498,51	461,01	481,92	2,60	200,73	72,63	143,04	62,92	20,91
2. Vj.	511,25	474,93	495,96	3,68	208,03	74,55	144,91	64,79	21,03
3. Vj.	531,84	495,74	516,93	15,73	209,02	75,96	149,88	66,34	21,19
4. Vj.	568,96	529,24	550,64	10,14	224,40	81,50	152,22	82,38	21,40
1989 1. Vj.	528,39	488,20	509,74	3,29	212,70	75,96	152,36	65,43	21,54
2. Vj.	545,68	506,86	528,42	4,42	224,60	79,29	153,89	66,22	21,56
				In Preisen von 1980					
1984 1. Vj.	374,30	345,66	360,71	3,89	153,08	58,17	92,94	52,63	15,05
2. Vj.	372,05	345,63	360,69	3,98	150,49	59,39	94,05	52,78	15,06
3. Vj.	388,51	361,39	376,66	17,87	151,93	59,19	94,89	52,78	15,27
4. Vj.	401,13	373,07	388,25	9,95	166,08	64,23	95,19	52,80	15,18
1985 1. Vj.	374,45	346,71	362,53	3,47	150,29	58,46	96,74	53,57	15,82
2. Vj.	383,37	357,31	373,10	3,37	157,73	60,54	97,73	53,73	15,79
3. Vj.	399,89	373,57	389,50	17,48	158,10	61,30	98,87	53,75	15,93
4. Vj.	408,77	380,57	396,41	9,48	168,04	65,46	99,58	53,85	15,84
1986 1. Vj.	379,25	351,50	368,06	3,41	149,10	59,12	101,90	54,53	16,56
2. Vj.	397,45	370,73	387,60	4,25	161,80	63,88	102,98	54,69	16,87
3. Vj.	407,89	380,60	397,65	17,67	158,21	62,34	104,64	54,79	17,05
4. Vj.	418,62	389,56	406,34	11,35	167,67	67,36	105,07	54,89	16,78
1987 1. Vj.	388,01	357,89	375,47	2,99	148,50	61,05	107,48	55,45	17,58
2. Vj.	400,85	372,78	390,43	3,88	157,50	64,52	108,96	55,57	17,65
3. Vj.	414,94	386,04	403,92	16,87	156,40	64,73	110,34	55,58	17,88
4. Vj.	428,88	397,60	415,22	9,61	168,39	70,73	110,85	55,64	17,62
1988 1. Vj.	406,57	375,64	393,95	2,73	157,94	64,62	112,37	56,29	18,31
2. Vj.	414,26	384,70	403,00	3,87	162,67	66,59	113,50	56,37	18,30
3. Vj.	430,00	400,28	418,97	18,18	162,16	66,84	115,42	56,37	18,69
4. Vj.	442,10	410,80	429,29	10,86	173,23	72,66	116,13	56,41	18,49
1989 1. Vj.	420,85	388,84	407,77	3,06	165,06	66,29	116,62	56,74	18,93
2. Vj.	432,69	402,60	421,68	3,99	173,70	69,34	117,71	56,94	19,08

[1]) Ab 1987 vorläufige Ergebnisse.
[2]) Bereinigte Bruttowertschöpfung zuzüglich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben.
[3]) Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.
[4]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[5]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[6]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 24*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte[4]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne[5]	des Staates[6]
		brutto[1]	netto[2]	brutto	netto[3]			
1960	240,11	144,39	104,89	95,72	75,44	81,05	12,60	2,07
1961	260,75	162,81	117,36	97,94	75,12	82,26	13,18	2,50
1962	282,11	180,13	129,26	101,98	77,01	87,09	12,47	2,42
1963	297,80	193,15	138,06	104,65	78,52	88,85	13,19	2,61
1964	327,25	211,17	151,16	116,08	88,14	98,70	14,74	2,64
1965	358,45	234,13	168,32	124,32	96,73	105,72	16,01	2,59
1966	379,78	252,06	178,28	127,72	99,11	110,12	15,30	2,30
1967	380,74	251,84	177,45	128,90	99,81	112,98	14,33	1,59
1968	418,09	270,38	187,05	147,71	116,11	126,89	18,75	2,07
1969	462,94	304,07	206,54	158,87	123,36	133,89	22,88	2,10
1970	530,40	360,64	238,60	169,76	137,28	151,97	15,58	2,21
1971	588,19	409,11	265,22	179,08	144,07	160,06	17,09	1,93
1972	645,34	450,26	290,66	195,08	157,20	171,77	23,06	0,25
1973	721,89	510,93	316,70	210,96	163,29	179,13	31,20	0,63
1974	772,96	563,12	342,40	209,84	161,97	186,63	24,60	− 1,39
1975	803,57	587,20	355,41	216,37	170,65	197,52	23,18	− 4,33
1976	882,15	631,29	369,75	250,86	196,92	225,61	32,07	− 6,82
1977	938,33	676,03	392,51	262,30	195,79	238,75	32,99	− 9,44
1978	1 010,24	721,64	422,36	288,60	222,85	252,66	44,75	− 8,81
1979	1 087,92	777,85	456,08	310,07	244,01	267,50	51,55	− 8,98
1980	1 148,60	844,41	487,19	304,19	242,10	270,25	45,74	−11,80
1981	1 187,25	882,95	505,81	304,30	245,27	268,40	50,61	−14,71
1982	1 223,52	902,52	510,84	321,00	259,36	286,22	48,61	−13,83
1983	1 286,24	920,91	513,41	365,33	305,30	321,60	63,09	−19,36
1984	1 357,93	954,00	523,41	403,93	340,05	352,02	72,62	−20,71
1985	1 420,03	991,00	536,11	429,03	357,22	374,56	75,00	−20,53
1986 [7]	1 509,46	1 041,35	564,68	468,11	394,83	421,19	70,22	−23,30
1987 [7]	1 567,27	1 084,14	580,52	483,13	414,84	437,13	76,54	−30,54
1988 [7]	1 651,65	1 126,36	604,78	525,29	451,25	565,04		−39,75
1984 1. Hj.	644,61	448,99	248,83	195,62	165,32	207,39		−11,77
2. Hj.	713,32	505,01	274,58	208,31	174,73	217,25		− 8,94
1985 1. Hj.	668,68	465,04	254,28	203,64	169,74	216,22		−12,58
2. Hj.	751,35	525,96	281,83	225,39	187,48	233,34		− 7,95
1986 1. Hj.	711,20	488,45	267,60	222,75	186,92	234,74		−11,99
2. Hj.	798,26	552,90	297,08	245,36	207,91	256,67		−11,31
1987 1. Hj. [7]	743,35	509,60	275,98	233,75	202,76	249,02		−15,27
2. Hj. [7]	823,92	574,54	304,54	249,38	212,08	264,65		−15,27
1988 1. Hj. [7]	784,02	530,34	287,78	253,68	219,68	276,51		−22,83
2. Hj. [7]	867,63	596,02	317,00	271,61	231,57	288,53		−16,92
1989 1. Hj. [7]	835,95	554,24	297,82	281,71	239,94	296,20		−14,49

[1]) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber. — [2]) Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer. — [3]) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern vor Abzug der Investitionszulage [ab 1969], Lastenausgleichsabgaben, Pflichtbeiträge der Selbständigen; rückzahlbarer Konjunkturzuschlag [1970/71]) zuzüglich „Sonstige Zu- und Absetzungen" (Saldo der Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen, der Schadenversicherungstransaktionen sowie den übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit). — [4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — [5]) Vor der Umverteilung. — [6]) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden. — [7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Verwendung des Volkseinkommens
Mrd DM

Jahr	Volkseinkommen[1]	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen[2]	Davon							
				Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Nettoinvestitionen[3]			Außenbeitrag[4]		
						zusammen	davon Unternehmen[5]	davon Staat	zusammen	davon Saldo der Waren und Dienstleistungen	davon Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen
1960	240,11	39,26	279,37	171,84	40,45	59,15	50,55	8,60	7,93	7,64	0,29
1961	260,75	43,53	304,28	188,33	45,78	63,04	52,84	10,20	7,13	7,44	−0,31
1962	282,11	47,16	329,27	204,79	52,83	67,35	54,47	12,88	4,30	4,58	−0,28
1963	297,80	49,31	347,11	216,79	59,39	65,32	49,78	15,54	5,61	5,88	−0,27
1964	327,25	53,39	380,64	233,50	62,10	79,14	60,00	19,14	5,90	6,48	−0,58
1965	358,45	56,44	414,89	257,62	69,65	87,29	68,37	18,92	0,33	1,30	−0,97
1966	379,78	59,85	439,63	275,06	75,45	81,70	62,65	19,05	7,42	8,25	−0,83
1967	380,74	62,44	443,18	282,63	80,05	63,16	46,56	16,60	17,34	17,99	−0,65
1968	418,09	61,96	480,05	300,74	82,73	76,84	58,64	18,20	19,74	19,32	0,42
1969	462,94	76,66	539,60	330,90	93,12	98,00	77,01	20,99	17,58	16,73	0,85
1970	530,40	77,27	607,67	368,85	106,47	118,22	90,20	28,02	14,13	13,73	0,40
1971	588,19	86,08	674,27	409,44	126,82	123,08	92,96	30,12	14,93	13,69	1,24
1972	645,34	94,40	739,74	452,10	141,13	128,61	98,93	29,68	17,90	16,54	1,36
1973	721,89	102,42	824,31	495,36	163,16	137,17	106,69	30,48	28,62	26,99	1.63
1974	772,96	106,18	879,14	533,74	190,21	111,25	76,34	34,91	43,94	42,92	1,02
1975	803,57	109,89	913,46	585,33	210,01	88,07	53,44	34,63	30,05	27,55	2,50
1976	882,15	119,79	1 001,94	632,51	221,73	118,59	85,29	33,30	29,11	24,63	4,48
1977	938,33	127,91	1 066,24	683,16	234,96	118,97	86,40	32,57	29,15	27,77	1,38
1978	1 010,24	137,89	1 148,13	728,90	252,86	128,89	93,57	35,32	37,48	31,20	6,28
1979	1 087,92	152,04	1 239,96	785,02	273,34	170,28	130,81	39,47	11,32	7,02	4,30
1980	1 148,60	162,86	1 311,46	840,78	297,79	175,86	131,76	44,10	−2,97	−9,23	6,26
1981	1 187,25	169,21	1 356,46	887,85	318,16	135,20	95,66	39,54	15,25	11,08	4,17
1982	1 223,52	172,47	1 395,99	918,05	326,19	114,28	80,29	33,99	37,47	38,29	−0,82
1983	1 286,24	182,73	1 468,97	964,16	336,21	130,59	100,77	29,82	38,01	32,45	5,56
1984	1 357,93	189,99	1 547,92	1 003,57	350,23	139,25	110,09	29,16	54,87	40,81	14,06
1985	1 420,03	192,48	1 612,51	1 038,34	365,66	128,31	98,79	29,52	80,20	66,39	13,81
1986	1 509,46	194,99	1 704,45	1 068,61	382,72	138,14	104,87	33,27	114,98	101,20	13,78
1987[6]	1 567,27	200,98	1 768,25	1 112,68	396,97	145,97	112,30	33,67	112,63	101,28	11,35
1988[6]	1 651,65	209,24	1 860,89	1 156,81	411,46	172,03	137,25	34,78	120,59	109,45	11,14

[1]) Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.
[2]) Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen abzüglich Abschreibungen.
[3]) Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen plus Vorratsveränderung) abzüglich Abschreibungen.
[4]) Ausfuhr minus Einfuhr in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 26*

Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]		Netto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]		Produktivität[2]		Lohnstückkosten[3]
	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	1980 = 100
1960	4 332	23,2	6 148	20,5	5 178	24,5	27 968	49,7	39,1
1961	4 641	24,9	6 775	22,6	5 661	26,7	28 862	51,3	41,7
1962	4 963	26,6	7 395	24,7	6 146	29,0	30 124	53,5	43,6
1963	5 189	27,8	7 850	26,2	6 493	30,7	30 885	54,9	45,1
1964	5 645	30,3	8 556	28,5	7 036	33,2	32 916	58,5	45,8
1965	6 115	32,8	9 336	31,1	7 736	36,5	34 524	61,3	47,8
1966	6 421	34,4	10 014	33,4	8 191	38,7	35 649	63,3	49,9
1967	6 422	34,4	10 349	34,5	8 428	39,8	36 806	65,4	49,9
1968	7 027	37,7	10 988	36,6	8 830	41,7	38 820	69,0	50,5
1969	7 707	41,3	12 003	40,0	9 495	44,8	41 077	73,0	52,2
1970	8 745	46,9	13 841	46,1	10 726	50,7	42 651	75,8	58,3
1971	9 598	51,4	15 403	51,4	11 732	55,4	43 621	77,5	63,7
1972	10 464	56,1	16 821	56,1	12 842	60,6	45 561	81,0	67,0
1973	11 648	62,4	18 711	62,4	13 826	65,3	47 363	84,2	72,3
1974	12 456	66,8	20 742	69,2	15 124	71,4	48 122	85,5	79,3
1975	12 997	69,7	22 071	73,6	16 145	76,2	48 739	86,6	84,0
1976	14 337	76,8	23 618	78,7	16 854	79,6	51 811	92,1	85,2
1977	15 282	81,9	25 237	84,1	17 818	84,2	53 424	94,9	88,1
1978	16 473	88,3	26 596	88,7	18 971	89,6	54 629	97,1	91,0
1979	17 730	95,0	28 106	93,7	20 124	95,0	56 128	99,7	93,8
1980	18 656	100	29 995	100	21 174	100	56 281	100	100
1981	19 248	103,2	31 457	104,9	22 118	104,5	56 776	100,9	104,3
1982	19 850	106,4	32 750	109,2	22 769	107,5	57 379	102,0	107,5
1983	20 941	112,2	33 811	112,7	23 277	109,9	59 137	105,1	108,2
1984	22 197	119,0	34 821	116,1	23 687	111,9	60 752	107,9	108,9
1985	23 270	124,7	35 844	119,5	24 069	113,7	61 546	109,4	110,8
1986[4]	24 719	132,5	37 189	124,0	25 049	118,3	62 357	110,8	113,6
1987[4]	25 661	137,5	38 302	127,7	25 510	120,5	63 011	112,0	115,9
1988[4]	26 878	144,1	39 495	131,7	26 381	124,6	64 915	115,3	116,1
1983 1. Hj.	9 964	106,8	15 947	106,3	11 099	104,8	28 949	102,9	104,4
2. Hj.	10 978	117,7	17 854	119,0	12 172	115,0	30 183	107,3	111,7
1984 1. Hj.	10 525	112,8	16 513	110,1	11 348	107,2	29 718	105,6	105,6
2. Hj.	11 674	125,2	18 295	122,0	12 331	116,5	31 025	110,3	112,0
1985 1. Hj.	10 958	117,5	16 970	113,2	11 522	108,8	30 017	106,7	107,6
2. Hj.	12 311	132,0	18 857	125,7	12 537	118,4	31 517	112,0	113,8
1986 1. Hj.	11 655	124,9	17 626	117,5	11 995	113,3	30 485	108,3	110,2
2. Hj.	13 062	140,0	19 543	130,3	13 043	123,2	31 860	113,2	116,8
1987 1. Hj.[4]	12 164	130,4	18 132	120,9	12 221	115,4	30 648	108,9	112,9
2. Hj.[4]	13 468	144,4	20 154	134,4	13 281	125,4	32 351	115,0	118,7
1988 1. Hj.[4]	12 785	137,1	18 743	125,0	12 662	119,6	31 713	112,7	112,8
2. Hj.[4]	14 089	151,0	20 735	138,3	13 710	129,5	33 191	117,9	119,1
1989 1. Hj.[4]	...	...	19 363	129,1	12 927	122,1	32 578	115,8	113,3

[1]) Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).

[2]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

[3]) Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.

[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 27 *

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen [1])

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2])	Dienstleistungsunternehmen [3])	Staat	Private Haushalte [4])
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM									
1960	143,16	2,69	81,67	6,99	62,04	12,64	23,41	10,20	20,44	4,75
1961	161,64	2,70	92,99	7,44	70,66	14,89	25,77	11,77	23,44	4,97
1962	178,84	2,85	103,47	7,85	78,58	17,04	28,40	13,53	25,59	5,00
1963	191,86	2,94	108,60	7,99	82,07	18,54	31,44	15,13	28,38	5,37
1964	209,93	3,05	119,19	8,02	89,28	21,89	34,45	16,59	30,99	5,66
1965	232,96	3,15	132,03	8,83	99,78	23,42	37,99	18,37	35,27	6,15
1966	250,83	3,30	139,87	9,00	105,78	25,09	41,52	20,15	39,39	6,60
1967	250,35	3,06	134,21	8,70	102,46	23,05	42,46	21,84	41,78	7,00
1968	268,84	2,95	145,78	8,66	112,76	24,36	44,83	23,41	44,51	7,36
1969	302,62	3,13	165,29	9,40	129,56	26,33	49,59	25,97	50,45	8,19
1970	359,29	3,53	199,40	11,27	155,61	32,52	57,65	30,47	59,20	9,04
1971	407,77	3,76	219,77	12,66	169,51	37,60	67,17	35,60	70,76	10,71
1972	449,12	3,80	238,66	13,35	182,11	43,20	75,37	39,73	79,52	12,04
1973	509,87	4,01	267,55	14,75	205,74	47,06	86,21	45,52	92,60	13,98
1974	562,05	4,35	287,56	16,93	223,79	46,84	94,28	52,26	107,66	15,94
1975	585,93	4,57	291,28	18,63	227,44	45,21	98,47	57,16	117,02	17,43
1976	630,02	4,95	314,63	19,69	247,04	47,90	105,51	63,05	123,43	18,45
1977	674,70	5,43	336,67	21,08	266,51	49,08	112,65	68,43	131,76	19,76
1978	720,24	5,88	358,50	22,09	283,68	52,73	120,71	73,69	140,52	20,94
1979	776,39	6,49	387,28	24,05	304,65	58,58	128,86	80,71	150,54	22,51
1980	842,84	6,93	419,09	26,10	328,56	64,43	140,90	88,66	162,66	24,60
1981	881,20	7,20	432,15	27,75	339,09	65,31	147,16	95,59	173,00	26,10
1982	900,37	7,63	436,05	28,51	341,88	65,66	150,00	100,77	178,07	27,85
1983	917,57	8,02	438,85	28,92	343,52	66,41	152,39	105,21	183,59	29,51
1984	950,49	8,51	454,41	29,37	356,74	68,30	158,24	111,14	187,23	30,96
1985	987,18	8,71	469,83	30,44	376,01	63,38	163,34	118,15	194,11	33,04
1986	1 037,21	8,87	491,29	31,27	394,72	65,30	169,78	127,46	203,54	36,27
1987 [5])	1 079,75	9,00	508,41	32,23	410,58	65,60	176,32	135,81	211,39	38,82
1988 [5])	1 121,92	9,08	527,13	32,73	425,82	68,58	183,76	144,36	216,94	40,65
	Anteil in vH									
1960	100	1,9	57,0	4,9	43,3	8,8	16,4	7,1	14,3	3,3
1961	100	1,7	57,5	4,6	43,7	9,2	15,9	7,3	14,5	3,1
1962	100	1,6	57,9	4,4	43,9	9,5	15,9	7,6	14,3	2,8
1963	100	1,5	56,6	4,2	42,8	9,7	16,4	7,9	14,8	2,8
1964	100	1,5	56,8	3,8	42,5	10,4	16,4	7,9	14,8	2,7
1965	100	1,4	56,7	3,8	42,8	10,1	16,3	7,9	15,1	2,6
1966	100	1,3	55,8	3,6	42,2	10,0	16,6	8,0	15,7	2,6
1967	100	1,2	53,6	3,5	40,9	9,2	17,0	8,7	16,7	2,8
1968	100	1,1	54,2	3,2	41,9	9,1	16,7	8,7	16,6	2,7
1969	100	1,0	54,6	3,1	42,8	8,7	16,4	8,6	16,7	2,7
1970	100	1,0	55,5	3,1	43,3	9,1	16,0	8,5	16,5	2,5
1971	100	0,9	53,9	3,1	41,6	9,2	16,5	8,7	17,4	2,6
1972	100	0,8	53,1	3,0	40,5	9,6	16,8	8,8	17,7	2,7
1973	100	0,8	52,5	2,9	40,4	9,2	16,9	8,9	18,2	2,7
1974	100	0,8	51,2	3,0	39,8	8,3	16,8	9,3	19,2	2,8
1975	100	0,8	49,7	3,2	38,8	7,7	16,8	9,8	20,0	3,0
1976	100	0,8	49,9	3,1	39,2	7,6	16,7	10,0	19,6	2,9
1977	100	0,8	49,9	3,1	39,5	7,3	16,7	10,1	19,5	2,9
1978	100	0,8	49,8	3,1	39,4	7,3	16,8	10,2	19,5	2,9
1979	100	0,8	49,9	3,1	39,2	7,5	16,6	10,4	19,4	2,9
1980	100	0,8	49,7	3,1	39,0	7,6	16,7	10,5	19,3	2,9
1981	100	0,8	49,0	3,1	38,5	7,4	16,7	10,8	19,6	3,0
1982	100	0,8	48,4	3,2	38,0	7,3	16,7	11,2	19,8	3,1
1983	100	0,9	47,8	3,2	37,4	7,2	16,6	11,5	20,0	3,2
1984	100	0,9	47,8	3,1	37,5	7,2	16,6	11,7	19,7	3,3
1985	100	0,9	47,6	3,1	38,1	6,4	16,5	12,0	19,7	3,3
1986	100	0,9	47,4	3,0	38,1	6,3	16,4	12,3	19,6	3,5
1987 [5])	100	0,8	47,1	3,0	38,0	6,1	16,3	12,6	19,6	3,6
1988 [5])	100	0,8	47,0	2,9	38,0	6,1	16,4	12,9	19,3	3,6

[1]) Inlandskonzept.
[2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen Tabelle 28*

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat	Private Haushalte[3]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Produktivität[4] (DM)									
1960	26 062	6 976	25 901	43 722	23 522	30 409	22 137	57 982	38 518	26 191
1961	26 869	6 628	26 621	45 055	24 276	31 175	23 035	59 913	38 555	26 781
1962	27 988	7 421	27 606	47 980	25 365	31 158	24 179	61 053	38 722	27 819
1963	28 696	8 047	28 158	51 459	26 049	30 408	24 706	61 354	38 899	28 132
1964	30 538	8 268	30 532	53 089	28 338	33 367	26 415	63 510	38 594	28 685
1965	32 000	8 202	32 018	52 977	30 049	34 580	28 121	65 600	39 087	29 538
1966	33 071	8 892	33 115	55 828	30 936	36 162	28 773	66 800	39 908	30 156
1967	34 163	10 197	34 234	56 942	32 056	37 479	29 269	68 198	39 996	30 441
1968	36 090	11 308	36 685	62 815	35 158	36 770	31 115	69 440	40 838	31 014
1969	38 166	11 587	38 950	68 108	37 756	37 254	33 912	72 140	41 256	31 615
1970	39 549	12 657	40 227	73 230	38 804	38 594	35 386	73 437	41 971	32 326
1971	40 358	13 187	41 067	72 182	39 524	40 378	35 533	74 806	42 026	32 624
1972	42 115	13 548	43 408	76 102	41 680	43 246	36 241	78 723	42 001	32 897
1973	43 891	15 286	45 647	84 757	44 168	43 281	37 300	80 535	42 557	33 128
1974	44 729	16 694	46 452	88 569	44 968	43 006	37 800	81 608	42 929	33 357
1975	45 125	16 452	46 776	83 210	45 283	44 196	38 056	82 545	43 174	33 528
1976	47 977	17 081	51 077	91 321	49 800	46 505	40 752	85 208	42 968	33 702
1977	49 459	19 144	52 258	93 353	50 810	48 237	42 582	88 596	43 210	33 832
1978	50 539	20 410	53 049	96 391	51 738	48 078	43 959	91 596	43 524	33 960
1979	52 000	20 230	54 977	102 339	53 908	48 204	45 387	93 405	43 762	34 057
1980	52 096	21 134	54 568	100 200	53 679	47 459	45 366	93 543	44 169	34 171
1981	52 619	21 697	54 657	96 929	54 166	46 252	46 491	94 762	44 448	34 335
1982	53 247	25 814	55 130	93 957	54 812	46 361	46 859	95 978	44 437	34 387
1983	54 822	23 609	57 859	96 693	57 696	48 275	48 630	97 932	44 372	34 431
1984	56 392	25 938	59 555	97 343	59 845	48 447	50 499	99 860	44 712	34 428
1985	57 291	24 853	60 807	96 918	61 227	49 066	51 479	101 242	44 815	34 440
1986	58 047	27 414	60 565	99 243	60 274	51 152	52 933	103 881	44 959	34 475
1987[6]	58 443	25 439	60 127	110 474	59 019	51 317	54 302	105 964	44 995	34 499
1988[6]	60 256	28 041	62 661	113 528	61 459	54 263	55 587	107 199	45 499	34 527
	Lohnstückkosten[5] (1980 = 100)									
1960	38,8	58,4	39,1	41,2	41,7	30,3	39,8	32,9	26,8	26,2
1961	41,5	67,1	42,1	44,1	44,5	33,9	41,4	35,8	28,9	28,1
1962	43,5	67,9	44,6	45,1	47,0	37,0	42,9	38,9	29,8	29,5
1963	45,0	67,0	45,8	45,0	48,0	39,2	45,9	41,4	31,6	31,0
1964	45,7	70,4	46,0	44,5	47,8	40,9	46,9	42,4	33,5	32,6
1965	47,8	77,4	47,8	49,8	49,4	42,1	48,6	44,0	36,4	35,4
1966	49,7	77,1	49,5	49,5	51,3	43,5	51,6	46,0	38,7	37,8
1967	49,7	68,9	49,0	50,6	50,8	42,2	53,0	47,7	39,9	38,7
1968	50,2	64,3	49,3	48,6	50,5	44,6	52,6	48,9	41,2	40,3
1969	52,0	67,7	50,7	49,3	51,6	47,2	52,7	51,0	45,3	44,1
1970	58,2	70,4	57,9	53,8	58,7	55,9	57,7	57,4	50,2	47,9
1971	63,7	75,2	62,6	61,4	63,1	60,7	64,1	63,0	57,5	54,7
1972	67,1	79,7	65,6	63,7	65,7	65,6	69,1	65,7	61,6	59,5
1973	72,2	78,1	69,7	65,1	69,7	71,2	75,4	71,9	68,5	66,9
1974	79,0	82,2	76,1	71,3	76,3	77,4	82,3	79,5	76,1	74,2
1975	83,9	89,9	81,3	83,8	81,3	80,2	87,1	84,4	80,3	79,8
1976	85,2	95,4	81,8	81,8	82,0	81,3	87,5	87,5	83,8	83,6
1977	88,1	91,8	85,8	86,2	86,7	81,6	88,5	89,6	88,3	88,7
1978	91,1	90,8	89,7	88,9	90,4	86,3	91,1	91,4	91,3	91,5
1979	93,7	97,4	92,5	91,1	92,8	91,3	93,0	94,5	94,8	95,0
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,2	102,0	105,3	108,4	104,8	106,6	102,5	104,5	104,0	104,4
1982	107,2	90,5	109,5	114,9	108,4	113,0	106,1	108,3	106,3	107,6
1983	108,0	102,3	109,0	114,6	107,9	112,2	106,2	110,0	108,9	111,1
1984	108,6	96,9	110,6	117,7	109,1	115,2	106,0	111,6	109,9	112,6
1985	110,2	103,5	112,1	123,3	111,2	111,4	107,3	113,6	112,3	115,4
1986	113,0	96,7	116,7	123,9	116,6	113,0	108,5	115,9	116,1	121,0
1987[6]	115,7	107,5	121,9	115,7	123,9	114,6	108,9	116,4	119,3	124,7
1988[6]	115,7	100,0	121,6	115,8	123,5	114,4	109,4	118,2	121,0	127,0

[1]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [2]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [3]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [4]) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

[5]) Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.

[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 29 *

Einkommen und Einkommens

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen					Zinsen auf Konsumentenschulden	Empfangene[3] laufende Übertragungen	Geleistete[4] laufende Übertragungen	Verfügbares Einkommen insgesamt[2]
	insgesamt[2]	Erwerbseinkommen: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zusammen	darunter Bruttolohn- und -gehaltssumme	Unternehmertätigkeit[2]	Vermögenseinkommen				
1960	226,35	144,39	124,54	76,40	5,56	0,91	44,42	59,48	210,38
1961	246,16	162,81	140,44	77,30	6,05	1,09	48,64	68,91	224,80
1962	268,46	180,13	155,54	81,79	6,54	1,24	53,35	77,55	243,02
1963	283,35	193,15	166,90	82,72	7,48	1,35	57,39	84,42	254,97
1964	311,44	211,17	183,81	91,96	8,31	1,57	62,63	91,66	280,84
1965	341,56	234,13	203,13	97,63	9,80	1,71	70,38	100,20	310,03
1966	363,95	252,06	217,96	99,98	11,91	1,77	77,09	111,58	327,69
1967	366,71	251,84	217,89	102,03	12,84	1,89	85,55	114,47	335,90
1968	399,22	270,38	232,75	114,51	14,33	1,95	90,34	125,60	362,01
1969	440,38	304,07	261,10	118,89	17,42	2,42	98,12	144,11	391,97
1970	515,95	360,64	307,90	131,93	23,38	3,34	108,47	174,88	446,20
1971	573,33	409,11	348,20	138,56	25,66	4,16	122,40	205,28	486,29
1972	626,87	450,26	380,70	147,63	28,98	4,84	139,82	230,26	531,59
1973	696,35	510,93	428,60	148,35	37,07	6,29	156,48	276,45	570,09
1974	757,04	563,12	469,60	152,47	41,45	7,29	179,25	309,93	619,07
1975	791,48	587,20	485,87	160,41	43,87	6,76	219,11	326,44	677,39
1976	863,52	631,29	518,15	186,81	45,42	6,62	236,93	367,18	726,65
1977	921,83	676,03	555,95	197,03	48,77	7,05	251,83	395,15	771,46
1978	981,95	721,64	592,13	210,63	49,68	7,65	265,80	415,50	824,60
1979	1 054,98	777,85	636,97	219,31	57,82	9,63	284,05	444,77	884,63
1980	1 128,51	844,41	690,15	210,39	73,71	13,85	303,57	484,70	933,53
1981	1 168,82	882,95	719,40	197,13	88,74	17,47	329,48	511,05	969,78
1982	1 208,18	902,52	734,79	206,65	99,01	19,44	348,25	530,71	1 006,28
1983	1 260,55	920,91	745,76	246,22	93,42	18,04	355,00	545,36	1 052,15
1984	1 323,97	954,00	769,45	266,80	103,17	17,95	362,98	574,96	1 094,04
1985	1 383,90	991,00	798,38	284,56	108,34	18,34	374,86	605,92	1 134,50
1986 [6]	1 480,76	1 041,35	838,35	331,05	108,36	18,22	391,24	633,51	1 220,27
1987 [6]	1 539,03	1 084,14	871,63	346,42	108,47	17,76	412,46	666,46	1 267,27
1988 [6]	...	1 126,36	905,42	...	112,35	18,04	431,97	692,32	...
1984 1. Hj.	646,00	448,99	362,08	197,01		8,92	180,91	269,91	548,08
2. Hj.	716,53	505,01	407,37	211,52		9,03	182,07	305,05	584,52
1985 1. Hj.	672,08	465,04	374,50	207,04		9,13	186,69	283,84	565,80
2. Hj.	748,93	525,96	423,88	222,97		9,21	188,17	322,08	605,81
1986 1. Hj.	699,99	488,45	393,21	211,54		9,11	193,29	296,93	587,24
2. Hj.	778,16	552,90	445,14	225,26		9,11	197,95	336,58	630,42
1987 1. Hj. [6]	727,77	509,60	409,47	218,17		8,81	203,57	311,73	610,80
2. Hj. [6]	812,97	574,54	462,16	238,43		8,95	208,89	354,73	658,18
1988 1. Hj. [6]	757,40	530,34	425,99	227,06		8,93	213,19	324,69	636,97
2. Hj. [6]	844,32	596,02	479,43	248,30		9,11	218,78	367,63	686,36
1989 1. Hj. [6]	802,53	554,24	446,10	248,29		9,52	221,62	346,80	667,83

(Halbjahreswerte: Unternehmertätigkeit und Vermögenseinkommen zusammen)

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2]) Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[3]) Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

Tabelle 29*

verwendung der privaten Haushalte [1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Sparquote [5]) (vH)	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo	Zeitraum
171,84	38,54	22,42	16,12	*8,6*	3,01	3,02	16,11	1960
188,33	36,47	17,71	18,76	*9,1*	4,05	3,72	19,09	1961
204,79	38,23	18,92	19,31	*8,6*	4,52	4,51	19,32	1962
216,79	38,18	14,39	23,79	*9,9*	4,11	4,90	23,00	1963
233,50	47,34	17,67	29,67	*11,3*	4,58	5,86	28,39	1964
257,62	52,41	16,59	35,82	*12,2*	5,23	6,61	34,44	1965
275,06	52,63	16,56	36,07	*11,6*	5,25	7,41	33,91	1966
282,63	53,27	17,77	35,50	*11,2*	5,38	8,95	31,93	1967
300,74	61,27	18,14	43,13	*12,5*	5,75	10,24	38,64	1968
330,90	61,07	10,43	50,64	*13,3*	5,86	11,04	45,46	1969
368,85	77,35	18,23	59,12	*13,8*	8,26	12,71	54,67	1970
409,44	76,85	12,93	63,92	*13,5*	11,14	15,05	60,01	1971
452,10	79,49	3,40	76,09	*14,4*	12,58	19,07	69,60	1972
495,36	74,73	− 5,10	79,83	*13,9*	12,67	20,22	72,28	1973
533,74	85,33	− 5,68	91,01	*14,6*	15,90	23,67	83,24	1974
585,33	92,06	−11,86	103,92	*15,1*	17,66	25,36	96,22	1975
632,51	94,14	− 2,95	97,09	*13,3*	19,09	28,93	87,25	1976
683,16	88,30	− 6,40	94,70	*12,2*	19,27	30,56	83,41	1977
728,90	95,70	− 4,08	99,78	*12,0*	19,46	33,20	86,04	1978
785,02	99,61	−13,43	113,04	*12,6*	19,78	35,09	97,73	1979
840,78	92,75	−30,49	123,24	*12,8*	21,66	36,99	107,91	1980
887,85	81,93	−55,91	137,84	*13,4*	21,91	38,08	121,67	1981
918,05	88,23	−46,15	134,38	*12,8*	19,76	37,52	116,62	1982
964,16	87,99	−29,43	117,42	*10,9*	22,26	39,12	100,56	1983
1 003,57	90,47	−38,56	129,03	*11,4*	23,03	41,55	110,51	1984
1 038,34	96,16	−37,11	133,27	*11,4*	22,16	42,04	113,39	1985
1 068,61	151,66	+ 2,61	149,05	*12,2*	21,62	43,78	126,89	1986
1 112,68	154,59	− 1,71	156,30	*12,3*	23,24	47,07	132,47	1987 [6])
1 156,81	...	...	166,52	*12,6*	22,98	47,43	142,07	1988 [6])
485,83	.	.	62,25	*11,4*	11,35	20,32	53,28	1984 1. Hj.
517,74	.	.	66,78	*11,4*	11,68	21,23	57,23	2. Hj.
498,17	.	.	67,63	*12,0*	10,79	20,74	57,68	1985 1. Hj.
540,17	.	.	65,64	*10,8*	11,37	21,30	55,71	2. Hj.
515,42	.	.	71,82	*12,2*	10,54	21,32	61,04	1986 1. Hj.
553,19	.	.	77,23	*12,3*	11,08	22,46	65,85	2. Hj.
532,01	.	.	78,79	*12,9*	11,48	23,29	66,98	1987 1. Hj. [6])
580,67	.	.	77,51	*11,8*	11,76	23,78	65,49	2. Hj. [6])
555,51	.	.	81,46	*12,8*	11,26	23,77	68,95	1988 1. Hj. [6])
601,30	.	.	85,06	*12,4*	11,72	23,66	73,12	2. Hj. [6])
584,25	.	.	83,58	*12,5*	11,19	22,58	72,19	1989 1. Hj. [6])

[4]) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.
[5]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 30*

Verwendung des

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außen-beitrag[2]
				zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten				
	Mrd DM in jeweiligen Preisen									
1960	303,00	171,84	40,45	73,58	27,14	46,44	+ 9,20	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	45,78	83,46	31,32	52,14	+ 6,70	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	52,83	92,88	34,98	57,90	+ 5,70	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,39	97,71	35,64	62,07	+ 2,60	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,10	111,70	39,21	72,49	+ 6,40	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	69,65	119,90	43,35	76,55	+10,70	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	75,45	124,17	43,98	80,19	+ 5,30	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,05	114,18	41,07	73,11	− 0,50	106,41	89,07	+ 17,34
1968	533,70	300,74	82,73	119,39	43,14	76,25	+11,10	120,21	100,47	+ 19,74
1969	597,80	330,90	93,12	138,90	53,59	85,31	+17,30	137,34	119,76	+ 17,58
1970	675,70	368,85	106,47	172,05	65,88	106,17	+14,20	152,93	138,80	+ 14,13
1971	751,80	409,44	126,82	196,11	72,66	123,45	+ 4,50	169,75	154,82	+ 14,93
1972	825,10	452,10	141,13	209,17	72,74	136,43	+ 4,80	185,13	167,23	+ 17,90
1973	918,90	495,36	163,16	219,26	75,27	143,99	+12,50	217,06	188,44	+ 28,62
1974	985,60	533,74	190,21	212,71	72,36	140,35	+ 5,00	278,98	235,04	+ 43,94
1975	1 029,40	585,33	210,01	209,41	78,05	131,36	− 5,40	271,23	241,18	+ 30,05
1976	1 126,20	632,51	221,73	225,65	86,08	139,57	+17,20	309,03	279,92	+ 29,11
1977	1 199,20	683,16	234,96	242,43	95,32	147,11	+ 9,50	325,83	296,68	+ 29,15
1978	1 291,60	728,90	252,86	265,96	105,75	160,21	+ 6,40	344,70	307,22	+ 37,48
1979	1 396,60	785,02	273,34	303,42	118,97	184,45	+23,50	377,42	366,10	+ 11,32
1980	1 485,20	840,78	297,79	335,80	127,34	208,46	+13,80	422,30	425,27	− 2,97
1981	1 545,10	887,85	318,16	335,24	127,65	207,59	−11,40	482,11	466,86	+ 15,25
1982	1 597,10	918,05	326,19	326,89	124,90	201,99	−11,50	517,54	480,07	+ 37,47
1983	1 680,40	964,16	336,21	343,82	135,60	208,22	− 1,80	524,83	486,82	+ 38,01
1984	1 769,90	1 003,57	350,23	354,63	137,58	217,05	+ 6,60	590,78	535,91	+ 54,87
1985	1 844,30	1 038,34	365,66	360,80	153,85	206,95	− 0,70	647,48	567,28	+ 80,20
1986	1 945,20	1 068,61	382,72	377,39	161,38	216,01	+ 1,50	638,23	523,25	+114,98
1987[3]	2 017,70	1 112,68	396,97	389,97	170,49	219,48	+ 5,45	638,71	526,08	+112,63
1988[3]	2 121,70	1 156,81	411,46	419,13	184,88	234,25	+13,71	687,76	567,17	+120,59
1989 1. Hj.[3]	1 084,70	584,25	194,07	215,85	94,23	121,62	+17,98	385,39	312,84	+ 72,55
	Anteil in vH									
1960	100	56,7	13,3	24,3	9,0	15,3	+ 3,0	20,0	17,4	+ 2,6
1961	100	56,8	13,8	25,2	9,5	15,7	+ 2,0	19,1	16,9	+ 2,2
1962	100	56,8	14,7	25,8	9,7	16,1	+ 1,6	18,4	17,2	+ 1,2
1963	100	56,7	15,5	25,6	9,3	16,2	+ 0,7	18,9	17,4	+ 1,5
1964	100	55,6	14,8	26,6	9,3	17,3	+ 1,5	19,0	17,6	+ 1,4
1965	100	56,2	15,2	26,2	9,5	16,7	+ 2,3	19,0	19,0	+ 0,1
1966	100	56,4	15,5	25,5	9,0	16,5	+ 1,1	20,2	18,7	+ 1,5
1967	100	57,2	16,2	23,1	8,3	14,8	− 0,1	21,6	18,0	+ 3,5
1968	100	56,4	15,5	22,4	8,1	14,3	+ 2,1	22,5	18,8	+ 3,7
1969	100	55,4	15,6	23,2	9,0	14,3	+ 2,9	23,0	20,0	+ 2,9
1970	100	54,6	15,8	25,5	9,7	15,7	+ 2,1	22,6	20,5	+ 2,1
1971	100	54,5	16,9	26,1	9,7	16,4	+ 0,6	22,6	20,6	+ 2,0
1972	100	54,8	17,1	25,4	8,8	16,5	+ 0,6	22,4	20,3	+ 2,2
1973	100	53,9	17,8	23,9	8,2	15,7	+ 1,4	23,6	20,5	+ 3,1
1974	100	54,2	19,3	21,6	7,3	14,2	+ 0,5	28,3	23,8	+ 4,5
1975	100	56,9	20,4	20,3	7,6	12,8	− 0,5	26,3	23,4	+ 2,9
1976	100	56,2	19,7	20,0	7,6	12,4	+ 1,5	27,4	24,9	+ 2,6
1977	100	57,0	19,6	20,2	7,9	12,3	+ 0,8	27,2	24,7	+ 2,4
1978	100	56,4	19,6	20,6	8,2	12,4	+ 0,5	26,7	23,8	+ 2,9
1979	100	56,2	19,6	21,7	8,5	13,2	+ 1,7	27,0	26,2	+ 0,8
1980	100	56,6	20,1	22,6	8,6	14,0	+ 0,9	28,4	28,6	− 0,2
1981	100	57,5	20,6	21,7	8,3	13,4	− 0,7	31,2	30,2	+ 1,0
1982	100	57,5	20,4	20,5	7,8	12,6	− 0,7	32,4	30,1	+ 2,3
1983	100	57,4	20,0	20,5	8,1	12,4	− 0,1	31,2	29,0	+ 2,3
1984	100	56,7	19,8	20,0	7,8	12,3	+ 0,4	33,4	30,3	+ 3,1
1985	100	56,3	19,8	19,6	8,3	11,2	− 0,0	35,1	30,8	+ 4,3
1986	100	54,9	19,7	19,4	8,3	11,1	+ 0,1	32,8	26,9	+ 5,9
1987[3]	100	55,1	19,7	19,3	8,4	10,9	+ 0,3	31,7	26,1	+ 5,6
1988[3]	100	54,5	19,4	19,8	8,7	11,0	+ 0,6	32,4	26,7	+ 5,7
1989 1. Hj.[3]	100	53,9	17,9	19,9	8,7	11,2	+ 1,7	35,5	28,8	+ 6,7

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 30*

Sozialprodukts

Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außenbeitrag[2]	Zeitraum
			zusammen	Ausrüstungen	Bauten					
			Mrd DM in Preisen von 1980							
731,70	370,62	137,53	189,87	53,49	136,38	+16,90	120,89	104,11	+16,78	1960
763,70	392,71	145,93	202,52	59,76	142,76	+10,80	124,88	113,14	+11,74	1961
799,80	414,25	159,72	210,54	64,22	146,32	+10,20	129,65	124,56	+ 5,09	1962
821,80	425,84	169,43	213,46	64,45	149,01	+ 4,30	139,16	130,39	+ 8,77	1963
875,70	448,22	172,51	237,78	69,48	168,30	+ 9,70	150,08	142,59	+ 7,49	1964
922,70	479,02	180,96	248,89	74,84	174,05	+17,10	159,33	162,60	− 3,27	1965
950,10	493,66	186,71	251,92	73,50	178,42	+ 9,70	175,03	166,92	+ 8,11	1966
949,40	498,87	193,53	234,54	67,42	167,12	− 0,80	188,62	165,36	+23,26	1967
1 004,20	522,51	194,43	242,97	72,12	170,85	+17,00	212,69	185,40	+27,29	1968
1 079,60	564,14	203,02	266,84	87,75	179,09	+28,00	233,39	215,79	+17,60	1969
1 134,00	606,81	211,92	291,91	101,98	189,93	+24,40	248,43	249,47	− 1,04	1970
1 168,00	638,14	222,76	309,61	106,74	202,87	+ 7,30	264,56	274,37	− 9,81	1971
1 217,00	666,60	232,13	317,88	104,25	213,63	+ 8,30	281,97	289,88	− 7,91	1972
1 274,10	686,98	243,65	316,81	103,71	213,10	+18,40	310,55	302,29	+ 8,26	1973
1 276,50	691,49	253,39	286,43	92,24	194,19	+ 6,30	347,98	309,09	+38,89	1974
1 258,00	713,88	262,81	271,27	91,88	179,39	− 7,50	324,64	307,10	+17,54	1975
1 328,20	740,35	266,78	280,99	97,32	183,67	+22,80	356,67	339,39	+17,28	1976
1 363,40	771,83	270,43	291,05	104,92	186,13	+13,20	368,49	351,60	+16,89	1977
1 407,90	801,45	280,81	304,69	113,28	191,41	+ 8,30	383,71	371,06	+12,65	1978
1 463,60	830,41	290,32	326,72	124,15	202,57	+25,10	400,99	409,94	− 8,95	1979
1 485,20	840,78	297,79	335,80	127,34	208,46	+13,80	422,30	425,27	− 2,97	1980
1 485,30	836,38	303,29	319,69	121,81	197,88	−10,70	456,73	420,09	+36,64	1981
1 471,00	825,23	300,74	302,88	113,59	189,29	− 9,60	471,45	419,70	+51,75	1982
1 498,90	839,60	301,44	312,44	119,90	192,54	− 1,50	469,01	422,09	+46,92	1983
1 548,10	852,29	308,82	314,90	119,36	195,54	+ 5,50	511,11	444,52	+66,59	1984
1 578,10	863,98	315,31	315,08	130,53	184,55	− 0,90	545,74	461,11	+84,63	1985
1 614,70	893,39	323,40	325,40	135,85	189,55	+ 3,92	545,93	477,34	+68,59	1986
1 641,90	924,84	328,11	332,40	143,40	189,00	+ 6,20	550,53	500,18	+50,35	1987[3]
1 701,80	949,92	335,36	352,15	154,20	197,95	+13,42	582,41	531,46	+50,95	1988[3]
862,00	465,13	162,65	177,19	77,15	100,04	+16,98	319,82	279,77	+40,05	1989 1. Hj.[3]
			Anteil in vH							
100	*50,7*	*18,8*	*25,9*	*7,3*	*18,6*	*+ 2,3*	*16,5*	*14,2*	*+ 2,3*	1960
100	*51,4*	*19,1*	*26,5*	*7,8*	*18,7*	*+ 1,4*	*16,4*	*14,8*	*+ 1,5*	1961
100	*51,8*	*20,0*	*26,3*	*8,0*	*18,3*	*+ 1,3*	*16,2*	*15,6*	*+ 0,6*	1962
100	*51,8*	*20,6*	*26,0*	*7,8*	*18,1*	*+ 0,5*	*16,9*	*15,9*	*+ 1,1*	1963
100	*51,2*	*19,7*	*27,2*	*7,9*	*19,2*	*+ 1,1*	*17,1*	*16,3*	*+ 0,9*	1964
100	*51,9*	*19,6*	*27,0*	*8,1*	*18,9*	*+ 1,9*	*17,3*	*17,6*	*− 0,4*	1965
100	*52,0*	*19,7*	*26,5*	*7,7*	*18,8*	*+ 1,0*	*18,4*	*17,6*	*+ 0,9*	1966
100	*52,5*	*20,4*	*24,7*	*7,1*	*17,6*	*− 0,1*	*19,9*	*17,4*	*+ 2,4*	1967
100	*52,0*	*19,4*	*24,2*	*7,2*	*17,0*	*+ 1,7*	*21,2*	*18,5*	*+ 2,7*	1968
100	*52,3*	*18,8*	*24,7*	*8,1*	*16,6*	*+ 2,6*	*21,6*	*20,0*	*+ 1,6*	1969
100	*53,5*	*18,7*	*25,7*	*9,0*	*16,7*	*+ 2,2*	*21,9*	*22,0*	*− 0,1*	1970
100	*54,6*	*19,1*	*26,5*	*9,1*	*17,4*	*+ 0,6*	*22,7*	*23,5*	*− 0,8*	1971
100	*54,8*	*19,1*	*26,1*	*8,6*	*17,6*	*+ 0,7*	*23,2*	*23,8*	*− 0,6*	1972
100	*53,9*	*19,1*	*24,9*	*8,1*	*16,7*	*+ 1,4*	*24,4*	*23,7*	*+ 0,6*	1973
100	*54,2*	*19,9*	*22,4*	*7,2*	*15,2*	*+ 0,5*	*27,3*	*24,2*	*+ 3,0*	1974
100	*56,7*	*20,9*	*21,6*	*7,3*	*14,3*	*− 0,6*	*25,8*	*24,4*	*+ 1,4*	1975
100	*55,7*	*20,1*	*21,2*	*7,3*	*13,8*	*+ 1,7*	*26,9*	*25,6*	*+ 1,3*	1976
100	*56,6*	*19,8*	*21,3*	*7,7*	*13,7*	*+ 1,0*	*27,0*	*25,8*	*+ 1,2*	1977
100	*56,9*	*19,9*	*21,6*	*8,0*	*13,6*	*+ 0,6*	*27,3*	*26,4*	*+ 0,9*	1978
100	*56,7*	*19,8*	*22,3*	*8,5*	*13,8*	*+ 1,7*	*27,4*	*28,0*	*− 0,6*	1979
100	*56,6*	*20,1*	*22,6*	*8,6*	*14,0*	*+ 0,9*	*28,4*	*28,6*	*− 0,2*	1980
100	*56,3*	*20,4*	*21,5*	*8,2*	*13,3*	*− 0,7*	*30,8*	*28,3*	*+ 2,5*	1981
100	*56,1*	*20,4*	*20,6*	*7,7*	*12,9*	*− 0,7*	*32,0*	*28,5*	*+ 3,5*	1982
100	*56,0*	*20,1*	*20,8*	*8,0*	*12,8*	*− 0,1*	*31,3*	*28,2*	*+ 3,1*	1983
100	*55,1*	*19,9*	*20,3*	*7,7*	*12,6*	*+ 0,4*	*33,0*	*28,7*	*+ 4,3*	1984
100	*54,7*	*20,0*	*20,0*	*8,3*	*11,7*	*− 0,1*	*34,6*	*29,2*	*+ 5,4*	1985
100	*55,3*	*20,0*	*20,2*	*8,4*	*11,7*	*+ 0,2*	*33,8*	*29,6*	*+ 4,2*	1986
100	*56,3*	*20,0*	*20,2*	*8,7*	*11,5*	*+ 0,4*	*33,5*	*30,5*	*+ 3,1*	1987[3]
100	*55,8*	*19,7*	*20,7*	*9,1*	*11,6*	*+ 0,8*	*34,2*	*31,2*	*+ 3,0*	1988[3]
100	*54,0*	*18,9*	*20,6*	*9,0*	*11,6*	*+ 2,0*	*37,1*	*32,5*	*+ 4,6*	1989 1. Hj.[3]

[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Zeitraum	Insgesamt	Ausrüstungen[1]			Bauten[2]				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen[3]	Staat	zusammen	Unternehmen[3] zusammen	Unternehmen[3] darunter Wohnbauten	Staat	
	in jeweiligen Preisen								
1960	82,78	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 9,20
1961	90,16	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,70
1962	98,58	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,70
1963	100,31	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,60
1964	118,10	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,40
1965	130,60	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+10,70
1966	129,47	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 5,30
1967	113,68	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	− 0,50
1968	130,49	43,14	41,63	1,51	76,25	57,08	37,07	19,17	+11,10
1969	156,20	53,59	51,87	1,72	85,31	63,30	39,02	22,01	+17,30
1970	186,25	65,88	63,69	2,19	106,17	77,27	45,44	28,90	+14,20
1971	200,61	72,66	69,99	2,67	123,45	92,45	55,34	31,00	+ 4,50
1972	213,97	72,74	69,85	2,89	136,43	105,47	66,19	30,96	+ 4,80
1973	231,76	75,27	72,00	3,27	143,99	112,13	71,58	31,86	+12,50
1974	217,71	72,36	68,63	3,73	140,35	104,05	64,88	36,30	+ 5,00
1975	204,01	78,05	74,35	3,70	131,36	95,33	59,11	36,03	− 5,40
1976	242,85	86,08	82,51	3,57	139,57	103,85	64,78	35,72	+17,20
1977	251,93	95,32	91,35	3,97	147,11	112,04	70,29	35,07	+ 9,50
1978	272,36	105,75	101,33	4,42	160,21	122,05	76,84	38,16	+ 6,40
1979	326,92	118,97	114,01	4,96	184,45	141,60	89,31	42,85	+23,50
1980	349,60	127,34	121,88	5,46	208,46	160,83	100,57	47,63	+13,80
1981	323,84	127,65	122,55	5,10	207,59	162,87	101,27	44,72	−11,40
1982	315,39	124,90	120,23	4,67	201,99	161,40	99,17	40,59	−11,50
1983	342,02	135,60	130,94	4,66	208,22	171,11	106,79	37,11	− 1,80
1984	361,23	137,58	132,47	5,11	217,05	180,42	112,43	36,63	+ 6,60
1985	360,10	153,85	147,90	5,95	206,95	170,29	102,55	36,66	− 0,70
1986	378,89	161,38	154,84	6,54	216,01	175,68	103,07	40,33	+ 1,50
1987[4]	395,42	170,49	163,57	6,92	219,48	178,54	103,69	40,94	+ 5,45
1988[4]	432,84	184,88	177,83	7,05	234,25	191,70	110,80	42,55	+13,71
1983 1. Hj.	162,51	60,35	58,63	1,72	95,86	79,29	49,42	16,57	+ 6,30
2. Hj.	179,51	75,25	72,31	2,94	112,36	91,82	57,37	20,54	− 8,10
1984 1. Hj.	178,73	58,88	56,97	1,91	102,25	86,18	54,27	16,07	+17,60
2. Hj.	182,50	78,70	75,50	3,20	114,80	94,24	58,16	20,56	−11,00
1985 1. Hj.	176,03	68,62	66,38	2,24	93,51	78,03	47,55	15,48	+13,90
2. Hj.	184,07	85,23	81,52	3,71	113,44	92,26	55,00	21,18	−14,60
1986 1. Hj.	181,55	74,28	72,00	2,28	96,48	79,53	46,86	16,95	+10,79
2. Hj.	197,34	87,10	82,84	4,26	119,53	96,15	56,21	23,38	− 9,29
1987 1. Hj.[4]	192,93	77,48	75,02	2,46	97,12	80,15	46,69	16,97	+18,33
2. Hj.[4]	202,49	93,01	88,55	4,46	122,36	98,39	57,00	23,97	−12,88
1988 1. Hj.[4]	210,35	83,29	80,79	2,50	108,84	89,67	51,98	19,17	+18,22
2. Hj.[4]	222,49	101,59	97,04	4,55	125,41	102,03	58,82	23,38	− 4,51
1989 1. Hj.[4]	233,83	94,23	91,76	2,47	121,62	100,36	58,23	21,26	+17,98

[1]) Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen einschließlich Anlageschrott.

[2]) Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.

Tabelle 31*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Insgesamt	Ausrüstungen[1]			Bauten[2]				Vorratsveränderung	Zeitraum
	zusammen	Unternehmen[3]	Staat	zusammen	Unternehmen[3] zusammen	Unternehmen[3] darunter Wohnbauten	Staat		
				in Preisen von 1980					
206,77	53,49	51,88	1,61	136,38	113,30	71,31	23,08	+16,90	1960
213,32	59,76	57,95	1,81	142,76	117,18	73,34	25,58	+10,80	1961
220,74	64,22	62,08	2,14	146,32	116,70	73,80	29,62	+10,20	1962
217,76	64,45	62,02	2,43	149,01	114,87	73,52	34,14	+ 4,30	1963
247,48	69,48	66,95	2,53	168,30	126,46	81,81	41,84	+ 9,70	1964
265,99	74,84	72,02	2,82	174,05	131,99	85,02	42,06	+17,10	1965
261,62	73,50	70,77	2,73	178,42	135,91	88,20	42,51	+ 9,70	1966
233,74	67,42	64,85	2,57	167,12	128,34	88,08	38,78	− 0,80	1967
259,97	72,12	69,64	2,48	170,85	129,38	87,18	41,47	+17,00	1968
294,84	87,75	85,03	2,72	179,09	134,13	86,16	44,96	+28,00	1969
316,31	101,98	98,72	3,26	189,93	139,39	85,41	50,54	+24,40	1970
316,91	106,74	102,97	3,77	202,87	152,69	94,48	50,18	+ 7,30	1971
326,18	104,25	100,26	3,99	213,63	165,19	106,33	48,44	+ 8,30	1972
335,21	103,71	99,35	4,36	213,10	165,41	107,46	47,69	+18,40	1973
292,73	92,24	87,55	4,69	194,19	143,45	91,50	50,74	+ 6,30	1974
263,77	91,88	87,48	4,40	179,39	129,90	81,77	49,49	− 7,50	1975
303,79	97,32	93,19	4,13	183,67	135,80	85,50	47,87	+22,80	1976
304,25	104,92	100,48	4,44	186,13	140,73	88,50	45,40	+13,20	1977
312,99	113,28	108,50	4,78	191,41	144,99	91,39	46,42	+ 8,30	1978
351,82	124,15	118,95	5,20	202,57	155,20	98,04	47,37	+25,10	1979
349,60	127,34	121,88	5,46	208,46	160,83	100,57	47,63	+13,80	1980
308,99	121,81	116,92	4,89	197,88	154,81	95,99	43,07	−10,70	1981
293,28	113,59	109,29	4,30	189,29	150,10	91,42	39,19	− 9,60	1982
310,94	119,90	115,74	4,16	192,54	156,96	96,45	35,58	− 1,50	1983
320,40	119,36	114,92	4,44	195,54	161,07	98,41	34,47	+ 5,50	1984
314,18	130,53	125,50	5,03	184,55	150,37	88,53	34,18	− 0,90	1985
329,32	135,85	130,38	5,47	189,55	152,66	87,59	36,89	+ 3,92	1986
338,60	143,40	137,72	5,68	189,00	152,17	86,26	36,83	+ 6,20	1987 [4]
365,57	154,20	148,53	5,67	197,95	160,24	90,36	37,71	+13,42	1988 [4]
149,71	53,71	52,16	1,55	89,30	73,32	45,06	15,98	+ 6,70	1983 1. Hj.
161,23	66,19	63,58	2,61	103,24	83,64	51,39	19,60	− 8,20	2. Hj.
160,07	51,43	49,77	1,66	92,34	77,21	47,71	15,13	+16,30	1984 1. Hj.
160,33	67,93	65,15	2,78	103,20	83,86	50,70	19,34	−10,80	2. Hj.
154,79	58,31	56,43	1,88	83,48	69,04	41,14	14,44	+13,00	1985 1. Hj.
159,39	72,22	69,07	3,15	101,07	81,33	47,39	19,74	−13,90	2. Hj.
159,46	62,60	60,70	1,90	84,85	69,33	39,96	15,52	+12,01	1986 1. Hj.
169,86	73,25	69,68	3,57	104,70	83,33	47,63	21,37	− 8,09	2. Hj.
166,10	65,20	63,18	2,02	83,75	68,48	38,96	15,27	+17,15	1987 1. Hj. [4]
172,50	78,20	74,54	3,66	105,25	83,69	47,30	21,56	−10,95	2. Hj. [4]
179,97	69,73	67,70	2,03	92,47	75,42	42,66	17,05	+17,77	1988 1. Hj. [4]
185,60	84,47	80,83	3,64	105,48	84,82	47,70	20,66	− 4,35	2. Hj. [4]
194,17	77,15	75,20	1,95	100,04	81,63	46,24	18,41	+16,98	1989 1. Hj. [4]

3) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
4) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 32*

Anlageinvestitionen

Mrd

In jeweiligen Preisen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche[1]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe: zusammen	Warenproduzierendes Gewerbe: Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Warenproduzierendes Gewerbe: Verarbeitendes Gewerbe[2]	Warenproduzierendes Gewerbe: Baugewerbe	Handel und Verkehr[3]	Dienstleistungsunternehmen[4]	Wohnungsvermietung[5]	Staat[6]
	Neue Ausrüstungen									
1960	28,01	3,10	15,91	2,64	11,43	1,84	6,22	1,59		1,19
1961	32,29	3,70	18,47	2,86	13,37	2,24	6,98	1,79		1,35
1962	35,99	3,71	20,68	3,40	14,89	2,39	8,19	1,81		1,60
1963	36,68	3,43	20,42	3,30	14,64	2,48	8,98	2,02		1,83
1964	40,40	4,06	23,09	3,73	16,72	2,64	8,96	2,35		1,94
1965	44,58	4,74	25,48	3,65	19,28	2,55	9,21	2,99		2,16
1966	45,23	4,46	25,37	3,34	19,97	2,06	9,60	3,67		2,13
1967	42,34	3,36	23,65	3,65	17,86	2,14	9,19	4,08		2,06
1968	44,48	3,10	24,79	3,21	19,20	2,38	10,03	4,53		2,03
1969	55,32	4,09	31,71	3,27	25,21	3,23	11,19	6,01		2,32
1970	67,92	4,44	39,51	4,34	31,36	3,81	13,62	7,39		2,96
1971	74,99	4,12	43,41	6,10	33,08	4,23	16,03	7,89		3,54
1972	75,39	4,37	42,44	7,12	30,98	4,34	16,47	8,30		3,81
1973	77,85	5,32	40,89	7,43	29,74	3,72	17,01	10,42		4,21
1974	75,53	4,88	40,37	8,64	29,29	2,44	16,37	9,25		4,66
1975	81,39	5,46	42,91	9,52	30,56	2,83	15,98	12,50		4,54
1976	89,22	6,21	45,82	8,57	34,05	3,20	17,33	15,40		4,46
1977	98,47	7,17	47,17	7,36	36,23	3,58	19,28	19,91		4,94
1978	109,07	7,70	50,55	7,74	38,37	4,44	20,81	24,55		5,46
1979	122,20	8,02	56,23	7,58	43,09	5,56	21,59	30,26		6,10
1980	130,95	7,42	62,09	8,46	48,26	5,37	22,67	32,10		6,67
1981	132,71	6,95	62,42	9,73	48,58	4,11	24,15	32,87		6,32
1982	129,58	7,15	62,94	13,07	46,38	3,49	23,29	30,34		5,86
1983	140,49	8,39	66,46	13,12	49,39	3,95	26,17	33,51		5,96
1984	143,00	7,82	66,54	13,62	49,21	3,71	26,14	36,07		6,43
1985	159,67	7,92	76,01	13,70	58,60	3,71	29,34	38,99		7,41
1986	167,83	7,90	80,56	13,63	62,74	4,19	30,24	41,08		8,05
1987 [7]	177,68	7,79	84,78	13,92	66,45	4,41	31,20	45,40		8,51
1988	192,99	8,15	...	...	...	...	...	...		8,73
	Neue Bauten									
1960	46,44	1,22	8,34	2,17	5,87	0,30	4,62	2,72	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,39	2,35	6,68	0,36	4,96	3,20	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,26	2,80	6,06	0,40	5,55	3,74	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	9,28	2,80	6,01	0,47	5,58	3,92	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,07	3,21	6,28	0,58	5,78	5,31	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	10,75	3,45	6,76	0,54	6,14	5,88	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	10,88	3,37	6,99	0,52	6,23	6,41	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,22	3,61	5,09	0,52	6,30	4,33	34,00	17,78
1968	76,25	1,46	7,90	3,03	4,47	0,40	6,88	5,15	35,10	19,76
1969	85,31	1,36	10,17	3,18	6,53	0,46	8,63	5,44	37,07	22,64
1970	106,17	1,28	14,14	3,89	9,74	0,51	10,78	6,75	43,17	30,05
1971	123,45	1,16	16,21	5,02	10,45	0,74	12,83	8,56	52,62	32,07
1972	136,43	1,03	15,69	5,64	9,10	0,95	14,08	10,85	62,81	31,97
1973	143,99	1,11	15,37	5,54	8,80	1,03	14,45	12,64	67,79	32,63
1974	140,35	1,32	14,56	5,96	8,00	0,60	13,48	12,95	61,25	36,79
1975	131,36	1,42	14,22	7,27	6,45	0,50	12,24	11,14	55,74	36,60
1976	139,57	1,55	14,67	7,51	6,67	0,49	13,98	11,76	61,21	36,40
1977	147,11	1,73	15,89	7,36	7,86	0,67	14,44	12,90	66,23	35,92
1978	160,21	1,79	16,15	7,71	7,78	0,66	15,02	16,16	72,01	39,08
1979	184,45	1,81	19,03	8,72	9,51	0,80	16,66	19,84	83,28	43,83
1980	208,46	1,86	22,83	10,53	11,42	0,88	17,99	23,21	93,61	48,96
1981	207,59	1,76	21,98	10,27	10,83	0,88	17,11	25,11	94,88	46,75
1982	201,99	1,88	20,34	9,77	9,81	0,76	17,22	26,12	93,47	42,96
1983	208,22	2,04	19,42	9,45	9,13	0,84	18,03	29,44	99,77	39,52
1984	217,05	1,97	20,26	9,81	9,66	0,79	19,81	31,65	104,19	39,17
1985	206,95	1,95	20,23	9,58	10,04	0,61	20,31	30,87	94,79	38,80
1986	216,01	1,82	23,05	10,22	12,29	0,54	22,80	31,13	94,72	42,49
1987 [7]	219,48	1,77	23,45	9,35	13,51	0,59	23,70	32,11	95,28	43,17
1988	234,25	1,80	...	...	...	...	...	...	101,81	45,43

[1]) Einschließlich selbsterstellter Anlagen. — [2]) Einschließlich produzierendes Handwerk. — [3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung).

nach Wirtschaftsbereichen
DM

Tabelle 32*

In Preisen von 1980

Alle Wirtschaftsbereiche[1])	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe: zusammen	Warenproduzierendes Gewerbe: Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Warenproduzierendes Gewerbe: Verarbeitendes Gewerbe[2])	Warenproduzierendes Gewerbe: Baugewerbe	Handel und Verkehr[3])	Dienstleistungsunternehmen[4])	Wohnungsvermietung[5])	Staat[6])	Jahr
				Neue Ausrüstungen						
55,22	6,12	32,89	5,49	23,70	3,70	11,41	2,61		2,19	1960
61,66	7,09	36,63	5,70	26,56	4,37	12,60	2,88		2,46	1961
66,12	6,87	39,34	6,48	28,38	4,48	14,17	2,84		2,90	1962
66,38	6,33	38,35	6,22	27,54	4,59	15,30	3,12		3,28	1963
71,70	7,43	42,24	6,84	30,65	4,75	15,01	3,59		3,43	1964
77,09	8,47	45,17	6,52	34,19	4,46	15,18	4,50		3,77	1965
75,72	7,78	43,54	5,84	34,22	3,48	15,38	5,38		3,64	1966
69,74	5,79	40,08	6,26	30,23	3,59	14,65	5,77		3,45	1967
74,56	5,61	42,79	5,63	33,05	4,11	16,30	6,45		3,41	1968
90,85	7,29	53,39	5,54	42,34	5,51	18,00	8,39		3,78	1969
105,34	7,36	62,57	6,95	49,48	6,14	20,95	9,92		4,54	1970
110,31	6,43	64,95	9,23	49,26	6,46	23,54	10,27		5,12	1971
108,23	6,57	61,99	10,35	45,16	6,48	23,64	10,64		5,39	1972
107,38	7,61	57,39	10,31	41,75	5,33	23,54	13,11		5,73	1973
96,42	6,44	52,18	11,05	37,89	3,24	20,97	10,89		5,94	1974
95,89	6,57	50,93	11,31	36,21	3,41	19,02	13,92		5,45	1975
100,97	7,13	52,04	9,72	38,64	3,68	19,92	16,68		5,20	1976
108,43	7,89	52,13	8,13	39,99	4,01	21,58	21,25		5,58	1977
116,89	8,22	54,32	8,33	41,18	4,81	22,59	25,80		5,96	1978
127,54	8,32	58,85	7,91	45,09	5,85	22,61	31,33		6,43	1979
130,95	7,42	62,09	8,46	48,26	5,37	22,67	32,10		6,67	1980
126,66	6,54	59,45	9,29	46,26	3,90	23,14	31,48		6,05	1981
117,86	6,37	57,03	11,86	42,04	3,13	21,27	27,83		5,36	1982
124,24	7,23	58,47	11,58	43,44	3,45	23,25	30,01		5,28	1983
124,03	6,54	57,41	11,79	42,44	3,18	22,85	31,68		5,55	1984
135,41	6,47	63,76	11,58	49,06	3,12	25,26	33,69		6,23	1985
141,11	6,38	66,60	11,37	51,80	3,43	25,76	35,66		6,71	1986
149,12	6,25	69,50	11,51	54,44	3,55	26,58	39,83		6,96	1987 [7])
160,52	6,45	...	...	...	...	...	...		6,99	1988 [7])
				Neue Bauten						
136,38	3,52	21,88	5,07	15,95	0,86	11,42	8,01	66,40	25,15	1960
142,76	3,42	23,05	5,15	16,92	0,98	11,47	8,84	68,42	27,56	1961
146,32	3,27	21,14	5,77	14,37	1,00	11,91	9,50	69,01	31,49	1962
149,01	3,14	20,08	5,57	13,40	1,11	11,54	9,47	68,52	36,26	1963
168,30	3,35	20,86	6,11	13,43	1,32	11,60	12,28	75,75	44,46	1964
174,05	3,37	21,63	6,49	13,96	1,18	12,14	13,11	79,35	44,45	1965
178,42	3,43	21,36	6,22	14,03	1,11	12,11	13,91	82,47	45,14	1966
167,12	3,27	18,68	6,92	10,62	1,14	12,63	9,71	82,62	40,21	1967
170,85	3,46	16,23	5,96	9,39	0,88	14,16	11,48	82,55	42,97	1968
179,09	3,04	19,73	5,92	12,86	0,95	16,70	11,32	81,85	46,45	1969
189,93	2,40	23,84	6,30	16,64	0,90	17,86	11,97	81,15	52,71	1970
202,87	2,01	25,28	7,55	16,54	1,19	19,82	13,89	89,85	52,02	1971
213,63	1,68	23,36	8,17	13,74	1,45	20,97	16,67	100,90	50,05	1972
213,10	1,69	21,86	7,75	12,62	1,49	20,59	18,40	101,76	48,80	1973
194,19	1,87	19,15	7,69	10,65	0,81	17,70	17,61	86,37	51,49	1974
179,39	1,97	18,66	9,40	8,59	0,67	16,15	15,15	77,11	50,35	1975
183,67	2,07	18,75	9,51	8,60	0,64	17,81	15,39	80,83	48,82	1976
186,13	2,21	19,80	9,15	9,81	0,84	17,99	16,20	83,43	46,50	1977
191,41	2,15	19,05	9,08	9,18	0,79	17,78	19,26	85,65	47,52	1978
202,57	1,99	20,74	9,44	10,42	0,88	18,17	21,78	91,43	48,46	1979
208,46	1,86	22,83	10,53	11,42	0,88	17,99	23,21	93,61	48,96	1980
197,88	1,68	21,15	9,96	10,35	0,84	16,40	23,73	89,95	44,97	1981
189,29	1,74	19,46	9,55	9,21	0,70	16,47	24,12	86,17	41,33	1982
192,54	1,87	18,66	9,38	8,52	0,76	17,39	26,69	90,12	37,81	1983
195,54	1,78	19,09	9,60	8,79	0,70	18,73	28,03	91,14	36,77	1984
184,55	1,74	18,84	9,25	9,06	0,53	19,04	27,07	81,75	36,11	1985
189,55	1,60	20,95	9,66	10,83	0,46	20,94	26,85	80,39	38,82	1986
189,00	1,53	20,94	8,75	11,69	0,50	21,39	27,19	79,17	38,78	1987 [7])
197,95	1,54	...	...	...	...	...	...	82,94	40,19	1988 [7])

[5]) Einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer. — [6]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33 *

Einnahmen und Aus

Zeitraum	Einnahmen				Aus				
	insgesamt	Steuern	Sozialbeiträge	sonstige Einnahmen[2])	insgesamt	Staatsverbrauch[3])	Einkommensübertragungen		
							zusammen	davon	
								private Haushalte[4])	Unternehmen und übrige Welt
	Mrd								
1960	108,87	69,77	31,21	7,89	99,66	40,45	42,60	37,21	5,39
1961	122,60	79,97	34,42	8,21	113,35	45,78	46,83	40,56	6,27
1962	134,76	87,89	38,12	8,75	129,58	52,83	51,02	44,30	6,72
1963	143,79	93,27	41,16	9,36	140,38	59,39	54,83	47,50	7,33
1964	156,18	101,95	43,83	10,40	153,17	62,10	59,87	51,85	8,02
1965	167,47	107,84	48,52	11,11	170,23	69,65	68,57	58,35	10,22
1966	180,72	114,89	53,82	12,01	181,59	75,45	73,41	63,67	9,74
1967	186,56	117,38	56,42	12,76	193,56	80,05	81,53	71,25	10,28
1968	206,77	129,80	62,20	14,77	211,08	82,73	94,25	74,79	19,46
1969	239,85	152,16	71,43	16,26	233,33	93,12	99,92	80,83	19,09
1970	265,48	161,89	84,94	18,65	264,13	106,47	107,31	88,12	19,19
1971	303,09	183,65	98,51	20,93	304,30	126,82	120,66	99,48	21,18
1972	336,63	201,25	112,61	22,77	340,99	141,13	140,09	113,83	26,26
1973	397,48	236,88	133,59	27,01	386,45	163,16	159,25	127,65	31,60
1974	432,06	253,42	149,68	28,96	444,84	190,21	180,73	148,21	32,52
1975	451,48	254,10	167,42	29,96	509,09	210,01	221,89	185,46	36,43
1976	508,07	285,75	188,18	34,14	546,20	221,73	239,68	199,83	39,85
1977	553,80	317,17	200,43	36,20	582,68	234,96	257,87	212,43	45,44
1978	589,32	335,05	212,84	41,43	620,76	252,86	275,57	223,17	52,40
1979	634,12	358,67	230,19	45,26	669,75	273,34	293,65	237,65	56,00
1980	679,39	381,14	248,61	49,64	722,36	297,79	309,14	252,93	56,21
1981	709,52	386,45	268,82	54,25	766,17	318,16	331,30	274,58	56,72
1982	743,50	395,07	284,48	63,95	795,98	326,19	349,17	291,07	58,10
1983	774,13	414,87	290,36	68,90	816,44	336,21	357,19	295,04	62,15
1984	815,25	439,22	304,59	71,44	848,97	350,23	370,11	298,98	71,13
1985	854,53	459,93	320,09	74,51	875,45	365,66	378,86	306,00	72,86
1986 [10])	886,97	473,37	337,40	76,20	912,29	382,72	394,07	317,64	76,43
1987 [10])	912,00	491,59	350,50	69,91	949,13	396,97	414,74	333,82	80,92
1988 [10])	945,57	512,44	366,31	66,82	990,77	411,46	438,85	349,37	89,48
1983 1. Hj.	369,16	192,40	138,32	38,44	391,22	155,17	176,66	147,53	29,13
2. Hj.	404,97	222,47	152,04	30,46	425,22	181,04	180,53	147,51	33,02
1984 1. Hj.	386,52	207,18	143,79	35,55	405,14	161,63	182,63	149,91	32,72
2. Hj.	428,73	232,04	160,80	35,89	443,83	188,60	187,48	149,07	38,41
1985 1. Hj.	402,78	215,56	150,86	36,36	417,69	168,38	187,73	153,20	34,53
2. Hj.	451,75	244,37	169,23	38,15	457,76	197,28	191,13	152,80	38,33
1986 1. Hj.	422,18	222,60	158,90	40,68	434,26	176,80	193,33	157,64	35,69
2. Hj.	464,79	250,77	178,50	35,52	478,03	205,92	200,74	160,00	40,74
1987 1. Hj. [10])	431,98	228,25	165,26	38,47	452,12	183,40	203,88	165,37	38,51
2. Hj. [10])	480,02	263,34	185,24	31,44	497,01	213,57	210,86	168,45	42,41
1988 1. Hj. [10])	446,18	239,79	173,60	32,79	471,33	189,52	214,71	173,31	41,40
2. Hj. [10])	499,39	272,65	192,71	34,03	519,44	221,94	224,14	176,06	48,08
1989 1. Hj. [10])	485,76	263,75	180,74	41,27	484,82	194,07	219,71	178,91	40,80

[1]) Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.
[3]) Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Tabelle 33*

gaben des Staates [1])

gaben				Nachrichtlich				Zeitraum
Zinsen [5])	Brutto-investitionen	Vermögens-übertragungen	Finanzierungssaldo [6])	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Produktionspotential in jeweiligen Preisen [7])	Staatsquote [8])	Abgabenquote [9])	
DM						vH		
2,19	9,72	4,70	+ 9,21	303,00	303,9	32,8	33,3	1960
2,21	11,44	7,09	+ 9,25	331,40	335,2	33,8	34,5	1961
2,41	14,28	9,04	+ 5,18	360,50	368,4	35,2	35,0	1962
2,65	17,11	6,40	+ 3,41	382,10	398,2	35,3	35,2	1963
2,90	20,88	7,42	+ 3,01	419,60	429,8	35,6	34,7	1964
3,23	20,86	7,92	− 2,76	458,20	466,9	36,5	34,1	1965
4,12	21,20	7,41	− 0,87	487,40	503,3	36,1	34,6	1966
5,19	18,87	7,92	− 7,00	493,70	527,7	36,7	35,2	1967
5,38	20,68	8,04	− 4,31	533,70	555,8	38,0	36,0	1968
5,84	23,73	10,72	+ 6,52	597,80	600,0	38,9	37,4	1969
6,55	31,29	12,51	+ 1,35	675,70	675,2	39,1	36,5	1970
7,34	33,87	15,61	− 1,21	751,80	762,7	39,9	37,5	1971
8,43	33,85	17,49	− 4,36	825,10	837,9	40,7	38,0	1972
10,17	35,13	18,74	+11,03	918,90	925,6	41,8	40,3	1973
12,15	40,13	21,62	−12,78	985,60	1 018,5	43,7	40,9	1974
14,18	40,33	22,68	−57,61	1 029,40	1 101,1	46,2	40,9	1975
17,45	39,49	27,85	−38,13	1 126,20	1 167,9	46,8	42,1	1976
20,41	39,34	30,10	−28,88	1 199,20	1 240,0	47,0	43,2	1977
21,53	42,78	28,02	−31,44	1 291,60	1 325,1	46,8	42,4	1978
24,10	47,81	30,85	−35,63	1 396,60	1 413,2	47,4	42,2	1979
28,55	53,59	33,29	−42,97	1 485,20	1 519,4	47,5	42,4	1980
35,47	50,02	31,22	−56,65	1 545,10	1 613,9	47,5	42,4	1981
44,03	45,26	31,33	−52,48	1 597,10	1 715,7	46,4	42,5	1982
50,09	41,77	31,18	−42,31	1 680,40	1 795,6	45,5	42,0	1983
52,72	41,74	34,17	−33,72	1 769,90	1 862,1	45,6	42,0	1984
55,27	42,61	33,05	−20,92	1 844,30	1 927,3	45,4	42,3	1985
57,18	46,87	31,45	−25,32	1 945,20	2 025,4	45,0	41,7	1986
57,80	47,86	31,76	−37,13	2 017,70	2 105,0	45,1	41,7	1987 [10])
59,85	49,60	31,01	−45,20	2 121,70	2 179,0	45,5	41,4	1988 [10])
27,54	18,29	13,56	−22,06	804,00				1983 1. Hj.
22,55	23,48	17,62	−20,25	876,40				2. Hj.
28,40	17,98	14,50	−18,62	847,10				1984 1. Hj.
24,32	23,76	19,67	−15,10	922,80				2. Hj.
30,17	17,72	13,69	−14,91	877,00				1985 1. Hj.
25,10	24,89	19,36	− 6,01	967,30				2. Hj.
32,36	19,23	12,54	−12,08	924,80				1986 1. Hj.
24,82	27,64	18,91	−13,24	1 020,40				2. Hj.
32,12	19,43	13,29	−20,14	963,60				1987 1. Hj. [10])
25,68	28,43	18,47	−16,99	1 054,10				2. Hj. [10])
32,34	21,67	13,09	−25,15	1 013,50				1988 1. Hj. [10])
27,51	27,93	17,92	−20,05	1 108,20				2. Hj. [10])
33,94	23,73	13,37	+ 0,94	1 084,70				1989 1. Hj. [10])

4) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
5) Zinsen auf öffentliche Schulden.
6) Überschuß: +, Defizit: −.
7) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
8) Ausgaben des Staates in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
9) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.
10) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 33*

Einnahmen und

Gebietskörperschaften

Mrd

Zeitraum	Gebietskörper								
	Einnahmen			Ausga					
	insgesamt	Steuern	sonstige Einnahmen[2]	insgesamt	Staatsverbrauch	Einkommensübertragungen			Zinsen[5]
						zusammen[3]	darunter private Haushalte[4]	darunter Unternehmen und übrige Welt	
1960	78,29	69,77	8,52	71,68	31,71	23,61	12,34	5,26	2,19
1961	88,92	79,97	8,95	84,41	36,02	25,75	13,01	6,11	2,21
1962	97,47	87,89	9,58	95,41	41,92	28,04	14,25	6,54	2,41
1963	103,29	93,27	10,02	102,77	47,34	29,54	14,47	7,15	2,65
1964	113,05	101,95	11,10	113,65	48,91	33,81	17,29	7,81	2,90
1965	119,85	107,84	12,01	126,16	54,54	39,89	20,60	9,97	3,23
1966	127,72	114,89	12,83	131,80	57,77	41,64	21,88	9,40	4,12
1967	130,99	117,38	13,61	136,75	60,96	44,19	23,02	9,89	5,19
1968	145,86	129,80	16,06	149,67	62,01	53,88	23,50	18,94	5,38
1969	170,59	152,16	18,43	165,02	70,00	55,05	24,78	18,48	5,84
1970	183,29	161,89	21,40	188,26	79,88	58,34	27,83	18,47	6,55
1971	207,96	183,65	24,31	216,36	94,32	65,63	32,07	20,37	7,34
1972	226,64	201,25	25,39	239,53	103,08	77,15	36,03	25,38	8,43
1973	266,21	236,88	29,33	268,59	117,64	87,56	38,80	30,56	10,17
1974	286,31	253,42	32,89	303,24	134,77	95,54	43,62	31,09	12,15
1975	288,29	254,10	34,19	343,59	145,59	121,62	59,24	34,60	14,17
1976	324,35	285,75	38,60	363,31	152,45	127,31	61,20	37,39	17,44
1977	359,94	317,17	42,77	385,21	162,24	134,75	63,97	42,52	20,41
1978	384,81	335,05	49,76	414,59	175,14	148,83	67,91	48,95	21,52
1979	412,95	358,67	54,28	448,85	189,75	157,98	72,94	52,27	24,09
1980	439,85	381,14	58,71	486,79	205,96	167,25	77,74	52,26	28,53
1981	450,95	386,45	64,50	513,90	219,10	180,23	85,30	52,73	35,39
1982	470,52	395,07	75,45	530,85	225,51	186,96	86,66	54,38	44,01
1983	496,54	414,87	81,67	538,79	232,25	186,14	87,22	58,31	50,08
1984	523,92	439,22	84,70	557,37	238,73	193,09	87,79	64,99	52,70
1985	548,97	459,93	89,04	574,98	248,07	199,15	89,76	67,40	55,25
1986	566,20	473,37	92,83	600,75	258,79	209,16	95,60	71,53	57,16
1987 [11]	578,97	491,59	87,38	622,75	267,58	220,41	100,62	75,66	57,77
1988 [11]	597,51	512,44	85,07	644,10	272,30	234,42	102,92	83,94	59,82

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Empfangene Vermögenseinkommen, unterstellte Sozialbeiträge von privaten Haushalten, empfangene Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen von der Sozialversicherung), Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.
[3]) Einschließlich sonstige laufende Übertragungen an die Sozialversicherung.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6]) Einschließlich Vermögensübertragungen an die Sozialversicherung.

noch Tabelle 33*

Ausgaben des Staates[1])

und Sozialversicherung

DM

schaften			Sozialversicherung						
ben			Einnahmen		Ausgaben				
				darunter		darunter			
Brutto-investitionen	Vermögens-übertragungen[6])	Finanzierungs-saldo[7])	insgesamt[8])	Sozial-beiträge[9])	insgesamt[10])	soziale Leistungen	Staats-verbrauch	Finanzierungs-saldo[7])	Zeitraum
9,48	4,69	+ 6,61	36,60	29,10	34,00	25,00	8,74	+ 2,60	1960
11,28	9,15	+ 4,51	42,41	32,01	37,67	27,71	9,76	+ 4,74	1961
14,04	9,00	+ 2,06	44,54	35,54	41,42	30,23	10,91	+ 3,12	1962
16,86	6,38	+ 0,52	48,42	38,32	45,53	33,21	12,05	+ 2,89	1963
20,65	7,38	− 0,60	51,84	40,76	48,23	34,77	13,19	+ 3,61	1964
20,63	7,87	− 6,31	56,94	45,03	53,39	38,00	15,11	+ 3,55	1965
20,92	7,35	− 4,08	63,36	49,96	60,15	42,11	17,68	+ 3,21	1966
18,56	7,85	− 5,76	66,85	52,30	68,09	48,58	19,09	− 1,24	1967
20,42	7,98	− 3,81	72,35	57,64	72,85	51,72	20,72	− 0,50	1968
23,46	10,67	+ 5,57	81,05	66,08	80,10	56,55	23,12	+ 0,95	1969
31,02	12,47	− 4,97	94,23	78,53	87,91	60,86	26,59	+ 6,32	1970
33,51	15,56	− 8,40	108,32	90,97	101,13	67,99	32,50	+ 7,19	1971
33,45	17,42	−12,89	125,73	104,25	117,20	78,49	38,05	+ 8,53	1972
34,61	18,61	− 2,38	149,47	123,68	136,06	89,69	45,52	+13,41	1973
39,36	21,42	−16,93	166,62	138,20	162,47	105,78	55,44	+ 4,15	1974
39,67	22,54	−55,30	191,05	154,90	193,36	127,72	64,42	− 2,31	1975
38,81	27,30	−38,96	212,57	174,93	211,74	140,48	69,28	+ 0,83	1976
38,63	29,18	−25,27	222,23	186,23	225,84	150,51	72,72	− 3,61	1977
42,21	26,89	−29,78	236,60	197,60	238,26	157,51	77,72	− 1,66	1978
47,15	29,88	−35,90	254,06	213,89	253,79	167,08	83,59	+ 0,27	1979
52,77	32,28	−46,94	276,90	231,00	272,93	177,76	91,83	+ 3,97	1980
48,89	30,29	−62,95	300,90	249,68	294,60	192,07	99,06	+ 6,30	1981
44,05	30,32	−60,33	319,03	264,93	311,18	207,46	100,68	+ 7,85	1982
40,48	29,84	−42,25	318,37	270,17	318,43	210,96	103,96	− 0,06	1983
40,57	32,28	−33,45	331,78	283,75	332,05	214,86	111,50	− 0,27	1984
41,26	31,25	−26,01	348,13	298,21	343,04	219,71	117,59	+ 5,09	1985
45,77	29,87	−34,55	364,18	314,45	354,95	225,78	123,93	+ 9,23	1986
46,90	30,09	−43,78	378,74	326,99	372,09	237,19	129,39	+ 6,65	1987 [11])
48,38	29,18	−46,59	397,29	342,09	395,90	250,67	139,16	+ 1,39	1988 [11])

7) Überschuß: +, Defizit: −.

8) Empfangene Vermögenseinkommen, Sozialbeiträge, Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen und sonstige laufende Übertragungen (einschließlich der Übertragungen von den Gebietskörperschaften).

9) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge.

10) Subventionen, soziale Leistungen, Zinsen, Staatsverbrauch, geleistete Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen an die Gebietskörperschaften), Bruttoinvestitionen und sonstige laufende Übertragungen.

11) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 34 *

Subventionen des Staates[1]

Mrd DM

Nach Aufgabenbereichen

Jahr	Insgesamt	Darunter									
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Energiegewinnung und -versorgung			Warenproduzierendes Gewerbe[2]	Verkehr- und Nachrichtenübermittlung		Wohnungswesen, Stadt- und Landesplanung, Gemeinschaftsdienste	sonstige Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht[3]
		zusammen	darunter Zahlungen im Rahmen der Europäischen Agrarmarktordnung	zusammen	darunter „Kohlepfennig"	darunter Zuschuß zur Erleichterung der Produktion von Kokskohle und Hochofenkoks		zusammen	darunter Zahlungen an die Bundesbahn		
1970	11,78	5,80	2,51	0,48	.	0,00	0,02	2,38	1,63	0,90	1,57
1971	12,61	5,16	1,63	0,40	.	0,00	0,03	3,53	2,61	0,84	1,77
1972	15,78	5,04	1,48	0,64	.	0,17	0,06	6,10	4,94	1,09	1,93
1973	18,65	5,99	2,63	0,98	.	0,20	0,08	7,54	6,11	0,93	2,05
1974	18,86	5,32	2,78	0,97	.	0,09	0,10	7,65	5,88	1,16	2,37
1975	20,39	6,21	2,81	1,00	0,33	0,12	0,19	7,38	5,56	1,16	3,05
1976	22,13	6,80	3,46	1,75	1,13	0,06	0,21	7,09	5,36	1,43	3,33
1977	24,61	7,75	4,98	2,41	1,39	0,27	0,14	7,43	6,93	1,69	3,49
1978	29,67	9,32	6,83	3,30	1,60	0,80	0,24	9,07	6,93	1,91	4,02
1979	31,12	9,08	6,78	4,71	2,68	1,27	0,27	8,48	6,29	2,01	4,48
1980	30,53	9,13	6,83	4,29	2,03	1,32	0,34	7,34	5,16	2,09	5,37
1981	29,13	7,37	5,94	3,39	1,40	1,35	0,37	7,87	5,68	2,25	5,63
1982	29,42	7,73	5,77	2,99	1,78	0,73	0,54	7,94	5,83	2,34	5,19
1983	31,78	9,51	8,04	2,79	1,45	0,98	0,66	7,81	5,84	2,52	5,69
1984	36,21	11,95	8,44	3,92	1,77	1,80	1,42	7,69	5,70	2,74	5,66
1985	37,81	12,99	8,36	3,40	1,59	1,53	1,17	7,53	5,65	3,01	6,66
1986	41,34	14,99	9,80	5,10	2,75	2,11	0,17	7,18	5,15	3,58	6,65
1987[4]	44,63	15,32	10,34	8,27	4,68	3,38	0,16	7,12	5,02	3,19	6,85
1988[4]	47,70	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

Nach Wirtschaftsbereichen[5]

Jahr	Insgesamt	Davon						Einbehaltene Umsatzsteuer[6] (in den Wirtschaftsbereichen enthalten)
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Dienstleistungsunternehmen	
1970	11,78	2,71	0,64	2,00	2,68	2,56	1,19	1,79
1971	12,61	2,83	0,61	2,46	1,72	3,70	1,29	2,14
1972	15,78	2,88	0,91	2,33	1,90	6,18	1,58	2,40
1973	18,65	2,78	1,34	2,75	2,68	7,60	1,50	2,43
1974	18,86	2,24	1,40	3,08	2,53	7,69	1,92	2,52
1975	20,39	3,01	1,52	3,49	2,76	7,45	2,16	3,23
1976	22,13	3,17	2,17	3,97	3,25	7,18	2,39	3,35
1977	24,61	2,53	2,85	4,28	4,69	7,48	2,78	3,01
1978	29,67	2,50	3,72	5,08	6,28	9,10	2,99	2,97
1979	31,12	2,23	5,38	5,40	6,08	8,75	3,28	2,82
1980	30,53	1,81	5,02	5,95	6,39	7,62	3,74	3,04
1981	29,13	1,45	4,23	6,16	5,05	8,18	4,06	2,99
1982	29,42	1,74	3,84	6,50	4,80	8,48	4,06	3,66
1983	31,78	1,30	3,69	7,33	6,56	8,47	4,43	3,48
1984	36,21	3,10	4,66	8,38	7,14	8,29	4,64	5,49
1985	37,81	4,35	4,49	8,41	7,14	8,05	5,37	6,81
1986	41,34	5,09	6,07	8,29	8,45	7,83	5,61	6,90
1987[4]	44,63	4,83	9,33	8,90	8,13	7,62	5,82	6,41
1988[4]	47,70	...	...	...	...	...	...	6,73

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; das heißt, Zuschüsse, die der Staat im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik an Unternehmen für laufende Produktionszwecke gewährt. Ausführliche Erläuterungen in: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen", Reihe 1.3 „Konten und Standardtabellen".

[2]) Ohne Wasser- und Energiegewinnung und -versorgung.

[3]) Im wesentlichen Direktzahlungen der EG und Montanunion, Zinsverbilligungszuschüsse. Zuschuß an die Bundesmonopolverwaltung und Monopolverwaltung Branntwein in Berlin, Zuschüsse für die berufliche Eingliederung Jugendlicher, Frachthilfen sowie Betriebszuschüsse an Wirtschaftsunternehmen.

[4]) Vorläufige Ergebnisse.

[5]) Die Zuordnung der Subventionen auf Wirtschaftsbereiche richtet sich nach dem Tätigkeitsbereich des Empfängers, der oft nicht mit dem letztlich Begünstigten identisch ist; zum Beispiel werden Erstattungen bei der Ausfuhr pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse, Zuschüsse zu den Kosten der Vorratshaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder zu den Kosten für Abbaumaßnahmen bei Marktordnungswaren dem Bereich Handel zugerechnet.

[6]) Umsatzsteuervergünstigungen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (§ 24 und 24 a Umsatzsteuergesetz), zur Förderung der Berliner Wirtschaft (§§ 1 bis 13 Berlinförderungsgesetz), für Bezüge aus dem Währungsgebiet der Mark der DDR (allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 26 Absatz 4 Umsatzsteuergesetz vom 16. Mai 1973).

Tabelle 35*

Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken[1]

Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke[2] und Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Wohnungsmieten[3]	Energie (ohne Kraftstoffe)	Güter für die Haushaltsführung	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	Güter für Verkehr[4] und Nachrichtenübermittlung	Güter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit[5]	Güter für die persönliche Ausstattung, Güter sonstiger Art[6]
					In jeweiligen Preisen					
1960	170,36	63,35	19,75	16,90	5,11	19,60	8,33	15,33	14,49	7,50
1961	186,00	67,66	21,00	19,08	5,58	21,38	9,11	17,84	15,99	8,36
1962	201,54	71,91	22,58	20,22	6,84	23,17	10,08	20,15	17,32	9,27
1963	213,71	75,57	23,51	22,33	8,54	23,50	10,04	22,21	18,18	9,83
1964	230,30	80,37	25,11	24,61	8,06	26,04	11,06	25,08	19,60	10,37
1965	253,42	86,66	27,91	27,09	8,61	28,13	12,17	29,11	22,07	11,67
1966	270,59	90,66	29,50	30,57	9,47	29,23	13,27	31,37	23,81	12,71
1967	278,51	91,38	29,83	33,87	9,74	29,79	13,40	32,02	25,10	13,38
1968	296,38	94,13	30,22	37,77	11,60	30,42	14,07	36,79	27,99	13,39
1969	325,23	100,03	33,44	41,20	12,56	32,95	15,36	43,19	31,93	14,57
1970	361,02	108,30	37,17	44,91	13,95	36,58	16,58	50,70	36,91	15,92
1971	399,31	115,78	40,98	49,85	14,65	41,62	18,11	57,23	42,32	18,77
1972	440,50	124,87	45,72	55,47	16,03	46,13	19,67	62,95	48,54	21,12
1973	480,70	135,14	48,41	61,90	19,98	49,94	21,15	67,16	53,41	23,61
1974	517,40	141,67	51,98	68,10	22,87	53,76	23,05	69,54	58,96	27,47
1975	566,55	151,23	56,39	75,20	24,97	57,48	25,35	81,91	63,44	30,58
1976	613,72	162,00	59,53	81,52	28,38	61,37	27,48	93,17	67,17	33,10
1977	661,48	171,34	64,24	88,47	29,07	67,03	29,37	104,22	71,58	36,16
1978	704,96	178,98	68,61	95,74	31,98	70,86	31,74	112,44	75,13	39,48
1979	758,00	187,47	72,97	103,36	40,85	75,64	34,28	118,49	81,11	43,83
1980	809,73	199,98	79,15	111,68	44,22	82,09	37,65	121,75	84,09	49,12
1981	857,59	212,00	81,88	120,59	49,86	84,97	40,52	128,31	87,63	51,83
1982	888,78	221,91	81,70	129,91	52,91	85,15	42,22	131,90	89,00	54,08
1983	935,14	227,52	84,21	140,56	54,49	88,54	44,97	144,24	92,95	57,66
1984	975,48	232,15	86,57	150,09	59,74	91,20	47,46	149,52	95,81	62,94
1985	1 011,98	234,88	89,46	159,34	64,34	92,17	49,31	156,32	98,98	67,18
1986	1 037,44	238,47	92,86	166,24	55,90	95,64	51,01	162,78	103,93	70,61
1987[7]	1 076,95	242,44	96,78	173,34	51,01	101,49	53,20	174,36	108,73	75,60
1988[7]	1 118,43	250,88	98,18	181,79	49,71	107,08	57,27	178,89	114,05	80,58
					In Preisen von 1980					
1960	365,33	120,19	41,38	48,63	16,40	35,98	22,39	34,33	29,43	16,60
1961	385,96	125,71	42,89	50,64	17,45	38,14	23,85	38,60	30,93	17,75
1962	405,97	128,97	44,52	52,57	21,06	40,03	25,64	42,87	31,78	18,53
1963	418,17	131,45	45,03	55,10	25,56	39,46	24,69	45,49	32,30	19,09
1964	440,67	137,41	47,67	57,54	23,49	43,50	26,41	50,57	34,06	20,02
1965	470,21	143,15	51,75	59,95	24,53	46,44	27,41	57,83	37,10	22,05
1966	484,84	144,80	53,30	62,63	26,79	47,60	27,76	59,83	38,83	23,30
1967	490,78	145,92	53,72	65,02	26,98	48,50	27,18	59,41	40,00	24,05
1968	514,29	149,76	53,65	67,60	29,90	49,99	26,12	69,42	43,67	24,18
1969	553,70	155,37	58,51	69,28	32,65	53,57	27,74	81,75	48,98	25,85
1970	592,61	163,59	62,28	72,17	35,06	56,96	28,28	92,71	53,60	27,96
1971	620,17	168,37	64,74	75,41	35,10	61,56	28,87	96,91	58,35	30,86
1972	647,48	171,94	68,12	79,09	36,78	65,44	29,39	99,08	64,56	33,08
1973	663,03	173,79	67,14	83,34	39,07	68,12	29,74	97,53	69,46	34,84
1974	668,14	175,51	67,68	87,36	37,92	68,19	30,41	91,66	72,70	36,71
1975	689,87	177,59	69,93	90,92	37,57	68,70	31,20	101,69	74,33	37,94
1976	716,62	181,62	71,27	93,98	40,31	71,42	32,36	110,07	75,93	39,66
1977	745,81	183,46	73,44	98,70	40,77	75,52	33,35	120,17	78,98	41,42
1978	773,93	188,68	75,14	103,71	44,11	77,00	34,72	125,75	81,41	43,41
1979	800,58	195,20	76,95	108,45	45,43	80,04	36,18	126,33	85,01	46,99
1980	809,73	199,98	79,15	111,68	44,22	82,09	37,65	121,75	84,09	49,12
1981	809,47	202,66	77,87	115,66	43,32	80,29	38,51	117,55	84,75	48,86
1982	800,51	200,06	74,57	118,93	42,44	77,12	37,76	117,27	83,31	49,05
1983	815,84	199,45	74,74	122,26	44,10	77,99	38,21	124,34	84,54	50,21
1984	831,10	200,56	75,02	125,74	46,70	78,81	39,56	125,97	85,37	53,37
1985	844,52	201,31	75,73	129,33	48,76	78,37	40,37	128,59	86,94	55,12
1986	870,50	203,14	77,23	132,28	49,96	80,35	40,98	139,33	90,53	56,70
1987[7]	898,71	207,76	79,42	135,33	48,89	84,29	42,25	147,35	94,03	59,39
1988[7]	923,10	214,83	79,63	138,46	48,61	87,86	44,78	149,77	97,93	61,23

[1] Im Inland, nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983. — [2] Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — [3] Einschließlich Mietwert der Eigennutzung durch den Eigentümer. — [4] Einschließlich Kraftstoffe. — [5] Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — [6] Einschließlich Pauschalreisen sowie Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. — [7] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 36*

Vierteljahresergebnisse der

Verwendung des

Mrd

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außen-beitrag[2]
				zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten				
				In jeweiligen Preisen						
1977 1. Vj.	280,60	156,79	52,06	51,73	20,11	31,62	+12,20	78,17	70,35	+ 7,82
2. Vj.	293,80	168,24	55,83	61,97	23,38	38,59	+ 0,50	81,19	73,93	+ 7,26
3. Vj.	298,60	170,06	55,84	61,58	22,92	38,66	+ 9,80	79,76	78,44	+ 1,32
4. Vj.	326,20	188,07	71,23	67,15	28,91	38,24	−13,00	86,71	73,96	+12,75
1978 1. Vj.	299,70	168,98	56,44	53,74	21,87	31,87	+10,10	82,09	71,65	+10,44
2. Vj.	316,40	179,86	59,48	68,51	25,72	42,79	− 0,70	85,49	76,24	+ 9,25
3. Vj.	325,50	181,52	60,37	68,88	26,05	42,83	+ 9,20	85,43	79,90	+ 5,53
4. Vj.	350,00	198,54	76,57	74,83	32,11	42,72	−12,20	91,69	79,43	+12,26
1979 1. Vj.	322,60	178,44	61,03	58,04	25,06	32,98	+17,10	88,83	80,84	+ 7,99
2. Vj.	340,80	196,25	64,80	78,96	28,92	50,04	− 1,40	92,07	89,88	+ 2,19
3. Vj.	353,30	193,95	66,02	79,58	29,12	50,46	+16,50	95,22	97,97	− 2,75
4. Vj.	379,90	216,38	81,49	86,84	35,87	50,97	− 8,70	101,30	97,41	+ 3,89
1980 1. Vj.	353,50	197,73	66,08	71,60	27,55	44,05	+16,70	105,58	104,19	+ 1,39
2. Vj.	363,90	204,15	71,37	86,38	30,69	55,69	+ 2,10	104,87	104,97	− 0,10
3. Vj.	372,80	208,72	72,33	87,09	31,11	55,98	+10,30	103,28	108,92	− 5,64
4. Vj.	395,00	230,18	88,01	90,73	37,99	52,74	−15,30	108,57	107,19	+ 1,38
1981 1. Vj.	363,10	207,67	74,14	69,48	28,07	41,41	+13,20	109,99	111,38	− 1,39
2. Vj.	375,40	215,63	74,63	88,76	31,12	57,64	− 5,20	114,79	113,21	+ 1,58
3. Vj.	389,40	220,48	76,52	88,42	31,24	57,18	+ 5,90	122,39	124,31	− 1,92
4. Vj.	417,20	244,07	92,87	88,58	37,22	51,36	−25,30	134,94	117,96	+16,98
1982 1. Vj.	378,50	217,87	76,63	67,05	27,12	39,93	+10,00	128,21	121,26	+ 6,95
2. Vj.	391,30	224,71	76,30	84,91	30,05	54,86	− 3,30	128,33	119,65	+ 8,68
3. Vj.	400,90	225,51	77,92	84,64	29,83	54,81	+ 9,30	126,52	122,99	+ 3,53
4. Vj.	426,40	249,96	95,34	90,29	37,90	52,39	−27,50	134,48	116,17	+18,31
1983 1. Vj.	394,30	228,17	77,41	67,91	27,66	40,25	+ 8,90	128,01	116,10	+11,91
2. Vj.	409,70	236,23	77,76	88,30	32,69	55,61	− 2,60	129,14	119,13	+10,01
3. Vj.	421,00	237,26	80,91	89,53	32,04	57,49	+12,20	126,17	125,07	+ 1,10
4. Vj.	455,40	262,50	100,13	98,08	43,21	54,87	−20,30	141,51	126,52	+14,99
1984 1. Vj.	422,30	238,80	79,74	73,05	28,93	44,12	+19,40	142,78	131,47	+11,31
2. Vj.	424,80	247,03	81,89	88,08	29,95	58,13	− 1,80	140,99	131,39	+ 9,60
3. Vj.	444,90	247,11	83,11	92,63	34,21	58,42	+14,90	144,52	137,37	+ 7,15
4. Vj.	477,90	270,63	105,49	100,87	44,49	56,38	−25,90	162,49	135,68	+26,81
1985 1. Vj.	430,40	243,27	83,17	70,01	32,37	37,64	+18,80	158,29	143,14	+15,15
2. Vj.[3]	446,60	254,90	85,21	92,12	36,25	55,87	− 4,90	160,78	141,51	+19,27
3. Vj.	468,90	258,60	87,72	95,22	36,40	58,82	+11,10	162,03	145,77	+16,26
4. Vj.	498,40	281,57	109,56	103,45	48,83	54,62	−25,70	166,38	136,86	+29,52
1986 1. Vj.	449,20	250,29	86,40	72,17	34,03	38,14	+15,49	156,68	131,83	+24,85
2. Vj.	475,60	265,13	90,40	98,59	40,25	58,34	− 4,70	161,44	135,26	+26,18
3.Vj.	494,00	265,71	92,78	98,43	37,59	60,84	+10,27	155,94	129,13	+26,81
4. Vj.	526,40	287,48	113,14	108,20	49,51	58,69	−19,56	164,17	127,03	+37,14
1987 1. Vj.[4]	473,40	265,65	89,29	73,96	36,24	37,72	+24,75	153,44	124,69	+28,75
2. Vj.[4]	490,20	275,36	94,11	100,64	41,24	59,40	− 6,42	156,46	129,95	+26,51
3. Vj.[4]	508,60	277,04	95,84	103,31	40,58	62,73	+10,49	156,98	135,06	+21,92
4. Vj.[4]	545,50	303,63	117,73	112,06	52,43	59,63	−23,37	171,83	136,38	+35,45
1988 1. Vj.[4]	499,10	272,60	92,92	85,35	39,02	46,33	+18,66	163,73	134,16	+29,57
2. Vj.[4]	514,40	282,91	96,60	106,78	44,27	62,51	− 0,44	168,47	139,92	+28,55
3. Vj.[4]	535,20	288,33	99,52	108,14	43,91	64,23	+15,10	170,45	146,34	+24,11
4. Vj.[4]	573,00	312,97	122,42	118,86	57,68	61,18	−19,61	185,11	146,75	+38,36
1989 1. Vj.[4]	533,30	285,89	95,69	95,96	42,58	53,38	+19,11	185,41	148,76	+36,65
2. Vj.[4]	551,40	298,36	98,38	119,89	51,65	68,24	− 1,13	199,98	164,08	+35,90

[1] Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 36*

Sozialproduktsberechnung

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten	Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außen-beitrag[2])	Zeitraum
				In Preisen von 1980						
328,60	179,02	64,58	63,09	22,20	40,89	+16,70	89,20	83,99	+ 5,21	1977 1. Vj.
334,10	190,09	65,59	74,55	25,68	48,87	− 1,90	91,59	85,82	+ 5,77	2. Vj.
341,80	191,67	66,33	73,86	25,29	48,57	+13,30	90,13	93,49	− 3,36	3. Vj.
358,90	211,05	73,93	79,55	31,75	47,80	−14,90	97,57	88,30	+ 9,27	4. Vj.
336,50	187,28	67,29	62,57	23,46	39,11	+13,80	92,55	86,99	+ 5,56	1978 1. Vj.
346,40	197,24	68,48	79,29	27,64	51,65	− 2,40	95,34	91,55	+ 3,79	2. Vj.
354,80	199,58	68,70	78,51	27,92	50,59	+ 9,40	94,90	96,29	− 1,39	3. Vj.
370,20	217,35	76,34	84,32	34,26	50,06	−12,50	100,92	96,23	+ 4,69	4. Vj.
348,30	191,94	69,75	64,45	26,32	38,13	+20,80	97,37	96,01	+ 1,36	1979 1. Vj.
361,50	208,91	71,65	85,80	30,33	55,47	− 0,90	98,42	102,38	− 3,96	2. Vj.
369,80	204,17	71,21	84,88	30,38	54,50	+16,60	100,24	107,30	− 7,06	3. Vj.
384,00	225,39	77,71	91,59	37,12	54,47	−11,40	104,96	104,25	+ 0,71	4. Vj.
365,30	201,60	71,99	73,74	27,92	45,82	+17,90	107,95	107,88	+ 0,07	1980 1. Vj.
365,40	204,53	73,53	86,33	30,79	55,54	+ 0,70	104,77	104,46	+ 0,31	2. Vj.
372,80	207,57	73,86	86,29	31,04	55,25	+11,00	102,85	108,77	− 5,92	3. Vj.
381,70	227,08	78,41	89,44	37,59	51,85	−15,80	106,73	104,16	+ 2,57	4. Vj.
360,90	200,41	75,90	67,67	27,33	40,34	+14,30	107,14	104,52	+ 2,62	1981 1. Vj.
364,90	204,01	73,90	84,58	29,75	54,83	− 4,50	109,26	102,35	+ 6,91	2. Vj.
374,80	206,00	74,50	84,02	29,90	54,12	+ 5,10	114,77	109,59	+ 5,18	3. Vj.
384,70	225,96	78,99	83,42	34,83	48,59	−25,60	125,56	103,63	+21,93	4. Vj.
357,50	198,96	75,11	62,52	25,06	37,46	+ 9,30	118,58	106,97	+11,61	1982 1. Vj.
364,80	202,95	74,11	78,52	27,21	51,31	− 2,50	116,74	105,02	+11,72	2. Vj.
369,20	200,91	73,32	78,45	27,19	51,26	+ 9,30	114,86	107,64	+ 7,22	3. Vj.
379,50	222,41	78,20	83,39	34,13	49,26	−25,70	121,27	100,07	+21,20	4. Vj.
359,40	200,50	73,64	62,48	24,84	37,64	+ 8,40	115,95	101,57	+14,38	1983 1. Vj.
370,40	206,57	74,00	80,53	28,87	51,66	− 1,70	116,14	105,14	+11,00	2. Vj.
376,00	205,55	73,68	81,24	28,31	52,93	+11,20	112,34	108,01	+ 4,33	3. Vj.
393,10	226,98	80,12	88,19	37,88	50,31	−19,40	124,58	107,37	+17,21	4. Vj.
375,80	203,67	74,37	65,26	25,29	39,97	+17,50	125,04	110,04	+15,00	1984 1. Vj.
375,60	209,65	75,96	78,51	26,14	52,37	− 1,20	122,47	109,79	+12,68	2. Vj.
391,20	209,73	75,53	82,21	29,67	52,54	+12,90	124,87	114,04	+10,83	3. Vj.
405,50	229,24	82,96	88,92	38,26	50,66	−23,70	138,73	110,65	+28,08	4. Vj.
375,80	202,92	75,47	61,05	27,62	33,43	+16,80	134,39	114,83	+19,56	1985 1. Vj.
387,20	211,31	77,01	80,74	30,69	50,05	− 3,80	135,02	113,08	+21,94	2. Vj.[3])
402,70	214,87	77,80	83,33	30,79	52,54	+ 9,60	136,05	118,95	+17,10	3. Vj.
412,40	234,88	85,03	89,96	41,43	48,53	−23,50	140,28	114,25	+26,03	4. Vj.
381,00	208,24	77,12	62,21	28,77	33,44	+13,39	133,03	112,99	+20,04	1986 1. Vj.
400,10	221,71	79,54	85,24	33,83	51,41	− 1,38	137,90	122,91	+14,99	2. Vj.
411,40	221,88	80,44	85,06	31,61	53,45	+11,21	133,76	120,95	+12,81	3. Vj.
422,20	241,56	86,30	92,89	41,64	51,25	−19,30	141,24	120,49	+20,75	4. Vj.
389,60	214,20	79,01	62,99	30,58	32,41	+20,74	132,85	120,19	+12,66	1987 1. Vj.[4])
402,40	228,19	80,20	85,96	34,62	51,34	− 3,59	135,49	123,85	+11,64	2. Vj.[4])
417,80	229,61	81,17	88,24	34,14	54,10	+10,65	135,03	126,90	+ 8,13	3. Vj.[4])
432,10	252,84	87,73	95,21	44,06	51,15	−21,60	147,16	129,24	+17,92	4. Vj.[4])
407,00	225,67	80,48	72,13	32,76	39,37	+15,99	140,75	128,02	+12,73	1988 1. Vj.[4])
416,80	231,47	82,02	90,07	36,97	53,10	+ 1,78	143,41	131,95	+11,46	2. Vj.[4])
432,70	235,75	83,00	90,80	36,54	54,26	+14,60	143,63	135,08	+ 8,55	3. Vj.[4])
445,30	257,03	89,86	99,15	47,93	51,22	−18,95	154,62	136,41	+18,21	4. Vj.[4])
424,80	229,03	80,61	79,13	35,02	44,11	+16,32	154,72	135,01	+19,71	1989 1. Vj.[4])
437,20	236,10	82,04	98,06	42,13	55,93	+ 0,66	165,10	144,76	+20,34	2. Vj.[4])

[3]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 37*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
					Öffentlicher Gesamthaushalt					
1962	106,48	27,38	23,23	2,96	16,55	104,83	86,66	.	− 1,80	2,16
1963	116,34	30,36	24,35	2,75	19,09	110,88	91,63	.	− 5,29	5,42
1964	127,15	33,13	27,86	3,05	22,44	121,45	100,05	.	− 5,56	5,40
1965	139,30	37,38	33,29	3,49	23,47	129,87	106,16	.	− 9,37	6,92
1966	145,02	41,58	35,33	4,37	23,36	137,44	112,71	.	− 7,66	5,82
1967	153,79	44,12	36,87	5,38	22,78	141,68	114,98	.	−12,11	12,96
1968	158,83	46,87	40,96	5,65	23,04	151,29	122,01	.	− 7,38	10,71
1969	174,55	52,85	43,15	6,24	26,39	176,93	145,59	.	+ 2,45	2,46
1970	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	188,29	154,04	.	− 8,09	6,49
1971	226,48	73,36	53,02	7,67	37,57	211,18	172,26	.	−15,61	13,93
1972	252,13	81,87	60,88	8,77	39,13	239,22	196,98	.	−13,09	15,38
1973	280,49	93,90	67,16	10,51	41,35	271,47	224,83	.	− 8,82	11,40
1974	318,26	108,71	76,03	12,44	46,13	290,88	239,59	.	−27,26	22,46
1975	360,51	118,11	99,06	14,51	46,03	296,64	242,08	.	−63,85	53,63
1976	376,76	124,24	105,04	17,81	43,63	328,70	267,51	.	−48,03	46,75
1977	395,17	132,07	109,69	20,65	43,21	364,00	299,05	.	−31,18	31,69
1978	433,40	140,94	122,20	21,74	47,56	393,74	318,96	.	−39,62	40,65
1979	469,85	150,46	128,43	24,73	53,32	423,50	342,71	.	−46,57	43,44
1980	509,24	162,47	137,67	29,35	60,00	452,14	364,90	.	−57,07	53,76
1981	541,76	172,51	151,46	36,41	56,99	466,09	370,20	.	−75,65	69,56
1982	561,55	177,24	156,39	44,88	52,01	491,58	378,54	.	−69,94	68,60
1983	570,08	182,14	153,54	51,14	48,50	514,77	396,22	.	−55,29	56,16
1984	583,58	184,94	157,49	53,31	47,62	537,05	414,55	.	−46,50	49,78
1985	604,40	191,81	163,15	55,59	50,18	565,07	436,91	.	−39,30	40,49
1986	628,60	200,51	170,84	57,65	53,76	586,27	452,42	.	−42,30	41,60
1987	650,05	209,14	179,23	58,45	54,18	599,43	468,30	.	−50,58	48,81
1988	670,65	214,36	190,02	60,33	55,27	618,38	488,11	.	−52,21	55,63
					Bund					
1962	49,87	6,55	14,44	0,91	2,95	49,41	45,54	1,00	− 0,61	0,30
1963	54,76	7,43	14,87	0,99	3,43	52,37	49,42	0,07	− 2,22	1,97
1964	58,15	8,18	17,97	1,12	3,68	57,75	54,55	0,15	− 0,26	0,58
1965	64,19	9,11	22,42	1,17	3,77	63,12	59,03	0,15	− 1,00	0,11
1966	66,88	10,24	23,92	1,53	3,88	65,76	62,25	0,16	− 1,19	0,22
1967	74,64	10,90	25,26	2,01	4,67	67,04	63,12	0,17	− 7,61	6,64
1968	75,77	11,42	28,11	1,92	4,15	70,69	66,18	0,16	− 4,92	5,76
1969	82,26	12,83	30,40	2,19	5,01	83,37	78,59	0,09	+ 1,18	0,00
1970	87,99	14,55	32,59	2,46	5,64	88,40	83,71	0,10	+ 0,35	1,11
1971	98,48	17,02	35,19	2,60	6,41	97,40	92,23	0,11	− 1,39	1,44
1972	111,10	18,96	39,70	2,80	6,63	106,34	101,71	0,13	− 4,79	3,98
1973	122,56	21,27	43,19	3,33	6,49	119,79	114,96	0,15	− 2,59	2,68
1974	134,04	24,03	47,33	4,23	7,10	123,57	118,66	0,16	−10,35	9,48
1975	158,80	25,45	62,18	5,21	7,81	123,79	119,21	0,19	−34,99	29,93
1976	165,20	26,25	65,80	6,88	7,01	136,63	130,90	0,21	−28,54	25,78
1977	172,39	27,47	66,62	8,54	7,21	149,76	144,00	0,24	−22,64	21,82
1978	189,66	28,77	75,30	9,56	7,66	163,15	154,09	0,26	−26,47	26,09
1979	203,41	30,17	78,62	11,26	7,98	177,52	166,14	0,27	−26,10	25,66
1980	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	188,09	176,18	0,61	−27,61	27,12
1981	232,99	34,08	92,68	18,00	7,28	195,03	180,45	0,38	−37,94	37,39
1982	244,65	34,40	95,49	22,11	6,96	206,97	183,11	0,35	−37,66	37,18
1983	246,75	35,14	90,52	26,62	7,12	214,81	190,28	0,39	−31,92	31,48
1984	251,78	35,46	92,75	27,76	7,12	223,13	197,20	0,40	−28,63	28,31
1985	257,11	36,67	94,77	29,16	7,39	234,35	206,30	0,38	−22,74	22,39
1986	261,53	37,94	96,32	30,27	7,52	238,25	208,91	0,44	−23,26	22,93
1987	269,05	39,28	100,13	31,04	7,68	241,13	217,02	0,41	−27,88	27,46
1988	275,37	40,12	104,57	32,28	7,68	239,39	220,27	0,44	−35,96	35,39

1) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Bis 1987 Rechnungsergebnisse, für die Gemeinden jedoch noch für 1987 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik, zuzüglich nicht mehr erfaßte Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; für 1988 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik einschließlich Sonderrechnungen der Länder sowie Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; mit dem Jahr 1987 nur bedingt vergleichbar.

noch Tabelle 37*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
					Länder[2])					
1962	43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	43,67	28,89	6,54	+ 0,16	− 0,44
1963	45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	45,13	29,77	6,93	− 0,83	− 0,05
1964	50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	48,48	32,20	6,94	− 1,70	1,27
1965	54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	50,48	33,66	7,02	− 4,07	2,67
1966	57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	54,12	36,26	7,56	− 3,75	2,62
1967	60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	56,70	37,60	7,59	− 3,44	3,89
1968	63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	62,25	40,92	9,02	− 1,14	2,27
1969	67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	69,45	48,35	8,37	+ 1,68	− 0,34
1970	77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	74,59	52,16	8,28	− 3,06	2,16
1971	89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	84,00	58,56	9,66	− 5,54	4,88
1972	100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	98,95	69,23	11,53	− 1,44	3,55
1973	115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	113,87	79,22	13,18	− 1,98	2,58
1974	134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	124,95	87,35	13,89	− 9,10	7,74
1975	146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	126,40	85,57	15,31	−19,88	17,00
1976	154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	138,88	94,95	16,23	−15,51	15,87
1977	161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	153,49	107,76	17,69	− 8,10	8,44
1978	176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	164,12	115,55	18,58	−12,40	12,52
1979	191,83	80,80	20,10	7,93	9,35	177,24	125,10	20,40	−14,60	13,34
1980	208,61	87,44	22,26	8,95	10,56	186,17	130,75	21,72	−22,44	21,15
1981	216,63	92,80	23,26	10,89	10,02	190,59	131,55	23,24	−26,05	24,57
1982	224,20	95,83	23,41	13,85	9,94	199,64	135,94	23,88	−24,57	24,03
1983	228,29	98,78	23,77	16,09	9,87	206,90	142,85	23,87	−21,39	21,64
1984	234,29	100,22	23,33	17,51	9,96	216,06	150,18	23,47	−18,23	19,38
1985	243,33	103,77	24,70	18,57	10,58	226,19	159,12	23,87	−17,14	17,18
1986	254,13	108,12	25,87	19,61	11,24	236,43	166,84	25,05	−17,70	16,75
1987	263,24	112,32	26,91	19,82	11,27	244,00	173,21	26,13	−19,23	18,75
1988	269,08	115,35	27,23	20,48	11,43	252,59	180,53	26,75	−16,46	17,72
					Gemeinden und Gemeindeverbände[3])					
1962	28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	26,93	10,12	5,97	− 1,11	2,20
1963	31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	29,33	10,61	6,54	− 2,16	2,75
1964	35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	32,28	11,34	7,10	− 3,53	3,50
1965	39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	34,70	11,81	7,73	− 4,33	4,34
1966	41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	37,66	12,66	8,45	− 3,36	3,32
1967	41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	39,49	12,70	8,66	− 1,53	2,50
1968	43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	41,48	13,32	8,89	− 1,71	2,40
1969	48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	48,17	17,16	9,55	− 0,25	2,71
1970	56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	50,83	16,60	10,51	− 5,66	3,45
1971	67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	58,47	19,18	11,80	− 8,95	7,73
1972	74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	67,82	23,13	13,71	− 6,90	7,99
1973	84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	79,13	27,28	15,96	− 4,94	6,96
1974	95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	87,55	29,54	17,14	− 8,29	5,67
1975	101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	92,03	30,22	18,00	− 9,20	6,76
1976	104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	100,15	33,86	18,29	− 3,93	5,03
1977	107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	106,30	38,06	20,47	− 1,35	2,57
1978	118,19	36,78	16,15	5,28	31,16	116,58	39,68	23,25	− 1,61	2,98
1979	130,35	39,49	16,95	5,66	35,99	125,06	41,10	25,57	− 5,29	3,93
1980	145,47	42,89	19,04	6,57	41,23	139,83	47,26	28,39	− 5,65	4,34
1981	152,13	45,63	21,07	7,58	39,69	142,02	45,99	29,64	−10,11	6,14
1982	153,06	47,01	22,51	8,83	35,12	145,79	46,87	29,94	− 7,26	6,84
1983	151,66	48,23	23,22	8,34	31,51	150,33	49,33	28,92	− 1,33	2,68
1984	154,70	49,27	24,36	8,06	30,54	155,82	52,52	30,74	+ 1,13	1,23
1985	162,94	51,37	26,34	8,00	32,22	163,63	56,26	32,41	+ 0,70	1,10
1986	172,48	54,45	28,71	7,72	35,00	170,76	58,70	34,02	− 1,72	1,79
1987	178,14	57,54	30,24	7,52	35,23	175,79	59,84	35,66	− 2,35	3,32
1988	184,12	58,90	32,60	7,46	36,16	184,12	63,76	36,57	+ 0,35	2,27

[2]) Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.
[3]) Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.

Quelle: BMF

Tabelle 38*

Ausgaben und Einnahmen der staatlichen

Mio

Jahr	Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin
	Gesamtausgaben[2])											
1970	116 794	4 599	12 498	30 330	11 302	7 004	17 857	19 316	1 860	5 038	1 719	6 800
1971	137 311	5 446	14 728	35 409	13 412	8 398	21 055	22 470	2 163	5 704	2 032	7 915
1972	153 692	6 022	16 581	39 907	14 976	9 311	23 515	25 085	2 457	6 253	2 284	8 851
1973	173 829	6 869	19 215	45 100	16 787	10 404	26 719	28 104	2 882	6 777	2 627	10 149
1974	203 353	8 069	22 544	53 386	19 440	11 761	31 219	32 826	3 275	7 841	3 139	11 902
1975	219 224	8 808	24 377	57 466	20 612	12 469	33 082	35 778	3 632	8 514	3 519	13 093
1976	229 625	9 208	25 587	59 887	22 370	12 883	34 096	37 449	3 842	8 834	3 669	13 941
1977	240 098	9 611	26 956	62 270	22 459	13 586	36 568	39 190	3 989	9 569	3 852	14 622
1978	260 590	10 179	28 910	68 927	24 129	14 483	40 285	42 700	4 234	9 985	4 130	15 386
1979	284 160	11 145	31 713	74 764	26 236	15 742	44 595	46 833	4 621	10 322	4 393	16 457
1980	311 730	12 243	34 862	82 440	28 179	17 088	49 879	50 723	5 037	10 925	4 969	18 070
1981	325 170	12 788	36 764	85 825	29 548	18 012	50 858	53 262	5 275	11 556	5 033	18 920
1982	333 094	12 996	37 442	87 057	30 225	18 280	51 945	55 082	5 782	12 778	5 108	19 603
1983	337 132	13 515	37 340	86 952	30 448	18 518	52 392	56 093	5 928	12 800	5 263	20 334
1984	344 751	13 577	37 906	88 573	31 623	18 880	53 852	57 022	5 995	13 087	5 337	21 386
1985	359 658	14 324	39 768	92 812	33 040	19 643	55 166	60 190	6 678	13 415	5 521	22 161
1986	378 218	15 138	42 750	97 176	35 380	20 569	58 070	63 586	6 423	13 891	5 609	22 772
1987	397 710	16 064	43 755	100 937	38 065	21 431	61 514	67 940	6 808	14 534	5 987	24 153
1988	408 083	16 532	44 597	103 231	39 675	21 689	63 688	69 825	6 994	14 287	6 274	24 856
	darunter: Investitionsausgaben											
1970	35 487	1 264	3 761	9 202	3 491	2 227	5 963	6 276	439	1 114	442	1 305
1971	41 186	1 536	4 373	10 231	4 432	2 715	7 082	7 342	499	1 204	503	1 268
1972	43 862	1 605	4 620	11 071	4 791	2 845	7 462	7 720	564	1 239	559	1 390
1973	47 990	1 807	5 168	12 439	4 835	2 857	8 196	8 565	662	1 228	670	1 564
1974	52 831	1 859	5 764	14 139	5 170	3 072	9 055	9 034	686	1 333	828	1 891
1975	51 798	1 922	5 688	14 144	4 671	2 828	8 334	9 302	709	1 282	872	2 044
1976	51 581	1 951	5 364	13 473	5 632	2 736	7 704	9 611	749	1 201	775	2 384
1977	49 506	1 898	5 366	12 603	4 364	2 694	8 054	9 319	660	1 331	709	2 508
1978	55 505	2 017	5 861	14 951	4 668	2 955	9 468	10 163	692	1 358	731	2 640
1979	62 384	2 259	6 778	16 103	5 256	3 393	10 861	11 942	830	1 372	732	2 859
1980	70 994	2 623	7 618	18 555	5 930	3 688	12 790	13 339	893	1 433	935	3 190
1981	68 813	2 541	7 725	17 848	5 830	3 722	11 597	13 324	904	1 530	743	3 050
1982	64 955	2 243	6 817	16 426	5 717	3 376	10 847	13 049	1 141	1 674	614	3 050
1983	60 393	2 416	6 030	14 284	5 197	3 183	10 144	12 589	870	1 741	603	3 338
1984	60 981	2 285	5 840	14 429	5 355	3 285	10 826	12 194	887	1 613	647	3 769
1985	62 289	2 323	6 217	14 322	5 254	3 341	10 279	13 482	861	1 642	658	3 906
1986	66 226	2 447	7 322	14 746	6 025	3 532	10 768	14 649	870	1 644	547	3 676
1987	69 462	2 681	6 437	14 448	6 404	3 613	12 256	16 214	978	1 672	696	4 063
1988	70 039	2 527	6 359	14 527	6 696	3 646	12 422	16 425	1 017	1 454	927	4 040
	darunter: Personalausgaben											
1970	46 870	1 963	5 039	11 760	4 394	2 592	6 750	7 599	887	2 179	738	2 969
1971	56 339	2 340	6 102	14 169	5 308	3 149	8 184	8 924	1 051	2 621	890	3 603
1972	62 914	2 611	6 846	15 804	5 932	3 501	9 206	9 926	1 168	2 891	992	4 036
1973	72 629	2 982	8 008	18 183	6 828	4 076	10 672	11 484	1 347	3 292	1 152	4 606
1974	84 682	3 526	9 432	20 998	7 990	4 688	12 516	13 587	1 546	3 777	1 349	5 274
1975	92 768	3 852	10 495	22 949	8 732	5 101	13 727	14 868	1 683	4 021	1 515	5 826
1976	98 125	4 018	11 118	24 398	9 179	5 358	14 540	15 824	1 790	4 140	1 620	6 141
1977	105 123	4 274	11 871	26 368	9 862	5 750	15 626	16 927	1 906	4 362	1 725	6 454
1978	112 172	4 439	12 736	28 389	10 465	6 103	16 721	18 010	2 028	4 619	1 846	6 813
1979	120 294	4 756	13 613	30 614	11 140	6 489	18 081	19 322	2 138	4 900	1 987	7 253
1980	130 327	5 184	14 775	33 347	12 001	7 017	19 617	20 881	2 289	5 260	2 145	7 808
1981	138 425	5 505	15 785	35 276	12 780	7 433	20 902	22 264	2 397	5 571	2 278	8 235
1982	142 846	5 727	16 336	36 323	13 109	7 671	21 511	23 158	2 463	5 790	2 334	8 424
1983	147 007	5 889	16 816	37 114	13 501	7 915	22 188	24 023	2 540	5 993	2 395	8 629
1984	149 489	5 975	17 102	37 597	13 776	8 048	22 572	24 609	2 591	6 070	2 394	8 753
1985	155 142	6 198	17 805	39 150	14 307	8 323	23 526	25 461	2 695	6 228	2 437	9 010
1986	162 575	6 511	18 756	40 988	15 047	8 693	24 619	26 778	2 816	6 451	2 514	9 402
1987	168 896	6 824	19 682	42 613	15 740	9 063	25 877	28 239	2 950	6 427	2 603	8 879
1988	173 294	7 031	20 102	43 575	16 228	9 219	26 698	29 184	3 019	6 451	2 660	9 131

[1]) Einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. Bis 1985 Rechnungsergebnisse; ab 1986 Kassenbestände, teilweise geschätzt.

[2]) Um Zahlungen von gleicher Ebene bereinigt.

Tabelle 38*

und kommunalen Haushalte nach Ländern[1])

DM

Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin	Jahr
					noch Ausgaben: darunter: Zinsausgaben							
4 079	169	526	917	457	322	565	605	105	160	54	199	1970
4 810	211	635	1 048	574	392	652	693	118	198	63	227	1971
5 712	247	746	1 286	674	477	764	803	135	230	80	271	1972
6 908	319	881	1 533	818	582	931	980	159	293	107	307	1973
8 024	373	1 048	1 766	957	694	1 052	1 113	197	344	129	350	1974
9 148	423	1 238	2 032	1 070	749	1 187	1 251	215	414	177	392	1975
10 775	496	1 471	2 597	1 180	794	1 365	1 422	249	515	228	459	1976
11 988	573	1 684	2 890	1 309	887	1 458	1 538	277	586	272	514	1977
12 173	589	1 720	2 938	1 348	887	1 452	1 545	293	583	305	514	1978
13 594	630	1 865	3 599	1 430	933	1 715	1 664	317	577	335	528	1979
15 526	699	2 089	4 296	1 587	1 044	1 993	1 910	378	600	399	532	1980
18 483	828	2 452	5 256	1 862	1 244	2 431	2 193	461	686	491	579	1981
22 696	993	2 892	6 820	2 325	1 518	3 027	2 518	548	772	616	666	1982
24 446	1 081	3 052	7 560	2 409	1 586	3 223	2 682	609	856	686	702	1983
25 603	1 109	3 195	8 025	2 376	1 689	3 216	2 870	669	959	740	754	1984
26 577	1 221	3 289	8 286	2 448	1 786	3 235	2 927	738	1 115	779	753	1985
27 332	1 244	3 341	8 802	2 504	1 807	3 237	2 957	773	1 146	801	719	1986
27 336	1 268	3 347	8 830	2 466	1 829	3 102	2 989	793	1 196	795	721	1987
27 916	1 318	3 525	9 076	2 492	1 847	3 103	2 959	831	1 217	844	702	1988
					Gesamteinnahmen[2])							
108 080	4 166	11 630	28 463	10 208	6 261	16 406	18 110	1 738	4 485	1 636	6 506	1970
122 827	4 820	13 025	32 388	11 523	7 071	18 901	20 379	1 949	5 074	1 822	7 297	1971
145 355	5 559	15 753	38 115	13 657	8 309	22 576	24 230	2 279	5 729	2 192	8 504	1972
166 909	6 479	18 220	43 663	15 755	9 649	25 613	27 913	2 679	6 449	2 401	9 890	1973
185 961	7 426	20 058	48 660	17 387	10 446	28 651	31 217	2 846	7 333	2 713	11 269	1974
190 147	7 555	20 844	48 787	17 573	10 842	29 158	32 211	2 994	7 534	2 688	12 087	1975
210 185	8 217	22 662	54 382	19 464	11 720	32 617	35 616	3 294	8 235	2 959	13 160	1976
230 645	8 981	25 463	59 655	21 321	13 027	35 950	38 579	3 625	9 203	3 253	14 161	1977
246 582	9 709	26 987	62 982	23 144	13 813	38 670	41 859	3 905	9 442	3 475	15 355	1978
264 288	10 344	28 920	67 292	24 769	14 729	41 383	45 084	4 025	10 242	3 704	16 459	1979
283 643	11 430	31 773	71 521	26 079	15 681	45 553	48 527	4 364	10 225	3 961	17 220	1980
289 022	11 174	32 494	72 287	26 292	15 827	46 403	49 934	4 560	10 571	3 986	18 226	1981
301 256	11 659	34 079	76 056	27 365	16 341	47 966	51 417	4 599	11 054	4 265	19 158	1982
314 410	12 209	35 192	78 815	28 877	16 960	50 485	53 967	4 802	11 409	4 298	19 848	1983
327 637	12 545	36 284	81 488	30 312	17 814	52 406	56 773	5 169	11 890	4 604	20 846	1984
343 214	13 383	38 279	84 439	32 282	18 624	54 492	59 997	5 425	12 722	4 716	21 917	1985
358 786	14 056	39 361	89 567	34 022	19 009	57 634	62 425	5 676	12 863	4 784	22 536	1986
375 794	14 777	40 381	94 246	36 371	19 722	59 415	66 281	6 006	13 183	5 373	23 519	1987
391 897	15 576	42 954	98 360	38 217	20 819	61 163	68 864	6 248	13 525	5 496	24 241	1988
					darunter: Steuereinnahmen							
68 975	2 258	6 885	20 339	6 707	3 655	10 662	11 310	1 052	3 129	1 026	1 952	1970
77 978	2 863	7 885	22 588	7 434	4 116	12 289	12 843	1 170	3 577	1 168	2 045	1971
92 604	3 287	9 400	26 701	9 029	4 818	14 714	15 465	1 372	4 100	1 377	2 341	1972
106 763	3 845	10 929	30 523	10 426	5 721	16 842	17 957	1 588	4 635	1 563	2 734	1973
116 402	4 274	11 764	33 595	11 357	6 166	18 147	19 193	1 725	5 338	1 715	3 128	1974
115 274	4 274	12 013	33 077	11 040	6 140	18 153	18 865	1 707	5 261	1 677	3 067	1975
128 281	4 667	12 952	37 136	12 270	6 727	20 386	21 331	1 885	5 702	1 888	3 337	1976
145 271	5 262	15 249	41 434	13 876	7 750	23 365	24 031	2 207	6 440	1 991	3 666	1977
154 603	5 602	15 976	43 718	15 199	8 201	24 716	26 279	2 335	6 677	2 128	3 772	1978
165 456	5 976	17 278	46 591	16 182	8 860	26 517	28 096	2 397	7 444	2 162	3 953	1979
177 251	6 605	18 945	49 596	16 935	9 640	29 204	30 374	2 590	7 004	2 382	3 976	1980
176 732	6 469	18 402	48 897	17 052	9 454	29 471	30 546	2 692	7 295	2 386	4 068	1981
182 130	6 630	18 610	50 511	17 358	9 835	30 448	31 915	2 653	7 486	2 409	4 275	1982
191 556	7 011	19 768	53 164	18 523	10 221	31 605	33 756	2 745	7 721	2 450	4 592	1983
202 146	7 307	20 612	55 837	19 765	10 992	33 125	36 201	2 948	8 031	2 454	4 874	1984
215 001	7 732	22 191	58 470	21 392	11 596	35 321	38 513	3 064	8 692	2 656	5 374	1985
225 208	8 147	22 635	62 123	22 673	11 681	37 705	40 119	3 226	8 649	2 608	5 642	1986
232 450	8 304	23 541	63 935	23 507	12 359	38 547	41 806	3 365	8 631	2 692	5 765	1987
243 219	8 823	24 718	67 438	24 465	13 331	40 057	43 515	3 505	8 874	2 774	5 720	1988

Tabelle 39 *

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Darunter								
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz [2]	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Vermögensteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Gewerbesteuer [3]
1950 [4]	21 089	1 807	2 087	1 449	4 987	73	2 160	130	349	1 247
1951 [4]	27 292	2 797	2 303	2 273	7 148	463	2 404	142	409	1 963
1952 [4]	33 234	3 658	3 925	2 780	8 736	590	2 334	178	470	2 623
1953 [4]	36 537	3 740	4 870	2 990	9 104	734	2 326	405	531	3 097
1954 [4]	38 292	3 875	4 588	3 071	9 766	781	2 304	620	599	3 342
1955 [4]	42 316	4 402	4 352	3 111	11 336	1 136	2 560	534	728	3 727
1956 [4]	46 988	5 402	4 728	3 637	12 437	1 415	2 781	758	837	4 222
1957 [4]	50 275	5 289	5 879	4 506	12 882	1 642	2 933	818	967	5 047
1958 [4]	52 400	5 932	5 473	5 190	13 507	1 665	3 093	888	1 082	5 261
1959 [4]	58 880	5 855	7 323	5 118	14 943	2 145	3 265	1 116	1 216	6 468
1960	68 448	8 102	8 963	6 510	16 851	2 664	3 537	1 100	1 475	7 433
1961	78 529	10 453	10 817	7 473	18 610	3 325	3 892	1 419	1 678	8 147
1962	86 381	12 315	12 218	7 790	19 978	3 699	4 205	1 798	1 888	8 770
1963	91 082	13 844	13 451	7 688	20 733	4 139	4 311	1 673	2 134	9 273
1964	99 388	16 092	14 101	8 018	22 581	6 071	4 416	1 931	2 372	9 952
1965	105 463	16 738	14 798	8 170	24 814	7 428	4 697	1 880	2 624	10 283
1966	112 451	19 055	16 075	7 687	25 877	8 016	4 982	1 994	2 853	11 091
1967	114 631	19 558	15 782	7 061	22 500	9 423	5 801	2 421	3 059	10 991
1968	121 809	22 080	16 273	8 553	25 669	9 875	5 992	2 261	3 243	11 584
1969	145 288	27 057	16 989	10 895	34 099	10 601	6 233	2 458	3 507	15 386
1970	154 137	35 086	16 001	8 717	38 564	11 512	6 537	2 877	3 830	12 117
1971	172 409	42 803	18 340	7 167	43 365	12 417	6 863	3 123	4 156	14 118
1972	197 003	49 770	23 140	8 495	47 027	14 227	7 826	2 994	4 722	17 023
1973	224 803	61 255	26 452	10 887	49 489	16 589	8 872	3 234	4 989	20 312
1974	239 581	71 960	26 793	10 403	51 171	16 052	8 952	3 410	5 159	21 568
1975	242 068	71 191	28 001	10 054	54 083	17 121	8 886	3 339	5 303	20 897
1976	268 076	80 609	30 860	11 840	58 460	18 121	9 379	3 917	5 630	23 334
1977	299 444	90 773	35 508	16 830	62 684	19 184	9 803	4 995	5 929	26 482
1978	319 101	92 013	37 426	19 824	73 266	20 463	10 459	4 525	6 282	27 329
1979	342 823	97 067	37 551	22 912	84 206	21 140	10 701	4 482	7 576	28 384
1980	364 991	111 559	36 796	21 323	93 448	21 351	11 288	4 664	6 585	27 960
1981	370 319	116 559	32 928	20 162	97 789	22 180	11 253	4 687	6 593	26 047
1982	378 702	123 407	30 602	21 458	97 717	22 835	12 208	4 982	6 689	26 103
1983	396 575	128 889	28 275	23 675	105 871	23 338	13 881	4 992	6 984	26 184
1984	414 695	136 350	26 368	26 312	110 483	24 033	14 429	4 492	7 284	28 320
1985	437 199	147 630	28 568	31 836	109 825	24 521	14 452	4 287	7 350	30 759
1986	452 436	152 233	29 881	32 301	111 139	25 644	14 480	4 396	9 356	31 987
1987	468 660	164 176	30 695	27 302	118 795	26 136	14 507	5 422	8 365	31 438
1988	488 096	167 504	33 188	30 003	123 286	27 032	14 555	5 554	8 179	34 465
1987 1. Vj.	108 743	35 896	7 722	7 000	30 814	3 985	2 144	1 252	2 005	7 561
2. Vj.	108 454	37 204	5 819	5 732	28 185	6 043	3 657	1 290	2 488	7 779
3. Vj.	118 173	41 837	7 513	7 209	28 177	7 003	3 620	1 362	2 079	7 868
4. Vj.	133 291	49 240	9 641	7 361	31 620	9 106	5 087	1 518	1 794	8 230
1988 1. Vj.	113 686	37 592	8 084	7 210	31 711	4 097	2 111	1 364	2 015	8 427
2. Vj.	114 971	37 911	6 569	7 159	29 994	6 618	3 510	1 337	2 312	8 672
3. Vj.	122 166	42 439	8 285	6 875	29 359	6 855	3 882	1 364	2 078	8 514
4. Vj.	137 273	49 562	10 251	8 759	32 222	9 462	5 052	1 489	1 764	8 852
1989 1. Vj.	124 325	40 471	8 746	8 050	34 019	4 781	2 342	1 450	2 230	8 738
2. Vj.	127 127	41 839	7 316	7 999	31 507	8 186	3 661	1 374	2 644	9 018
3. Vj. [5]	...	45 743	9 531	8 790	30 968	8 298	3 894	1 401	2 279	...

[1]) Von 1957 bis 1969 ohne buchmäßige Mehreinnahmen aus Regierungskäufen im Ausland; 1970 ohne, ab 1971 einschließlich Zölle auf Regierungskäufe im Ausland; von 1969 bis 1971 ohne Vergütungen an die Importeure aufgrund des Absicherungsgesetzes; 1973 und 1974 ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer.

[2]) Bis 1967 Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968 Umsatzsteuer (MWSt) und Einfuhrumsatzsteuer, 1969 bis 1972 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer.

[3]) Bis 1981 einschließlich Lohnsummensteuer.

[4]) Ohne Saarland.

[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: BMF

Tabelle 40*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte[1])

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt[2])	Nach Kreditnehmern			Nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund[3])	Länder[4])	Gemeinden[5])	Anleihen[6])	Direktausleihungen der Kreditinstitute[7])[8])	Darlehen von Nichtbanken: Sozialversicherungen[7])[9])	Darlehen von Nichtbanken: sonstige[7])[10])
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	17 018	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	20 081	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 983	20 791	15 523	4 670	2 022	3 700	2 019	1 371
1956	41 984	20 633	15 741	5 610	1 726	4 432	2 239	1 623
1957	43 876	22 903	13 963	7 010	1 780	5 672	2 433	1 835
1958	46 509	23 431	14 708	8 370	2 303	7 962	2 483	1 883
1959	49 627	25 077	14 920	9 630	3 058	10 013	2 472	1 998
1960	52 759	26 820	14 695	11 169	3 528	11 205	2 667	2 604
1961	57 093	30 309	13 903	12 805	4 810	12 248	4 687	2 811
1962	60 365	31 820	13 402	15 068	5 700	13 634	4 880	3 235
1963	67 084	35 495	13 329	17 686	7 712	16 005	5 066	4 399
1964	73 796	37 675	14 291	21 264	8 974	20 371	5 659	5 121
1965	83 667	39 858	17 401	25 844	11 195	25 435	6 591	6 339
1966	93 048	42 696	20 328	29 465	12 092	30 275	7 245	7 868
1967	108 174	51 295	24 188	31 986	14 230	35 113	8 387	8 690
1968	117 117	55 517	26 339	34 186	16 074	43 782	6 957	9 221
1969	117 904	54 244	25 771	36 663	16 266	51 813	6 101	9 884
1970	125 890	56 512	27 786	40 295	17 491	59 556	5 725	11 104
1971	140 399	58 071	33 037	47 927	20 249	70 696	6 511	12 592
1972	156 063	61 641	36 963	55 984	24 972	81 903	7 374	14 667
1973[11])	167 754	67 242	39 462	59 900	27 378	92 104	14 392[a])	6 222
1974	192 383	77 529	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	113 680	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	133 262	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	153 921	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	180 647	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	205 523	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	232 320	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981	545 617	273 114	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1982	614 820	309 064	190 622	109 858	114 128	417 144	10 690	26 798
1983	671 708	341 444	212 026	112 452	140 464	437 908	10 527	30 085
1984	717 522	367 297	230 551	113 116	173 006	456 268	9 809	27 581
1985	760 192	392 356	247 411	113 738	207 787	464 921	9 088	27 173
1986	800 967	415 390	264 351	114 811	251 595	456 259	8 223	25 351
1987	848 816	440 476	284 609	117 818	287 418	461 882	7 502	24 042
1988	903 015	475 169	302 560	119 316	325 356	477 457	7 171	21 045
1988 Mär	865 593	454 268	286 969	118 300	302 311	462 571	7 318	22 891
Jun	873 728	459 271	290 207	118 350	307 135	463 658	7 301	22 244
Sep	888 670	471 909	291 577	119 300	316 936	467 356	7 258	21 707
Dez	903 015	475 169	302 560	119 316	325 356	477 457	7 171	21 045
1989 Mär	909 642	483 697	299 823	119 800	344 330	471 166	7 016	21 092
Jun	909 044	483 002	299 795	119 800	340 560	467 510	6 926	20 527

[1]) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund (einschließlich Lastenausgleichsfonds und Auftragsfinanzierung Öffa), ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden (einschließlich Zweckverbände).
[3]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und Auftragsfinanzierung Öffa.
[4]) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.
[5]) Einschließlich Zweckverbände. — Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.
[6]) Einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen; ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. Ab 1981 ohne Kassenobligationen der Länder mit einer Laufzeit von über 4 Jahren.
[7]) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen.
[8]) Ab 1974 einschließlich den bei ausländischen Stellen aufgenommene Darlehen.
[9]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe.
[10]) Einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.
[11]) Nach Ausschaltung der Verschuldung der kommunalen Eigenbetriebe, einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.
[a]) Ab 1973 werden die vorher bei den sonstigen Nichtbanken ausgewiesenen Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen bei den Sozialversicherungen verbucht.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 41*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum[1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland[5]	Finanzielle Sektoren zusammen[2][6]	Sektoren insgesamt[2]
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften[3]	Sozialversicherung[4]	zusammen[2]			
		zusammen[2]	Produktionsunternehmen	Wohnungswirtschaft						
	I. Ersparnis und Vermögensübertragungen									
1965	34,44	29,26	19,73	9,53	12,46	3,71	79,86	5,38	2,04	87,29
1966	33,91	28,94	17,38	11,56	14,79	3,42	81,06	− 1,77	2,42	81,70
1967	31,93	31,47	18,10	13,37	10,63	− 1,00	73,03	−11,77	1,90	63,16
1968	38,64	35,00	21,08	13,92	14,32	− 0,32	87,64	−13,05	2,24	76,84
1969	45,46	31,18	21,05	10,13	26,36	1,14	104,14	− 9,26	3,12	98,00
1970	54,67	34,55	23,13	11,42	22,88	6,49	118,59	− 4,74	4,37	118,22
1971	60,01	33,04	16,59	16,45	21,51	7,44	122,00	− 2,69	3,77	123,08
1972	69,61	31,39	16,87	14,52	16,50	8,81	126,31	− 3,69	6,01	128,61
1973	72,29	27,93	17,13	10,80	27,71	13,79	141,72	−12,41	7,86	137,17
1974	83,24	20,58	3,32	17,26	17,18	4,76	125,76	−26,60	12,09	111,25
1975	96,29	14,22	1,24	12,98	−21,17	− 1,82	87,52	−10,68	11,23	88,07
1976	87,07	34,26	21,45	12,81	− 6,14	1,30	116,49	− 8,21	10,31	118,59
1977	83,34	28,99	19,93	9,06	6,75	− 3,14	115,94	− 8,10	11,14	118,97
1978	85,98	41,73	40,28	1,45	5,22	− 1,35	131,58	−16,83	14,14	128,89
1979	97,67	38,80	40,10	− 1,30	3,18	0,64	140,29	12,10	17,90	170,28
1980	107,35	19,49	15,82	3,67	− 3,26	4,46	128,04	27,28	20,54	175,86
1981	122,53	− 4,56	− 9,55	4,99	−24,14	7,07	100,91	11,25	23,06	135,20
1982	115,79	4,88	− 6,58	11,46	−27,12	8,66	102,21	− 8,41	20,48	114,28
1983	100,19	32,28	28,76	3,52	−13,29	0,80	119,98	−11,71	22,32	130,59
1984	110,14	34,54	25,89	8,65	− 4,99	0,43	140,12	−23,45	22,58	139,25
1985	113,39	31,79	21,35	10,44	2,66	5,94	153,78	−44,66	19,19	128,31
1986	126,89	69,40	48,46	20,94	− 1,83	9,78	204,24	−82,86	16,76	138,14
1987	132,47	77,52	54,31	23,21	−10,49	7,03	206,53	−78,92	18,36	145,97
1988	142,07	99,09	68,83	30,26	−12,42	2,00	230,74	−84,18	25,48	172,03
1989 1. Hj.	72,19	60,18	42,45	17,73	15,11	1,87	149,35	−52,68	0,80	97,46
	II. Nettoinvestitionen[7]) (Sachvermögensbildung)									
1965	—	68,02	41,36	26,67	17,71	0,20	85,94	—	1,36	87,29
1966	—	61,99	33,65	28,34	17,91	0,27	80,17	—	1,54	81,70
1967	—	46,22	18,89	27,33	15,21	0,26	61,69	—	1,47	63,16
1968	—	56,97	29,61	27,36	18,00	0,20	75,17	—	1,67	76,84
1969	—	74,94	46,80	28,14	20,78	0,21	95,93	—	2,07	98,00
1970	—	87,95	55,91	32,04	27,85	0,17	115,97	—	2,25	118,22
1971	—	90,45	50,61	39,84	29,87	0,25	120,57	—	2,51	123,08
1972	—	95,97	47,15	48,82	29,40	0,28	125,65	—	2,96	128,61
1973	—	103,56	51,53	52,03	30,10	0,38	134,04	—	3,13	137,17
1974	—	72,65	29,58	43,07	34,30	0,61	107,56	—	3,69	111,25
1975	—	49,74	13,67	36,07	34,14	0,49	84,37	—	3,70	88,07
1976	—	81,49	41,79	39,70	32,83	0,47	114,79	—	3,80	118,59
1977	—	83,12	40,08	43,04	32,10	0,47	115,69	—	3,30	118,97
1978	—	90,98	44,04	46,94	35,01	0,31	126,30	—	2,59	128,89
1979	—	128,68	72,98	55,70	39,10	0,37	168,15	—	2,13	170,28
1980	—	128,35	66,07	62,28	43,61	0,49	172,45	—	3,41	175,86
1981	—	92,17	32,75	59,42	38,77	0,77	131,72	—	3,49	135,20
1982	—	75,95	21,23	54,72	33,18	0,81	109,94	—	4,34	114,28
1983	—	95,18	35,22	59,96	28,96	0,86	125,00	—	5,59	130,59
1984	—	105,03	42,47	62,56	28,46	0,70	134,19	—	5,06	139,25
1985	—	94,28	43,82	50,46	28,69	0,83	123,80	—	4,51	128,31
1986	—	100,68	52,89	47,79	32,73	0,54	133,95	—	4,19	138,14
1987	—	107,90	61,17	46,73	33,01	0,66	141,57	—	4,40	145,97
1988	—	132,61	81,38	51,23	34,17	0,61	167,39	—	4,64	172,03
1989 1. Hj.	—	79,84	52,59	27,25	15,81	0,23	95,88	—	1,58	97,46
	III. Geldvermögensbildung									
1965	36,28	11,56	12,06	− 0,04	4,38	3,54	54,26	9,10	47,88	111,23
1966	34,59	8,53	8,76	0,33	5,61	3,19	50,45	6,69	46,26	103,41
1967	33,75	18,72	18,95	0,28	11,38	− 1,12	61,11	2,89	60,05	124,05
1968	42,10	17,83	17,50	0,62	8,41	− 0,61	68,44	11,51	78,61	158,57
1969	50,66	19,12	19,80	− 0,32	6,90	0,86	78,14	10,82	81,59	170,57
1970	59,12	22,59	23,37	− 0,56	4,18	6,30	91,80	32,02	102,15	225,97
1971	67,33	30,20	30,42	0,11	7,28	7,26	110,04	20,47	112,32	242,83
1972	80,18	36,64	36,55	0,64	4,35	8,60	127,82	19,81	138,26	285,89
1973	77,74	25,46	25,22	0,75	17,47	13,28	130,01	25,13	132,43	287,57
1974	83,76	33,69	34,43	− 0,36	8,01	4,18	128,12	16,41	117,38	261,89
1975	104,07	31,14	31,46	− 0,14	14,81	0,20	143,03	27,57	168,10	338,69
1976	101,84	45,79	45,31	0,55	3,86	0,79	157,32	38,34	157,96	353,61
1977	98,65	38,74	37,58	1,00	11,13	− 3,58	146,97	29,88	166,94	343,79
1978	104,60	50,81	49,04	1,50	15,20	− 1,60	170,65	42,45	225,59	438,69
1979	118,37	45,32	43,17	1,80	7,23	0,22	171,77	42,06	187,11	400,94

[1]) Ab 1985 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Bei der Summenbildung wurden innersektorale Ströme nicht mitaddiert. — [3]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — [4]) Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — [5]) Einschließlich DDR.

noch Tabelle 41*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum[1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland[5]	Finanzielle Sektoren zusammen[2][6]	Sektoren insgesamt[2]
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften[3]	Sozialversicherung[4]	zusammen[2]			
		zusammen[2]	Produktionsunternehmen	Wohnungswirtschaft						
	noch: III. Geldvermögensbildung									
1980	120,01	45,18	42,89	2,00	8,62	4,06	178,43	63,00	190,10	431,53
1981	130,11	55,74	53,52	2,00	12,46	6,37	204,84	56,18	210,46	471,48
1982	125,26	47,03	44,52	2,20	7,60	7,70	187,84	29,46	200,55	417,85
1983	112,70	67,45	64,38	2,80	13,47	– 0,01	193,38	26,68	202,90	422,96
1984	120,62	63,12	62,73	1,20	14,21	– 0,42	197,95	58,11	203,10	459,15
1985	126,17	57,76	61,80	– 1,40	16,67	5,19	206,51	72,13	221,11	499,75
1986	136,87	59,67	54,98	0,84	9,86	9,29	216,55	85,79	239,64	541,99
1987	144,05	59,15	64,02	– 2,55	10,00	6,31	220,23	49,54	233,99	503,76
1988	155,25	77,66	79,88	– 0,50	13,84	1,35	248,33	36,59	207,39	492,31
1989 1. Hj.	82,32	30,13	30,46	– 0,50	6,62	1,79	121,20	51,05	99,32	271,57
	IV. Kreditaufnahme und Aktienemission									
1965	1,84	50,32	33,69	17,10	9,63	0,03	60,33	3,71	47,19	111,23
1966	0,68	41,58	25,03	17,11	8,73	0,04	49,57	8,47	45,37	103,41
1967	1,82	33,46	19,74	14,24	15,96	0,14	49,77	14,66	59,62	124,05
1968	3,46	39,79	26,02	14,06	12,09	– 0,09	55,97	24,56	78,04	158,57
1969	5,20	62,88	45,56	17,69	1,32	– 0,06	69,94	20,08	80,55	170,57
1970	4,45	75,98	56,15	20,06	9,15	– 0,02	89,18	36,76	100,03	225,97
1971	7,32	87,61	64,45	23,50	15,64	0,07	108,61	23,16	111,06	242,83
1972	10,57	101,22	66,84	34,94	17,25	0,07	127,16	23,52	135,23	285,89
1973	5,45	101,09	59,62	41,98	19,86	– 0,14	122,34	37,54	127,70	287,57
1974	0,52	85,76	60,70	25,45	25,13	0,03	109,92	43,00	108,97	261,89
1975	7,78	66,65	43,89	22,95	70,12	2,51	139,88	38,25	160,56	338,69
1976	14,77	93,02	65,65	27,44	42,83	– 0,04	155,62	46,54	151,44	353,61
1977	15,31	92,86	57,72	34,98	36,48	0,03	146,72	37,97	159,10	343,79
1978	18,62	100,07	52,80	46,99	44,99	0,06	165,36	59,28	214,04	438,69
1979	20,70	135,21	76,05	58,80	43,15	– 0,05	199,64	29,96	171,35	400,94
1980	12,66	154,04	93,14	60,61	55,49	0,09	222,84	35,73	172,97	431,53
1981	7,58	152,47	95,81	56,43	75,37	0,07	235,65	44,94	190,89	471,48
1982	9,47	118,09	72,33	45,46	67,90	– 0,15	195,57	37,87	184,41	417,85
1983	12,51	130,35	70,85	59,24	55,72	0,05	198,40	38,39	186,17	422,96
1984	10,48	133,60	79,31	55,11	47,66	– 0,15	192,02	81,56	185,58	459,15
1985	12,78	120,25	84,27	38,62	42,70	0,08	176,53	116,79	206,43	499,75
1986	9,98	90,95	58,51	28,59	44,42	0,05	146,26	168,65	227,07	541,99
1987	11,58	89,54	70,88	20,97	53,50	– 0,06	155,27	128,46	220,03	503,76
1988	13,18	111,18	92,44	20,47	60,43	– 0,04	184,98	120,77	186,56	492,31
1989 1. Hj.	10,13	49,80	40,61	9,02	7,32	0,15	67,74	103,73	100,10	271,57
	V. Finanzierungssaldo[8] (= I. ./. II. oder III. ./. IV.)									
1965	34,44	– 38,77	–21,63	–17,14	– 5,25	3,51	– 6,07	5,38	0,69	–
1966	33,91	– 33,05	–16,27	–16,78	– 3,12	3,15	0,89	– 1,77	0,88	–
1967	31,93	– 14,75	– 0,79	–13,96	– 4,58	– 1,26	11,34	–11,77	0,43	–
1968	38,64	– 21,96	– 8,52	–13,44	– 3,68	– 0,52	12,48	–13,05	0,57	–
1969	45,46	– 43,76	–25,75	–18,01	5,58	0,93	8,22	– 9,26	1,04	–
1970	54,67	– 53,40	–32,78	–20,62	– 4,97	6,32	2,62	– 4,74	2,12	–
1971	60,01	– 57,42	–34,03	–23,39	– 8,36	7,19	1,43	– 2,69	1,26	–
1972	69,61	– 64,58	–30,28	–34,30	–12,90	8,53	0,66	– 3,69	3,04	–
1973	72,29	– 75,63	–34,40	–41,23	– 2,39	13,41	7,68	–12,41	4,73	–
1974	83,24	– 52,08	–26,27	–25,81	–17,12	4,15	18,19	–26,60	8,40	–
1975	96,29	– 35,51	–12,43	–23,09	–55,31	– 2,31	3,15	–10,68	7,53	–
1976	87,07	– 47,23	–20,34	–26,89	–38,97	0,83	1,70	– 8,21	6,51	–
1977	83,34	– 54,12	–20,14	–33,98	–25,35	– 3,61	0,26	– 8,10	7,84	–
1978	85,98	– 49,25	– 3,76	–45,49	–29,79	– 1,66	5,28	–16,83	11,55	–
1979	97,67	– 89,88	–32,88	–57,00	–35,92	0,27	–27,86	12,10	15,77	–
1980	107,35	–108,86	–50,25	–58,61	–46,87	3,97	–44,41	27,28	17,13	–
1981	122,53	– 96,73	–42,30	–54,43	–62,91	6,30	–30,81	11,25	19,56	–
1982	115,79	– 71,07	–27,81	–43,26	–60,30	7,85	– 7,73	– 8,41	16,14	–
1983	100,19	– 62,90	– 6,46	–56,44	–42,25	– 0,06	– 5,02	–11,71	16,73	–
1984	110,14	– 70,49	–16,58	–53,91	–33,45	– 0,27	5,93	–23,45	17,52	–
1985	113,39	– 62,49	–22,47	–40,02	–26,03	5,11	29,98	–44,66	14,68	–
1986	126,89	– 31,28	– 3,53	–27,75	–34,56	9,24	70,29	–82,86	12,57	–
1987	132,47	– 30,38	– 6,86	–23,52	–43,50	6,37	64,96	–78,92	13,96	–
1988	142,07	– 33,53	–12,56	–20,97	–46,59	1,39	63,35	–84,18	20,84	–
1989 1. Hj.	72,19	– 19,67	–10,15	– 9,52	– 0,70	1,64	53,46	–52,68	– 0,78	–

[6] Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen). — [7] Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. — [8] Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (–) oder Nettoveränderungen der Forderungen bzw. Verpflichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 42*

Entwicklung der Geldbe

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland[3])			
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
			zusammen[2])	Unternehmen und Privatpersonen	öffentliche Haushalte			zusammen	darunter mittel- und langfristig
1960	+ 16,82	−0,12	+ 16,94	+ 15,79	+ 1,15	+ 6,01	+ 7,95	− 1,93	+ 0,44
1961	+ 26,29	+2,48	+ 23,82	+ 22,34	+ 1,48	+ 1,49	− 0,03	+ 1,52	+ 1,14
1962	+ 24,34	+0,40	+ 23,94	+ 21,76	+ 2,18	+ 0,74	− 0,90	+ 1,65	+ 1,39
1963	+ 26,81	+0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 1,25
1964	+ 30,19	−1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 1,32
1965	+ 34,17	−0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	− 1,31	+ 1,79	+ 1,24
1966	+ 28,20	+0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 1,14
1967	+ 32,89	+0,67	+ 32,22	+ 18,33	+13,89	+ 6,28	− 0,17	+ 6,45	+ 1,62
1968	+ 40,02	−2,05	+ 42,06	+ 30,90	+11,17	+10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 6,76
1969	+ 53,48	+0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	− 2,45	−10,28	+ 7,83	+12,00
1970	+ 50,53	−0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	− 7,36	− 0,29
1971	+ 69,05	−0,63	+ 69,68	+ 59,52	+10,16	+11,52	+15,91	− 4,40	− 3,28
1972	+ 86,41	−2,07	+ 88,48	+ 78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	− 6,83	− 6,39
1973	+ 67,55	+2,37	+ 65,18	+ 54,59	+10,59	+23,48	+26,49	− 3,01	− 7,71
1974	+ 59,77	−1,48	+ 61,25	+ 41,18	+20,07	+13,19	− 1,90	+15,09	+ 5,54
1975	+ 85,51	+6,62	+ 78,89	+ 30,87	+48,02	+16,84	− 2,22	+19,06	+15,90
1976	+ 91,21	−5,10	+ 96,31	+ 65,76	+30,55	+ 8,27	+ 8,74	− 0,48	+ 6,84
1977	+ 94,18	−1,62	+ 95,80	+ 69,11	+26,69	+10,15	+10,49	− 0,34	+ 8,25
1978	+125,37	+2,78	+122,59	+ 87,86	+34,73	+ 7,09	+19,77	−12,68	− 1,88
1979	+138,95	−1,95	+140,91	+112,38	+28,53	−21,84	− 4,85	−16,98	−12,14
1980	+126,32	+3,89	+122,43	+100,78	+21,65	−10,58	−27,93	+17,35	+ 7,35
1981	+132,04	+2,12	+129,92	+ 82,41	+47,51	+11,87	− 3,22	+15,09	+ 3,48
1982	+104,44	−1,68	+106,12	+ 66,16	+39,96	+ 4,48	+ 3,07	+ 1,41	+10,23
1983	+113,19	+1,89	+111,29	+ 92,02	+19,28	+ 1,21	− 4,07	+ 5,28	+ 8,08
1984	+108,06	−1,93	+109,99	+ 90,93	+19,06	+ 0,82	− 3,16	+ 3,97	+ 3,06
1985	+ 98,14	−2,47	+100,61	+ 81,69	+18,92	+29,97	+ 1,26	+28,71	+ 0,35
1986	+ 81,66	+3,84	+ 77,82	+ 73,63	+ 4,19	+55,94	+ 5,97	+49,97	− 9,56
1987	+ 86,95	−2,85	+ 89,80	+ 61,16	+28,65	+53,21	+41,21	+12,00	+ 6,12
1988	+138,21	+0,60	+137,61	+ 96,13	+41,48	− 5,17	−34,63	+29,46	+ 9,06
1986 1. Vj.	+ 5,81	+3,81	+ 2,00	+ 8,05	− 6,05	+ 5,55	+ 2,15	+ 3,41	− 4,48
2. Vj.	+ 23,56	−1,96	+ 25,52	+ 25,58	− 0,07	+ 5,40	− 8,04	+13,45	− 0,72
3. Vj.	+ 14,31	−0,34	+ 14,65	+ 12,65	+ 2,00	+17,28	+ 8,85	+ 8,43	− 3,43
4. Vj.	+ 37,99	+2,33	+ 35,67	+ 27,35	+ 8,32	+27,70	+ 3,00	+24,69	− 0,94
1987 1. Vj.	− 8,63	−2,26	− 6,37	− 2,61	− 3,77	+21,38	+14,22	+ 7,16	− 4,44
2. Vj.	+ 16,51	−0,42	+ 16,93	+ 14,44	+ 2,49	+14,99	+ 5,79	+ 9,20	− 2,52
3. Vj.	+ 36,01	−0,25	+ 36,26	+ 25,58	+10,68	− 4,33	− 1,51	− 2,82	+ 6,98
4. Vj.	+ 43,06	+0,07	+ 42,99	+ 23,75	+19,24	+21,17	+22,71	− 1,54	+ 6,10
1988 1. Vj.	+ 12,74	−0,21	+ 12,95	+ 5,65	+ 7,31	− 9,01	− 2,91	− 6,10	+ 7,62
2. Vj.	+ 36,77	+0,11	+ 36,66	+ 27,44	+ 9,22	− 1,55	− 9,93	+ 8,38	+ 3,30
3. Vj.	+ 32,81	+0,27	+ 32,55	+ 18,99	+13,55	− 7,07	−22,37	+15,30	− 3,36
4. Vj.	+ 55,88	+0,44	+ 55,45	+ 44,05	+11,40	+12,46	+ 0,59	+11,87	+ 1,50
1989 1. Vj.	+ 17,24	+3,31	+ 13,93	+ 11,06	+ 2,87	−27,51	− 9,05	−18,46	+ 1,58
2. Vj.	+ 29,40	−3,65	+ 33,05	+ 34,66	− 1,61	+ 5,10	− 7,95	+13,06	− 2,91
3. Vj.	+ 28,63	−0,80	+ 29,44	+ 30,30	− 0,86	+14,13	− 2,46	+16,58	− 1,72

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.

[2]) Einschließlich Wertpapiere.

[3]) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

[4]) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Tabelle 42*

stände im Bilanzzusammenhang [1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen [4]) insgesamt [5])	III. darunter Termingelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	III. darunter Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist [6])	IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse [7])	VI. Geldmenge M 3 (Saldo I + II – III – IV – V) insgesamt	Geldmenge M 2 zusammen	Geldmenge M 1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) [8])	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld) zusammen	darunter unter 3 Monaten [9])	Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	Zeitraum
+ 9,27	+ 2,31	+ 2,49	+ 1,46	+ 1,61	+10,50	+ 5,06	+ 3,42	+ 1,65	.	+ 5,44	1960
+11,11	+ 5,36	+ 0,85	+ 1,31	− 0,62	+15,99	+ 9,63	+ 7,50	+ 2,14	.	+ 6,36	1961
+13,95	+ 5,30	+ 2,97	− 0,35	− 1,08	+12,56	+ 6,34	+ 4,61	+ 1,73	.	+ 6,21	1962
+15,43	+ 4,77	+ 4,13	− 0,61	+ 1,90	+13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,56	+ 0,47	+ 7,42	1963
+17,92	+ 4,63	+ 4,82	− 0,85	+ 0,66	+14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+16,69	+ 3,74	+ 5,13	− 1,11	+ 1,83	+17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	− 0,07	+11,13	1965
+15,90	+ 3,22	+ 7,81	− 0,53	+ 1,49	+14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	− 0,58	+ 8,46	1966
+14,63	+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+23,35	+14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+20,77	+ 1,49	+12,07	+ 1,19	+ 0,88	+28,11	+18,15	+ 5,53	+12,62	+ 1,69	+10,99	1968
+26,29	+ 5,52	+13,26	+ 0,44	+ 1,42	+22,88	+14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+27,79	+ 4,26	+12,94	+ 4,09	+ 8,91	+23,98	+16,41	+ 8,69	+ 7,72	+13,61	+ 7,57	1970
+32,65	+ 7,07	+14,73	+ 4,20	+ 5,00	+38,71	+24,97	+13,24	+11,72	+ 8,91	+13,75	1971
+47,00	+ 8,68	+20,62	− 3,85	+ 4,78	+47,14	+33,51	+17,55	+15,96	+ 6,58	+13,64	1972
+45,64	+10,22	+17,52	+ 4,22	+ 7,17	+34,00	+31,94	+ 2,57	+29,37	+22,78	+ 2,05	1973
+34,46	+ 7,95	+13,35	+ 0,44	+ 2,88	+35,18	+13,68	+15,50	− 1,82	+ 7,30	+21,49	1974
+61,34	+ 9,41	+34,81	+ 1,41	+ 1,17	+38,43	− 0,40	+21,40	−21,79	−17,24	+38,82	1975
+59,12	+11,45	+22,65	−10,22	+ 9,57	+41,01	+18,92	+ 6,88	+12,04	+ 2,71	+22,09	1976
+42,92	+13,65	+14,24	− 0,82	+ 3,28	+58,95	+33,47	+21,09	+12,38	+ 9,69	+25,47	1977
+54,80	+17,01	+17,98	+ 2,51	+10,36	+64,78	+43,50	+29,74	+13,75	+ 2,27	+21,29	1978
+75,77	+18,68	+18,11	− 1,69	+ 3,80	+39,25	+30,95	+ 9,86	+21,09	+18,24	+ 8,29	1979
+61,68	+14,57	+15,89	− 1,92	+13,20	+42,78	+33,96	+ 9,35	+24,62	+33,16	+ 8,81	1980
+86,01	+13,77	+11,94	− 0,25	+22,03	+36,13	+37,39	− 2,16	+39,54	+23,51	− 1,25	1981
+46,49	+ 7,22	+16,21	+ 0,49	+ 7,17	+54,77	+24,02	+17,74	+ 6,28	+12,08	+30,76	1982
+67,14	+27,24	+11,03	+ 0,90	+ 1,00	+45,35	+13,14	+22,73	− 9,58	− 9,38	+32,20	1983
+69,73	+26,27	+22,33	− 1,18	− 0,96	+41,27	+26,94	+18,42	+ 8,52	+ 2,14	+14,34	1984
+74,99	+34,46	+21,59	+ 1,27	+ 6,46	+45,39	+23,82	+15,50	+ 8,32	+ 7,20	+21,57	1985
+69,83	+37,63	+25,26	− 1,11	+ 3,15	+65,72	+34,31	+24,65	+ 9,66	+ 9,03	+31,41	1986
+70,72	+43,13	+19,58	+ 3,52	+ 3,35	+62,57	+35,53	+27,02	+ 8,51	+ 8,27	+27,04	1987
+42,84	+46,37	− 5,83	− 1,13	+15,25	+76,08	+49,54	+40,81	+ 8,73	+ 9,85	+26,54	1988
+25,67	+ 9,93	+ 5,65	+ 2,14	+ 8,84	−25,29	−29,11	−20,66	− 8,45	− 8,08	+ 3,82	1986 1. Vj.
+11,19	+ 8,78	+ 3,75	+ 1,89	− 0,53	+16,40	+14,95	+15,88	− 0,94	+ 0,31	+ 1,46	2. Vj.
+11,74	+ 9,02	+ 0,68	− 2,38	+10,03	+12,20	+ 7,78	− 2,38	+10,16	+ 4,15	+ 4,43	3. Vj.
+21,22	+ 9,91	+15,17	− 2,76	−15,18	+62,41	+40,70	+31,81	+ 8,89	+12,65	+21,70	4. Vj.
+23,95	+10,63	+ 5,98	+ 6,43	+ 2,18	−19,81	−25,89	−21,94	− 3,95	− 6,70	+ 6,08	1987 1. Vj.
+12,38	+ 9,13	+ 4,05	− 3,23	+ 3,56	+18,80	+18,69	+21,92	− 3,23	− 3,56	+ 0,10	2. Vj.
+14,17	+11,65	− 2,47	+ 2,41	+12,95	+ 2,14	− 1,36	− 1,55	+ 0,20	+ 6,85	+ 3,50	3. Vj.
+20,23	+11,71	+12,01	− 2,09	−15,34	+61,44	+44,09	+28,59	+15,49	+11,68	+17,36	4. Vj.
+10,65	+13,43	− 3,45	+ 3,49	+11,04	−21,45	−29,43	−16,27	−13,17	−13,98	+ 7,99	1988 1. Vj.
+ 9,87	+10,02	− 2,75	− 4,61	+ 6,18	+23,79	+22,34	+23,70	− 1,37	− 1,71	+ 1,46	2. Vj.
+ 6,81	+12,68	− 6,01	+ 4,43	+ 7,80	+ 6,71	+ 5,53	− 4,66	+10,19	+11,12	+ 1,18	3. Vj.
+15,51	+10,24	+ 6,37	− 4,44	− 9,76	+67,03	+51,11	+38,03	+13,08	+14,42	+15,92	4. Vj.
+10,03	+10,53	−13,20	− 2,17	+ 5,38	−23,52	−22,24	−24,08	+ 1,83	− 3,75	− 1,27	1989 1. Vj.
+26,58	+ 8,65	+ 1,79	+ 3,57	− 2,42	+ 6,78	+17,51	+ 8,68	+ 8,83	− 1,11	−10,73	2. Vj.
+24,90	+ 8,13	+ 1,19	− 0,63	+11,49	+ 7,01	+14,08	− 3,13	+17,21	+14,15	− 7,07	3. Vj.

[5]) Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen.

[6]) Einschließlich Sparbriefe.

[7]) Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems (von 1972 bis 1976 einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot).

[8]) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

[9]) Ohne vorübergehend zu den Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (§ 17 BBankG).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 43*

Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge

Mrd DM

Ende des Zeitraums	Geldbestände								Verbindlichkeiten der Auslandsniederlassungen[5]) deutscher Kreditinstitute gegenüber inländischen Nichtbanken	Bereinigte Zentralbankgeldmenge[6])	
	Geldmenge M 1			Geldmenge M 2[3])			Geldmenge M 3[4])				
	insgesamt	davon		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter
					Termineinlagen						
		Bargeldumlauf[1])	Sichteinlagen inländischer Nichtbanken[2])		zusammen	darunter mit Befristung bis unter 3 Monaten		Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist			Bankreserven[7])
1960	51,07	20,82	30,25	72,69	21,62	3,61	107,18	34,49	.	27,97	10,25
1961	58,71	23,19	35,52	82,17	23,47	3,94	123,02	40,85	.	30,93	10,20
1962	63,35	24,23	39,12	88,54	25,19	4,10	135,78	47,23	.	33,94	9,81
1963	67,76	25,50	42,26	94,51	26,75	4,57	149,15	54,65	.	36,64	10,80
1964	73,04	27,88	45,16	100,81	27,78	5,23	163,17	62,36	.	39,78	12,50
1965	78,52	29,65	48,87	106,92	28,40	5,16	180,40	73,49	.	43,81	14,48
1966	79,61	30,87	48,74	113,38	33,77	4,58	195,33	81,95	.	47,00	16,01
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	39,65	7,80	218,68	91,11	.	49,50	15,15
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	48,86	9,58	244,42	102,10	.	52,52	15,39
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	57,45	14,82	267,31	110,43	.	56,69	19,23
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	65,16	28,43	291,52	118,13	.	60,57	22,16
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	77,07	37,34	330,74	132,14	.	66,33	29,04
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	93,03	43,92	378,45	146,12	.	74,87	34,16
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	123,00	67,08	416,75	150,89	0,17	83,34	44,11
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	121,17	74,30	452,21	172,60	0,75	86,55	41,96
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	99,42	58,60	490,89	211,57	0,63	93,42	39,55
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	111,33	59,84	532,03	233,85	2,09	102,36	43,36
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	123,74	69,54	591,47	259,66	1,65	111,34	45,59
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	137,50	71,81	656,60	281,19	2,35	123,95	51,15
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	158,62	90,05	696,21	289,72	2,97	135,47	59,48
1980	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	6,94	141,92	58,87
1981	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	8,12	147,34	56,80
1982	273,05	88,64	184,41	502,20	229,15	158,80	830,96	328,76	8,11	153,36	58,87
1983	295,80	96,43	199,37	515,36	219,57	149,46	874,84	359,48	8,40	165,10	59,75
1984	314,24	99,80	214,43	542,32	228,09	151,60	916,17	373,84	12,08	173,50	62,55
1985	329,74	104,24	225,50	566,14	236,41	158,81	961,56	395,41	16,21	181,02	66,06
1986	358,75	112,15	246,59	610,93	252,18	170,57	1 050,69	439,76	45,07	192,87	66,32
1987	385,17	124,09	261,08	645,65	260,48	178,85	1 112,44	466,80	52,90	209,02	73,03
1988	427,00	142,60	284,40	696,08	269,08	188,70	1 189,61	493,54	63,20	228,52	77,35
1987 1. Vj.	336,81	111,37	225,44	584,82	248,02	163,87	1 030,66	445,84	51,34	201,84	71,03
2. Vj.	358,73	115,42	243,31	603,52	244,79	160,32	1 049,46	445,94	54,18	205,51	72,19
3. Vj.	357,18	117,52	239,66	602,16	244,98	167,17	1 051,60	449,44	57,79	211,33	73,50
4. Vj.	385,17	124,09	261,08	645,65	260,48	178,85	1 112,44	466,80	52,90	217,41	75,39
1988 1. Vj.	369,50	127,23	242,27	616,81	247,31	164,87	1 091,60	474,78	62,74	220,99	76,77
2. Vj.	393,48	129,13	264,35	639,42	245,94	163,15	1 115,86	476,44	63,79	224,36	76,21
3. Vj.	389,10	133,21	255,89	645,23	256,13	174,27	1 122,85	477,62	64,06	231,11	77,59
4. Vj.	427,00	142,60	284,40	696,08	269,08	188,70	1 189,61	493,54	63,20	237,61	78,83
1989 1. Vj.	403,19	141,90	261,29	674,10	270,91	184,95	1 166,37	492,27	87,54	244,47	80,49
2. Vj.	412,02	142,93	269,08	691,76	279,74	183,84	1 173,29	481,54	98,17	244,49	79,59
3. Vj.	408,69	142,00	266,69	705,64	296,95	198,00	1 180,11	474,47	...	246,81	80,64

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.
2) Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
3) Geldmenge M 1 plus Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).
4) Geldmenge M 2 plus Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist.
5) Auslandsfilialen, inländische Kreditinstitute und ausländische Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz inländischer Kreditinstitute.
6) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitue) und Bankreserven, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen (zur Methode siehe Anhang IV, Abschnitt C). Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. — Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitt aus Monatsdurchschnitten.
7) Ist-Reserve und anrechenbare Kassenbestände der Kreditinstitute.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 44*

Emission und Erwerb von Wertpapieren

Mio DM

Zeitraum	Festverzinsliche Wertpapiere							Aktien	
	Emission durch				Erwerb durch			Emission durch	
	inländische Stellen [1])			Ausland [4])	Inländer		Ausländer [7])	inländische Unternehmen [8])	ausländische Unternehmen [9])
	zusammen	darunter			zusammen [5])	darunter			
		Banken [2])	öffentliche Hand [3])			Nichtbanken [6])			
1960	4 105	3 336	1 156	– 24	2 708	.	1 373	2 793	739
1961	7 815	5 862	1 856	– 1	7 511	.	303	3 296	206
1962	9 392	6 473	2 333	94	8 764	.	722	2 196	639
1963	11 964	8 327	3 297	221	10 194	.	1 991	1 318	266
1964	12 880	9 663	2 893	489	13 364	.	5	2 243	346
1965	11 326	8 136	2 835	381	11 604	8 380	103	3 959	672
1966	5 007	4 381	622	550	5 685	4 236	– 128	2 713	892
1967	14 970	9 211	4 875	471	16 276	3 423	– 835	1 905	1 419
1968	17 668	13 922	3 818	4 103	21 922	7 692	– 151	3 144	2 831
1969	12 383	12 258	289	5 365	18 701	9 222	– 953	2 797	5 778
1970	14 312	11 934	2 157	1 042	14 537	12 211	817	3 592	2 668
1971	20 578	14 856	4 279	– 1 184	17 778	11 970	1 616	4 734	2 201
1972	34 067	26 074	7 206	– 4 314	22 024	15 322	7 729	4 129	1 769
1973	25 010	21 432	4 120	– 231	18 283	14 786	6 496	3 581	1 968
1974	25 082	19 616	5 837	675	27 706	12 713	– 1 949	3 525	2 693
1975	47 977	34 974	13 171	1 384	52 805	18 132	– 3 443	6 010	3 435
1976	47 859	31 731	16 676	1 354	46 085	32 127	3 129	6 081	1 818 [a])
1977	49 777	28 937	21 256	4 551	53 640	22 088	687	4 368	3 542
1978	39 832	29 437	11 420	3 553	43 260	18 289	124	5 550	3 942
1979	41 246	36 350	6 011	3 726	40 936	39 301	4 036	5 513	3 541 [a])
1980	45 218	41 546	4 934	7 338	52 261	33 166	294	6 948	3 569
1981	66 872	70 451	– 2 608	6 204	74 528	57 149	– 1 453	5 516	4 647
1982	72 726	44 795	28 563	10 983	81 437	36 672	2 272	5 921	3 286
1983	85 527	51 726	34 393	5 743	80 469	42 873	10 801	7 271	8 318
1984	71 101	34 639	36 664	15 712	72 995	50 020	13 818	6 278	5 676
1985	76 050	33 013	42 738	27 461	72 051	39 526	31 460	11 009	7 460
1986	87 485	29 509	57 774	16 392	44 798	12 433	59 079	16 394	15 887
1987	88 190	28 448	59 768	24 835	78 032	34 424	34 993	11 889	4 707
1988	35 100	–11 029	46 228	54 797	87 840	53 984	2 057	7 528	26 007
1987 1. Vj.	42 455	15 326	27 208	7 242	26 499	14 214	23 198	1 567	374
2. Vj.	13 949	5 328	8 701	8 134	10 116	2 906	11 967	4 700	930
3. Vj.	19 883	6 462	13 268	8 660	29 035	16 475	– 492	1 993	– 181
4. Vj.	11 903	1 332	10 591	799	12 382	829	321	3 629	3 584
1988 1.Vj.	16 328	– 1 822	18 195	13 369	27 136	16 822	2 560	1 083	4 292
2. Vj.	3 961	– 2 508	6 513	13 625	19 037	10 569	– 1 451	845	5 107
3. Vj.	11 446	– 1 177	12 616	12 903	26 818	15 094	– 2 469	1 255	5 533
4. Vj.	3 365	– 5 522	8 904	14 901	14 849	11 499	3 417	4 345	11 075
1989 1. Vj.	12 289	4 065	8 092	17 559	37 394	28 596	– 7 546	3 877	7 194
2. Vj.	18 150	11 543	6 500	4 614	14 459	14 840	8 305	3 881	4 405
3. Vj.	14 196	13 065	1 014	14 532	19 139	18 598	9 588	2 617	2 893

[1]) Nettoabsatz zu Kurswerten unter Berücksichtigung von Eigenbestandsveränderungen der Emittenten. — [2]) Bankschuldverschreibungen ohne Bank-Namensschuldverschreibungen. — [3]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds begebene Schuldverschreibungen. — [4]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Inländer. — [5]) In- und ausländische Rentenwerte. — [6]) Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — [7]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) inländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Ausländer. — [8]) Zu Emissionskursen. — [9]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Dividendenwerte (einschließlich Direktinvestitionen und Investmentzertifikate) zu Transaktionswerten durch Inländer.
a) Statistisch bereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 45*

Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen

Durchschnitt des Zeitraums[1])

30. Dezember 1980 = 100

Zeitraum[2])	Insgesamt	Davon									
		Industrie							Sonstige Wirtschaftsbereiche[3])		
		zusammen	davon						zusammen	darunter	
			Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitende Industrie				Bauindustrie		Kreditbanken	Versicherungsgewerbe
				zusammen	darunter						
					Grundstoff-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-				
					industrie						
1950	9,8	10,5	8,4	9,5	10,3	6,6	19,3	5,1	6,3	2,5	—
1951	14,3	15,5	12,7	15,2	17,9	8,9	26,6	4,6	8,0	4,3	—
1952	18,1	19,8	17,3	21,3	27,7	10,1	26,3	4,7	9,4	6,0	—
1953	16,3	17,7	15,9	19,2	25,0	9,1	22,9	4,1	9,0	6,2	—
1954	23,3	25,2	21,1	30,2	41,2	11,9	31,0	5,7	13,1	10,2	—
1955	36,3	39,4	32,5	47,7	64,7	19,9	46,3	9,2	19,8	16,8	—
1956	34,4	37,1	29,9	44,6	60,0	19,0	45,4	8,8	20,6	18,1	—
1957	34,1	36,6	29,6	44,1	59,5	18,4	43,3	9,3	21,2	18,7	—
1958	42,7	45,5	35,4	53,5	70,4	24,8	55,7	13,8	28,5	26,7	—
1959	71,6	75,9	55,2	90,0	116,4	45,3	95,3	23,4	50,3	48,2	—
1960	110,7	117,2	74,5	136,7	169,2	81,6	155,1	39,5	78,4	73,2	—
1961	113,5	119,0	77,5	132,2	158,8	88,5	153,5	46,8	87,4	83,3	—
1962	88,1	91,9	64,5	97,3	115,8	69,1	100,2	46,5	70,9	63,7	—
1963	85,0	88,7	61,9	90,9	107,0	67,1	90,6	55,4	68,8	61,0	—
1964	97,7	102,4	75,5	105,4	126,9	73,6	101,1	68,4	75,2	68,3	—
1965	87,0	90,8	61,6	98,0	120,6	64,4	89,5	53,4	69,4	58,9	—
1966	73,7	76,4	54,1	81,5	98,1	55,2	82,5	40,6	62,6	56,5	—
1967	75,2	77,8	58,9	81,8	97,6	58,2	75,0	47,0	64,9	63,1	—
1968	98,8	102,4	78,2	107,7	128,5	78,1	93,4	57,4	83,5	90,3	—
1969	107,5	111,2	88,5	115,9	134,3	88,6	109,2	55,9	93,2	107,1	—
1970	96,2	99,6	79,3	103,9	114,1	86,8	108,3	48,8	82,1	93,6	—
1971	93,4	95,3	84,2	97,0	102,2	88,9	92,3	53,7	88,0	101,7	—
1972	102,2	103,4	82,5	107,4	107,9	107,2	102,5	80,2	101,1	116,0	—
1973	96,2	98,3	76,4	102,4	99,6	105,3	107,4	90,6	89,6	99,5	—
1974	82,0	84,1	65,1	87,8	89,5	85,4	84,9	71,9	74,8	84,6	—
1975	94,4	95,0	69,4	100,4	101,7	101,0	93,7	79,9	95,7	110,8	—
1976	102,2	104,0	71,6	111,3	118,0	106,4	92,3	68,8	97,7	109,1	—
1977	102,1	104,2	79,5	109,6	115,6	105,3	91,5	77,5	96,8	108,7	61,7
1978	111,4	112,4	95,0	115,8	115,5	116,7	109,9	110,5	109,1	121,6	75,8
1979	106,8	107,5	95,7	110,1	112,8	108,6	104,3	94,4	104,9	110,1	87,7
1980	101,9	102,4	99,4	103,1	103,8	103,3	100,0	96,6	100,8	103,9	93,3
1981	101,8	103,5	100,4	103,6	106,8	101,4	98,9	119,9	98,1	96,7	99,7
1982	102,7	102,6	100,9	102,1	103,7	100,0	93,6	136,9	102,7	97,1	113,4
1983	135,2	134,9	116,2	137,7	127,3	147,2	123,8	163,8	135,9	117,0	170,1
1984	153,6	148,5	111,9	155,1	143,6	167,7	124,7	161,9	165,0	127,0	248,1
1985	209,2	193,1	121,9	206,2	186,1	234,7	133,6	198,7	245,4	178,7	421,3
1986	295,7	258,6	146,2	278,8	234,4	336,4	186,8	281,9	378,4	271,5	669,7
1987	257,5	239,6	149,9	256,8	226,0	295,7	193,3	212,9	297,5	217,9	488,1
1988	217,9	203,8	151,0	214,5	209,9	218,5	175,9	171,9	249,2	174,0	411,2
1988 1. Vj.	197,1	185,3	144,8	194,1	188,6	198,8	156,8	138,3	223,3	159,7	363,4
2. Vj.	208,3	195,4	147,9	205,2	203,5	204,8	177,3	159,0	236,8	164,5	380,3
3. Vj.	224,7	210,0	154,8	221,0	217,1	224,6	181,1	180,8	257,2	177,9	426,3
4. Vj.	241,6	224,5	156,5	237,5	230,2	245,7	188,3	209,6	279,3	193,8	474,8
1989 1. Vj.	251,9	238,8	165,2	252,1	247,8	254,3	205,7	259,1	281,3	199,0	468,7
2. Vj.	264,1	253,6	181,1	265,6	262,7	265,6	226,0	321,5	287,9	205,7	469,1
3. Vj.	297,0	278,8	214,2	288,7	273,7	300,3	248,7	385,9	337,4	230,0	586,5

1) 1950 bis 1953 aus Monatsdurchschnitten, 1954 bis 1981 aus Bankenstichtagen (in der Regel der 7., 15., 23. und letzter Börsentag des Monats), ab 1982 aus börsentäglichen Indizes berechnet.

2) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und bis 1964 ohne Berlin.

3) Einschließlich Warenhausunternehmen, Handel (ohne Warenhausunternehmen), Verkehr und Hypothekenbanken.

Tabelle 46*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe
	Wertindex				Volumenindex			
1962	21,8	24,1	18,0	30,6	44,2	45,3	38,8	60,7
1963	23,0	24,9	19,3	31,7	46,4	47,2	41,5	61,8
1964	26,2	28,8	22,3	35,6	52,7	53,7	47,5	68,2
1965	28,0	29,5	24,1	38,5	54,7	53,7	49,8	72,4
1966	27,9	30,5	23,5	38,1	53,5	55,2	47,6	70,3
1967	27,8	30,7	23,5	37,7	54,0	57,0	47,8	69,9
1968	32,1	34,5	27,9	42,3	65,6	67,9	59,4	82,6
1969	39,6	40,5	36,8	47,2	78,5	77,1	75,5	90,2
1970	41,5	42,6	38,6	49,1	77,0	77,0	72,6	90,3
1971	42,2	42,7	38,3	54,4	74,6	76,0	67,4	96,4
1972	45,4	46,5	40,9	59,1	78,2	82,0	69,8	100,2
1973	53,1	54,9	49,6	61,8	87,7	92,1	81,9	99,6
1974	57,5	65,8	51,6	63,2	83,3	88,8	78,2	90,8
1975	56,5	57,9	53,6	62,9	79,2	80,1	75,5	88,5
1976	64,1	65,8	60,9	71,5	86,8	88,4	82,6	97,6
1977	64,8	63,8	62,6	73,7	86,0	86,8	81,6	98,4
1978	68,0	66,5	65,9	77,4	89,0	90,8	84,0	101,7
1979	75,4	75,8	72,7	83,5	94,7	97,2	90,1	104,7
1980	78,3	79,4	74,9	87,0	92,8	94,6	88,8	102,3
1981	81,8	83,1	79,4	87,3	92,4	93,2	90,2	97,8
1982	81,0	81,1	79,0	87,1	87,1	86,7	85,2	93,9
1983	84,5	86,7	81,1	91,3	89,5	92,8	85,3	96,9
1984	92,6	96,0	89,3	96,9	95,1	98,8	91,7	99,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	100,2	94,6	102,2	103,1	100,2	98,9	100,2	102,1
1987	100,4	93,8	102,4	105,4	100,5	101,1	99,1	103,6
1988	110,2	103,4	113,0	112,8	108,1	108,5	107,6	108,9
1985 1. Vj.	103,0	102,6	102,9	104,1	103,8	103,0	103,9	105,0
2. Vj.	98,2	101,3	96,9	97,0	98,0	100,7	96,8	97,0
3. Vj.	96,2	98,1	94,9	97,1	95,8	97,6	94,5	96,7
4. Vj.	102,6	98,0	105,3	101,8	102,4	98,7	104,8	101,3
1986 1. Vj.	103,2	97,5	105,3	106,1	102,9	99,4	104,0	105,1
2. Vj.	101,5	97,7	103,8	101,1	101,3	101,5	101,7	100,1
3. Vj.	96,0	92,4	96,3	101,2	96,1	97,6	94,1	100,2
4. Vj.	99,9	90,7	103,5	104,0	100,3	97,0	101,1	103,0
1987 1. Vj.	100,9	92,3	102,7	109,4	101,4	100,1	99,9	108,0
2. Vj.	97,2	92,9	98,4	100,8	97,4	100,2	95,3	99,4
3. Vj.	98,9	93,4	99,9	104,9	98,7	100,4	96,5	102,8
4. Vj.	104,7	96,5	108,5	106,5	104,4	103,7	104,8	104,2
1988 1. Vj.	109,8	102,6	110,9	118,5	109,0	110,1	106,4	115,4
2. Vj.	106,6	103,4	108,0	107,9	105,1	109,4	102,9	104,6
3. Vj.	108,6	102,0	111,2	111,4	106,0	106,1	105,7	107,0
4. Vj.	115,9	105,8	121,9	113,6	112,3	108,2	115,5	108,7
1989 1. Vj.	122,0	112,2	126,0	125,4	116,7	113,1	118,0	118,9
2. Vj.	123,3	114,7	129,2	119,4	117,1	114,8	119,8	112,5
3. Vj.	117,1	106,4	122,1	118,8	111,2	107,0	113,3	111,4

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und Rückrechnung siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980 S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

noch Tabelle 46*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe
	Wertindex				Volumenindex			
1962	28,7	32,5	23,6	36,2	57,3	60,9	49,5	72,0
1963	29,5	32,8	24,6	37,1	58,6	61,5	51,4	72,5
1964	33,9	38,6	28,3	41,6	66,9	71,8	58,9	80,1
1965	36,1	38,8	31,0	45,1	69,3	70,3	62,4	85,0
1966	34,9	39,2	28,8	44,2	65,6	70,4	56,7	81,6
1967	33,7	38,0	27,6	43,2	64,3	70,3	54,6	80,5
1968	38,8	43,0	32,7	48,2	78,9	85,1	69,0	94,8
1969	48,0	51,1	44,1	53,2	95,3	98,7	90,1	102,6
1970	50,8	53,3	47,3	55,6	93,9	97,4	88,1	102,5
1971	51,4	52,9	46,4	61,5	90,4	94,2	80,6	109,2
1972	54,7	56,6	48,9	66,6	93,5	99,2	82,5	113,3
1973	60,8	65,4	55,2	68,5	100,0	110,1	90,2	110,4
1974	62,9	74,3	54,0	69,5	91,2	103,6	80,8	99,9
1975	65,0	67,9	61,1	69,6	91,0	95,0	85,4	98,2
1976	70,5	76,2	64,2	77,5	95,5	103,1	86,8	106,1
1977	72,6	72,4	69,4	80,1	96,0	97,5	90,3	107,3
1978	76,3	74,6	74,2	83,5	99,7	101,1	94,4	110,1
1979	83,5	84,3	80,3	89,7	104,6	107,9	99,3	112,6
1980	85,9	87,6	81,8	93,1	101,6	104,2	96,6	109,4
1981	84,9	87,7	80,4	91,4	95,7	98,5	91,2	102,2
1982	84,5	85,2	81,6	90,1	90,6	90,9	87,7	97,0
1983	88,5	90,6	84,7	94,4	93,5	96,6	88,8	100,1
1984	94,0	96,6	90,7	98,3	96,5	99,4	92,9	100,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,4	96,4	105,4	103,3	102,1	99,9	103,2	102,2
1987	102,1	94,3	105,1	105,6	101,5	100,2	101,4	103,5
1988	110,5	102,9	113,9	112,5	107,8	107,0	108,2	108,0
1985 1. Vj.	101,2	98,9	101,4	103,8	102,1	99,6	102,4	104,7
2. Vj.	97,8	101,4	96,1	97,0	97,6	101,0	96,0	97,0
3. Vj.	97,6	100,9	95,9	97,5	97,2	100,3	95,5	97,1
4. Vj.	103,4	98,8	106,7	101,7	103,1	99,1	106,1	101,2
1986 1. Vj.	103,3	96,4	106,4	105,3	102,7	97,6	105,0	104,3
2. Vj.	104,0	99,8	107,9	100,8	103,6	102,8	105,7	99,8
3. Vj.	100,2	96,6	101,4	102,1	100,0	101,1	99,0	101,0
4. Vj.	101,9	92,8	105,8	104,8	101,8	98,1	103,1	103,6
1987 1. Vj.	102,6	91,5	106,2	109,1	102,6	98,0	103,0	107,6
2. Vj.	98,8	94,3	100,5	101,1	98,5	100,3	97,0	99,3
3. Vj.	101,9	95,5	104,1	105,2	101,2	101,3	100,4	102,8
4. Vj.	104,9	95,8	109,3	107,0	103,9	101,3	105,1	104,2
1988 1. Vj.	110,2	99,9	112,8	117,7	108,6	105,9	107,8	114,2
2. Vj.	107,0	103,7	108,7	107,6	104,9	108,8	103,3	103,8
3. Vj.	110,4	103,7	113,8	111,3	107,5	107,2	108,1	106,5
4. Vj.	114,3	104,5	120,4	113,3	110,3	106,0	113,8	107,7
1989 1. Vj.	121,8	109,6	128,3	122,8	116,1	109,9	119,7	115,8
2. Vj.	122,9	113,2	130,8	117,3	116,2	112,6	121,0	109,8
3. Vj.	117,9	108,0	123,7	117,3	111,5	108,0	114,4	109,4

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und Rückrechnung siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980 S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

noch Tabelle 46*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1]

c) Ausland (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe
	Wertindex				Volumenindex			
1962	10,3	10,6	10,4	9,3	22,4	20,0	24,3	17,5
1963	12,1	12,3	12,2	11,0	26,2	23,9	28,2	20,7
1964	13,6	13,2	14,1	12,3	29,0	24,5	32,0	22,8
1965	14,6	14,5	14,9	13,3	30,3	26,9	32,9	24,3
1966	16,3	16,8	16,4	14,8	33,4	30,9	35,5	26,8
1967	18,0	19,0	17,9	16,3	36,9	35,8	38,6	29,6
1968	21,1	21,0	21,4	19,4	43,7	40,2	46,5	36,1
1969	25,8	23,6	27,1	23,9	50,7	42,3	55,8	43,1
1970	26,2	25,5	26,8	24,5	48,8	44,2	51,9	43,5
1971	27,1	26,4	27,3	27,5	48,7	46,8	49,7	47,6
1972	30,1	30,3	30,0	30,3	53,0	54,4	52,7	50,7
1973	40,3	38,1	41,9	36,6	67,4	63,3	70,7	58,3
1974	48,5	52,1	48,3	39,0	70,3	65,2	74,8	55,8
1975	42,5	42,1	43,5	37,2	59,5	56,4	62,2	51,8
1976	53,6	49,3	56,4	48,5	72,4	65,1	76,9	65,9
1977	52,0	50,1	53,3	49,5	69,4	69,8	69,9	65,0
1978	54,3	53,6	54,7	53,8	71,3	74,5	70,0	69,8
1979	62,1	62,4	62,5	59,6	78,2	80,1	77,8	74,5
1980	65,7	66,5	65,7	63,5	78,3	79,4	78,3	75,3
1981	76,7	75,6	78,0	71,7	86,9	84,9	88,8	80,9
1982	75,2	74,5	75,4	75,9	81,4	80,2	81,9	82,4
1983	77,8	80,6	76,1	79,6	82,8	87,0	80,5	84,9
1984	90,2	95,1	87,5	91,7	92,9	98,0	90,1	94,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	96,5	91,7	98,0	102,6	97,1	97,3	96,3	101,8
1987	97,6	93,0	98,9	104,7	98,8	102,5	96,1	104,1
1988	109,8	104,2	111,8	114,2	108,5	110,8	106,9	112,3
1985 1. Vj.	106,1	108,5	105,0	105,2	106,7	108,5	105,9	106,2
2. Vj.	98,9	101,1	98,0	97,1	98,6	100,3	97,9	97,2
3. Vj.	93,8	93,8	93,5	95,7	93,4	93,4	93,2	95,1
4. Vj.	101,3	96,6	103,4	102,1	101,4	97,9	103,0	101,6
1986 1. Vj.	103,1	99,3	104,0	109,1	103,1	102,3	102,7	108,0
2. Vj.	97,4	94,3	98,2	102,1	97,7	99,4	96,3	101,3
3. Vj.	89,0	85,7	89,4	97,8	89,7	92,2	87,4	96,9
4. Vj.	96,6	87,4	100,4	101,2	97,8	95,4	98,5	100,8
1987 1. Vj.	97,8	93,5	98,0	110,4	99,4	103,5	95,7	109,9
2. Vj.	94,5	90,6	95,6	99,9	95,7	100,0	93,1	99,6
3. Vj.	93,9	90,1	94,2	103,6	94,7	99,1	91,3	102,6
4. Vj.	104,3	97,5	107,6	104,8	105,3	107,4	104,4	104,2
1988 1. Vj.	109,2	106,8	108,4	121,5	109,6	116,8	104,5	120,2
2. Vj.	106,0	102,9	107,0	108,8	105,3	110,4	102,5	107,5
3. Vj.	105,7	99,3	107,7	111,7	103,7	104,3	102,6	109,2
4. Vj.	118,4	107,8	124,0	114,7	115,6	111,9	117,8	112,3
1989 1. Vj.	122,2	116,2	123,1	135,2	117,8	118,2	115,7	130,6
2. Vj.	124,1	117,0	127,1	127,1	118,7	118,3	118,2	122,6
3. Vj.	115,7	103,8	120,0	124,7	110,6	105,5	111,8	119,2

[1] Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und Rückrechnung siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980 S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

Tabelle 47*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1950 [2])	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951 [2])	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952 [2])	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953 [2])	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954 [2])	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955 [2])	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956 [2])	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957 [2])	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958 [2])	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959 [2])	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 207	22 058	941 149	281 250	389 359	144 992	125 549
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 461	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1981	1 255 937	32 546	1 223 391	401 681	492 851	172 500	156 358
1982	1 284 376	33 224	1 251 151	401 267	514 966	172 185	162 733
1983	1 312 663	32 274	1 280 388	405 509	531 471	176 770	166 639
1984	1 398 459	34 878	1 363 581	441 888	562 482	187 606	171 605
1985	1 494 753	35 749	1 459 004	461 216	627 431	194 733	175 624
1986	1 468 396	33 199	1 435 197	407 117	651 534	200 499	176 047
1987	1 476 865	31 740	1 445 126	394 482	673 636	205 017	171 990
1988	1 561 666	31 922	1 529 744	421 825	713 480	217 204	177 235
1987 1. Vj.	353 599	7 997	345 602	92 833	159 892	51 204	41 674
2. Vj.	362 225	7 233	354 992	99 715	164 279	48 318	42 679
3. Vj.	364 955	7 069	357 886	100 936	162 306	52 014	42 630
4. Vj.	396 086	9 440	386 646	100 998	187 160	53 481	45 007
1988 1. Vj.	371 072	8 189	362 883	100 467	164 639	55 246	42 531
2. Vj.	385 040	7 197	377 843	105 440	177 682	51 491	43 231
3. Vj.	388 460	7 170	381 289	107 615	174 549	54 519	44 606
4. Vj.	417 094	9 366	407 728	108 302	196 610	55 949	46 867
1989 1. Vj.	399 706	7 483	392 222	111 775	178 079	58 163	44 205
2. Vj.	428 209	6 888	421 321	119 938	197 568	56 665	47 149
3. Vj.	411 838	6 638	405 199	115 525	185 504	57 673	46 497

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 47*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1953 [2])	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954 [2])	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955 [2])	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956 [2])	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957 [2])	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958 [2])	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959 [2])	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 609	18 217	717 392	217 829	256 399	125 174	117 990
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1981	928 796	27 495	901 302	303 330	309 084	144 994	143 894
1982	936 372	28 796	907 576	300 677	314 947	142 469	149 483
1983	957 428	28 065	929 364	301 094	329 375	146 003	152 891
1984	995 935	29 773	966 162	321 882	335 573	152 575	156 133
1985	1 051 848	31 216	1 020 632	333 034	372 895	155 646	159 057
1986	1 031 992	29 413	1 002 579	291 162	390 985	160 227	160 206
1987	1 038 339	28 435	1 009 905	280 240	408 236	164 567	156 861
1988	1 086 916	28 653	1 058 263	293 115	430 693	173 205	161 251
1987 1. Vj.	248 299	7 209	241 090	65 036	97 122	40 944	37 987
2. Vj.	253 748	6 506	247 242	71 120	98 580	38 796	38 746
3. Vj.	259 587	6 377	253 210	72 540	100 215	41 544	38 911
4. Vj.	276 705	8 343	268 362	71 543	112 320	43 282	41 217
1988 1. Vj.	257 401	7 421	249 979	68 718	98 556	43 939	38 765
2. Vj.	268 114	6 407	261 706	73 352	107 846	41 046	39 463
3. Vj.	272 825	6 463	266 361	75 896	106 632	43 363	40 470
4. Vj.	288 577	8 361	280 216	75 149	117 659	44 857	42 553
1989 1. Vj.	273 895	6 857	267 039	76 401	104 833	45 678	40 127
2. Vj.	294 706	6 228	288 478	83 449	117 803	44 517	42 709
3. Vj.	285 942	6 016	279 927	81 658	111 150	45 103	42 015

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 47*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1953 [2])	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954 [2])	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955 [2])	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957 [2])	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958 [2])	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959 [2])	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1981	327 141	5 052	322 089	98 351	183 767	27 506	12 465
1982	348 003	4 428	343 575	100 591	200 019	29 715	13 250
1983	355 234	4 210	351 025	104 415	202 096	30 766	13 748
1984	402 524	5 105	397 418	120 006	226 909	35 031	15 472
1985	442 905	4 533	438 371	128 182	254 535	39 087	16 567
1986	436 404	3 786	432 618	115 955	260 550	40 272	15 841
1987	438 526	3 305	435 221	114 242	265 400	40 450	15 130
1988	474 750	3 270	471 480	128 710	282 787	43 999	15 985
1987 1. Vj.	105 301	789	104 512	27 796	62 770	10 259	3 686
2. Vj.	108 476	727	107 750	28 595	65 699	9 522	3 933
3. Vj.	105 368	692	104 676	28 396	62 091	10 470	3 719
4. Vj.	119 381	1 097	118 284	29 455	74 840	10 198	3 791
1988 1. Vj.	113 671	768	112 903	31 749	66 082	11 306	3 766
2. Vj.	116 926	789	116 137	32 088	69 836	10 445	3 767
3. Vj.	115 635	707	114 928	31 719	67 917	11 156	4 137
4. Vj.	128 517	1 005	127 512	33 153	78 951	11 092	4 315
1989 1. Vj.	125 810	627	125 184	35 374	73 246	12 485	4 079
2. Vj.	133 503	660	132 843	36 489	79 765	12 148	4 441
3. Vj.	125 896	623	125 273	33 867	74 353	12 570	4 482

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 48*

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe[1]

Zeitraum	Index der Nettoproduktion[2]								Index der Bruttoproduktion[4]	
	insgesamt[3]	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
		zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe						
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[5]	Verbrauchsgüter[5]
					1970 = 100					
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
					1976 = 100					
1970	92,6	93,2	119,5	92,4	92,6	92,6	93,7	88,7	95,1	93,0
1971	93,7	93,7	117,4	93,0	92,5	91,9	96,7	92,8	95,4	95,0
1972	97,5	96,9	111,3	96,4	97,0	94,4	102,4	93,7	98,3	98,2
1973	103,0	102,7	108,7	102,5	105,9	101,1	104,4	96,7	102,3	101,4
1974	100,6	100,5	107,6	100,2	104,7	98,5	99,4	97,2	100,5	93,1
1975	93,8	93,8	103,4	93,5	91,0	93,9	94,0	97,1	98,1	91,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	102,7	95,0	102,9	100,6	104,9	103,6	100,0	102,5	107,5
1978	104,9	104,2	94,2	104,5	104,1	105,3	104,0	102,9	102,6	108,4
1979	110,6	109,6	98,3	109,9	112,6	110,4	107,8	105,3	107,4	110,6
1980	110,2	109,6	98,2	109,9	108,5	112,9	106,5	107,4	111,6	105,3
1981	108,1	108,0	98,9	108,2	104,5	112,9	101,2	109,8	113,4	100,7
1982	104,4	104,8	97,0	105,1	98,7	111,6	97,1	106,9	110,6	99,2
					1980 = 100					
1976	91,3	91,1	104,3	90,6	93,4	88,4	91,5	91,4	89,0	95,0
1977	92,9	92,9	99,5	92,6	93,5	91,5	95,1	91,4	89,4	100,6
1978	95,2	95,3	97,6	95,2	96,9	93,2	98,4	94,7	91,2	102,6
1979	100,1	99,9	100,5	99,9	103,8	97,3	101,6	97,9	94,9	105,5
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,0	98,4	100,6	98,3	95,8	100,4	94,9	101,7	102,3	94,7
1982	94,9	95,4	95,2	95,4	91,1	99,1	90,3	98,7	101,3	92,8
1983	95,4	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	100,4	94,2
1984	98,6	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	99,6	95,4
1985	103,0	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	111,4	98,9
1986	105,3	107,0	86,8	107,7	98,5	117,7	97,0	105,3	113,7	103,9
					1985 = 100					
1978	94,0	93,0	105,1	92,6	99,2	85,6	104,8	91,8	83,9	106,5
1979	98,7	97,6	109,0	97,2	106,2	89,5	108,2	95,0	87,6	109,0
1980	98,7	97,6	110,2	97,2	102,0	91,8	106,7	97,0	91,6	103,7
1981	96,3	95,7	110,5	95,2	97,9	91,5	100,3	98,5	93,5	98,0
1982	93,2	92,5	105,6	92,1	93,0	90,0	95,4	95,2	91,5	95,8
1983	93,8	93,0	99,5	92,7	95,7	89,3	97,0	96,0	90,2	96,9
1984	96,5	95,7	98,4	95,6	99,5	91,9	99,4	97,7	89,8	97,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,3	102,2	95,9	102,4	99,4	104,4	102,2	101,5	101,9	105,0
1987	102,6	102,3	91,6	102,6	99,3	104,8	103,2	100,3	100,4	106,6
1988	106,3	106,1	87,4	106,8	105,6	108,4	106,2	102,3	104,6	107,5
1989 1. Vj.	107,9	108,2	91,1	108,8	106,6	111,6	110,3	97,8	103,6	113,7
2. Vj.	110,5	110,7	81,1	111,7	108,6	116,5	108,4	100,8	109,5	112,1
3. Vj.	108,5	108,4	83,4	109,2	107,9	111,3	107,3	105,3	106,5	104,7

[1] Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt.
[2] Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff., 5/1981, S. 315 ff., 12/1983, S. 931 ff., 3/1988, S. 182 ff.
[3] Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).
[4] Die Zuordnung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[5] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 49*

Beschäftigte im Bergbau und
in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver	
					zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954 [2]	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1981	7 489	5 232	235	190	7 254	5 042
1982	7 226	5 000	234	188	6 992	4 812
1983	6 927	4 758	227	183	6 700	4 575
1984	6 854	4 704	218	174	6 636	4 530
1985	6 943	4 769	213	170	6 730	4 599
1986	7 063	4 844	210	167	6 853	4 677
1987	7 055	4 802	203	162	6 851	4 640
1988	7 038	4 767	194	153	6 844	4 614
1987 1. Vj.	7 040	4 797	207	165	6 833	4 633
2. Vj.	7 033	4 791	204	163	6 829	4 628
3. Vj.	7 090	4 832	202	161	6 887	4 671
4. Vj.	7 056	4 789	200	159	6 856	4 630
1988 1. Vj.	6 994	4 734	198	157	6 797	4 577
2. Vj.	7 005	4 743	195	155	6 810	4 589
3. Vj.	7 084	4 807	193	152	6 891	4 655
4. Vj.	7 069	4 785	190	150	6 879	4 635
1989 1. Vj.	7 055	4 770	187	147	6 868	4 623
2. Vj.	7 083	4 795	184	145	6 899	4 650
3. Vj.	7 195	4 880	183	144	7 012	4 736

[1] Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

Tabelle 49*

im Verarbeitenden Gewerbe[1])

1 000

arbeitendes Gewerbe								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe		Investitionsgüter produzierendes Gewerbe		Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954 2)
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 502	1 011	3 752	2 549	1 512	1 159	488	322	1981
1 448	962	3 655	2 463	1 418	1 076	472	310	1982
1 394	919	3 511	2 347	1 341	1 013	454	297	1983
1 372	899	3 488	2 331	1 327	1 005	450	295	1984
1 368	895	3 600	2 416	1 317	996	446	291	1985
1 365	888	3 732	2 505	1 314	994	442	290	1986
1 344	866	3 758	2 501	1 306	985	442	289	1987
1 337	855	3 758	2 487	1 308	983	441	289	1988
1 336	860	3 754	2 504	1 306	986	436	284	1987 1. Vj.
1 344	868	3 746	2 494	1 302	982	437	284	2. Vj.
1 353	874	3 774	2 512	1 310	988	450	297	3. Vj.
1 343	862	3 760	2 494	1 307	982	446	292	4. Vj.
1 323	843	3 736	2 471	1 304	980	435	283	1988 1. Vj.
1 334	854	3 737	2 472	1 304	980	435	283	2. Vj.
1 349	865	3 779	2 506	1 313	987	450	297	3. Vj.
1 343	859	3 778	2 501	1 311	983	446	293	4. Vj.
1 327	845	3 788	2 506	1 318	988	436	284	1989 1. Vj.
1 338	856	3 805	2 520	1 320	990	436	284	2. Vj.
1 359	870	3 870	2 567	1 334	1 001	449	297	3. Vj.

2) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 50*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1950 [2])	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951 [2])	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952 [2])	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953 [2])	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954 [2])	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955 [2])	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956 [2])	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957 [2])	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958 [2])	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959 [2])	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 194	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1980	9 153	286	8 867	1 818	4 402	2 042	605
1981	8 707	291	8 416	1 717	4 212	1 892	596
1982	8 271	289	7 982	1 610	4 038	1 759	574
1983	7 918	271	7 648	1 547	3 861	1 689	550
1984	7 841	252	7 588	1 535	3 834	1 677	542
1985	7 910	251	7 659	1 505	3 980	1 642	532
1986	7 962	243	7 719	1 477	4 089	1 627	526
1987	7 779	229	7 550	1 431	3 995	1 600	525
1988	7 730	214	7 516	1 427	3 968	1 598	523
1987 1. Vj.	1 979	61	1 918	356	1 024	410	128
2. Vj.	1 923	56	1 866	359	988	392	127
3. Vj.	1 901	54	1 846	355	967	390	135
4. Vj.	1 976	57	1 920	361	1 016	407	135
1988 1. Vj.	1 984	59	1 925	359	1 022	415	129
2. Vj.	1 919	51	1 867	358	987	395	127
3. Vj.	1 873	51	1 822	353	949	386	133
4. Vj.	1 955	53	1 902	358	1 009	402	134
1989 1. Vj.	1 955	54	1 901	351	1 017	406	126
2. Vj.	1 956	48	1 908	360	1 019	401	127
3. Vj.	1 889	49	1 840	351	974	385	131

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 51 *

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
	1970 = 100						
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
	1976 = 100						
1970	75,0	88,7	74,5	74,1	75,8	71,4	78,7
1971	78,0	90,2	77,6	77,4	77,9	75,9	83,0
1972	83,2	96,1	82,8	83,8	82,7	81,4	85,5
1973	87,9	100,0	87,5	90,8	86,9	85,5	88,7
1974	90,6	100,4	90,3	93,4	88,6	88,9	93,3
1975	93,4	98,1	93,3	90,8	93,4	93,4	99,5
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,6	100,4	104,7	103,8	105,2	105,9	105,9
1978	108,0	103,8	108,2	110,1	107,3	107,6	110,5
1979	113,5	108,2	113,7	119,3	111,7	112,7	114,5
1980	114,8	107,4	115,0	116,6	114,8	114,1	118,1
1981	117,6	106,3	118,1	117,2	118,9	115,6	122,3
1982	119,8	105,5	120,3	117,4	122,2	118,8	123,5
	1980 = 100						
1976	86,4	94,8	86,0	86,8	86,2	84,7	82,6
1977	90,0	95,9	89,7	89,9	89,9	90,3	87,4
1978	94,9	98,7	94,7	96,1	93,8	95,1	94,4
1979	99,3	101,7	99,2	102,4	97,2	99,4	99,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	101,1	99,6	101,1	98,4	103,2	100,2	100,6
1982	101,9	93,7	102,2	97,9	105,1	101,6	101,4
1983	106,2	92,8	106,7	104,7	108,0	107,0	105,6
1984	110,7	96,2	111,2	110,8	111,5	110,6	112,2
1985	115,6	97,4	116,3	113,4	118,5	112,9	119,4
1986	117,9	96,1	118,7	114,8	120,5	116,0	125,3
	1985 = 100						
1978	83,2	97,7	82,7	86,4	80,9	84,8	78,4
1979	86,9	101,2	86,5	91,9	83,8	88,3	82,1
1980	87,4	101,2	86,9	89,1	86,2	88,8	81,9
1981	88,4	100,5	88,0	88,1	88,7	88,6	83,7
1982	89,0	96,0	88,7	87,4	90,0	90,1	84,2
1983	92,4	94,8	92,3	93,0	92,0	95,2	87,9
1984	96,0	98,2	95,9	98,3	94,7	98,1	92,6
1985	100	100	100	100	100	100	100
1986	101,3	98,8	101,3	100,9	101,0	102,4	102,8
1987	103,1	99,1	103,3	103,3	102,7	104,6	103,9
1988	107,6	101,3	107,9	110,7	106,7	107,2	106,9
1989 1. Vj.	107,9	106,7	107,9	111,2	106,5	109,2	103,2
2. Vj.	112,6	103,5	112,9	114,4	113,7	109,8	109,7

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff., 5/1981, S. 315ff., 12/1983, S. 931ff. und 3/1988, S. 182ff.

Tabelle 52*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten							
	Rauminhalt[1]				veranschlagte Kosten des Bauwerkes[2]			
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude	
			nichtöffentliche Bauherren[3]	öffentliche Bauherren[4]			nichtöffentliche Bauherren[3]	öffentliche Bauherren[4]
	1 000 cbm				Mio DM			
1950	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.
1952	230 108	135 652	94 456		9 694	6 216	3 478	
1953	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510	
1954 [5]	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313	
1955	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425	
1956	304 197	180 297	123 900		16 130	10 061	6 069	
1957	286 391	174 078	112 313		16 404	10 459	5 945	
1958	311 254	193 297	117 957		19 208	12 386	6 821	
1959	343 689	210 904	132 785		22 136	14 321	7 815	
1960	392 427	234 427	158 000		27 491	17 253	10 238	
1961	422 657	248 582	174 075		31 685	19 851	11 834	
1962	425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963	383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964	429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965	441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966	421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967	378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968	400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969	470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970	497 264	266 573	184 841	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971	542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972	567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973	520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974	388 207	209 250	123 953	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975	384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976	374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977	353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978	421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1979	395 688	227 956	137 349	30 362	89 655	59 998	19 225	10 432
1980	389 154	215 351	141 121	32 681	96 642	61 722	22 216	12 703
1981	343 739	189 110	125 895	28 735	93 320	59 858	21 690	11 771
1982	305 900	165 352	117 185	23 363	88 984	56 029	22 538	10 416
1983	364 487	202 712	141 847	19 927	108 098	70 380	27 957	9 760
1984	279 231	159 632	102 491	17 108	86 215	57 318	20 223	8 674
1985	252 933	125 018	109 684	18 231	76 452	45 597	21 468	9 387
1986	257 005	116 709	120 717	19 578	78 618	42 961	25 022	10 635
1987	252 092	107 700	123 619	20 772	77 050	40 247	25 636	11 167
1988	275 771	120 721	133 898	21 154	88 251	45 995	29 405	12 851
1988 1. Vj.	53 016	24 593	23 310	5 119	17 641	9 316	5 300	3 025
2. Vj.	74 457	34 553	35 238	4 669	23 161	12 930	7 276	2 954
3. Vj.	77 378	33 662	38 166	5 546	24 824	12 737	8 560	3 528
4. Vj.	70 844	27 955	37 026	5 859	22 356	10 815	8 151	3 391
1989 1. Vj.	63 091	30 858	29 583	3 646	20 461	11 202	7 027	2 232
2. Vj.	84 311	40 124	39 712	4 474	26 014	15 114	8 406	2 494
3. Vj.	86 660	38 447	43 001	5 217	26 524	14 536	9 264	2 724

[1] Ab 1963 nur Neubau und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[2] Alle Baumaßnahmen.
[3] Unternehmen und private Haushalte.
[4] Öffentliche Bauherren: Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5] Ohne Saarland und Berlin (gilt für 1950 bis 1959).

Tabelle 53*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1]	öffentliche[2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
				Auftraggeber					
1971	76,8	84,2	103,8	68,4	82,2	66,7	70,9	64,5	71,6
1972	80,6	92,3	125,9	68,9	82,2	64,8	69,6	62,2	72,2
1973	77,4	85,6	102,6	68,5	90,5	66,1	72,7	62,7	71,9
1974	69,3	72,3	77,8	54,5	99,9	64,7	74,1	59,5	71,4
1975	74,0	76,6	81,5	63,8	94,0	70,2	76,4	66,7	80,1
1976	69,4	73,7	86,3	60,1	78,5	63,5	75,3	57,1	68,3
1977	80,3	82,0	103,8	64,4	79,6	77,9	93,9	69,2	80,8
1978	99,0	102,1	136,6	74,4	98,0	94,6	109,2	86,7	104,7
1979	111,4	115,9	148,5	89,8	112,4	105,1	118,3	98,0	114,3
1980	114,5	120,6	146,6	100,1	117,0	105,9	107,7	105,0	118,6
1981	97,7	109,2	131,3	92,0	105,2	81,7	84,6	80,1	84,3
1982	98,3	108,9	132,6	92,4	100,6	83,5	87,6	81,4	83,9
1983	108,1	122,7	160,3	102,6	95,9	87,8	89,7	86,8	84,6
1984	101,8	106,2	128,9	91,3	96,1	95,7	95,8	95,6	93,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	109,1	107,5	95,0	117,5	109,1	111,2	104,2	115,1	110,5
1987	106,2	105,7	89,4	117,0	111,7	106,7	101,9	109,3	106,2
1988	116,0	118,2	100,0	138,5	107,3	113,1	107,4	116,1	112,9
1982 1. Vj.	82,5	94,5	118,5	81,0	79,0	65,7	59,7	68,9	69,3
2. Vj.	107,6	116,1	143,3	95,2	110,9	95,8	111,5	87,3	92,7
3. Vj.	107,3	115,6	133,3	98,4	119,8	96,0	108,8	89,1	96,3
4. Vj.	95,8	109,5	135,2	95,1	92,8	76,7	70,3	80,2	77,1
1983 1. Vj.	94,9	115,7	160,6	96,2	74,2	65,9	61,7	68,3	68,2
2. Vj.	120,3	135,9	179,8	113,0	103,2	98,7	108,9	93,1	99,7
3. Vj.	118,9	129,9	158,9	112,1	114,6	103,7	111,5	99,5	91,2
4. Vj.	98,1	109,0	141,9	88,9	91,5	83,0	76,9	86,4	79,2
1984 1. Vj.	92,7	105,5	140,8	85,4	83,2	74,8	66,2	79,4	75,9
2. Vj.	112,4	115,5	147,7	94,0	102,2	108,0	117,7	102,9	104,0
3. Vj.	112,0	110,0	119,5	99,6	114,9	114,8	123,8	110,0	109,1
4. Vj.	90,0	93,6	107,5	86,0	84,1	85,1	75,6	90,2	83,9
1985 1. Vj.	79,5	81,2	86,2	83,7	66,6	77,0	63,1	84,4	81,8
2. Vj.	114,1	112,4	113,5	112,7	109,5	116,6	127,8	110,7	110,7
3. Vj.	115,3	114,9	109,9	113,6	126,8	115,9	126,4	110,3	113,9
4. Vj.	91,1	91,5	90,4	90,0	97,0	90,5	82,6	94,6	93,7
1986 1. Vj.	85,7	86,2	84,5	90,4	80,1	85,1	64,3	96,2	88,5
2. Vj.	125,3	120,5	113,2	130,6	111,7	131,9	132,4	131,6	129,0
3. Vj.	129,4	127,9	99,1	144,3	146,0	131,5	135,0	129,6	127,6
4. Vj.	95,9	95,5	83,1	104,8	98,6	96,5	84,9	102,8	96,7
1987 1. Vj.	83,5	86,8	74,1	98,6	84,7	78,9	62,2	87,9	80,8
2. Vj.	117,9	115,2	99,2	127,0	119,5	121,7	123,5	120,7	115,9
3. Vj.	121,2	117,7	98,7	127,8	131,4	126,2	135,3	121,2	121,5
4. Vj.	102,0	103,3	85,7	114,8	111,3	100,1	86,8	107,2	106,7
1988 1. Vj.	98,8	106,2	89,9	130,3	83,3	88,6	72,4	97,2	87,5
2. Vj.	127,0	128,6	113,1	143,7	124,3	124,8	133,5	120,2	118,5
3. Vj.	131,4	128,5	108,4	149,6	119,7	135,5	134,0	136,3	139,0
4. Vj.	106,8	109,3	88,8	130,4	101,6	103,3	89,5	110,8	106,6
1989 1. Vj.	110,9	117,6	103,2	142,1	90,5	101,6	80,2	113,1	98,9
2. Vj.	144,9	144,7	120,8	175,7	120,9	145,2	151,6	141,7	137,2
3. Vj.	144,5	144,3	117,2	170,2	137,9	144,8	143,6	145,4	146,0

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

noch Tabelle 53*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	133,1	151,3	191,7	127,1	108,5	114,7	105,3
1972	133,7	156,9	218,6	121,7	103,1	111,0	98,8
1973	122,2	137,8	168,4	119,1	101,1	112,2	95,4
1974	103,3	111,5	121,7	104,0	91,4	104,4	84,4
1975	108,8	116,7	125,6	109,9	97,1	105,3	93,0
1976	99,4	108,6	129,2	95,5	86,5	102,2	78,2
1977	110,2	115,0	147,6	95,5	103,1	124,6	91,7
1978	128,5	135,7	183,3	107,6	118,6	136,5	109,0
1979	132,5	141,6	183,2	117,1	119,8	134,2	112,1
1980	122,7	133,0	162,5	115,6	108,3	109,2	107,8
1981	100,4	114,3	137,8	100,4	81,1	83,6	79,8
1982	100,3	111,7	136,2	97,2	84,6	88,7	82,5
1983	110,0	124,4	162,8	101,7	90,1	92,3	88,9
1984	102,3	106,0	128,7	92,7	97,2	97,6	97,0
1985	100	100	100	100	100	100	100
1986	107,2	105,8	93,8	112,9	109,1	102,1	112,8
1987	102,8	102,3	86,9	111,4	103,4	98,8	105,9
1988	110,7	112,4	95,6	122,3	108,3	103,1	111,1
1982 1. Vj.	84,2	97,3	122,3	82,6	66,0	59,9	69,3
2. Vj.	109,4	118,7	146,9	102,1	96,6	112,4	88,0
3. Vj.	109,5	118,1	136,6	107,3	97,4	110,4	90,4
4. Vj.	98,3	112,5	139,2	96,8	78,6	72,1	82,1
1983 1. Vj.	97,4	118,7	164,9	91,5	67,8	63,5	70,1
2. Vj.	122,6	138,0	182,8	111,5	101,2	112,0	95,4
3. Vj.	120,6	131,0	160,4	113,7	106,2	114,6	101,7
4. Vj.	99,5	109,8	143,1	90,2	85,1	79,0	88,4
1984 1. Vj.	93,7	106,0	141,5	85,0	76,5	67,9	81,1
2. Vj.	112,9	115,0	147,1	96,1	109,9	120,0	104,4
3. Vj.	112,4	109,5	118,9	104,0	116,3	125,7	111,3
4. Vj.	90,5	93,6	107,3	85,5	86,2	76,7	91,3
1985 1. Vj.	79,9	81,5	86,3	78,7	77,7	63,7	85,2
2. Vj.	114,5	112,7	113,8	112,1	117,0	128,2	111,0
3. Vj.	115,1	114,6	109,9	117,4	115,6	126,1	110,0
4. Vj.	90,6	91,2	90,2	91,8	89,7	82,0	93,9
1986 1. Vj.	84,9	85,6	84,1	86,6	83,8	63,3	94,9
2. Vj.	123,1	118,7	111,8	122,8	129,3	129,7	129,1
3. Vj.	126,7	125,3	97,6	141,7	128,7	132,1	126,8
4. Vj.	93,9	93,5	81,6	100,4	94,4	83,0	100,5
1987 1. Vj.	81,5	84,7	72,6	91,9	77,0	60,7	85,8
2. Vj.	114,3	111,5	96,4	120,5	118,1	119,9	117,1
3. Vj.	117,0	113,5	95,6	124,0	121,9	130,9	117,1
4. Vj.	98,3	99,6	83,0	109,3	96,6	83,9	103,5
1988 1. Vj.	95,1	102,1	86,8	111,1	85,3	69,9	93,6
2. Vj.	121,5	122,8	108,4	131,3	119,7	128,2	115,1
3. Vj.	125,0	121,7	103,2	132,7	129,5	128,5	130,1
4. Vj.	101,2	103,1	84,0	114,3	98,6	85,7	105,6
1989 1. Vj.	104,3	110,0	96,9	117,8	96,4	76,4	107,3
2. Vj.	134,8	133,6	112,0	146,3	136,6	143,1	133,0
3. Vj. [1]	133,4	132,1	107,7	146,4	135,1	134,5	135,4

[1]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 54*

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1]	öffentliche[2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
				Auftraggeber					
1971	92,5	112,2	138,6	86,9	111,9	68,0	83,9	61,6	77,2
1972	97,0	124,3	175,0	87,8	105,0	63,9	82,8	56,0	68,1
1973	96,9	120,7	159,6	89,8	110,2	67,6	90,6	58,1	71,6
1974	83,2	94,1	97,3	74,5	119,9	69,3	99,9	56,7	74,7
1975	82,2	93,5	89,9	80,0	119,5	67,7	92,2	57,7	77,8
1976	82,7	94,5	105,1	80,0	100,1	67,8	84,7	60,8	81,7
1977	78,3	86,0	94,7	75,4	89,9	68,7	95,9	57,6	77,7
1978	99,5	106,6	129,0	84,0	108,2	90,6	120,3	78,4	107,1
1979	124,7	136,4	167,5	107,0	135,0	110,2	146,3	95,3	128,6
1980	129,4	143,2	167,7	117,4	146,4	112,3	132,4	104,1	135,1
1981	121,0	139,8	157,5	117,0	149,5	97,6	107,7	93,4	114,6
1982	107,2	126,2	142,0	112,2	123,7	83,6	93,2	79,6	94,5
1983	115,5	139,8	172,5	126,5	108,0	85,3	88,7	83,9	91,0
1984	107,0	116,9	138,5	105,7	100,0	94,6	96,6	93,7	95,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	105,7	105,4	90,0	117,1	111,0	105,9	101,9	107,7	109,8
1987	106,5	110,6	84,0	132,6	117,2	101,3	101,9	101,1	107,7
1988	109,3	119,3	87,9	149,9	119,0	96,8	101,3	94,9	109,4
1982 Mär	111,5	131,1	143,7	116,7	134,7	87,1	97,9	82,7	99,0
Jun	112,1	129,6	148,3	113,2	126,6	90,3	106,8	83,6	99,5
Sep	105,1	123,9	137,0	111,3	123,6	81,6	94,0	76,5	92,4
Dez	100,0	120,0	138,8	107,6	110,0	75,2	73,9	75,7	87,1
1983 Mär	114,7	139,5	171,9	124,1	112,1	83,7	88,4	81,8	90,9
Jun	121,0	146,4	180,7	133,4	111,4	89,5	100,1	85,1	93,9
Sep	115,7	139,9	172,2	127,7	107,0	85,6	90,0	83,7	89,6
Dez	110,6	133,2	165,2	120,7	101,4	82,3	76,2	84,8	89,7
1984 Mär	116,0	134,9	171,0	117,5	104,7	92,5	93,7	91,9	94,5
Jun	113,7	124,0	150,3	111,5	101,2	100,9	107,6	98,1	100,4
Sep	106,7	113,3	127,3	105,2	103,8	98,5	105,6	95,6	96,9
Dez	91,4	95,4	105,3	88,7	90,4	86,4	79,5	89,2	88,7
1985 Mär	101,2	101,6	108,7	98,3	95,5	100,5	97,9	101,6	100,1
Jun	106,1	105,5	107,0	107,8	99,0	106,9	110,7	105,3	102,8
Sep	101,4	102,2	98,9	102,1	107,8	100,4	106,2	98,0	100,2
Dez	91,3	90,7	85,3	91,8	97,6	92,2	85,2	95,0	96,9
1986 Mär	103,7	101,3	96,3	103,7	105,3	106,6	103,2	108,1	109,9
Jun	111,9	108,4	100,9	114,0	111,2	116,2	115,5	116,6	119,7
Sep	111,1	112,3	88,7	131,5	118,6	109,7	108,0	110,4	112,5
Dez	95,9	99,7	73,9	119,3	109,0	91,2	80,7	95,5	96,9
1987 Mär	110,0	112,7	86,8	133,7	119,6	106,8	103,4	108,1	113,6
Jun	112,8	115,6	86,9	139,4	122,8	109,3	113,5	107,5	112,3
Sep	107,4	111,4	84,0	135,1	116,5	102,3	105,7	100,9	108,2
Dez	95,6	102,6	78,2	122,0	109,9	86,8	84,8	87,7	96,5
1988 Mär	108,4	115,6	85,2	146,1	113,9	99,4	101,5	98,5	109,7
Jun	114,1	124,0	93,3	154,4	123,1	101,7	112,5	97,2	110,3
Sep	111,7	121,9	90,8	151,4	123,1	99,1	105,5	96,5	112,5
Dez	102,8	115,6	82,4	147,7	115,8	86,9	85,7	87,4	105,2
1989 Mär	112,9	125,0	94,7	162,8	110,5	97,7	98,1	97,6	114,3
Jun	123,6	135,8	98,9	183,4	115,7	108,5	114,9	105,8	122,9

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 55*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe[1])

Zeitraum	Umsatz[2]) insgesamt	Umsatz[2]) Wohnungsbau	Umsatz[2]) landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Umsatz[2]) Verkehrsbau und öffentlicher Bau	Beschäftigte[3])	Geleistete Arbeitsstunden[4])	Nettoproduktionsindex[5])
	Mio DM				1 000	Mio	1985 = 100[6])
1950[7])	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951[7])	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952[7])	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953[7])	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954[7])	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955[7])	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956[7])	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957[7])	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958[7])	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959[7])	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	92,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	104,8
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	108,3
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	115,9
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	116,8
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	108,7
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	96,6
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	96,0
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	95,2
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 687	116,5
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	122,2
1980	112 484	42 617	28 702	41 166	1 263	1 745	121,9
1981	110 929	41 713	28 937	40 279	1 226	1 614	111,2
1982	104 665	38 651	28 026	37 988	1 152	1 523	106,8
1983	106 390	40 871	29 139	36 379	1 122	1 480	107,4
1984	108 950	42 713	30 433	35 803	1 106	1 461	108,9
1985	99 976	34 081	29 443	36 452	1 026	1 269	100
1986	104 526	33 140	31 686	39 701	1 003	1 279	106,4
1987	106 094	32 354	33 750	39 990	985	1 237	106,0
1988	112 945	34 934	36 806	41 206	972	1 257	110,5
1988 1. Vj.	18 494	5 748	6 489	6 257	910	233	78,5
2. Vj.	26 822	8 478	8 541	9 804	985	347	122,5
3. Vj.	32 047	9 757	10 403	11 887	1 005	358	127,0
4. Vj.	35 582	10 951	11 373	13 258	987	319	114,0
1989 1. Vj.	21 586	6 861	7 665	7 060	920	268	94,6
2. Vj.	29 395	9 251	9 811	10 333	963	342	120,1
3. Vj.	32 858	9 859	11 216	11 783	981	341	124,7

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff. — [2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte. — [3]) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen. — [4]) Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden. — [5]) Für Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile. Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt. — [6]) Von 1962 bis 1969 Basis 1970 = 100. Von 1970 bis 1975 Basis 1976 = 100. Von 1976 bis 1977 Basis 1980 = 100. — [7]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 56*

Einzelhandelsumsatz

1986 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Darunter Einzelhandel mit							
		Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	Einrichtungsgegenständen[1]	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	pharmazeutischen, kosmetischen und med. Erzeugnissen	Kraft- und Schmierstoffen[2]	Fahrzeugen[3]
	in jeweiligen Preisen								
1970	42,2	40,7	47,2	44,4	46,2	41,5	39,9	38,7	39,2
1971	46,5	44,7	52,4	50,9	51,3	45,8	43,9	44,3	41,6
1972	51,0	48,9	57,8	57,6	58,2	49,1	47,6	47,2	43,4
1973	54,7	53,0	59,7	61,8	62,1	52,4	51,8	54,7	42,6
1974	57,7	55,8	63,0	64,2	67,8	55,4	56,6	56,1	39,6
1975	62,9	59,9	67,9	66,9	69,2	59,2	61,3	58,8	50,5
1976	67,3	64,8	69,9	70,6	71,5	62,3	64,8	66,9	58,6
1977	72,2	69,3	74,5	78,8	77,6	67,4	67,2	67,9	66,9
1978	76,0	72,5	79,2	82,2	79,4	71,7	70,4	75,0	72,6
1979	80,7	76,3	81,8	85,9	79,9	77,6	73,2	91,6	75,4
1980	85,3	82,6	88,7	92,9	86,4	84,0	77,4	96,0	72,2
1981	88,5	88,5	90,1	94,4	90,4	87,0	81,6	115,5	72,7
1982	89,4	92,8	88,3	91,5	91,5	88,6	82,9	115,2	73,7
1983	92,5	94,7	90,3	95,7	92,9	91,2	87,6	112,2	82,7
1984	94,9	96,8	92,8	98,3	94,8	93,6	92,2	119,3	84,9
1985	97,2	98,3	96,3	96,2	96,6	96,9	96,4	117,7	87,7
1986	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1987	104,2	102,0	102,9	108,7	104,8	104,8	105,5	98,1	109,0
1988[4])	108,4	106,3	103,1	118,3	109,6	112,6	112,1	109,7	114,8
1988 1. Vj.[4])	100,2	102,1	90,2	107,3	101,3	104,1	106,3	99,1	103,5
2. Vj.	105,8	104,4	98,6	111,2	90,1	96,1	108,9	113,8	129,9
3. Vj.	103,7	104,3	94,8	111,5	98,6	107,6	108,8	113,7	110,4
4. Vj.	123,8	114,2	128,7	143,3	148,3	142,5	124,4	112,1	115,4
1989 1. Vj.	105,1	103,8	95,1	116,1	103,7	108,0	106,6	114,7	120,0
2. Vj.	112,1	112,4	98,0	121,7	95,3	102,9	114,0	135,6	143,0
3. Vj.	107,9	109,6	96,1	118,0	102,2	112,5	112,2	126,7	114,4
	in Preisen von 1980								
1970	78,0	70,7	95,9	86,8	67,9	77,8	68,4	.	80,2
1971	82,4	75,2	100,3	95,0	73,4	80,5	72,2	.	79,6
1972	86,0	78,2	104,5	103,7	80,7	83,7	75,2	.	79,8
1973	86,7	79,5	100,7	105,3	81,3	85,0	78,4	.	75,5
1974	85,2	79,9	98,7	101,9	81,3	83,4	81,1	.	65,7
1975	88,1	81,1	101,3	101,1	79,9	83,0	83,6	.	78,2
1976	91,2	84,1	101,2	103,2	81,8	84,3	86,1	.	88,0
1977	94,1	85,8	102,9	110,8	88,1	88,6	86,7	.	97,5
1978	97,0	88,9	104,9	111,7	89,1	92,3	89,9	.	103,0
1979	99,5	92,6	103,7	112,8	87,7	98,2	90,7	.	103,4
1980	99,7	96,2	106,3	113,5	86,5	102,4	91,7	98,6	94,6
1981	98,0	98,1	102,7	107,4	88,4	101,0	93,6	104,5	90,4
1982	94,5	97,3	96,4	99,6	88,0	97,6	91,5	103,2	86,9
1983	95,4	96,9	96,0	101,2	90,1	97,1	93,3	99,5	91,8
1984	95,8	97,6	96,4	101,6	92,5	98,4	96,0	103,9	90,0
1985	96,5	98,5	97,9	97,5	95,4	99,9	97,8	99,8	90,1
1986	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1987	103,7	102,8	101,6	107,3	106,3	102,5	104,3	100,2	105,9
1988[4])	107,3	107,2	100,8	115,4	112,7	108,9	109,2	112,9	108,5
1988 1. Vj.[4])	99,6	103,3	88,6	105,0	103,8	101,3	104,3	103,5	98,4
2. Vj.	104,1	104,6	96,4	108,7	92,3	93,4	106,2	116,7	123,4
3. Vj.	102,8	105,3	92,7	108,8	101,3	103,9	105,7	116,2	104,2
4. Vj.	122,7	115,5	125,3	139,0	153,2	137,0	120,5	115,1	108,0
1989 1. Vj.	102,1	103,7	92,2	112,0	107,0	103,7	102,7	109,7	110,7
2. Vj.	107,4	110,3	94,5	116,9	98,0	98,5	108,9	123,4	131,6
3. Vj.	104,3	107,5	92,6	112,9	105,2	106,7	107,3	119,0	105,6

[1]) Ohne elektrotechnische Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgroßgeräte. — [2]) In Unternehmen mit dem Absatzschwerpunkt Kraft- und Schmierstoffe. — [3]) Einschließlich Fahrzeugteilen und Fahrzeugreifen. — [4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 57*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Leistungsbilanz						
	insgesamt	Handelsbilanz[1])	Ergänzungen zum Warenverkehr[2]) und Transithandel	Dienstleistungsbilanz[3])		Übertragungsbilanz[5])	
				zusammen	darunter Reiseverkehr[4])	zusammen	darunter Nettobeitrag zum EG-Haushalt[7])
1950	− 323	− 3 012	− 50	+ 674	+ 50	+ 2 065	−
1951	+ 2 485	− 149	− 66	+ 1 171	+ 57	+ 1 529	−
1952	+ 2 726	+ 706	− 77	+ 1 937	+ 30	+ 160	−
1953	+ 4 148	+ 2 516	− 121	+ 2 204	+ 13	− 451	−
1954	+ 4 015	+ 2 698	− 169	+ 1 960	+ 180	− 474	−
1955	+ 2 676	+ 1 245	− 249	+ 2 514	+ 282	− 834	−
1956	+ 4 986	+ 2 897	− 306	+ 3 616	+ 486	− 1 221	−
1957	+ 6 538	+ 4 083	− 281	+ 4 618	+ 498	− 1 882	−
1958	+ 6 628	+ 4 954	− 417	+ 4 091	− 129	− 2 000	− 18
1959	+ 4 824	+ 5 361	− 580	+ 3 322	− 616	− 3 279	− 56
1960	+ 5 612	+ 5 223	− 187	+ 4 064	− 979	− 3 488	− 55
1961	+ 4 033	+ 6 615	− 451	+ 2 299	− 1 439	− 4 430	− 65
1962	− 686	+ 3 477	− 576	+ 1 623	− 2 316	− 5 210	− 103
1963	+ 1 956	+ 6 032	− 565	+ 1 584	− 2 138	− 5 095	− 127
1964	+ 1 586	+ 6 081	− 900	+ 1 716	− 2 154	− 5 311	− 144
1965	− 5 036	+ 1 203	− 442	+ 580	− 2 766	− 6 377	− 162
1966	+ 1 712	+ 7 958	− 701	+ 750	− 3 403	− 6 295	− 233
1967	+11 428	+ 16 862	− 452	+ 1 440	− 3 034	− 6 422	− 430
1968	+13 187	+ 18 372	− 702	+ 2 829	− 3 106	− 7 312	−1 026
1969	+ 8 835	+ 15 584	− 422	+ 2 423	− 3 888	− 8 750	−1 312
1970	+ 4 784	+ 15 670	−1 601	+ 474	− 5 377	− 9 759	− 450
1971	+ 3 346	+ 15 892	+ 145	− 2 380	− 7 278	−10 311	− 454
1972	+ 3 837	+ 20 278	− 240	− 4 146	− 8 693	−12 056	−1 173
1973	+13 403	+ 32 979	+ 559	− 6 415	−11 308	−13 720	−1 929
1974	+27 286	+ 50 846	− 406	− 7 999	−12 393	−15 155	−1 741
1975	+10 647	+ 37 276	−1 004	− 8 325	−14 248	−17 300	−3 491
1976	+ 9 324	+ 34 469	− 638	− 6 349	−14 035	−18 157	−3 332
1977	+ 9 314	+ 38 436	− 435	−11 045	−15 923	−17 642	−3 695
1978	+17 883	+ 41 200	+ 774	− 5 898	−17 761	−18 193	−2 283
1979	− 9 925	+ 22 429	− 544	−11 305	−20 138	−20 506	−4 103
1980	−25 125	+ 8 947	− 489	−10 118	−22 539	−23 466	−4 099
1981	− 8 026	+ 27 720	− 183	−10 745	−23 417	−24 817	−6 412
1982	+12 408	+ 51 277	+ 780	−13 720	−24 427	−25 928	−7 510
1983	+13 540	+ 42 089	+3 270	− 6 614	−23 168	−25 205	−6 017
1984	+27 940	+ 53 966	−1 052	+ 4 748	−23 118	−29 723	−7 272
1985	+48 327	+ 73 353	−1 337	+ 5 402	−23 732	−29 091	−8 343
1986	+85 135	+112 619	−1 468	+ 1 243	−25 421	−27 259	−8 236
1987	+81 174	+117 735	−1 752	− 5 758	−28 141	−29 052	−10 391
1988	+85 251	+128 045	− 247	−10 533	−29 130	−32 013	−13 014
1988 1. Vj.	+16 233	+ 25 191	+1 237	− 3 244	− 5 474	− 6 951	− 2 034
2. Vj.	+24 592	+ 34 040	− 950	− 1 724	− 7 106	− 6 774	− 2 615
3. Vj.	+16 303	+ 31 680	− 794	− 6 195	−11 717	− 8 387	− 3 159
4. Vj.	+28 123	+ 37 134	+ 260	+ 631	− 4 833	− 9 901	− 5 207
1989 1. Vj.	+29 280	+ 36 020	−1 065	+ 1 455	− 5 777	− 7 130	− 1 788
2. Vj.	+26 600	+ 34 280	− 707	+ 1 305	− 7 244	− 8 278	− 3 532
3. Vj.	+20 078	+ 34 279	− 722	− 3 209	−11 454	−10 270	− 3 901

1) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
2) Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.
3) Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten.
4) Einschließlich der der Bundesbank von den Zentralbanken wichtiger europäischer Reisezielländer mitgeteilten An- und Verkäufe von DM-Noten.
5) Eigene Leistungen: —.
6) Kapitalexport: —.
7) Ohne den besonderen Währungsausgleich bei der Ausfuhr nach Großbritannien und Italien: Gemäß Beschluß des Rates der EG vom 29. April 1976 werden ab 17. Mai 1976 die Währungsausgleichsbeträge für Einfuhren Großbritanniens und Italiens aus anderen EG-Ländern über den ausführenden — und nicht, wie sonst üblich, über den einführenden — Mitgliedstaat ausbezahlt.

Tabelle 57*

bilanz

DM

Kapitalbilanz [6]) insgesamt	Kapitalverkehr langfristiger	Kapitalverkehr kurzfristiger	Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen [8])	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank [9])	Devisenbilanz [10])	Zeitraum
+ 637	+ 488	+ 149	− 878	—	− 564	1950
− 543	− 79	− 464	+ 96	—	+ 2 038	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 168	—	+ 2 900	1952
− 698	− 378	− 320	+ 196	—	+ 3 646	1953
− 706	− 438	− 268	− 338	—	+ 2 971	1954
− 640	− 271	− 369	− 185	—	+ 1 851	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 186	—	+ 5 010	1956
− 1 655	− 390	− 1 265	+ 239	—	+ 5 122	1957
− 2 729	− 1 437	− 1 292	− 455	—	+ 3 444	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	− 118	—	− 1 692	1959
+ 2 272	− 81	+ 2 353	+ 135	—	+ 8 019	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	+ 154	− 1 475	− 2 297	1961
− 597	− 183	− 414	+ 406	—	− 877	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+ 164	—	+ 2 740	1963
− 1 325	− 894	− 431	+ 174	—	+ 435	1964
+ 3 542	+ 1 137	+ 2 405	+ 211	—	− 1 283	1965
+ 1	− 342	+ 343	+ 239	—	+ 1 952	1966
−11 848	− 2 930	− 8 918	+ 280	—	− 140	1967
− 6 125	−11 201	+ 5 076	− 53	—	+ 7 009	1968
−18 679	−23 040	+ 4 361	− 418	− 4 099	−14 361	1969
+16 713	− 934	+ 17 647	+ 415	+ 738	+22 650	1970
+ 8 730	+ 6 293	+ 2 438	+ 4 280	− 5 370	+10 986	1971
+10 321	+15 551	− 5 231	+ 1 533	− 495	+15 195	1972
+10 725	+12 950	− 2 224	+ 2 300	−10 279	+16 149	1973
−28 772	− 6 282	− 22 490	− 419	− 7 231	− 9 136	1974
−12 560	−18 231	+ 5 671	− 307	+ 5 480	+ 3 260	1975
− 1 074	− 780	− 294	+ 539	− 7 489	+ 1 301	1976
+ 1 579	−12 611	+ 14 190	− 442	− 7 880	+ 2 570	1977
+ 6 228	− 2 805	+ 9 033	− 4 339	− 7 586	+12 185	1978
+ 9 438	+12 200	− 2 762	− 4 466	− 2 334	− 7 288	1979
− 404	+ 5 807	− 6 211	− 2 365	+ 2 164	−25 730	1980
+ 5 756	+ 8 386	− 2 630	− 14	+ 3 561	+ 1 278	1981
− 3 150	−14 156	+ 11 005	− 6 180	− 411	+ 2 667	1982
−18 435	− 6 979	− 11 456	+ 820	+ 2 430	− 1 644	1983
−37 491	−19 827	− 17 663	+ 6 451	+ 2 118	− 981	1984
−54 564	−12 865	− 41 699	+ 8 080	− 3 104	− 1 261	1985
−79 918	+33 802	−113 720	+ 746	− 3 150	+ 2 814	1986
−41 326	−23 258	− 18 068	+ 1 371	− 9 303	+31 916	1987
−120 879	−84 909	− 35 970	+ 951	+ 2 158	−32 519	1988
−23 941	−23 862	− 79	+ 4 770	− 131	− 3 068	1988 1. Vj.
−33 426	−26 019	− 7 407	− 1 116	+ 1 057	− 8 893	2. Vj.
−36 516	−16 355	− 20 162	− 2 161	+ 1 926	−20 448	3. Vj.
−26 996	−18 673	− 8 323	− 542	− 695	− 109	4. Vj.
−32 575	−33 084	+ 509	− 5 771	+ 262	− 8 803	1989 1. Vj.
−27 634	+ 445	− 28 080	− 6 909	− 455	− 8 398	2. Vj.
−18 245	− 5 441	−12 803	− 4 315	− 1 198	− 3 680	3. Vj.

[8]) Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

[9]) Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.

[10]) Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +). Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 58*

Kapitalverkehr

(Kapital

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalverkehr[2]							
	insgesamt	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: −)				ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
		zusammen	Direktinvestitionen[3]) und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4]) und Wertpapieranlagen[5])	sonstige Anlagen[6])	zusammen[7])	Direktinvestitionen[3]) und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4]) und Wertpapieranlagen[5])
1960	− 81	− 2 491	− 733	− 1 578	− 180	+ 2 410	+ 807	+ 2 033
1961	− 4 053	− 3 139	− 1 002	− 1 247	− 890	− 914	+1 178	+ 1 253
1962	− 183	− 2 841	− 1 335	− 1 506	− 0	+ 2 658	+1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	− 2 849	− 1 033	− 1 788	− 28	+ 4 655	+1 931	+ 3 009
1964	− 894	− 3 613	− 1 372	− 2 197	− 44	+ 2 719	+2 444	+ 367
1965	+ 1 137	− 3 418	− 1 448	− 1 864	− 106	+ 4 555	+3 557	+ 1 087
1966	− 342	− 4 273	− 1 616	− 2 463	− 194	+ 3 931	+3 953	+ 1 064
1967	− 2 930	− 5 105	− 1 502	− 3 499	− 104	+ 2 175	+3 285	− 1 010
1968	−11 201	−13 503	− 2 185	−11 305	− 13	+ 2 302	+2 087	+ 323
1969	−23 040	−24 444	− 3 142	−21 292	− 10	+ 1 404	+1 989	− 465
1970	− 934	−10 931	− 3 580	− 6 930	− 421	+ 9 997	+2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	− 6 136	− 4 230	− 1 555	− 350	+12 428	+3 827	+ 8 667
1972	+15 551	− 959	− 5 760	+ 4 948	− 147	+16 510	+6 054	+10 706
1973	+12 950	− 2 902	− 5 186	+ 2 678	− 394	+15 852	+5 465	+10 414
1974	− 6 282	−11 564	− 5 482	− 5 555	− 527	+ 5 282	+5 609	− 289
1975	−18 231	−24 116	− 5 353	−18 155	− 608	+ 5 886	+1 651	+ 4 290
1976	− 780	−19 397	− 6 576	−12 576	− 244	+18 618	+3 324	+15 377
1977	−12 611	−22 338	− 5 551	−16 525	− 262	+ 9 727	+2 188	+ 7 583
1978	− 2 805	−23 521	− 7 835	−15 321	− 365	+20 716	+3 202	+17 546
1979	+12 200	−20 316	− 9 108	−10 788	− 419	+32 516	+3 180	+29 344
1980	+ 5 807	−28 101	− 8 542	−18 772	− 787	+33 908	+ 622	+33 366
1981	+ 8 386	−26 874	−10 129	−15 672	−1 073	+35 260	+ 743	+34 497
1982	−14 156	−28 328	− 7 329	−20 048	− 951	+14 172	+1 831	+12 291
1983	− 6 979	−36 492	− 9 397	−25 074	−2 022	+29 513	+4 369	+25 148
1984	−19 827	−45 044	−13 482	−29 988	−1 573	+25 216	+1 521	+23 664
1985	−12 865	−61 704	−15 131	−44 601	−1 972	+48 839	+1 626	+47 223
1986	+33 802	−55 427	−21 874	−31 600	−1 953	+89 229	+2 245	+86 989
1987	−23 258	−62 473	−17 277	−43 491	−1 706	+39 215	+3 325	+35 801
1988	−84 909	−96 345	−19 393	−75 316	−1 636	+11 437	+2 695	+ 8 744
1988 1. Vj.	−23 862	−22 387	− 3 327	−18 739	− 321	− 1 475	+ 223	− 1 697
2. Vj.	−26 019	−24 129	− 5 005	−18 731	− 393	− 1 889	−2 050	+ 162
3. Vj.	−16 355	−21 558	− 4 743	−16 376	− 438	+ 5 203	+ 771	+ 4 432
4. Vj.	−18 673	−28 271	− 6 317	−21 470	− 484	+ 9 598	+3 751	+ 5 848
1989 1. Vj.	−33 084	−30 516	− 3 902	−26 055	− 559	− 2 568	+1 282	− 3 836
2. Vj.	+ 445	−15 914	− 6 029	− 9 390	− 495	+16 360	+1 125	+15 235
3. Vj.	− 5 441	−24 495	− 5 738	−18 393	− 364	+19 053	+1 072	+17 982

[1]) Der Kreditinstitute, Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Stellen.
[2]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit von mehr als 12 Monaten.
[3]) Soweit erkennbar. Einschließlich langfristiger Kredite und reinvestierter Gewinne.
[4]) Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. ä. mit einer ursprünglichen Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als 12 Monaten; ohne Kredite zwischen verbundenen Unternehmen (Direktinvestitionen) und ohne in Wertpapieren verbriefte Forderungen.
[5]) Ohne diejenigen Anteilspapiere, die bei den Direktinvestitionen erfaßt sind.
[6]) Im wesentlichen Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen. — Ohne privaten Grunderwerb.

Tabelle 58*

mit dem Ausland [1])

export: −)

DM

Kurzfristiger Kapitalverkehr [8])					Zeitraum
insgesamt	Kreditinstitute, Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Stellen	
	zusammen	Kreditinstitute	Unternehmen und Privatpersonen		
+ 2 353	+ 3 359	+ 2 369	+ 990	−1 006	1960
− 956	− 735	− 380	− 355	− 221	1961
− 414	− 254	− 259	+ 5	− 160	1962
− 1 186	− 1 177	+ 684	− 1 861	− 9	1963
− 431	+ 610	+ 85	+ 525	−1 041	1964
+ 2 405	+ 1 353	− 478	+ 1 831	+1 052	1965
+ 343	+ 6	− 574	+ 580	+ 337	1966
− 8 918	− 8 557	− 4 823	− 3 734	− 361	1967
+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+ 1 436	+1 185	1968
+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	− 29	1969
+ 17 647	+ 17 944	+ 7 927	+10 017	− 297	1970
+ 2 438	+ 979	+ 1 172	− 193	+1 458	1971
− 5 231	− 5 924	− 420	− 5 504	+ 694	1972
− 2 224	− 1 851	− 5 149	+ 3 298	− 373	1973
− 22 490	− 22 158	− 9 733	−12 425	− 332	1974
+ 5 671	+ 4 435	− 2 261	+ 6 696	+1 235	1975
− 294	− 741	+ 6 731	− 7 472	+ 447	1976
+ 14 190	+ 12 730	+ 8 120	+ 4 610	+1 461	1977
+ 9 033	+ 5 681	+10 089	− 4 408	+3 352	1978
− 2 762	− 3 653	+ 4 093	− 7 746	+ 890	1979
− 6 211	− 6 653	− 8 863	+ 2 210	+ 442	1980
− 2 630	− 4 474	−10 269	+ 5 795	+1 844	1981
+ 11 005	+ 11 318	+ 8 089	+ 3 229	− 313	1982
− 11 456	− 7 143	+ 1 777	− 8 920	−4 313	1983
− 17 663	− 16 034	+ 53	−16 087	−1 630	1984
− 41 699	− 41 831	−27 697	−14 134	+ 131	1985
−113 720	−112 806	−59 026	−53 780	− 914	1986
− 18 068	− 18 995	− 6 178	−12 817	+ 927	1987
− 35 970	− 38 269	−20 128	−18 141	+2 298	1988
− 79	+ 1 563	+13 895	−12 332	−1 642	1988 1. Vj.
− 7 407	− 8 169	− 5 643	− 2 526	+ 762	2. Vj.
− 20 162	− 20 002	−19 162	− 840	− 159	3. Vj.
− 8 323	− 11 660	− 9 217	− 2 443	+3 338	4. Vj.
+ 509	+ 2 270	+19 313	−17 043	−1 761	1989 1. Vj.
− 28 080	− 27 478	−15 511	−11 967	− 602	2. Vj.
− 12 803	− 11 795	−18 303	+ 6 508	−1 009	3. Vj.

[7]) Einschließlich „Sonstige Anlagen".
[8]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit bis zu 12 Monaten einschließlich. Handelskredite einschließlich der nicht ausgliederbaren langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 59*

Außenhandel (Spezialhandel)
Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen[1]		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade[2]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1980 = 100		
1950[3]	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951[3]	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952[3]	16 909	16 203	33 714	21 478	50,2	75,4	66,6
1953[3]	18 526	16 010	37 071	23 615	50,0	67,8	73,7
1954[3]	22 035	19 337	43 643	29 065	50,5	66,5	75,9
1955[3]	25 717	24 472	50 051	36 461	51,4	67,1	76,6
1956[3]	30 861	27 964	57 425	41 342	53,7	67,6	79,4
1957[3]	35 968	31 697	64 815	45 763	55,5	69,3	80,1
1958[3]	36 998	31 133	67 923	50 868	54,5	61,2	89,1
1959[3]	41 184	35 823	74 665	60 769	55,2	59,0	93,6
1960	47 946	42 723	85 537	71 566	56,1	59,7	94,0
1961	50 978	44 363	90 916	78 033	56,1	56,9	98,6
1962	52 975	49 498	93 626	91 588	56,6	54,0	104,8
1963	58 310	52 277	98 252	99 766	59,3	52,4	113,2
1964	64 920	58 839	112 142	111 660	57,9	52,7	109,9
1965	71 651	70 448	120 482	129 128	59,5	54,6	109,0
1966	80 628	72 670	132 535	133 319	60,8	54,5	111,6
1967	87 045	70 183	141 812	132 321	61,4	53,0	115,8
1968	99 551	81 179	163 682	153 669	60,8	52,8	115,2
1969	113 557	97 972	181 095	178 733	62,7	54,8	114,4
1970	125 276	109 606	207 228	211 835	60,5	51,7	117,0
1971	136 011	120 119	216 319	229 362	62,9	52,4	120,0
1972	149 023	128 744	229 974	244 156	64,8	52,7	123,0
1973	178 396	145 417	262 212	257 577	68,0	56,5	120,4
1974	230 578	179 733	290 828	247 507	79,3	72,6	109,2
1975	221 589	184 313	258 228	246 683	85,8	74,7	114,9
1976	256 642	222 173	306 336	290 637	83,8	76,4	109,7
1977	273 614	235 178	318 536	297 178	85,9	79,1	108,6
1978	284 907	243 707	328 705	317 408	86,7	76,8	112,9
1979	314 469	292 040	344 493	341 479	91,3	85,5	106,8
1980	350 328	341 380	350 328	341 380	100	100	100
1981	396 898	369 179	373 420	324 425	106,3	113,8	93,4
1982	427 741	376 464	385 635	328 677	110,9	114,5	96,9
1983	432 281	390 192	384 538	341 827	112,4	114,1	98,5
1984	488 223	434 257	419 769	359 473	116,3	120,8	96,3
1985	537 164	463 811	444 575	374 428	120,8	123,9	97,5
1986	526 363	413 744	450 479	397 506	116,8	104,1	112,2
1987	527 377	409 641	463 435	418 801	113,8	97,8	116,4
1988	567 654	439 609	494 265	445 382	114,8	98,7	116,3
1987 1. Vj.	127 187	99 474	111 148	100 745	114,4	98,7	115,9
2. Vj.	129 828	101 782	114 647	104 662	113,2	97,2	116,5
3. Vj.	127 400	99 512	111 787	101 744	114,0	97,8	116,6
4. Vj.	142 962	108 873	125 852	111 650	113,6	97,5	116,5
1988 1. Vj.	128 147	102 956	114 470	106 326	111,9	96,8	115,6
2. Vj.	141 199	107 160	124 542	109 273	113,4	98,1	115,6
3. Vj.	138 854	107 175	119 900	107 764	115,8	99,5	116,4
4. Vj.	159 453	122 319	135 353	122 019	117,8	100,2	117,6
1989 1. Vj.	156 193	120 173	131 833	114 846	118,5	104,6	113,3
2. Vj.	165 247	130 967	138 409	121 696	119,4	107,6	111,0
3. Vj.	154 380	120 102	127 730	113 604	120,9	105,7	114,4

[1] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1980.
[2] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[3] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 60*

Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik[1]

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[2]	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser[3]	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	Investitionsgüter[4]	Verbrauchsgüter[4]
					Ausfuhr					
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	22 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 052	9 359	339	4 660	67 252	139 338	28 637	61 245	33 826
1977	273 614	3 044	11 676	256	4 588	68 143	150 134	30 551	64 468	37 706
1978	284 907	2 870	11 878	332	6 527	72 605	153 307	32 243	64 083	38 863
1979	314 469	3 111	13 707	618	6 886	85 505	162 957	36 186	66 071	42 050
1980	350 328	3 629	16 002	605	8 128	95 227	180 070	40 580	73 566	46 598
1981	396 898	4 727	19 610	681	9 437	105 718	205 013	43 659	87 333	50 555
1982	427 741	5 178	19 953	770	8 852	109 510	229 052	46 457	99 360	56 070
1983	432 281	5 347	19 621	730	8 004	112 938	226 433	48 612	96 297	57 500
1984	488 223	6 108	22 260	805	9 349	131 334	252 066	55 137	106 288	62 889
1985	537 164	6 360	23 626	958	8 379	141 633	284 554	61 861	121 418	71 713
1986	526 363	6 540	22 560	900	4 646	128 507	289 915	63 379	124 259	72 111
1987	527 377	6 098	21 976	891	3 652	125 874	293 904	63 950	125 960	72 259
1988	567 654	5 578	25 214	912	3 677	140 192	315 143	69 200	117 626	94 108
1989 1. Vj.	156 193	1 711	6 435	254	1 039	39 624	86 092	18 922	31 656	26 809
2. Vj.	165 247	1 977	6 785	228	1 045	41 403	92 133	19 319	34 536	26 701
3. Vj.	154 380	1 686	6 935	146	939	38 017	84 971	19 610	32 100	25 342
					Einfuhr					
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 885	16 413	556	32 410	60 668	48 658	33 597	14 349	39 918
1977	235 178	26 185	17 309	653	32 424	61 763	54 766	36 923	16 267	42 951
1978	243 707	24 648	17 933	639	29 920	64 466	60 766	40 065	18 511	47 013
1979	292 040	25 309	18 965	693	41 856	83 670	68 579	46 656	21 536	55 155
1980	341 380	27 486	20 613	921	60 640	93 586	78 284	52 492	24 226	60 411
1981	369 179	29 087	23 345	1 141	70 794	97 780	87 781	51 553	28 423	60 853
1982	376 464	29 649	24 432	1 268	67 338	102 193	91 544	50 924	30 741	60 413
1983	390 192	29 252	26 025	1 376	59 190	109 372	100 908	54 906	33 202	66 829
1984	434 257	32 453	27 854	1 249	64 938	123 713	112 870	61 194	35 855	72 817
1985	463 811	35 221	28 543	1 367	65 232	133 464	125 681	63 828	40 672	75 489
1986	413 744	32 114	26 952	1 323	34 181	112 332	129 805	66 179	40 750	76 660
1987	409 641	30 142	25 823	1 230	27 283	106 352	136 042	71 614	42 484	82 436
1988	439 609	30 136	27 608	1 144	24 399	118 804	151 583	74 847	45 847	86 742
1989 1. Vj.	120 173	7 830	7 164	244	6 338	33 415	41 309	20 777	12 322	23 788
2. Vj.	130 967	8 842	7 488	281	6 825	36 304	48 086	19 829	15 776	23 045
3. Vj.	120 102	6 630	7 319	283	6 539	34 066	41 568	20 718	12 789	23 882

[1] Bis 1975 in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Stand 1975), ab 1976 in der Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1982).
[2] Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[3] Bis 1975 ohne elektrischen Strom.
[4] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 61*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1])	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor-	End-
							erzeugnisse	
1950 [2])	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951 [2])	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952 [2])	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953 [2])	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954 [2])	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955 [2])	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956 [2])	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957 [2])	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958 [2])	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959 [2])	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 301	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1980	350 328	18 471	329 357	6 792	30 520	292 045	62 630	229 415
1981	396 898	23 100	371 069	7 547	33 416	330 106	69 002	261 104
1982	427 741	23 871	400 995	7 220	34 242	359 533	70 651	288 882
1983	432 281	23 624	405 729	7 203	34 328	364 198	72 455	291 743
1984	488 223	26 673	458 342	8 299	40 172	409 872	85 156	324 716
1985	537 164	28 025	505 812	8 565	41 038	456 209	92 667	363 542
1986	526 363	27 320	495 532	7 279	30 635	457 617	87 544	370 072
1987	527 377	26 397	497 381	6 625	28 610	462 145	86 966	375 180
1988	567 654	28 955	536 751	6 734	32 215	497 802	96 837	400 965
1988 1. Vj.	128 147	6 518	121 156	1 542	7 169	112 445	22 560	89 885
2. Vj.	141 199	6 969	133 748	1 749	8 230	123 768	24 156	99 612
3. Vj.	138 854	7 379	130 999	1 614	7 871	121 514	23 672	97 842
4. Vj.	159 453	8 089	150 849	1 829	8 945	140 075	26 449	113 627
1989 1. Vj.	156 193	7 616	148 090	1 850	9 332	136 907	26 693	110 214
2. Vj.	165 247	8 191	156 587	2 012	9 764	144 811	28 664	116 147
3. Vj.	154 380	8 133	145 704	1 741	8 523	135 440	26 239	109 201

[1]) Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 62*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1])	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955 [2])	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 775	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1980	341 380	43 363	293 706	58 929	59 918	174 859	45 187	129 672
1981	369 179	47 779	316 709	64 048	66 448	186 212	46 170	140 042
1982	376 464	49 662	321 549	59 298	69 821	192 430	47 463	144 967
1983	390 192	50 475	333 780	52 203	73 144	208 433	50 756	157 677
1984	434 257	54 605	372 970	58 237	81 403	233 330	57 093	176 237
1985	463 811	57 953	398 283	57 456	86 794	254 034	61 568	192 465
1986	413 744	54 750	350 857	30 873	60 180	259 805	60 979	198 826
1987	409 641	51 827	349 459	27 956	50 994	270 509	59 508	211 000
1988	439 609	53 256	378 721	27 818	52 826	298 077	66 534	231 542
1988 1. Vj.	102 956	12 606	88 866	6 714	12 187	69 965	15 330	54 635
2. Vj.	107 160	13 578	91 635	6 884	12 781	71 970	16 482	55 488
3. Vj.	107 175	12 530	92 643	7 212	13 106	72 326	15 961	56 365
4. Vj.	122 319	14 542	105 578	7 008	14 753	83 816	18 762	65 054
1989 1. Vj.	120 173	13 679	104 513	7 379	15 162	81 972	18 486	63 486
2. Vj.	130 967	15 053	113 722	8 369	15 926	89 427	20 120	69 307
3. Vj.	120 102	12 848	105 233	7 760	15 582	81 890	17 909	63 982

[1]) Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 63*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	EG-Länder[2]	Übrige europäische Länder[3]	Staatshandelsländer[4]	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen[5]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[6]
1950	8 362	4 092	1 929	361	714	433	1 242	198
1951	14 577	6 092	3 538	284	1 611	992	3 023	474
1952	16 909	6 970	4 665	223	1 609	1 048	3 416	527
1953	18 526	7 772	4 402	330	2 028	1 249	3 919	639
1954 [7]	22 035	9 044	5 223	435	2 167	1 237	5 034	901
1955	25 717	10 292	6 384	643	2 723	1 625	5 494	1 037
1956	30 861	12 547	7 277	1 120	3 446	2 089	6 370	1 291
1957	35 968	14 205	8 067	1 263	4 332	2 521	7 859	1 694
1958	36 998	14 009	8 419	1 889	4 603	2 699	7 878	1 782
1959	41 184	15 795	9 298	1 915	5 914	3 835	8 027	1 822
1960	47 946	19 322	11 176	2 304	6 111	3 767	8 891	1 827
1961	50 978	21 666	12 159	2 124	5 875	3 497	9 050	1 818
1962	52 975	23 749	12 404	2 177	6 334	3 858	8 145	1 558
1963	58 310	27 970	13 168	1 839	6 862	4 195	8 286	1 621
1964	64 920	31 076	14 317	2 350	7 873	4 785	9 082	1 835
1965	71 651	33 538	15 897	2 740	9 070	5 741	10 173	2 302
1966	80 628	38 382	16 824	3 381	10 744	7 178	11 045	2 696
1967	87 045	41 411	17 272	4 421	12 191	7 859	11 496	2 802
1968	99 551	47 605	18 616	4 556	15 759	10 835	12 743	3 234
1969	113 557	56 891	21 232	5 145	16 201	10 633	13 973	3 493
1970	125 276	62 381	24 703	5 448	17 747	11 437	14 857	3 584
1971	136 011	67 984	26 132	5 865	19 578	13 140	16 308	4 067
1972	149 023	75 362	28 616	7 686	20 222	13 798	16 977	4 710
1973	178 396	90 555	33 138	10 836	23 174	15 089	20 336	6 007
1974	230 578	111 742	41 791	15 903	28 454	17 343	31 963	10 456
1975	221 589	104 002	40 654	17 425	22 515	13 146	36 301	16 703
1976	256 642	125 678	46 651	17 432	24 435	14 413	41 670	20 731
1977	273 614	131 364	49 716	16 704	28 385	18 199	46 619	24 926
1978	284 907	138 729	49 024	17 635	31 452	20 180	47 307	24 525
1979	314 469	161 607	55 506	18 841	32 655	20 759	44 895	19 180
1980	350 328	179 152	64 180	19 399	34 591	21 478	51 523	22 814
1981	396 898	194 911	67 521	19 545	42 698	25 976	70 345	34 883
1982	427 741	216 018	71 495	20 522	45 608	28 120	72 452	38 043
1983	432 281	217 677	73 823	22 605	49 807	32 847	66 976	31 577
1984	488 223	243 639	83 214	23 325	69 046	46 834	67 484	27 947
1985	537 164	267 265	94 804	27 883	79 210	55 533	66 366	25 199
1986	526 363	267 454	98 029	25 892	78 012	55 206	55 913	17 913
1987	527 377	277 916	99 771	22 994	73 761	49 879	52 094	14 295
1988	567 654	308 195	106 306	24 723	73 661	45 678	53 945	15 463
1988 1. Vj.	128 147	71 939	24 086	5 168	16 104	10 379	10 677	3 136
2. Vj.	141 199	78 084	26 787	5 992	17 174	10 447	12 998	3 770
3. Vj.	138 854	73 429	25 897	6 358	18 200	10 993	14 694	4 158
4. Vj.	159 453	84 743	29 535	7 205	22 183	13 859	15 576	4 399
1989 1. Vj.	156 193	87 551	28 063	6 700	18 814	11 303	14 875	3 933
2. Vj.	165 247	92 131	30 539	7 380	19 607	11 734	15 353	4 066
3. Vj.	154 380	82 740	28 380	7 116	20 007	11 720	15 861	4 198

[1]) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren in die Polargebiete und in die „Nicht ermittelten Länder". — [2]) Gebietsstand 1. Januar 1989: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3]) Ohne Staatshandelsländer. — [4]) Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — [5]) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [6]) Gebietsstand 1. Januar 1989: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — [7]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 64*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	EG-Länder[2]	Übrige europäische Länder[3]	Staatshandelsländer[4]	Außereuropäische Industrieländer zusammen[5]	darunter Vereinigte Staaten	Außereuropäische Entwicklungsländer zusammen	darunter OPEC-Länder[6]
1950	11 374	4 160	1 806	352	2 372	1 811	2 669	482
1951	14 726	4 201	2 461	429	3 636	2 722	4 006	660
1952	16 203	5 131	3 033	313	3 667	2 507	4 060	870
1953	16 010	5 648	2 746	419	2 931	1 658	4 247	1 003
1954 [7]	19 337	6 618	3 235	512	3 444	2 237	5 513	1 253
1955	24 472	8 612	3 824	733	4 683	3 209	6 606	1 488
1956	27 964	9 360	4 313	1 121	5 798	3 997	7 347	1 632
1957	31 697	10 303	4 724	1 235	7 789	5 671	7 614	1 896
1958	31 133	11 233	4 836	1 451	6 191	4 219	7 393	2 138
1959	35 823	14 016	5 526	1 688	6 421	4 595	8 147	2 463
1960	42 723	16 879	6 227	2 037	8 034	5 977	9 452	2 810
1961	44 363	18 058	6 582	2 074	8 241	6 100	9 313	2 856
1962	49 498	20 634	7 034	2 191	9 379	7 033	10 174	3 368
1963	52 277	22 110	7 191	2 185	10 206	7 941	10 506	3 683
1964	58 839	25 819	7 896	2 442	10 609	8 066	11 988	4 369
1965	70 448	32 863	8 849	2 943	12 296	9 196	13 399	4 709
1966	72 670	33 827	8 929	3 163	12 576	9 177	14 077	5 023
1967	70 183	33 148	8 209	3 023	12 055	8 556	13 660	5 157
1968	81 179	39 732	9 611	3 414	12 790	8 850	15 541	6 638
1969	97 972	49 856	11 971	3 976	15 115	10 253	16 957	6 725
1970	109 606	56 497	13 031	4 397	17 934	12 066	17 646	6 897
1971	120 119	64 404	13 353	4 769	18 363	12 420	19 103	8 676
1972	128 744	71 971	14 186	5 325	17 569	10 765	19 581	8 378
1973	145 417	79 165	15 827	6 619	19 801	12 223	23 888	10 425
1974	179 733	90 140	18 307	8 409	22 590	13 972	40 175	23 784
1975	184 313	95 654	19 137	8 661	23 864	14 226	36 761	20 223
1976	222 173	112 338	23 931	10 977	29 289	17 556	45 378	24 408
1977	235 178	118 864	26 722	11 370	30 010	17 020	47 973	23 477
1978	243 707	126 058	30 829	12 565	30 448	17 434	43 604	19 390
1979	292 040	148 415	36 620	16 021	36 483	20 274	54 247	26 966
1980	341 380	165 763	43 852	17 493	44 566	25 690	69 476	37 417
1981	369 179	180 685	47 924	19 287	49 480	28 388	71 522	37 449
1982	376 464	187 635	49 684	21 359	49 081	28 213	68 478	32 824
1983	390 192	198 943	55 489	22 157	50 279	27 712	63 069	27 283
1984	434 257	217 269	61 621	26 432	58 886	31 097	69 816	27 290
1985	463 811	235 664	67 187	26 310	62 670	32 341	71 698	27 100
1986	413 744	216 020	64 221	21 157	59 297	26 864	52 796	13 229
1987	409 641	215 612	65 414	19 471	58 706	25 613	50 177	11 100
1988	439 609	227 362	70 049	20 461	66 706	29 095	54 751	10 826
1988 1. Vj.	102 956	54 178	16 657	4 702	14 805	6 597	12 561	2 477
2. Vj.	107 160	56 553	17 084	4 455	16 556	7 135	12 447	2 493
3. Vj.	107 175	52 987	16 701	5 405	16 954	7 386	15 064	2 965
4. Vj.	122 319	63 643	19 606	5 899	18 391	7 977	14 679	2 890
1989 1. Vj.	120 173	61 462	18 982	5 757	19 110	9 317	14 808	2 892
2. Vj.	130 967	67 558	20 214	6 056	21 472	10 326	15 574	3 167
3. Vj.	120 102	60 015	18 839	6 221	18 892	8 560	16 038	3 048

[1]) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren der Polargebiete und der „Nicht ermittelten Länder". — [2]) Gebietsstand 1. Januar 1989: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3]) Ohne Staatshandelsländer. — [4]) Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — [5]) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [6]) Gebietsstand 1. Januar 1989: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — [7]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 65*

Index der Grundstoffpreise[1]

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei[2]	Grundstoffe aus dem Produzierenden Gewerbe[2]: zusammen	darunter: Erdöl und Mineralölerzeugnisse	darunter: Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	darunter: Eisen und Stahl	darunter: NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug[3]	darunter: Chemische Erzeugnisse	Grundstoffe für das Verarbeitende Gewerbe[4]	Grundstoffe für das Baugewerbe[4]
1964	54,1	70,5	51,0	21,7	.	.	56,9	64,2	.	.
1965	55,4	72,4	52,2	20,9	.	.	65,6	64,5	.	.
1966	56,1	73,1	52,8	21,0	.	.	72,8	63,4	.	.
1967	54,1	69,1	51,3	22,6	.	.	64,6	62,7	.	.
1968	53,9	68,4	51,2	22,8	.	.	68,9	61,9	.	.
1969	55,3	70,8	52,4	21,4	.	.	74,4	61,9	.	.
1970	56,8	68,7	54,6	21,9	.	.	71,5	62,2	.	.
1971	57,3	68,2	55,4	25,1	.	.	58,7	62,5	.	.
1972	59,2	74,9	56,2	24,0	.	.	56,1	62,2	.	.
1973	65,4	82,5	62,2	27,8	.	.	69,8	65,7	.	.
1974	78,0	83,4	77,8	54,5	.	.	87,6	85,7	.	.
1975	78,1	85,3	77,4	56,1	.	.	65,6	85,1	.	.
1976	83,1	95,4	81,4	60,4	84,9	98,2	72,4	84,8	84,3	85,1
1977	83,9	102,9	81,3	60,3	86,2	93,3	71,6	83,6	84,7	86,4
1978	81,7	95,9	79,7	54,9	89,2	94,3	66,9	81,2	80,6	88,6
1979	89,0	98,4	87,7	69,5	91,4	100,0	82,3	91,3	88,6	92,9
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	111,3	107,2	111,9	130,4	121,5	101,1	100,7	108,9	110,8	105,7
1982	115,5	111,1	116,1	131,7	136,7	111,4	93,2	113,1	113,3	111,2
1983	115,2	110,8	115,9	125,0	135,8	107,6	101,9	113,8	112,6	112,5
1984	121,2	113,6	122,3	133,5	143,8	116,0	108,5	119,1	119,1	115,2
1985	122,1	108,8	124,1	134,9	148,8	119,5	104,4	122,0	119,1	117,7
1986	104,7	101,1	105,2	68,6	139,4	110,0	81,6	111,3	96,8	116,7
1987	99,7	93,8	100,6	63,9	124,8	100,7	78,8	106,9	91,6	115,4
1988	102,2	95,6	103,2	56,4	122,9	109,7	101,0	110,2	95,3	117,9
1984 1. Vj.	119,6	114,5	120,4	130,2	139,4	114,1	109,4	118,7	117,8	114,2
2. Vj.	120,5	114,6	121,5	129,8	143,4	115,2	109,5	119,3	118,4	115,4
3. Vj.	121,7	112,7	123,1	134,5	146,4	116,8	107,4	119,3	119,4	115,8
4. Vj.	122,9	112,8	124,4	139,5	146,1	118,0	107,6	119,1	120,9	115,6
1985 1. Vj.	125,0	112,4	126,9	146,5	146,6	119,8	112,0	119,9	123,2	116,9
2. Vj.	124,1	110,1	126,2	139,6	148,6	120,4	111,4	122,8	122,0	118,2
3. Vj.	121,5	107,0	123,7	131,3	151,9	120,0	102,0	124,1	118,0	118,0
4. Vj.	117,9	105,8	119,6	122,3	147,9	117,8	92,1	121,3	113,1	117,7
1986 1. Vj.	112,5	105,8	113,4	97,5	146,1	115,9	86,9	117,9	106,3	117,7
2. Vj.	105,6	102,0	106,1	66,6	143,9	112,2	84,0	112,3	97,3	117,2
3. Vj.	101,3	99,9	101,5	53,6	139,0	108,2	79,2	108,4	92,3	116,3
4. Vj.	99,5	96,6	99,9	56,6	128,4	103,8	76,1	106,5	91,0	115,4
1987 1. Vj.	98,8	94,0	99,6	63,4	122,7	100,8	72,2	106,0	90,6	115,0
2. Vj.	99,2	94,0	100,0	63,6	124,5	99,4	75,2	107,0	91,0	115,4
3. Vj.	100,5	93,3	101,6	65,8	126,7	100,2	81,7	107,6	92,3	115,6
4. Vj.	100,4	93,9	101,4	62,6	125,3	102,3	86,2	107,2	92,5	115,6
1988 1. Vj.	100,0	94,1	100,8	57,2	125,3	102,6	88,6	107,8	92,1	116,0
2. Vj.	101,3	94,3	102,4	57,2	123,6	107,3	97,2	108,7	94,0	117,1
3. Vj.	103,4	96,7	104,4	57,1	121,9	113,4	104,6	111,1	97,1	118,7
4. Vj.	104,2	97,3	105,2	54,1	120,6	115,5	113,6	113,0	98,1	119,7
1989 1. Vj.	107,0	98,5	108,3	61,8	121,8	117,6	119,7	115,3	101,6	120,6
2. Vj.	108,4	99,5	109,7	67,4	123,1	118,9	116,6	115,6	103,3	121,6
3. Vj.	108,0	100,3	109,2	65,4	124,8	118,4	112,6	112,9	102,1	122,1

[1]) Inländische und importierte Grundstoffe zusammen. Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer bzw. Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Gliederung nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang.
[3]) Einschließlich Edelmetalle.
[4]) Gliederung nach dem vorwiegenden Verwendungszweck; ohne Energie, Brenn-, Treib- und Betriebsstoffe.

Tabelle 66*

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte
(Inlandsabsatz)[1])
1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse[2])	Elektrischer Strom[3]), Gas, Fernwärme und Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[4])[5])
1962	44,7	22,2	34,6	47,3	45,6	45,6	46,6	55,8	40,3	43,3
1963	45,0	22,6	34,5	47,5	45,2	45,8	47,4	56,5	40,7	43,7
1964	45,5	22,5	34,8	48,1	45,6	46,4	48,4	56,9	41,4	44,2
1965	46,6	23,5	35,7	49,2	46,5	47,8	49,5	57,7	42,7	45,2
1966	47,4	23,4	36,1	50,1	47,0	48,7	50,8	59,0	43,7	46,3
1967	46,9	23,4	36,5	49,6	45,9	48,2	50,4	59,5	43,6	46,5
1968	46,6	23,4	36,6	49,1	45,3	48,1	50,2	58,7	43,7	46,1
1969	47,5	24,1	36,1	50,1	46,0	49,7	51,2	59,3	45,4	46,0
1970	49,8	27,3	36,3	52,7	48,0	53,6	53,1	60,6	49,6	48,0
1971	51,9	30,2	37,4	54,9	49,2	56,9	55,2	62,8	53,5	50,3
1972	53,3	32,0	40,0	56,2	49,2	58,5	57,1	65,3	55,4	52,1
1973	56,8	33,7	41,8	60,0	53,5	61,0	61,4	70,8	58,0	56,0
1974	64,4	43,1	45,0	68,0	66,0	66,7	68,6	74,8	63,2	62,6
1975	67,4	53,9	53,8	70,2	65,4	71,5	70,4	77,6	68,6	66,1
1976	69,9	57,4	57,4	72,5	67,4	74,0	72,5	80,6	71,6	68,5
1977	71,9	57,7	58,7	74,6	67,3	76,7	74,6	86,1	74,6	69,8
1978	72,7	61,5	60,8	75,1	66,7	78,5	75,8	85,4	77,0	71,3
1979	76,2	63,5	61,9	79,0	73,8	80,7	79,6	85,7	79,6	77,1
1980	81,9	74,5	68,4	84,5	82,4	84,5	85,2	87,8	83,4	84,1
1981	88,3	86,3	81,8	89,6	90,4	88,0	89,4	91,8	87,0	91,0
1982	93,5	92,9	92,2	93,9	93,8	93,0	92,9	97,2	92,1	94,0
1983	94,9	94,8	93,4	95,3	93,4	95,5	94,5	99,3	94,9	94,8
1984	97,6	98,1	96,5	97,9	97,2	97,6	97,5	100,8	97,3	97,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	97,5	97,4	96,4	97,6	89,1	102,1	101,0	99,1	102,6	94,8
1987	95,1	96,9	83,3	97,2	86,3	103,8	101,9	96,8	104,9	95,1
1988	96,3	97,0	82,8	98,8	87,9	105,5	103,8	98,0	107,0	95,5
1984 1. Vj.	96,7	97,7	94,2	97,2	96,3	96,8	96,3	100,8	96,4	96,4
2. Vj.	97,4	97,7	96,1	97,7	96,8	97,4	97,2	100,9	97,1	96,5
3. Vj.	97,8	98,0	97,3	98,1	97,1	97,9	98,0	100,6	97,5	96,9
4. Vj.	98,6	98,9	98,4	98,7	98,5	98,3	98,6	100,7	98,2	98,6
1985 1. Vj.	99,6	100,0	98,7	99,8	100,7	99,0	99,2	100,4	98,9	99,8
2. Vj.	100,2	100,3	99,4	100,3	101,0	100,1	100,0	100,3	100,0	100,4
3. Vj.	100,2	100,2	100,9	100,1	99,7	100,3	100,4	99,8	100,4	99,8
4. Vj.	100,0	99,5	101,1	99,8	98,6	100,6	100,4	99,5	100,7	99,9
1986 1. Vj.	99,3	99,6	101,0	98,9	94,4	101,3	100,8	99,5	101,6	97,0
2. Vj.	98,0	97,7	98,7	97,8	89,7	101,9	101,0	99,6	102,4	94,8
3. Vj.	97,2	96,2	97,4	97,1	86,8	102,5	101,1	98,9	103,0	93,7
4. Vj.	95,5	96,2	88,5	96,8	85,6	102,7	101,1	98,3	103,4	93,6
1987 1. Vj.	95,0	96,5	84,9	96,9	85,8	103,2	101,3	97,3	104,1	94,7
2. Vj.	94,7	96,3	81,7	97,1	86,1	103,7	101,8	96,8	104,8	95,1
3. Vj.	95,1	97,2	82,8	97,4	86,6	104,0	102,1	96,3	105,3	95,4
4. Vj.	95,4	97,4	83,6	97,6	86,7	104,2	102,5	96,6	105,5	95,2
1988 1. Vj.	95,4	97,0	83,7	97,7	86,0	104,8	102,8	96,8	106,2	94,6
2. Vj.	96,0	96,7	83,5	98,5	87,2	105,3	103,5	97,5	106,8	95,6
3. Vj.	96,5	97,1	82,6	99,2	88,3	105,6	104,2	98,5	107,2	95,9
4. Vj.	97,0	97,3	81,4	100,0	90,0	106,1	104,7	98,9	107,8	96,0
1989 1. Vj.	98,4	97,3	83,5	101,3	92,8	107,0	105,5	99,3	108,8	98,7
2. Vj.	99,2	97,5	83,3	102,4	94,3	107,8	106,4	100,1	109,6	100,9
3. Vj.	99,4	99,4	84,2	102,4	93,2	108,1	106,9	100,9	110,0	100,2

[1]) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — [2]) Ohne Erdgas. — [3]) Im Preisindex für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. — [4]) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. — [5]) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

Tabelle 67*

Index der Ausfuhrpreise[1]

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2]	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[2]	Rohstoffe[2]	Halbwaren[2]	Fertigwaren[2]	Investitionsgüter[3]	Verbrauchsgüter[3]
1962	45,3	50,4	45,0	42,7	34,8	46,3	40,5	46,4
1963	45,4	55,2	45,0	43,1	34,4	46,3	41,0	46,7
1964	46,5	55,6	46,0	44,8	35,7	47,2	41,9	47,5
1965	47,5	56,0	47,1	44,7	36,7	48,4	43,2	48,6
1966	48,5	57,4	48,1	44,8	37,7	49,4	44,4	50,3
1967	48,4	56,4	48,1	43,2	37,7	49,5	44,9	51,1
1968	47,9	55,3	47,6	42,5	37,4	49,0	44,6	50,8
1969	49,9	56,4	49,6	42,9	38,4	51,1	47,1	51,7
1970	51,5	57,1	51,1	43,5	39,5	52,7	49,5	52,7
1971	53,1	58,5	52,9	46,6	39,4	54,6	52,8	55,2
1972	54,2	61,3	53,9	49,0	38,1	55,6	55,1	56,9
1973	57,7	68,3	57,2	51,4	44,7	58,9	57,8	59,9
1974	67,6	75,4	67,1	60,2	66,2	67,3	62,8	67,5
1975	70,1	75,5	69,9	68,7	62,0	70,7	68,2	71,7
1976	72,9	77,9	72,6	73,3	64,1	73,5	72,2	74,8
1977	74,2	81,5	73,8	72,6	62,4	75,0	75,3	77,0
1978	75,3	81,1	75,0	71,8	61,4	76,5	77,4	78,9
1979	78,9	83,6	78,6	75,6	70,9	79,5	79,7	81,1
1980	83,8	88,7	83,6	79,4	80,7	84,0	83,4	86,5
1981	88,7	94,4	88,4	87,1	90,9	88,2	87,1	91,1
1982	92,5	95,7	92,4	91,4	93,0	92,4	91,8	94,5
1983	94,1	97,6	93,9	90,2	92,9	94,2	94,4	96,1
1984	97,4	101,3	97,2	97,2	97,7	97,2	97,0	98,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	98,2	93,1	98,5	90,4	82,6	100,0	102,4	100,0
1987	97,3	88,7	97,7	83,6	75,9	99,9	104,0	101,0
1988	99,3	91,5	99,8	83,3	79,3	101,9	106,0	101,9
1985 1. Vj.	99,9	103,0	99,6	103,1	102,3	99,3	99,0	99,4
2. Vj.	100,5	101,9	100,4	102,6	102,3	100,2	100,0	100,0
3. Vj.	100,2	98,2	100,3	98,6	99,7	100,4	100,4	100,3
4. Vj.	99,4	96,9	99,6	95,8	95,7	100,0	100,5	100,3
1986 1. Vj.	99,2	96,1	99,4	94,2	90,3	100,2	101,6	99,9
2. Vj.	98,6	94,2	98,9	91,6	83,8	100,3	102,7	99,9
3. Vj.	97,8	91,4	98,2	88,6	79,5	100,0	102,8	100,2
4. Vj.	97,2	90,7	97,6	87,0	76,9	99,6	102,7	99,8
1987 1. Vj.	96,9	89,3	97,3	84,8	74,9	99,5	103,4	100,4
2. Vj.	97,1	88,5	97,6	83,4	75,7	99,8	103,9	100,7
3. Vj.	97,5	87,8	98,0	83,0	76,6	100,2	104,4	101,5
4. Vj.	97,6	89,0	98,0	83,1	76,3	100,2	104,5	101,2
1988 1. Vj.	97,9	88,9	98,5	82,7	76,1	100,7	105,1	101,2
2. Vj.	99,0	90,2	99,5	82,6	78,7	101,6	105,8	101,8
3. Vj.	100,0	93,6	100,4	83,9	81,1	102,4	106,4	102,3
4. Vj.	100,5	93,4	100,9	84,1	81,3	102,9	106,8	102,3
1989 1. Vj.	101,7	94,1	102,1	86,2	83,9	104,0	107,7	103,0
2. Vj.	102,5	95,0	102,9	86,4	84,2	104,9	108,9	103,7
3. Vj.	102,4	94,9	102,8	87,2	83,2	104,9	109,2	103,2

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); fob. Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer, Verbrauchsteuern und Exporthilfen.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 68*

Index der Einfuhrpreise[1])

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[2])	Rohstoffe[2])	Halbwaren[2])	Fertigwaren[2])	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])
1962	40,1	57,5	37,4	20,0	26,1	56,2	57,0	42,9
1963	40,9	60,0	37,6	20,1	26,3	56,8	58,4	43,8
1964	41,5	60,8	38,4	20,3	27,2	57,7	59,3	42,3
1965	42,6	63,6	39,0	20,1	28,4	58,3	60,4	41,6
1966	43,4	63,5	39,9	20,5	29,7	59,5	62,1	42,5
1967	42,4	61,4	39,4	20,0	29,2	59,0	61,4	43,7
1968	42,1	59,2	39,5	20,0	29,8	58,4	61,8	44,5
1969	42,8	61,2	39,9	19,6	30,9	59,2	62,0	44,0
1970	42,4	60,8	39,5	19,1	30,9	58,6	60,6	43,9
1971	42,6	59,8	39,9	20,9	29,0	59,1	61,9	45,5
1972	42,3	61,4	39,3	20,3	27,6	59,1	61,8	45,8
1973	47,7	74,0	43,6	23,8	35,3	61,4	62,1	52,5
1974	61,4	80,6	58,4	44,8	49,7	69,1	65,4	60,3
1975	60,3	75,9	58,0	43,4	45,5	72,1	71,9	62,5
1976	64,0	82,2	61,3	47,2	48,5	74,7	75,9	65,7
1977	65,0	89,4	61,3	46,8	47,5	75,4	75,9	66,9
1978	62,5	80,9	59,8	41,6	45,9	76,0	77,2	67,2
1979	69,8	81,8	68,1	50,4	63,2	79,3	78,2	79,4
1980	80,3	84,6	79,7	74,5	75,7	84,2	81,6	85,6
1981	91,3	91,0	91,4	97,4	90,0	90,3	89,3	93,0
1982	93,4	92,1	93,5	97,0	93,1	93,1	91,7	96,0
1983	93,1	95,8	92,7	92,2	91,0	94,4	93,4	95,4
1984	98,6	102,5	98,1	99,8	99,7	97,7	97,2	97,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	84,3	90,7	83,4	54,0	66,1	96,6	97,1	89,0
1987	79,8	82,6	79,4	50,4	57,4	94,2	95,3	87,7
1988	80,8	84,6	80,2	47,2	58,9	95,7	96,0	87,2
1985 1. Vj.	103,4	105,8	103,1	110,1	106,0	100,3	100,6	101,7
2. Vj.	102,1	103,3	101,9	105,3	102,9	100,7	100,8	100,3
3. Vj.	98,8	95,5	99,3	96,1	98,9	100,1	99,9	99,3
4. Vj.	95,7	95,5	95,8	88,5	92,1	98,8	98,6	98,6
1986 1. Vj.	90,6	97,3	89,6	72,3	78,0	97,9	97,8	92,5
2. Vj.	85,1	92,1	84,1	52,7	68,0	97,5	97,5	89,3
3. Vj.	81,4	87,6	80,5	44,7	60,8	96,2	97,0	87,3
4. Vj.	80,2	85,9	79,3	46,2	57,6	95,0	96,0	86,9
1987 1. Vj.	79,4	84,5	78,6	48,8	55,8	94,0	95,1	87,4
2. Vj.	79,7	83,0	79,2	50,2	57,1	94,1	95,4	87,7
3. Vj.	80,3	80,7	80,2	52,7	59,1	94,5	95,6	88,2
4. Vj.	79,7	82,0	79,3	49,8	57,6	94,2	95,0	87,4
1988 1. Vj.	79,4	84,6	78,6	46,2	56,4	94,4	95,2	86,5
2. Vj.	80,2	83,9	79,6	47,2	58,5	95,0	95,4	87,1
3. Vj.	81,6	85,1	81,1	49,1	59,9	96,4	96,6	87,5
4. Vj.	81,7	84,8	81,3	46,3	60,8	97,0	97,0	87,4
1989 1. Vj.	84,2	87,7	83,7	52,6	64,6	98,0	98,0	89,0
2. Vj.	85,5	88,7	85,2	57,2	66,8	98,5	98,3	90,4
3. Vj.	84,2	87,5	84,4	55,4	65,2	98,2	98,4	90,3

1) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); cif. Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
2) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
3) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 69*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise[1])

1980 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden[2])	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche Betriebsgebäude	landwirtschaftliche Betriebsgebäude			
1960[3])	30,0	30,9	31,4	32,1	30,5	44,4	.	.
1961[3])	32,2	33,1	33,5	34,1	32,5	46,6	.	.
1962[3])	34,9	35,7	36,2	36,7	35,0	49,7	.	18,1
1963[3])	36,7	37,5	38,1	38,3	36,9	51,6	.	20,6
1964[3])	38,4	39,3	39,6	39,8	38,5	51,2	.	22,5
1965[3])	40,1	40,9	41,2	41,4	39,9	48,5	.	26,7
1966	41,3	42,3	42,5	42,5	41,1	47,9	.	28,8
1967	40,4	41,2	41,5	40,4	40,2	45,7	.	31,3
1968	42,2	43,0	43,1	42,6	41,9	47,8	44,6	34,6
1969	44,6	45,5	45,8	46,3	44,2	49,8	46,6	36,4
1970	52,0	53,0	53,6	54,8	51,9	57,2	52,3	37,5
1971	57,3	58,3	59,0	60,7	57,3	61,6	57,9	40,9
1972	61,2	62,0	62,8	63,7	61,2	62,5	61,5	49,1
1973	65,7	66,4	67,3	67,5	65,5	64,4	65,9	49,7
1974	70,5	71,0	71,9	71,5	70,0	70,6	72,3	49,2
1975	72,1	72,6	73,4	73,6	71,5	72,3	75,7	53,7
1976	74,6	75,1	75,8	76,5	74,1	73,4	78,5	59,5
1977	78,2	78,6	79,3	79,7	77,9	75,4	82,3	65,8
1978	83,1	83,4	83,9	83,9	82,8	80,3	86,5	73,1
1979	90,4	90,4	90,6	90,7	90,2	88,7	91,9	84,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,9	105,8	106,1	106,1	105,8	102,6	106,6	117,1
1982	108,9	109,2	110,0	110,4	108,9	100,3	111,6	136,0
1983	111,2	111,5	112,6	112,9	111,1	99,5	115,1	146,2
1984	114,0	114,3	115,8	115,7	113,8	100,8	118,7	148,7
1985	114,5	115,0	116,8	116,5	114,3	102,6	120,9	141,6
1986	116,2	116,8	118,9	118,9	115,9	104,8	123,4	147,6
1987	118,6	119,2	121,5	121,5	118,1	105,8	126,5	153,7
1988	121,2	121,9	124,5	124,1	120,5	107,0	130,0	155,8
1985 Feb	114,2	114,5	116,3	115,8	114,0	101,6	119,9	140,4
Mai	114,2	114,7	116,5	116,2	113,9	102,4	120,5	136,9
Aug	114,8	115,3	117,1	116,9	114,5	103,0	121,4	131,8
Nov	114,9	115,5	117,3	117,2	114,7	103,5	121,6	147,1
1986 Feb	115,2	115,8	117,8	117,6	114,9	104,2	122,2	148,0
Mai	116,1	116,6	118,6	118,5	115,7	104,8	123,0	143,9
Aug	116,7	117,3	119,3	119,5	116,3	105,0	123,9	144,7
Nov	116,9	117,5	119,7	119,9	116,6	105,0	124,3	155,7
1987 Feb	117,4	118,0	120,3	120,3	116,9	105,0	124,9	156,2
Mai	118,5	119,2	121,4	121,4	118,1	105,9	126,2	150,4
Aug	119,1	119,8	122,1	122,1	118,6	106,2	127,4	153,8
Nov	119,2	119,9	122,3	122,3	118,6	106,2	127,6	160,1
1988 Feb	119,7	120,4	122,9	122,6	119,0	106,4	128,3	151,0
Mai	120,9	121,7	124,2	123,6	120,2	107,0	129,5	156,3
Aug	121,7	122,5	125,0	124,7	121,0	107,2	130,7	160,4
Nov	122,3	123,1	125,8	125,3	121,6	107,3	131,3	164,7
1989 Feb	123,4	124,2	127,0	126,2	122,7	107,8	132,3	155,4
Mai	125,2	126,0	128,7	127,9	124,4	108,9	133,8	...
Aug	126,3	127,1	129,7	129,2	125,6	109,7	135,3	...

1) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
2) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
3) Ohne Berlin.

Tabelle 70*

Preisindex für die Lebenshaltung [1]

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [2]

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	64,5	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954 [3]	69,9	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	67,3	59,6	72,7
1955	71,0	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	69,1	60,9	73,1
1956	72,8	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	70,4	62,5	72,4
1957	74,4	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960 [4]	77,8	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961	79,6	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1976	139,9	140,2	126,0	143,0	163,6	128,4	141,4	134,3	141,0	147,0
1977	144,8	143,7	140,3	147,7	165,1	132,6	148,4	138,0	145,3	150,2
1978	148,4	146,2	141,0	151,9	169,1	136,4	155,1	142,0	149,9	154,1
1979	154,0	149,0	142,6	156,9	196,4	139,7	162,1	146,3	155,8	161,7
1980	162,1	155,3	147,0	165,1	215,5	146,5	171,9	152,1	163,0	173,3
1981	172,3	163,6	151,5	172,6	252,1	153,7	180,8	160,2	173,3	188,1
1982	181,5	171,6	166,8	181,4	272,6	159,4	189,1	171,9	183,5	193,8
1983	187,4	174,9	174,3	191,2	270,9	162,8	194,9	181,3	192,3	200,5
1984	191,9	178,1	174,9	198,5	279,7	165,6	199,9	183,8	198,2	204,9
1985	196,0	178,9	177,9	205,1	289,8	168,3	204,8	188,3	203,4	210,4
1986	195,6	178,6	182,3	209,2	257,7	170,3	208,9	191,6	208,7	202,9
1987	195,7	178,1	179,9	212,8	230,2	171,9	211,7	194,5	212,6	204,3
1988	197,7	178,1	180,1	218,2	222,3	173,7	214,4	199,0	216,8	207,3
1988 1. Vj.	196,7	178,3	178,5	215,5	223,7	174,1	213,5	197,8	215,4	204,8
2. Vj.	197,7	179,5	179,2	216,8	223,3	174,0	214,1	199,0	216,5	206,9
3. Vj.	197,9	177,5	180,1	219,1	222,0	173,1	214,6	199,2	217,3	208,6
4. Vj.	198,6	177,3	182,7	221,5	220,2	173,8	215,3	199,9	217,9	208,7
1989 1. Vj.	201,8	179,8	184,1	223,2	228,2	176,0	216,3	207,7	219,3	215,8
2. Vj.	203,8	182,9	184,6	224,9	230,3	176,2	217,3	208,4	220,5	220,7
3. Vj.	203,9	182,9	185,3	226,5	231,6	175,7	217,7	208,9	222,3	217,3

1) Gliederung nach Bedarfsgruppen.
2) Haushalte mit mittlerem Einkommen.
3) Ohne Saarland und Berlin. (1950–1959)
4) Ohne Berlin. (1960–1961)

Tabelle 71*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])
4-Personen-Haushalte[2])
1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	Bekleidung, Schuhe[4])	Wohnungsmieten	Energie[5]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[6])	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	41,8	38,6	48,4	41,6	29,7	28,2	49,8	38,2	39,0	47,2	38,8
1963	43,1	39,8	49,8	42,6	31,3	29,0	50,7	39,3	40,8	47,8	40,1
1964	44,1	40,8	50,9	43,4	33,2	29,4	51,5	40,3	41,2	48,8	41,4
1965	45,6	42,0	52,7	44,6	35,1	29,9	52,8	41,7	41,6	50,1	42,6
1966	47,2	43,8	54,2	46,0	38,5	30,4	53,9	44,0	43,3	51,5	44,0
1967	47,9	44,9	54,2	46,7	41,0	30,7	53,9	44,9	44,6	52,6	45,8
1968	48,5	46,3	53,6	46,6	43,8	32,8	53,7	47,8	45,4	54,3	47,7
1969	49,5	47,2	54,7	47,0	47,0	32,9	53,8	48,5	45,1	54,8	48,5
1970	51,1	48,9	56,0	49,0	48,9	33,9	55,6	50,4	46,4	57,5	49,6
1971	53,7	51,8	58,1	52,0	51,8	35,0	58,3	53,3	49,3	60,3	54,7
1972	56,6	54,5	61,4	55,1	54,7	36,4	60,5	56,0	52,3	62,5	57,4
1973	60,4	58,0	65,9	59,2	58,4	40,8	62,7	59,2	55,9	65,8	60,6
1974	64,5	62,5	69,1	63,6	61,7	46,7	67,2	63,6	61,5	71,6	63,9
1975	68,4	66,7	72,8	66,8	66,3	52,4	71,2	67,6	65,4	76,1	66,1
1976	71,5	69,4	76,4	69,1	69,8	55,8	73,0	70,1	68,7	78,3	68,0
1977	74,0	71,4	79,9	72,5	72,1	56,3	75,2	72,4	70,0	79,6	71,6
1978	75,9	73,6	81,0	75,8	74,2	57,7	77,8	74,9	72,1	81,0	74,0
1979	78,7	77,1	82,5	79,3	76,6	67,3	80,2	77,6	75,6	83,1	77,4
1980	82,8	81,6	85,8	84,0	80,6	73,9	85,1	81,2	81,8	85,1	80,7
1981	88,0	87,4	89,9	88,3	84,2	86,8	90,0	84,9	89,4	88,8	86,1
1982	92,8	91,6	95,4	92,4	88,5	93,9	94,1	91,4	92,2	92,9	90,8
1983	95,7	95,0	97,8	95,2	93,4	93,2	96,7	96,9	95,5	96,1	94,7
1984	98,1	97,5	99,2	97,7	96,9	96,3	98,6	98,8	97,7	98,5	96,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,8	99,6	100,5	102,1	101,8	90,6	101,1	101,2	94,9	100,9	104,4
1987	99,9	99,9	99,9	103,4	103,4	81,2	102,2	102,4	95,5	101,6	107,0
1988	101,0	101,3	100,0	104,7	105,9	79,0	103,2	103,2	96,7	102,8	110,6
1985 1. Vj.	99,6	99,5	100,0	99,2	99,2	100,4	99,4	99,5	99,0	100,2	99,5
2. Vj.	100,2	100,0	100,9	99,7	99,8	99,4	99,9	99,9	100,8	100,0	99,8
3. Vj.	99,9	100,0	99,7	100,0	100,3	99,9	100,2	100,1	99,9	99,8	100,2
4. Vj.	100,2	100,4	99,4	101,0	100,7	100,4	100,5	100,4	100,2	100,0	100,5
1986 1. Vj.	100,4	100,3	100,6	101,6	101,2	97,0	100,8	100,9	97,1	101,1	104,1
2. Vj.	100,1	99,6	101,3	101,9	101,6	92,6	101,0	101,1	94,7	101,0	104,2
3. Vj.	99,6	99,4	100,5	102,2	102,1	88,7	101,2	101,3	94,3	100,6	104,5
4. Vj.	99,2	99,0	99,7	102,6	102,3	84,2	101,5	101,5	93,6	101,0	104,8
1987 1. Vj.	99,7	99,5	100,3	102,9	102,8	82,4	101,8	102,0	94,6	101,8	105,9
2. Vj.	100,0	99,8	100,7	103,2	103,2	80,6	102,1	102,3	95,8	101,7	106,5
3. Vj.	100,0	100,0	99,7	103,5	103,7	81,2	102,3	102,5	95,8	101,4	107,5
4. Vj.	99,9	100,3	99,0	103,9	104,0	80,6	102,5	102,7	95,8	101,7	108,2
1988 1. Vj.	100,4	100,6	99,8	104,2	104,6	79,4	102,8	102,8	95,6	102,9	109,8
2. Vj.	101,0	101,1	100,5	104,6	105,2	79,3	103,1	103,1	96,8	102,9	109,9
3. Vj.	101,1	101,6	99,8	104,8	106,3	78,9	103,3	103,3	97,3	102,5	111,1
4. Vj.	101,5	102,0	100,1	105,2	107,4	78,3	103,6	103,7	97,2	102,9	111,5
1989 1. Vj.	103,0	103,6	101,3	105,6	108,1	80,8	104,0	108,3	100,5	103,9	113,6
2. Vj.	104,0	104,6	102,5	106,0	109,0	81,5	104,5	108,7	103,4	103,9	114,0
3. Vj.	104,0	104,6	102,3	106,2	109,7	82,0	105,0	109,0	101,8	103,8	114,4

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983.
[2]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.
[3]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[4]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[5]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme.
[6]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 72*

Preisindex für die Lebenshaltung [1])
Alle privaten Haushalte
1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [2])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [2])	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [2])	Bekleidung, Schuhe [3])	Wohnungsmieten	Energie [4]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte [5])	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	41,1	38,3	48,0	43,0	31,0	25,2	48,0	33,8	38,6	46,1	41,6
1963	42,4	39,5	49,4	43,8	32,7	26,0	48,9	34,9	39,9	47,4	42,4
1964	43,4	40,4	50,5	44,4	34,6	26,5	49,4	36,2	40,3	49,2	43,0
1965	44,8	41,7	52,3	45,4	36,5	27,0	50,3	37,9	40,7	50,8	44,1
1966	46,3	43,3	53,9	46,7	39,4	27,4	51,3	40,5	42,3	52,6	45,2
1967	47,1	44,5	53,8	47,2	42,1	27,8	51,4	41,8	43,7	54,3	46,2
1968	47,8	45,8	53,4	47,2	45,2	29,3	51,5	44,1	44,9	55,8	47,6
1969	48,7	46,6	54,6	47,7	48,0	29,3	51,8	45,2	44,6	56,3	48,4
1970	50,5	48,5	55,9	49,7	50,1	30,6	53,9	47,7	45,9	59,1	49,3
1971	53,0	51,4	58,0	52,5	53,2	32,3	56,8	50,9	49,0	61,8	52,9
1972	56,0	54,1	61,3	55,8	56,4	33,8	59,2	54,2	52,4	63,9	55,2
1973	59,9	57,8	65,9	59,9	59,7	39,3	61,7	58,0	56,3	67,2	58,1
1974	64,0	62,5	69,0	64,5	62,7	45,9	66,4	62,8	62,0	72,9	61,4
1975	67,9	66,4	72,6	67,7	66,8	50,7	70,6	67,3	65,9	77,3	63,8
1976	70,8	69,2	76,0	69,9	70,1	54,2	72,8	70,4	68,7	79,7	65,9
1977	73,4	71,4	79,7	73,3	72,4	54,6	75,0	73,2	70,2	81,0	69,4
1978	75,4	73,7	80,8	76,6	74,6	56,0	77,7	76,1	72,2	82,4	72,1
1979	78,5	77,3	82,2	79,9	77,0	67,7	80,2	79,3	75,6	84,4	75,5
1980	82,8	81,9	85,5	84,5	80,8	74,9	85,1	83,8	81,2	86,3	80,1
1981	88,0	87,4	89,6	88,8	84,4	87,1	90,0	88,1	88,2	89,4	85,8
1982	92,6	91,8	95,2	92,7	88,7	94,0	94,1	93,0	91,4	93,1	90,9
1983	95,7	95,0	97,8	95,5	93,4	93,2	96,7	96,8	95,0	96,1	94,9
1984	98,0	97,6	99,2	97,7	97,0	96,4	98,6	98,8	97,5	98,5	96,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	99,7	100,6	101,9	101,8	88,5	101,1	101,4	96,4	100,9	103,6
1987	100,1	100,1	100,1	103,2	103,4	80,3	102,2	103,2	97,3	101,6	106,0
1988	101,4	101,7	100,3	104,5	105,6	78,0	103,2	104,7	98,8	102,7	110,0
1985 1. Vj.	99,7	99,5	100,1	99,2	99,2	101,0	99,4	99,7	99,0	100,4	99,4
2. Vj.	100,2	99,9	101,1	99,7	99,8	99,2	99,9	99,8	100,6	100,0	99,8
3. Vj.	99,9	100,0	99,6	100,0	100,3	99,6	100,2	100,1	99,9	99,7	100,2
4. Vj.	100,2	100,4	99,2	101,0	100,7	100,2	100,5	100,4	100,4	99,9	100,5
1986 1. Vj.	100,4	100,4	100,7	101,5	101,1	95,6	100,8	101,1	98,1	101,2	103,3
2. Vj.	100,1	99,7	101,5	101,8	101,6	90,4	101,0	101,3	96,3	101,1	103,5
3. Vj.	99,6	99,4	100,6	102,0	102,0	85,9	101,2	101,5	95,9	100,4	103,7
4. Vj.	99,3	99,1	99,7	102,4	102,3	82,0	101,5	101,9	95,4	100,9	103,9
1987 1. Vj.	99,8	99,6	100,5	102,8	102,8	81,2	101,8	102,7	96,4	101,9	104,9
2. Vj.	100,2	100,0	101,0	103,1	103,2	79,6	102,1	103,1	97,5	101,7	105,4
3. Vj.	100,2	100,2	99,9	103,3	103,6	80,5	102,3	103,3	97,7	101,1	106,3
4. Vj.	100,2	100,6	99,0	103,7	103,9	79,9	102,6	103,5	97,8	101,6	107,2
1988 1. Vj.	100,8	101,1	100,0	104,1	104,5	78,4	102,9	103,8	97,8	103,0	109,3
2. Vj.	101,3	101,5	100,8	104,4	105,1	78,4	103,1	104,3	98,9	102,9	109,6
3. Vj.	101,5	101,9	100,0	104,6	106,0	78,0	103,3	104,8	99,3	102,2	110,4
4. Vj.	101,8	102,2	100,3	105,0	106,9	77,4	103,7	105,8	99,4	102,8	110,8
1989 1. Vj.	103,3	103,8	101,6	105,5	107,7	80,6	104,1	108,0	102,0	103,8	112,4
2. Vj.	104,3	104,7	102,8	105,9	108,5	81,2	104,7	108,5	104,3	103,7	113,0
3. Vj.	104,3	104,8	102,5	106,0	109,2	81,7	105,2	108,7	103,2	103,4	113,5

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983.
[2]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[3]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[4]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme.
[5]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 73*

Preisindex für die Lebenshaltung[1]

1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[2]	Wohnungsnutzung[3]	Dienstleistungen[4]	Sonstige Waren[5]	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[2]	Wohnungsnutzung[3]	Dienstleistungen[4]	Sonstige Waren[5]
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Haushalte[6]				
1962	41,1	49,6	31,2	33,1	45,4	41,8	49,6	30,0	34,4	45,1
1963	42,4	51,1	32,9	34,8	46,0	43,1	51,2	31,6	36,1	45,7
1964	43,4	52,3	34,8	36,2	46,4	44,1	52,4	33,5	37,4	46,3
1965	44,8	54,5	36,7	37,6	47,0	45,6	54,7	35,4	38,7	47,1
1966	46,3	56,0	39,6	40,0	47,9	47,2	56,0	38,8	40,7	48,2
1967	47,1	55,4	42,2	41,3	48,4	47,9	55,5	41,2	41,9	48,8
1968	47,8	54,2	45,2	43,5	48,8	48,5	54,2	44,1	44,1	49,3
1969	48,7	56,0	48,0	44,5	48,8	49,5	55,8	47,2	45,0	49,3
1970	50,5	57,0	50,1	46,5	50,4	51,1	56,9	49,1	47,0	50,9
1971	53,0	59,3	53,2	50,1	52,7	53,7	59,4	51,8	50,8	53,1
1972	56,0	62,9	56,4	53,6	55,2	56,6	62,8	54,9	54,2	55,6
1973	59,9	67,8	59,7	57,3	58,9	60,4	67,4	58,4	58,0	59,1
1974	64,0	71,5	62,5	61,6	63,6	64,5	71,3	61,6	62,4	63,5
1975	67,9	75,9	66,6	65,7	67,2	68,4	75,6	66,2	66,1	67,1
1976	70,8	79,6	69,9	68,7	69,6	71,5	79,7	69,8	69,0	69,5
1977	73,4	81,4	72,1	72,1	72,1	74,0	81,5	72,0	72,2	72,2
1978	75,4	82,5	74,2	74,8	74,1	75,9	82,4	74,1	74,8	74,1
1979	78,5	83,8	76,5	78,3	77,7	78,7	83,8	76,4	78,3	77,5
1980	82,8	87,4	80,3	82,0	82,6	82,8	87,3	80,4	81,9	82,2
1981	88,0	92,1	83,8	87,1	88,6	88,0	91,8	83,9	86,9	88,4
1982	92,6	96,5	88,5	91,9	93,3	92,8	96,4	88,5	91,6	93,2
1983	95,7	98,0	93,5	95,6	95,7	95,7	97,9	93,5	95,5	95,7
1984	98,0	99,8	97,1	97,8	97,8	98,1	99,7	96,9	97,8	97,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	99,6	101,8	102,3	97,7	99,8	99,7	101,8	102,5	97,8
1987	100,1	99,1	103,4	104,3	96,6	99,9	99,2	103,5	104,4	96,6
1988	101,4	99,1	105,6	107,2	96,9	101,0	99,2	105,8	107,1	96,8
1985 1. Vj.	99,7	100,6	99,2	99,5	99,6	99,6	100,4	99,2	99,5	99,5
2. Vj.	100,2	102,1	99,8	99,9	100,0	100,2	101,6	99,8	99,9	100,0
3. Vj.	99,9	99,2	100,3	100,2	99,9	99,9	99,4	100,3	100,2	99,9
4. Vj.	100,2	98,1	100,6	100,4	100,5	100,2	98,6	100,7	100,4	100,6
1986 1. Vj.	100,4	100,2	101,1	101,9	99,4	100,4	100,2	101,2	102,1	99,4
2. Vj.	100,1	101,1	101,6	102,2	98,0	100,1	100,9	101,6	102,4	98,1
3. Vj.	99,6	99,2	102,0	102,5	97,0	99,6	99,4	102,1	102,6	97,3
4. Vj.	99,3	97,8	102,3	102,8	96,3	99,2	98,2	102,4	102,9	96,5
1987 1. Vj.	99,8	99,2	102,8	103,5	96,7	99,7	99,2	102,8	103,7	96,7
2. Vj.	100,2	100,6	103,2	103,9	96,6	100,0	100,3	103,3	104,2	96,6
3. Vj.	100,2	98,9	103,6	104,5	96,6	100,0	99,1	103,7	104,7	96,5
4. Vj.	100,2	97,7	103,9	105,1	96,6	99,9	98,1	104,0	105,1	96,5
1988 1. Vj.	100,8	99,3	104,5	106,3	96,6	100,4	99,3	104,6	106,2	96,4
2. Vj.	101,3	100,2	105,1	106,8	96,9	101,0	100,0	105,2	106,7	96,8
3. Vj.	101,5	98,5	106,0	107,5	96,9	101,1	98,7	106,2	107,5	96,9
4. Vj.	101,8	98,2	106,9	108,0	97,2	101,5	98,6	107,3	107,8	97,2
1989 1. Vj.	103,3	100,1	107,6	109,1	99,1	103,0	100,1	108,1	109,1	99,2
2. Vj.	104,3	101,9	108,4	109,7	100,0	104,0	101,6	108,9	109,7	100,3
3. Vj.	104,3	101,1	109,1	110,2	99,8	104,0	101,0	109,6	110,1	99,9

[1] Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.
[2] Ohne Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.
[3] Wohnungsmieten (auch Mietwerte der Eigentümerwohnungen) und Garagenmieten.
[4] Einschließlich Reparaturen, Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten sowie Beherbergungsleistungen.
[5] Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung, Waren für die Gesundheits- und Körperpflege, u. a. m.
[6] Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 74*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1980 = 100

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Ein-fuhr [1]	Letzte Verwendung von Gütern [2]	Aus-fuhr [1]	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					ins-gesamt [3]	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen		
								zu-sammen	Ausrü-stungen	Bauten
1960	41,4	50,7	42,6	50,2	41,3	46,4	29,4	38,8	50,7	34,1
1961	43,4	49,6	44,2	50,6	43,1	48,0	31,4	41,2	52,4	36,5
1962	45,1	49,7	45,7	51,1	44,8	49,4	33,1	44,1	54,5	39,6
1963	46,5	50,9	47,1	51,8	46,3	50,9	35,1	45,8	55,3	41,7
1964	47,9	51,9	48,5	53,2	47,6	52,1	36,0	47,0	56,4	43,1
1965	49,7	53,4	50,2	54,7	49,4	53,8	38,5	48,2	57,9	44,0
1966	51,3	54,5	51,8	56,2	51,0	55,7	40,4	49,3	59,8	44,9
1967	52,0	53,9	52,3	56,4	51,4	56,7	41,4	48,7	60,9	43,7
1968	53,1	54,2	53,3	56,5	52,6	57,6	42,6	49,1	59,8	44,6
1969	55,4	55,5	55,4	58,8	54,6	58,7	45,9	52,1	61,1	47,6
1970	59,6	55,6	58,9	61,6	58,3	60,8	50,2	58,9	64,6	55,9
1971	64,4	56,4	62,9	64,2	62,6	64,2	56,9	63,3	68,1	60,9
1972	67,8	57,7	65,9	65,7	65,9	67,8	60,8	65,8	69,8	63,9
1973	72,1	62,3	70,2	69,9	70,3	72,1	67,0	69,2	72,6	67,6
1974	77,2	76,0	77,0	80,2	76,1	77,2	75,1	74,3	78,4	72,3
1975	81,8	78,5	81,2	83,5	80,6	82,0	79,9	77,2	84,9	73,2
1976	84,8	82,5	84,3	86,6	83,7	85,4	83,1	80,3	88,5	76,0
1977	88,0	84,4	87,2	88,4	86,9	88,5	86,9	83,3	90,9	79,0
1978	91,7	82,8	89,9	89,8	89,9	90,9	90,0	87,3	93,4	83,7
1979	95,4	89,3	94,1	94,1	94,1	94,5	94,2	92,9	95,8	91,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,0	111,1	105,6	105,6	105,6	106,2	104,9	104,9	104,8	104,9
1982	108,6	114,4	109,9	109,8	109,9	111,2	108,5	107,9	110,0	106,7
1983	112,1	115,3	112,8	111,9	113,1	114,8	111,5	110,0	113,1	108,1
1984	114,3	120,6	115,7	115,6	115,8	117,7	113,4	112,6	115,3	111,0
1985	116,9	123,0	118,3	118,6	118,1	120,2	116,0	114,5	117,9	112,1
1986	120,5	109,6	118,0	116,9	118,4	119,6	118,3	116,0	118,8	114,0
1987 [4]	122,9	105,2	118,8	116,0	119,7	120,3	121,0	117,3	118,9	116,1
1988 [4]	124,7	106,7	120,4	118,1	121,2	121,8	122,7	119,0	119,9	118,3
1984 1. Vj.	112,4	119,5	114,0	114,2	113,9	117,2	107,2	111,9	114,4	110,4
2. Vj.	113,1	119,7	114,6	115,1	114,4	117,8	107,8	112,2	114,6	111,0
3. Vj.	113,7	120,5	115,2	115,7	115,1	117,8	110,0	112,7	115,3	111,2
4. Vj.	117,9	122,6	118,9	117,1	119,5	118,1	127,2	113,4	116,3	111,3
1985 1. Vj.	114,5	124,7	116,9	117,8	116,6	119,9	110,2	114,7	117,2	112,6
2. Vj.	115,3	125,1	117,6	119,1	117,0	120,6	110,6	114,1	118,1	111,6
3. Vj.	116,4	122,5	117,8	119,1	117,4	120,4	112,8	114,3	118,2	112,0
4. Vj.	120,9	119,8	120,6	118,6	121,4	119,9	128,8	115,0	117,9	112,5
1986 1. Vj.	117,9	116,7	117,6	117,8	117,6	120,2	112,0	116,0	118,3	114,1
2. Vj.	118,9	110,0	116,8	117,1	116,7	119,6	113,7	115,7	119,0	113,5
3. Vj.	120,1	106,8	117,1	116,6	117,2	119,8	115,3	115,7	118,9	113,8
4. Vj.	124,7	105,4	120,4	116,2	121,9	119,0	131,1	116,5	118,9	114,5
1987 1. Vj. [4]	121,5	103,7	117,3	115,5	118,0	119,8	113,0	117,4	118,5	116,4
2. Vj. [4]	121,8	104,9	117,8	115,5	118,7	120,7	117,3	117,1	119,1	115,7
3. Vj. [4]	121,7	106,4	118,2	116,3	118,8	120,7	118,1	117,1	118,9	116,0
4. Vj. [4]	126,2	105,5	121,5	116,8	123,1	120,1	134,2	117,7	119,0	116,6
1988 1. Vj. [4]	122,6	104,8	118,4	116,3	119,1	120,8	115,5	118,3	119,1	117,7
2. Vj. [4]	123,4	106,0	119,2	117,5	119,9	122,2	117,8	118,6	119,7	117,7
3. Vj. [4]	123,7	108,3	120,0	118,7	120,5	122,3	119,9	119,1	120,2	118,4
4. Vj. [4]	128,7	107,6	123,7	119,7	125,2	121,8	136,2	119,9	120,3	119,4
1989 1. Vj. [4]	125,5	110,2	121,8	119,8	122,6	124,8	118,7	121,3	121,6	121,0
2. Vj. [4]	126,1	113,3	122,9	121,1	123,7	126,4	119,9	122,3	122,6	122,0

[1] Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen. — [2] Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) und Ausfuhr. — [3] Einschließlich Vorratsveränderung. — [4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 75*

Löhne und Gehälter

1985 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]	Brutto-stunden-verdienste[2] Industrie[4]	Brutto-wochen-verdienste[2] Industrie[4]	Brutto-monats-verdienste[2] Industrie[4] und Handel[5]	Tarifliche Stundenlöhne[3] Produzierendes Gewerbe[6]	Tarifliche Stundenlöhne[3] gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Wochenlöhne[3] Produzierendes Gewerbe[6]	Tarifliche Wochenlöhne[3] gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Monatsgehälter[3] Produzierendes Gewerbe[6]	Tarifliche Monatsgehälter[3] gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	20,5	17,0	19,0	18,6	18,1	17,9	20,2	20,0	21,0	22,1
1961	22,6	18,8	20,9	20,2	19,5	19,3	21,6	21,6	22,7	23,8
1962	24,7	20,9	23,1	21,9	21,5	21,2	23,5	23,3	24,5	25,6
1963	26,2	22,5	24,6	23,4	22,9	22,7	24,8	24,7	25,8	27,1
1964	28,5	24,4	26,6	24,9	24,5	24,2	26,1	25,9	27,1	28,4
1965	31,1	26,7	29,3	26,9	26,4	26,1	27,9	27,7	28,9	30,2
1966	33,4	28,5	30,9	28,9	28,3	27,9	29,7	29,6	30,6	32,0
1967	34,5	29,4	30,7	30,0	29,6	29,2	30,6	30,5	31,6	33,0
1968	36,6	30,7	32,8	31,4	30,8	30,4	31,8	31,7	32,7	34,1
1969	40,0	33,5	36,4	33,9	32,8	32,5	33,8	33,7	34,7	36,2
1970	46,1	38,4	41,9	38,1	37,1	36,7	37,9	37,8	38,6	39,9
1971	51,4	42,6	45,6	42,0	42,0	41,8	42,8	42,9	42,8	44,4
1972	56,1	46,4	49,2	45,7	45,6	45,7	46,5	46,8	46,7	48,2
1973	62,4	51,2	54,3	50,3	49,9	50,3	50,8	51,3	51,3	52,9
1974	69,2	56,5	58,7	55,5	55,8	56,3	56,8	57,3	57,2	59,0
1975	73,6	61,0	61,3	60,0	60,8	61,4	61,8	62,3	62,4	63,9
1976	78,7	64,8	66,5	63,9	64,3	64,8	65,3	65,7	66,0	67,3
1977	84,1	69,4	71,3	68,3	68,9	69,3	70,0	70,3	70,6	71,7
1978	88,7	73,1	75,1	72,2	72,5	73,1	73,7	74,1	74,2	75,2
1979	93,7	77,4	80,2	76,6	76,6	77,1	77,8	78,2	78,0	79,0
1980	100	82,5	84,4	82,0	81,6	82,2	82,9	83,3	82,8	83,7
1981	104,9	87,0	88,1	86,1	86,2	86,7	87,6	87,8	87,3	87,8
1982	109,2	91,1	91,2	90,3	90,0	90,5	91,5	91,6	91,1	91,6
1983	112,7	94,1	93,7	93,3	93,1	93,6	94,6	94,7	94,3	94,7
1984	116,1	96,3	96,8	96,3	95,7	96,1	97,2	97,2	97,0	96,9
1985	119,5	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	124,0	103,5	103,1	103,4	103,7	103,8	103,1	103,2	103,1	103,2
1987	127,7	107,6	106,4	107,1	108,0	108,0	107,3	107,1	107,2	107,1
1988	131,7	112,0	110,7	110,9	111,9	111,6	110,2	110,0	110,4	109,9
1986 Jan [7]	113,6	101,4	99,9	101,4	101,8	102,1	101,2	101,5	101,2	101,8
Apr	121,4	102,4	102,5	102,5	102,5	102,9	101,9	102,3	102,2	102,6
Jul	121,9	104,9	105,1	104,5	105,1	104,9	104,5	104,3	104,4	104,1
Okt	138,5	105,2	104,8	105,0	105,4	105,2	104,8	104,6	104,7	104,3
1987 Jan	116,2	105,6	103,3	105,2	105,8	106,1	105,2	105,2	105,0	105,5
Apr	125,6	107,2	106,1	106,3	108,2	108,1	107,6	107,2	107,4	107,2
Jul	125,4	108,4	107,7	108,2	108,8	108,7	108,1	107,8	108,1	107,8
Okt	143,2	109,0	108,6	108,7	109,1	109,0	108,4	108,1	108,3	107,9
1988 Jan	121,1	109,5	107,5	109,0	109,3	109,1	108,6	108,2	108,5	108,0
Apr	128,8	112,0	110,2	110,5	112,4	112,0	110,4	110,1	110,5	110,2
Jul	129,1	113,1	112,1	111,8	112,9	112,6	110,9	110,7	111,1	110,6
Okt	147,3	113,5	113,1	112,3	113,1	112,8	111,0	110,8	111,3	110,8
1989 Jan	125,8	113,6	110,8	112,7	113,5	113,3	111,2	111,1	111,5	111,3
Apr	132,4	116,2	115,0	114,4	116,3	116,0	113,2	112,9	113,4	112,7
Jul	...	117,8	116,4	115,4	...	...	...	...	...	...

[1]) Für die Gesamtwirtschaft, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; 1980 = 100.
[2]) Jahresergebnis errechnet als Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten.
[3]) Jahreswerte = Durchschnitt aus den 4 Monatswerten.
[4]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Bauhandwerk.
[5]) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[6]) Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei; Zimmerei, Dachdeckerei; Ausbaugewerbe.
Bei den Monatsgehältern einschließlich Handel (ohne Handelsvermittlung), Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[7]) Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Vierteljahre.

Tabelle 76*

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule[1])

Jahr	Ins-gesamt	Mineral-öle	Stein-kohlen	Braun-kohlen	Natur-gase[2])	Kern-energie	Wasser-kraft	Strom[3])	Sonstige Energie-träger[4])
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	182		103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	176		97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	182		85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	158		82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	176		82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	179		70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	182		64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	164		64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	188		56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	161		64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	193		56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	191		47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	167		47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	155		50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	132		53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	58	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	29	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56
1981	10 964	4 909	2 293	1 167	1 760	518	175	76	66
1982	10 596	4 682	2 247	1 125	1 616	613	173	65	75
1983	10 689	4 645	2 277	1 122	1 663	633	163	100	86
1984	11 022	4 631	2 324	1 124	1 749	892	161	39	102
1985	11 284	4 671	2 327	1 057	1 747	1 206	149	24	103
1986	11 338	4 911	2 278	970	1 736	1 134	158	50	101
1987	11 373	4 785	2 215	914	1 913	1 233	174	36	103
1988	11 425	4 793	2 189	925	1 855	1 375	172	4	112

1) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
2) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
3) Außenhandelssaldo Strom.
4) Brennholz, Brenntorf, Außenhandelssaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 77*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule[1])

Jahr	Insgesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brennstoffe[2])	Gase[3])	Strom	Fernwärme
		zusammen	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraftstoffe				
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163
1981	7 221	3 685	1 546	440	1 694	808	1 437	1 126	165
1982	6 888	3 509	1 403	378	1 723	770	1 334	1 113	162
1983	6 916	3 495	1 398	334	1 758	748	1 361	1 144	168
1984	7 194	3 543	1 425	311	1 800	816	1 463	1 195	177
1985	7 389	3 613	1 536	261	1 806	822	1 533	1 230	191
1986	7 535	3 875	1 678	281	1 904	721	1 509	1 242	188
1987	7 524	3 746	1 544	227	1 966	672	1 634	1 271	201
1988	7 438	3 712	1 442	216	2 047	664	1 588	1 290	184

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Brennholz und Brenntorf).
[3]) Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 78*

Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule[1])

Jahr	Primärenergieverbrauch	Verbrauch und Verluste im Energiesektor[2])	Nichtenergetischer Verbrauch	Endenergieverbrauch: insgesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau: zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, übriger Bergbau	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes- und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Verkehr	Haushalte, Kleinverbraucher, militärische Dienststellen
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282
1981	10 964	3 018	725	7 221	2 482	1 751	313	418	1 609	3 130
1982	10 596	3 024	684	6 888	2 253	1 560	299	394	1 618	3 017
1983	10 689	3 016	757	6 916	2 221	1 553	290	378	1 650	3 045
1984	11 022	3 067	761	7 194	2 285	1 611	297	377	1 702	3 207
1985	11 284	3 170	725	7 389	2 287	1 607	308	372	1 712	3 390
1986	11 338	3 116	687	7 535	2 201	1 520	309	372	1 805	3 529
1987	11 373	3 159	690	7 524	2 199	1 507	310	382	1 869	3 456
1988	11 425	3 237	750	7 438	2 244	1 573	298	373	1 949	3 245

1) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
2) Einschließlich statistischer Differenzen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 79*

Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr[1]		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe[3]
	je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	je Einwohner[2]	insgesamt	je Einheit Bruttosozialprodukt[2] in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis[3]	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule[4] pro 1 Mrd DM	Gigajoule[5]	Mio DM	Verhältnis in vH	Petajoule[4]	1985 = 100	Petajoule[4]	1985 = 100	Petajoule[4]	1985 = 100
1950	0,59	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	0,60	4 387	.	.	3	.	20	.	117	.
1952	0,60	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	0,67	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	0,80	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	0,92	9 227	.	.	29	.	65	.	223	.
1956	1,10	11 708	1 449	0,73	59	.	102	.	252	.
1957	1,12	12 551	1 826	0,84	79	.	123	.	270	.
1958	1,40	16 139	1 909	0,82	138	18,2	167	.	311	.
1959	1,64	20 103	2 230	0,87	185	16,4	214	.	352	.
1960	1,78	23 470	2 794	0,92	281	15,9	267	.	402	.
1961	2,06	28 015	3 035	0,92	381	15,9	337	.	460	.
1962	2,45	34 397	3 768	1,05	572	16,3	401	16,2	516	41,0
1963	2,88	41 210	4 357	1,14	744	17,1	455	16,5	563	49,7
1964	3,13	47 213	4 914	1,17	838	16,3	522	14,8	636	40,9
1965	3,43	53 993	4 994	1,09	1 011	15,5	577	14,2	692	40,8
1966	3,76	60 408	5 584	1,15	1 134	14,9	610	15,1	762	39,2
1967	3,93	62 882	6 566	1,33	1 196	16,1	604	15,5	783	42,0
1968	4,16	70 134	7 855	1,47	1 366	17,2	633	14,7	838	44,9
1969	4,36	78 263	7 914	1,32	1 641	16,1	677	14,8	903	41,5
1970	4,63	86 429	8 583	1,27	1 853	17,1	733	16,3	993	40,7
1971	4,67	88 816	11 168	1,49	1 962	18,8	742	21,4	1 080	42,9
1972	4,74	93 332	10 621	1,29	2 064	17,4	792	17,6	1 136	45,0
1973	4,81	98 780	15 009	1,63	2 217	28,8	799	18,8	1 181	50,6
1974	4,33	88 939	32 226	3,27	1 926	37,5	687	37,5	1 129	60,8
1975	4,23	85 785	28 988	2,82	1 907	36,1	622	37,3	1 216	60,4
1976	4,34	93 303	35 264	3,13	2 087	39,7	630	40,5	1 281	64,6
1977	4,17	92 541	34 442	2,87	2 007	39,7	592	41,7	1 361	62,8
1978	4,25	97 168	31 800	2,46	2 131	38,8	595	38,5	1 436	64,2
1979	4,15	98 796	47 791	3,42	2 121	69,2	586	49,3	1 485	70,9
1980	3,68	88 409	62 879	4,23	1 748	79,3	535	66,3	1 506	83,7
1981	3,31	79 586	70 808	4,58	1 546	92,9	440	91,9	1 448	100,0
1982	3,18	75 960	68 094	4,26	1 403	98,2	378	86,9	1 475	98,0
1983	3,11	75 623	63 373	3,77	1 398	90,2	334	87,9	1 506	97,2
1984	3,01	75 701	68 543	3,87	1 425	95,5	311	104,7	1 550	97,5
1985	2,98	76 544	70 084	3,80	1 536	100	261	100	1 546	100
1986	3,06	80 421	33 623	1,73	1 678	54,6	281	45,7	1 630	75,9
1987	2,93	78 344	29 910	1,48	1 544	46,8	227	43,6	1 689	72,0
1988	2,83	77 998	25 382	1,20	1 442	40,3	216	34,0	1 752	70,1

[1] Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse (Spezialhandel).
[2] Bruttosozialprodukt, Bruttoinlandsprodukt und Einwohner bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[3] Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.
[4] Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[5] Gigajoule = 10^{9} (Milliarde) Joule.

Quelle für Verbrauchsangaben: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333